

Else Frenkel-Brunswik wurde am 18. August 1908 in Lemberg, dem heutigen Lwiw (Ukraine), geboren und studierte in Wien Psychologie. Anschließend war sie am Institut für Psychologie im Forschungsbereich „Autobiographische Forschung“ bei Charlotte und Karl Bühler als Assistentin beschäftigt und bildete sich zur Psychoanalytikerin weiter. Mit dem Beginn der Naziherrschaft in Österreich floh Else Frenkel 1938 in die USA und begann an der University of California in Berkeley ihre Tätigkeit als Senior Lecturer am Institute of Child Welfare sowie als wissenschaftliche Psychologin und Psychotherapeutin am Cowell Memorial Hospital. Im selben Jahr heiratete sie den ebenfalls aus Wien emigrierten Psychologen Egon Brunswik. In den USA erforschte Else Frenkel-Brunswik vorwiegend den modernen Antisemitismus und war maßgeblich an den ab 1944 in Berkeley durchgeführten „Studies in Prejudice“ beteiligt. Sie leitete neben dem Sozialphilosophen Theodor W. Adorno, dem Sozialpsychologen Nevitt Sanford und dem Psychiater Daniel J. Levinson die Studien „The Authoritarian Personality“.

Wie können Betriebsräte die Demokratie stärken? Wie funktioniert Gegenwehr gegen rechte Bestrebungen in der Kampfsportszene? Was wird in einer Demokratie verdrängt? Im dritten Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts liefern Forscher und Mitglieder der sächsischen Zivilgesellschaft vielfältige Perspektiven, Befunde und Analysen. Der Band bietet damit die Grundlage, um die politische Situation im Freistaat im „Superwahljahr 2024“ zu verstehen.

Das Jahrbuch enthält neben wissenschaftlichen Beiträgen etliche Berichte aus der sächsischen Zivilgesellschaft:

- Robert Claus zur Kampfsportszene in Sachsen,
- Michael Nattke (Kulturbüro Sachsen) über Umweltdiskurse in der rechten Szene,
- Florian Teller (FARN) über die Anschlussfähigkeit von Esoterik an rechtes Gedankengut,
- Anne Gehrmann und Markus Kemper (Kulturbüro Sachsen) zur sächsischen Anastasia-Szene sowie
- Jörg Buschmann und Dana Schlegelmilch (RAA Sachsen) darüber, warum das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex nach Zwickau gehört.

- Mit Fotografien des Leipziger Künstlers Falk Haberkorn.

DEMOKRATIE IN SACHSEN
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2023

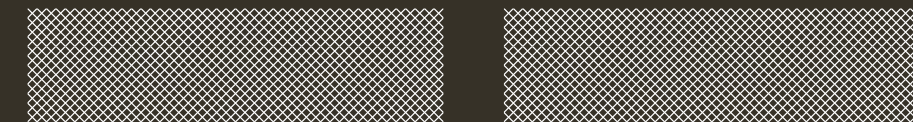


ISBN: 978-3-948049-24-9

DEMOKRATIE IN SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2023

EFFBI



2023

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN, JOHANNES KIESS
UND PIOTR KOCYBA (HRSG.)

EDITION ÜBERLAND

—
E
—
F
—
B
—
I
—



—
2
—
0
—
2
—
3
—



DEMOKRATIE IN SACHSEN

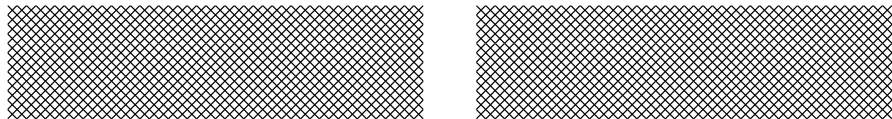
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2023



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe

JAHR

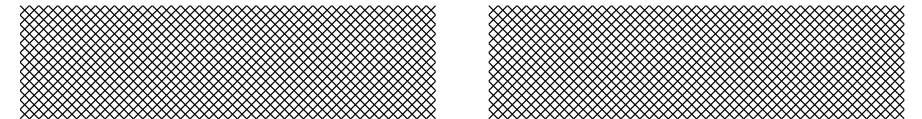


BUCH

DEMOKRATIE IN
SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2023

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN, JOHANNES KIESS
UND PIOTR KOCYBA (HRSG.)



2023

EDITION ÜBERLAND

EINFÜHRUNG

- Oliver Decker 9
Nicht Extremismustheorie, sondern Konfliktanalyse
- Fiona Kalkstein 17
Zur sozialpsychologischen Perspektive auf
antidemokratische Tendenzen

ÜBERBLICK

- Sophie Bose, Amelie Feuerer & Johannes Kiess 43
Situationswahrnehmungen der Partnerschaften
für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2023
- Johannes Kiess, Amelie Feuerer & Marius Dilling 65
Entfremdung von der Demokratie?
*Kommunale Wählervereinigungen und die Fragmentierung
des Parteiensystems in Sachsen*
- Andrea Hübler (RAA Sachsen e. V.) 86
Menschenfeindliche Gewalt in Sachsen 2023 (Statistik)

SCHLAGLICHTER

- Natalie Gittner, Nicole Löw & Henriette Rodemerk 89
Subjektives Handeln und institutionelle Praxen
*Einblick in das Forschungsprojekt „Soziale Dynamiken und
Konflikte in der Justiz“*
- Hannah Purucker 107
„Wären die in Grimma, hätte Grimma das Problem“
*Eine sozialpsychologische Fallanalyse von Konflikten um
zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus
am Beispiel der Stadt Wurzen*
- Andre Schmidt, Sophie Bose & Johannes Kiess 131
Zwischen Fatalismus und Selbstbehauptung
*Facetten des Deprivationserlebens von Arbeiterinnen und
Arbeitern in Sachsen*

- Clara Schließler, Marius Dilling & Fiona Kalkstein 155
Eine alternative Wochenschau für die „Mitte“ der Gesellschaft?
Über den Umgang mit dem Vorwurf des Rechtsextremismus in einem Puppentheater auf den Oberlausitzer Montagsdemonstrationen
- Nele Hellweg, Markus Riepenhausen & Fiona Kalkstein 183
Kleinbürgerliche Renitenz
Zur politischen Kontinuität und sozialen Kontur der (post-)pandemischen Montagsproteste in Ostdeutschland

RECHTE LEBENSWELTEN UND WELTBILDER

- Florian Teller (FARN) 229
Vor der Erleuchtung kommt der Hass
Über Entstehung und Erscheinungsformen rechter Esoterik
- Anne Gehrmann & Markus Kemper (Kulturbüro Sachsen e. V.) 253
Anastasia-Szene in Sachsen
Selbstversorgung, Nachhaltigkeit und Menschenfeindlichkeit
- Michael Nattke (Kulturbüro Sachsen e. V.) 273
Rechte Debatten zu Klima- und Umweltschutz
- Robert Claus 285
Training für den Straßenkampf
Einordnungen zu Rechtsextremismus im sächsischen Kampfsport
- Jörg Buschmann & Dana Schlegelmilch (RAA Sachsen e. V.) 311
Kontinuierlich aufarbeiten
Ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex (nicht nur für Südwestsachsen)
- Agnes Scharnetzky (JoDDiD) 331
Politische Bildung: einfach gut gemacht
Wie politische Bildung in Sachsen von erprobten Strategien profitieren kann

ANHANG

- Falk Haberkorn 349
Workingman's Blues
Zu den Fotografien im vorliegenden Band
- Zu den Autorinnen und Autoren 355



Nicht Extremismus- theorie, sondern Konfliktanalyse

Sozialpsychologische und soziologische Forschung zur autoritären Mobilisierung in Sachsen

Im Januar 2024 veröffentlichte eine Gruppe von Journalisten aus dem Medienhaus „Correctiv“ Material, das in Bild und Ton ein Treffen von Vertretern verschiedener Parteien und Unternehmern in einem Potsdamer Hotel im November 2023 dokumentierte (Correctiv, 2024). Während die Bekanntgabe eines solchen Treffens in der Regel keine Nachricht mit Sensationswert ist, schlug der Bericht über dieses spezielle Treffen ein wie eine Bombe. Nicht allein, dass hochrangige Vertreter der *Alternative für Deutschland* (AfD) – so etwa der Fraktionsvorsitzende im Sachsen-Anhaltinischen Landtag –, Angehörige der *Christlich Demokratischen Union* (CDU) und der ihr nahestehenden *Werteunion* teilnahmen; es war auch ein Exponent der völkischen *Identitären Bewegung* als einer der Hauptredner nach Potsdam eingeladen worden. Durch die Dokumentation der Journalisten wurde deutlich, dass während des Treffens die Frage behandelt wurde, wie nach der von der AfD angestrebten Regierungsübernahme mit Migranten und politischen Gegnern umzugehen sei. So wurden beispielsweise die organisatorischen und juristischen Herausforderungen einer „Remigration“ diskutiert – womit die zu erzwingende Abschiebung von Menschen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft gemeint ist.

Die Dokumentation dieser Diskussion machte nicht nur schlagartig den völkischen Charakter wichtiger Träger der AfD und ihres Umkreises deutlich. Offen zutage trat auch ihre Vorstellung, dass es ihr nicht nur um eine Regierungsübernahme auf Zeit ging, sondern viel mehr um eine Umgestaltung des politischen Systems Deutschlands, die mit der bundesdeutschen Verfassung nicht vereinbar ist. Dass dieser Umbau der Gesellschaft als Ziel und auch der Einsatz von Gewalt als Mittel in

Betracht gezogen werden, schreckte wohl keinen der Teilnehmer des Potsdamer Treffens ab, zumindest ist von ablehnenden Reaktionen oder Protesten nichts bekannt geworden.

Als „Correctiv“ den Bericht veröffentlichte, war die Überraschung in weiten Teilen der Bevölkerung genauso groß wie das Entsetzen. Es führte zu Positionierungen in Politik und Öffentlichkeit. Beruhigend war die Breite der Proteste und die anhaltenden Demonstrationen der demokratischen Zivilgesellschaft. Getragen wurden sie von mehreren Hunderttausenden Teilnehmern bundesweit. Und doch wurde gleichzeitig auch die Hilflosigkeit im Umgang mit den Feinden der Demokratie deutlich. Denn neu waren die Forderungen und Planspiele auf Seiten prominenter AfD-Vertreter nicht. Bereits 2018 schrieb der Thüringer AfD-Spitzenpolitiker Björn Höcke von „wohl-dosierten Grausamkeiten“ im Zuge einer „Remigration“ und stellte „menschliche Härten und un-schöne Szenen“ in Aussicht, wenn die „staatlichen Exekutivorgane [...] so konsequent wie nötig vorgehen“. Dabei war Höcke gleichzeitig zu Mitleid fähig, nämlich für die „neue politische Führung“ der diese Aufgaben zufallen würde, denn sie müsse „Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigenen moralischen Empfinden zuwiderlaufe“ (Höcke/Hennig, 2018). Was relevante Teile der AfD plant, war eigentlich genauso bekannt wie die Existenz von Netzwerken aus Unternehmern, völkisch-faschistischen Agitatoren und Anhängern solcher Gesellschaftsvorstellungen, die selbst in demokratische Parteien hineinreichen. Und ebenfalls nicht neu war die anschließende Reaktion, als diese Bestrebungen publik wurden: Wieder fand sich der Verweis auf die Ränder der Gesellschaft, jene Extremismen, von denen die Bedrohung des Zentrums ausgehe (Decker, 2018).

Beide – die autoritär-völkischen Netzwerke und die Externalisierung der Gefahr jenseits einer fiktiven Mitte – sind keine singulären Ereignisse. Man muss wohl feststellen: Gerade in Sachsen hat sich in den letzten Jahren eine autoritäre Bewegung entwickelt (Pickel/Decker, 2016), die, obwohl sie erhebliche ideologische Schnittmengen mit ihm aufweist, den Vorwurf des Faschismus, der völkischen oder antisemitischen Gesellschaftsbilder weit von sich weist (Korsch, 2018). Bis heute sind die „Montagsspaziergänge“ der Pegida-Bewegung in Erinnerung (Kiess, 2015). Sie stehen immer noch für die enge Verbindungen zwischen neonazistischer Szene, den Feinden der offenen Gesellschaft in breiten Teilen der Bevölkerung und ihren organisierten Vertretern in Parteien

und Jugendorganisationen. Auch wenn Pegida während der Pandemie ihre Mobilisierungsfähigkeit verloren hat, so konnten seitdem viele rechts-autoritäre Protestbewegungen an deren „Spaziergänge“ anschließen. Wie bei Pegida sind diese Proteste sehr häufig von Ressentiments gegen Migranten oder scheinbar Abweichende, gegen vermutete Verschwörungen von „Herrschenden“ und „globalen Eliten“ getragen (Kiess/Wetzel, 2023). Der Furor geht gegen das demokratisch-liberale System insgesamt. Dass Unternehmer in Sachsen bei dieser Mobilisierung eine zentrale Rolle spielen – als Geldgeber, mit ihrem Einfluss als Arbeitgeber und mit ihrem Einfluss auf die politische Kultur –, ist bekannt (Kiess et al., 2023).

Mit dieser Bedrohung der Demokratie steht Sachsen weder in Deutschland noch innerhalb oder außerhalb Europas allein dar. Im Gegenteil: Die Blaupause, nach der die Umgestaltung der liberalen Demokratie durchgeführt werden soll, liegt nicht nur in Deutschland vor (Levitsky/Ziblatt, 2018). Auch muss man leider konstatieren, dass weder die Pläne der AfD noch überhaupt die autoritäre Mobilisierung neu sind. Die Fähigkeit faschistischer Bewegungen und Parteien zur Mobilisierung fällt mit der Epochenwende Anfang der 1990er Jahre zusammen. Zu dieser Zeit traten weltweit offen antidemokratische Bewegungen auf, sie traten – bildlich gesprochen – aus dem Schatten des „Eisernen Vorhangs“ hervor. Seitdem sehen wir in Europa und auch im globalen Maßstab Konflikte und Konfliktmotive, die aus den Geschichtsbüchern des 19. und 20. Jahrhunderts zu stammen scheinen (Decker, 2022). Wie wenig selbst der Antisemitismus der Vergangenheit angehört, kam zuletzt mit den Reaktionen in Europa auf die Simschat-Tora-Massaker vom 7. Oktober 2023 zu Bewusstsein (Decker/Reimer-Gordinskaya, 2024). Das Motto der Demonstrationen gegen die AfD kann mit Blick auf die allgemeine politische Lage daher kaum treffender sein: „Nie wieder ist Jetzt!“ Offensichtlich hat die Systemkonfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg viele der Konflikte konserviert und offensichtlich hat die Entwicklung seitdem die mehr oder minder offene neonazistische Mobilisierungen ermöglicht.

Der Freistaat Sachsen ist nicht der Sonderfall dieser Entwicklung, vielmehr stellen sich hier die Herausforderungen in besonderer Dichte. Und so ist die Untersuchung dieser Entwicklung und ihrer Genese sowohl für Sachsen als auch über die Landesgrenzen hinweg von großer Bedeutung. Zu den historisch übergreifenden Wurzeln der gegenwärtigen

Konflikte – NS-Vergangenheit und DDR – und zur Wirkung der DDR-Wendeerfahrung tritt noch ein weiteres Moment hinzu, welches hilft, das Konfliktverständnis zu schärfen. Es besteht in der Reaktion der Zivilgesellschaft. Ihre Existenz und Stärkung war und ist dringend notwendig, man könnte auch sagen: Notwehr. Das, was ich hier mit Zivilgesellschaft bezeichne, entwickelte sich von Beginn an als eine Bewegung „von unten“ gegen die rechtsextremen und neonazistischen Tendenzen. Sie wurde zunächst von der Bundes- und Landespolitik sogar allein gelassen, galt doch lange Zeit und entgegen aller Fakten die Devise des ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf: „Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus.“ Nachdem das Jahr 2000 einen neuen Rekord an antisemitisch und neofaschistisch motivierten Straftaten brachte, rief im selben Jahr die damalige Bundesregierung unter Gerhard Schröder den „Aufstand der Anständigen“ aus. Ein bis heute bestehendes und damit zentrales Element sind Bundesprogramme „für Toleranz und Demokratie“ und „gegen Rechtsextremismus“. Im Vergleich zu den 1990ern entwickelt sich so auch in Sachsen eine vom Bund finanzierte Struktur mit Räumlichkeiten und entlohnenden Stellen, sie stärkt bis heute die Zivilcourage vor Ort mit dem Ziel, den Rechtsextremismus zu schwächen.

Die Bewertung der Programme und ihrer Wirksamkeit fallen unterschiedlich aus, ihr gewaltreduzierender Effekt sowie die Reduktion ganz konkreter Bedrohungslagen für Linke und Migranten stehen aber außer Frage. Zumal es schwer zu bewerten bleibt, wie sich die Situation ohne diese Projekte entwickelt hätte. Dennoch muss man feststellen, dass die aggressiven autoritären Bewegungen nicht nur weiterhin bestehen, sondern mit der AfD eine Partei gefunden haben, die ihre Anliegen befriedigt. Im Freistaat ist diese Partei in vielen Bevölkerungsumfragen zur Wahlpräferenz aktuell für über 30 Prozent der sächsischen Bevölkerung attraktiv. Nicht trotz, sondern wegen ihrer ressentimentgeladenen Politik, wie seit langem Untersuchungen zeigen (Celik et al., 2020). Die Probleme bleiben bestehen, der Aufstand der Anständigen ist entweder ausgeblieben oder hat einen schweren Stand. Die Ursachen dieser polarisierten und autoritären Dynamik in Sachsen sind weder verstanden noch behoben.

Die Attraktivität autoritärer Verhältnisse und die Konfliktdynamik, in die zivilgesellschaftliche Demokratieprojekte teilweise geraten, sind seit der Gründung des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (EFBI) an der

Universität Leipzig Gegenstand dessen sozialpsychologischer Forschung. Nicht nur verfolgen die an diesem Institut tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Ziel, den Zustand der Demokratie in Sachsen zu beforschen, die antidemokratisch-autoritären Mobilisierungen zu dokumentieren sowie die Verbreitung der entsprechenden Einstellungen zu erfassen. Darüber hinaus soll mit der Forschung in ausgewählten Konflikträumen die historische Tiefe mit den aktuellen Lebensbedingungen verbunden werden. Aus unserem sozialpsychologischen Verständnis einer grundsätzlichen Konflikthaftigkeit menschlicher Gesellschaft ergab sich noch ein weiteres Erkenntnisziel: die oftmals unbewussten Wünsche und Motive zu beforschen, die unser Handeln und Erleben bestimmen (Decker, 2024). Die Annahme ist: Menschliches Handeln hat Gründe. Genauso gilt aber die Voraussetzung, dass dem Menschen nicht alle Motive, die sein Handeln beeinflussen, bewusst sind. Ja, dass sie dies in den seltensten Fällen sind, ist angesichts der aggressiven und autoritären Dynamiken der Gesellschaft nur schwer von der Hand zu weisen. Das führt zu dem Schluss, dass wer Aggressionen hat, eine Rationalisierung sucht und findet. Mal sind es Migranten, mal sind es Politiker oder die COVID-Politik, welche für die Begründung der eigenen Wut herhalten müssen. Genauso so sicher ist aber auch: Wenn derlei Aggressionen kein Einzelschicksal sind, sondern die psychische Reaktion von vielen, dann sind sie nur als Ergebnis von gesellschaftlichen Konflikten zu verstehen. Es bringt deshalb nichts, sich auf irgendwelche „Extremismen“ zu kaprizieren, immer wieder aufs Neue muss die Arbeit geleistet werden, nicht nur die Motive des Hasses zu erfassen, sondern auch ihre psychosozialen Hintergründe freizulegen. Es geht um autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft, gesellschaftliche Widersprüche und ihre Wirkung auf die Individuen.

Deshalb sieht das Forschungsprogramm am EFBI nicht nur die Dokumentation der antidemokratischen Mobilisierung vor. Die antidemokratischen Tendenzen im Bundesland sowie die (Konflikt-)Dynamik zwischen diesen und dem Engagement einer demokratischen Zivilgesellschaft sind ihr Forschungsgegenstand. In den letzten Jahren hat sich dadurch am EFBI eine psychoanalytisch fundierte empirische Sozial- und Konfliktraumforschung etabliert, die in den qualitativen und den quantitativen Forschungsprojekten ihren Ausdruck findet (vgl. Kalkstein in diesem Buch). Es gilt also in der scheinbaren Abweichung, dem „Extrem“, den regelhaften Gesellschaftsbetrieb zu erkennen. Im Grunde verbindet

sich die Gründungsidee des EFBI also mit dem Selbstverständnis kritischer Wissenschaft, das der Berliner Religionssoziologie Klaus Heinrich einmal als das Bemühen beschrieb, der „Gesellschaft ein Bewusstsein ihrer selbst zu geben“ (Heinrich, 1998). Allerdings gehört zum Grundbestand kritischer Wissenschaft auch das Wissen um die konstitutive Widersprüchlichkeit der Gesellschaft. Die in ihr bestehenden Konflikte können nicht kurzerhand durch eine Analyse aufgelöst werden.

Autoritäre Ressentiments sind nicht individuelles Schicksal, sondern Ausdruck allgemeiner Bewegungsmomente in der Gesellschaft. Und wenn die Gesellschaft immer noch durchzogen ist von Widersprüchen, die durch die Individuen zum Ausdruck kommen – und wo sollten sie sonst ihre Geltung verlangen –, dann lastet dieser Druck ja nicht nur auf denen, die ihre Ressentiments scheinbar umweglos in den Hass transformieren. Die autoritäre Dynamik in der Gesellschaft erfasst alle Gesellschaftsmitglieder.

Die in diesem Band versammelten Beiträge versuchen einen Blick hinter die Fassade der Konflikte, hinter die autoritäre Mobilisierung zu werfen. Sie stammen in erster Linie von den Forscherinnen und Forschern des EFBI und von Akteuren aus der Zivilgesellschaft, die als Experten ihres Alltags über die Situation im Freistaat schreiben. Darüber hinaus konnten wir mit *Agnes Scharnetzky* eine Autorin unseres Schwesterinstituts, der John-Dewey-Forschungsstelle (Joddid) in Dresden, gewinnen.

Diesem Editorial folgt ein Aufsatz von *Fiona Kalkstein*, der eine kurze Einführung in die zentralen Grundlagen der qualitativen, aber auch quantitativen Forschung am EFBI bietet. In dem darauffolgenden „Überblick“ widmen sich drei Beiträge Analysen von Monitoringdaten und Dokumentationen. Danach folgen „Schlaglichter“ aus den qualitativen Forschungsprojekten des Instituts. „Rechte Lebenswelten und Weltbilder“ sind anschließend der Schwerpunkt der Beiträge aus der sächsischen Zivilgesellschaft, und im Abschnitt „Politische Bildung“ werden aktuelle Herausforderungen der Politischen Bildung in Sachsen thematisiert. Abschließend ordnet der Leipziger Fotograf *Falk Haberkorn*, der die Bildstrecke zu diesem Band beigesteuert hat, seine Fotografien ein und beschreibt, welche ostdeutschen und spezifisch sächsischen Erfahrungen seine Kunst beeinflussen.

LITERATUR

- Celik, Kazim/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 149–175). Gießen: Psychosozial.
- Correctiv (2024). Geheimplan gegen Deutschland. 10.01.2024. URL: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (11.01.2024).
- Decker, Oliver (2018). Flucht ins Autoritäre. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Leipziger Autoritarismus Studie 2018* (S. 15–64). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver (2022). Verdichtete Orte. Wiederkehr der Vergangenheit, Konflikte der Gegenwart. In Johannes Reichmayr/Michael Reichmayr (Hrsg.), *Paul Parin Werkausgabe – Das Bluten aufgerissener Wunden. Psychoanalyse, faschistische Ideologie und Krieg in Europa. Schriften 1992–1997* (S. 9–25). Wien: Mandelbaum.
- Decker, Oliver (2024). Dynamics of authoritarianism. In Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Drivers of Authoritarianism. Paths and Developments at the Beginning of the 21st Century* (S. 235–246). Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Decker, Oliver/Reimer-Gordinskaya, Katrin (2024). Antisemitismus – eine „dunkle Ressource“ in modernen Gesellschaften. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Nie wieder ist jetzt. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023*. URL: <https://www.boell.de/de/nie-wieder-ist-jetzt> (06.01.2024).
- Heinrich, Klaus (1998). *Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben. Reden und kleine Schriften*. Basel: Stroemfeld.
- Höcke, Björn/Hennig, Sebastian (2018). *Nie zweimal in denselben Fluss*. Lüdinghausen: Manuscriptum.
- Kiess, Johannes (2015). 50 Shades of Brown: Pegida und der Wunsch nach Autorität. In Martin Möllers/Robert C. v. Ooyen (Hrsg.), *Jahrbuch für Öffentliche Sicherheit 2014/2015* (S. 2015–219). Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Kiess, Johannes/Feuerer, Amelie/15grad Research (2023). Vernetzt und etabliert: Unternehmerisches Engagement für die extreme Rechte in Ostsachsen. *EFBI Policy Paper 2023-1*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kiess, Johannes/Wetzel, Gideon (2023). Vernetzung und Entwicklung der rechten Telegram-Szene in Sachsen. *EFBI Digital Report 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Korsch, Felix (2018). Pegida und Gewalt: Das Beispiel der „Freien Kameradschaft Dresden“ In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Leipziger Autoritarismus Studie 2018* (S. 267–286). Gießen: Psychosozial.
- Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel (2018). *How democracies die*. UK: Viking an imprint of Penguin Books.
- Pickel, Gickel/Decker, Oliver (2016). Extremismus in Sachsen – Einleitung. In Gert Pickel/Oliver Decker (Hrsg.), *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme* (S. 8–15). Leipzig: Seemann Henschel edition Leipzig.



Zur sozialpsychologischen Perspektive auf antidemokratische Tendenzen

Das durch einen solchen Widerspruch erzeugte Ressentiment wendet sich [...] gegen die demokratische Staatsform selbst.

Adorno, 1973, 209

In den letzten Jahren hat sich am Else-Frenkel-Brunswik-Institut eine psychoanalytisch fundierte, empirische Sozialraumforschung etabliert, die nicht zuletzt in qualitativen Forschungsprojekten ihren Ausdruck findet (z.B. Kalkstein et al., 2023a; Kalkstein et al., 2023b; Höcker et al., 2023; Gittner et al., 2022). Von besonderer Bedeutung sind dabei solche Regionen und Gemeinden (Sozialräume), in denen die gesellschaftlichen Konflikt dynamiken besonders polarisiert zutage treten. Dieser wissenschaftliche Zugang verortet sich in einer Forschungstradition, die eng mit dem Autoritarismuskonzept des Frankfurter Institut für Sozialforschung verknüpft ist. Zentral ist dabei die Annahme, dass Ressentiments, antidemokratische Einstellungen, physische und verbale Gewalt gegen Schwächere, Außenstehende, Fremde, Abweichterinnen – generell autoritäre Tendenzen in der Gesellschaft – sowohl Ausdruck gesellschaftlicher Krisen, Verunsicherungen und Ungerechtigkeiten sind als auch Ausdruck konflikthafter unterdrückter, verdrängter Reaktionsimpulse, Wünsche und Begehren, die infolge des gesellschaftlich-moralischen Gefüges nicht – oder lediglich entstellt – an die Oberfläche gelangen. Im zeitgenössischen Ansatz der psychoanalytischen Sozialpsychologie – in der Tradition des Frankfurter Instituts für Sozialforschung einerseits und der durch Alfred Lorenzer begründeten

Kultur-Analysen (1986) andererseits – wird am Else-Frenkel-Brunswik-Institut das Zusammenwirken gesellschaftlicher Dynamiken und anti-demokratischer Neigungen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Normen und Werten und daraus resultierenden kultureller Verdrängungspraktiken untersucht. Ziel ist es hierbei, abgewehrte gesellschaftliche Konflikte zu ergründen, zu beschreiben und sie im Idealfall bearbeitbar zu machen.

Im Folgenden lege ich unter Einbezug früher psychoanalytischer Schriften einige Grundgedanken der Forschung dar, die für unseren Zugang von Bedeutung sind. Dafür gehe ich zunächst auf Aspekte des Unbewussten sowie Verweise auf die kulturelle Produktion desselben ein. In einem zweiten Schritt zeichne ich nach, wie die Relevanz des Unbewussten für den Aufstieg des Faschismus von der Frankfurter Schule und ihrem weiteren Umfeld erkannt wurde und wie dies im Zusammenspiel mit soziologischen Erkenntnissen zu bis heute wegweisenden Einsichten in die Antisemitismus- und Vorurteilsforschung führte. Ferner gehe ich auf das durch Lorenzer (1986) aufgegriffene Konzept des kulturell produzierten Unbewussten ein. Als letztes möchte ich aktuelle Entwicklungen aufgreifen und darlegen, weshalb eine Wissenschaft der kulturellen Produktion des Unbewussten das Verständnis antidemokratischer Mobilisierungen, des derzeitigen Erfolgs neonazistischer und völkischer Strömungen sowie das Potenzial für Gewalt, Ausgrenzung und Ausschluss in der Gesellschaft auch heute noch vertiefen und bereichern kann.

UNBEWUSSTES UND KULTUR

Lassen Sie uns nicht zu gering von diesen Vorurteilen denken; es sind machtvolle Dinge, Niederschläge von nützlichen, ja notwendigen Entwicklungen der Menschheit. Sie werden durch affektive Kräfte festgehalten und der Kampf gegen sie ist ein schwerer.

Freud, 1917, 14

Einige von Freuds Schriften sind Kind ihrer Zeit und verlangen nach einer kritischen Wiederaneignung, bevor sie auf aktuelle Fragen angewandt werden können. Doch so wie Freud die Ambivalenz als Ursache psychischen Leidens interessierte, das „Zusammentreffen von Liebe und

Hass gegen dasselbe Objekt“ (Freud, 1913, 189), so sind auch seine Schriften voller Widersprüche und deutungssoffen. Zwar finden sich in seinen Texten mitunter Darstellungen von Geschlechterrollen und Familienbilder, die heute teilweise antiquiert wirken, doch sind sie gleichzeitig von Weitsicht und progressiven Einsichten gekennzeichnet. Wie produktiv die Lektüre im Hinblick auf ein tieferes Verständnis zeitgenössischer gesellschaftlicher Phänomene ist, davon zeugen die vielfältigen Bezüge in Kunst und Literatur, in Philosophie, Kultur- und Sozialwissenschaft. Freuds Schriften sind geprägt von seinem durchdringenden Interesse am Leiden in der Zivilisation und der entwicklungsgeschichtlichen Bedeutung derselben für die Entstehung des Unbewussten. Vor allem in *Totem und Tabu* (1913) und *Das Unbehagen in der Kultur* (1930) arbeitet er seine Gedanken dazu aus. Als Wissenschaft vom Unbewussten war Psychoanalyse die erste umfassende und empirisch begründete Theorie darüber, warum Menschen ohne physiologische Ursache leiden, einen *psychischen* Schmerz empfinden, den sie sich nicht erklären können. Sie versucht, „von den Erscheinungen zum Wesen“ (Lorenzer, 1977, 200) der menschlichen Psyche durchzudringen und das nicht Sichtbare freizulegen.

Früh betonte Freud dass die Ursache der Verdrängung in der Unverträglichkeit des etwaigen Bedürfnisses mit dem Bewusstsein liege, und definierte somit das Verdrängte als das Unverträgliche. Das spätere Modell konflikthafter Instanzen der Psyche ist meistens grob bekannt (Freud, 1923): Das *Es* verkörpert dabei Triebansprüche, die zum Ziel haben, unangenehme leibliche Zustände (z.B. den Mangel an Nahrung oder Zuwendung) zu beseitigen, und noch kein Gewissen und keine Moral kennen. Sie schaffen es erst, wenn überhaupt, als bereits übersetzte Bedürfnisse ins Bewusstsein. Das *Über-Ich* verkörpert die verinnerlichten Normen und Werte (Moral, Gewissen, Ich-Ideal) – es ist hochgradig gesellschaftlich und ist jene Instanz, zu dessen Verboten und Geboten die Triebe häufig in Konflikt stehen. Und schlussendlich das *Ich*, welches das Bewusstsein beinhaltet, die Gegebenheiten der Realität prüft und diese gegenüber den Triebanforderungen zu vermitteln versucht. Es steht außerdem in Kontakt mit dem *Über-Ich* und hat die Aufgabe, Triebansprüche abzuwehren oder zu modifizieren, die nicht mit den Anforderungen des *Über-Ichs* übereinstimmen, durch die Gegebenheiten der Realität nicht erfüllbar sind oder nicht in das Ich integrierbar sind.

Ich und *Über-Ich* formieren sich im Laufe der Entwicklung eines Menschen erst.¹ Dabei stellt die Genese des *Über-Ichs* eine individualgeschichtliche Unterwerfung unter soziale Regeln dar. Repräsentant:in der gesellschaftlichen Gebote und Verbote dem Kind gegenüber ist zunächst die Mutter (in den ersten Lebensjahren), später der Vater². Er bildet das Scharnier zwischen privatem und öffentlichem Leben, zwischen Biografie und Gesellschaft; er verkörpert die gesellschaftlichen Werte und Normen und trägt die Ansprüche, jene einzuhalten, an das Kind heranträgt. Der Vater ist das erste „Hindernis gegen die Verwirklichung der Ödipuswünsche“ (ebd., 236)³. Die Unterwerfung unter sein ‚Gesetz‘ birgt jedoch auch ein Versprechen, das diese Unterordnung reizvoll macht: das Versprechen, an der Macht des Vaters (und später anderer Autoritäten) teilzuhaben. Doch die kindlichen Triebansprüche und damit das Streben nach unmittelbarer Befriedigung verschwinden mit den Verböten nicht, sie lösen als abgewehrte unbefriedigte Anteile (als Mangel) unangenehme Spannungszustände aus. Eine gängige Möglichkeit, mit unliebsamen Reizen umzugehen, findet sich in der Abwendung von der Reizquelle, deren Grundlage der ‚Hass‘, die Aggression ist. Sie ist eine archaische, also frühen Entwicklungsstadien der Persönlichkeit entstammende Empfindung, um sich gegen unliebsame Reize zu schützen (Freud 1915a, 226ff., Pohl, 2019, 187f.). Vom Vater oder von anderen Autoritäten, von denen es abhängig ist, kann das Kind sich jedoch nicht abwenden und in der Regel die Aggression auch nicht ausagieren; es muss sie anderweitig verarbeiten. Hier beginnt bei Freud die Verdrängungsleistung, also das Unbewussthalten verbotener Emotionen sowie verbotener Triebansprüche durch *Abwehr*. Freud beschreibt zahlreiche mögliche Abwehrmechanismen, wobei die Konfliktlösungsstrategie, die das Kind hier mit dem Vater wählt, den späteren „Charakter“ prägt und sich im Laufe des Lebens zu einer typischen und relativ verfestigten Disposition entwickelt, zu denken und zu handeln. Die infantile Konfliktkonstellation zwischen den kindlichen Impulsen und dem ‚Gesetz des Vaters‘ verschiebt sich im Erwachsenenalter zu jener zwischen *Es* (Triebansprüchen) und *Über-Ich* (verinnerlichte Verbote und Gebote),

1) Genau genommen sind auch die Triebe vergesellschaftete Natur und entwickeln bzw. formen sich in Interaktion mit der Außenwelt. Ich und Über-Ich entwickeln/formen sich jedoch erst im weiteren Verlauf.

2) Es können genauso Pflegepersonen und andere Bindungspersonen etc. sein, bis heute sind die Rollen häufig vergeschlechtlicht.

3) Freud griff ein antikes Motiv auf, die griechische Ödipussage: Wie Ödipus möchte der Sohn den Vater als Konkurrenten töten, weil er die Mutter begehrt.

dabei wird das Über-Ich „den Charakter des Vaters bewahren“ (Freud, 1923, 263). Im Idealfall ist der Umgang mit diesem lebenslangen Konflikt reifer geworden, faktisch aber bleibt der psychische Apparat fragil. Die Abwehr der Triebansprüche kostet Energie, sie macht müde und gelingt oft nicht gänzlich. Gleichzeitig bleibt aber die Energie und innere Spannung, die von den Trieben ausgehen. Aggression ist folglich nichts anderes als der Versuch, zur Ruhe zu kommen.

Im *Unbehagen in der Kultur* (1930) befasst sich Freud mit dem „sozialen Leiden“, welches er täglich beobachten konnte, und dem Zwang zur Selbstbeherrschung, den das zivilisierte Leben erfordert. Eingangs wurde der Vater als Träger gesellschaftlich-kultureller Regeln und Moral eingeführt, nun geht es um die Rolle der Kultur selbst. Sie ist jene menschliche Leistung und Fähigkeit, die ihn vom Tier unterscheidet und besitzt zwei Funktionen: den „Schutz des Menschen gegen die Natur“ und die „Regelung der Beziehungen der Menschen zueinander.“ (ebd., 448f.). Doch ‚Regelungen‘ führen zwangsläufig dazu, dass Ansprüche kontrolliert werden müssen, dass Anforderungen des Es nicht unmittelbar oder überhaupt nicht befriedigt werden.

Kultur und Zivilisation erfordern das Verbot sozial unverträglicher Triebansprüche, denn, so Freud, das „Unbewusste mordet selbst für Kleinigkeiten“ (Freud, 1915b, 351). Zivilisation vereinfacht das Zusammenleben in Gemeinschaft, sie beraubt den Menschen dabei aber auch um Möglichkeiten unmittelbarer Befriedigung. Sie ist somit ermöglichend und beschränkend zugleich. Jene unabdingbare Unterwerfung unter die Regeln der Kultur ist gleichzeitig Quelle des Leids (Freud, 1930, 444) – und somit auch der Aggression.⁴

Aber wohin mit den unterdrückten Triebansprüchen, mit dem abgewehrten Mangel? Aggressionen sowie die Sehnsucht nach Spannungsfreiheit, nach Einssein mit der Welt verlangen nach einem Umgang mit ihnen. Eine Möglichkeit, sich diesem Zustand zu nähern, liegt in der „Befeindung von Außerstehenden“ (ebd., 473), die gleichzeitig den Mitgliedern der Eigengruppe „das Zusammenhalten erleichtert“ (ebd., 474). Nach innen kann Spannungsfreiheit erhöht, nach außen die Aggression abgeführt werden. Quelle und Objekt der Aggression driften hier

4) Durch den Zwang zur Selbstbeherrschung kann sich die Idee verbreiten, „wir wären viel glücklicher, wenn wir sie [die Kultur] aufgeben und in primitive Verhältnisse zurückfinden würden“ (Freud, 1930, 445). Diese „befremdlich[e] Kulturfeindlichkeit“ (ebd.) findet sich bis heute in antidemokratischer Propaganda.

auseinander. In der Regel müssen für diese „bequeme“ (ebd.) Lösung dem Objekt Eigenschaften zugeschrieben werden, die verhasst sind und die an der eigenen Gemeinschaft (oder der eignen Person) fremd gehalten werden sollen, um sie weiterhin zu idealisieren. Außenstehenden werden somit Eigenschaften zugeschrieben, die weniger mit ihnen zu tun haben als mit der Gemeinschaft, die sich diese vom Leib halten will. In diesem Sinne ist auch das einleitende Zitat Freuds, in dem er festhält, dass das Vorurteil „nützliche Aspekte“ aufweist und von „affektiven Kräften“ gehalten wird, zu verstehen: Das Vorurteil bindet unliebsame Emotionen. Es ist Ausdruck archaischer emotionaler Ambivalenzen und des „schiefeilenden“ (s.u.) kulturellen Umgangs mit ihnen, der Projektion nach außen. Hass ist entsprechend die Abwehr unliebsamer eigener Triebansprüche und das Bekämpfen dieser Anteile an ‚Außenstehenden‘.

CHARAKTER, FAMILIE, KULTUR: SOZIALCHARAKTER UND GESELLSCHAFTLICHE DYNAMIK (SOZIOLOGISCHE WENDUNG)

Kern der frühen psychoanalytisch fundierten Soziologie bildeten Fragen darum, wie sich der Faschismus durchsetzen, und später, wie der Holocaust – das Unbegreifliche – geschehen konnte. Ohne die Struktur des Unbewussten sei das Geschehene nicht zu erklären, so vermuteten die Frankfurter und die spätere Berkeley-Gruppe, zu der auch Else Frenkel-Brunswik gehörte.⁵ Im Zentrum des Interesses standen am Frankfurter Institut für Sozialforschung die in der Weimarer Republik zu beobachtenden massenhaften Unterwerfungstendenzen unter Autoritäten und die Sehnsüchte nach starken Führungsfiguren (Horkheimer et al., 1936), die sie bei größeren gesellschaftlichen Gruppen Anfang der 1930er Jahre mit Fragebögen erheben konnten (ebd., 229ff.) und die in der späteren Begeisterung für Hitler und die NSDAP ihren Ausdruck fanden. Horkheimer (1936, 23) und Fromm (1936, 79) blickten mit Sorge auf den „freiwilligen“ Anteil des Gehorsams, ohne den die Durchsetzung eines autoritären oder totalitären Regimes ihrer Auffassung nach nicht denk-

5) Zu den ersten, die das Zusammenspiel von Persönlichkeitsstruktur und antidemokratischen – autoritären – Neigungen untersuchten gehörte das Frankfurter Institut für Sozialforschung sowie die Mitglieder der sog. „Berkeley-Gruppe“: Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford. Gemeinsam veröffentlichten sie mit Adorno 1950 „The Authoritarian Personality“ – eine Untersuchung, die mithilfe des Unbewussten der Frage nachging, wie sich die gesellschaftliche Neigung durchsetzen konnte, faschistische Ideologie zu bejahen. Bis heute liegt die Studie nur in Teilen in deutscher Übersetzung vor (Adorno, 1973).

bar wäre. „Eine Fügsamkeit, die nur auf der Angst vor realen Zwangsmitteln beruhte, würde einen Apparat erfordern, dessen Größe auf die Dauer zu kostspielig wäre“ (Fromm, 1936, 84). Das Verhältnis zu Herrschaft ist bei jenem Typus, den sie als „autoritären Charakter“ bezeichnen, sowohl durch Zwang als auch durch den Wunsch nach Führung und einer Identifikation mit Herrschaft gekennzeichnet. Die Machtübernahme der Faschisten war nicht lediglich durch Zwang erklärbar, vielmehr konnten sie sich auf eine Massenbasis autoritätsbejahender (autoritärer) Subjekte verlassen, die fest überzeugt waren von der „notwendige[n] Herrschaft von Menschen über Menschen“ (Horkheimer, 1936, 22). Die weite Verbreitung der freiwilligen, teils begeisterten Abgabe grundlegender individueller Freiheiten und herrschaftsbejahender Überzeugungen blieb den Autoren erklärungsbedürftig und in gewissem Sinne ‚irrational‘. Ohne Psychologie, konkret ohne eine Tiefenpsychologie, war ein Verständnis der gesellschaftlichen Konflikte nicht zu gewinnen.

Die Entwicklung des *Über-Ichs* als Form der kindlichen Unterwerfung unter das ‚Gesetz des Vaters‘ mit ihren ambivalenten Gefühlen von Aggression und Verheißung wurden ins Zentrum gerückt, um das wissenschaftliche Problem zu verstehen: eine gesamtgesellschaftliche Tendenz zu Gehorsam und zur Unterwerfung unter Stärkere sowie eine Aggressionsneigung gegenüber Schwächeren – in einer Gesellschaft, die bei vernünftiger Verteilung genügend für alle hätte. So griffen die Frankfurter auf das oben beschriebene Charakterkonzept Freuds zurück. Demnach ist der Charakter eines Menschen im Wesentlichen das Ergebnis prägender frühkindlicher und kindlicher (Bindungs-)Erfahrungen und (Autoritäts-)Konflikte sowie deren vorherrschender Bewältigungsmodi. Die Frankfurter Sozialforscher holen die Entwicklung des Charaktertypus aus der lediglich frühkindlichen, individualgeschichtlichen Entwicklung heraus:

Charakter geht aus der Einwirkung der gesamten gesellschaftlichen Einrichtungen hervor, die für jede soziale Schicht in eigentümlicher Weise funktionieren. [...] Zum Verständnis des Problems, warum eine Gesellschaft in einer bestimmten Weise funktioniert, warum sie zusammenhält oder in Auflösung begriffen ist, gehört daher die Erkenntnis der jeweiligen psychischen Verfassung der Menschen in den verschiedenen sozialen Gruppen, das Wissen darum, wie sich ihr Charakter

im Zusammenhang mit allen kulturellen Bildungsmächten der Zeit gestaltet hat.

Horkheimer, 1936, 9f.

Die massenhafte Erscheinung des autoritären Charakters war nur erklärbar, wenn sich in der Familie etwas wiederholt, das in der Gesellschaft angelegt ist. Kindlich-familiäre Autoritätskonflikte bleiben zwar prägend, doch die Familie und ihre jeweilige Konstellation werden zur *gesellschaftlich vermittelten* Institution. Es sei der äußere, gesellschaftliche „Druck auf den Vater“ (ebd., 60), der „sich im Druck auf die Kinder reproduziert“ (ebd.), heißt es etwa. Damit ist es nicht mehr allein der Vater, vielmehr sind es auch die ihn prägenden „kulturellen Verhältnisse“, die sich „als bestimmte Charaktere der Menschen“ (Horkheimer, 1936, 349) manifestieren. Entsprechend verstanden die Frankfurter Sozialforscher den Konflikt um die Unterwerfung unter das väterliche Gesetz und die Tatsache, dass das ambivalente Gefühlsleben des Kindes systematisch verdrängt werden musste und unbearbeitet blieb, als Symptom einer Gesellschaft, die nach Individuen verlangt, die sich auch im späteren Leben anpassen und unterordnen sollen. Autoritäre Charakterstrukturen und das massenhafte Verlangen nach Herrschaft, konnten nur entstehen, wenn auch die Gesellschaft als Ganzes, Lebensbedingungen außerhalb der Familie, autoritären Logiken folgten. Das *Über-Ich*, die verinnerlichten Verbote und Gebote, ist somit vorrangig das Resultat gesellschaftlicher Anforderungen sowie ihrer Tabus.

Die *Studien zum autoritären Charakter* (Adorno, 1973) aus den 1940er Jahren gingen explizit der Frage nach der Ansprechbarkeit des *Autoritären Charakters* für faschistische Ideologie nach. Die im Konflikt mit dem Vater erlernte und unbewusste Identifikation mit der Autorität und der Anspruch nach klaren Hierarchien werden durch das gesellschaftliche Versprechen aktualisiert, an der Macht der Mächtigen Teil haben zu können, wenn man sich ihnen unterwirft. Somit ist der *Autoritäre Charakter* häufig gerade nicht der faschistische Agitator selbst, sondern durch seine prinzipielle Herrschaftsbejahung vielmehr die *Bedingung*, die dem organisierten Faschismus an die Macht verhilft. Seine Hoffnung auf Macht und Stabilität durch Führung führt dazu, dass auch vor dem faschistischen Führer nicht zurückgeschreckt wird, zumal dieser auf die Spitze treibt, wonach die unterdrückte autoritäre Aggression verlangt: die Entladung an ideologisch festgesetzten Ersatzobjek-

ten. Die ambivalente Gefühlstruktur zur Autorität, ihre idealisierte Vereinseitigung durch die Abwehr der Aggression, ist bis heute zentral und wegweisend, um ein Verständnis dafür zu generieren, wie national-sozialistische Ideologie massenwirksam werden kann und wie der Holocaust möglich werden konnte.

In den 1970er und 1980er Jahren griff der Psychoanalytiker und Soziologe Alfred Lorenzer das Verhältnis von Psychodynamik und gesellschaftlicher Dynamik wieder auf; mit ihm avancierte „die gesellschaftlich hergestellte Persönlichkeitsstruktur“ (Lorenzer, 1974, 284) erneut zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Fragestellungen. Wie schon in der frühen Frankfurter Schule begreift Lorenzer die Verdrängung nicht als rein individuelles Phänomen, sondern auch als wesentlich gesellschaftliches Produkt, das Unbewusste als kulturell (mit-)produziert: „Das Unbewusste ist das Verbotene. Es sind Wünsche, die der allgemeine Konsens verpönte; sie widersprechen den Normen und Werten der Kultur.“ (Lorenzer, 1986, 27) Abgewehrt werden Triebansprüche, weil sie ängstigend, schambehaftet, schuldvoll oder eben sozial verpönt bzw. „gesellschaftlich inakzeptabel“ (König et al., 2020, 112) sind. Das Unbewusste befindet sich hier an der Schnittstelle zwischen individueller Biografie, sozialen Normen und kollektiven Erfahrungen. Aber nicht nur verbotene Wünsche werden verdrängt, auch die inneren Konflikte, die von ebenjenen Triebansprüchen ausgelöst werden, bleiben unbewusst und werden nicht weiter ausgetragen. Während die psychoanalytische Praxis diese Konflikte (tendenziell) mithilfe der individuellen Biografie, Familienlage, -dynamik und verinnerlichten Werten aufschlüsselt, interessieren in der analytischen Sozialpsychologie *gesellschaftlich* latent gehaltene konflikthafte Ansprüche sowie die Auswirkungen ihrer kollektiven Abwehr im Kontext sozialer Dynamiken, Macht und Lebensverhältnisse. Es geht immer darum, mit der Benennung und Beschreibung der Konflikte eine Sprache für sie zu finden. Denn erst mit ihrer Versprachlichung können diese *bewusst ausgetragen* werden – und nicht unbewusst ausagiert. Mit Blick auf die Sozialwissenschaft interessiert also die unbewusste Ebene (anhaltender) sozialer Konflikte und solcher sozialer Spannungen, die mit Hass und Aggression (gegenüber Ersatzobjekten) einhergehen und gleichzeitig nach Herrschaft verlangen. Es interessieren Vorurteile, die „durch affektive Kräfte“ festgehalten (Freud, 1917, 14, s.o.) werden, zu deren Erklärung sich auch ihre Träger in erhebliche Widersprüche verwickeln – und teilweise das Terrain der ge-

meinsam geteilten Realität verlassen müssen. Beispiele hierfür finden sich auch aktuell zahlreiche: Exemplarisch lassen sich der Wahn von Incels, es gebe eine feministische Weltverschwörung, die Idee von Reichsbürgern, die Bundesrepublik sei eine „GmbH“, oder unter einigen Protestierenden gegen die Corona-Maßnahmen verbreitete Ansicht, die Impfung sei ein staatlich induzierter Massenmord, nennen. Die wohl längste Tradition hat der Antisemitismus samt des Phantasmas einer jüdischen Weltverschwörung. Aber auch den klassischen Vorurteilen gegenüber Migrant:innen ist mit Fakten kaum beizukommen. Folgenden Schluss ziehen dabei die Autor:innen der Studien zum autoritären Charakter:

Es lässt sich nicht bestreiten, dass die formale Demokratie unter dem jetzigen Wirtschaftssystem der Masse der Bevölkerung die Befriedigung der elementarsten Wünsche und Bedürfnisse auf die Dauer nicht zu garantieren vermag, während doch zur selben Zeit die demokratische Staatsform so dargestellt wird, als komme sie [...] einer idealen Gesellschaft so nahe wie überhaupt möglich. Das durch einen solchen Widerspruch erzeugte Ressentiment wendet sich bei denen, die seine ökonomischen Ursachen nicht erkennen können, gegen die demokratische Staatsform selbst.

Adorno, 1973, 209

Der Eindruck des Mangels wird der Demokratie zugeschrieben, weniger den ökonomischen, gesellschaftlichen Ursachen. Umso wichtiger bleibt es zu verstehen, welche unbewusste Funktion das Vorurteil besitzt und auf welche gesellschaftlichen (und ökonomischen) unbearbeiteten Probleme sie verweisen.

ANTIDEMOKRATISCHE NEIGUNGEN HEUTE UND DIE SUCHE NACH IHREN URSACHEN

Es sind schlussendlich nicht die autoritären Neigungen weniger einzelner, die es sozialpsychologisch zu perspektivieren gilt, sondern die kollektive Anziehungskraft antidemokratischer Ideologien und die kulturelle Dynamik, die diese hervorbringt. Die Propaganda des Neuen Faschismus ist wieder salonfähig geworden, sie verfängt in Teilen der

Gesellschaft und scheint ihr mit ihrer Ideologie ein (auch psychodynamisch) attraktives Angebot zu unterbreiten. Gemeint ist hier: Menschenverachtung und die Illusion homogener Gemeinschaft bergen das (uneinlösbare) Versprechen, den verspürten Mangel zu tilgen, endlich zur Ruhe zu kommen, keine Ambivalenzen und Vieldeutigkeit mehr aushalten zu müssen. Sie docken an unbewusste Sehnsüchte und unverarbeitete, frühe Autoritätskonflikte an, welche die Ansprechbarkeit für autoritäre Bewegung ausmachen.

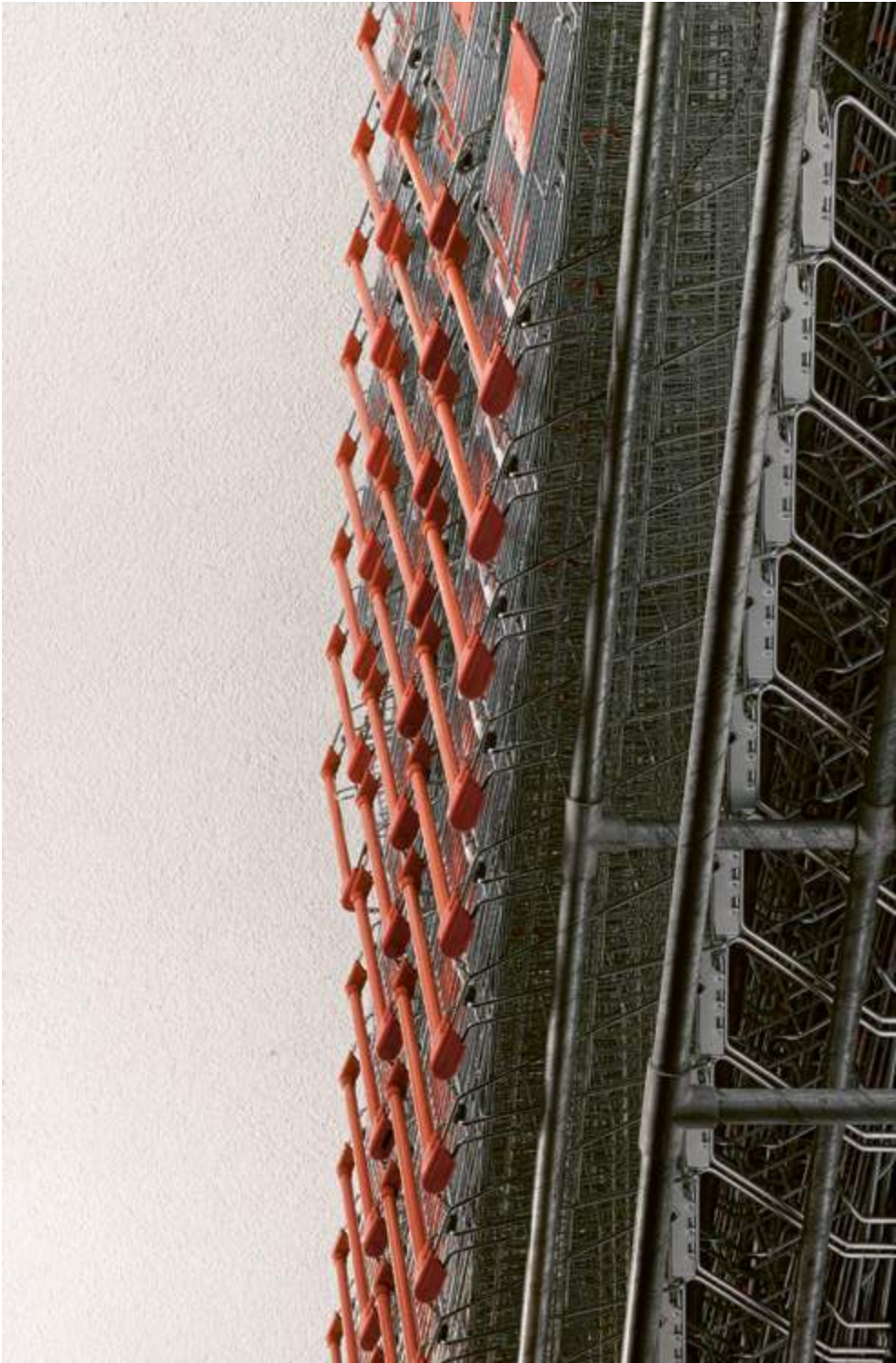
Für die analytische Sozialpsychologie relevant bleibt vor diesem Hintergrund die Frage, was sich in der kollektiven Sehnsucht nach autoritären Verhältnissen, nach Führung und in der Abwertung sozial definierter Gruppen wiederholt, das bereits in den Verhältnissen angelegt ist. Denn für ein rein individuelles Problem, ist diese Ansprechbarkeit schlichtweg zu häufig anzutreffen. Diese Frage rückt den Fokus zwangsläufig auf die Lebensbedingungen und die historischen Prozesse, denn nur so kann die Wiederholung des Gesamten im Einzelnen zusammengebracht werden. In Sachsen beispielweise, wo sich in den letzten Jahrzehnten eine permanente autoritäre Bewegung entwickelte, haben sich zuvor die Lebensrealitäten und Arbeitsbedingungen grundlegend verändert. Wiederkehrendes Thema sind hier die Jahre der Wiedervereinigung, mit der viele Hoffnungen verbunden waren, und der darauffolgenden Transformation, die viele davon zunichte machte und deren ökonomische Folgen bis heute nachhallen. Sind es tatsächlich diese Bedingungen, die Ressentiments begünstigen und die Sehnsucht nach autoritären Verhältnissen steigern? Unsere Analysen zeigen bisher: Die autoritären Dynamiken in Sachsen sind jedenfalls ohne ein Verständnis der entsprechenden Geschehnisse kaum zu begreifen. Dies gilt sowohl für die Deindustrialisierungsprozesse in der Oberlausitz (Kalkstein et al., 2023b; Kalkstein/Dilling, subm.) sowie für die den weitestgehenden Zusammenbruch des öffentlichen Lebens in Wurzen (Purucker in diesem Band). Sie fördern erheblichen Frust. Mit dem Sozialpsychologen Markus Brunner könnte man sagen: Die äußeren Bedingungen „reaktivieren frühere Konflikte“, die wiederum „mit ähnlichen Gefühls- und Wahrnehmungslagen verknüpft sind.“ (Brunner, 2016, 27) In den autoritären Dynamiken in Sachsen schwingen vielschichtige emotionale Aspekte mit: Neid und Missgunst, der Eindruck verwehrt Anerkennung, aber auch das Nicht-Zurechtkommen mit modernen Flexibilisierungs- und Individualisierungsanforderungen spielen hier eine zentrale Rolle

(Kalkstein et al., 2023a). Unbewusste Sehnsüchte nach Ungetrenntsein und Spannungsfreiheit münden in homogenen Heimatillusionen – sie müssen in der pluralen Gesellschaft aber unerfüllt bleiben. Sie sind häufig mehr das Produkt eigener, verdrängt gehaltener ideologischer Verstrickungen als jenes einer gefestigten völkischen Ideologie (Gittner et al., 2022). Harmlos sind sie dadurch freigesetzten Dynamiken dennoch nicht, denn bleibt die illusionäre Zwangsläufigkeit dieser Sehnsucht undurchdrungen, kehrt sie als Aggression gegenüber dem Differenten und Progressiven wieder, legitimierte vielleicht sogar Gewalt gegen diese oder verharmlost sie (Rodemerck et al., 2024).

Zwar finden autoritäre Haltungen keineswegs nur in politisch rechten Einstellungen ihren Ausdruck (Decker et al., 2022), beide teilen jedoch in der oben beschriebenen Weise eine ‚natürliche Nähe‘. Es sind die irrationalen und widersprüchlichen Anteile sowie der affektive Überschuss der bedeutenden sozialen Konfliktlinien, die darauf verweisen, dass über sie auch weitere, nicht durchdrungene gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden. Dass sich das „Unbehagen“, wie Adorno es ausdrückte, mehr und mehr gegen die Demokratie wendet, beobachten wir nicht nur am Institut. Auch die massenhaften Proteste im Januar 2024 gegen die Deportationspläne der AfD und ihrer ideologischen Mitstreiter:innen zeigen, dass gesellschaftlich die Sorge vor den faschistischen Tendenzen wächst. Die sozialpsychologische Analyse der Hintergründe autoritärer Dynamiken ermöglicht es zu erfahren, über welches Werkzeug die demokratische Zivilgesellschaft verfügt, ja, wo überhaupt anzusetzen wäre, um diesen etwas entgegenzusetzen. Ziel des sozialpsychologischen Ansatzes am Else-Frenkel-Brunswik-Institut ist es somit, die dahinterliegenden gesellschaftlichen Konflikte – wenigstens ansatzweise – freizulegen und bearbeitbar zu machen.

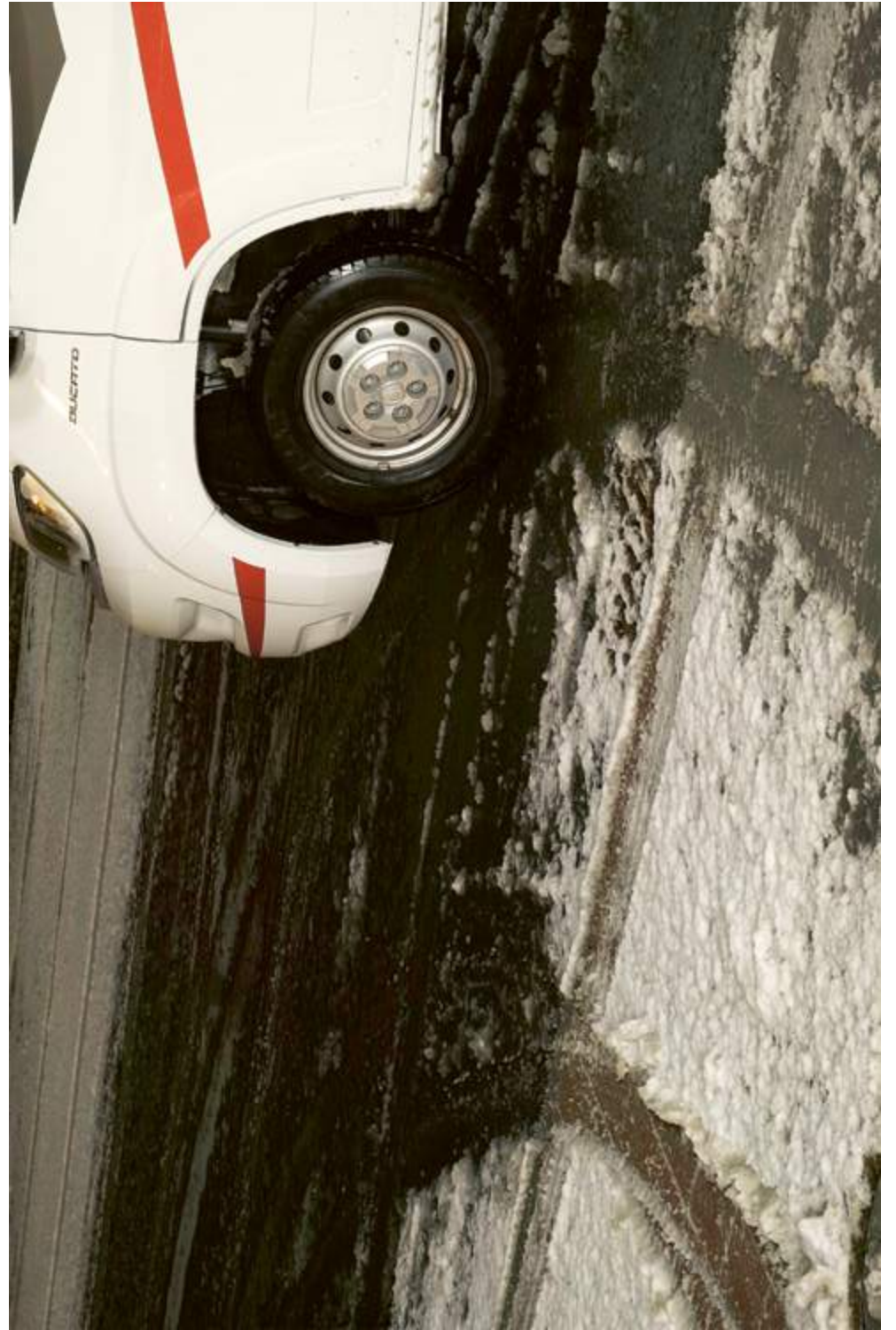
LITERATUR

- Adorno, Theodor W. (1964). Jargon der Eigentlichkeit. In *Gesammelte Schriften*, Bd. 6 (S. 413–529). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel/Sanford, R. Nevitt (1950). *The Authoritarian Personality. Studies in Prejudice*. Harper and Row.
- Adorno, Theodor W. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Schuler, Julia/Celik, Kazim/Brähler, Elmar/Clemens, Vera/Fegert, Jörg (2022). Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – Alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 91–126). Gießen: Psychosozial.
- Freud, Sigmund (1915a). Triebe und Triebchicksale. In *Gesammelte Werke*, Bd. 10 (S. 209–232). Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, Sigmund (1915b). Zeitgemäßes über Krieg und Tod. In *Gesammelte Werke*, Bd. 10 (S. 324–355). Fischer.
- Freud, Sigmund (1917). Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. In *Gesammelte Werke*, Bd. 11. Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, Sigmund (1923). Das Ich und das Es. In *Gesammelte Werke*, Bd. 13 (S. 237–314). Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, Sigmund (1930). Das Unbehagen in der Kultur. In *Gesammelte Werke*, Bd. 14 (S. 421–506). Frankfurt am Main: Fischer.
- Fromm, Erich ([1936] 1987). Studien über Autorität und Familie – Sozialpsychologischer Teil. In *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung* (S. 77–135). Lüneburg: Zu Klampen.
- Gittner, Natalie/Schmidt, Andre/Schuler, Julia (2022). Zivilgesellschaft als „Bollwerk gegen Rechts“? Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Würzen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 67–86). Leipzig: edition überland.
- Höcker, Charlotte/Falk, Tabea/Niendorf, Johanna/Rodemerck, Henriette (2023). Hoffnungsschimmer im Erzgebirge. Einblicke in das Forschungsprojekt Geschlechterdemokratie im Erzgebirge. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 215–234). Leipzig: edition überland.
- Horkheimer, Max/Fromm, Erich/Marcus, Herbert ([1936] 1987). *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Lüneburg: Zu Klampen.
- Horkheimer, Max ([1936] 1987). Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie. Allgemeiner Teil. In *Studien über Autorität und Familie* (S. 3–76). Lüneburg: Zu Klampen.
- Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius (subm.). Gesellschaft als Mythos – Apokalypse als Neubeginn. Eine tiefenhermeneutische Einzelfalluntersuchung des Corona-Protests in der sächsischen Oberlausitz. *Z-Rex, Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*.
- Kalkstein, Fiona/Gittner, Natalie/Schuler, Julia (2023a). Wie viel Differenz verträgt Heimat? Raumbindung und Konflikte um kommunale Gestaltung und lokale Zugehörigkeit. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 187(3).
- Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius/Schließler, Clara (2023b). Heute wie damals? Die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum der Corona-Proteste. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 179–198). Leipzig: edition überland.
- König, Kals (2007). *Abwehrmechanismen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- König, Hans-Dieter/König, Julia/Lohl, Jan/Winter, Sebastian (2020). *Alfred Lorenzer zur Einführung: Psychoanalyse, Sozialisationstheorie und Tiefenhermeneutik*. utb.
- Kraemer, Ralf (2015). *Kapitalismus verstehen. Einführung in die politische Ökonomie der Gegenwart*. Hamburg: VSA.
- Lorenzer, Alfred (1977). Zum Verhältnis von objektiver und subjektiver Struktur. In *Sprachspiel und Interaktionsform* (S. 195–217). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lorenzer, Alfred (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In *Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur* (S. 11–98). Frankfurt am Main: Fischer.
- Pohl, Rolf (2019). *Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen*. (2. Aufl.). Hannover: Offizin.
- Rodemerck, Henriette / Falk, Tabea / Höcker, Charlotte/Niendorf, Johanna/Decker, Oliver (2024). „Fürsorge, Nachbarschaftshilfe, Stalking – eine Interpretationssache?“ Zusammenhalt und Antifeminismus am Fallbeispiel Erzgebirge. In Matthias Midell (Hg.), *Varianzen des Zusammenhalts. Historische und transregional vergleichende Perspektiven*. Frankfurt am Main: Campus.



30

FALK HABERKORN



31

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



32

FALK HABERKORN



33

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



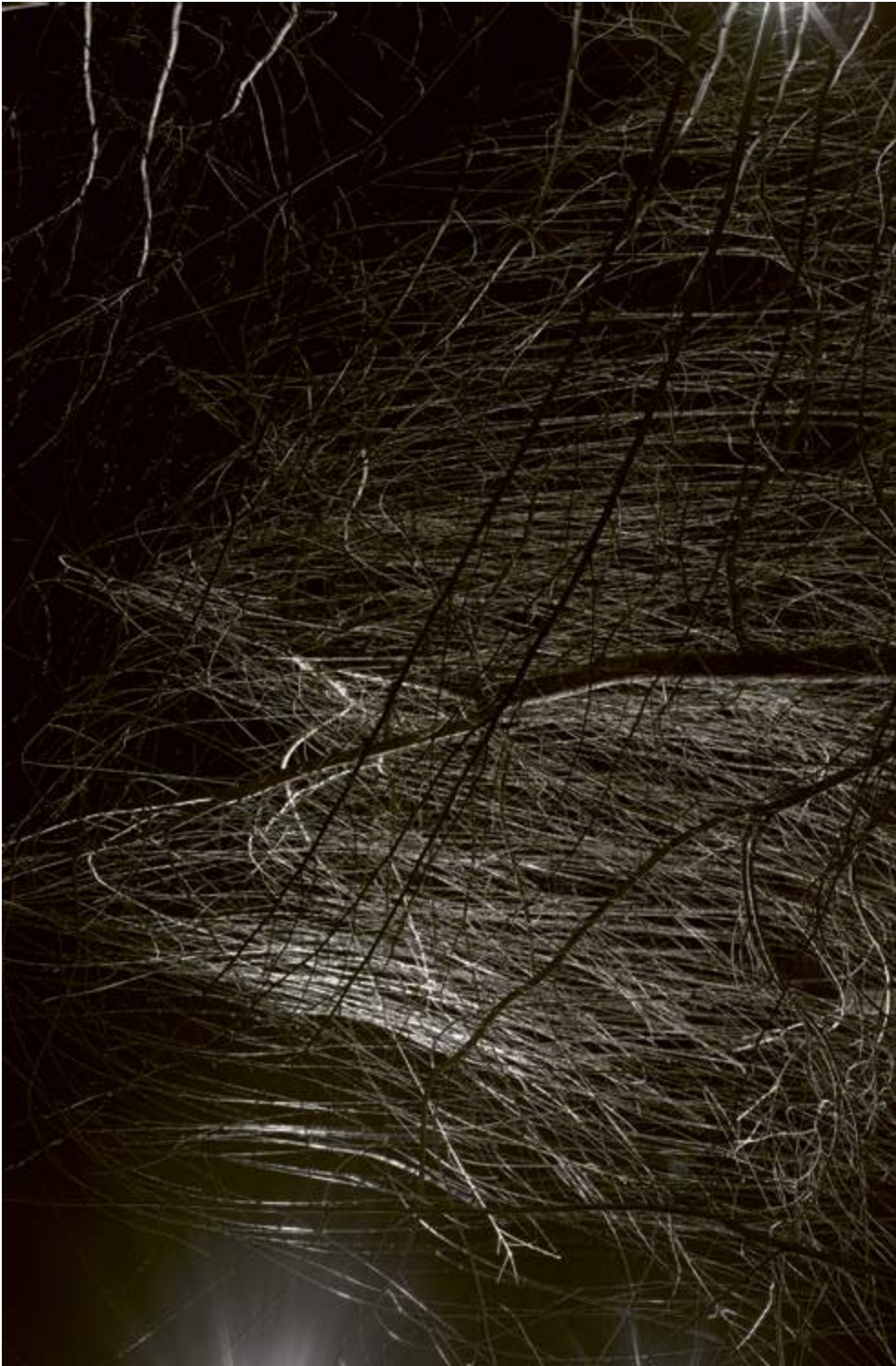
34

FALK HABERKORN



35

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



36

FALK HABERKORN



37

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



38

FALK HABERKORN



39

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



40

FALK HABERKORN



41

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2023

Die in ganz Deutschland auf kommunaler Ebene agierenden *Partnerschaften für Demokratie* (PfD) spielen eine wichtige Rolle bei der Vernetzung, Aktivierung und Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft. In Sachsen bestehen diese durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* und eine Kofinanzierung aus Landes- und kommunalen Mitteln geförderten Initiativen inzwischen in 26 Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeindegemeinschaften (Tabelle 1). Sie setzen sich aus einer bei einem freien Träger angesiedelten Koordinierungs- und Fachstelle, einem federführenden Amt (meist Jugend- oder Sozialamt), einem ehrenamtlichen, aus Vertreterinnen und Vertretern lokaler Vereine der Stadt- und Zivilgesellschaft bestehenden Begleitausschuss sowie einem ebenfalls ehrenamtlichen Jugendforum zusammen. PfD verfügen über drei thematisch gebundene Fördertöpfe (Jugendfonds, Aktions- und Initiativefonds, Fonds für Partizipation, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit), über die unter Einbindung von Akteuren vor Ort vielfältige Beteiligungs- und Bildungsprojekte angestoßen werden. Neben den PfD fördert das Bundesprogramm *Demokratie leben!* in Sachsen zudem 16 Modellprojekte (Tabelle 2), welche innovative Ansätze der Demokratiestärkung, Bildung und Beteiligung entwickeln sollen.

Ob die Modellprojekte verstetigt werden können und wie es mit der Ausgestaltung und Finanzierung der PfD nach der aktuellen zweiten,

TABELLE 1

Liste der derzeit aktiven Partnerschaften für Demokratie in Sachsen

Landkreis Bautzen	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Landkreis Bautzen ● PfD Stadt Bautzen ● PfD Hoyerswerda
Chemnitz	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Stadt Chemnitz
Dresden	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Landeshauptstadt Dresden
Erzgebirgskreis	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Olbernhau und Umgebung ● PfD in den Kommunen Aue-Bad Schlema, Löbnitz und Schneeberg
Landkreis Görlitz	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Landkreis Görlitz ● PfD Stadt Görlitz ● PfD Stadt Weißwasser/Oberlausitz ● PfD Stadt Zittau
Landkreis Leipzig	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Landkreis Leipzig ● PfD Stadt Leipzig
Landkreis Meißen	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Stadt Meißen ● PfD Riesa und kommunale Partner ● PfD Städte Coswig, Radebeul, Radeburg, Gemeinden Diera-Zehren, Klipphausen, Moritzburg, Niederau und Weinböhla
Landkreis Mittelsachsen	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Landkreis Mittelsachsen
Nordsachsen	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Landkreis Nordsachsen ● PfD Stadt Eilenburg, Stadt Bad Düben, Gemeinde Laußig
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ● PfD Sebnitz ● PfD Stadt Thalheim, Gemeinden Jahnsdorf und Neukirchen
Landkreis Zwickau	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Stadt Limbach-Oberfrohna ● PfD Meerane ● PfD Stadt Zwickau
Vogtlandkreis	<ul style="list-style-type: none"> ● PfD Vogtlandkreis

Ende 2024 auslaufenden Förderperiode weitergeht, ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch unklar. Diese Unklarheit hängt auch mit der langwierigen und seit einigen Monaten ins Stocken geratenen Diskussion um ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene zusammen, welches zwar im Entwurf vorliegt, derzeit aber in der Koalition der Bundesregierung umstritten ist. Streitpunkt ist unter anderem die Wiedereinführung der sogenannten „Extremismusklausel“, eines für alle Träger verpflichtenden schriftlichen Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Während die FDP auf dieser besteht, lehnen SPD, Grüne und die Mehrzahl der freien Träger und Vereine sie als unrechtmäßigen Generalverdacht ab (Litschko, 2023). Auch gibt es in der Bundespolitik durchaus Stimmen, die die Notwendigkeit einer staatlichen Unterstützung demokratiestärkender Maßnahmen grundsätzlich infrage stellen.

In diesem Beitrag stellen wir ausgewählte Ergebnisse¹ einer zwischen Ende September und Anfang November 2023 durchgeführten Online-Befragung aller in Sachsen tätigen PfD und Modellprojekte vor. Diese Befragung führten wir bereits zum dritten Mal in Kooperation mit dem Demokratiezentrum des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS), dem Ansprechpartner der PfD und Modellprojekte auf Landesebene, durch. Den seit der ersten Befragung 2021 verwendeten (Kiess et al., 2022; Kiess et al., 2023), jährlich leicht aktualisierten Fragebogen mit teils standardisierten, teils offenen Fragen machten wir den PfD und Modellprojekten erneut über das digitale Beteiligungsportal des Freistaats zugänglich. Acht der 16 Modellprojekte und 21² der 26 PfD nahmen teil; davon haben in 13 Fällen die Inhaberinnen und Inhaber der Koordinierungs- und Fachstellen, in drei Fällen die Verantwortlichen des federführenden Amtes und in fünf Fällen beide gemeinsam den Fragebogen ausgefüllt. Nachdem die Teilnahmequote der Modellprojekte von acht im Jahr 2021 auf 13 im Jahr 2022 gestiegen war, ist sie 2023 wieder auf die Hälfte zurückgegangen. Die Teilnahmequote der PfD ist über die drei Jahre relativ stabil geblieben. Erhebung und Auswertung erfolgten zum Schutz der Befragten anonymisiert.

1) Für ihre Unterstützung bei der Auswertung danken wir Nele Hellweg.

2) Bis zum Ende der Befragungsfrist waren 22 Fragebögen eingegangen. Eine befragte Person hatte den Fragebogen doppelt ausgefüllt. In der Auswertung haben wir nur den später eingereichten und somit aktuelleren Bogen berücksichtigt, weshalb sich die Fallzahl auf 21 verringert.

TABELLE 2

Liste der in Sachsen tätigen Modellprojekte und die *Projekträger*

- Support f(x) – Schnittstelle für Awareness, Antidiskriminierungsarbeit und Gewaltprävention
Initiative Awareness e. V.
- Couragierte Kinder – ein demokratiefördernder Ansatz für KiTa, Hort und Grundschule
Aktion Zivilcourage e. V.
- Debunk. Verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegenzutreten
Amadeu Antonio Stiftung
- Demokratie ganztags
KulturLeben Dresden UG/Jugendverein „Roter Baum“ e. V.
- DAS geht! Demokratie und Antidiskriminierung in der Ausbildung Sozialer Berufe
Forum B: Prozesse in Begleitung e. V.
- Gemeinsam mehr erreichen! Ressourcenorientierte Elternaktivierung zur Stärkung kindlicher Kompetenzen und eines demokratischen Gemeinwesens
RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e. V.
- Gemeinsam starkgemacht – für eine vielfältige und demokratische Jugend
Haus der sozialen Vielfalt e. V./RAA Berlin e. V.
- Gute Gewalt – Schlechte Gewalt? – Legitimationen linker Militanz
Institut für Bildung, Beratung, Begleitung e. V.
- JugendStil – Teilhabe und Mitgestaltung junger Migrant*innen in Ostdeutschland
Stiftung Bürger für Bürger in Kooperation mit DaMOst und LAMSA e. V.
- „Gibt’s doch gar nicht...“ – Sensibilisierung für antisemitische Einstellungen und Diskriminierungen in der Gegenwart
HATiKVA, Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V.
- neue unentdeckte narrative 2025 (NUN)
ASA-FF e. V.
- Prisma Sachsen – Radikalisierung erkennen, Deradikalisierung begleiten, Kompetenzen bündeln
Violence Prevention Network e. V./Verein für Soziale Rechtspflege/Aussteigerprogramm Sachsen
- ReMoDe – Regional und Mobil für Demokratie
LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.
- spreu X weizen. Nachrichten kritisch denken
Die Reederei gUG
- Zukunft gestalten – geschlechtliche Vielfalt (er)leben
Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e. V.
- (Un)Sichtbarkeiten in der Migrationsgesellschaft – Storytelling angesichts von anti-muslimischem Rassismus und Ethnosexismus
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. Geschäfts- und Beratungsstelle Leipzig

Wie in den beiden Vorjahren sind wir inhaltlich besonders daran interessiert, wie die Befragten ihre eigene Handlungsfähigkeit einschätzen, welche Herausforderungen ihre Arbeit erschweren, wie sie das Interesse der lokalen Bevölkerung an ihrer Arbeit einschätzen und wie sie lokale Demokratiegefährdungen und Bedrohungen wahrnehmen. Neben der Wahrnehmung des Rechtsextremismus, die den Schwerpunkt der Befragung bildet, haben wir zudem nach weiteren Formen von autoritären Bedrohungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gefragt, darunter unter anderem Islamismus, christlicher Fundamentalismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Antifeminismus. Nach einem für Pfd und Modellprojekte identischen Fragebogenteil zu den aus eigener Sicht erfolgreichen Aktivitäten, zur Handlungsfähigkeit und zu aktuellen Herausforderungen und Bedarfen unterscheiden sich die Fragebögen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Demokratiegefährdungen. Der umfangreichere Fragebogen für die Pfd enthält detaillierte Fragen nach beobachteten Akteuren und konkreten Aktivitäten der extremen Rechten sowie Protesten gegen die Maßnahmen der Regierung in den jeweiligen Regionen. Die Modellprojekte wurden hingegen allgemein nach ihrer Wahrnehmung antidemokratischer und menschenfeindlicher Vorkommnisse in ihrem Wirkungskreis gefragt. Die Pfd bilden den Schwerpunkt der Befragung sowie Auswertung, weil sie für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich über lokale Entwicklungen berichten können, während die Modellprojekte meist regionenübergreifend, dafür aber mit einem spezifischen Themenfokus und nur für einen bestimmten Projektzeitraum arbeiten.

Wir ziehen Vergleiche zu 2021 und 2022 und verfolgen das mittelfristige Ziel, Entwicklungen im Zeitverlauf aufzuzeigen. 2023 fragten wir die sächsischen Pfd erstmalig nicht nur nach Demokratiegefährdungen, sondern zusätzlich explizit auch nach demokratischen Ressourcen und prodemokratischen Demonstrationen. Diese Neuerung geht auf Rückmeldungen in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Pfd über die Ergebnisse der Befragung zurück.

Bei den im Folgenden dargestellten Ergebnissen handelt es sich um subjektive Einschätzungen der Befragten, die im Rahmen ihrer Arbeit keine systematische Erfassung extrem rechter Aktivitäten oder demokratiegefährdender Bedrohungen vornehmen. Darauf verweisen im Hinblick auf die Fragen nach extrem rechten Akteuren, Formen der Bedrohung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auch die relativ hohen

Anteile derjenigen, die angeben, die Situation nicht einschätzen zu können (siehe z. B. Tabelle 6). Als zentrale Anlauf- und Koordinationsstellen der regionalen Demokratiearbeit verfügen sie aus unserer Sicht dennoch über wertvolle Einblicke, welche wir hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit darstellen.

Die diesjährige Befragung bestätigt erneut, dass nach Ansicht der Befragten vom Rechtsextremismus in Sachsen weiterhin die größte Bedrohung für die Demokratie, für Andersdenkende, Andersaussehende, Migrantinnen und Migranten sowie prodemokratisch Engagierte ausgeht. Hinzu kommen ein zunehmend rauer werdendes gesellschaftliches Klima, die weite Verbreitung menschenfeindlicher und autoritärer Einstellungen sowie vermehrte Deprivationsgefühle, Belastungen und Passivität in der Bevölkerung. Diese erschweren die Arbeit der Pfd und Modellprojekte, welche z.T. selbst zum Ziel extrem rechter Angriffe werden. Vor einem solchen Bedrohungshintergrund ziehen sich Bürgerinnen und Bürger aus Sorge vor Einschüchterungen und Ausgrenzung mancherorts von ihrem demokratischen Engagement zurück. Im Hinblick auf die 2024 bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen ist zu erwarten, dass sich der Druck noch erhöht: In der Folge eines zu befürchtenden weiteren Erfolgs der AfD und anderer extrem rechter Kräfte (siehe Kiess et al., Entfremdung von der Demokratie?, in diesem Band) ist mit geringerer kommunalpolitischer Unterstützung zu rechnen. So hat beispielsweise der sächsische AfD-Landeschef Jörg Urban laut Presseberichten nach dem Wahlsieg des zwar parteilosen, jedoch für die AfD angetretenen Tim Lochner bei der Oberbürgermeisterwahl in Pirna im Dezember 2023 schon angekündigt, dass der neue Oberbürgermeister die „Sinnhaftigkeit“ der einen oder anderen lokalen Demokratieinitiative genauer prüfen werde (Nejezchleba, 2023).

WAHRNEHMUNG DER EIGENEN HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Wie schon in den Vorjahren berichten die Befragten auch 2023 von einer Vielzahl an aus eigener Sicht gelungenen Maßnahmen zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Modellprojekte und Pfd blicken unter anderem zurück auf historisch-politische Bildungsfahrten für Jugendliche, Antidiskriminierungsworkshops, Fortbildungen (etwa zu den Themen Reichsbürger, rechter Terror, Desinformation und Verschwörungsideologien) sowie auf Gewaltpräventionsangebote von

TABELLE 3

Wie werden Ihre Projekte und Veranstaltungen in der Bürgerschaft aufgenommen? (N=29)

Antwortmöglichkeit	Fallzahl	Prozent
Breites Interesse und Teilnahme	3	10,3%
Interesse bei einem Teil	25	86,2%
Angebote sind breitem Teil nicht bekannt	1	3,5%

Grund- bis Berufsschule. Außerdem standen eine Reihe von Austausch- und Dialogveranstaltungen zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik oder zur Minimierung von politischen Konflikten im öffentlichen Raum sowie eine intensive Medien- und Öffentlichkeitsarbeit mit Publikationen, Wanderausstellungen und Plakatkampagnen im Zentrum ihrer Arbeit. Für das kommende Jahr sind weiterhin diverse Aktivitäten geplant: Workshops und Seminare zur Sensibilisierung für Antisemitismus, Wanderausstellungen zu den Themen Rassismus und postmigrantisches Engagement, Formate zur Stärkung von Frauen in der Kommunalpolitik, eine Woche der Demokratie an verschiedenen Oberschulen, niedrigschwellige Bürgerbeteiligungsformate sowie politische Bildungsformate für Mitarbeitende der Justiz. Ferner sind eine Vielzahl an Informations- und Dialogveranstaltungen zu den Kommunal- und Landtagswahlen 2024 angedacht, darunter Workshops zur Wahlbeteiligung von Erstwählerinnen und Erstwählern, Veranstaltungsformate mit Jugendlichen zur Europawahl und zum Kennenlernen der Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl oder auch Politik-Planspiele.

Ein positives Ergebnis der Befragung ist, dass die Pfd und Modellprojekte ihre Handlungsfähigkeit grundsätzlich gut einschätzen. Gemessen auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) liegt der Durchschnittswert 2023 mit 3,952 im Vergleich zu 3,667 im vergangenen Jahr bei den Pfd und mit 4,125 im Vergleich zu 3,857 bei den Modellprojekten etwas höher. Zudem sieht eine Mehrheit bei einem Teil der Bevölkerung Interesse an den eigenen Angeboten (siehe Tabelle 3). Allerdings beobachten 2023 weniger Befragte ein breites Interesse der lokalen Bürgerschaft an ihrer Arbeit: 2021 hatten noch fünf und 2022 sieben Pfd und Modellprojekte von einem breiten Interesse berichtet,

2023 sind es nur drei. Nach Einschätzung einer befragten PfD sind die Angebote einem breiten Teil der Bevölkerung gar nicht bekannt.

DEMOKRATISCHE RESSOURCEN IN DEN REGIONEN

In diesem Jahr wurden die Beteiligten der PfD erstmals auch nach den demokratischen Ressourcen in ihren Regionen gefragt, auf die sie sich in ihrer Arbeit stützen können. Diese Frage haben wir den Modellprojekten nicht vorgelegt, weil sie über konkrete Regionen aufgrund ihrer überregionalen Arbeitsweise weniger genaue Aussagen treffen können. Ein positives Ergebnis ist hierbei, dass über die Hälfte der Akteure in den letzten zwölf Monaten prodemokratische Demonstrationen beobachten konnte. Dabei handelte es sich um Proteste im Themenbereich des Klimaschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit sowie um Proteste für die Rechte von marginalisierten Gruppen. Die Befragten können sich außerdem auf eine breit aufgestellte Vereinslandschaft und auf hochengagierte Ehrenamtliche und Initiativen verlassen, die ein prodemokratisches Engagement fördern. Vereine stellen nach Einschätzung der Vertreterinnen und Vertreter der PfD die wichtigsten Anknüpfungspunkte und Ressourcen für ihre Arbeit dar. Außerdem nehmen sie eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit vieler Akteure gerade im Kulturbereich wahr und betonen das hohe Engagement der Fachkräfte in der Jugendarbeit.

Den Befragten zufolge müsste dennoch eine Vielzahl an Hürden zur vollen Ausschöpfung der Ressourcen abgebaut werden. So beklagen sie den Mangel an Fachpersonal, das Anreize bräuchte – beispielsweise eine langfristige finanzielle Ausstattung. Zudem müssten nachhaltige Strukturen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut und sichtbarer werden, damit diese ein Selbstwirksamkeitsverständnis ausbilden könnten. Außerdem würden laut dem Bericht einer PfD Parteien und Politikerinnen und Politiker fehlen, die in Austausch mit der Bevölkerung treten.

EINSCHRÄNKUNGEN DER HANDLUNGSFÄHIGKEIT DURCH BÜROKRATIE UND DESINTERESSE DER BEVÖLKERUNG

Grenzen sind der Handlungsfähigkeit der Befragten außerdem durch folgende Faktoren gesetzt: Wie schon in den vergangenen Jahren sehen

TABELLE 4

Faktoren, die die Handlungsfähigkeit subjektiv einschränken (Mehrfachnennungen möglich)

Antwortmöglichkeit	Modellprojekte (N=8)	PfD (N=21)
Finanzierung	12,5%	19,0%
Bürokratie kommunale Ebene	12,5%	14,3%
Bürokratie im Bundesprogramm	25,0%	52,4%
Fehlende regionale Vernetzung	37,5%	4,8%
Fehlende überregionale Unterstützung	12,5%	4,8%
Fehlende Weiterbildung	12,5%	0%
Fehlende kommunale Unterstützung	12,5%	38,1%
Desinteresse der Bevölkerung	25,0%	47,6%
Sonstige	62,5%	23,8%
Keine Einschränkungen	0%	9,5%

sich die Vertreterinnen und Vertreter der PfD und Modellprojekte vor allem durch die Bürokratie im Bundesprogramm in ihrer Arbeit gehemmt (siehe Tabelle 4). Mehr als drei Viertel³ der Befragten nennen diese als einschränkende Faktor. Im Einzelnen berichten sie beispielsweise von einem sehr hohen Verwaltungsaufwand bei der Erstellung des Verwendungsnachweises für das Bundesprogramm. Mehr als ein Drittel der Modellprojekte weist außerdem auf eine fehlende regionale Vernetzung als Hemmnis ihrer Handlungsfähigkeit hin.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der diesjährigen Befragung ist, dass sich sowohl die Modellprojekte als auch die PfD durch das Desinteresse der lokalen Bevölkerung in ihrer Arbeit deutlich mehr als in den Vorjahren beeinträchtigt fühlen. In diesem Jahr nennt ein Viertel der Modellprojekte und die Hälfte der PfD das Desinteresse der Bürgerschaft als einschränkende Umstand für ihre Arbeit. 2022 hatte dies keines der Modellprojekte und nur ein Viertel der PfD angegeben. Die Befragten weisen häufig auf eine Trägheit und Passivität in der Bevölkerung hin, die sie in Bezug auf politische und soziale Themen vermehrt wahrnehmen. Die Sorge um die Zunahme eines allgemeinen Misstrauens in die Politik sowie eine sich zuspitzende gesellschaftliche Polari-

3) Antworten in der Kategorie „Sonstiges“, die eindeutig den geschlossenen Antwortmöglichkeiten entsprachen, haben wir entsprechend zugeordnet.

sierung werden ebenfalls vielfach beschrieben. Erschwerend kommt für die Arbeit der Pfd und Modellprojekte hinzu, dass aus Sorge vor negativen Reaktionen des Umfelds und vor Anfeindungen Hemmungen der Zielgruppen und Multiplikatoren wachsen, sich zu einem Themenfeld zu äußern. Ein Modellprojekt berichtet beispielsweise, dass eine extrem rechte Website ihre Arbeit zur Schau gestellt und delegitimiert hat, was auch zur Verunsicherung von Kooperationspartnern und Projektteilnehmenden führte. Ein weiteres Projekt berichtet von zunehmenden Schwierigkeiten in der Arbeit mit Schulen: Das Eintreten für Diversität und Antidiskriminierung müsse immer öfter gerechtfertigt werden.

In Bezug auf die Finanzierung empfindet zudem eine deutliche Mehrheit der Modellprojekte die zeitliche Befristung der bewilligten Mittel als Belastung. Eine Konsequenz dieser Befristung sei die Planungsunsicherheit, auch verursache sie eine hohe personelle Fluktuation und befördere nur kurzfristiges Engagement, wo aus Sicht der Modellprojekte jedoch Stetigkeit und Langfristigkeit nötig seien. Nach wie vor stellen zudem die Nachwirkungen der Pandemie und der Fachkräftemangel ein Problem für einen reibungslosen Arbeitsablauf dar. Auch die Inflation verursache finanzielle Einschränkungen.

FEHLENDE UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE KOMMUNALPOLITIK

Ein alarmierendes Ergebnis der Befragung ist die Einschätzung in Bezug auf die Kommunalpolitik: Mehr als ein Drittel der befragten Pfd und eines der Modellprojekte benennen eine fehlende kommunale Unterstützung als Einschränkung ihrer Arbeit. Darüber hinaus berichtet ebenfalls über ein Drittel der Pfd von dezidierten Behinderungsversuchen durch Kommunalpolitikerinnen oder -politiker. Die explizite Frage nach Behinderungsversuchen haben wir 2023 erstmals aufgenommen. Dabei handelt es sich den Angaben der Befragten nach um vielfältige Bestrebungen der AfD, Fördermittel für die Projekte zu kürzen oder durch kleine Anfragen im Landtag die Aktivitäten der Befragten in Frage zu stellen. Hier beobachten die Befragten also konkrete Versuche der Delegitimierung von politischer Bildung und Demokratiearbeit.

WAHRNEHMUNG VON DEMOKRATIEGEFÄHRDUNGEN, AUTORITÄREN BEDROHUNGEN UND GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT

Neben der Einschätzung der eigenen Handlungsfähigkeit bildet die Wahrnehmung von Demokratiegefährdungen wie schon in den beiden Vorjahren einen zweiten Schwerpunkt der Befragung der sächsischen Modellprojekte und Pfd. Da dem Rechtsextremismus in Deutschland dabei seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle zukommt und Sachsen als eine Hochburg des organisierten Rechtsextremismus bekannt ist (Kleffner/Meisner, 2017; Rippl/Seipel, 2021), steht er auch in unserer Befragung im Mittelpunkt. Anschließend blicken wir auf weitere Formen von Bedrohungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Islamismus, linke Militanz, Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus.

Zudem fragten wir die Pfd nach ihrer Wahrnehmung der Teilhabemöglichkeiten von Geflüchteten und der Haltung der lokalen Bevölkerung zu den Themen Asyl und Migration. Auf eine Befragung der Modellprojekte zu diesem Thema haben wir wegen des sehr unterschiedlichen, jeweils spezifischen thematischen Fokus sowie der überregionalen Arbeitsweise verzichtet.

POLARISIERUNG BEIM THEMA FLUCHT UND ASYL

Ambivalent gestalten sich die Ergebnisse der Befragung zu den Teilhabemöglichkeiten von Geflüchteten in der Region. Einerseits hat sich der Anteil der Pfd, die ein vielfältiges Angebot für Geflüchtete beobachten, von einem Viertel im Jahr 2022 auf knapp die Hälfte im Jahr 2023 verdoppelt. Andererseits stellt zugleich die Hälfte der Pfd fest, dass zu wenige Plätze bei den Sprachkursen, Austauschformaten oder Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind. Nur rund 38% der Befragten berichten, dass die Angebote gut angenommen werden (im Vergleich zu 50% im Jahr 2022 und 80% im Jahr 2021). Was die Haltung der lokalen Bevölkerung zum Thema Asyl betrifft, nimmt über die Hälfte der Pfd eine Polarisierung zwischen Ablehnung und Offenheit wahr – im Vorjahr war es nur rund ein Drittel. Zwei der 21 befragten Pfd konstatieren eine Ablehnung gegenüber Asylsuchenden. Nur eine Pfd berichtet demgegenüber von Offenheit in der Bevölkerung – im vergangenen Jahr waren es noch 20% der befragten Pfd. Insgesamt sehen die Pfd also eine zu-

nehmende Polarisierung in der Bevölkerung und eine vermehrte Belastung der Strukturen zur Asylaufnahme. Ob die Belastung tatsächlich gestiegen ist, können wir auf der Grundlage unserer Befragung nicht feststellen. Diese Wahrnehmung könnte auch mit der 2023 erhitzt geführten medialen und politischen Debatte um Flucht und Asyl zusammenhängen.

VIELZAHL UNTEREINANDER VERNETZTER EXTREM RECHTER AKTEURE, MIGRATION ALS HAUPTTHEMA

Nach Einschätzung unserer Befragten sind in allen PfD-Regionen extrem rechte Akteure präsent. Wie schon in den beiden Vorjahren treten dabei die *Freien Sachsen* mit Abstand am häufigsten in Erscheinung (19 von 21; rund 90%), gefolgt von den Reichsbürgern (14 von 21; rund 67%), der NPD (8 von 21; rund 38%), dem III. Weg und der *Identitären Bewegung* (jeweils 7 von 21; rund 33%). Alle Werte sind im Vergleich zu 2022 etwas, im Fall der inzwischen in *Die Heimat* umbenannten NPD sogar deutlich zurückgegangen. Zudem fällt auf, dass völkische Siedlerinnen und Siedler im Vergleich zu einem knappen Drittel im Vorjahr nur noch von zwei Befragten (knapp 10%) wahrgenommen werden (siehe Tabelle 5). Mehr als die Hälfte der Befragten beobachtet eine teilweise oder starke Zusammenarbeit dieser Akteure (eine Person berichtet von vereinzelter Zusammenarbeit, eine weitere von Konflikten, sieben können es nicht einschätzen).

Nicht nur eine Vielzahl an Akteuren, sondern auch an Aktivitäten der extremen Rechten werden genannt. So kann die Hälfte der befragten Vertreterinnen und Vertreter der PfD mindestens einen Treffpunkt der extremen Rechten in ihrer Region angeben. Aber auch mit Veranstaltungen und Konzerten trete die extreme Rechte in Erscheinung, wie rund drei Viertel der befragten PfD angeben. Ein im Vergleich zu einem Drittel im Jahr 2022 etwas gesunkener Anteil von einem knappen Viertel der Befragten sieht eine verstärkte soziale Raumnahme durch die extreme Rechte, beispielsweise eine zunehmende Infiltration von Vereinen und Schulen (13 können es nicht beurteilen, vier beobachten nichts dergleichen). Am häufigsten trete die extreme Rechte jedoch nach wie vor im Kontext von Montagsdemonstrationen, etwa gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, gegen die Erhöhung der Energiepreise und die Inflation, gegen Maßnahmen zu Anpassung an den Klimawandel, gegen die Unterbringung von Geflüchteten oder im Kontext des Nahost-

TABELLE 5

Extrem rechte Akteure (Mehrfachnennungen möglich)

Akteur	Anteil 2021 (N = 19)	Anteil 2022 (N = 24)	Anteil 2023 (N = 21)
Der III. Weg	47,4%	41,7%	33,3%
Freie Sachsen	63,2%	95,8%	90,5%
NPD/Die Heimat	47,4%	50,0%	38,1%
Andere Partei	26,3%	12,5%	4,8%
Identitäre Bewegung	36,8%	37,5%	33,3%
Extrem rechte Bürgerinitiativen	5,3%	16,7%	9,5%
Extrem rechte Hooligans	26,3%	20,8%	19,0%
Extrem rechter Kampfsport	21,1%	25,0%	23,8%
Reichsbürgerszene	47,4%	75,0%	66,7%
Völkische Siedler und Siedlerinnen	21,1%	29,2%	9,5%
Freie Kräfte/Kameradschaft	26,3%	20,8%	9,1%
Sonstige (z.B. Pegida)	26,3%	0%	14,3%
Keine	10,5%	0%	0%

Konflikts auf (16 Nennungen). In den Regionen von gut einem Fünftel der PfD mischen sie sich unter die Demonstrierenden und über die Hälfte der PfD berichten, dass Vertreterinnen und Vertreter der extremen Rechten als Organisatoren und Veranstalter der Demonstrationen und Proteste fungieren.

2023 nehmen sämtliche Befragungsteilnehmende Asyl und Migration als Hauptthema der extremen Rechten wahr, welches somit Corona als am häufigsten genanntes Mobilisierungsthema ablöst (2022 wurde Migration von rund 71% der Befragten genannt). Gründe dafür dürften der Anstieg der Geflüchtetenzahlen sowie die hitzig geführte politische Asyldebatte sein. Dies bietet der extremen Rechten ein diskursives Gelegenheitsfenster, um ihre antidemokratischen Positionen zu verbreiten. An zweiter Stelle steht nach Einschätzung der Befragten das Thema Ukraine (rund drei Viertel), dicht gefolgt von Inflation und Corona (jeweils zwei Drittel) sowie Energiepolitik (etwas mehr als die Hälfte). Auch Klimathemen nimmt annähernd die Hälfte der PfD als extrem rechtes Mobilisierungsfeld wahr, auch wenn der Anteil etwas niedriger als im Vorjahr liegt. Insgesamt zeigt unsere Befragung eine nach wie vor hohe

Formen extrem rechter Bedrohung (Angaben in Prozent, N=21)

Aktivität	Aktivität							
	ja, unregelmäßig (weniger als monatlich)	ja, regelmäßig (monatlich)	ja, häufig (alle paar Wochen)	ja, sehr häufig (wöchentlich, häufiger)	Nein	Weiß nicht		
Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Personen?	33,3	4,8	0	4,8	19,0	38,1		
2022 (N=24)	33,3	4,2	8,3	0	20,8	33,3		
2021 (N=19)	33,3	4,8	9,5	0	14,3	38,1		
Kommt es zu anonymen Drohschreiben in Form von E-Mails und Nachrichten oder Personen-/Telefonanrufen gegen Einrichtungen aus der Zivilgesellschaft?	38,1	4,8	4,8	0	4,8	47,6		
2022 (N=24)	37,5	8,3	4,2	0	12,5	37,5		
2021 (N=19)	23,8	9,5	4,8	4,8	9,5	47,6		
Kommt es zu Sachbeschädigungen/Vandalismus an Büros, Gebäuden, Räumen etc. der Zivilgesellschaft?	47,6	9,5	9,5	0	4,8	33,3		
2022 (N=24)	45,8	4,2	8,3	8,3	12,5	20,8		
2021 (N=19)	23,8	4,8	9,5	4,8	28,6	28,6		
Spielt rechte Propaganda in Form von Plakaten, Graffiti, Aufklebern, Flyern o. Ä. in Ihrer Stadt/Region eine Rolle?	33,3	9,5	28,6	23,8	4,8	0		
2022 (N=24)	33,3	8,3	33,3	12,5	8,3	4,2		
2021 (N=19)	38,1	0	14,3	33,3	9,5	4,8		

wahrgenommene Präsenz zahlreicher Aktivitäten einer Vielzahl von extrem rechten Akteuren in den sächsischen Pfd-Regionen. Auch eine deutliche Mehrheit von fünf der acht befragten Modellprojekte ist in ihrer Arbeit mit Rechtsextremismus konfrontiert.

VERSCHLIMMERUNG DER WAHrgENOMMENEN BEDROHUNG DURCH DIE EXTREME RECHTE

Wie bereits in den beiden Vorjahren ergibt unsere Befragung dieses Jahr wieder eine hohe (wahrgenommene) Bedrohungslage durch die extreme Rechte: 15 der 21 befragten Pfd erleben eine mittlere bis hohe Bedrohung (fünf nennen hingegen eine niedrige, eine nennt keine Bedrohung). Im Unterschied zum Vorjahr, in der noch zwei Befragte eine Verbesserung der Situation sahen, gibt 2023 keine der befragten Pfd an, dass die rechtsextreme Bedrohung gesunken sei. Nach der Ansicht von mehr als einem Drittel ist die Bedrohungslage gleichgeblieben, zwei können es nicht beurteilen. Knapp über die Hälfte der Befragten nimmt hingegen eine Verschlimmerung wahr, zwei davon sogar eine deutliche. Somit ist der Anteil derjenigen, die eine gewachsene Bedrohung sehen, im Vergleich zum Vorjahr abermals deutlich angestiegen (von einem Drittel auf die Hälfte).

Ein im Vergleich zum Vorjahr etwa gleichgebliebener Anteil von fast der Hälfte der Befragten berichtet von unregelmäßigen, regelmäßigen oder sehr häufigen körperlichen Angriffen auf Personen durch die extreme Rechte (siehe Tabelle 6). Ebenfalls fast die Hälfte beobachtet zudem gezielte Einschüchterungsversuche wie z.B. Anrufe oder anonyme Drohschreiben, zwei Drittel Sachbeschädigungen. Damit verharren Berichte über solche Straftaten auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Wie auch in den Vorjahren tritt die extreme Rechte in nahezu allen Regionen mit Propaganda in Form von Aufklebern, Graffiti oder Plakaten in Erscheinung. Diese Aktivitäten dienen vor allem der (symbolischen) Raumnahme und sollen Dominanz ausdrücken.

Ein Drittel der Befragten berichtet zudem von einer Kooperation einzelner Kommunalpolitikerinnen und -politiker, dabei insbesondere von Abgeordneten der AfD und der NPD (inzwischen *Die Heimat*), mit weiteren Akteuren der extremen Rechten. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Jahr 2022, in dem dies knapp die Hälfte angab, gesunken.

ANTISEMITISMUS

Wie schon in den Vorjahren tritt Antisemitismus nach Einschätzung der befragten Pfd am häufigsten in Form von regelmäßiger oder unregelmäßiger Propaganda auf; dieser Anteil ist mit rund 43% (neun Nennungen) im Vergleich zu rund 54% im Vorjahr etwas gesunken (sechs Befragte können es nicht sagen, ebenso viele beobachten keinerlei solcher Vorfälle). Auch Sachbeschädigungen an jüdischen Einrichtungen oder Stolpersteinen werden seltener beobachtet (vier Nennungen; neun Befragte beobachten nichts dergleichen, sechs können es nicht sagen, in zwei Regionen sind keine jüdischen Einrichtungen bekannt). Von antisemitischer Gewalt auf Personen wird 2023 in drei Regionen berichtet. Nach Einschätzung der Mehrheit der Befragten lässt sich meist keine eindeutige Täterschaft zuordnen, ein knappes Viertel sieht jedoch einen extrem rechten Hintergrund, in zwei Fällen einen Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt und in einem eine linke Täterschaft.

Auch die Mehrheit der an der Befragung teilnehmenden Modellprojekte beobachtet Antisemitismus. Im Einzelnen tritt Antisemitismus nach Angaben der Pfd und Modellprojekte häufig etwa im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen im öffentlichen Diskurs und bei Demonstrationen, in Form antisemitischer Beschimpfungen in Schulen und vereinzelt auch als antisemitisch grundierter Antiimperialismus auf.

Die starke Zunahme antisemitischer Vorfälle nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden israelischen Offensive in Gaza, den der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus für das gesamte Bundesgebiet dokumentiert (Bundesverband RIAS, 2023, 4), zeigt sich in unserer Befragung insgesamt noch nicht. Das ist zum Teil auf den Befragungszeitraum zurückzuführen: knapp die Hälfte der Teilnehmenden hatte den Fragebogen bereits vor dem 7. Oktober 2023 ausgefüllt. Bei den Antworten auf die offenen Fragen nach konkreten Vorfällen und Herausforderungen häufen sich jedoch Berichte über erhitzte Nahost-Debatten, offenen israelbezogenen Antisemitismus sowie über Vereinnahmung von „Israelfreundlichkeit“ und vorgebliche Unterstützung von Jüdinnen und Juden durch extreme Rechte, um sich gegen Migration aus muslimischen Ländern zu stellen.

WEITERE THEMEN: ISLAMISMUS, LINKE MILITANZ, GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Mit 17 der 21 befragten Pfd hält die große Mehrheit die islamistische Szene in ihrer Region für nicht oder kaum relevant. Nur eine befragte Person schätzt den Islamismus in ihrer Region als relevant, aber unauffällig ein, drei können es nicht beurteilen. Ebenfalls nur eine Pfd beobachtet unregelmäßige Aktivitäten der Szene (fünf können es nicht einschätzen). Nur ein Modellprojekt gibt an, in ihrem Wirkungskreis mit Islamismus konfrontiert zu sein. Zudem nimmt keine der befragten Pfd und nur eines der befragten Modellprojekte linke Militanz wahr. Somit bestätigt die Befragung das Ergebnis der Vorjahre, dass aus Sicht der Pfd und Modellprojekte vom Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie in Sachsen ausgeht.

Die Zahlen der antifeministischen und LGBTIQ-feindlichen Vorkommnisse, die 2022 stark angestiegen waren, verbleiben auch 2023 auf einem erhöhten Niveau. So berichtet mehr als ein Viertel der Pfd-Vertreterinnen und -Vertreter von Antifeminismus und mehr als die Hälfte von LGBTIQ-Feindlichkeit. Etwas mehr als ein Viertel beobachtet zudem wie schon im Vorjahr antimuslimische Vorkommnisse. Die Vertreterinnen und Vertreter der Modellprojekte geben hier sogar noch höhere Zahlen an: Die Hälfte beobachtet Antifeminismus, über die Hälfte LGBTIQ-Feindlichkeit und antimuslimische Vorkommnisse.

Berichtet wird im Einzelnen unter anderem von Störungen und Angriffen auf Demonstrationen und Pride-Paraden am Christopher Street Day in mehreren Regionen, Anfeindungen von queeren Personen im Alltag, Verbreitung von LGBTIQ-feindlichen, antifeministischen und antimuslimischen Inhalten in sozialen Medien und auf Montagsdemonstrationen, provokanten Stadtratsanfragen zu Gender- und LGBTIQ-Themen, Gewalt gegen muslimische Personen auf der Straße sowie von zunehmender Gewalt insbesondere gegen junge, engagierte Frauen im ländlichen Raum.

REAKTIONEN DER BÜRGERSCHAFT AUF DEMOKRATIE-GEFÄHRDUNGEN

Nach ihrer Wahrnehmung der Akzeptanz der extremen Rechten in der lokalen Bevölkerung gefragt, schätzt ein gutes Drittel der Pfd die

Sensibilität der Bevölkerung für die extreme Rechte als gering ein. Nach Ansicht eines weiteren Drittels ist die Sensibilität in der Bevölkerung durchaus vorhanden, bei jedoch gleichzeitig verbreiteter Angst vor Konflikten. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem nur ein Viertel eine gering ausgeprägte, aber zwei Drittel eine mittlere Sensibilität wahrnahmen, wird hier demnach eine sinkende Aufmerksamkeit berichtet. Dass inzwischen zwei der 21 Befragten eine große Sensibilität der Bevölkerung angeben, ist hingegen auch ein Zeichen für die unterschiedliche Wahrnehmung in den sächsischen Regionen – in den Vorjahren wurde diese Antwortmöglichkeit von niemandem gewählt.

In nahezu allen Regionen (19 von 21) werden auch 2023 regelmäßige Proteste gegen Maßnahmen der Landes- oder Bundesregierung beobachtet. Zentrale Themen sind hierbei den Befragten zufolge unter anderem der Krieg in der Ukraine, Asylpolitik, Klimapolitik, steigende Energiekosten, das sogenannte „Heizungsgesetz“, steigende Lebenshaltungskosten, noch immer auch die Corona-Maßnahmen bzw. die Forderung nach Aufarbeitung dieser und allgemein „alles, was Empörung erzeugt“, wie eine befragte Person es ausdrückt. Auch wenn solche Proteste nicht per se rechts sind und durchaus berechtigte Anliegen und Sorgen ausdrücken können, die viele Menschen umtreiben, so zeigt die extreme Rechte dort, wie oben dargestellt, zumindest regelmäßig Präsenz und organisiert in vielen Fällen derlei Demonstrationen sogar. Sie fungiert im Rahmen solcher Proteste als Scharnier zwischen unterschiedlichen Milieus und macht sich damit anschlussfähig bis hinein in die Breite der Bevölkerung. Diese wiederum lässt sie allzu oft diesen Anschluss bilden.

Dass menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen in ihren Regionen weit verbreitet sind und gegenwärtig zum Teil sogar zunehmen, wird von einigen Befragten als großes Problem benannt. Manche Vertreterinnen und Vertreter der Pfd beklagen zudem eine zunehmende Polarisierung und damit einhergehende abnehmende Dialogbereitschaft. Im Kontext eines solchen gesellschaftlichen Klimas erleben einige Befragte immer wieder, dass Vereine und Einzelpersonen häufiger die Sorge um Bedrohung und Stigmatisierung sowie mediale Abwertung äußern, wenn sie sich für die Demokratie und gegen Diskriminierungen stark machen. Zugleich wird mehrfach von massiven sozialen und emotionalen Belastungen der Zielgruppen durch Kostensteigerungen und andere Krisen sowie von einer in der Bevölkerung

grundsätzlich sehr hohen Unzufriedenheit und einem weit verbreiteten Gefühl, nichts bewirken zu können und auf allen Ebenen nicht mehr gehört zu werden, berichtet. Diese Belastungen, Unzufriedenheiten und Deprivationsgefühle befördern Rückzug und Passivität, verringern demokratisches Engagement und könnten der extremen Rechten weiteren Auftrieb verleihen (vgl. auch Decker et al., 2023; Decker et al., 2022). Mit Sorge blickt ein Teil der Vertreterinnen und Vertreter der Pfd und Modellprojekte vor diesem Hintergrund auf die 2024 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen: Der befürchtete Rechtsruck würde nicht nur die demokratische Kultur weiter gefährden, sondern ginge potenziell mit einer geringeren (wie unsere Befragung zeigt, in einigen Fällen ohnehin schon prekären) politischen Unterstützung ihrer Arbeit sowie mit einem Wegfall der kommunalen Anteilsfinanzierung einher. Im Hinblick auf diese Sorgen verweist unsere Befragung auf ein Stadt-Land-Gefälle: Vier der fünf Pfd, die konkret die bevorstehenden Wahlen als Herausforderung für ihre Arbeit angeben, sind im ländlichen Raum angesiedelt.

FAZIT

Unsere Befragung zeigt, dass die extreme Rechte im gesamten Freistaat Sachsen präsent, aktiv und vernetzt ist und die größte Gefahr für die (lokale) Demokratie darstellt. Die von unseren Befragten wahrgenommene, von der extremen Rechten ausgehende Bedrohung ist im Vergleich zum Vorjahr entweder gleichgeblieben oder hat sich sogar verschlimmert. Die Pfd und Modellprojekte sehen sich verstärkt unter Druck durch Akteure der extremen Rechten, die z.T. mit der Kommunalpolitik kooperieren. Von der Kommunalpolitik gehen in einigen Regionen gezielte Behinderungsversuche aus; insgesamt wird in der Wahrnehmung eines Großteils der Befragten das gesellschaftliche Klima polarisierter und rauer. Hinzu kommen vermehrte Belastungen, Deprivationsgefühle und Desinteresse in der Bevölkerung, wodurch die Arbeit der Pfd und Modellprojekte erschwert wird. Diese Entwicklungen spiegeln sich in diesem Jahr stärker als zuvor in der Befragung wider. Deutlich wird dabei, dass der Erfolg der Arbeit der Pfd und Modellprojekte sowie ihre Handlungsfähigkeit wesentlich von der Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung und von kommunalpolitischer Unterstützung abhängt. Vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen ist die relativ hohe

wahrgenommene Handlungsfähigkeit sowohl der Pfd als auch der Modellprojekte ein überraschend positives Ergebnis. Erfreulich ist auch, dass die Akteure durchaus auf vielfältige demokratische Ressourcen in ihren Regionen zurückgreifen können. Die Befragung zeigt hier, welche große Bedeutung einem regen, untereinander vernetzten Vereins- und Verbandsleben und engagierten Fachkräften für eine aktive demokratische Kultur zukommen.

In Verbindung mit der unklaren Finanzierung der Demokratieprojekte über 2024 hinaus, dem Fachkräftemangel in der schulischen und außerschulischen Bildung, den grundsätzlichen Schwierigkeiten im Bildungswesen (z.B. Unterfinanzierung, Überlastung der Lehrkräfte), der verbreiteten Ablehnung von Migration, der Infragestellung der staatlichen Unterstützung von Demokratiearbeit durch manche politischen Akteure sowie den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen werden die Herausforderungen für die Demokratie- und Bildungsarbeit in naher Zukunft eher größer als kleiner. Demokratieförderung ist schon länger im Fokus rechter Parteien (siehe z.B. Hummel, 2023) – dies könnte sich mit einem weiteren Erstarken des extrem rechten Spektrums bei den Kommunal- und Landtagswahlen etwa im Hinblick auf Fördermittelkürzungen weiter zuspitzen. Um das zu verhindern, braucht es eine nachhaltige Unterstützung der Arbeit der Akteure durch die demokratischen Parteien auf kommunaler Ebene. Fachkräfte der Jugend-, Sozial- und Gemeinwesenarbeit sollten von Bürokratie entlastet, mit einem klaren Bekenntnis gegen Rechts-Extremismus und Menschenfeindlichkeit aktiv und dauerhaft von der Politik unterstützt werden sowie attraktive Arbeitsbedingungen vorfinden.

LITERATUR

- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) (2023). Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Anti Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf (14.12.2023).
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie: Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *EFBI Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Hummel, Steven (2023). Wie hältst du's mit der AfD? Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen. In Oliver Decker / Fiona Kalkstein / Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 97–118). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes / Bose, Sophie / Feuerer, Amelie (2023). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2022. In Oliver Decker / Fiona Kalkstein / Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 41–57). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes / Dietze, Nikolas / Bose, Sophie (2022). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2021. *EFBI Policy Paper 2022-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kleffner, Heike / Meisner, Matthias (2017). *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen*. Berlin: Ch. Links.
- Litschko, Konrad (2023). SPD- und Grünen-Vorstoß nach AfD-Erfolg: Wo bleibt die Demokratieförderung? *taz*, 26.06.2023. URL: <https://taz.de/SPD-und-Gruenen-Vorstoss-nach-AfD-Erfolg/!5940121/> (14.12.2023).
- Nejezchleba, Martin (2023). Oberbürgermeister in Pirna: „Mich trennt von der AfD gar nichts – außer das Parteibuch“. *Die Zeit*, 18.12.2023. URL: <https://www.zeit.de/politik/2023-12/oberbuergemeister-pirna-afd-sachsen> (21.12.2023).
- Rippl, Susanne / Seipel, Christian (2021). Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen. Das Beispiel Sachsen. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* (1), 26–41.



Entfremdung von der Demokratie?

Kommunale Wählervereinigungen und die Fragmentierung des Parteiensystems in Sachsen

Die ostdeutsche Kommunalpolitik ist von einer hohen Ablehnung von Parteipolitik und einer zunehmenden Hinwendung zu parteifreien Gruppierungen geprägt (Angenendt, 2021a, 28; Hauke, 2023, 2; Holtkamp/Bogumil, 2016, 13–16). Der geringe Einfluss der auf Bundesebene erfolgreichen, demokratischen Parteien wurde in der Forschung lange als Normalität „einer unpolitische[n] Selbstverwaltungssphäre“ (Holtkamp/Bogumil, 2016, 23) und durchaus als förderlich für kommunale Entscheidungsprozesse betrachtet (Angenendt, 2021a, 23–25; Holtmann, 2013, 794; Holtmann, 2017, 13). Andere Autor:innen hingegen interpretieren den Erfolg der Wählervereinigungen und die gleichzeitige Abwesenheit der großen demokratischen Parteien als Manifestation (steigender) politischer Unzufriedenheit mit der Parteiendemokratie insgesamt (Jankowski et al., 2022, 129; Angenendt, 2021b, 635). Die steigende Anzahl der in Gemeinderäten vertretenen Wählervereinigungen führe zu einer zunehmenden Fragmentierung der Kommunalpolitik (Hauke, 2023, 2–5; Holtmann, 2017, 79–80). Und tatsächlich ist insbesondere in Ostdeutschland eine weitreichende Entfremdung von der (parlamentarischen) Demokratie zu konstatieren (Decker et al., 2023, 21).

Die Zersplitterung der Gemeinderäte in Kombination mit einer Entfremdung von der Parteiendemokratie führt in ostdeutschen Kommunalparlamenten zu einer „Angespanntheit“ (Hauke, 2023, 5), die von antidemokratischen Akteuren genutzt werden kann (Domann/Nuissl, 2022, 215). Befürchtet wird, dass extrem rechte Parteien und Wahlbündnisse die (zunehmenden) Lücken füllen könnten, die durch die etablierten demokratischen Parteien auf kommunaler Ebene hinterlassen werden (Jankowski et al., 2022, 127f.). Zudem kann die „Kooperation zwischen demokratischen und extrem rechten Parteien und Wählervereinigungen auf kommunaler Ebene ein Vorzeichen für mögliche Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene“ (Hummel, 2023, 99) sein.

Aus der AfD jedenfalls liegen strategische Überlegungen zu einem „Marsch durch die Organisationen“ und zur lokalen Verankerung im vorpolitischen Raum und auf lokalpolitischer Ebene schon lange vor (AfD 2019, zit. in Schroeder et al. 2020). Die im Juni 2024 anstehenden Kommunalwahlen in Sachsen sowie acht weiteren Bundesländern sind Anlass für uns, hier genauer hinzusehen.

Im Folgenden gehen wir der Frage nach, inwieweit die kommunalpolitischen Erfolge von Wählervereinigungen insbesondere in Sachsen und die damit einhergehende zunehmende Fragmentierung der Lokalpolitik auf eine Entfremdung von der parlamentarischen, liberalen Demokratie hinweisen und ob dies einen fruchtbaren Boden für die extreme Rechte bildet. Dazu sichten wir die bisher nur spärlich existente Literatur zu diesem kommunalpolitischen Thema, vergleichen die Erfolge von Wählervereinigungen bei Kommunalwahlen zwischen den Bundesländern, untersuchen für Sachsen strukturelle Faktoren dieser Erfolge und prüfen statistisch, ob die Erfolge der Wählervereinigungen bei Kommunalwahlen die Erfolgsaussichten der AfD bei Landtagswahlen erhöhen.

DIE FRAGMENTIERUNG DER KREIS- UND GEMEINDERÄTE

Wählervereinigungen gehören in Ostdeutschland bereits seit den frühen 1990er Jahren zu den erfolgreichsten kommunalpolitischen Akteuren (Jankowski et al., 2022, 127; Reiser et al., 2008, 123). Die Anzahl der in Wählervereinigungen organisierten Kandidat:innen wie auch deren Stimmenanteile haben in den letzten Jahren in Sachsen sogar noch zugenommen: Auf Gemeindeebene kandidierten 2014 noch 6.408 Personen im Namen einer Wählervereinigung, 2019 waren es 6.787. Bei der Gemeinderatswahl 2019 überholten die Wählervereinigungen die beim Stimmenanteil seit der Wiedervereinigung führende CDU und sind seitdem mit 25,8% (Tabelle 1) die stärkste kommunalpolitische Kraft. Der wachsende politische Einfluss der Wählervereinigungen in Sachsen ist dabei Teil eines kommunalpolitischen Trends, der sich insgesamt in Ost- und Westdeutschland beobachten lässt (Angenendt, 2021b, 635f.; Holtmann, 2013, 800). Darüber hinaus lässt sich das Phänomen auch in vielen westeuropäischen Staaten beobachten (Jankowski et al., 2022, 127).

TABELLE 1

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen am 26. Mai 2019 in Sachsen¹

Wahlvorschlagsträger	Stimmen absolut	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	1.415.172	23,8%	2.016
Die Linke	728.147	12,3%	483
SPD	450.374	7,6%	292
AfD	907.574	15,3%	641
FDP	272.785	4,6%	199
Grüne	497.793	8,4%	135
Freie Wähler	11.397	0,2%	12
Wählervereinigungen	1.533.478	25,8%	3.083
Kleinstparteien ²	125.082	2,1%	23

Da eine umfassende, bundesländervergleichende Übersicht bisher nicht vorlag, haben wir für diesen Beitrag erstmals die Ergebnisse der jeweils letzten Kommunalwahlen zusammengetragen (Tabelle 2). Zunächst können wir die Einschätzung in der Literatur bestätigen, dass Wählervereinigungen in Ostdeutschland erfolgreicher sind (bzw. häufiger antreten), das Phänomen aber keinesfalls auf Ostdeutschland begrenzt ist. Vielmehr zeigen sich länderspezifische Besonderheiten: In Bayern haben sich beispielsweise die *Freien Wähler* als eigene Kraft etabliert. Dort sind auch Wählervereinigungen sowie viele „sonstige“ Akteure auf der kommunalen Ebene erfolgreich. In den Wahlanalysen werden unter „Sonstige“ meist Klein- und Kleinstparteien verstanden, also solche Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind, da sie regelmäßig an der Fünfprozenthürde scheitern (Gerl, 2021, 433). Im Unterschied zu jenen Klein- und Kleinstparteien sind Wählervereinigungen ausschließlich kommunale Akteure, da sie den Parteienstatus nicht erfüllen, somit an Landtags- und Bundestagswahlen nicht teilnehmen dürfen und nicht in eine überörtliche Parteienorganisation integriert sind (Angenendt, 2021a, 14). Sie werden daher meist in Wahlanalysen gesondert betrachtet.

In Rheinland-Pfalz sowie in Baden-Württemberg ist – wie in den ostdeutschen Bundesländern – der hohe Stimmenanteil für Wählerver-

1) Quelle: Landeswahlleiter Sachsen 2019a.

2) Darunter NPD, DSU, Piraten, Aufbruch deutscher Patrioten, III. Weg, Blaue #TeamPetry, Die Partei, Tierschutzpartei.

TABELLE 2
Ergebnisse der Kommunalwahlen in den Landkreisen und kreisfreien Städten 2019 – 2023³

	Wahlbeteiligung	Kleinstparteien ⁴	Wahlvereinigungen ⁵	Freie Wähler ⁶
Baden-Württemberg 2019	58,8%	1,0%	23,0% ⁷	–
Bayern 2020	58,7%	6,2% mit gemeinsamen Wahlvorschlägen 5% ohne gemeinsame Wahlvorschläge	8,7%	11,9% ⁸
Berlin Abgeordnetenhaus 2023	62,9%	8,8%	–	0,3%
Brandenburg 2019	58,4%	1,5%	10,2%	6,3% ⁹
Bremen Bürgerschaft 2023	56,9%	6,7%	9,4% Bürger in Wut	–
Hamburg Bürgerschaft 2020	63,0%	5,5%	–	0,6%
Hessen 2021	50,4%	2,2%	6,4%	2,8%
Mecklenburg-Vorpommern 2019	57,2%	2,6%	7,9%	2,7%
Niedersachsen 2021	57,1%	2,2%	5,6%	0,5%
Nordrhein-Westfalen 2020	51,9%	2,4%	4,5%	Keine Freie Wähler Partei angetreten
Rheinland-Pfalz 2019	61,7%	1,2%	10,7%	0,4%
Saarland 2019	63,6%	1,7%	0,9%	0,5%
Sachsen 2019	62,6%	1,6%	14,6% ¹⁰	N/A Keine Freie Wähler Partei angetreten
Sachsen-Anhalt 2019	53,6%	2,8%	11,3%	1,7%
Schleswig-Holstein 2023	49,3%	6,2%	3,8%	2,1%
Thüringen 2019	60,3%	1,4%	14,0%	6,3%

einigungen auffällig. Demgegenüber dominieren im Saarland, Hamburg und etwas weniger in Niedersachsen sowie Nordrhein-Westfalen die bundesweit antretenden Parteien auch die Kommunalwahlen. In Berlin gibt es keine Wählervereinigungen, dafür entfallen hier anteilig die meisten Stimmen auf Kleinstparteien. Zur Heterogenität (und Verwirrung) trägt bei, dass die *Freien Wähler* zwar auch als Bundespartei an Wahlen teilnehmen, der baden-württembergische Verband aber aus dem Bundesverband ausgetreten ist, sich inhaltlich distanziert und kommunal als unabhängige Wählervereinigungen agiert. In Bremen fällt die extrem rechte Wählervereinigung *Bürger in Wut* auf. Sie konkurrierte hier zuletzt inhaltlich mit der AfD. In anderen Bundesländern ist die politische Ausrichtung der Wählervereinigungen durchaus vielfältig, wie wir weiter unten für Sachsen exemplarisch zeigen werden.

Für den Freistaat lässt sich außerdem zeigen, dass die AfD zuletzt nur in 200 der 419 Gemeinden angetreten war. Die Korrelation zwischen den prozentualen Wahlergebnissen der AfD (wo sie antrat) und der Wählervereinigungen während der sächsischen Gemeinderatswahl 2019 liegt bei $r = -0.50$, $p < .001$.¹¹ Das bedeutet, dass dort, wo die AfD während der Gemeinderatswahl stark war, Wählervereinigungen schwach waren und *vice versa*. Ob die AfD es bewusst vermeidet, gegen (bestimmte,

- 3) Quelle: Eigene Darstellung basierend auf den einzelnen Daten der Landeswahlleitungen: Bayrisches Landesamt für Statistik, 2020; Der Landeswahlleiter Brandenburg, 2019; Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen, 2020; Der Landeswahlleiter für Berlin, 2023; Der Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, 2019, Die Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, 2019; Die Landeswahlleiterin, Statistisches Amt Saarland, 2019; Landesamt für Statistik Niedersachsen, 2021; Landeswahlleiter im Freistaat Thüringen, 2019; Landeswahlleiter Sachsen, 2019c; Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt, 2019; Statistik.Hessen, 2021; Statistikamt Nord, 2023; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2019; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2020; Statistisches Landesamt Bremen, 2023)
- 4) Hier sind zur Wahl antretende Gruppierungen gemeint, die rechtlich den Parteienstatus erfüllen und/oder in eine überörtliche Parteiorganisation integriert sind.
- 5) Enthält auch Listenvereinigungen.
- 6) Darunter werden alle Kleinstparteien oder Wählervereinigungen verstanden, die der Freien Wähler Bundesvereinigung angehören oder mit ihr kooperieren.
- 7) Enthält auch die Freien Wähler Wählervereinigung: In Baden-Württemberg treten die Freien Wähler explizit als Nicht-Partei an (Siegel, 2023).
- 8) Enthält ebenso Listenvereinigungen mit den Freien Wählern also „Freie Wähler und andere“.
- 9) Hier handelt es sich um die Stimmen für die „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler“, die nicht Teil der Bundesvereinigung Freie Wähler sind, aber mit ihr kooperieren (Hebenstreit/Niendorf, 2022).
- 10) Darunter fallen auch Wählervereinigungen, die der Partei Freie Wähler nahestehen.
- 11) Als Korrelation wird in der Statistik ein ungerichteter, linearer Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen bezeichnet. Dieser Zusammenhang liegt im Wertebereich zwischen -1 und 1. Positive Werte bedeuten, dass bei einer Zunahme des einen Merkmals auch die Ausprägung des anderen Merkmals ansteigt. Negative Werte sind umgekehrt zu interpretieren. Bei einem Wert von 0 besteht kein Zusammenhang. Der Wert 1 würde einen perfekt positiven Zusammenhang beschreiben, was bedeutet, dass immer, wenn das eine Merkmal vorhanden ist, auch das andere vorliegt. Wichtig ist jedoch, dass die Korrelation keine Rückschlüsse auf Kausalität zulässt.

ideologisch nahestehende) Wählervereinigungen anzutreten und deshalb nur in der Hälfte der Gemeinderäte vertreten ist, können wir nur vermuten. Die hohe negative Korrelation legt eine gewisse Konkurrenz um ähnliche politische Milieus zumindest nahe.

In Deutschland wird der Aufschwung der Wählervereinigungen von der – nur sehr begrenzt vorhandenen – Literatur zum Thema auf unterschiedliche Faktoren zurückgeführt: Ein institutioneller Erklärungsansatz sieht einen wichtigen Grund im Wegfall der Fünfprozenthürde bei den Kommunalwahlen in allen Bundesländern seit 2008 (Holtmann et al., 2017, 97–82; Angenendt, 2021b, 636). Strukturell lässt sich zudem feststellen, dass der Wahlerfolg der Wählervereinigungen mit dem zunehmenden Rückzug der etablierten Parteien aus der Kommunalpolitik korreliert: Die schwindende Verankerung der Parteien in der Kommunalpolitik (Kuhn/Vetter, 2013; Träger/Pollex, 2017) lege „die Schlussfolgerung nah, dass dort, wo es ihnen nicht mehr gelingt, Präsenz zu zeigen, Wählergemeinschaften die vorhandene Lücke füllen“ (Angenendt, 2021b, 637). Die zunehmende Abwesenheit der Parteien auf kommunaler Ebene wird wiederum unter anderem in Anschluss an Individualisierungstheoreme mit dem Phänomen des *dealignment* erklärt, also mit der abnehmenden Parteibindung und zunehmenden elektoralen Volatilität in der Bevölkerung (Angenendt, 2021b, 635; Holtmann, 2013, 796; siehe auch Kiess/Portos 2023). Dabei ist der Bedeutungsverlust der etablierten Parteien in Ostdeutschland ausgeprägter als im Westen (Angenendt, 2021a, 157; Holtkamp/Bogumil, 2016, 13).

Auch für diese (schneller) schwindende Bedeutung der Parteien in Ostdeutschland werden verschiedene Erklärungsansätze diskutiert: Zum einen spielen historisch die Erfahrung mit dem SED-Regime eine Rolle für das geringe Parteienvertrauen (Holtkamp/Bogumil, 2016, 26) und zum anderen hänge die Affinität ostdeutscher kommunaler Ratsmitglieder für parteilose Gruppierungen mit der „Präferenz für eine konsens- statt konfliktorientierte Politik“ (Angenendt, 2021a, 146) zusammen. Die für die ostdeutschen Kommunen typischen konsensorientierten Entscheidungsmuster spiegeln sich in den Kommunalverfassungen der ostdeutschen Bundesländer wider: Das dort festgelegte sogenannte konkordanzdemokratische Setting eines „[p]ersonenorientierte[n] Wahlrecht[s] und der Verzicht auf Sperrklauseln“ (Holtkamp/Bogumil, 2016, 31) fördern den Wahlerfolg von Wählervereinigungen und Kleinstparteien (Domann/Nuissl 2012, 212; Hauke, 2023, 5). Ideal-

typisch ist die Konkordanzdemokratie durch eine sehr geringe Parteipolitisierung „von Rat und Bürgermeistern in der Nominierungs-, Wahlkampf-, Wahl- und Regierungsphase bei gleichzeitig starker Dominanz des Bürgermeisters geprägt“ (Holtkamp/Bogumil, 2016, 8f.), während die Konkurrenzdemokratie sich gerade durch eine hohe Parteipolitisierung auszeichnet. Bisherige Fallstudien zur Konkordanzdemokratie zeigen, dass entsprechende Kommunalverfassungen vor allem in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und den ostdeutschen Bundesländern – gerade auch in kleineren Gemeinden in Sachsen – zu finden und besonders ausgeprägt sind (Bathge et al., 2016, 180f.). Unsere Zahlen in Tabelle 2 zeigten bereits, dass Wählervereinigungen gerade in diesen Bundesländern überdurchschnittlich erfolgreich sind.

Die aktuelle Fülle an Wählervereinigungen in sächsischen Gemeinden ist jedenfalls den Einschätzungen in der Literatur folgend einerseits dem größeren Trend eines abnehmenden Parteienvertrauens geschuldet und andererseits hängt sie mit der konkordanzdemokratischen Präferenz für eine geringe Parteipolitisierung in den Kommunen zusammen. Der damit verbundene erhöhte Fragmentierungsgrad (Angenendt, 2021a, 242; Hauke, 2023, 5; Holtmann, 2013, 805) geht mit größeren Herausforderungen bei den kommunalen Entscheidungsprozessen einher (Holtmann, 2013, 804): Die Zersplitterung in den Kommunalparlamenten kann sowohl Kooperationen von inhaltlich entfernt stehenden Gruppierungen (Seuberlich, 2016, 92), eine „[a]symmetrische Repräsentation gesellschaftlicher Interessen“ (Holtmann, 2017, 84) als auch eine eingeschränkte „Regierbarkeit“ der Kommunen“ (ebd., 81) zur Folge haben. Domann und Nuissl zeigen, dass die Schwierigkeit der Vermittlung einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen von populistischen und extrem rechten Kräften genutzt werden kann (Domann/Nuissl, 2022, 211–215). Denn „das Verhandlungsprimat, demzufolge möglichst viele gesellschaftliche Gruppen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen sind“ (ebd., 204), macht „[n]eokorporatistische Arrangements in Form von informellen Abstimmungsprozessen mit Vertretungen bestimmter Interessensgruppen oder Minderheiten“ (ebd., 214) notwendig. Dies kann „zu einer gewissen Undurchschaubarkeit des Regierens“ (ebd.) führen. Diese Intransparenz der politischen Verhandlungsprozesse – wer steht eigentlich wofür und warum – kann wiederum Misstrauen in demokratische Prozesse schüren und insofern mit dem populistischen Narrativ einer verdeckt agierenden ‚Elite‘ verbunden werden (ebd., 214). Darüber

hinaus, so Domanns und Nuissl weiter, begünstige die für die Konkordanzdemokratie typische Kompromissfindung eine auf Harmonie ausgerichtete Einstellung, welche zur Normalisierung extrem rechter Positionen führen kann, anstatt diese zu konfrontieren (ebd., 213): Es werde sogar „häufig die Ansicht vertreten, die AfD dürfe in den Gemeindegremien nicht ausgegrenzt werden“ (ebd., 213), was bis zu einer Annäherung an extrem rechte Positionen gehe.

Auch wenn sich die Wählervereinigungen als nicht-ideologisch inszenieren, stelle „[d]as Insistieren auf den unideologischen Charakter der Kommunalpolitik [...] vielleicht selbst eine Ideologie dar und steht in Kontrast zu pluralistischen Demokratiekonzeptionen [...] – beispielsweise, wenn von den eigenen politischen Vorstellungen abweichende Sichtweisen mit dem Verweis auf eine fehlende Gemeinwohlorientierung als illegitim diffamiert werden“ (Angenendt, 2021a, 26). Was die Mitglieder der Wählervereinigungen angeht, so muss die Ablehnung der etablierten Parteien auf kommunaler Ebene allerdings nicht zwangsläufig mit einer Ablehnung des Parteiensystems auf Landes- oder Bundesebene einhergehen (Angenendt, 2021b, 632). Angenendt erklärt, dass die „Ressentiments gegenüber den Parteien in der Landes- und Bundespolitik [bei Mitgliedern von Wählervereinigungen] [...] seltener anzutreffen [sind]. Gänzlich abgelehnt wird die Parteiendemokratie von den Wenigsten, wenngleich etwas häufiger als in der Gesamtbevölkerung“ (ebd.).

Wo sind Wählervereinigungen in Sachsen besonders erfolgreich und kann dies auf strukturelle Ungleichheiten, also eine soziale Fragmentierung im Freistaat zurückgeführt werden? In einer früheren Veröffentlichung haben wir bereits die Landtagswahlergebnisse 2019 hinsichtlich sozial-, wirtschafts- und infrastruktureller Einflussfaktoren untersucht. Dazu und für unsere Analysen auch in diesem Beitrag (siehe Abb. 1) haben wir die Wahlergebnisse auf Gemeindeebene der sächsischen Gemeinderatswahlen (Stimmenanteil für Wählervereinigungen) und der Landtagswahlen (AfD-Zweitstimmenanteil) aus dem Jahr 2019 (Landeswahlleiter 2019a, 2019b) über den *Amtlichen Gemeindeschlüssel* (AGS) und den jeweiligen Verwaltungsverbandsnamen mit Strukturdaten der Sächsischen Gemeindestatistik (StaLaS, 2020) und Strukturdaten des

12) Die Daten des BBSR lagen teilweise auf Verwaltungsgemeinschaftsebene und nicht auf Gemeindeebene vor. Das bedeutet beispielhaft, dass das BBSR Informationen über den Anteil der Haushalte mit einem Breitbandausbau von mindestens 50 mBit/s für die Verwaltungsgemeinschaft Pulsnitz bereitstellt. Diesen Wert haben wir auf die Teilgemeinden Großnaundorf, Lichtenberg, Ohorn und Steina übertragen.

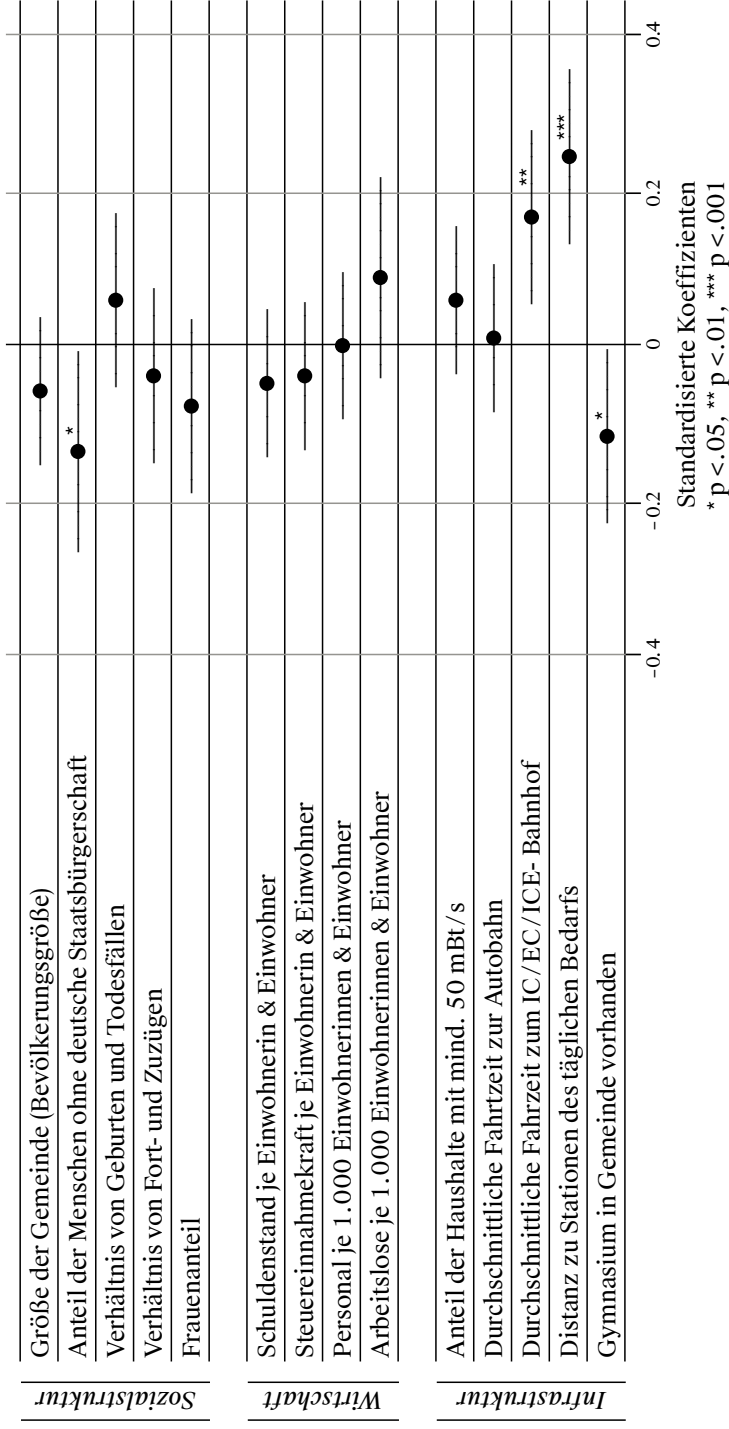
Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zusammengeführt.¹² Aufgrund fehlender Werte in der Sächsischen Gemeindestatistik und der Tatsache, dass in einigen Gemeinden keine Wählervereinigungen gewählt wurden, liegen uns für die nachfolgenden Berechnungen Daten für 319 der 419¹³ Gemeinden vor. Wir nutzen das Verfahren der multiplen Regression, um den Stimmenanteil für Wählervereinigungen zu erklären (zum Vorgehen siehe auch Dilling/Kiess, 2021). Multiple Regressionsmodelle erlauben die gleichzeitige Betrachtung des Einflusses mehrerer unabhängiger, erklärender Merkmale auf das abhängige, zu erklärende Merkmal Y (hier: Stimmenanteil der Wählervereinigungen in einer Gemeinde).

Sozialstrukturell hat nahezu keiner der von uns verwendeten Indikatoren (Größe der Gemeinde, Verhältnis Geburten/Todesfälle, Verhältnis Zu-/Fortzüge und Frauenanteil) einen signifikanten Effekt auf den Stimmenanteil der Wählervereinigungen in Sachsen. Nur, wenn in einer Gemeinde mehr Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft leben, sinkt der Stimmenanteil der Wählervereinigungen etwas. Hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur (Schuldenstand, Steuereinnahmen, Personal der öffentlichen Verwaltung und Arbeitslosigkeit) zeigen sich keine statistisch bedeutsamen Effekte. Wählervereinigungen werden aber eher in infrastrukturschwachen Gemeinden gewählt, das heißt in Gemeinden, die sich durch eine hohe Entfernung zu Stationen des täglichen Bedarfs (Apotheke, Grundschule, Supermarkt und ÖPNV-Haltestelle), einer hohen durchschnittlichen Fahrtzeit zum nächsten Fernverkehrsbahnhof und dem Nichtvorhandensein eines Gymnasiums in der Gemeinde auszeichnen. Dies weist, wie der geringere Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in einer Gemeinde, auf ein Zentrum-Peripherie-Gefälle hin. Wir können mit unserem Modell immerhin 21 % der Varianz der Stimmverteilung der Wählervereinigungen erklären.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die konkordanzdemokratische, fragmentierte Kommunalpolitik in Sachsen, die fehlende Integration abgelegener Regionen (sowohl infrastrukturell als auch politisch durch die demokratischen Parteien) sowie die informellen

13) Für 85 der 419 politisch selbstständigen Gemeinden in Sachsen liegen keine Informationen zum Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft vor. Für diese Gemeinden ist laut Statistischem Landesamt der „Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten“ (StaLaS 2021). Das betrifft vor allem sehr kleine Gemeinden. Zudem wurde in insgesamt 20 Gemeinden während der Gemeinderatswahlen keine Wählervereinigung gewählt. Diese Fälle entfallen für die Regression.

Regressionsmodell zum Stimmenanteil von Wählervereinigungen bei den sächsischen Gemeinderatswahlen 2019 (eigene Berechnung basierend auf Daten der Landeswahlleitung sowie Strukturdaten des BBSR)



Strukturen, die sich unter anderem aus diesen Faktoren speisen, zur Entfremdung von demokratischen Entscheidungsprozessen führen können. Im Folgenden untersuchen wir daran anschließend weiter, inwiefern diese Fragmentierung und Entfremdung zum Erfolg extrem rechter Akteure beitragen können.

ENTFREMUNG VON DER PARTEIENDEMOKRATIE UND EXTREM RECHTE WÄHLERVEREINIGUNGEN

Sind Wählervereinigungen ein Türöffner für extrem rechte Politik auf der kommunalen Ebene? Domann und Nuissl zeigten in ihrer Untersuchung bereits, dass Wählervereinigungen häufig das Feld rechtspopulistischer Akteure besetzen, als Motiv für ihre Gründung das Vorgehen gegen lokale ‚Eliten‘ angeben und sich als ‚Anti-Establishment‘-Parteien verstehen (Domann/Nuissl, 2022, 211). Diese Unzufriedenheit mit der ‚etablierten politischen Elite‘ bildet den Kern populistischer Politikangebote, die auf einem manichäischen Weltbild aufbauen, in welchem eine korrupte Elite einem ‚guten‘ Volk gegenübersteht (Mudde / Kaltwasser, 2018, 1670; Müller, 2015). Ähnlich argumentieren auch Jankowski et al. (2022, 129) hinsichtlich der *Politiknachfrage*. Wählervereinigungen seien nicht nur erfolgreich, weil sie das Bedürfnis der Bürger:innen aufgreifen, lokalpolitische Themen in den Fokus zu stellen. Vielmehr seien ihre Wähler:innen motiviert durch Anti-Establishment-Einstellungen und generelle Politikverdrossenheit (Otjes, 2018). Ein relevanter Erfolgsfaktor für Wählervereinigungen ist demnach die Inszenierung als ‚Anti-Partei‘. Angenendt verweist dementsprechend auf ein verstärktes Aufkommen von „jüngeren Wählergemeinschaften [...] mit grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber der pluralistisch verfassten Demokratie“ (Angenendt, 2021a, 198).

Bei der letzten Wahl der sächsischen Kreisräte im Jahr 2019 war die AfD mit 23,7% der Stimmen zweitstärkste Kraft und die NPD erreichte 1,03% der Stimmen. Die AfD erhielt auf Gemeindeebene 15,5% der Stimmen und die NPD 0,3% der Stimmen (Landeswahlleiter Sachsen, 2019a). Wie auch auf Landesebene hat die AfD auch hier die NPD damit abgelöst. Über die Betrachtung dieser etablierten extrem rechten Parteien hinaus fand aber eine empirisch fundierte, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und antidemokratischen parteilosen Gruppierungen und Kleinstparteien auf kommunaler Ebene

in Sachsen nur vereinzelt statt (vgl. Domann/Nuissl, 2022; Hummel, 2023; Jankowski et al., 2022). Allerdings gibt es hier durchaus Gruppierungen, die große Erfolge verzeichnen können. Bei einigen sind Verbindungen zur AfD nachweisbar: In Oßling im Landkreis Bautzen erhielt die Wählervereinigung *Bündnis Zukunft Gestalten*, die personelle Schnittstellen zur AfD aufweist, 40,2% der Stimmen (Landeswahlleiter Sachsen, 2019a). Johannes Nitzsche, Mitglied der Wählervereinigung und Bürgermeister von Oßling, sitzt für die AfD im Kreisrat (Garten, 2020). Die Wählervereinigung *Pirna kann mehr* erhielt bei den Kommunalwahlen 2019 drei Sitze im Stadtrat (Landeswahlleiter Sachsen, 2019a) und kooperiert mit der AfD (Hummel, 2023, 105f.; Lasch, 2019). So setzte sie 2020 zusammen mit den *Freien Wählern* und der AfD die Streichung der kommunalen finanziellen Unterstützung der lokalen *Aktion Zivilcourage* durch – ein Projekt zur Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit (Bartsch, 2020; Freie Wähler Wir für Pina, 2020). Gegründet wurde *Pirna kann mehr* von Tim Lochner, der für die AfD Oberbürgermeister geworden ist (Casper, 2023).

Bei anderen Wählervereinigungen werden Verbindungen zur NPD berichtet: In Geithain (Landkreis Leipzig) erhielt die *Freie Liste für Geithain* bei der Gemeinderatswahl 15,1% und damit 3 Sitze im Gemeinderat (Landeswahlleiter Sachsen, 2019a). Bei dieser Wählervereinigung handelt es sich um eine sogenannte NPD-Tarnliste¹⁴, welche von dem ehemaligen NPD-Kreischef Manuel Tripp gegründet wurde (chronik.LE, 2019). Auch für *Wir Für Hier – Die Heimatliste*, die in Sebnitz einen Sitz im Gemeinderat gewinnen konnte (Schulze, 2019), und die *Neue Liste Jahnsdorf*, die mit drei Sitzen in Jahnsdorf in den Gemeinderat einzog (Fiedler, 2019; Landeswahlleiter Sachsen, 2019a), kandidierten ehemalige Mitglieder der NPD. Darüber hinaus weist Steven Hummel auf zwei weitere extrem rechte Wählervereinigungen hin, die 2019 in die Gemeinderäte ihrer jeweiligen Gemeinde einzogen (Hummel, 2023): Das *Neue Forum für Wurzen* erhielt drei Sitze (Ayyadi, 2019; Landeswahlleiter, 2019a) und die *Niederdorfer Bürger* wurden mit drei Sitzen die zweitstärkste Kraft (Hummel, 2023; Landeswahlleiter, 2019a). Außerdem ist in dieser Auflistung die extrem rechte Wählervereinigung und Lokalpartei *Pro Chemnitz* zu nennen, welche fünf Sitze im Chemnitzer Gemeinderat besetzt und „Neonazis, Neu-

¹⁴ Wir sprechen von NPD-Tarnlisten, wenn für die betreffende Liste Personen kandidieren, die Mitglied in der NPD (jetzt: Die Heimat) sind oder waren.

rechte, Reichsbürgerinnen und -bürger, Evangelikale und rechte Russlanddeutsche“ (Grunert/Kiess, 2021, 4) vereint. 2018 rief *Pro Chemnitz* zu den rassistischen Protesten auf, die zu gewaltsamen Ausschreitungen in Chemnitz führten (Peters/Sydow, 2018). In Zwickau sitzt für die Wählervereinigung *Zukunft Zwickau* Sven Georgi im Stadtrat, der zugleich Mitglied der extrem rechten Partei *Freie Sachsen* ist. Die Vereinigung fiel in der Vergangenheit damit auf, dass ein Mitglied die Teilnehmer:innen einer *Fridays-for-Future*-Demonstration in Zwickau filmte und damit bedrohte (Lauer, 2019). Giesbers et al. weisen ebenso auf Verbindungen zwischen rechten Wählervereinigungen und extrem rechten Gruppierungen und Parteien hin: Henry Nitzschke etwa, der seit 2019 für die AfD im Bautzener Kreisrat sitzt, war zuvor jahrelang in der Wählervereinigung *Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland* aktiv (Giesbers et al., 2021, 35f.).

Ein weiteres Beispiel für eine neue rechtspopulistische Kleinstpartei, die in Zukunft eine Rolle in der Kommunalpolitik spielen könnte, ist das im November 2022 von ehemaligen AfD-Mitgliedern sowie ehemaligen Abgeordneten der *Freien Wähler* gegründete *Bündnis Deutschland* (Tagesschau, 2022). Die Partei hat es sich zum Ziel gesetzt, rechte ungebundene Wählergemeinschaften zu einem gemeinsamen Projekt zu vereinen (Dittmann/Wilczek, 2023). Sie inszeniert sich als rechtskonservativ und wirtschaftsliberal und positioniert sich zwischen CDU und AfD (Dittmann/Wilczek, 2023). Durch den Wechsel des Dresdener Abgeordneten Ivo Teichmann von der AfD zu *Bündnis Deutschland* im März 2023 ist die Partei im sächsischen Landtag vertreten und wird auch bei der kommenden Landtagswahl im September 2024 antreten (Alexe, 2023). *Bündnis Deutschland* fusionierte zudem im Juni 2023 mit der oben bereits erwähnten Bremer Wählervereinigung *Bürger in Wut* und ist deshalb mit 9,4% in der Bremischen Bürgerschaft vertreten (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2023). Eine ähnliche Konstellation findet sich auf kommunaler Ebene in Sachsen zwischen der extrem rechten Wählervereinigung *Pro Chemnitz* und Mitgliedern der rechtspopulistischen Kleinstpartei *Deutsche Soziale Union* (DSU), die gemeinsam zur Gemeinderatswahl antraten und fünf Sitze im Chemnitzer Gemeinderat besetzen (Landeswahlleiter Sachsen, 2019a).

Um sich von der Parteipolitik (und Rechtsextremismusvorwürfen) abzugrenzen, markieren sich Wählervereinigungen häufig als parteilos

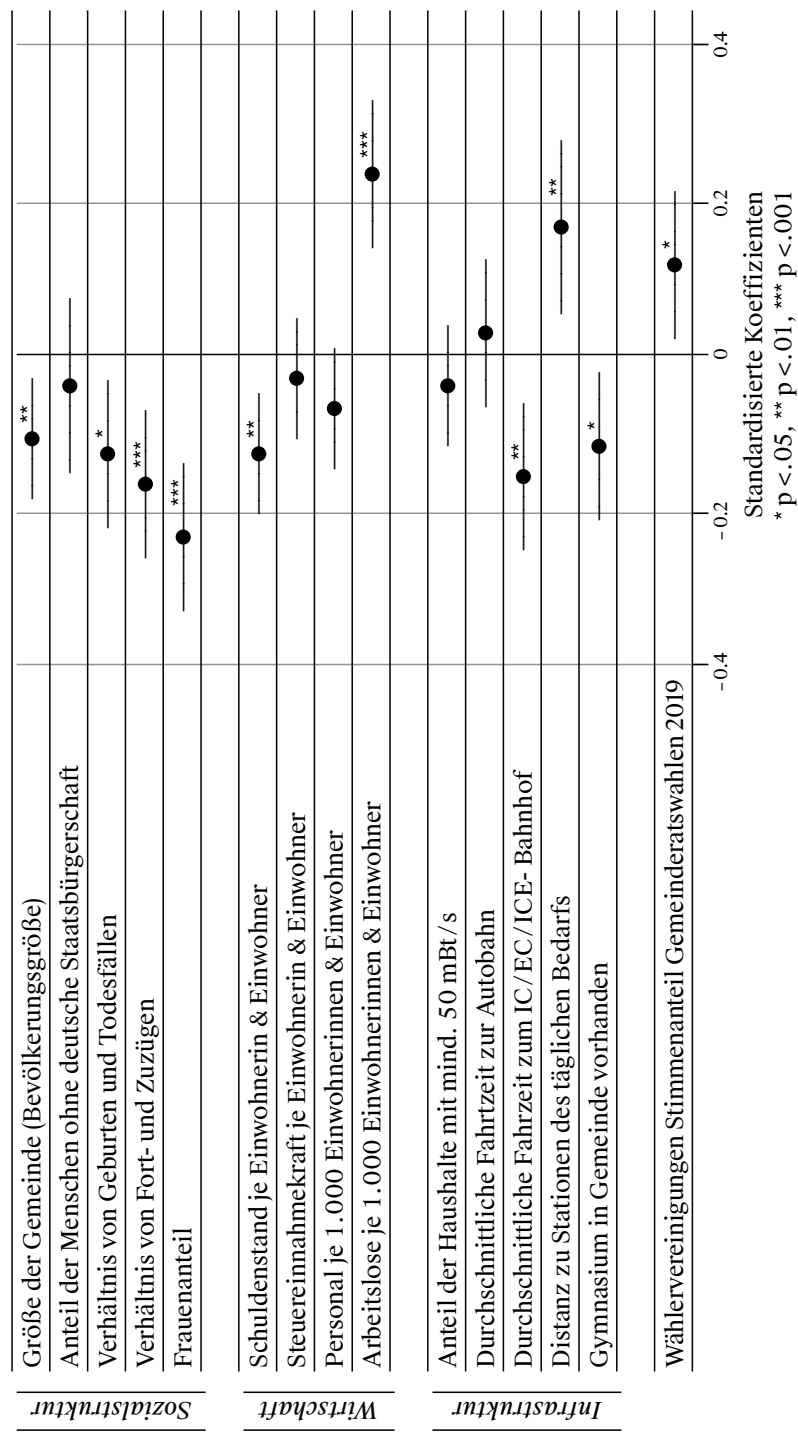
und damit als nicht-ideologisch (Holtmann, 2013, 803). Bei vielen wird deshalb erst auf den zweiten Blick die Offenheit für zweifelhafte, rechts-populistische Positionen deutlich. Das *Bürgerbündnis Bautzen* ist mit 20% zweitstärkste Kraft im Bautzener Stadtrat. Auf ihrer Website stellt das Bündnis seine politische Unabhängigkeit in den Vordergrund und erklärt, den „unabhängige[n] Bürger ohne Parteizugehörigkeit“ (Bürgerbündnis Bautzen e. V., 2023) zu repräsentieren. Gleichzeitig unterstützte die Vereinigung laut einer Recherche des Deutschlandfunk Kultur die Preisverleihung des *Bautzener Friedenspreises* an den Verschwörungs-ideologen Daniele Ganser (Brandau, 2020). Die Inszenierung als nicht-ideologisch und unabhängig trifft auch auf die zahlreichen Wählervereinigungen in Sachsens Kommunalpolitik zu, die den *Freien Wählern* zuzurechnen sind. Bei den Gemeinderatswahlen erreichten die *Freien Wähler* als Teil der Bundesvereinigung der *Freien Wähler*- und somit als Partei – nur 0,2% (Landeswahlleiter, 2019a). Darüber hinaus verbergen sich hinter den 25,8% der Wählervereinigungen teilweise Gruppierungen, die den *Freien Wählern* ideologisch zumindest nahestehen. Zum Beispiel in der Gemeinde Tannenberg erhielt das *Freie Wähler Bürgerforum* im Erzgebirge 73% der Stimmen und damit 8 Sitze im Gemeinderat. Auch wenn die *Freien Wähler Erzgebirge* nicht Teil der Landes- oder Bundesorganisation der *Freien Wähler* sind, so geben sie auf ihrer Website trotzdem an, „auf andere befreundete Freie Wähler“ zu „verweisen“ (Freie Wähler Erzgebirge e. V., 2019). Das bedeutet, dass solche Gruppierungen in der Statistik als Wählervereinigung auftauchen und nicht zu der Partei der *Freien Wähler* gezählt werden, in der Realität weisen sie allerdings eindeutige Parallelen zur Partei *Freie Wähler* auf. Torben Lütjen argumentiert, dass die Selbstinszenierung als ideologiefrei und frei von Parteizugehörigkeiten ein Kernelement der politischen Strategie der *Freien Wähler* insgesamt sei und dass diese Strategie populistische Argumentationsmuster hervorbringe (Lütjen, 2012, 168 f.): An die Stelle der Identifikation mit einer politischen Strömung (Konservatismus, Liberalismus, Sozialdemokratie usw.) trete nun die Identifikation mit ‚den‘ neutralen, ideologiefreien Bürgern im Unterschied zu ‚den‘ ideologischen Politikern (ebd.). Dieses Narrativ ist ein Nährboden für die populistische Grundidee, nach der das gute Volk einer korrupten, politischen Elite gegenüberstehe. Lütjen warnt daher vor einer „verringerte[n] Immunabwehr [...] gegen rechtsextreme oder rechtspopulistische Gruppen“ (ebd., 169) bei den *Freien Wählern*.

Andere Beispiele zeigen allerdings auch, dass kommunale Wählervereinigungen nicht zwangsläufig antipluralistischen und rechtspopulistischen Positionen Vorschub leisten müssen: Die Studie von Domann und Nuissls ergibt ebenso, dass die personenzentrierte konkordanzdemokratische Kommunalpolitik zur Hürde für neue Kräfte werden kann, die nicht über persönliche Netzwerke in den Gemeinden verfügen (Domann/Nuissls, 2022, 209). Außerdem steht die Präferenz für eine „sachbezogene Wahlkampfstrategie“ einer offenen politisch-ideologischen Positionierung im Weg und somit laufen „populistische Interventionen von rechts auch recht schnell Gefahr [...], als Beschäftigung mit abseitigen Themen oder als Störung der kommunalpolitischen Harmonie und der damit verbundenen Effizienz von Entscheidungsabläufen wahrgenommen zu werden“ (ebd., 210). So engagieren sich vielerorts eindeutig demokratische zivilgesellschaftliche Bündnisse in Wählervereinigungen: In Weißwasser setzt sich die Wählervereinigung *Klartext* für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen Kooperationen mit der AfD ein (Knappe, 2019). In Görlitz engagieren sich die *Bürger für Görlitz* unter anderem für einen besseren Zugang zur Hebammenausbildung im Landkreis (Sodan, 2023). Schließlich positioniert sich der parteilose Landrat des Landkreises Mittelsachsen klar gegen die AfD und andere extrem rechte Akteure.

SIND WÄHLERVEREINIGUNGEN EIN NÄHRBODEN FÜR DIE EXTREME RECHTE?

Trotz der Existenz sogar explizit gegen rechts ausgerichteter Wählervereinigungen zeigt sich, dass die Erfolge der Wählervereinigungen auf kommunaler Ebene der AfD auf Landesebene helfen können. Das bedeutet, dass die AfD bei der sächsischen Landtagswahl dort stärker war, wo Wählervereinigungen während der Gemeinderatswahlen gute Ergebnisse einfuhren – nicht nur auf Grund der (teilweisen) ideologischen Nähe, sondern vor allem auf Grund der weiter oben beschriebenen Fragmentierung der Kommunalpolitik und dem Rückzug demokratischer Parteien aus der Fläche. Dies könnte gerade im ländlichen Raum jene Leerstellen schaffen, die kommunalpolitisch von Wählervereinigungen, spätestens aber landespolitisch dann von der extremen Rechten genutzt werden. Empirisch zeigt sich entsprechend ein mittelstarker, positiver Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Wählervereinigungen

Regressionsmodell zum Zweitstimmenanteil der AfD bei der sächsischen Landtagswahl 2019 (eigene Berechnung, basierend auf Daten der Landeswahlleitung sowie Strukturdaten des BBSR)



bei den Gemeinderatswahlen und dem AfD-Zweitstimmenanteil bei der Landtagswahl.¹⁵

Um den AfD-Zweitstimmenanteil bei der Landtagswahl 2019 genauer zu analysieren, nutzen wir erneut eine multiple Regression. Neben den bereits erwähnten Strukturdaten nehmen wir in die Berechnung diesmal auch den Stimmenanteil der Wählervereinigungen bei den kurz davor durchgeführten Kommunalwahlen auf.¹⁶ Abbildung 2 ist zu entnehmen, dass von den sozialstrukturellen Faktoren vor allem das Verhältnis der Fort- und Zuzüge und der Frauenanteil ausschlaggebend sind (siehe dazu bereits Dilling / Kiess, 2021): In demografisch schrumpfenden Gemeinden ist der Stimmenanteil für die AfD höher. Hinsichtlich wirtschaftsstruktureller Faktoren geht ein höherer Schuldenstand mit weniger Stimmen für die AfD, eine höhere Arbeitslosenquote mit höheren Stimmenanteilen je Gemeinde einher. Infrastrukturell verringert das Vorhandensein eines Gymnasiums den Erfolg der AfD, während eine höhere Distanz zu Stationen des täglichen Bedarfs mit höheren Stimmenanteilen der AfD korreliert. Schließlich kann die Zunahme des Wahlergebnisses der Wählervereinigungen zusätzliche Varianz des AfD-Zweitstimmenanteils erklären. Der Zusammenhang bleibt also auch bei gleichzeitiger Kontrolle der sozialstrukturellen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Kontrollvariablen signifikant. Mit diesem Regressionsmodell können wir 37% der Varianz der Stimmverteilung der AfD-Zweitstimmen erklären.

FAZIT

Die steigende Anzahl der Wählervereinigungen und Kleinstparteien in der sächsischen Kommunalpolitik lässt sich als Symptom tiefgreifender Demokratiedefizite erklären bzw. kann zu diesen beitragen: Die Entfremdung von Parteipolitik sowie ein verbreiteter Populismus bei den Wählervereinigungen können ein Gelegenheitsfenster für antidemokratische Gruppierungen öffnen – auch auf Landesebene. Dabei sind Wählervereinigungen und Konkordanzdemokratie allerdings nicht

15) Der Korrelationskoeffizienten beträgt 0.26 bei $p < .001$. Es handelt sich hierbei um den Korrelationskoeffizienten für jene 399 Gemeinden, in denen während der Gemeinderatswahlen Wählervereinigungen gewählt wurden.

16) Es handelt sich hierbei um eine Replikation des Regressionsmodells von Dilling / Kiess (2021), welches wir um die Wahlergebnisse der Wählervereinigungen während der Gemeinderatswahlen als erklärende Variable erweitert haben.

an sich eine Gefahr für die Demokratie: Die Lokalpolitik ist ein Ort des praktischen demokratischen Erlebens und somit ein „wichtiges Feld alltäglicher Vergesellschaftung(en)“ (Domann/Nuissl, 2022, 201). Lokale Kleinstparteien und Wählervereinigungen können insofern demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement repräsentieren und fördern. Dennoch zeigen unsere Berechnungen, dass der Einfluss der Wählervereinigungen auf Gemeindeebene mit dem Erfolg der AfD auf Landesebene korreliert und diesen sogar teilweise erklären kann. Während Wählervereinigungen und AfD auf lokaler Ebene teilweise in Konkurrenz zueinanderstehen (vgl. Jankowski et al., 2022, 134), kann die AfD zumindest von den ideologisch nahestehenden Wählervereinigungen und deren kommunalpolitischer Mobilisierung bei Landtagswahlen profitieren. Dies könnte darauf hinweisen, dass populistische Institutionenkritik von rechten Wählervereinigungen Gelegenheitsstrukturen fördert, die auf Landesebene von der AfD genutzt werden können, da sie dort die Wählervereinigungen als „fundamental-oppositionelle Kraft“ (Domann/Nuissl, 2022, 215) zur Parteienpolitik ersetzen kann.

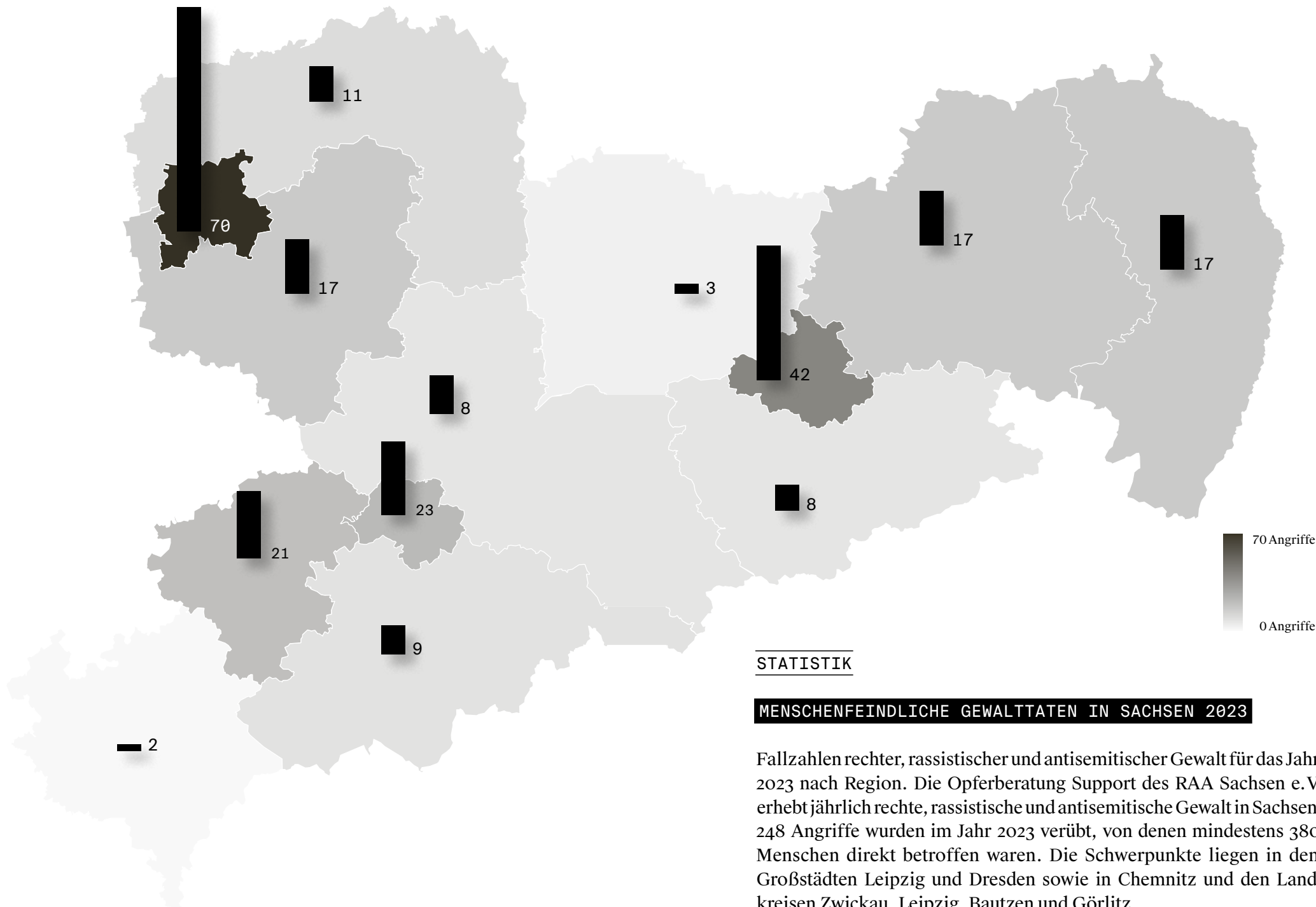
Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse sowie der hohen politischen Deprivation und Entfremdung von der Demokratie in Sachsen (Dilling et al., 2022) sowie in Ostdeutschland insgesamt (Decker et al., 2023) sollten vor allem demokratische Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft ihre Bemühungen auf der kommunalpolitischen Ebene intensivieren. Gerade abseits der Großstädte ist die Distanz zu den demokratischen Parteien und – insbesondere seit der Kreisreform 2008 – auch zu Ansprechpartner:innen in der Verwaltung groß. Distanz ist auch der Faktor, der am ehesten den Erfolg der Wählervereinigungen erklären kann. Nicht Wirtschaftskraft oder Abwanderung, sondern die infrastrukturelle Unterversorgung korreliert mit den Stimmanteilen bei Kommunalwahlen. Die diagnostizierte Entfremdung sowie die Distanz zu Repräsentant:innen des demokratischen Systems sind strukturell bedingt und prägen beständig die Erfahrungen der Menschen vor Ort. Auf beides lässt sich entsprechend nur strukturell und langfristig einwirken – durch die umfassende und nachhaltige Unterstützung demokratisch Engagierter in Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft sowie durch Strukturpolitik und die Einbindung lokalpolitischer (demokratischer) Interessen in Transformationsprozesse.

LITERATUR

- Alexe, Thilo (2023). Neue Partei will bei der Landtagswahl in Sachsen antreten. *Sächsische Zeitung*, 11.04.2023. URL: <https://www.saechsische.de/sachsen/politik-sachsen/neue-partei-will-bei-der-landtagswahl-in-sachsen-antreten-5844980-plus.html> (31.08.2023).
- Angenendt, Michael (2021a). *Politik abseits der Parteien. Wählergemeinschaften in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Angenendt, Michael (2021b). Rage against the party machine? Wählergemeinschaften als Alternative im kommunalpolitischen Wettbewerb. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31(4), 627–641.
- Ayyadi, Kira (2019). Die Strategie der NPD. Neonazis setzen auf Tarnlisten bei den Kommunalwahlen. *BelltowerNews*, 26.04.2019. URL: <https://www.belltower.news/die-strategie-der-npd-neonazis-setzen-auf-tarnlisten-bei-den-kommunalwahlen-84371/> (31.08.2023).
- Bartsch, Michael (2020). AfD gegen ostdeutsche Zivilgesellschaft: Start für die ‚Trockenlegung‘. *taz*, 08.05.2020. URL: <https://taz.de/AfD-gegen-ostdeutsche-Zivilgesellschaft/!5683529/> (31.8.2023).
- Bathge, Thomas et al. (2016). Zur anhaltenden Varianz kommunaler Entscheidungsstrukturen in Deutschland. In Jörg Bogumil/Lars Holtkamp (Hrsg.), *Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland* (S. 179–189). Wiesbaden: Springer VS.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2020). Kommunalwahl Endgültiges Ergebnis am 15.03.2020. Wahl der Stadträte und Kreistage (Endgültiges Ergebnis). URL: https://www.kommunalwahl2020.bayern.de/ergebnis_gremien_wahlvorschlag_aktuell_1_990.html (31.08.2023).
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (Hrsg.) (2016). *Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Brandau, Bastian (2020). Verhältnis von CDU und AfD in Sachsen. Umstrittene Annäherung in Bautzen. *Deutschlandfunk Kultur*, 28.02.2022. URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/verhaeltnis-von-cdu-und-afd-in-sachsen-umstrittene-100.html> (31.08.2023).
- Bürgerbündnis Bautzen e. V. (2023). URL: <https://bbzde.wordpress.com/> (31.08.2023).
- Casper, Jan Alexander (2023). Pirna in Sachsen: Tim Lochner – Wofür der AfD-Sieger der OB-Wahl steht. *Welt*, 22.12.2023. URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249119722/Pirna-in-Sachsen-Tim-Lochner-Wofuer-der-AfD-Sieger-der-OB-Wahl-steht.html> (23.12.2023).
- chronik.LE (2019). chronik.LE wirft mit neuer Publikation einen Blick auf die ‚Geithainer Zustände‘. *Engagierte Wissenschaft e.V.* URL: <https://chronikle.org/pressemitteilungen/pressemitteilung-24052019-chronikle-wirft-neuer-publikation-blick-geithainer-zustaende> (31.08.2023).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. *EFBI Policy Paper 2023-2*. URL: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf (31.08.2023).
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes (2021). Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf Gemeindeebene. *EFBI Policy Paper 2021-3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Decker, Oliver (2023). Der Sachsen-Monitor 2021/2022. Die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen und relevante Einflussgrößen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 21–40). Leipzig: edition überland.
- Dittmann, Fabian/Wilczek, Maren (2023). Neue Partei in Sachsen-Anhalt: „Bündnis Deutschland“ unter der Lupe. *MDR*, 29.05.2023. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/neue-partei-buendnis-deutschland-100.html> (09.03.2023).
- Domann, Valentin/Nuissl, Henning (2022). Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten. In Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hrsg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen* (S. 201–218). Bielefeld: transcript.
- Fiedler, Maria (2019). „Wolf-im-Schafspelz-Masche“. Rechtsextreme treten auf bürgerlichen Tarnlisten an. *Der Tagesspiegel*, 15.05.2019. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextreme-treten-auf-buergerlichen-tarnlisten-an-4642105.html> (31.08.2023).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2023). Bremen: Wählervereinigung Bürger in Wut wird zu Bündnis Deutschland. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.06.2023. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/buerger-in-wut-aus-bremen-wird-buendnis-deutschland-18952451.html> (31.08.2023).
- Freie Wähler Erzgebirge e. V. (2019). Ziele. URL: <https://www.fw-erz.de/1/ziele> (31.08.2023).
- Freie Wähler Wir für Pirna (2020). Unser offener Brief an die Aktion Zivilcourage, 26.04.2020. URL: <https://www.freiewaehler-pirna.de/news/unsere-offener-brief-an-die-aktion-zivilcourage/> (31.08.2023).
- Garten, Heike (2020). ‚Ich stehe für Sach-, nicht für Parteipolitik‘. *Sächsische Zeitung*, 07.08.2020. URL: <https://www.saechsische.de/plus/ich-stehe-fuer-sach-nicht-fuer-partecipolitik-5246128.html> (31.08.2023).
- Gerl, Katharina (2021). *Kleinparteien. In Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 431–438). Wiesbaden: Springer VS.

- Giesbers, Tilo/Taschke, Anika/Hauke, Cash/Piechura, Philipp/Seidel, Ingolf (2021). Rät*innen gegen Rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien. *Rosa Luxemburg Stiftung*. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/40148/raetinnen-gegen-rechts> (08.12.2023).
- Grunert, Johannes/Kiess, Johannes (2021). Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf. *EFBI Policy Paper 2021-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Hauke, J. Cash (2023). „Das Amt verschenkt“? Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie. *Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle* (11).
- Hebenstreit, Jörg/Niendorf, Tim (2022). Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/ Freie Wähler. *Bundeszentrale für politische Bildung*, 15.08.2022. URL: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/kleinparteien/326975/brandenburger-vereinigte-buergerbewegungen-freie-waehler/> (31.08.2023).
- Holtmann, Everhard (2013). Parteien auf der kommunalen Ebene. In Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung* (S. 791–815). Wiesbaden: Springer VS.
- Holtmann, Everhard (2017). *Kommunalpolitik. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hummel, Steven (2023). Wie hältst du's mit der AfD? Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen. In Oliver Decker/ Fiona Kalkstein/ Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 97–116). Leipzig: edition überland.
- Jankowski, Michael/ Juen, Christina-Marie/ Tepe, Markus (2022). The impact of anti-establishment parties on the electoral success of independent local lists: Evidence from Germany. *Party Politics* 28(1), 127–136.
- Kiess, Johannes/ Portos, Martín (2023). Eppur si Muove! Young People, Issue Salience and Volatility in Nine European Countries. *Government and Opposition*, 1–22.
- Knappe, Constanze (2019). Weißwasser setzt Zeichen für Demokratie. *Sächsische Zeitung*, 31.08.2019. URL: <https://www.saechsische.de/plus/weisswasser-setzt-zeichen-fuer-demokratie-5112152.html> (31.08.2023).
- Kuhn, Sebastian/ Vetter, Angelika (2013). Die Zukunft der nationalen Parteien vor Ort. In Oskar Niedermayer/ Benjamin Höhne/ Uwe Jun (Hrsg.), *Abkehr von den Parteien? Parteidemokratie und Bürgerprotest* (S. 93–124). Wiesbaden: Springer VS.
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2021). Gesamtergebnis der Kreiswahlen als PDF. URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/KW2021/> (31.08.2023).
- Landeswahlleiter Brandenburg (2019). Endgültiges Ergebnis – Landeswahlleiterbericht; 2., aktualisierte Ausgabe. URL: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/KO2019/downloads.html> (31.08.2023).
- Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen (2020). Kommunalwahlen 2020. Das Ministerium des Innern informiert Endgültiges Ergebnis für: Nordrhein-Westfalen. URL: <https://www.wahlergebnisse.nrw/kommunalwahlen/2020/aktuell/a000000kw2000.shtml> (31.08.2023).
- Landeswahlleiter für Berlin (2023). Bericht des Landeswahlleiters für die Berliner Wiederholungswahlen 2023. URL: <https://www.berlin.de/wahlen/wahlen/wahlen-2023/ergebnisse/artikel/1293464.php#lwlber> (31.08.2023).
- Landeswahlleiter im Freistaat Thüringen (2019). Kreistagswahlen und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 2019 in Thüringen – Endgültiges Ergebnis. URL: https://wahlen.thueringen.de/kommunalwahlen/kw_veroeffent.asp (31.08.2023).
- Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern (2019). Wahl der Kreistage der Landkreise sowie der Stadtvertretung Schwerin und der Bürgerschaft Rostock in Mecklenburg-Vorpommern am 26. Mai 2019. Available online at https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse_2019/kreistagswahl/html/k_09.html (31.08.2023).
- Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (2019). Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 in Rheinland-Pfalz. Endgültige Ergebnisse (Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen). URL: https://www.wahlen.rlp.de/fileadmin/wahlen.rlp.de/KW/Wahlband_Kommunalwahlen_2019_Kreisse_Bezirkstag.pdf (31.08.2023).
- Landeswahlleiter Sachsen (2019a). Gemeinderatswahlen 2019 – Endgültige statistische Ergebnisse für den Freistaat Sachsen (SN), die Landkreise (LK, für die Kreisfreien Städten (KS) sowie für die Gemeinden (GE). *Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen*. URL: <https://www.wahlen.sachsen.de/gemeinderatswahlen-2019-informationen-und-downloads.html> (31.08.2023).
- Landeswahlleiter (2019b). Landtagswahl 2019 – endgültiges amtliches Ergebnis nach Wahlbezirken. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. URL: https://www.wahlen.sachsen.de/download/Landtag/LW19_endgErgebnisse_WBZ.xlsx (16.08.2023).
- Landeswahlleiter Sachsen (2019c). Kreistagswahlen 2019 – Endgültige Ergebnisse. *Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen*. URL: <https://www.wahlen.sachsen.de/kreistagswahlen-2019-informationen-und-downloads.html> (31.08.2023).
- Landeswahlleiterin, Statistisches Amt Saarland (2019). *Kreistagswahlen 2019*. URL: <https://wahlergebnis.saarland.de/KTW/> (31.08.2023).
- Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt (2019). Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 26. Mai 2019 Stadtratswahlen in den kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt*. URL: <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw19/index.html> (31.08.2023).
- Lasch, Hendrik (2019). Die Basis bastelt an Schwarz-Blau. *nd – Journalismus von links*, 10.09.

2019. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1125583.sachsen-die-basis-bastelt-an-schwarz-blau.html> (31.08.2023).
- Lauer, Stefan (2019). Wie deutsche Rechtsradikale in einem russischen Netzwerk gegen Kinder hetzen. *BelltowerNews*, 25.09.2019. URL: <https://www.belltower.news/fridays-for-future-wie-deutsche-rechtsradikale-in-einem-russischen-netzwerk-gegen-kinder-hetzen-91523/> (31.08.2023).
- Lütjen, Torben (2012). Jenseits des Parteilichkeit? Zum Anspruch der Freien Wähler auf Ideologiefreiheit. In Martin Morlok/ Thomas Pogutke/ Jens Walther (Hrsg.), *Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative* (S. 157–172). Baden-Baden: Nomos.
- Mudde, Cas/ Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2018). Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda. *Comparative Political Studies* 51 (13), 1667–1693.
- Peters, Dominik/ Sydow, Christoph (2018). Krawalle in Sachsen: Wer steckt hinter „Pro Chemnitz“? *Der Spiegel*, 29.08.2018. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-pro-chemnitz-wer-steckt-dahinter-a-1225532.html> (31.08.2023).
- Reiser, Marion/ Rademacher, Christian/ Jaeck, Tobias (2008). Präsenz und Erfolg Kommunaler Wählergemeinschaften im Bundesländervergleich. In Angelika Vetter (Hrsg.), *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung* (S. 123–147). Wiesbaden: Springer VS.
- Schulze, Dirk (2019). Blaues Auge für die CDU. *Sächsische Zeitung*, 27.05.2019. URL: <https://www.saechsische.de/plus/blauges-auge-fuer-die-cdu-5076315.html> (31.08.2023).
- Seuberlich, Marc (2016). Kommunale Entscheidungsstrukturen in Sachsen. In Jörg Bogumil/ Lars Holtkamp (Hrsg.), *Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland* (S. 91–116). Wiesbaden: Springer VS.
- Siegel, Fabian (2023). Freie Wähler in Baden-Württemberg fürchten Imageschaden durch Aiwanger. *tagesschau.de*, 07.09.2023. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/freie-waehler-baden-wuerttemberg-100.html> (31.08.2023).
- Sodan, Susanne (2023). Görlitzer Impfarzt kämpft für Hebammen-Ausbildung in Görlitz. *Sächsische Zeitung*, 12.07.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/goerlitzer-impfarzt-fordert-hebammen-ausbildung-in-goerlitz-5882617-plus.html> (31.08.2023).
- Schroeder, Wolfgang et al. (2020). Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. *Otto-Brenner-Stiftung*. URL: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationseiten-zu-studien-studien-2020/bedraengte-zivilgesellschaft-von-rechts/> (31.08.2023).
- Statistik.Hessen (2021). Endgültiges Ergebnis Land Hessen. URL: https://kommunalwahl.statistik.hessen.de/k_2021/html/Landesergebnis (31.08.2023).
- Statistikamt Nord (2023). Informationen zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 14. Mai 2023. Tabelle: Kumuliertes Ergebnis der Kommunalwahlen 2023 in Schleswig-Holstein – Endgültiges Ergebnis. URL: <https://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-schleswig-holstein/kommunalwahlen/informationen-zu-den-kommunalwahlen-in-schleswig-holstein-am-14-mai-2023#c9972> (31.08.2023).
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2019). Kreistagswahlen 2019. Ergebnis der Kreistagswahlen 2019 mit Vergleichsangaben von 2014. URL: <https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Kommunal/02043000.tab?R=LA> (31.08.2023).
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2020). 12. März 2020 Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Endgültige Ergebnisse (Korrektur). URL: <https://www.hamburg.de/buergerschaftswahl/13704128/landeswahlausschuss-ergebnisfeststellung-2020/> (31.08.2023).
- Statistisches Landesamt Bremen (2023). Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 14. Mai 2023, Freie Hansestadt Bremen Endergebnis. URL: https://www.wahlen-bremen.de/Wahlen/2023_05_14/#id_id_5d29c32c_6c49_4452_b1e2_ado9a7ea81_53_14121 (31.08.2023).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2020). Statistischer Bericht. Sächsische Gemeindestatistik. Z II 1–j/20. Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2021). Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 31. Dezember 2017 bis 2019 nach Gemeinden und Staatsangehörigkeit. Kamenz.
- Tagesschau (2022). Neue konservative Partei „Bündnis Deutschland“ gegründet. *tagesschau.de*, 22.11.2022. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/partei gruendung-buendnis-deutschland-parteien-101.html> (31.08.2023).
- Träger, Hendrik/ Pollex, Jan (2022). Strukturschwäche und Personalprobleme an der „Wiege der Demokratie“. Aktuelle Herausforderungen für die Parteien auf der kommunalen Ebene. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften* (1), 52–62.



STATISTIK

MENSCHENFEINDLICHE GEWALTTATEN IN SACHSEN 2023

Fallzahlen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt für das Jahr 2023 nach Region. Die Opferberatung Support des RAA Sachsen e.V. erhebt jährlich rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen. 248 Angriffe wurden im Jahr 2023 verübt, von denen mindestens 380 Menschen direkt betroffen waren. Die Schwerpunkte liegen in den Großstädten Leipzig und Dresden sowie in Chemnitz und den Landkreisen Zwickau, Leipzig, Bautzen und Görlitz.



Subjektives Handeln und institutionelle Praxen

Einblick in das Forschungsprojekt „Soziale Dynamiken und Konflikte in der Justiz“

Auch wenn der Justizvollzug als räumlich abgeschlossene Sphäre gilt, ist er nicht losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen. Dies betrifft sowohl die Funktion der Institution innerhalb der Gesellschaft als auch die subjektiven Erfahrungen und Einstellungen der Beschäftigten. Mit Letzteren sowie deren wechselseitiger Beziehung zur Institution beschäftigt sich das Forschungsprojekt „Soziale Dynamiken und Konflikte in der Justiz“ am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.¹ Welchen Einfluss haben die subjektiven Erfahrungen und Einstellungen der Beschäftigten in den Institutionen der Justiz²? Und umgekehrt: Wie wirkt sich die Arbeit auf die Einstellungen und das Verhalten der Beschäftigten aus?

Im Folgenden nähern wir uns zunächst der Justiz als Gegenstand von Demokratieforschung an und ordnen ein, warum es relevant ist, die Subjektivität³ von Beschäftigten in der Justiz sozialpsychologisch zu untersuchen. Anschließend charakterisieren wir die Kontextbedingungen des Mikrokosmos Justizvollzug, um darauf aufbauend erste deskriptive Befunde zu den Perspektiven der angestellten Beschäftigten in sächsischen Justizvollzugsanstalten auf ihre Arbeit zu skizzieren, die wir im Rahmen von Gruppendiskussionen erhoben haben. Mit Blick auf antidemokratische Tendenzen in der Gesellschaft und auch in Institu-

- 1) Das Forschungsprojekt ist Teil der bundesweiten Studie „Institutionen & Rassismus“, welche vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert wird.
- 2) Der Begriff Justiz umfasst zum einen die Rechtsprechung selbst sowie zum anderen auch jene staatlichen Institutionen („Justizbehörden“), die mit der Umsetzung des Rechts befasst sind, also sowohl Gerichte als auch Staatsanwaltschaften und Justizvollzug.
- 3) Unter Subjektivität fassen wir in erster Linie Wahrnehmungen, Wertungen, (berufs-)biografische Erfahrungen oder (politische) Einstellungen.

tionen gilt es, subjektives Handeln und institutionelle Praxen zu reflektieren. Damit verweisen die Darstellungen auf die gesellschaftspolitische Bedeutung demokratischer Orientierungen in der Justiz.

JUSTIZ ALS GEGENSTAND DER DEMOKRATIEFORSCHUNG

Gegenwärtig gibt es eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit in Hinblick auf staatliche Behörden und ihren Umgang mit internen antidemokratischen Vorfällen, beispielsweise durch die Enthüllungen von Gruppenchats von Justizvollzugsbeamten (Stukenberg, 2022) oder dem Einfluss von AfD-nahen Richtern in der Justiz (Wagner, 2023). Die Analyse dieses Themen- und Fragenkomplexes kann auf mehreren Ebenen erfolgen: etwa rechtsphilosophisch oder verfassungsrechtlich, also beispielsweise hinsichtlich der Fragen, welche Instrumente das Recht zur Stärkung der Demokratie bereithält und inwieweit es Schwachstellen aufweist. Die hier verfolgte Sichtweise stellt die sozialpsychologische Betrachtung des Phänomens ins Zentrum und fokussiert die Bedeutung von Subjektivität der Beschäftigten im Zusammenhang mit strukturellen Eigenheiten der Institution.

Im Rahmen des aktuellen Forschungsprojektes wird das Wechselverhältnis von institutionellen Handlungspraxen und (anti-)demokratischen Dynamiken und damit „das Verständnis individueller Struktur in ihrem sozialen Bezug“ (Claussen, 2001, 9) in den Blick genommen. Im Forschungsvorgehen werden soziale Konflikte explorativ erkundet, dazu gehört, dass zunächst bestimmt wird, was die Beschäftigten als Konflikte wahrnehmen und welche Bedeutung ihnen zukommt. Ein gesonderter Forschungsfokus liegt auf der Wahrnehmung von und dem Umgang mit Konflikten in Bezug auf migrationspolitische Themen, rassistisch motivierte oder extrem rechte Gewalt und weitere Formen ressentimentgeladener Abwertungen. Da es sich um ein laufendes Forschungsprojekt handelt und sich das empirische Material in der Auswertung befindet, ist dieser Teil der Fragestellung nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrages. Die hier dargestellten Befunde fokussieren auf das Spannungsverhältnis von erlebter Handlungsfähigkeit und institutionellen Logiken im Justizvollzug.

Die gesellschaftlich abgetrennte Position der Justizinstitution stellt die externe Forschung über den Justizvollzug vor Herausforderungen. Die Forschung in staatlichen Institutionen ist mit erheblichen Zugangs-

schwierigkeiten verbunden (Praunsmändel et al., 2022) und als „nicht-öffentlich zugängliches und sensibles Feld“ (Marti/Hostettler, 2016, 137) sind Justizvollzugseinrichtungen in der Regel nicht auf Forschung von ‚außen‘ eingestellt. Vor diesem Hintergrund wurden in einem ersten Forschungsschritt Interviews mit Engagierten aus der Betroffenenberatung, Anwaltschaft, Gerichtsprozessbegleitung, Gefangenenunterstützung und gewerkschaftlicher Arbeit in Sachsen geführt, um den Zugang zum Forschungsfeld zu bereiten, erste Logiken des Feldes zu erschließen und zentrale Handlungsfelder zu identifizieren. Daran anschließend wurden insgesamt drei Gruppendiskussionen mit Beschäftigten aus dem sächsischen Justizvollzugsdienst durchgeführt.⁴ Im Zentrum stehen die Perspektiven der Beschäftigten auf die eigene Arbeit, positive Aspekte und Erfolge, aber auch Schwierigkeiten und Herausforderungen. Bislang gibt es wenig systematische Forschung zum Erleben und Handeln von Beschäftigten innerhalb der Justiz. Obwohl es immer wieder Forderungen nach Einsicht in institutionelle Praxen gibt und das Gefängnis eine lange Tradition als sozialwissenschaftlicher Analysegegenstand aufweist, ist die Forschung dazu lückenhaft.

OBJEKTIVER ANSPRUCH UND SUBJEKTIVE REALITÄTEN

Institutionen der Justiz verlangen von ihren Beschäftigten ein hohes Maß an Loyalität und Anpassung, sie sind in der Regel hierarchisch organisiert und mit Macht ausgestattet. Diese Macht wirkt nicht nur strukturell durch die jeweilige Institution, sondern knüpft sich in unterschiedlichem Maße auch an konkrete Personen, die Gesetze und Aufgaben bearbeiten und umsetzen: Staatsanwältinnen und Staatsanwälte entscheiden über Anklage und Verlauf von Ermittlungsverfahren, Richterinnen und Richter urteilen über den Ausgang von Verfahren und legen das Strafmaß fest und Justizbeamtinnen und -beamte in Justizvollzugsanstalten sind mit der Vollstreckung von Strafurteilen befasst. Damit werden permanent asymmetrische Beziehungen bzw. Oppositionen konstituiert, beispielsweise zwischen Staatsanwältinnen bzw. Staatsanwälten und Angeklagten oder zwischen Justizvollzugsbeamtinnen bzw. -beamten und Inhaftierten.

4) Im weiteren Forschungsprozess wurden Interviews und Gruppendiskussionen mit Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie Richterinnen und Richtern aus Sachsen durchgeführt.

Systematische soziodemografische Analysen zur sozialen oder „ethnischen Herkunft“ unter den Beschäftigten an deutschen Gerichten oder in der Staatsanwaltschaft fehlen bislang (Grünberger et al., 2021, 32f.). Justizinstitutionen gelten insgesamt als wenig diversifiziert und sind durch Zugangshindernisse und Exklusionsmechanismen wie beispielsweise das Fehlen kulturellen und ökonomischen Kapitals gekennzeichnet (ebd., 30f.). Dies trägt zu einer geringeren Repräsentativität von migrantischen Personen, People of Colour oder „Arbeiterkindern“ in Institutionen der Justiz bei (ebd., 30f.). Etwaige Auswirkungen wurden in einem Experteninterview von einer Person angesprochen, die im Bereich der psychosozialen Prozessbegleitung tätig ist: „Bei den Staatsanwälten, Richtern und Juristen ist es schon so, dass es so elitär wirkt und man oft das Gefühl hat, dass die mit der Lebenswelt, mit den Leuten, die vor ihnen sitzen, eigentlich keine Berührungspunkte haben und darüber aber ja irgendwie entscheiden“. Dabei geht es unmittelbar um Formen der Kommunikation, Verständigung und Anerkennung. Gleichzeitig berührt diese Beobachtung weiterreichende Fragen von Repräsentation, der Bedeutung von verschiedenen Erfahrungshintergründen, aber auch grundsätzlich die Vorstellungen über Ursachen oder Mechanismen gesellschaftlicher Ungleichheit, Wahrnehmungen von Kriminalität sowie ihre Intersektion mit der Klassenlage. Das Verhältnis von Staatsnähe und Demokratie wurde in einem anderen Experteninterview (Anwaltschaft) in Bezug auf die Richterschaft oder Staatsanwaltschaften besprochen: „Ein Großteil der Menschen sind staatsneutral oder sehr, sehr staatsnah, aber [...] haben kein tiefgreifendes Demokratieverständnis, das ist eine völlige Entpolitisierung von Beamten, von staatlicher Juristerei, ohne sozusagen noch irgendeine demokratiethoretische Verankerung dahinter zu haben.“ Hierbei wird eine hohe Identifikation mit dem Staat bei gleichzeitig geringfügig ausgeprägtem demokratischem Bewusstsein von der interviewten Person problematisiert.

Wie in anderen Bereichen begründen auch in der nach Objektivität strebenden Justiz subjektive Elemente das Handeln der Einzelnen (mit). Sozialpsychologisch relevant ist, wie die Beschäftigten die eigene Machtposition verarbeiten und welche affektiven Angebote institutionelle Strukturen machen. Dies betrifft enger gefasst die Möglichkeit von Reflexivität, Selbstkritik sowie Kritik gegenüber der Institution und nicht zuletzt von individuellem Handlungsspielraum der Beschäftigten. Justizinstitutionen stellen ein rigides System an Regeln, Normen und

Strukturen bereit. Außerdem werden Themen behandelt, die nicht ohne Wirkung auf die Subjekte bleiben (Brückner, 1982), denn Logiken der Strafe, Repression oder auch die zwangsläufige Anwendung von Gewalt sind eng mit der Funktionalität der Institution verbunden. Gleichzeitig produziert die Subjektivität der Beschäftigten die Realität der Institution, respektive ihr Eigenleben mit. Somit gibt es zwar institutionelle Regeln und normgebende Strukturen, doch diese sind mit politischen und sozialen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen verknüpft.

MIKROKOSMOS JUSTIZVOLLZUG

Die Bedeutung von institutionellem Eigenleben spiegelt sich im Begriff der „totalen Institutionen“ (Goffman, 1973) wider. Damit wurden soziologisch jene Institutionen benannt, die von der Gesellschaft räumlich ‚getrennt‘ sind und Individuen für eine gewisse Zeit ‚einschließen‘, wie es beispielsweise für Psychiatrien oder Gefängnisse gilt. Mit dem Begriff wird einerseits eine bestimmte verräumlichte Praxis des Ein- und Ausschlusses beschrieben, die sich mitunter architektonisch eindrucksvoll darstellt (Foucault, 1995). Andererseits werden bestimmte institutionelle Strukturen der Normierung, Definition von Abweichung, Praxen von Kontrolle oder Regulierung von Autonomie gefasst. Die Beschäftigten und ‚Verwahrten‘ stehen in einem spezifischen Verhältnis von Kontrolle und Macht.⁵

Neben dieser bedeutsamen Trennung von ‚innen‘ und ‚außen‘ zeichnet sich die Organisation im Justizvollzug durch starke Hierarchien und Unterordnung aus, wie es beispielsweise anhand der hierarchischen Verhältnisse der verschiedenen Berufsgruppen⁶ und ihrer jeweiligen Arbeitsfelder deutlich wird. Aber auch die Tätigkeit selbst ist für die Beschäftigten herausfordernd. Die Psychologin Heidi Möller analysierte die berufliche Sozialisation im Justizvollzug und insbesondere die psychosozialen Funktionen dieser institutionellen Strukturen und stellte die Bedeutung von formaler Orientierung, Halt und Ich-Stützung für die dort Beschäftigten heraus (Möller, 1997, 31). Bedienstete würden oft ein

5) Die Justizvollzugsanstalten sind die Ausführungsorgane bei der Vollstreckung von Freiheitsstrafen. Die Justizvollzugsangestellten sind zum einen in der Verantwortung, diesen Grundrechtseingriff durchzuführen, zum anderen dafür verantwortlich, dass in die Grundrechte nicht mehr als verurteilt eingegriffen wird.

6) Dazu zählen unter anderem die Justizvollzugsbeamtinnen und -beamte (Allgemeiner Vollzugsdienst), die Fachdienste, wie die sozialen oder psychologischen Dienste, Juristinnen und Juristen und Verwaltungsangestellte.

„reaktives Handlungsmuster“ aufweisen, das auf die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Funktionalität der Institution ausgerichtet ist (ebd., 33). Das heißt, sie können weniger gestalterisch tätig werden und müssen sich vermehrt mit der Bewältigung von Krisensituationen auseinandersetzen.

Die in eine Institution eingeschriebenen ‚Bewegungsgesetze‘ offenbaren ihre eigenen Ambivalenzen und Widersprüche, „zwischen dem, was die Institution tut, nämlich die Inhaftierten zu verwahren, und dem, was sie offiziell als ihre Tätigkeit ausgeben müssen, das heißt, die Häftlinge zu resozialisieren“ (ebd., 36). Diese sind zwangsläufig auch durch die Beschäftigten erfahrbar, wie eine Interviewte (psychologischer Dienst JVA) beschreibt: „Was ich eben erlebe, ist, dass, glaube ich, dieses grundsätzliche Infragestellen, was bringt überhaupt Gefängnisstrafe und was bringt Strafe allgemein, dass das wie so nicht zugelassen wird innerhalb des Systems, obwohl ja ganz viele ganz offensichtlich erleben, dass es vielen nichts bringt, weil sie nämlich zum Beispiel wiederkommen, das ist ja eigentlich der Beleg dafür.“ Das Ziel der Resozialisierung hatte sich in der Bundesrepublik Mitte der 1960er als Leitbild des Justizvollzugs etabliert. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Sicherheitsdiskurses in den 1990er Jahren wird ab diesem Zeitpunkt eine Verschiebung der Funktion der Haft auf Vergeltung (Ramsbrock, 2020) und die „Leitidee von Sicherheit und Ordnung“ (Möller, 1997, 32; Stomps et al., 1996) deutlich. Historisch-politische Entwicklungen sind eng mit der Realität von Institutionen verbunden, entsprechend kann diese auch Auskunft über den Zustand sowie die Werte und Normen einer Gesellschaft geben: Es besteht zwar ein institutionelles Eigenleben, gleichwohl „spiegelt sich immer auch das gesellschaftlich Selbstverständliche, das zu einer bestimmten Zeit in einer bestimmten Kultur vorherrschende Menschenbild“ (Ramsbrock, 2017). So bleibt die Institution ein Mikrokosmos mit Eigenlogiken und ein Spiegelbild der Gesellschaft zugleich.

Um zu untersuchen, welche konflikthaftern Dynamiken mit diesem Spannungsverhältnis verbunden sind und wie diese erfahrbar werden, ist es relevant zu verstehen, in welchem beruflichen Alltag diese Dynamiken eingebettet sind. Vor dem Hintergrund dieser Überlegung werden im Folgenden erste empirische Befunde aus dem Forschungsprojekt dargestellt, um die Perspektiven der Beschäftigten aus dem Justizvollzug eingehender zu betrachten. Dabei geht es um eine erste Annäherung an Wahrnehmungen und Ambivalenzen der Arbeit in einer „totalen Institution“.

DESKRIPTIVE BEFUNDE: HANDLUNGSSPIELRÄUME UND INSTITUTIONELLE LOGIKEN

Das Projektteam führte im Sommer 2023 drei Gruppendiskussionen (zur Methode vgl. z.B. Pzyborski et al., 2018) mit Beschäftigten aus verschiedenen sächsischen Justizvollzugseinrichtungen durch, die sowohl auf dem Gelände der Einrichtung als auch außerhalb stattfanden. Die Teilnehmenden arbeiten in unterschiedlichen Positionen überwiegend im Allgemeinen Vollzugsdienst oder den sozialen Diensten und sind zwischen Anfang 20 und Ende 50. Zur Eröffnung der Gruppendiskussion wurden die Teilnehmenden nach ihrem Berufsalltag, aktuellen Herausforderungen und Schwierigkeiten sowie allgemeinen Themen gefragt, die sie mit Blick auf ihre Arbeit beschäftigen. Entlang der Motive *Gewaltverzicht und Disziplinierung* sowie *Identifikation und Ohnmachtserfahrungen* nähern wir uns deskriptiv an Widersprüche und Affektlagen in den Erfahrungen der Beschäftigten an. Anhand der beiden Motive werden exemplarisch Fragen nach Handlungsspielräumen und institutionellen Zwängen beschrieben.

GEWALTVERZICHT UND DISZIPLINIERUNG

In den Gruppendiskussionen wurden die eigene Berufsrolle, das Arbeits- und Aufgabenfeld, berufliche Befugnisse und Grenzen reflektiert. Die Teilnehmenden diskutierten institutionelle Ziele und Werte sowie auch eigene Perspektiven auf den Umgang mit Inhaftierten und ihr Verständnis von Erwartungen und Anforderungen seitens der Institution. Präsent waren in diesem Zusammenhang die Themen Disziplinierung, die Anwendung von bestimmten Maßnahmen oder die Wahrnehmung von Gefahrensituationen, die den Aussagen zufolge für den Arbeitsalltag prägend sind. Weiterhin wurde besprochen, inwieweit eine unterstützende Beziehung zu den Inhaftierten und ihren Anliegen gestaltet werden kann und auf welchen Ebenen persönliche Grenzziehungen in Nähe und Kontakt notwendig werden.

Die Teilnehmenden verweisen mit Blick auf den Zweck ihrer Tätigkeit auf den „gesetzlichen Auftrag“ (GD1, Aw, 959) und das „Ziel von Vollzug, was an erster Stelle steht, Resozialisierung“ (GD1, Cw, 1027 f.). Gleichzeitig betonen sie, dass der Eigenschutz elementar sei: „Man hat diesen gesetzlichen Auftrag, aber es guckt ja erstmal jeder auf sich und

sagt, ich habe zwar meinen Job hier, ich weiß, es ist gefährlich, aber ich möchte trotzdem gesund nach Hause gehen jeden Tag“ (GD1, Aw, 959ff.). Deutlich wird, dass der eigene Arbeitsplatz mit Belastungen, wie einem erhöhten Gefährdungspotenzial, verbunden wird. Die eigene Fürsorge und Selbstsicherung sowie „das Achten auf seine eigene Gesundheit“ (GD2, Cm, 967) sind geteilte Interessen der Teilnehmenden.

Allgemein sei der Alltag mit den Inhaftierten im Justizvollzug häufig konfliktbeladen, was anhand verschiedener Ursachen erklärt wird: Drogenkonsum, Anforderungen und Schwierigkeiten mit psychisch auffälligen Inhaftierten oder Sprachbarrieren. Neben diesen Herausforderungen berichten die Teilnehmenden auch von strukturellen Problemen, wie Personalmangel, erhöhtem Arbeitsdruck und dadurch bedingten Überforderungen und Stress, die Konflikten Vorschub leisten können. Ein grundsätzliches Konfliktpotenzial ergebe sich jedoch durch den Vollzug selbst, wie ein Teilnehmer zusammenfasst: „Der Mensch hat den Drang nach Freiheit, ne, und wir sind quasi dazu da, die ein Stück weit zu beschneiden“ (GD2, Bm, 555ff.). Den Teilnehmenden ist es wichtig zu vermitteln, dass ihre Tätigkeit auf eine angemessene Haftbegleitung zielt, das heißt, die Inhaftierten während ihrer Haftzeit „gut durchzubringen“ (GD1, Dw, 922). Die sensible und verantwortungsvolle Position der Beschäftigten reflektiert eine Teilnehmende folgendermaßen: Die Inhaftierten würden „in einem Abhängigkeitsverhältnis [...] stehen, also die ähm drauf angewiesen sind ein Stück weit, ne, dass die Vorgänge hier gut laufen und beziehungsweise auch, dass sie nicht angerührt werden“ (GD1, Ew, 314ff.). Die weitgehende Vermeidung von körperlicher Konfrontation sei wichtig und es besteht ein Konsens zwischen den Teilnehmenden, dass man das eigene Verhalten regelmäßig reflektieren müsse. In den Gruppendiskussionen wird darüber verhandelt, wann und in welchem Ausmaß die Anwendung von „körperlichem Zwang“ (GD1, Aw, 992) angemessen sei. Im Haftalltag gäbe es wiederholt Anlässe, rasch zu reagieren, wie beispielsweise unkooperatives Verhalten von Inhaftierten, spontane Eskalationen während Haftraumverlegungen oder Gewalt gegen Personen. Dabei berichten die Teilnehmenden über Bedienstete, die sich teils rücksichtslos verhalten und ihre Befugnisse ausnutzen würden, wie im Folgenden beschrieben wird: „Ich kann das jetzt, ich bin dazu ermächtigt Gesetzes wegen körperlichen Zwanges anzuwenden, dann mach ich das jetzt“ (GD1, Aw, 991ff.). Schmerzhaft Maßnahmen durch die eigene Überlegenheit

auszudehnen, wird unter den Teilnehmenden überwiegend abgelehnt und kritisch beurteilt:

Man kann ja die körperlichen Zugriffe machen, aber dann eben auch irgendwann aufhören oder nicht sagen, ich drück jetzt meinen Ellenbogen hier mal noch ein Stück weiter rein [...], weilich's kann. [...] Genau das ist eher das, ne, was man eigentlich vermeiden will, wenn so ein Zugriff schon ist, dass das eigentlich 'ne Ausnahmesituation ist und man muss es ja nicht drauf anlegen, dass das noch schlimmer wird, also das macht man nicht

GD1, Aw, 1002ff.

Deutlich wird, dass die Teilnehmende zwar die Anwendung der Maßnahme einräumt, jedoch auf die Bedeutung von Selbstkontrolle und Problembewusstsein der Bediensteten verweist. Demnach liegt es in der Verantwortung des Bediensteten, die Situation angemessen und deeskalierend zu lösen und die eigenen Befugnisse nicht willkürlich auszureizen.

Eine andere Teilnehmerin erlebt einen „Erklärungsnotstand“ (GD3, Cw, 731), dem die Beschäftigten in ihrer Arbeitspraxis ausgesetzt seien, da es mitunter vorkomme, dass Inhaftierte manipulativ agieren oder falsche Behauptungen aufstellen würden. Sie schildert eine eskalative Situation aus ihrem Berufsalltag, die ein Handeln der Beschäftigten erforderte, welches sie allerdings nachträglich unter Rechtfertigungsdruck bringt:

[...] dann verbarrikadiert der sich im Toilettenbereich, dann müssen die die Tür eintreten, also Gewalt anwenden und so weiter, den dort rauszerren, weil der nicht will, dann hört man nur noch ‚Auauau‘, natürlich tut dem das weh so ne und dann kommt manchmal Behauptungen ‚Ja, der hat mich gestoßen‘ und dann kommt man plötzlich in so einen Erklärungsnotstand, wo man sagt: ‚Das habe ich nicht getan‘.

GD3, Cw, 725ff.

Im Widerspruch zur konkreten Schilderung der Zwangsanwendung und ihrer Folgen bleiben in diesem Beispiel die subjektiven Spielräume und Handlungspraxen zur Prävention schmerzhafter bzw. eskalierender

Zugriffe abstrakt und unbestimmt. Der Umgang würde darin bestehen, dass die Bediensteten „alle gut aufpassen“ (GD3, Cw, 761) und die Maßnahmen gesetzeskonform umsetzen.

Konfliktbeladene Konfrontation im Umgang mit Inhaftierten schaffen Situationen, die für die Bediensteten stark beanspruchend seien. In allen Gruppendiskussionen werden Alltagsmomente beschrieben, die den Beschäftigten viel Geduld abverlangen, sie „genervt“ (GD1, Cw, 1376) seien, oder Inhaftierte „einen bis auf's Blut [reizen]“ (GD3, Cw, 1332f.). In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen der professionellen Berufsrolle und der Privatperson herausgestellt: „Ich bin's dann in den meisten Fällen auch gar nicht, sondern die Justiz, also diese Allgemeinheit, das ist nicht die Person Ich, weil ich hab den nicht hinter Gittern gebracht, ich Sorge nur dafür, dass der hier bleibt.“ (GD3, Cw, 792ff.) Emotionale Betroffenheit durch den Kontakt mit Inhaftierten wird mit früheren berufsbiografischen Erfahrungen assoziiert und hätte gegenwärtig keine Bedeutung mehr: „Also die Zeiten sind lange vorbei, dass ich das persönlich nehme“ (GD3, Cw, 789ff.). Die bildhaften Schilderungen verdeutlichen die affektive Involviertheit der Bediensteten in Beziehung zu den Inhaftierten und gleichzeitig einen Modus, persönliche Grenzsetzungen und einen sozialen Abstand in diesem Verhältnis zu realisieren.

Trotz der Konfliktlagen und der institutionellen Trennung zwischen Inhaftierten und Beschäftigten bleiben die Teilnehmenden um einen Zugang zu den Inhaftierten bemüht: „[...] obwohl man natürlich den Schlüssel hat am Gürtel, den [Inhaftierten] auf Augenhöhe zu begegnen“ (GD1, Fw, 1481 ff.). Andere Teilnehmende berichten, dass zur Konfliktvermeidung und Stärkung der eigenen Autorität bereits die Dienstkleidung beitrage: Diese sei „hilfreich [...], wenn man jetzt auch im Umgang mit ausländischen Gefangenen guckt, also die haben mit Autoritäten äh gehen die anders um [...], da hat man schon Respekt auch vor Uniformierten und das hilft ein Stück weit, ein ganzes Stück weit auch Konflikte zu vermeiden“ (GD2, Am, 856ff.). Als deeskalierende Strategie setzen die Bediensteten vor allem auf gute Kommunikation, wichtig sei es, „den Gefangenen auch als Menschen wahr[zunehmen]“ (GD2, Am, 938).

Die „gute“ Arbeit im Justizvollzug erfordert ein Maß an (Selbst-) Kontrolle, Sensibilität und Verantwortung. Instrumente der Disziplinierung sind Bestandteil der allgemeinen Befugnisse, allerdings zeigte sich

hier auch ein Handlungsspielraum. Die Schilderungen der Teilnehmenden legen zudem ein Dilemma frei: Der Gewaltverzicht wird als ideales Ziel kommuniziert, dennoch sind gewaltvolle Konflikte in den Erzählungen immer wieder präsent und scheinen in die Strukturen des Vollzugs und die Wahrnehmung des Berufsalltags eingeschrieben. Das formulierte Ideal einer Kommunikation mit den Inhaftierten „auf Augenhöhe“ (GD3, Cw, 460) steht in einem Spannungsverhältnis zu den rigiden Hierarchieunterschieden innerhalb der Institution.

IDENTIFIKATION UND OHNMACHTSERFAHRUNGEN

In den Gruppendiskussionen wurden unterschiedliche Erfahrungen sichtbar – die Teilnehmenden unterscheiden sich beispielsweise nach Alter, den Berufsjahren oder beruflichen Positionen. So stehen einige erst am Anfang ihrer Karriere, andere arbeiten bereits seit Jahrzehnten in ihrem Beruf oder waren im Laufe der Jahre in unterschiedlichen Positionen tätig. Der Blick auf die eigene Arbeit ist mit ambivalenten Affekten verbunden: Berichten die Teilnehmenden überwiegend von Zufriedenheit, gibt es auch Momente von Resignation und Frust.

Auffällig ist, dass in allen Gruppendiskussionen das angenehme Arbeitsumfeld sowie die kollegialen Beziehungen unter den Mitarbeitenden positiv hervorgehoben wurden. Der Zusammenhalt unter den Bediensteten und das Gefühl, sich aufeinander verlassen zu können, scheinen eng mit der persönlichen Motivation und einem individuellen Sicherheitsgefühl verbunden. Die Teilnehmenden schildern zudem, dass das offene Gespräch innerhalb der Kollegschaft über Probleme mit Inhaftierten hilfreich sei, um ein „Ausspielen“ untereinander zu verhindern: „Es ist auch wichtig, dass der Austausch untereinander eben stattfindet, ne, ich glaub gerade viele Gefangene, die wollen ja hintenrum so ein bisschen ausspielen, und da ist es, glaube ich, wichtig, dass alle ein bisschen zusammenhalten“ (GD1, Aw, 729ff.). Mit Blick auf die eigene körperliche Unversehrtheit sei es wichtig, sich im Notfall auf das Eingreifen der Kolleginnen und Kollegen verlassen zu können. Der Zusammenhalt unter den Mitarbeitenden wird durch das Entgegenbringen gegenseitiger Wertschätzung und Fürsorge in der täglichen Arbeitspraxis bestärkt.

Mit sozialen und kreativen Bildungs- und Gesprächsangeboten engagieren sich einige der Teilnehmenden über ihr Aufgabenprofil

hinaus im Aufbau unterstützender und entwicklungsfördernder Beziehungen zu den Inhaftierten. Darüber ließen sich „ganz viele Gefangene motivieren“ (GD3, Cw, 296f.), ihre Problematiken zu bearbeiten. Gleichzeitig verleiht es der eigenen Tätigkeit in der JVA einen subjektiven sozialen Gehalt. Eine Teilnehmerin beschreibt ihre Arbeit als „identitätsstiftend“ und „bereichernd“, sie hätte „Spaß“ an ihrem Job und könne sich „gut motivieren“, auch da sie Lob von ihren Vorgesetzten erhalte (GD1, Fw, 1143ff.). Eine andere Teilnehmerin formuliert zwar, dass man Dankbarkeit „in unserem Bereich [...] also in unserer Arbeit“ (GD3, Cw, 508f.) nicht erwarten könne dennoch wird unter den Beschäftigten Freude darüber sichtbar, wenn ehemalige Inhaftierte oder deren Angehörige im Nachgang an die Haftzeit die Unterstützung anerkennen und „man hört, dass die einen positiven Weg eben eingehen“ (GD1, Fw, 1494f.).

Im Kontrast zu erzielten positiven Entwicklungen im Zuge der Haftbegleitung stehen die hohen Rückfallquoten, wie eine Teilnehmende resignative Momente ihrer Arbeit mit Inhaftierten zusammenfasst:

Wir haben hier ja auch immer die einen oder anderen, die kommen halt immer und immer wieder, ne, wo man vielleicht versucht zu arbeiten oder man denkt dann auch, sie schaffen es irgendwo, aber dann zwei drei Monate kommen sie immer wieder.

GD1, Cw, 1029ff.

Diese wahrgenommene Einschränkung der eigenen Gestaltungsspielräume mache es für einige Teilnehmende aktuell schwer, sich im Arbeitsalltag zu motivieren. Sie müssen ihren Antrieb vor allem aus dem „privaten Background“ (GD1, Bw, 1131f.) schöpfen. Auch in den anderen Gesprächen wird die Notwendigkeit betont, sich einen „Gegenpol“ (GD3, Am, 847) im Privatleben zu schaffen. Gerade nach konflikthaften Auseinandersetzungen mit Inhaftierten, sei es schwierig, „alles in der Anstalt“ (GD3, Am, 842) zu lassen. Man müsse viel Kraft für den Beruf aufbringen, oberstes Ziel sei es, „den Tag gesund zu überstehen“ (GD1, Aw, 957).

Auch die bereits thematisierten strukturellen Problemlagen (Personalmangel, Arbeitsdruck, Überlastung) würden sich langfristig auf die Motivation der Bediensteten auswirken, wie ein Teilnehmer äußert:

Man muss die Kollegen quasi motivieren und fragen, ob die zusätzliche Dienste übernehmen, aber man hat halt wenig anzubieten. Das ist halt, wenn sie zu wenig Personal haben, also versuchen, das wenige Personal gut einzusetzen, aber die sind auch irgendwann mal am Limit.

GD2, Bm, 143ff.

Fehlende adäquate Versorgungsmöglichkeiten im Justizvollzug, z.B. für Gefangene mit körperlichen Einschränkungen oder psychiatrischem Behandlungsbedarf und damit einhergehende Zumutungen im Arbeitsalltag, konfrontieren die Bediensteten mit einem Gefühl der Ohnmacht, wie ein anderer Teilnehmer äußert: „das ist schlicht und ergreifend hilflos“ (GD2, Am, 628).

Eine Teilnehmerin betont, sie würde in manchen Situationen gern anders handeln, fühle sich aber durch institutionelle Praxen eingeschränkt, wie sie enttäuscht äußert:

Diese Hilflosigkeit im Sinne von wie gesagt also, was mich ganz sehr belastet ist immer, wenn die Logik so auf der Strecke bleibt. Wenn so Vorgaben kommen, die ich umsetzen soll, ich weiß aber genau, es ist sowas von unlogisch, und da fühl ich mich hilflos, denn ich kann da dran nichts ändern. Und das ist halt unbefriedigend und frustrierend, empfinde ich, und mit diesem Frust kann ich immer weniger umgehen, je älter ich werde.

GD1, Dw, 1737ff.

Die Justiz wird von einer Teilnehmerin als „ein sehr starres System“ mit einer „sehr klassischen Verwaltung“ (GD1, Aw, 1219f.) charakterisiert. Binaritäten strukturieren die Arbeit, es gäbe lediglich „schwarz oder weiß“ oder „den einen Weg oder den anderen“ (GD1, Aw, 1221). Die Handlungspraxis der Beschäftigten unterliege dem gesetzlichen Rahmen, der „von viel weiter oben vorgegeben wird“ (GD1, Aw, 1223f.). Teilweise hinterfragen Teilnehmende die verordneten Anweisungen und zweifeln diese an. Eine Teilnehmende schildert eindrucksvoll die Folgen und zieht daraus Konsequenzen:

[...] innerhalb dieser Zwänge, ich sag mal die eigene Kreativität, die eigene Gedankenwelt, die logischen Gedanken, die man dann nicht mehr wiederfindet in der eigenen Arbeit, wo man sagt, man muss das machen, oder ich sag dann auch, ich will das nicht mehr machen.

GD1, Dw, 1172ff.

Es werden Zweifel aufgeworfen, inwieweit „das System“ hinter den Mitarbeitenden stehe, wenn Fehler passieren oder etwas „schief geht“ (GD1, Aw, 1935 f.). Selbst wenn das Gefühl bestehe, „alles richtig gemacht“ zu haben, werde „irgendwo immer ein Schuldiger [...] gesucht“ (GD1, Dw, 1994 ff.).

Es fällt auf, dass die Teilnehmenden ihr direktes Arbeitsumfeld überwiegend positiv erleben, welches sich durch teils enge kollegiale Beziehungen, gegenseitige Wertschätzung und Zusammenhalt auszeichnet. Den Teilnehmenden ist es wichtig zu vermitteln, dass sie ihre Arbeit gern ausüben und die Herausforderungen reflektieren. Gleichzeitig legen die Erzählungen nahe, dass die Teilnehmenden ihre Handlungsmöglichkeiten als eingeschränkt wahrnehmen. Engagement und Motivation scheinen sich im Laufe der Berufsjahre zu verringern. Dies variiert zwar mit dem Grad der beruflichen Position, ist aber ein weitgehend geteiltes Empfinden. Die Identifikation mit der beruflichen Rolle, der damit einhergehenden Verantwortung und eine positive Affirmation auf die Arbeit stehen in spannungsvollem Verhältnis zu subjektiven Belastungen, resignativen Affekten und Zweifeln. Es fehle an Wertschätzung und Anerkennung für teilweise belastende Arbeitssituationen, auch der Rückhalt und das Vertrauen seitens der Institution wird infrage gestellt.

FAZIT UND AUSBLICK

Der Justizvollzug als „totale Institution“ hebt sich von anderen staatlichen Institutionen ab: So ist das Gefängnis ein abgeschlossener Ort der Strafverbüßung und markiert klare Trennungen eines ‚innen‘ und ‚außen‘. Die Institution ist gekennzeichnet durch starke Hierarchien und Beziehungen von Macht und Kontrolle. Theoretischer Ausgangspunkt unserer Forschungsarbeit ist die Analyse des dynamischen Verhältnisses von Gesellschaft und Individuum – damit werden auch Institutionen, die eine Gesellschaft hervorbringt und die in diese eingebettet sind,

in die Analyse einbezogen. Unsere Forschung richtet sich anhand der erlebten Ambivalenzen, Widersprüche und Affektlagen der Beschäftigten aus.

Im Beitrag erfolgte eine erste Annäherung an Logiken des Justizvollzugs, welche Auswirkungen diese auf die Beschäftigten nehmen und in welcher Weise institutionelle (machtförmige) Strukturen verarbeitet werden. Entlang der deskriptiven Befunde wurden Aspekte des ‚Arbeitsplatzes Justizvollzug‘ beschrieben und geteilte Herausforderungen, aber auch Differenzen sichtbar. Um die affektiven Bezüge näher zu verstehen, wurden motivationale Aspekte der beruflichen Arbeit näher betrachtet. Die Befunde schließen an empirische Erkenntnisse an: Auch wenn die Bediensteten positive Aspekte ihrer Arbeit hervorheben oder allgemeine Zufriedenheit beschreiben, gibt es Resignation darüber, dass Eigenständigkeit, das Erleben von Selbstwirksamkeit oder die Umsetzung eigener Ideen als begrenzt wahrgenommen werden – eine ähnliche Tendenz, die Heidi Möller als „Verkümmierungsprozess der Kreativität der Bediensteten“ beschrieb (Möller, 1997, 34). Zudem wurden Facetten eines „reaktiven Handlungsmusters“ (ebd., 33) sichtbar: Obgleich die Beschäftigten ihrer Arbeit zum Teil mit hohem Engagement nachgehen, sind sie im Wesentlichen mit der Sicherung von Ordnung und Funktionalität befasst. Um Konflikte zu vermeiden, greifen sie auf institutionalisierte Abläufe und disziplinierende Maßnahmen zurück, allerdings bleiben subjektive Spielräume und konkrete Handlungspraxen (z.B. in der Konfliktprävention) zu einem Teil unbestimmt, während die Bedeutung von Eigenverantwortung und Selbstkontrolle betont wird.

Bedeutsam sind die Befunde in Zusammenhang mit potenziellen Auswirkungen auf den Grad an Mitbestimmung, das Erleben von Handlungsfähigkeit und demokratischer Teilhabe innerhalb der Institution. Gleichzeitig gilt es weiter zu bestimmen, inwieweit die subjektiven Spielräume mit eskalativen Dynamiken und Konflikten in Verbindung stehen. Um die Bedeutung, Funktionalität und psychosozialen Aspekte von Konfliktodynamiken zu rekonstruieren, werden die empirischen Daten eingehender untersucht. Hierbei sind psychoanalytisch-sozialpsychologische Prozesse der Anpassung, Gruppendynamiken oder die Funktion von institutionellen Abwehrmechanismen (Mentzos, 1976) relevant.

Für die weitere Forschungsarbeit ist neben dem Justizvollzug die Analyse von Berufsgruppen in Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie

ihre gegenseitige Bezogenheit innerhalb der Justiz vorgesehen. So heißt es vonseiten des Deutschen Richterbundes, zur Ausübung des Berufes gehöre auch das „(selbst-)kritische Bewusstsein, dass gesetzliche Regelungen mit Wertungen ausgefüllt werden, die auch von persönlichem Vorverständnis und sich wandelnden Verhältnissen beeinflusst werden“ (Deutscher Richterbund, 2018). Eine erhöhte Sensibilität und kritische Reflektion des beruflichen Selbstverständnisses sind insbesondere vor dem Hintergrund gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Entwicklungen und der verantwortungsvollen beruflichen Rolle angebracht. Die Justiz dient dem Schutz der Grundrechte aller Menschen und ist damit auch wichtiges Mittel zur Stärkung der Demokratie.

LITERATUR

- Brückner, Peter (1982). *Psychologie und Gesellschaft*. Berlin: Wagenbach.
- Claussen, Detlev (2001). Philosophie und Empirie. Einleitung. In Detlev Claussen/Oskar Negt/Michael H. Werz (Hrsg.), *Philosophie und Empirie. Hannoversche Schriften* (S. 6–12). Frankfurt am Main: Verl. Neue Kritik.
- Deutscher Richterbund (2018). Ethik. Vertreter der dritten Staatsgewalt tragen besondere Verantwortung. URL: <https://www.drbb.de/positionen/themen-des-richterbundes/ethik> (06.09.2023).
- Foucault, Michael (1995). *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, Erving (1973). *Asyle: über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grünberger, Michael et al. (Hrsg.) (2021). *Diversität in Rechtswissenschaft und Rechtspraxis*. Baden-Baden: Nomos.
- Marti, Irene/Hostettler, Ueli (2016). Feldforschung im Justizvollzug. Erfahrungen und Überlegungen zu Fragen des Zugangs zum Feld und zu den Forschungsteilnehmenden. *Tsantsa*, 21, 137–143.
- Mentzos, Stavros (1976). Stavros Mentzos. *Interpersonale und institutionalisierte Abwehr*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Möller, Heidi (1997). Der Arbeitsplatz Gefängnis. In Peter Berker u.a. (Hrsg.), *Supervision in totalen Organisationen* (S. 31–49). Frankfurt am Main: Fachhochschulverlag.
- Praunsmändel, Sarah/Schmidt, Stephanie/Thurn, Roman (2022). Zugang verweigert! Externe Polizeiforschung und Wissenschaftsfreiheit. *KJ Kritische Justiz*, 55 (3), 303–321.
- Przyborski, Anja/Riegler, Julia (2018). Gruppendiskussion und Fokusgruppe in der psychologischen Forschung. *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*, 1–17.
- Ramsbrock, Annelie (2017). Der Strafvollzug ist der Lackmustest einer Gesellschaft. Interview mit Annelie Ramsbrock über Resozialisierung in westdeutschen Gefängnissen. [Interview]. URL: https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/der-strafvollzug-ist-der-lackmustest-einer-gesellschaft?nav_id=6787 (18.09.2023).
- Ramsbrock, Annelie (2020). *Geschlossene Gesellschaft. Das Gefängnis als Sozialversuch – eine bundesdeutsche Geschichte*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Stomps, Hans Goswin/Winchebach, Klaus/Wirth, Hans-Jürgen (1996). Strafvollzug: Bessern oder Verwahren? Standortbestimmungen nach 20 Jahren Strafvollzugsgesetz. *psychosozial* 19(65).
- Stukenberg, Timo (2022). Rechtsextreme JVA-Bedienstete. Hat der Justizvollzug ein Extremismus-Problem? *Deutschlandfunk*, 09.06.2022. URL: <https://www.deutschlandfunk.de/rechts-extremismus-iva-mitarbeiter-vor-gericht-100.html> (06.09.2023).
- Wagner, Jens (2023). *Rechte Richter. AfD-Richter, Staatsanwälte und -Schöffen: eine Gefahr für den Rechtsstaat?* Stuttgart: Berliner Wissenschafts-Verlag.



„Wären die in Grimma, hätte Grimma das Problem“

Eine sozialpsychologische Fallanalyse von Konflikten um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus am Beispiel der Stadt Wurzen

Zivilgesellschaftliches Engagement, das in konkreten Sozialräumen verankert ist, ist von besonderer Relevanz im Kampf gegen Rechtsextremismus. Lokale Zusammenhänge bestimmen den Handlungsrahmen der meisten Menschen, hier wird Gesellschaft konkret erfahrbar – und hier können rechte Raumnahmen zurückgewiesen werden (Mullis/Miggelbrink, 2022; Heitmeyer/Grau, 2013). Zugleich ist solches Engagement im lokalen Kontext mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. So drohen im Kampf gegen Rechtsextremismus im eigenen, identifikationsrelevanten Sozialraum verschiedene Abwehrstrategien (vgl. Heitmeyer/Grau, 2013): die Verweigerung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus durch lokale Eliten, das Narrativ der Rufschädigung durch Benennung des Problems bis hin zur persönlichen Diffamierung jener, die den lokalen Rechtsextremismus als Problem benennen.

Ähnliche Abwehrstrategien scheinen auch in Wurzen wirksam zu werden, einer für ihre etablierten rechtsextremen Strukturen überregional bekannten sächsischen Kleinstadt nahe Leipzig (Gittner et al., 2022; Kalkstein/Gittner, 2023). Geleitet von der Frage nach der Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Rechtsextremismus hatte sich das EFBI-Forschungsprojekt „Zivilgesellschaft in Wurzen“ (Laufzeit 2020–2022) der dortigen Zivilgesellschaft gewidmet und neun Gruppendiskussionen mit verschiedenen zivilgesellschaftlich aktiven Initiativen und Vereinen aus der Stadt geführt. Dabei wurde ein polarisierter Kon-

flikt zwischen Teilen der Zivilgesellschaft sichtbar, der sich einerseits um die Wahrnehmungen des lokalen Rechtsextremismus und andererseits auch um das Engagement gegen diesen dreht (Gittner et al., 2022; Kalkstein/Gittner, 2023). Besonders emotional aufgeladen ist die Debatte um einen lokalen Demokratieverein, im Folgenden *Initiative Demokratie und Courage* (IDC) genannt. Während ein Teil der Diskussionsteilnehmenden dem Verein die Kompetenz und Zuständigkeit für die Arbeit gegen Rechtsextremismus zuschreibt, weisen ihm andere die eigentliche Schuld am schlechten Ruf der Stadt zu.

Der vorliegende Beitrag fokussiert am Beispiel einer Einzelfallanalyse einer der neun Gruppendiskussionen die Wahrnehmung der IDC durch Angehörige einer Gruppe, die nicht-politische Ziele verfolgt. Ziel ist es, mithilfe einer psychoanalytisch-sozialpsychologischen Perspektive ein Verständnis der psychosozialen Dynamiken zu gewinnen, die im Konflikt um die IDC wirksam werden, und somit eine Antwort auf die Frage, wieso der Konflikt so hitzig und emotional aufgeladen ist. Dafür werden die Ergebnisse der tiefenhermeneutischen Interpretation der Gruppendiskussion, in der starke affektive, negative Reaktionen auf die IDC und zugleich eine abwehrende Haltung in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus deutlich wurden, vorgestellt. Psychoanalytisch ausgerichtete Sozialforschung interessiert sich für die unbewussten, affektiven und konflikthafter Dimensionen von psychosozialen Prozessen und Gruppendynamiken (Brunner et al., 2018). Interessant sind aus dieser Perspektive *psychodynamisch* verstandene Abwehrprozesse: Welche – möglicherweise unbewussten – Affekte und inneren Konflikte tragen zum Konflikt mit der IDC bei? Welche Bedeutungen und Funktionen hat der Konflikt sozialpsychologisch betrachtet?

Auch wenn davon auszugehen ist, dass es sich bei dem Konflikt mit der IDC nicht nur um ein einseitiges Geschehen handelt, beschränkt sich die vorliegende Analyse auf eine Seite des Konflikts, die Seite der IDC selbst ist nicht Teil der Betrachtung. Dieser Fokus ermöglicht, am Beispiel des vorgestellten Falls die interpretative Rekonstruktion latenter Bedeutungsgehalte des Konflikts zu veranschaulichen. Auch eignet sich die hier ausgewählte Gruppe im Besonderen, um die Bedeutung projektiver Prozesse für die Konfliktdynamik in den Blick zu nehmen, werden doch die Fantasien und Vorstellungen über die IDC hier besonders deutlich zum Ausdruck gebracht. Im Folgenden wird zunächst ein

kurzer Überblick über den theoretischen Hintergrund sowie das methodische Vorgehen gegeben, bevor die empirischen Befunde vorgestellt werden.

PSYCHOSOZIALE ABWEHR

In der Literatur wird verschiedentlich auf das Phänomen aufmerksam gemacht, dass sich Einzelpersonen oder Gruppen, die auf Probleme mit Rechtsextremismus im eigenen Sozialraum aufmerksam machen wollen, dem Vorwurf der Unruhestiftung oder der „Nestbeschmutzung“ ausgesetzt sehen (Staud, 2007; Schellenberg, 2014; Stimpel/Olk, 2012; Strobl et al., 2003; Salheiser/Rieck, 2021). Während das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus selbst häufiger Gegenstand zumindest von soziologischer und politikwissenschaftlicher Forschung ist (Lynen von Berg/Roth, 2003; Rohde, 2018; Schellenberg/Becher, 2015), existiert bisher kaum Forschung zu den *Konflikten* um dieses Engagement. Die vorliegende Studie adressiert diese Forschungslücke mit einem psychoanalytisch-sozialpsychologischen Zugang und fokussiert besonders die Rolle von Abwehrvorgängen gegenüber entsprechendem Engagement. Während Heitmeyer und Grau (2013) von Strategien der Abwehr sprechen und damit eher auf bewusste Vorgänge zielen, interessiert sich die psychoanalytisch-sozialpsychologische Perspektive für Abwehrvorgänge als Ausdruck einer psychischen und sozialen Dynamik, die den Beteiligten nicht unbedingt bewusst ist. Solche Abwehrvorgänge können nicht nur als rein intrapsychisches Phänomen beim Einzelnen stattfinden, sondern auch innerhalb von Gruppen als interaktionelles Phänomen zum Tragen kommen. Der Psychoanalytiker Stavros Mentzos (1988, 2002) prägte hierfür den Begriff der *psychosozialen Abwehr*, durch die „ein bestimmter Inhalt, eine bestimmte Information und insbesondere die dazugehörige gefühlsmäßige Reaktion entweder vom Bewußtsein ferngehalten oder im Hinblick auf ihre Bedeutsamkeit [...] bagatellisiert werden“ (Mentzos, 1988, 28f.). Dabei verzahnen sich solche individuell unbewussten Konflikte und bedrohlichen Affekte mit einem dazu komplementären „Angebot“ für deren Abwehr von Beziehungspartnern, Gruppen oder Institutionen (Mentzos, 1988, 11). So kann beispielsweise eine Gruppe ein bestimmtes Mitglied mit entsprechenden eigenen psychischen Bedürfnissen dazu bringen, die Rolle des Anklägers zu übernehmen, um ihn dann in dieser Rolle

wütend anzugreifen (ebd., 51). Psychosoziale Formen der Abwehr finden kollektiv statt und konstituieren sich zum Beispiel durch in der Gruppe verankerte Handlungs- und Beziehungsmuster, Rollenverteilungen und kommunikative Konstellationen (Mentzos, 1988; Lohmer/ Möller, 2019). Anhand des Konzepts der psychosozialen Abwehr können nicht allein Dynamiken *innerhalb* von Gruppen, sondern auch konfliktreiche Verhältnisse zwischen Gruppen erklärt werden. Diese verhärteten besonders dann, wenn eine Meinungsdivergenz *zwischen* Gruppen nicht nur eine andersartige Auffassung bedeutet, sondern darüber hinaus bestimmte Abwehrhaltungen infrage stellt (Mentzos, 1988, 93). Aber auch das konflikthafte Verhältnis zwischen den Gruppen selbst trägt zur psychosozialen Abwehr bei: Neben dem Streben nach Kohäsion und Widerspruchlosigkeit innerhalb der eigenen Gruppe ‚braucht‘ es für die psychosoziale Abwehr genauso notwendig die Gegengruppe als Gegner oder „den Bösen“ (Mentzos, 1988, 93). Diese Gegengruppe dient als Projektionsfläche der Externalisierung der innerpsychischen Konflikte der eigenen Gruppe (vgl. Mentzos, 2002, 165f.).

GRUPPENDISKUSSION UND TIEFENHERMENEUTISCHE AUSWERTUNG

Innerhalb des EFBI-Forschungsprojekts „Zivilgesellschaft in Wurzen“ wurden insgesamt neun Gruppendiskussionen mit lokalen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen durchgeführt. Ziel von Gruppendiskussionen als Erhebungsmethode in der psychoanalytischen Sozialforschung ist ein möglichst spontaner Austausch zwischen den Teilnehmenden, durch den die in der Gruppe geteilten Erfahrungen, Wahrnehmungsmuster und Affektdynamiken erfassbar werden (Przyborski/ Riegler, 2020). Dafür wurden die Teilnehmenden mit offenen Fragen dazu aufgefordert, sich über ihr Erleben auszutauschen und zu berichten: „Wie ist es, in Wurzen zu leben und sich hier zu engagieren?“ Das 90-minütige Gespräch wurde per Audio aufgezeichnet und anschließend im Wortlaut transkribiert sowie anonymisiert. Die im Folgenden verwendeten Zitate wurden zur besseren Lesbarkeit des Textes leicht geglättet. In runden Klammern gesetzte Angaben kennzeichnen die Sprechweise oder den Tonfall.

Die Auswertung des Materials erfolgte mit der Methode der Tiefenhermeneutik (nach Lorenzer, 1986; Haubl/ Lohl, 2020; König, 2019).

Die Tiefenhermeneutik geht von einer „Doppelbödigkeit“ sozialer Interaktionen aus (König, 2019): In unserem Sprechen und Handeln kommt nicht nur das zum Ausdruck, was wir bewusst zum Ausdruck bringen wollen (*manifesten Sinn*), sondern „zwischen den Zeilen“ vermitteln wir – ohne uns notwendig darüber bewusst zu sein – auch einen *latenten Sinn*. Bei solchen latenten Inhalten handelt es sich um Wünsche, Fantasien oder Affekte, die individuell oder in einer Gruppe unbewusst sind oder unbewusst gemacht werden, da sie aufgrund gesellschaftlicher Normen und Anforderungen zu schamhaft, zu konflikthaft oder zu schmerzhaft sind, um bewusst zu werden (ebd.). In der tiefenhermeneutischen Interpretation wird der Sinngehalt eines Textes daher auf diesen zwei Ebenen betrachtet. Auf der *manifesten* Ebene werden neben den bewusst intendierten Äußerungen, Botschaften und Selbstpräsentationen auch der emotionale Gehalt des Gesagten sowie die Gesprächsdynamik innerhalb der Gruppe rekonstruiert. Zugang zur *latenten* Sinnesebene erhält man über die sprachliche Symbolebene, also über Mehrdeutigkeiten, die Bildhaftigkeit und die Atmosphäre des Textes, insbesondere aber über die „Inkonsistenzen des Textes“ (Haubl/ Lohl, 2020). Im Fokus stehen die logischen Widersprüche und Bruchstellen des Gesagten, die abrupten Themenwechsel, Lücken und Fehlleistungen. Die Analyse des latenten Bedeutungsgehalts wird zudem nicht nur anhand des Textes selbst, sondern in methodisch kontrollierter Weise auch über dessen Wirkung auf die Forschenden erarbeitet, weshalb die Interpretation in Interpretationsgruppen erfolgt (Haubl/ Lohl, 2020).

ERGEBNISSE I: MANIFESTER SINNGEHALT

DIE GRUPPE UND IHR VERHÄLTNIS ZUM ORT

An der hier im Fokus stehenden Gruppendiskussion nahmen fünf Personen teil, im Folgenden Sonja, Eddy, Melanie, Dominik und Helena genannt. Gemeinsam engagieren sie sich für die Gestaltung Wurzens als Wirtschaftsstandort und Lebensort. Dabei treten sie als engagierte und patente Macher auf. Alle Teilnehmenden sind mittleren Alters, fast alle sind beruflich als Selbstständige in der freien Wirtschaft tätig. Sie leben in Wurzen oder im Wurzenener Umland und haben einen engen persönlichen Bezug zur Stadt. Die Teilnehmenden leben gerne dort und sind sehr positiv mit der Stadt identifiziert. Wurzen präsentieren sie als schöne,

lebens- und liebenswerte kleine Stadt mit „unheimlich viel Potenzial“ (Z. 242). Zu den guten Voraussetzungen der Stadt gehörten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die niedrige Arbeitslosigkeit, das kulturelle Leben und die umliegende Natur, außerdem das schöne Stadtbild und die Geschichtsträchtigkeit der Stadt. Insbesondere das soziale Leben und die Menschen in Wurzen heben die Teilnehmenden als Vorzug der Stadt hervor. Die Beziehungen seien tiefgründig und verlässlich, und man habe aufgrund des Kleinstädtischen immer das Gefühl, das seien „alles Nachbarn“ (Z. 2396). Die Wurzener Stadtbewohner seien in ihrem Charakter zwar sehr unterschiedlich, aber „immer liebevolle Menschen einfach“ (Z. 2391). Deutlich wird hier, dass die Teilnehmenden in der Stadt fest integriert sind und dies als positiv erleben.

WAHRNEHMUNG DES RECHTSEXTREMISMUS: IMAGE ALS HEMMNIS FÜR DIE STADT

Trotz der oben skizzierten positiven Einschätzung der Voraussetzungen Wurzens erleben die Teilnehmenden die Entwicklung ihrer Stadt als stagnierend und blockiert. So fehle es beispielsweise an Zuzug und auch der Aufschwung der Innenstadt sei bislang ausgeblieben. Als einen wichtigen Grund hierfür sehen die Teilnehmenden das Image Wurzens als rechtsextreme Stadt. Diese Perspektive auf den lokalen Rechtsextremismus als Imageproblem prägt die Haltung der Gruppe in Bezug auf das Thema. Dabei ist die Bewertung des Phänomens Rechtsextremismus widersprüchlich, sowohl innerhalb der Gruppe als auch innerhalb der Aussagen einzelner. Insgesamt dominiert die Position, der Rechtsextremismus würde unverhältnismäßig wahrgenommen und dargestellt werden. So führt Sonja mit Nachdruck aus, das „wenige Schlechte“ (Z. 778) in Wurzen werde medial so potenziert dargestellt, „dass das viele Gute völlig untergeht“ (Z. 779). Im Alltag hingegen sei der Rechtsextremismus kaum bemerkbar, sie habe diesen dementsprechend „nie so äh bedrohlich erfunden äh gefunden, wie das eben dargestellt wird“ (Z. 802). „Natürlich“ (Z. 981) gebe es auch in Wurzen Menschen mit rechter Gesinnung, bekundet Eddy an anderer Stelle, „[a]ber so wie in anderen Städten auch bloß“ (Z. 986). Doch wenn in Wurzen mal „irgendein Vorfall“ (Z. 784) sei, dann „geht das nicht in 'n Lokalteil, dann geht das in Deutschland rein“ (Z. 786). Diese relativierende Perspektive spitzt sich an einer Stelle zu: Laut Melanie gebe es ein Problem eigentlich nur,

wenn „mal die Linken von Leipzig“ kämen, „um in Wurzen gegen die Rechten zu demonstrieren“ (Z. 899), und dabei „mehr Schaden [machen] als alles andere“ (Z. 903). Auch für Eddy scheint das eigentliche Problem an entsprechenden Vorfällen in Wurzen deren Interpretation und Reaktion von linker Seite zu sein. Er führt als Beispiel einen Vorfall an der Wurzener Oberschule an. Dort sei laut Eddys Darstellung ein Streit zwischen Kindern wegen einer eingeklemmten Hand „aufgeputscht [worden] bis zum geht nicht mehr“ (Z. 926), weil eines der betroffenen Kinder migrantisch gewesen sei. Tatsächlich handelt es sich bei dem Vorfall aus dem Jahr 2015 um einen Übergriff auf fünf migrantische Kinder, welche die „Deutsch als Zweitsprache“-Klasse einer ansässigen Oberschule besuchten. Gegen die gewalttätigen Mitschüler wurde wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt (Zeit Online, 2015). Die Empörung Eddys, Melanies und Sonjas gilt jedoch den anschließenden, vermeintlich übertriebenen Reaktionen auf einer linken Demonstration in Wurzen. Die in ihren Augen unverhältnismäßige Skandalisierung des Vorfalls sei für die Geschäftsleute „scheiße!“ (Z. 973). Die Wahrnehmung der tatsächlich stattgefundenen Gewalt und des Leids der Betroffenen bleibt aus. Im Diskussionsverlauf lassen sich weitere Relativierungen und Momente der Leugnung feststellen. So bleibt beispielsweise von der nach Eddys Darstellung versehentlich eingeklemmten Hand an späterer Stelle nur noch ein eingeklemmter Finger. Nachdem Dominik das Jahr 2015 als Beginn der Phase benennt, wo nach Ankunft der ersten Migranten in Wurzen „zwei Vorfälle tatsächlich wieder waren“ (Z. 1379), greift Sonja wenig später im Kontext ihres Ärgers über das überzogene Medienecho diese Jahreszahl wieder auf und wiederholt zweifach, sie könne sich gar nicht mehr an 2015 erinnern, „da war wahrscheinlich auch gar nischt los hier //Melanie: Genau.“ (Z. 1552 ff.). Eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Wurzenern und Geflüchteten stellen die Teilnehmenden so dar, als seien Rechtsextreme nur beteiligt, nicht aber initiativ gewesen (vgl. Nöbler, 2018).

Auch Dominik ärgert sich über die Pauschalisierung der Wurzener Einwohner durch Außenstehende als „rechts“ und die mediale Berichterstattung. Das Image der Stadt sei belastend, man bekäme seit 25 Jahren immer wieder gesagt, „Och, du bist aus Wurzen, das ist doch scheiße“ (Z. 840). Dominik weicht dabei aber von der rein relativierenden Haltung Melanies und Eddys ab. Er räumt ein, dass man über die 1990er Jahre „tatsächlich“ (Z. 1029) sagen müsse, dass es in Wurzen eine

„sehr, sehr starke“ Vernetzung gegeben habe und die Rechten da „sehr, sehr aktiv“ gewesen seien (Z. 1039). Er merkt an, dass „man natürlich auch sagen“ (Z. 1108) müsse, dass es auch in der Gegenwart noch informelle rechte Netzwerke gebe. Dominik sieht auch die Problematik rechtsextremer Einstellungen in der allgemeinen Stadtbevölkerung, verortet sie aber ausschließlich im sozialen Milieu der Arbeitslosen. Besonders widersprüchlich positioniert sich Sonja. Aus ihrer Perspektive bedeutet die mediale Berichterstattung über Wurzen, dass „jede Anstrengung, die man so mühsam hier gemacht hat, dahin“ sei (Z. 787). In ihrem Ärger sagt sie:

Mensch, wir machen doch auch- und- und dort- das ist so dominant, darüber wird dominant berichtet – (atmet ein) es ist gar nicht vorhanden.

Z. 790–792

Im gleichen Redebeitrag spricht Sonja aber auch von „Probleme[n], die es hier gibt, in den Bereichen (atmet ein) der-der Undemokratie“ (Z. 805), mit denen man umzugehen wissen müsse.

Auch wenn sich die Bewertungen des Rechtsextremismus innerhalb der Gruppe unterscheiden, teilen alle Teilnehmenden die Wahrnehmung, dass es in Wurzen kein spezifisches Problem mit dem Rechtsextremismus mehr gebe und der Ruf Wurzens als „rechtsextreme Stadt“ daher heute nicht mehr gerechtfertigt sei. Auffällig ist, dass mit dem Rechtsextremismus und der Gewalt in ihrem Ort selbst keine Gefühle wie beispielsweise Ärger, Angst oder Scham verbunden scheinen, während in der Diskussion um die *Thematisierung* des Rechtsextremismus eine starke affektive Involviertheit der Teilnehmenden deutlich wird. Frustriert und resigniert blicken sie auf die Diskurse um den Rechtsextremismus, die sie als Rückschläge in ihrem Bemühen um die Aufwertung der Stadt erleben. In der medialen Berichterstattung sehen die Teilnehmenden die Geschehnisse in Wurzen „ausgeschlachtet“ (Z. 1387), ihre Stadt diskreditiert und die Wurzener pauschalisiert. Auch erleben sie sich gegenüber dem als aufgeblasen wahrgenommenen medialen Diskurs als machtlos. Die durch Sonja drängend vorgebrachte Forderung nach einer Verteidigung der Stadt durch den Oberbürgermeister scheint vor diesem Hintergrund ebenso Ausdruck eines Ohnmachtserlebens zu sein wie die Wut gegen jene, die den lokalen Rechtsextremismus thematisieren.

WAHRNEHMUNG DES DEMOKRATIEVEREINS: DIE „INITIATIVE
DEMOKRATIE UND COURAGE“ ALS AGGRESSOR

Die IDC wird erstmalig zum Thema, als die Teilnehmenden auf mögliche Lösungen für das oben skizzierte hartnäckige, schlechte Image zu sprechen kommen. Sonjas vehemente Forderung, der Oberbürgermeister müsse als „Stadtoberhaupt“ (Z. 1458) energisch dem Medienecho und den Urteilen über Wurzen ein Ende setzen, konterkariert Eddy mit dem Verweis auf die IDC, die dies verhindern würden:

Eddy: Und jetzt stellt sich [der Oberbürgermeister] hin und sagt „Wir haben kein Problem mit Rechten.“ Weeßt du, was die da drüben machen? (etwas lauter) Weeßt du, was die da drüben machen? Die nehmen den auseinander! Die nehmen den auseinander! Die- die- machen- Die tun sämtliche Vorfälle werden die- (atmet ein) äh- //Melanie: Tja //Eddy: äh holen die wieder hoch, die dann irgendwann mal waren und sagen „Wurzen ist ’ne rechtsradikale Stadt“ (atmet ein) [...] Das k- das kann der gar nischt machen, das kann der nischt machen. //Sonja: Mhm //Eddy: Und weeßte warum? Weil’s die da drüben gibt! Ja, weil die dort drüben, das ist einfach- (aufgeregt, mit lauter Stimme) die wollen, dass es hier Rechtsradikale gibt!

Z. 1497–1513

Aus Eddys Sicht liegt es im Eigeninteresse der IDC-Mitglieder, das Problem größer zu machen, als es ist. Schließlich bekäme der Verein die für seine Existenz notwendige Förderung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus nur, wenn behauptet werden könne, dass dieser verbreitet wäre: „Denn wenn’s den nicht mehr gibt, sind die arbeitslos!“ (Z. 1527). Neben „diese[r] Mediengewalt“ ist für Eddy dementsprechend die IDC für die Auffassung verantwortlich, „dass wir ’n rechtsradikalistisches Problem haben, in Führungsstrichen gesetzt“ (Z. 1587). Eddys mehrfache rhetorische Fragen, Wiederholungen und Ausrufe vermitteln eine deutliche Aggressivität gegenüber der IDC. Sonja pflichtet Eddy etwas nüchterner bei: Die IDC sei „in Wurzen mehr Fluch als Segen“ (Z. 1516). Gäbe es die IDC nicht, so ihre Einschätzung, würde sich zumindest das Image Wurzens nicht immer „deutschlandweit auf

dieses eine kleine Thema“ (Z. 1607) beziehen. Ihre Einschätzung kulminierte in der Aussage:

Wären die in Grimma, hätte Grimma das Problem. [...] Wäre Grimma das braune Herz des Muldentals.

Z. 1609–1611

Der Ruf der Stadt ist für die Teilnehmenden in keiner faktischen Situation begründet, sondern unter anderem die Folge einer Skandalisierungslust der IDC, die wiederum eng mit deren Förderstruktur zusammenhängt. Parallel zum Bild der IDC als Aggressor gegenüber der Stadt zeichnen Eddy, Sonja und Melanie im Verlauf dieser Textsequenz ein Bild Wurzens, in dem rechtsextreme Vorfälle der Vergangenheit angehören. Die Teilnehmenden scheinen sich einen Freispruch ihrer Stadt zu ersehnen: Wurzen soll nicht mehr als die Stadt mit dem Rechtsextremismusproblem gelten. Doch eine solche Zäsur bleibt aus. Der Frust darüber, immer wieder zurückgeworfen zu werden, und das Gefühl, die eigene Stadt werde ungerecht behandelt, bilden einen maßgeblichen Hintergrund für die Verärgerung und Empörung über die IDC.

Dominik setzt dem klagenden und empörten Modus der anderen eine Erklärung entgegen. Das Problem sei, dass die IDC es nicht wie zunächst angestrebt geschafft habe, sich „der Mitte der Gesellschaft zuzuwenden“ (Z. 1619), sondern „in dieser ich nenn’s jetzt mal linken Ecke verblieben“ (Z. 1622) sei. Dadurch habe die IDC die Wurzener nicht als Sympathisanten gewinnen können. Die Mitglieder der IDC fühlten sich „eben in dieser Rolle des Gegners oder des Provokanten sozusagen [...] einfach wohl“ (Z. 1627 f.), obwohl sie „teilweise total tolle“ (Z. 1629) Ideen und Programme hätten. Sonja bekräftigt mit Nachdruck die Problemdeutung Dominiks: Die Mitglieder der IDC förderten durch das „Verharren in dieser extrem ich sag mal linken Ecke“ (Z. 1665) „sich selbst noch als Feindbild“ (Z. 1663). Folgendes Zitat verdeutlicht einen weiteren Vorwurf an die IDC:

Sie wollen ja, dass (atmet ein) Akzeptanz, aber sie- (atmet ein) sie wollen’s mit aller Macht. Und nehmen nicht wahr, wer die Wurzener sind. (atmet ein) Ja?

Z. 1667–1670

Laut Sonja versuche die IDC, mit Druck die Akzeptanz der Wurzener Stadtgesellschaft für sich und ihre Themen zu gewinnen, und ignoriere dabei deren kleinstädtische Mentalität: „[W]ir sind, ne, keen Connewitz (lacht). Das ist Wurzen!“ (Z. 1713 f.) Die Wurzener würden beispielsweise in Bezug auf den Umgang mit einer vielfältiger werdenden Gesellschaft mit Erwartungen unter Druck gesetzt, die einer Kleinstadt nicht angemessen seien, und angesichts deren Enttäuschung als „nicht offen[e]“ (Z. 1725) Stadtgesellschaft verurteilt. Mit Vehemenz verteidigt Sonja dabei die Wurzener Einwohner: Die Wurzener seien „freundlich“ (Z. 1718) und sie kenne viele ausländische Unternehmen, „die hier vollends in dieser Stadtgesellschaft akzeptiert sind“ (Z. 1720 f.), da werde „kein Unterschied gemacht. Also überhaupt keiner!“ (Z. 1723) Für Sonja scheint die IDC eine Kränkung der Wurzener zu verursachen und eine bedrohliche Kraft zu verkörpern, gegen die sie die Wurzener mit Absolutheit verteidigen muss. Die dichotome Gegenüberstellung der IDC und „der Wurzener“ sowie der Vergleich von Wurzen und dem Leipziger Stadtteil Connewitz verweisen auch darauf, dass die IDC nicht als Teil der Wurzener Stadtgesellschaft wahrgenommen wird, sondern als eher zu einem urban, links und divers geprägten sozialen Milieu passend.

Wenn Dominik und Sonja über das Verhältnis zwischen der IDC und „den Wurzenern“ sprechen, dann sprechen sie vermutlich auch über ihr eigenes Verhältnis zur IDC, denn auch sie begreifen sich ja als Wurzener: Die IDC gehe nicht ausreichend auf sie zu, sondern wolle ihnen etwas aufdrängen und klage sie als nicht ausreichend offen an. Auch die starke emotionale Reaktion Sonjas auf die erlebten Vorwürfe der IDC gegenüber den Wurzenern verweist darauf, dass sie sich als Teil der Wurzener „mitgemeint“ fühlt. Auffallend in den Redebeiträgen ist die verallgemeinernde Darstellung der Wurzener, die als homogene Gruppe der IDC gegenübergestellt werden. Dabei charakterisiert Sonja die Wurzener als freundlich und offen, die IDC dagegen als aggressiv und unsensibel. Die Distanz zwischen den Gruppen wird durch die Etikettierung der IDC als ‚extrem links‘ maximiert.

Insgesamt bewegen sich damit die Reaktionen der Teilnehmenden auf die IDC zwischen Aggression, Ablehnung und Beschuldigung, Distanzierung und punktueller Anerkennung. Allen Positionen gemeinsam ist aber die einseitige Schuldzuweisung an die IDC für den persistenten schlechten Ruf der Stadt und die Wahrnehmung der IDC als

eigentlichem Aggressor gegenüber der Stadt – verbunden mit der Verortung der Initiative als Außenseiter.

ERGEBNISSE II: LATENTER SINNGEHALT

DIE ABLEHNUNG DER „INITIATIVE DEMOKRATIE UND COURAGE“ ALS AUSDRUCK PROJEKTIVER DYNAMIK

Die Teilnehmenden der Gruppendiskussion zeichnen in ihren manifesten Äußerungen ein Bild von Wurzen als einer lebenswerten Stadt mit großen Potenzialen. Zugleich äußert sich aber auch ein großer Frust über den „rechten Ruf“ Wurzens. Es kommt hier das Gefühl zum Ausdruck, durch wiederkehrende Diskurse um den Rechtsextremismus im eigenen Bemühen um die Entwicklung der Stadt zurückgeworfen zu werden. In der Folge dieser Wahrnehmung blicken sie mit Ärger auf die IDC, die den Rechtsextremismus in Wurzen offen und wiederholt als Problem anprangert. Als erklärungsbedürftig erweist sich die starke Diskrepanz zwischen den Gesprächs- und Affektdynamiken im Zusammenhang mit den beiden Themen Rechtsextremismus und IDC: Während die Aussagen über den Rechtsextremismus von Relativierung und Verharmlosung geprägt sind und keinerlei emotionale Betroffenheit zum Ausdruck bringen, sind die Aussagen über die IDC gekennzeichnet von Vorwürfen, eindeutigen Schuldzuweisungen und Unterstellungen, die auf affektiver Ebene teils durch starke Empörung und Aggressivität geprägt sind. Die Teilnehmenden formulieren direkte Forderungen an die IDC, sich anders zu verhalten. Im Effekt dieser Gesprächs- und Affektdynamik zeichnet sich das Bild der IDC als dem „eigentlichen Problem“ der Stadt.

Die Vorstellung, die IDC behindere die Stadt in der Realisierung ihrer Potenziale, lässt sich psychodynamisch betrachtet auch als Ausdruck einer projektiven Dynamik verstehen. *Projektion* meint einen Abwehrmechanismus, bei dem bedrohliche oder zu konflikthafte eigene Regungen unbewusst nach außen bzw. auf andere verschoben werden. Die Ablehnung und der Ärger über die IDC haben entsprechend dieser psychodynamischen Perspektive ihren Ursprung nicht nur in realen Interessenskonflikten, sondern auch in intrapsychischen Konflikten der Teilnehmenden, die sie aber nicht erkennen, reflektieren oder differenzieren können. Die mit diesen innerpsychischen Konflikten verbundenen

Affekte und Gedanken werden abgewehrt, indem sie auf die IDC projiziert werden und in der Folge nicht mehr im Innern erlebt werden, sondern der Gruppe wie von außen entgegentreten (vgl. List 2014, 93). In der Folge prägen sie die Vorstellungen und affektiven Reaktionen der Teilnehmenden bezüglich der IDC.

Die mit der Vorstellung der IDC als dem „eigentlichen Problem“ der Stadt verbundenen projektiven Prozesse lassen sich thematisch auf zwei Ebenen rückbeziehen, die dabei miteinander verbunden sind: das Gefühl der Teilnehmenden, ihre Ziele nicht zu erreichen, und ihr Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus. Die Teilnehmenden haben viele berechnete Wünsche und Sehnsüchte verbunden mit der Entwicklung der Stadt. Allerdings scheint die Situation der Stadt trotz ihrer Anstrengungen zu stagnieren und die zwischenzeitliche Phase des Aufbruchs wieder versiegt. Die Teilnehmenden scheinen in ihren Anstrengungen erfolglos zu bleiben. Gefühle von Ohnmacht, die potenziell mit einer solchen Erfahrung einhergehen, werden aber lediglich im Zusammenhang mit den Diskursen um den Rechtsextremismus und – damit verbunden – der IDC spürbar. Dies verweist auf einen ersten möglichen Gegenstand der Abwehr: In der Wahrnehmung der IDC als zentralem Grund für die Stagnation der Stadt finden möglicherweise projektiv verschobene Gefühle der Ohnmacht angesichts ausbleibender eigener Erfolge einen Ausdruck. Diese Gefühle haben ihren Ausgangspunkt in einer unbefriedigenden Gesamtsituation, in der Projektion auf die IDC scheinen sie aber verursacht durch eine Bedrohung von „außen“. Die Teilnehmenden befinden sich damit in der defensiven Position. Aus dieser heraus richtet sich die Hoffnung auf den Bürgermeister als Autorität, welche die Stadt vor der Rufschädigung schützen soll.

Wie oben skizziert, stehen der Ärger und die Empörung über die IDC in starkem Gegensatz zur Haltung der Teilnehmenden zum Rechtsextremismus, der tendenziell als harmlos und von außen aufgebauscht wahrgenommen wird. Während die Gruppe einerseits die Präsenz von Rechtsextremen in ihr Bild von Wurzen integriert zu haben scheint, bleibt andererseits die damit einhergehende Gewalt und Bedrohung unerwähnt oder wird bagatellisiert. Eine offene Problematisierung des lokalen Rechtsextremismus steht aus Sicht der Gruppe im Konflikt mit dem Ziel eines guten Images der Stadt und wird damit möglicherweise auch bewusst vermieden. Aus psychodynamischer Sicht ist aber anzunehmen, dass die Teilnehmenden eine Auseinandersetzung mit dem

Thema in Teilen auch unbewusst abwehren, da diese potenziell mit unangenehmen Gefühlen verbunden wäre: Betroffenheit angesichts der Gewalt, Wut, Angst oder Ohnmacht, möglicherweise auch Gefühle der Scham über diese Seiten der eigenen Stadt und Schuldgefühle angesichts der eigenen Passivität. Die Verneinung einer Problematik des lokalen Rechtsextremismus und die Beschuldigung der IDC für den persistenten Ruf der Stadt stehen aus psychodynamischer Perspektive in einem engen Zusammenhang: Die Vorstellung, die IDC sei das „eigentliche Problem“ der Stadt, indem sie diese mit ungerechtfertigten Anschuldigungen und Forderungen in ihrem Ruf festschreibe, ermöglicht es, der IDC die Schuld am Ruf der Stadt zuzuschreiben und sich damit um einen differenzierten Blick auf die eigene Stadt und selbstkritische Fragen zu entlasten. Die Projektion von Bedrohlichem und Konflikthaftem auf die IDC ermöglicht der Gruppe hier möglicherweise, das Problem ihrer Stadt mit Rechtsextremismus zu verleugnen.

DER UMGANG MIT FREMDEN IN WURZEN

Wie im Folgenden dargelegt wird, betrifft die Kritik der IDC an den Wurzenern die Teilnehmenden auch jenseits ihrer Identifikation mit der Stadt persönlicher, als sie vorgeben. Instruktiv sind hier die Themen- und Perspektivwechsel in der Diskussion in Anschluss an die Gesprächssequenz zur IDC.

Auf Sonjas vehemente Verteidigung der Wurzenener gegenüber der IDC antwortend, weist Dominik darauf hin, dass die Wurzenener lange bräuchten, um Neues anzuerkennen. Dieser Einwurf markiert einen thematischen Übergang wie auch einen Perspektivwechsel. Nachdem die Diskussion sich zuvor um die Vorwürfe gegenüber der IDC drehte, geht es nun um die Wurzenener. Dabei kommen die eigenen Erfahrungen der Teilnehmenden als Wurzenener und mit den Wurzenern zur Sprache. So erklärt Eddy, nachdem Sonja die Wurzenener im Kontrast zu Connewitz als zurückhaltend mit „solchen Themen, Ausländern“ (Z. 1712 f.) charakterisiert, dies zu einem normalen Kleinstadtphänomen:

Eddy: Das ist doch- das ist doch wohl ganz einfach. Wenn ich jetzt nach New York fliege, hej? Und geh' dort durch die Stadt und da kommt een Schwarzer. Richtiger Schwarzer, also äh richtig- richtig schwarz, also nicht bloß - braun, son-

dern richtig schwarz um die Ecke, hej, da sagste, okay, ja, gehört hierher. Wenn ich nach Leipzig fahr' und da kommt eener um die Ecke, sagste, okay, kommt hierher. Wenn du hier unten um die Ecke gehst und da kommt eener entgegen, machste, Huh' .//Sonja: Ja! (Melanie lacht)//Eddy: Was macht'n der hier.' Ne, weil das is-es ist ja völlig ungewohnt!//Sonja: Mhm//Eddy: Das ja- is' einfach ein- ungewohnt, deswegen ist der Mensch nicht weniger wert, um Gottes Willen, hej? Der- der- der ist vielleicht noch viel mehr wert wie ich, weil der noch viel intelligenter ist, ne? Also aber- aber äh ma erschreckt erstmal! Und sagt erstmal, Huh!' (jemand lacht). Das ist aber völlig ungewohnt, also ja. [...] Weil das ja für 'ne Kleinstadt ist das ja was anderes wie für 'ne Großstadt//Melanie: (mit leiser Stimme) Ja, es ist 'ne Kleinstadt.

Z. 1738-1766

Am Beispiel einer Begegnung mit einer schwarzen Person in Wurzen erklärt Eddy die Irritation der Wurzenener über einen „richtige[n] Schwarze[n]“ (Z. 1741) im eigenen Ort nicht als Folge abwertender Einstellungen gegenüber „Ausländern“, sondern als typische Reaktion von Kleinstädtern auf Ungewohntes. Dabei wird er im Verlauf seines Redebeitrags immer aufgeregter und beschreibt auch mögliche Reaktionen in Städten wie Görlitz und Dahlen, die Wurzen in Hinblick auf Provinzialität noch übertreffen würden: „d- d- das (leicht auflachend) das- ja, da sind die- da sind die völlig überfordert damit!“ (Z. 1763 f.) Vermutlich spricht Eddy hier auch von sich selbst – auch er selbst scheint sich als ‚hinterwälderischer‘ Kleinstädter zu offenbaren, den der Anblick eines „richtig Schwarzen“ in seiner Stadt überrascht und überfordert und für den man entsprechende Prozesse gesellschaftlicher Veränderung „auch teilweise langsam gestalten“ (Z. 1768) müsse. Auch wenn an Eddys Äußerungen eine wiederholte, lustvoll wirkende Betonung der „richtig“ schwarzen Hautfarbe auffällt, vermittelt seine Darstellung keine Abwertung oder einen Wunsch nach Ausschluss des als fremd Erlebten.¹ Zum Ausdruck kommt aber eine Faszination und ein Befremden angesichts des als ‚ganz anders‘ Wahrgenommenen – und möglicherweise auch eine Lust daran, gegen politische Korrektheit zu provozieren. Eddy ist sich bewusst, dass

1) Diesbezüglich sind alternative Interpretationen der Textstelle möglich, vgl. Kalkstein/Gittner (2023).

seine Rede „vom schwarzen Mann“ (Z. 2478) politisch brisant ist, wie ein Kommentar am Ende der Gruppendiskussion zeigt – scherzend fantasiert er hier, dass seine Äußerungen möglicherweise aus dem Kontext gerissen in der BILD-Zeitung erscheinen werden.

An Eddy anschließend, die zugezogene Sonja vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen als Fremde in Wurzen zu erklären, was es braucht, um als Neuer in dieser Stadt dazuzugehören. Sie scheint die Wurzener zunächst in ein gutes Licht stellen zu wollen: Neuzugänge würden „interessiert begutachtet“ (Z. 1780) und „auch in ihrer Fremdheit, (schneller) egal wo die her sind“ (Z. 1783), angenommen. Im Widerspruch dazu verdeutlichen ihre Schilderungen zugleich, dass es einen langwierigen und unberechenbaren Prozess darstellt, als Fremder in Wurzen zugehörig zu werden. Man müsse sich „öffnen“ (Z. 1778), wie Sonja mehrfach wiederholt (vgl. auch Z. 1779, Z. 1784, Z. 1788, Z. 2375), „von sich aus“ (Z. 1778), „aktiv“ (Z. 1788) und „Allen“ (Z. 1789). Es dauere „ewig“ (Z. 1790), aber dann werde man „irgendwann“ (Z. 1791) aufgenommen und schließlich nicht mehr losgelassen: „[D]ann (atmet ein) ham se sich hier festgebissen und du bist dann Teil dieser (atmet ein) Gesellschaft und dann bist- (.) dann ist es- ist man drinnen“ (Z. 1792–1795). Die Zugehörigkeit zu der Wurzener Stadtgesellschaft muss man sich demnach erarbeiten. In der Interpretationsgruppe entsteht der Eindruck, dass aus Sonjas Schilderung ein gewisser Stolz darüber spricht, es geschafft zu haben. Auch Dominik, der als Kind mit seinen Eltern ins westeuropäische Ausland gezogen war, berichtet, er sei bei seiner Rückkehr nach Wurzen der „Wessi“ gewesen und habe anfangs keinen Anschluss gefunden. Und Melanie fügt hinzu, auch nach zehn Jahren als Geschäftsleiterin werde sie noch gefragt, ob ihr Großvater noch der Chef in ihrem Laden sei. Die Teilnehmenden wiederholen mehrfach, dass in Wurzen alles etwas länger dauere. Man könne in Wurzen Geduld lernen, resümiert Sonja unter Zustimmung der anderen. An dieser Stelle entsteht ein Bruch in der Gesprächsdynamik. Sonjas pragmatisches Resümee sorgt zunächst für Schmunzeln, doch dann scheint die Heiterkeit zu versanden: Melanie stimmt ihr in gequältem Tonfall zu, Sonja bricht einen weiteren Satz mit einem leichten Auflachen ab, auch Melanie lacht leicht auf und Dominik kommentiert mit einem „Tja. (mit leiser Stimme) So sieht’s aus.“ (Z. 1845) Dann herrschen einige Sekunden Stille. An dieser Stelle kommt das Gespräch zum einzigen Mal im Diskussionsverlauf zum Erliegen. Auf die Interpretationsgruppe wirken

die Teilnehmenden hier überwältigt angesichts ihrer eigenen Schilderungen über die Mühsamkeit, die Akzeptanz der Wurzener zu erlangen. Nachdem zu Beginn dieser Stelle die Teilnehmenden aus der Position der Insider den Interviewenden zunächst die Wurzener Mentalität erklären wollen, wechseln sie im Verlauf die Perspektive. Sie sprechen dann als selbst ehemals Außenstehende, wobei die Mühen des Fremdseins in Wurzen zur Sprache kommen. Auf latenter Ebene zum Tragen kommen hier die eigenen, leidvollen Erfahrungen der Teilnehmenden mit der Enge der kleinstädtischen Gemeinschaft und mit der Aggressivität, die es bedeuten kann, zum Fremden gemacht zu werden. Die Wendung von eher abgeklärter und relativierender bzw. rechtfertigender Erläuterung dessen, wie es in Wurzen „eben so ist“, zur Erzählung aus erster Hand verbindet auch die Darstellungen von Eddy und Sonja. Beide Fälle lassen sich dabei auch als Versuch lesen, einen Umgang damit zu finden, wie in Wurzen mit Fremden umgegangen wird. Dabei verdeutlichen diese latenten Selbstoffenbarungen auch, dass sich die Teilnehmenden vermutlich nicht nur aufgrund ihrer Identifikation mit der Stadt durch die Kritik der IDC an den Wurzenern adressiert fühlen. Die Kritik der Fremdenfeindlichkeit betrifft auch ihr eigenes Handeln und Erleben: Eddy in seinem Befremden über den „schwarzen Mann“, die ehemals selbst fremde Sonja als Betroffene, die sich selbst ganz angepasst hat, um Teil zu werden. Auf manifester Ebene werfen die Teilnehmenden der IDC vor, Scham- und Schuldgefühle der Wurzener über ihre Stadt bezwecken zu wollen. Auf unbewusster Ebene haben die Teilnehmenden möglicherweise aber auch selbst Angst, sich des Rassismus oder Rechtsextremismus schuldig zu machen, und Angst, beschämt zu werden. Eine Anerkennung der Kritik an der Fremdenfeindlichkeit in Wurzen würde im Fall von Sonja eventuell auch die eigene Unterordnung unter die Spielregeln einer exklusiven, homogenen Stadtgesellschaft empfindlich in Frage stellen.

DISKUSSION UND THEORETISCHE EINORDNUNG

Der beschriebene Konflikt entspinnt sich in Bezug auf eine Initiative, mit deren Mitgliedern die Teilnehmenden der Gruppendiskussion zwar kaum persönlichen Kontakt haben, zu der sie aber dennoch in einer affektiv aufgeladenen Beziehung stehen. Auf der manifesten Ebene dreht sich der Konflikt um die Bewertung des Rechtsextremismus in der

Stadt. Die Teilnehmenden deuten das „Rechtsextremismusproblem“ zentral als Imageproblem und erleben infolgedessen ihr Anliegen, den Potenzialen ihrer Stadt Geltung zu verschaffen, durch die offensive Problematisierung des Rechtsextremismus von Seiten der IDC als bedroht. Dass es sich bei dem Konflikt um mehr als einen Interessen- oder Deutungskonflikt handelt, wird durch die Berücksichtigung der latenten Gesprächs- und Affektdynamik deutlich. Auch wenn ein Teilnehmer von dem relativierenden bis teilweise leugnenden Umgang mit dem Rechtsextremismus seiner Mitdiskutierenden abweicht, zeichnet die Gruppe im Zuge ihrer Interaktion gemeinsam das Bild, dass der Rechtsextremismus kein wesentliches Problem in Wurzen darstelle. Gefühle in Bezug auf die Gewalt von rechts, die in der Stadt immer wieder sichtbar wird, werden nicht spürbar. Die emotionalen Reaktionen auf die IDC sind dagegen umso stärker, die Initiative scheint für die Gruppe das „eigentliche Problem“ der Stadt. Diese polarisierte Dynamik wird vor dem Hintergrund von Mentzos (1988) Konzept der psychosozialen Abwehr erklärbar: Die Problematisierung des lokalen Rechtsextremismus durch die IDC stellt für die Gruppe nicht nur eine von ihrer Betrachtung abweichende Bewertung der Thematik dar, sondern bedeutet einen Angriff auf ihre kollektiv etablierte Abwehrhaltung gegenüber der Problematik des Rechtsextremismus und mobilisiert in der Folge Feindseligkeit und Empörung gegenüber der IDC.

Auch die projektiv aufgeladenen Vorstellungen der Gruppe über die IDC als „eigentlichem Problem“ der Stadt lassen sich im Kontext einer psychosozialen Abwehrdynamik betrachten: Die IDC wird hier zu einer Projektionsfläche und dient damit wiederum der Abwehr eigener bedrohlicher und konflikthafter Inhalte, die mit der Rechtsextremismus-Thematik wie auch der stagnierenden Situation der Stadt verbunden sind. Der Konflikt mit der IDC erfüllt für die Teilnehmenden damit eine psychologische Funktion: Indem er Entlastung ermöglicht, bietet er einen psychischen Gewinn. Die implizite Gegenüberstellung der IDC als den „Bösen“ (Aggressiven, Verfolgenden, Beschämenden) und der Wurzenener als den „Guten“ lässt sich mit Mentzos als Teil einer Gegnerbildung verstehen, in dem ein geeignetes Ziel für die Externalisierung eigener destruktiver Anteile gefunden und etabliert wird (vgl. Mentzos, 2002, 211). Im Fall von psychosozialen Abwehrkonstellationen, die sich in einer Beziehung zwischen Gruppen entwickeln, heißt das, dass die Gegengruppe in ihrem Handeln oder ihrer Art etwas an sich

hat, das sie als Gegengruppe geeignet werden lässt. Diese Rolle kommt der IDC augenscheinlich zu, da sie als Gruppe auf die Problematik des lokalen Rechtsextremismus aufmerksam macht und die öffentliche Anerkennung dafür einfordert, dass es eine solche Problematik gibt. Situationen, in der sich die Projektionen mit tatsächlichen Eigenschaften der Gruppe, auf die projiziert wird, verbinden, beschreibt Mentzos (2002) als „Realexternalisierung“. Dabei geht es um eine „Projektion, die in gewisser Hinsicht gleichsam ‚stimmt‘ und so in der Realität zementiert und ausgesprochen resistent gegen jede Deutung und Korrektur wird“ (Mentzos, 2002, 160). An dieser Stelle bleibt offen, ob die IDC darüber hinaus mit ihrem Verhalten weitere Anknüpfungspunkte für die Projektionen der Teilnehmenden bietet. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn sich die IDC tatsächlich auf aggressive oder beschämende Weise in ihrer Kommunikation nach außen verhielte.

Neben dem Umgang der Teilnehmenden mit der Problematik des Rechtsextremismus erklärt sich die emotionale Bedeutsamkeit des Konflikts mit der IDC aus einem zweiten Motivkomplex. Die Teilnehmenden sind mit der Stadtgesellschaft stark positiv identifiziert. Ihre Bemühungen, Wurzen als eine liebenswürdige Stadt zu präsentieren, in der es sich gut leben lässt und deren Einwohner offen und freundlich sind, lassen sich auch als Reaktion auf ein Bedrohungserleben verstehen: Die Teilnehmenden erleben die Kritik der IDC an der Stadt als Angriff auf die Stadtgesellschaft, der sie sich positiv verbunden fühlen, insgesamt und damit als Angriff auf die eigene kollektive Identität, die sie entsprechend verteidigen. Unter Berücksichtigung des latenten Bedeutungsgehalts wird zudem deutlich, dass die Kritik an der Fremdenfeindlichkeit in unterschiedlicher Weise auch ihre persönlichen Erfahrungen berührt. Die Teilnehmenden wollen die Wurzenener wie sich selber vor der Kritik der IDC, sie seien abweisend gegenüber „Fremden“, verteidigen und verdeutlichen, wie die Wurzenener eigentlich sind: zwar etwas provinziell, aber aufgeschlossen und interessiert gegenüber Fremden. Zugleich veranschaulichen ihre Erzählungen einen generalisierten Argwohn gegenüber Fremden in Wurzen, der sowohl Andersaussehende als auch Zugezogene trifft. In beiden Fällen – Eddy in seinem Befremden über den Schwarzen in Wurzen und Sonja in ihrer Anpassung an die Stadtgesellschaft – sehen die Teilnehmenden in der Figur der IDC möglicherweise auch sich selbst infrage gestellt: Die der IDC zugeschriebene Vertrautheit mit einer vielfältigen Gesellschaft und deren eigenständige

Position innerhalb der Stadtgesellschaft verweisen auf die eigene Überforderung in einer modernen Welt bzw. den Preis der eigenen Anpassung an die Wurzener Stadtgesellschaft. Insgesamt scheint es im Konflikt der Teilnehmenden mit der IDC auch um Fragen der Identität zu gehen, auf der persönlichen wie kollektiven Ebene: „Wer und wie sind wir als Wurzener und als Einzelpersonen?“ In der Auseinandersetzung um die Charakterisierung der Wurzener scheint dabei auch ein Gefühl der moralischen Verurteilung der Wurzener durch die IDC eine Rolle zu spielen. Immer wieder verteidigen die Teilnehmenden ihre Stadtgesellschaft, sie möchten die Wurzener wie sich selbst als „offen“ verstanden wissen und erklären das Verhalten der Wurzener als typisch kleinstädtisch. Die Teilnehmenden wollen sich und ihre Stadtgesellschaft in ein gutes Licht stellen und offenbaren dabei zugleich das Provinzielle der Stadt. Im Kontrast dazu verkörpert die IDC Weltoffenheit und das Fortschrittliche, wie beispielsweise Dominiks Anerkennung für die Ideen der IDC oder die Aufforderung an den Verein, Rücksicht auf die kleinstädtische Mentalität der Wurzener zu nehmen, zeigen. Für manche der Teilnehmenden der Gruppendiskussion dürfte diese wahrgenommene Weltgewandtheit der IDC durchaus attraktiv sein und mit einem (unbewussten) Wunsch nach Teilhabe einhergehen. Möglicherweise spielen in der Beziehung zur IDC auch Gefühle von Scham über die eigene Provinzialität eine Rolle und das Gefühl, in den Augen der IDC die „Rückständigen“ zu sein.

IMPLIKATIONEN

Widerstände aus der Stadtgesellschaft gegen zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus sind kein auf Wurzener beschränktes, singuläres Phänomen, sondern treten auch in anderen Orten auf (vgl. Schellenberg, 2014, 97; Strobl et al., 2003). Auch wenn die vorliegenden Ergebnisse auf der Analyse eines Einzelfalls beruhen, ist davon auszugehen, dass die hier beschriebenen psychosozialen Dynamiken und Motive ähnlich auch in anderen Gruppen in Wurzener wie auch in anderen Orten wirksam werden können.

Damit stellt sich die Frage nach den praktischen Implikationen für die Arbeit von sozialräumlich ausgerichteten Demokratievereinen. Zunächst erfordert die Vielschichtigkeit der Gründe der Abwehrhaltungen auf Seiten der Engagierten eine gewisse Ambiguitätstoleranz.

Da die zugrundeliegenden psychischen Abwehrprozesse in der Regel unbewusst sind, stellt sich außerdem die schwierige Frage, wie das Problemfeld Rechtsextremismus öffentlich angesprochen werden kann, ohne zugleich den Widerstand gegen die Thematisierung zu verstärken. Ein möglicher Ansatzpunkt für das Vorgehen der Aktiven leitet sich von dem Phänomen der Realexternalisierung (Mentzos, 2002) ab. Aus dieser Perspektive ist das Ziel, die Möglichkeit von Anknüpfungspunkten für die Projektionen des Gegenübers zu begrenzen. In Bezug auf den vorliegenden Fall hieße das beispielsweise, moralisch-vorwurfsvolle oder aggressive Appelle aus einer vermeintlichen Position der Überlegenheit heraus zu vermeiden, um nicht der Projektion aggressiver Anteile der Gegenseite zu entsprechen. Es gilt, sich möglichst wenig als Gegengruppe anzubieten.

Um Gegnerbildung auch auf der eigenen Seite zu vermeiden, sollten in der eigenen Arbeit Reflexionsräume eingerichtet werden, um die Verarbeitung von negativen Affekten, die durch Frustrationen im eigenen Engagement entstehen, zu ermöglichen. Insbesondere die Schaffung von Angeboten zur Supervision könnten sich hier als fruchtbar erweisen. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus in der eigenen Stadtgesellschaft kann nur gelingen, wenn das Bemühen von Demokratieinitiativen auf breite Resonanz stößt. Diese Resonanz wird nicht nur beeinflusst durch politische Verhältnisse, sondern ist auch Folge von komplexen psychosozialen Dynamiken zwischen sozialen Gruppen und sozialen Milieus. Dies macht für Aktive die Analyse der Gründe für die Abwehrhaltungen nicht leichter, eröffnet aber Ansatzpunkte für die Gestaltung der eigenen Arbeit.

LITERATUR

- Brunner, Markus et al. (2018). Psychoanalytische Sozialpsychologie. In Oliver Decker (Hrsg.), *Sozialpsychologie und Sozialtheorie. Band 1: Zugänge* (S. 123–139). Wiesbaden: Springer VS (Lehrbuch).
- Gittner, Natalie / Schmidt, Andre / Schuler, Julia (2022). Zivilgesellschaft als „Bollwerk gegen Rechts“? Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Wurzen. In Oliver Decker / Fiona Kalkstein / Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 67–83). Leipzig: edition überland.
- Haubl, Rolf / Lohl, Jan (2020). Tiefenhermeneutik. In Günter Mey / Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren* (S. 555–577). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Heitmeyer, Wilhelm / Grau, Andreas (2013). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement. In Andreas Grau / Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden* (S. 11–33). Weinheim / Basel: Beltz Juventa.
- Kalkstein, Fiona / Gittner, Natalie (2023). Gehennte Zivilgesellschaft. Tiefenhermeneutische Annäherung an Reflexe und Blockaden demokratischen Engagements. In Oliver Decker / Fiona Kalkstein / Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 251–271). Leipzig: edition überland.
- König, Hans-Dieter (2019). Dichte Interpretation. Zur Methodologie und Methode der Tiefenhermeneutik. In Julia König et al (Hrsg.), *Dichte Interpretation. Tiefenhermeneutik als Methode qualitativer Forschung* (S. 13–86). Wiesbaden: Springer VS.
- List, Eveline (2014). *Psychoanalyse. Geschichte, Theorien, Anwendungen*. 2. Aufl. Wien: Facultas.
- Lohmer, Mathias / Möller, Heidi (2019). *Psychoanalyse in Organisationen. Einführung in die psychodynamische Organisationsberatung*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Lorenzer, Alfred (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In Alfred Lorenzer (Hrsg.), *Kultur-Analysen. Psychoanalytische Studien zur Kultur* (S. 11–98). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Lynen von Berg, Heinz / Roth, Roland (Hrsg.) (2003). *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Mentzos, Stavros (1988). *Interpersonale und institutionalisierte Abwehr*. 8. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mentzos, Stavros (2002). *Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen*. 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (2022). Lokal extrem Rechts. Analyse alltäglicher Vergesellschaftungen – eine Einleitung. In Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hrsg.): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen* (S. 7–17). Bielefeld: transcript.
- Nößler, Robert (2018). Wurzen: Fünf Verletzte bei Übergriffen an Asylunterkunft. Deutsche stürmen Wohnhaus. Leipziger Volkszeitung, 13.01.2018. URL: <https://www.lvz.de/lokales/leipzig-lk/wurzen/wurzen-fuenf-verletzte-bei-uebergriffen-an-asylunterkunftUNZFUBONPVS YLJMDB2C45ZWWA4.html> (12.12.2023).
- Przyborski, Aglaja / Riegler, Julia (2020). Gruppendiskussion und Fokusgruppe. In Günter Mey / Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren* (S. 395–411). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Rohde, Renate (2018). *Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. Eine ethnographische Studie zu Initiativen in Rostock und Mölln*. Dissertation.
- Salheiser, Axel / Rieck, Jennifer Joyce (2021). *Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme und Analyse*. Hrsg. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).
- Schellenberg, Britta (2014). *Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Schellenberg, Britta / Becher, Martin (Hrsg.) (2015). *Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus*. Schwalbach / Ts.: Wochenschau Verlag.
- Staud, Toralf (2007). „Ich gelte als Nestbeschmutzerin“. Bianca Richter und die Bürgerinitiative „Demokratie anstiften“ aus Sachsen. In Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 5* (S. 315–322). Berlin: Suhrkamp.
- Stimpel, Thomas / Olk, Thomas (2012). Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. *GWP-Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 61 (1), 35–44.
- Strobl, Rainer / Würtz, Stefanie / Klemm, Jana (2003). *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Weinheim, München: Juventa Verlag.
- Zeit Online (2015). Flüchtlinge von deutschen Mitschülern attackiert. *Zeit Online*, 10.12.2015. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-12/sachsen-wurzen-fluechtlinge-angriff> (23.11.2023).





Zwischen Fatalismus und Selbstbehauptung

Facetten des Deprivationserlebens von Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen

Am Rande eines Sozialprotests in einer sächsischen Großstadt steht Richard¹ und blickt skeptisch in Richtung der Bühne. Als Teil einer streikenden Belegschaft ist er auf die Kundgebung gekommen, um auf den betrieblichen Kampf für höhere Löhne aufmerksam zu machen. Die Reden der veranstaltenden Politikerinnen und Politiker können ihn jedoch nicht mitreißen. Von den Parteien halte er nichts, sagt er. Er wähle nicht mehr, höchstens mal die AfD, doch auch von denen erwarte er sich dabei keinerlei Verbesserungen für sein Leben. Aus der Diskussion um die Politik-, Parteien- oder gar Demokratieverdrossenheit in der Bevölkerung sind solche oder ähnliche Aussagen bekannt, wie sie uns bei Richard, aber auch bei vielen anderen Gesprächspartnern im Rahmen unserer Forschung begegnet sind. In der Demokratieforschung werden sie unter dem Begriff der „Deprivation“ verhandelt, der das Erleben von Einflusslosigkeit und Benachteiligung beschreibt, und sind ein Dauerthema: Bereits Erich Fromm (1937, 114) hatte den Widerspruch zwischen dem Imperativ zu gestalten und der mehr oder weniger bewussten Erfahrung, „von den Zentren der politischen und ökonomischen Macht“ getrennt zu sein, beschrieben. Der Sozialphilosoph Max Scheler (1912) wiederum sah in der Ohnmacht einen Nährboden des Ressentiments.

In der zeitgenössischen Politikwissenschaft werden postdemokratische Zustände analysiert (Crouch, 2008; Detje et al., 2013) und Verlustängste und -erfahrungen als Erklärungsansatz etwa für demokratiefeindliche Einstellungen (Rippl/Baier, 2005; Rippl/Seipel, 2018;

1) Bei den im Text angegebenen Namen unserer Gesprächspartnerinnen und -partner handelt es sich um Pseudonyme. Zudem haben wir alle Informationen, die Rückschlüsse auf die Personen zulassen würden, verfremdet.

Jensen, 2017) angeführt. Erst kürzlich hat auch eine Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts besorgniserregend hohe Werte von politischer Deprivation und dem Gefühl vorenthaltener Anerkennung in den ostdeutschen Bundesländern gemessen (Decker et al., 2023, 21–26).

Anhand der Belegschaft eines Nahrungsmittelbetriebs in Sachsen untersuchen wir in diesem Beitrag beispielhaft verschiedene Facetten des Deprivationserlebens von Arbeiterinnen und Arbeitern im sächsischen Niedriglohnssektor. Unsere Ausgangsthese ist, dass sich soziale, wirtschaftliche und politische Aspekte zu einem lebensweltlich umfassenden Deprivationserleben verknüpfen und dass dabei Alltagserfahrungen von Ohnmacht und Benachteiligung in der Arbeitswelt eine wichtige Rolle spielen. Der Niedriglohnbereich ist in Sachsen besonders ausgeprägt, hier liegen drei der fünf Landkreise mit dem bundesweit höchsten Anteil an Geringverdienenden (Seils/Emmler, 2022). Zudem prägen zurückliegende und anstehende Transformationsprozesse, geringe Tarifbindung (Schulten et al., 2020), eine wenig ausgebildete Mitbestimmungskultur und ein häufig patriarchaler Führungsstil (Bose/Schmidt, 2023) die Arbeitsverhältnisse im Freistaat. Dennoch sind die Alltagserfahrungen und Anliegen von Menschen in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen in öffentlichen Debatten um Demokratie und Demokratiestärkung noch immer unterrepräsentiert und werden selten systematisch in den Blick genommen (Beck/Westheuser, 2022; Dörre, 2020; Brinkmann et al., 2020). Mit unserer Untersuchung möchten wir zu einem tieferen Verständnis der sozialen Hintergründe demokratiepolitischer Probleme in Ostdeutschland beitragen.

Im Folgenden skizzieren wir zunächst unsere Überlegungen zum Zusammenhang von Deprivationserleben und alltäglichen Arbeitserfahrungen. Daran anschließend berichten wir aus unserer Fallstudie in einem Lebensmittelbetrieb in einer sächsischen Mittelstadt² und beschreiben, wie die Beschäftigten Deprivation in der Arbeitswelt erleben. Wir skizzieren, wie diese Erfahrungen kollektivierend und verallgemeinernd gedeutet und mit dem Erleben von Ohnmacht und Benachteiligung im politischen Raum verknüpft werden. Abschließend führen wir unsere Ergebnisse zusammen und diskutieren die politischen Konsequenzen unserer Beobachtungen.

2) Informationen zum von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt am EFBI finden sich unter <https://efbi.de/handlungsfachigkeit-wieder-entdecken-arbeitskaempfe-lokale-demokratische-kultur-und-strukturwandel-in-sachsen.html>.

DEPRIVATIONSERLEBEN UND SEINE SOZIALEN HINTERGRÜNDE

Der Begriff ‚Deprivation‘ beschreibt das Erleben von Ohnmacht, Kontrollverlust und Benachteiligung, das auf enttäuschte Ansprüche und Erwartungen zurückgeht. Diese „frustrated wants and violated entitlements“ (Crosby, 1984, 51) beziehen sich auf eine vergangene, zukünftig erhoffte oder bei anderen Gruppen beobachtete Vergleichssituation. Das Deprivationserleben drückt damit eine subjektive Wahrnehmung aus, ein Verhältnis, in das sich die Einzelnen zur Welt setzen (Walker/Pettigrew, 1984), und ist häufig an starke Emotionen geknüpft: Laut Smith et al. (2012, 203) gehen die enttäuschten Ansprüche und Erwartungen einher mit „feelings of anger and resentment“.

Das politische Deprivationserleben ist zuletzt angestiegen und in Ostdeutschland und Sachsen besonders hoch (Decker et al., 2022; Decker et al., 2023): 2022 stimmten in Sachsen 80,9% der Befragten der Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ zu und 65,5% fanden sich in der Aussage „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ wieder (Decker et al., 2023, 20). Im „Umgang mit Ämtern und Behörden“ fühlen sich außerdem 35,5% „oft ausgeliefert“, 32,6% fühlen sich manchmal „als Mensch zweiter Klasse“ und 36,1% haben gelegentlich „den Eindruck, meine Rechte bestehen nur auf dem Papier“ (ebd., 23).

Ein solches Erleben hat auch sozialstrukturelle Hintergründe: Politische Deprivation ist bei Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, geringeren Einkommen und einfacheren Berufen weiter verbreitet (Bödeker, 2012), politische Partizipation zunehmend sozial stratifiziert (Schäfer, 2014; Abendschön/Roßteutscher, 2016). Studien weisen außerdem darauf hin, dass arme Menschen (Schäfer, 2014; Schäfer et al., 2018) sowie Arbeiterinnen und Arbeiter (Elff/Roßteutscher, 2016; Güllner, 2013) sich seltener an Wahlen beteiligen und Parteien die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Menschen in unteren Einkommensschichten kaum berücksichtigen (Elsässer, 2018; Elsässer et al., 2017). Wenn die Repräsentation brüchig wird und Möglichkeiten der politischen Mitsprache zu schrumpfen scheinen, trägt das zur Entwicklung eines „reaktive[n] Unrechtsbewusstsein[s]“ (Beck/Westheuser, 2022) unter Arbeiterinnen und Arbeitern bei. Dieses entzündet sich daran, dass sie ihre zumeist implizit bleibenden, aber moralisch tief verankerten Ansprüche auf (Leistungs-)Gerechtigkeit, Interessensaus-

gleich und Zugehörigkeit zu den respektablen Teilen der Bevölkerung verletzt sehen (ebd.; siehe auch Kiess et al., 2022).

In unserer eigenen Forschung konnten wir Hinweise darauf finden, dass die politische Deprivation und das Erleben von Handlungsfähigkeit in der Arbeitswelt miteinander zusammenhängen (Kiess et al., 2023, 39 f.): Je mehr sich Befragte „bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen“ fühlen, desto eher halten sie es auch „für sinnlos, [sich] politisch zu engagieren“. Machen sie hingegen die Erfahrung, im Betrieb „über Gewerkschaften und Betriebsräte offen sprechen“, „Probleme und Konflikte im Betrieb [...] gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen“ lösen und auch „etwas zum Positiven verändern“ zu können, wenn sie im Betrieb aktiv werden, so zeigen sie sich auch weniger politisch ohnmächtig. Das demokratische Wirksamkeitserleben in der Arbeitswelt korreliert zudem mit demokratischen Einstellungen (Kiess/Schmidt, 2020; Kiess et al., 2023).

FACETTEN DES DEPRIVATIONSERLEBENS IN EINER SÄCHSISCHEN NIEDRIGLOHNBELEGSCHAFT

Das Deprivationserleben von Arbeiterinnen und Arbeitern im Niedriglohnbereich rekonstruieren wir im Folgenden anhand einer qualitativen Fallstudie in einem Unternehmen der Lebensmittelindustrie in einer sächsischen Mittelstadt. Das Unternehmen ist als überregional bekannte Marke und wichtiger Arbeitgeber ein Aushängeschild der Stadt. In der DDR erfolgreich, wurde der Betrieb nach der Wende von einem westdeutschen Konzern gekauft und weitergeführt. Die Unternehmensführung setzt im ostdeutschen Werk weitgehend auf Beschäftigung zu Niedriglöhnen, Entwicklungs- und Investitionsentscheidungen wurden die längste Zeit in Westdeutschland getroffen. Nach der Übernahme gab es im Unternehmen über 20 Jahre lang keinen Betriebsrat. Mit diesen Merkmalen zeigt der Fall idealtypisch Arbeitsverhältnisse, die in Sachsen nicht nur in der Nahrungsmittelindustrie lange charakteristisch waren und vielerorts noch sind (Kiess, 2020). Vor circa fünf Jahren begannen die Beschäftigten sich gewerkschaftlich zu organisieren und führen seitdem regelmäßig teilweise harte betriebliche Auseinandersetzungen.

Im vergangenen Jahr haben wir die Belegschaft über mehrere Wochen begleitet und im Rahmen von zwei Gruppendiskussionen (GD1, GD2) mit sechs bzw. sieben Produktionsbeschäftigten im Alter von 20

bis 65 Jahren über ihre Alltagserfahrungen, das betriebliche Engagement und politische Perspektiven gesprochen. Gruppendiskussionen sind etablierter Bestandteil der qualitativen Sozialforschung und erlauben es uns, Erfahrungen, „Lebens- und Praxisentwürfe“ (König, 2019; Bohnsack, 2014) sowie die Bedeutungen, die Beschäftigte ihrem Handeln und den sozialen Bedingungen zuschreiben, in möglichst realitätsnahem Setting zu erforschen. Diese Bedeutungen sind nicht nur kollektiv geteilt, sondern auch umkämpft und werden in konkreten Beziehungen ausgehandelt und hervorgebracht. Dabei spielen insbesondere auch Emotionen und Affekte, Bedürfnisse, Wünsche und Ängste eine wichtige Rolle (Kühn/Koschel, 2011). Zudem führten wir vier narrativ-biografische Einzelinterviews mit Beschäftigten dreier Generationen (Interview mit Lisa, Anfang 20; Interview mit Annett, Mitte 40; Interview mit Dirk und Interview mit Monika, beide Anfang 60 Jahre alt). Diese Interviews geben über biografisch erworbene individuelle, aber auch generationentypische und gesellschaftlich geprägte Wahrnehmungsmuster, Relevanzstrukturen und Handlungsorientierungen Aufschluss (Schütze, 1983). Zehn ethnografische Protokolle von teilnehmenden Beobachtungen bei Streikveranstaltungen (Protokolle 1–10) ergänzen die kollektiven und individuellen Erzählungen in Gruppendiskussionen und Interviews und ermöglichen zusätzliche Einblicke in soziale Praxen und Interaktionen während des Streiks (Breidenstein et al., 2015). Die Protokolle enthalten neben Situationsbeschreibungen auch wörtliche Rede aus Gesprächen zwischen den Beteiligten bzw. zwischen den Beteiligten und den Forschenden, die teilweise ebenfalls wiedergegeben wird.

Das gewonnene Material wird mithilfe der sozialpsychologisch inspirierten Methode der Tiefenhermeneutik ausgewertet (Bereswill et al., 2010, König, 2019), um neben manifest geäußerten Inhalten auch nicht versprachlichte Bedeutungen zu erschließen, die sich in Affekten, Interaktionsdynamiken oder Sprechweisen transportieren (Leithäuser/Volmerg, 1988). Der vorliegende Beitrag präsentiert mit seinem Fokus auf das Deprivationserleben der Beschäftigten eine erste Teilauswertung des Materials.

ARBEITEN „AUF VERSCHLEISS“ : KONTROLLVERLUSTE
IM ARBEITSPROZESS

Die Beschäftigten thematisieren in den Gesprächen nachdrücklich, dass Gefühle von Ohnmacht und Kontrollverlust ein prägender Bestandteil ihrer Alltagserfahrung in ihrem Arbeitsleben sind. Der Mangel an Autonomie im Arbeitsprozess ist charakteristisch für die Produktionsarbeit und macht vielerorts das Erleben von Fremdbestimmtheit und Kontrollverlust der Beschäftigten aus. Verschärft wird dieses Erleben im von uns untersuchten Fall durch Arbeitsbedingungen, welche die Befragten als aufreibend und inhuman beschreiben und auf ausbleibende Investitionen in Maschinen und Personal zurückführen. Arbeitsschritte seien nur unzureichend automatisiert, die Maschinen und Anlagen in der Produktion alt und störanfällig. Plastisch beschreibt eine Beschäftigte, wie sie den Fluss der Produkte auf dem Fließband nicht maschinell per Knopfdruck oder Schalthebel, sondern notdürftig mit Hilfe des eigenen Arms regulieren müsse, um diese dann verpacken zu können (Interview Lisa, 603–618). Auch der Personalmangel, den die Beschäftigten durch Mehrarbeit und hohe Flexibilität bei Schichtarbeit auch an Wochenenden und in der Nacht auszugleichen versuchen, verstärkt den Stress und erschwert den Beschäftigten, das eigene Leben zu gestalten. Als Arbeit „auf Verschleiß“ (GD2, Jonas, 843) beschreiben die Beschäftigten, wie sie unter erheblichen psychischen und gesundheitlichen Kosten versuchen, Mängel in der Arbeitsorganisation zu kompensieren, ein Mindestmaß an Kontrolle über die Arbeit zurückzugewinnen und die Vorgaben der Geschäftsführung trotz widriger Bedingungen zu erfüllen, kurz „die Produktion aufrecht zu erhalten“ (GD2, Monika, 294). Das in der Redewendung „auf Verschleiß“ anklingende Erleben der Arbeitenden, entmenschlicht zu sein und sich wie Maschinen verschlissen zu fühlen, wird in der folgenden Gesprächssequenz deutlich:

Andrea: Wir rammeln wie die Kaputten und rennen und drehen und machen und tun und ...

Nicole: Genau, und dann biste nach den acht Stunden eigentlich nur noch tot.

Johannes: Ja.

GD2, 741–758

Bemerkenswert an diesem Dialog ist nicht nur die Brutalität der Arbeitserfahrung, die im Bild eines kopflosen Rotierens, das jegliche Lebensenergien nimmt, zum Ausdruck kommt, sondern auch, wie einmütig fatalistisch die drei hier im Gespräch Befindlichen auf ihre Arbeit blicken. Alternative Handlungsoptionen oder Freiheitsgrade im Umgang mit den verzehrenden Arbeitsbedingungen scheinen sie nicht wahrzunehmen. Zwar artikuliert sich in Andreas Aussage noch eine gewisse Wut, diese wird jedoch schnell von einem Konsens erschöpfter Resignation überdeckt. Vorherrschend ist das Gefühl, nicht viel ändern zu können und durchhalten zu müssen, so gut es geht.

„DU BIST WIRKLICH NUR EINE NUMMER“ : DEM MANAGEMENT
AUSGELIEFERT

Auch in der asymmetrischen Beziehung zu Vorgesetzten und Management beschreiben unsere Interviewpartnerinnen und -partner Ohnmachtserfahrungen, zudem fühlen sie sich abgewertet. So würden Vorgesetzte die Beschäftigten für die Störungen der Maschinen verantwortlich machen, ihre Leistung und Fähigkeiten in Frage stellen und ihren persönlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Produktion unter schwierigen Bedingungen übersehen oder gar bewusst leugnen. Eigene Ideen und in der Praxis erworbenes Produktionswissen, zum Beispiel darüber, wie Arbeitsabläufe effizienter gestaltet und Ausschuss vermieden werden könnten, könnten sie nicht einbringen. Stattdessen werde der Profitdruck der Eigentümer nach unten durchgegeben. Dadurch fühlen sich die Beschäftigten entwertet. Das bringen zwei junge Facharbeiter in der folgenden Sequenz zum Ausdruck:

Johannes: Die sagen, du bist dort nichts Wert, du bist wirklich nur eine Nummer, du bist an deiner Anlage, du hast deine Arbeit zu machen.

Linda: Das merkst du auch jeden Tag.

Johannes: Und das ist auch ganz leichte Arbeit, das kann ja jeder Pimperl.

GD2, 324–328

Insbesondere jüngere Beschäftigte berichten, dass die erlebte Abwertung durch Vorgesetzte sie psychisch derart belastet hätte, dass sie trotz

eigentlicher Freude an der Arbeit und Sympathie für die Kolleginnen und Kollegen letztendlich eine Kündigung erwägen (z.B. Interview Lisa, 813–829).

Die Abwertungen wiegen auch deshalb so schwer, da sie bei den Beschäftigten auf das tiefsitzende Gefühl treffen, gegenüber dem Arbeitgeber und der Geschäftsleitung „gehemmt“ zu sein (GD1, Astrid, 108; Dirk, 124). Während die jüngeren Teilnehmenden der Gruppendiskussionen und die junge Arbeiterin im Einzelinterview Wut und Frustration äußern und für sich die Exit-Option der Kündigung erwägen, erleben sich insbesondere Ältere ohnmächtig und haben Ängste angesichts ihrer verletzlichen Lage. In verschiedenen Schilderungen wird deutlich, wie sie sich als einzelne Angestellte gegenüber der Geschäftsführung unterlegen und ohne Einfluss fühlen, während sie zugleich Angst vor persönlichen Nachteilen haben, sollten sie tatsächlich Probleme ansprechen oder negativ auffallen. Sie misstrauen Angeboten zum offenen Gespräch, welche die Geschäftsführung formuliert habe, und fürchten sich vor Willkür: Der „normale[] Angestellte“ (GD1, Peter, 128) riskiere in Form von Schikane oder Kündigung „in den Rücken gestoßen“ zu werden (GD1, Gerald, 139–142), sobald „du den Mund aufmachst“ (GD1, Astrid, 324). Die Beziehung zum Management sei geprägt durch Angst und entsprechende Umgangsformen, also Anpassung und „duckmäuserisch[es]“ Verhalten (GD1, Astrid, 2013). So berichtet eine Beschäftigte, wie sie an ihrem ersten Tag im Unternehmen von neuen Kolleginnen mit den Worten begrüßt worden sei: „Wenn du deinen Mund hältst, kannst du hier lange arbeiten und dann kannst du auch hier in Rente gehen“ (GD1, Astrid, 315f.).

Das Gefühl, Management und Unternehmern ausgeliefert zu sein, beschränkt sich dabei nicht nur auf konkrete Erfahrungen im Betrieb. Interviewte beschreiben auch ihre existenzielle Abhängigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Dieses Erleben entspricht der strukturellen Not der Lohnabhängigen, Abnehmer für ihre Arbeitskraft zu finden. Angesichts von Fachkräftemangel und demografischer Entwicklung überrascht jedoch, wie präsent dies auch bei jungen und gut ausgebildeten Beschäftigten ist, deren Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt sich zuletzt stark verbessert hat. Eindrücklich zeigen das die Aussagen einer jungen Facharbeiterin, die sich sorgt, aufgrund ihres sichtbaren gewerkschaftlichen Engagements im derzeitigen Betrieb den Arbeitgeber nicht mehr wechseln zu können (Interview Lisa, 1563–1573). Trotz der Erfahrung persönlicher

und kollektiver Handlungsfähigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation und trotz der veränderten Arbeitsmarktlage bleibt das Gefühl, den Arbeitgebern am Ende ausgeliefert zu sein, auch bei ihr tief verankert:

Wir sind alle irgendwo auch abhängig von den Unternehmen, weil wir arbeiten in diesen Unternehmen, wir leben durch die Unternehmen.

Interview Lisa, 1812–1814

„WIE VIEL SIND WIR DENN EUCH WERT“ : NIEDRIGLOHN ALS MANIFESTATION VON ENTWERTUNG UND KONTROLLVERLUST

Ein Punkt, an dem sich das arbeitsweltliche Deprivationserleben der Interviewten besonders verdichtet, ist der niedrige Lohn. Die Frage des Lohns verbindet die betrieblichen Verhältnisse sowie die alltägliche Lebensführung und die gesellschaftliche Lage der Beschäftigten. An ihr machen sich Ängste und das Gefühl von Kontrollverlust fest: Einkäufe im Restpostenladen und das Warten auf Angebote ersetzen den zu teuren Einkauf im Supermarkt, Gespartes muss für Miete und Lebensmittel verwendet werden, und es ist nicht mehr daran zu denken, Geld als Vorsorge für die Zukunft oder Reserven für etwaige Notfälle zur Seite zu legen. Ereignisse wie die sprunghaften Preissteigerungen ab 2022 können vor diesem Hintergrund zur kaum kalkulierbaren Krise werden und die Zukunftsplanung prekär werden lassen:

Jonas: Ich muss immer ans Sparbuch ran, weil das vorne und hinten schon gar nicht mehr hinhaut, und das greift mich dann irgendwie auch so ein bisschen an, weil man hat das ja jahrelang zusammengespart für später eigentlich auch schon, oder wenn mal irgendwas sein sollte, lass mal einen Unfall passieren.

Nicole: Sagen sie ja immer, in der Jugend sollst du anfangen jetzt für die Rente vorzusorgen. Aber von was, in der Zeit jetzt geht's überhaupt nicht mehr.

Monika: Und die Nebenkostenabrechnung kommt erst noch, das weiß ja noch keiner, was das bedeutet. Und die wird ja nicht weniger, im Gegenteil.

GD2, 1250–1280

Neben dem ökonomischen Druck und den daraus resultierenden Ausschlussverfahren und Kontrollverlusten kommt dem Lohn für die Befragten auch eine enorme symbolische Bedeutung zu. Das geringe Gehalt zeige in ihren Augen den geringen Wert, der ihnen zugesprochen werde:

Die Geschäftsleitung sagt, wir kriegen keine Lohnerhöhung. [...] Wo man sich dann auch fragt, wie viel sind wir denn euch wert.

GD1, Lisa, 701-703

Diese auch symbolisch wahrgenommene Abwertung erzeugt Frust und verletzt etablierte moralische Erwartungen der Beschäftigten. Die Frage des Lohns berührt in besonderer Weise ihre normativen Vorstellungen von Gerechtigkeit, Anerkennung und der Legitimität der gesellschaftlichen Hierarchie. In der niedrigen Bezahlung manifestiert sich für sie nicht nur die Gewissheit, der Geschäftsleitung ‚nichts wert‘ zu sein, sondern sie geht auch mit dem Wissen einher, in der Gesellschaft „ganz unten“ zu sein (GD1, Gerald, 1019-1021) und nicht mehr „ganz normal leben“ zu können (GD2, Monika, 1284).

ZWISCHEN FATALISMUS UND SELBSTBEHAUPTUNG

Neben den Erscheinungen des arbeitsweltlichen Deprivationserlebens, welche die Beschäftigten thematisieren, ist nicht zuletzt auch die Art und Weise, wie sie dies tun, aussagekräftig. Dabei sticht zunächst ins Auge, dass im Gegensatz zu Aussagen über ihr Gefühl politischer Deprivation, die häufig vage und diffus vorgebracht werden, ihre Schilderungen über Abwertung, Fremdbestimmtheit und Kontrollverlust in der Arbeitswelt meist auf konkrete eigene Erlebnisse referieren und einen deutlichen emotionalen Gehalt aufweisen. Die Interviews zeigen zudem eine starke Ambivalenz zwischen Resignation und Fatalismus, mit der die Beschäftigten diese Erfahrungen thematisieren, einerseits und einer Tendenz zur Selbstbehauptung, mit der sie sich gegen die erlebte Kränkung wehren und Kritik üben, andererseits. Deutlich wird, dass die erlebte Ohnmacht in objektiven und subjektiven Faktoren gründet. Zum einen verunmöglichen die aufzehrenden Arbeitsbedingungen und die prekäre Entlohnung Erfahrungen von planvoll gestaltendem Handeln, Kontroll- und Wirk-

samkeitserleben in einem zentralen Bereich des Alltags und werfen die Interviewten wiederholt auf den Modus situativer Bewältigung zurück. Dass sich viele Beschäftigte, und darunter insbesondere die älteren, jedoch die längste Zeit engagiert in die Arbeit „auf Verschleiß“ fügten und ihr Gefühl von Abhängigkeit gegenüber den Unternehmern und ihr Wunsch nach Anerkennung durch Vorgesetzte dem Bewusstsein von eigener Macht entgegenstand, verweist zum anderen auch auf eine gewisse Form der ‚inneren Unfreiheit‘, welche den objektiven Mangel an Kontrolle und Einfluss verstärkt. Wie in den Gruppendiskussionen und Interviews deutlich wird, geht diese innere Unfreiheit insbesondere bei den älteren Befragten auf starke Identifikation mit „dem Betrieb“ und „der Produktion“ zurück. Diese Identifikation mit dem Unternehmen und seinen Zielen kann als ein zentraler Anpassungsmechanismus verstanden werden, der es den Einzelnen ermöglicht, sich auch subjektiv in die fremdbestimmte Lohnarbeit zu integrieren und trotz alltäglicher Zumutungen handlungsfähig zu sein. Umgekehrt kann das Arbeitshandeln dabei eine subjektiv bedeutsame Funktion bekommen, wenn es zum Beispiel zur Regulation des Selbstwerts beiträgt (Leithäuser/Volmerg, 1988). Neben der Identifikation mit dem Unternehmen binden biografisch tief verankerte Ängste vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg die Beschäftigten an den Status Quo in ihrem Arbeitsalltag – obwohl die objektive Arbeitsmarktlage zuletzt mehr Handlungsspielräume eröffnete und so mehr Selbstbewusstsein zulassen würde.

Dennoch thematisieren unsere Gesprächspartner und -partnerinnen ihre Deprivationserfahrungen nicht als passive ‚Opfer‘, sondern üben Kritik, die Eigensinn und auch ein gewisses Selbstbewusstsein ausdrückt. So werden in vielen Aussagen der Beschäftigten eine Reziprozitätserwartung in der Beziehung zwischen Beschäftigten und Management bzw. Vorgesetzten sowie teilweise auch ein Anspruch auf Mitgestaltung des Arbeitsprozesses deutlich. Sie zeigen sich bereit, Verantwortung zu übernehmen und flexible Schichtarbeit und Arbeitsverdichtung mitzutragen, wenn ihre Leistungen und Opfer durch freie Tage bei besonderem Bedarf, durch Dankbarkeit und Wertschätzung oder aber insbesondere monetär anerkannt werden. Dieses Selbstbewusstsein artikuliert sich in folgendem Zitat einer Beschäftigten:

Wir müssen ja auch über diese Krise kommen. Wir sind im Betrieb angehalten worden, zum Beispiel Strom zu sparen

und so weiter. Das macht man doch auch gerne, aber doch nur, wenn man auch anerkannt wird als Arbeiter, ja? Das ist doch immer ein Geben und ein Nehmen, und hier ist aber nur ein Nehmen und kein Geben und das kann nicht sein.

GD2, Monika, 1523-1531

Versuche der Selbstbehauptung gegen Erfahrungen von Missachtung werden auch da deutlich, wo die Beschäftigten sich über Manager lustig machen und diese als betriebswirtschaftlich unklug und irrational handelnde „Taugenichtse“ darstellen (z.B. GD1, Lisa, 530-545). Das humorvolle Depotenzieren des sonst übermächtig wirkenden Managements kann auch als Umgang mit den oben geschilderten Ohnmachtsgefühlen als einfache Beschäftigte verstanden werden.

KOLLEKTIVIERENDE DEUTUNGEN ALS PRODUKTIONSARBEITER UND ALS OSTDEUTSCHE

Benachteiligung und Mangel an Einfluss bis hin zu Ohnmacht prägen nicht nur das individuelle Erleben der Beschäftigten, sie werden auch als kollektiv geteilte Erfahrungen formuliert. Wenn sie über ihre Lage im Betrieb und in der Gesellschaft sprechen, greifen die Befragten auf ähnliche Deutungsmuster und Verallgemeinerungen zurück: Einflusslos und benachteiligt sehen sie sich als Ostdeutsche und als einfache Arbeiter. So schildern sie eine über die konkrete betriebliche Situation hinausgehende allgemeinere Lage, die in ihrer Wahrnehmung ihr ganzes Leben prägt und die sie als einen gesellschaftlichen Missstand erleben. Welche Funktionen haben diese kollektivierenden Deutungen ihrer Deprivationserfahrungen und mit welchen Abgrenzungen und Ausschlüssen gehen sie einher?

„ECHTE ARBEIT“ UND DER „WASSERKOPF“: PRODUZENTENSTOLZ UND LEISTUNGSBEWUSSTSEIN

Die Beschäftigten begreifen sich als tüchtige, bescheidene Arbeiterinnen und Arbeiter, die unter den oben beschriebenen widrigen Bedingungen die Produktion aufrechterhielten. Sie seien die, „die wirklich arbeiten“ (GD2, Monika, 280f.) und „echte Werte schaffen“ (Markus, Protokoll 9). In den Schilderungen ihres Arbeitsalltags transportiert

sich stolz auf die eigene Leistung und eine Identifikation mit dem Produkt und dem Unternehmen. Die eigene „echte“, manuelle Arbeit werde aber weder im Betrieb noch gesamtgesellschaftlich wertgeschätzt. Stattdessen wachse, wie eine Teilnehmerin einer Gruppendiskussion schildert, die Zahl der überbezahlten und weniger wichtigen Büroangestellten immer weiter:

Man sagt immer, der Wasserkopf wird immer mehr und die wirklich arbeiten, die werden immer weniger und die sollen nicht mehr verdienen, sondern die sollen am besten unten gehalten werden und die anderen oben verdienen trotzdem immer mehr und //(zustimmendes Murmeln) //das kann ja nicht sein.

GD2, Monika, 280-286

Der Vergleich erzeugt Wut und Frust: Man selbst arbeite im Kontrast zur bequemen Bürotätigkeit körperlich und im Schichtsystem, habe Arbeitsunfälle, Personalmangel, Arbeitsverdichtung und den schlechten Zustand der Maschinen zu ertragen und müsse dafür eine (auch monetäre) Geringschätzung hinnehmen. Zudem profitierten – so die Erzählung in mehreren unserer Gespräche (z.B. GD1, Astrid, 481-499; GD2, Monika, Johannes, Jonas, 218-254) – die Büroangestellten im Unternehmen von den gewerkschaftlichen Errungenschaften der Produktionsarbeiter, ohne sich jemals an der Organisierung zu beteiligen. Sie gelten den Beschäftigten der Produktion somit in einem doppelten Sinne als privilegierter „Wasserkopf“, den sie selbst mit ihrer Arbeit überhaupt erst ermöglichen. Im Zitat wird eine verallgemeinerte Kritik an der Schlechterstellung und mangelnden Anerkennung manueller Arbeit deutlich, die sich nicht nur auf die betriebliche, sondern die gesellschaftliche Arbeitsteilung bezieht.

Das Bild des „Wasserkopfs“ bemühen die Beschäftigten interessanterweise nicht nur für die nicht-manuelle Arbeit, sondern auch, um den Politikbetrieb im Bundestag zu kritisieren, mit dem sie im Rahmen ihres Streiks zu tun haben (Eddy, Protokoll 9). Dieser erscheint jedenfalls einigen von ihnen fremd, weit weg (Markus, Protokoll 9; Peter, Protokoll 8) und „viel zu kompliziert“ (Peter, Protokoll 8). Mangelndes Vertrauen in Politikerinnen und Politiker, Zweifel an der „Demokratie in Führungsstrichen“ (GD1, Gerald, 1473), Ablehnung von pluralistischem

Meinungsstreit und parlamentarischer Aushandlung (Peter, Lisa, Protokoll 6), stereotype Ansichten über Politikerinnen und Politiker, welche als faul (Peter, Protokolle 8 und 9), unehrlich (Peter, Protokoll 6), überbezahlt (Richard, Lisa, Protokoll 6), als „Studierte“ abgehoben (Markus, Protokoll 9) und von den „kleinen Leuten“ (Lisa, Protokoll 6) und dem „normalen Leben“ weit entfernt wahrgenommen werden (Markus, Protokoll 9), sind in der Belegschaft weit verbreitet. Im Kontrast zum „Wasserkopf“ betonen sie erneut, dass sie als „normale Leute“ und Arbeiter rechtschaffen, ehrlich und bodenständig seien und äußern wiederholt Stolz auf ihre Leistung in der Produktion (Markus, Eddy, Protokoll 9). „Jemand wie wir“, so die Wahrnehmung eines Beschäftigten (Markus, Protokoll 9), komme in der Welt der Politik jedoch nicht vor, passe mit seiner Kleidung und seinem Auftreten nicht dahin und werde dort auch von niemandem vertreten.

In diesem Sinne lässt sich die mehrfache, ressentimentbehaftete Abgrenzung von den „Studierten“, dem „Wasserkopf“ in Betrieb und Politik auch als Selbstvergewisserung verstehen. Sie greift – wie im Gegenzug auch die Aufwertung der eigenen Rolle als Produktionsarbeiter – auf ideologische Vorstellungen von manueller Arbeit als „echter, werteschaaffender Arbeit“ (Protokoll 9) und nicht-manueller und intellektueller Tätigkeit als ‚parasitär‘ zurück.

„MENSCH ZWEITER KLASSE“ : DIE SCHLECHTERSTELLUNG OSTDEUTSCHER

Die Beschäftigten des von uns untersuchten Lebensmittelbetriebs sehen sich aber nicht nur als Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern insbesondere als Ostdeutsche kollektiv abgewertet und benachteiligt. Die im Vergleich zu Westdeutschland niedrigeren Löhne in Ostdeutschland erzeugen bei ihnen großen Frust. Sie vergleichen sich zum einen mit den Beschäftigten der westdeutschen Standorte des Lebensmittelunternehmens, die für die gleiche Arbeit mehr Geld verdienen, zum anderen aber auch mit einem allgemeinen westdeutschen Normalitätsstandard, hinter den sie trotz hoher Leistung und guter Ausbildung unverschuldet zurückfielen, wie eine Befragte schildert:

Warum müssen wir alle unsere Heimat verlassen, um in den alten Bundesländern zu arbeiten und warum können wir nicht

hier auch die Löhne bekommen? [...] Wir arbeiten nicht schlechter, im Gegenteil, unsere – egal wer, die arbeiten alle sehr gut und wir haben auch alle 'ne gute Berufsausbildung.

GD2, Monika, 1084–1091

Beschäftigte berichten mit Bedauern vom Wegzug der eigenen Kinder nach Westdeutschland, weil in Ostdeutschland keine akzeptablen Ausbildungs- oder Arbeitsplätze zu finden gewesen seien (Max, Protokolle 3 und 4; Interview Monika, 819–906). Benachteiligung im Vergleich zu Westdeutschland nehmen sie nicht nur beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen wahr, sondern gehen teilweise sogar so weit, westdeutschen Unternehmern dabei eine bewusste Strategie und Absicht zu unterstellen. Die niedrigeren Löhne und billigeren Produktionskosten im Osten ermöglichen, so die verbreitete und mit Entrüstung vorgebrachte Erzählung, dem westdeutschen Eigentümer ihres Werks höhere Gewinne, die dann mithilfe einer „verdeckten Gewinnabführung“ (GD1, Dirk, 783) in den westdeutschen Standorten investiert würden (GD2, Monika, 467 f.; GD1, Dirk, 783 f., 1714–1719):

Die [Gewinne] werden dort versteuert, ist ne legale Sache, aber ist ne große Schweinerei für'n Osten, für Sachsen, für unsere Stadt.

GD1, Dirk, 1714–1719

Das trotz veralteter Maschinen und Personalmangel profitable Werk in Sachsen komme für die Investitionen in den westdeutschen Standorten und den Gewinn eines Westdeutschen auf: „Der Westen lebt gut auf Kosten des Ostens“, so bringt ein Mitarbeiter den in der Belegschaft verbreiteten Frust auf den Punkt (Mirko, Protokoll 5). Die verallgemeinernden Formulierungen „der Osten“ und „die Heimat“ weisen auf eine Identifikation mit der Region hin, die man – über die konkrete betriebliche Situation hinaus – zu Unrecht schlecht behandelt und sogar bewusst ausgenutzt sieht.

In der folgenden Passage aus einer Gruppendiskussion wird eine breit geteilte Hoffnungslosigkeit deutlich, dass sich an der Ost-West-Ungleichheit etwas ändern könne. Dafür fehle sowohl der Veränderungsdruck von unten als auch der politische Wille:

Johannes: Es wird sich in der Politik nichts ändern, das- ich glaub's nicht, weil bei diesem Ost-West-Gefälle, das ist ja nicht nur im Gehalt, das ist ja in allen Lebensbereichen und das - pff.

Andrea: Das ist ja ne generelle -

Monika: Es müsste mehr Druck auf Politik kommen.

(Alle reden plötzlich sehr laut durcheinander)

Johannes: Es ist gar nicht gewollt, dass sich was ändert, oder?

GD2, 1419-1425

Ein Beschäftigter greift sogar auf den drastischen Vergleich mit der Sklaverei und der fortwirkenden Benachteiligung Schwarzer in den USA zurück, um sein Ungerechtigkeitsgefühl auszudrücken (Georg, Protokoll 10). Eine weitere Befragte verallgemeinert im Einzelinterview die Schlechterstellung des eigenen Sohns im Westen zu einer kollektiven ostdeutschen Erfahrung und verwendet dafür die im Diskurs über Ostdeutschland bekannte Formulierung der „Menschen zweiter Klasse“:

Weil er [der Sohn] als OSSI, ich sag jetzt mal als Ossi, schlechter da- dort- äh dargestellt wird [...] wie ein Ausländer, egal ob's jetzt [...] die Türken sind, [...] der Marokkaner und so weiter, [...] der Italiener, die haben alle mehr zu sagen und mehr, die werden mehr anerkannt wie der Ostdeutsche, [...] obwohl unsre Ausbildung dreimal besser ist, wie das drüben ist. [...] Aber der Mensch, der aus dem Osten von Deutschland kommt, ist ein Mensch zweiter Klasse. [...] Und das ist das, was nicht sein darf.

Interview Monika, 970-981

Dagegen setzen manche Beschäftigte einen ostdeutschen Stolz, den sie ostentativ zur Schau stellen. So trägt ein Beschäftigter Kleidung mit dem Aufdruck in Frakturschrift „Ostdeutschland. Härter als der Rest“ (Protokoll 4). Ein älterer Befragter identifiziert sich infolge als abwertend erlebter medialer Diskurse zunehmend als „böser Ossi“ (Interview Dirk, 1290 f.). In Abgrenzung zu den angeblich individualistischen Westdeutschen betont eine andere den Zusammenhalt und Kampfgeist der Ostdeutschen und sei somit „stolz“, „Ossi“ zu sein (Interview Annett, 960-968). Die Selbstbehauptung als stolze, harte, kämpferische, mit-

unter „böse“ Ostdeutsche erfüllt somit eine ähnliche Funktion wie die häufig vorgebrachte Identifikation als leistungsstarke Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter: Vermuteten und tatsächlich erlebten Negativzuschreibungen und Benachteiligungen begegnet man mit der starken Betonung des Eigenen.

„DER DEUTSCHE DARF NICHT VERGESSEN WERDEN“ :
RESSENTIMENTS UND SOZIALCHAUVINISMUS

Ihr Ungerechtigkeitsempfinden artikulieren die Befragten auch vor der Legitimationsfolie einer nationalen Leistungs- und Anspruchsgemeinschaft. Als (ost-)deutsche (Produktions-)Arbeiter fordern sie Zugang zu dieser Gemeinschaft und leiten aus ihrer Zugehörigkeit Ansprüche ab. Während man den Status des den Westdeutschen gleichgestellten Deutschen einfordert, fühlen sich manche gegenwärtig sogar gegenüber Migrantinnen und Migranten und Arbeitslosen benachteiligt. Ungerechtigkeitswahrnehmungen und Gleichbehandlungsansprüche werden ethnisch überformt und moralisch zum Ausdruck gebracht und gehen mitunter mit der Abwertung anderer einher. Immer wieder äußern die Beschäftigten Ressentiments gegen vermeintlich Leistungsschwache, wie zum Beispiel Bürgergeld-Beziehende und gegen Geflüchtete, welche angeblich bevorzugt würden (z.B. Kerstin, Paul, Lucien, Lisa, Protokolle 3 und 5; Interview Monika, 100-115, 1451-1486).

Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag scheinen diese Wahrnehmung zu bestätigen: Befragte schildern Schwierigkeiten mit neuen Auszubildenden aus dem nicht-europäischen Ausland, die wegen fehlender Deutschkenntnisse kaum weiterhelfen könnten und deren Einarbeitung eine Mehrbelastung bedeute (GD2, Monika, Andrea, Johannes, 335-408). Für die Befragten ist es unverständlich, dass das Management versuche, ausfallende Kolleginnen und Kollegen durch ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter „zu ersetzen“, statt sie durch höhere Löhne im Betrieb zu halten oder die Arbeitsbelastung zu senken, um krankheitsbedingte Ausfälle zu verringern. Die Berichte spiegeln Vorurteile, zugleich aber auch reale Probleme wider: Die nötige Betreuung und Begleitung der neuen Kolleginnen und Kollegen kann wegen des Personalmangels und der aufgrund des schlechten technischen Zustands der Maschinen ohnehin schweren Arbeit nicht geleistet werden; die Geschäftsführung scheint weder die aus dem Ausland gekommenen

noch die alten Beschäftigten bei der Einarbeitung bzw. Zusammenarbeit zu unterstützen.

Als Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter im Niedriglohnbereich, so die Wahrnehmung, erbringen sie hohe Leistungen, ertragen harte Arbeitsbedingungen, kommen mit wenig Geld aus und zahlen Steuern, bekommen aber in ihren Augen nichts zurück, sondern müssen sowohl gesellschaftlich als auch im Betrieb noch für andere aufkommen und Mehrbelastungen auf sich nehmen. Der Wunsch nach materieller Anerkennung ihrer Leistungen verbindet sich so mit Wohlfahrtschauvinismus und Abwertung von Arbeitsmigranten und Geflüchteten. Deutsche sollten in diesem Verständnis Vorrang genießen, wie die folgende Passage aus einem Interview mit einer älteren Arbeiterin zeigt:

Naja, also äh- die Leute, die, bei denen brodelts [...]. Also der Deutsche darf nicht vergessen werden, das ist wichtig jetzt. [...] Die können nicht immer nur von uns verlangen.

Interview Monika, 1548-1559

Das Benachteiligungsgefühl als (Ost-)Deutscher und als Arbeiter geht dabei einher mit einer Wut auf die politischen Verantwortlichen, die „zu viel Leute reinholen“ (Interview Monika, 104) und „immer nur von uns verlangen“ (s.o.). Auch die Ablehnung der Bürgergeld-Erhöhung und der Sozialchauvinismus gegenüber Geflüchteten verweisen auf ein verletztes Gerechtigkeitsempfinden. Um sich selbst aufzuwerten und ihre Ansprüche als leistungsstarke (ost-)deutsche Arbeiter einzufordern, greifen manche der prekarierten Beschäftigten auf autoritäre Aggressionen gegen Schwächere, vermeintlich Leistungsunwillige zurück.

FAZIT UND AUSBLICK

Unsere Rekonstruktion der Alltagserfahrungen und Wahrnehmungen sächsischer Niedriglohnbeschäftigter fördert ein lebensweltlich umfassendes Deprivationserleben zu Tage, das unter den Interviewten breit geteilt wird und für das Erfahrungen in der Arbeitswelt eine wichtige Rolle spielen. In vielen Betrieben und Regionen Sachsens existieren strukturelle Bedingungen, wie sie den Alltagserfahrungen der Beschäftigten unseres exemplarisch untersuchten Falls zugrunde liegen: Lange funktionierte ostdeutsche Betriebe als „verlängerte Werkbänke“ westdeut-

scher Unternehmen, wodurch Innovationen und Investitionen in ostdeutschen Werken häufig ausblieben. Niedriglohnbeschäftigung ist weit verbreitet und insgesamt hinkt das Lohnniveau dem bundesdeutschen Durchschnitt hinterher. Hierarchische und mitbestimmungsfeindliche Formen der Betriebsführung sind Teil autoritärer und nicht-responsiver Erfahrungswelten im Alltag. Die in der Arbeitswelt erlebte Ohnmacht und Abwertung verbinden sich auf vielfache Weise mit dem Gefühl politischer Einflusslosigkeit und Benachteiligung. Gerade im geringen Lohn manifestiert sich für die Interviewten ihre Benachteiligung und Abwertung nicht nur materiell, sondern auch symbolisch. Die von uns begleiteten und interviewten Arbeiterinnen und Arbeiter äußern das Gefühl, kein „normales Leben“ mehr führen zu können und sehen ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit und Reziprozität zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verletzt. Der symbolischen Bedeutung des Lohns liegen zumeist implizit bleibende Normen einer „moralischen Ökonomie“ (Thompson, 1971; vgl. Beck/Westheuser, 2022; Birke, 2020; Hürtgen, 2017) zugrunde, aus der die Befragten ihre Ansprüche und Erwartungen ableiten. Die Idee einer nationalen Leistungs- und Anspruchsgemeinschaft, in der produktive Arbeit einen zentralen Stellenwert hat und in der Interessensausgleich und gleich verteilte Anerkennung die soziale Hierarchie abfedern, spielt darin eine zentrale Rolle. Für die niedrigen Löhne machen die Befragten nicht nur die (westdeutsche) Unternehmensleitung verantwortlich, sondern verallgemeinern die Ungerechtigkeit zu einem gesellschaftspolitischen Problem. Ihr Gefühl, politisch jedoch kaum etwas gegen die erlebten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ausrichten zu können, wird durch die reale Not, welche sie alltäglich erleben, noch existenzieller.

Wenn die Befragten ihre persönlichen Deprivationserfahrungen gesellschaftspolitisch verallgemeinern und deuten, sind zwei Deutungsmuster dabei bestimmend: Die Geringschätzung produktiver Arbeiterinnen und Arbeiter und die Benachteiligung Ostdeutscher. Beide Deutungen sind eng miteinander verbunden. Arbeitsleid, Abhängigkeit, Gefühle des Klein- und Ausgeliefertseins, Ängste und Unsicherheit beschreiben die streikenden Beschäftigten als kollektive, biografisch verfestigte Erfahrungen, die auch mit der massenhaften Deklassierung und den Verunsicherungen der Nachwendezeit verbunden sind. Der Vergleich mit einem westdeutschen Normalitätsstandard, mit der gesellschaftlich anerkannteren und besser entlohnten nicht-manuellen Arbeit

sowie mit angeblich bevorzugten Migrantinnen und Migranten erzeugt Wut und Frust, die sich konkret auf die (westdeutsche) Unternehmensleitung, aber auch diffus auf die Politik richten und mitunter in einer vehementen Betonung des Eigenen münden.

Die teilweise ideologischen Bezüge auf produktive Arbeit und ostdeutsche Identität lassen einerseits die bereits beschriebenen, normativen Erwartungen und Ordnungsvorstellungen deutlich werden, auf welche sich die Befragten berufen. Die ideologischen Deutungen können andererseits auch als Versuche verstanden werden, eine leidvolle und kränkende Klassenerfahrung in Zeiten klassenpolitischer Demobilisierung zu thematisieren und zu bearbeiten (Beck/Westheuser, 2022), das heißt den eigenen Platz in der Sozialstruktur zu verstehen und zu reklamieren. Diskurse um die Benachteiligung Ostdeutscher waren als Deutungsmuster für soziale Benachteiligung im politischen Raum zuletzt sehr präsent. Sie werden von den Befragten hier auch genutzt, um subjektive Erfahrungen von Abwertung und Ohnmacht in der Arbeitswelt zu deuten und zu kritisieren. Länger tradiert ist hingegen eine regressive Arbeiteridentität, welche produktive Arbeit verklärt. Sie kann auch als Erbschaft der Ideologie „deutscher Arbeit“ im Nationalsozialismus verstanden werden (Lelle, 2022), an welche nach 1945 in Ost und West auf verschiedene Arten angeknüpft wurde, welche jedenfalls identifikatorische Teilhabe versprochen (Decker et al., 2023, 22).

Als Versuche der Selbstbehauptung können Bezüge auf die Identität als Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter und als Ostdeutsche Solidaritäten erzeugen und mobilisierend wirken. Entsprechend ihrer ideologischen Schlagseite sind sie jedoch auch mit abwertender Abgrenzung verknüpft. Zudem lassen sie die Kritik an gesellschaftlichen Dynamiken und ökonomischen Politiken, wie zum Beispiel die jahrzehntelange Niedriglohnpolitik der sächsischen Landesregierung, hinter diffuser Wut auf Personengruppen wie ‚westdeutsche Unternehmer‘, ‚Politiker‘, ‚Ausländer‘ (vgl. Kiess et al., 2022; Dörre et al., 2018) zurücktreten.

Zuletzt weisen unsere Analysen auf eine subjektive Seite des Ohnmachtserlebens hin, die zu einer Selbstbeschränkung führen und Deprivation perpetuieren kann. In den Interviews deutet sich an, dass die Beschäftigten kleinere Handlungsspielräume wahrnehmen, als vorhanden sind. Das lässt sich dort beobachten, wo Beschäftigte Belastungen aushalten und ihre Wut unterdrücken, weil sie denken, auf dem

Arbeitsmarkt keine Alternativen zu haben. Es wird auch dort deutlich, wo die Beschäftigten durch den Anpassungsmechanismus der Identifikation ihre Person eng an das Unternehmen und seine Zielsetzungen binden. Insbesondere bei jüngeren Beschäftigten zeigen sich aber durchaus auch höhere Ansprüche und ein größeres Selbstbewusstsein.

Politisch ergibt sich aus diesen Beobachtungen die Frage der Lohnpolitik als drängende Problemstellung, die auch als eine gesellschaftspolitische verstanden werden sollte. Polit-ökonomische Arrangements wie eine gezielte Niedriglohnpolitik und die nur schleppende Anhebung der Lohnniveaus in Ostdeutschland können soziale und demokratiepolitische Folgekosten zeitigen, auf die mit Sorge zu blicken ist.

Entsprechend entfalten Forderungen nach „Lohngerechtigkeit“ oder Gleichberechtigung zwischen Ost und West in gewerkschaftlichen Kampagnen eine vergleichsweise starke mobilisierende Kraft. Im Gegensatz zu dem in der Regel diffus-überforderten Ohnmachtserleben gegenüber „der Politik“ bieten die arbeitsweltlichen Verwerfungen zudem bisher konkretere Ansatzpunkte, die Wünsche nach Veränderung in Organisation und Selbsttätigkeit zu übersetzen. Im von uns untersuchten Beispiel wurde jedenfalls deutlich, dass gewerkschaftliche Organisation und der Streik als Form politischer Praxis mit jenem Fatalismus brechen können, mit dem viele Arbeiterinnen und Arbeiter in Ostdeutschland bisher dem Gefühl von Fremdbestimmtheit und Ohnmacht begegnet sind. So schildert die betrieblich aktive Astrid, wie der Streik in ihrem Leben eine Art Blaupause für Emanzipation darstellt:

Man muss nicht duckmäuserisch sein und man kann auch seine Rechte einfordern, [...] man muss nicht alles hinnehmen.

GD1, Astrid, 2021–2024

Im weiteren Verlauf unserer Forschung steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit diese Selbstermächtigung auch die Bewusstseinsbildung der Beschäftigten beeinflussen und ihre gesellschaftspolitischen Perspektiven erweitern kann, inwiefern sie zum Beispiel Alternativen zur Abwertung Arbeitsloser oder vermeintlich Fremder denkbar macht. Zentral dafür ist auch, dass die bestehenden „moralischen Ökonomien“ (s.o.) im Rahmen der Mobilisierungen und Organisationen nicht nur angesprochen, sondern auch herausgefordert werden.

LITERATUR

- Abendschön, Simone / Roßteutscher, Sigrid (2016). Wahlbeteiligung junger Erwachsener – Steigt die soziale und politische Ungleichheit? In Sigrid Roßteutscher et al. (Hrsg.), *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland* (S. 67–91). Wiesbaden: Springer VS.
- Beck, Linda / Westheuser, Linus (2022). Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. *Berliner Journal für Soziologie* 32(2), 279–316.
- Bereswill Mechthild / Morgenroth, Christine / Redman, Peter (2010). Alfred Lorenzer and the depth-hermeneutic method. *Psychoanalysis, Culture & Society* 15(3), 221–250.
- Birke, Peter (2020). Ein Jahr Gelbwesten: Anmerkungen zu Samuel Hayats „Die moralische Ökonomie und die Macht“. *Sozialgeschichte Online*, 91–100. URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:464-20200430-151055-2> (08.01.2024).
- Blauner, Robert (1977). *Alienation and freedom: The factory worker and his industry*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bohnsack, Ralf (2014). *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Qualitative Methoden*. Opladen: Barbara Budrich.
- Bose, Sophie / Schmidt, Andre (2023). Aufbruch Ost in der Arbeitswelt? Perspektiven sächsischer Gewerkschafter auf die demokratiepolitische Bedeutung arbeitsweltlicher Mobilisierungen. In Oliver Decker / Fiona Kalkstein / Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 273–291). Leipzig: edition überland.
- Bödeker, Sebastian (2012). Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. *WZ-Brief Zivilengagement* 05. Berlin: WZB.
- Breidenstein, Georg / Hirschauer, Stefan / Kalthoff, Herbert / Nieswand, Boris (2015). *Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung*. Konstanz: UVK.
- Brinkmann, Ulrich / Hassan-Beik, Maren / Zappino, Lukas (2020). *Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung*. Hamburg: VSA.
- Crosby, Faye (1984). Relative deprivation in organizational settings. *Research in Organizational Behavior* (6), 51–93.
- Crouch, Colin (2008). *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fromm, Erich (1937). Zum Gefühl der Ohnmacht. *Zeitschrift für Sozialforschung* 6 (1), 95–118.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes Kiess / Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechts-extreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *EFBI Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Decker, Oliver et al. (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Detje, Richard / Menz, Wolfgang / Nies, Sarah / Sauer, Dieter / Bischoff, Joachim (2013). Krisenwahrnehmung. Neue Befunde zum Betriebs-, Alltags- und Gesellschaftsbewusstsein. *Sozialismus* 4, 8–13.
- Dörre, Klaus (2020). *In der Warteschlange: Arbeiter*innen und die radikale Rechte*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dörre, Klaus / Bose, Sophie / Lütten, John / Köster, Jakob (2018). Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie* 28(1/2), 55–90.
- Elff, Martin / Roßteutscher, Sigrid (2016). Parteiwahl und Nichtwahl: Zur Rolle sozialer Konfliktlinien. In Harald Schoen / Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler* (S. 45–69). Wiesbaden: Springer VS.
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2017). „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27, 161–180.
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2018). Government of the people, by the elite, for the rich: Unequal responsiveness in an unlikely case. *MPIfG Discussion Paper 18/5*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Güllner, Manfred (2013). *Nichtwähler in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Hürtgen, Stefanie (2017). Verwerfungen in der „moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates“. Ausgrenzungen prekär Beschäftigter und die Problematik sozialer und politischer Bürgerschaft. *AIS-Studien* 10(1), 23–38.
- Jahoda, Marie (1984). Braucht der Mensch die Arbeit? In Frank Niess (Hrsg.), *Leben wir, um zu arbeiten? Die Arbeitswelt im Umbruch* (S. 11–17). Köln: Bund-Verlag.
- Jensen, Uffa (2017). *Zornpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Kiess, Johannes et al. (2023). Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen. *OBS-Arbeitspapier 64*. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
- Kiess, Johannes / Schmidt, Andre / Bose, Sophie (2022). Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland. In Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 271–301). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, Johannes / Schmidt, Andre (2020). Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie. In Oliver Decker / Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritaris-*

- mus Studie 2020* (S. 119–147). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, Johannes (Hrsg.) (2020). *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt*. Leipzig: edition überland.
- König, Hans-Dieter (2019). Dichte Interpretation: Zur Methodologie und Methode der Tiefenhermeneutik. In Julia König / Nicole Burgermeister / Markus Brunner (Hrsg.), *Dichte Interpretation. Kritische Sozialpsychologie* (S. 13–86). Wiesbaden: Springer VS.
- Kühn, Thomas / Koschel, Kay-Volker (2011). *Gruppendiskussionen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lelle, Nikolas (2022). *Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Leithäuser, Thomas / Volmerg, Beate (1988). *Psychoanalyse in der Sozialforschung. Eine Einführung am Beispiel einer Sozialpsychologie der Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rippl, Susanne / Seipel, Christian (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2), 237–254.
- Rippl, Susanne / Baier, Dirk (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57(4), 644–666.
- Schäfer, Armin (2014). *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus.
- Scheler, Max ([1912] 2004). *Das Ressentiment im Aufbau der Moralen*. Hrsg. von Manfred Frings. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Schulten, Thorsten (2020). Tarifbindung in Sachsen. In Johannes Kiess (Hrsg.), *Sachsen in Arbeit. Trends und Analysen der sächsischen Arbeitswelt* (S. 61–75). Leipzig: edition überland.
- Schütze, Fritz (1983). Biographieforschung und narratives Interview. *Neue Praxis* 13(3), 283–293.
- Seils, Eric / Emmmler, Helge (2022). Der untere Entgeltbereich. *Policy Brief* 65. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_65_2022.pdf (02.10.2023).
- Smith, Heather J. et al. (2012). Relative Deprivation. A Theoretical and Meta-Analytic Review. *Possibility Studies & Society* 16(3), 203–232.
- Thompson, Edward Palmer (1971). The moral economy of the English crowd in the eighteenth century. *Past & Present* 50, 76–136.
- Walker, Ian / Pettigrew, Thomas F. (1984). Relative deprivation theory: An overview and conceptual critique. *British Journal of Social Psychology* 23(4), 301–310.



Eine alternative Wochenschau für die „Mitte“ der Gesellschaft?

Über den Umgang mit dem Vorwurf des Rechtsextremismus
in einem Puppentheater auf den Oberlausitzer
Montagsdemonstrationen

Das Forschungsprojekt „Politischer Protest in der Oberlausitz“ des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (EFBI) untersucht die – für eine ländliche Region sehr früh entstandenen, sehr breit mobilisierten und vergleichsweise lang überdauernden – Demonstrationen, welche sich in Opposition zu den Corona-Maßnahmen entwickelt haben und eine Offenheit für verschwörungsideologische Erzählungen aufweisen (Grande et al., 2021; Frei et al., 2021). Im Rahmen dieses Forschungsprojekts werden Gruppendiskussionen (GD) und Interviews mit Demonstrationsteilnehmenden geführt und ausgewertet, um zu verstehen, welche Bedürfnisse und Motive der Teilnehmenden ihrer Protestaktivität zugrunde liegen (vgl. auch Kalkstein et al., 2023). Dieses Material wird im Folgenden im Sinne des *theoretical sampling* um eine Auswertung zweier YouTube-Videos eines regelmäßig auf diesen Protesten stattfindenden Puppentheaters ergänzt. Diese Ergänzung fußt zum einen darauf, dass sich in den Gruppendiskussionen immer wieder äußerst positiv auf das Puppentheater als wertvollem Bestandteil des lokalen Demonstrations-Milieus bezogen wurde. Zum anderen erweist sich die Rekrutierung von Teilnehmenden für Gruppendiskussionen aus diesem Milieu aufgrund eines großen Misstrauens gegenüber dem Else-Frenkel-Brunswik-Institut als schwierig, sodass das Projekt auf weiteres, ergänzendes Forschungsmaterial angewiesen ist. Ausschlaggebend ist zudem, dass das Else-Frenkel-Brunswik-Institut durch die Veröffent-

lichung eines hauseigenen Policy Papers (Kiess et al., 2023), das sich mit extrem rechten Strukturen in der Lausitz befasste, selbst zum Gegenstand eines der Puppenspiele wurde.¹

Das Format des Puppentheaters kann dabei in Sachsen und Mitteldeutschland auf eine lange Tradition zurückgreifen: Im 18. Jahrhundert entstanden, erreichte es im frühen 20. Jahrhundert seine Blütezeit mit bis zu 150 Wandertheatern, die rund 2 Millionen Zuschauer anzogen (Bernstengel/Rebehn, 2007). Diese Theater galten als eine Art Massenmedium jener Zeit und waren besonders in ländlichen Gebieten beliebt, da sie lokale (sächsische) Geschichten in einem Regiolekt präsentierten und – im Vergleich zu städtischen Bühnen – niedrige Eintrittspreise boten (vgl. ebd.). Die Frage, ob dem Puppentheater vorrangig eine pädagogische Rolle als „aufklärerischer Kulturvermittler“ (Reiniger, 2000, 67) zukam oder hauptsächlich Unterhaltung mit derbem Witz, Spannung und Sentimentalität bot, wird in der Forschung vor allem am Beispiel des tschechischen Puppentheaters – welches inhaltliche und räumliche Überschneidungen zum sächsischen Puppentheater des 18. und 19. Jahrhunderts aufweist – diskutiert (vgl. ebd., 68). Sowohl die Analyse, dass sich die Theater aus ökonomischer Notwendigkeit an einen Publikumswunsch nach passiver Erheiterung anpassten, als auch die Anerkennung erzieherischer und künstlerisch-experimenteller Ansprüche sind gerechtfertigt (vgl. ebd., 84), sodass die genaue Funktion je nach Theater und historischem Kontext variiert und vor diesem Hintergrund untersucht werden muss.

Mit dem Blick auf dieses besondere Format steht deshalb in dieser Analyse nicht die Frage danach im Vordergrund, welche Bedürfnisse die Demonstrationsteilnehmenden haben (die können wir nur in den GD herausarbeiten), sondern die Frage danach, auf welche unbewussten Bedürfnisse des lokalen Demonstrations-Milieus die Puppenspiele *abzielen*. Methodisch arbeiten wir dabei mit der Tiefenhermeneutik (Lorenzer, 1896; H.-D. König, 2001). Als psychoanalytisch-sozialwissenschaftliche Methode ermöglicht sie es, neben der Analyse der *manifesten Inhalte* der Videos der Puppentheater auch die *latenten*, möglicherweise unbewussten Anteile und Wirkungen des Materials

1) Policy Paper sind regelmäßige Publikationen des Instituts mit knappen Analysen aktueller Themen mit politischer Relevanz für Zivilgesellschaft und Politik. Die Projektmitarbeiter*innen des Forschungsprojekts „Politischer Protest in der Oberlausitz“ haben am thematisierten Policy Paper nicht mitgearbeitet.

herauszuarbeiten und folgende *spezifische Forschungsfragen* an das Material zu stellen: Welche unbewussten Wünsche sprechen sie an bzw. welchen Affekten verleihen sie Ausdruck? Welche unbewussten Konflikte sind darin enthalten bzw. werden dort inszeniert? Und vor allem: Welche manifesten und latenten (Lösungs-)Angebote machen die Puppenspiele ihrem Publikum? (Vgl. H.-D. König, 2019a, 208)

Um zu verdeutlichen, was mit „unbewussten Affekten“ gemeint ist, wieso wir davon ausgehen, dass unbewusste Konflikte im Material enthalten sind und die Videos eventuell (Lösungs-)Angebote für diese anbieten, stellen wir in einem kurzen Exkurs zunächst den theoretischen Hintergrund der Tiefenhermeneutik voran.²

THEORETISCHER HINTERGRUND DER TIEFENHERMENEUTIK

Die Tiefenhermeneutik ist eine qualitative Methode der empirischen Sozialforschung und geht auf den Frankfurter Psychoanalytiker und Sozialpsychologen Alfred Lorenzer zurück, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Psychoanalyse und kritische Gesellschaftstheorie miteinander zu verbinden. Damit schloss er zum einen an die Psychoanalyse Freuds und zum anderen an die Kritische Theorie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung an und legte eine „interaktions- und sozialisationstheoretische Reformulierung der psychoanalytischen Theorie“ (H.-D. König, 2019b, 16) vor. Die von ihm in diesem Zuge entwickelte Methode kann sozusagen als Anwendung der Psychoanalyse auf die Kultur verstanden werden. Allerdings – und das ist entscheidend – werden *theoretische, psychoanalytische Konzepte* nicht einfach auf gesellschaftliche oder kulturelle Phänomene übertragen und somit eine Psychologisierung oder Pathologisierung betrieben (vgl. H.-D. König, 2019b, 19). Stattdessen geht es bei der Tiefenhermeneutik darum, *psychoanalytisches Verstehen* als *Methode* in den Vordergrund zu stellen, welche es ermöglicht, die unbewussten Anteile aus unterschiedlichstem Forschungsmaterial herauszuarbeiten.

2) Bei der folgenden Erläuterung der Theorie und Methode der Tiefenhermeneutik beziehen wir uns neben den Originaltexten von Lorenzer insbesondere auf die äußerst instruktiven Arbeiten der Kolleg*innen (z.B. König et al., 2019) aus dem Umfeld der *Forschungswerkstatt Tiefenhermeneutik*, die seit 2007 wissenschaftlich mit und zur Methodologie Lorenzers arbeiten.

(GESELLSCHAFTLICH) BEWUSSTES UND UNBEWUSSTES

Als Psychoanalytiker ging Lorenzer davon aus, dass es im menschlichen Erleben bewusste und unbewusste Anteile gibt. Dementsprechend sei in jedem menschlichen Ausdruck – das gilt für Gespräche, Forschungsinterviews, aber auch für alle kulturellen Objektivationen wie z.B. politische Rede, Kunstwerke oder eben Videos eines Puppentheaters – immer eine „Doppelbödigkeit“ (H.-D. König 2019b, S. 31) von manifestem und latentem Sinn enthalten. Manifest sind die Elemente, die dem Bewusstsein unmittelbar zugänglich sind; als latent gelten Gefühle, Wünsche, Fantasien oder auch Lebensentwürfe, die ins Unbewusste verdrängt wurden oder noch nie bewusst geworden sind, weil sie z.B. *sozial* Verpönte, Konflikthafte, emotional Unaushaltbares beinhalten. So argumentieren Lorenzer (1986) und andere (z.B. Erdheim, 1982), dass das Unbewusste der Menschen durch Sozialisationserfahrungen, also von gesellschaftlichen Normen, Werten und Tabus, geprägt und damit gesellschaftlich vermittelt ist. Erdheim (1982) spricht deshalb von einer geteilten *gesellschaftlichen Produktion von Unbewusstsein*, welches aus diesem Grund viele Menschen innerhalb eines Kulturraums auf sehr ähnliche Art und Weise betrifft. So werden zum Beispiel bestimmte Lebensentwürfe, die gesellschaftlich tabuisiert sind oder deren Bewusstwerdung zu intra- oder interindividuellen Konflikten führen würde, tendenziell kollektiv verdrängt.

Die Tiefenhermeneutik setzt an der Offenlegung solcher gesellschaftlich bedingten, unbewussten Inhalte an. Sie basiert auf der Annahme, dass das Unbewusste zwar nicht direkt ausgesprochen werden kann, da es unbewusst ist, dass es sich aber – „durch die Hintertür“ oder auch „zwischen den Zeilen“ – durchaus mitteilt, nämlich „auf einer [...] Symbolebene unterhalb der Ordnung von Sprache [...]“ (H.-D. König, 2019b, 26). So verschafft es sich beispielsweise in Form von Versprechern, Impulsdurchbrüchen oder Fehlleistungen dennoch Ausdruck. Durch eine regelgeleitete Analyse von Irritationen, Fehlleistungen und Symbolisierungen ist es der Tiefenhermeneutik möglich, die zugrunde liegenden unbewussten, im Forschungsmaterial enthaltenen Dynamiken herauszuarbeiten und zu *verstehen*.

VERSTEHEN UNBEWUSSTER BEDEUTUNGEN

Aber wie funktioniert dieses Verstehen genau? Lorenzer unterscheidet zwischen verschiedenen Arten des Verstehens. *Logisches Verstehen* gelingt, wenn das Gesprochene kognitiv verstanden werden kann, d.h. „einen sinnvollen Zusammenhang bildet“ (Lorenzer, 2013, 83) – es muss dafür jedoch nicht sachlich richtig sein. Es ist die Frage danach, was gesagt wurde. *Psychologisches Verstehen* fragt im Vergleich dazu danach, *wie* etwas gesagt wurde. Dabei geht es darum, die Sprecherin zu verstehen, nachzufühlen, wie es ihr gehen könnte. Mimik, Gestik und Tonfall können beispielsweise dafür herangezogen werden. Zusammengefasst: „Logisches Verstehen ist das Verstehen des Gesprochenen, psychologisches Verstehen des Sprechers“ (ebd., 138). Diese beiden Verstehensarten reichen in der alltäglichen Kommunikation mit anderen für eine Verständigung aus. Um an das Unbewusste zu kommen, so Lorenzer, benötigt man jedoch das psychoanalytische oder „*szenische Verstehen*“ (Lorenzer, 1970; Hervorh. d. A.). Dieses findet zwischen logischem und psychologischem Verstehen statt und versucht die im Material enthaltenen *unbewussten Erlebensweisen* zu begreifen. Das ist möglich, indem die Forscherin, Analytikerin oder Leserin die Worte und die Art und Weise des Gesprochenen „auf das eigene Erleben wirken lässt und beobachtet, mit welchen Gedanken und Phantasie sie auf unbewusste Wünsche, Ängste und Phantasien reagiert“ (H.-D. König, 2019b, 18), die im Material enthalten sind und sich transportieren. Lorenzer (1986) illustriert das an der Interpretation von Literatur und postuliert, dass literarische Texte bei der Leserin, wenn sie sich darauf einlässt, „eigene unbewusste Dynamiken ansprechen und spürbar machen [können]“ (H.-D. König et al., 2020, 108). Es geht bei der Tiefenhermeneutik also nicht darum, die Persönlichkeit oder Psyche einer Textautorin – oder in unserem Fall: des Puppenspielers – zu analysieren. Vielmehr geht Lorenzer davon aus, dass sich in Kulturprodukten vor allem solche unbewussten Bedeutungen, Konflikte oder Lebensentwürfe einschreiben und auch mitteilen, die überindividuell relevant sind und – zumindest innerhalb eines bestimmten Sozialraumes – viele Menschen betreffen (H.-D. König et al., 2020, 111). Diese lassen sich durch die Analyse der *Wirkung des Texts auf die Lesenden* herausarbeiten. Ihre emotionalen Reaktionen oder Assoziationen auf den Text verbinden sich mit den Elementen, die der Text anbietet, aber die sie ihm gleichzeitig auf Basis

dessen auch zuschreibt. Demnach ist also „die Subjektivität der Leser_in methodisch das zentrale Erkenntnisinstrument“ (H.-D. König et al., 2020, 118), mit dem etwas über die unbewusste gesellschaftliche Bedeutung des je thematisierten Gegenstandes zu erfahren ist. Lorenzer hat nun mit der Tiefenhermeneutik die Analyse dieser Wirkung von literarischen Texten oder anderen kulturellen Objektivationen auf die Interpretierenden zu einer regelgeleiteten Methode ausgearbeitet – als einen zirkulären Prozess von einer *Analyse der Wirkung* des Materials auf die Interpretierenden und *regelgeleiteter Materialanalyse*.

VIDEOS ALS KULTURPRODUKTE MIT SOZIALISATIONSFUNKTION

Durch das Lesen eines Buches, das Hören einer Rede oder das Schauen eines Filmes können, wenn man sich emotional darauf einlässt, „unbewusste Wünsche, Gefühle und Vorstellungen mobilisiert [werden], was eine neue Auseinandersetzung mit ihnen ermöglicht, aber eben auch ihre Unbewusstheit festigen kann“ (H.-D. König et al., 2020, 108). Mit anderen Worten: Ein Film kann aufwühlen, bisher unbewusste Lebensentwürfe durch den filmischen Ausdruck bewusst machen und so zum Verstehen beitragen. Er kann genau im Gegenteil aber auch die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstsein vergrößern. Wegen dieser möglichen Wirkungen auf das Publikum wurde „Lorenzer dazu veranlasst, Kulturprodukte als Sozialisationsagenturen für Erwachsene zu bezeichnen“ (H.-D. König et al., 2020, 108). Das heißt, sie haben eine bestimmte (erzieherische) Wirkung auf das Publikum, beeinflussen die Wahrnehmungen, den Analyserahmen, die Sensibilität für bestimmte Themen oder Konflikte.

Die Puppenspiele und die davon angefertigten Videos, die hier analysiert werden, sind eine spezielle Form solcher Kulturprodukte. Als inszenierte Produktionen mit politischem Inhalt, die auf politischen Demonstrationen aufgeführt werden, ist neben dem unbewussten Gehalt auch von einer bewusst intendierten Wirkung auf das Publikum auszugehen. Ähnlich wie bei politischen Reden ist deshalb zu beachten, dass solche Formate darauf zielen, die Fantasien, Gefühle, Konflikte oder Wünsche, also die psychisch-affektive Ebene des adressierten Publikums anzusprechen und gleichzeitig dafür ein „psychodynamisch attraktives ‚Lösungsangebot‘“ (vgl. Winter, 2013, 336) zu liefern. Solche Angebote können beispielsweise Wut oder Trauer Ausdruck verleihen und sie

damit ins Bewusstsein rufen oder schwelende Konflikte und Widersprüche vergessen machen und dadurch Erleichterung verschaffen.

DAS MATERIAL: PUPPENTHEATER AUF DEN DEMONSTRATIONEN GEGEN DIE CORONA-MASSNAHMEN

Das analysierte Datenmaterial umfasst zwei Videos eines Oberlausitzer Puppentheaters, mit den beiden grauhaarigen, karikaturhaft aussehenden Puppen „Horst“ und „Berta“, welche regelmäßig auf dem dazugehörigen YouTube-Kanal hochgeladen werden. Bei den beiden hier analysierten Videos handelt es sich um aufgezeichnete Auftritte der beiden Handpuppen bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in Zittau. Die Puppenspiele sind üblicherweise als dialogisches und in Oberlausitzer Mundart gehaltenes Gespräch über regionale und überregionale politische Inhalte – u.a. mit Bezug auf Klimawandel, den Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie inklusive Impfung und Maßnahmen sowie (mutmaßlich) beeinflusste Medien – angelegt. Bei den beiden hier analysierten Auftritten wird das Puppenspiel von der Bühne aus gefilmt. Das hat zur Folge, dass die beiden Puppen auch hauptsächlich von hinten oder von der Seite und im Gegenlicht zu sehen sind. Das Publikum vor der Bühne ist hingegen im vollen Tageslicht gut zu erkennen. Es besteht in beiden Videos größtenteils aus Menschen über 50 in bunten (Stepp-)Jacken, ein paar Kindern, die herumrennen, und wenigen jungen Erwachsenen. Die Stimmung wirkt friedlich und entspannt und erinnert zunächst eher an ein Volksfest als an eine Demonstration. Einige Teilnehmende haben allerdings Fahnen und Poster dabei, die teilweise in auffälligem Widerspruch zu der entspannten und harmlosen Atmosphäre stehen: In der Menge sind u.a. die Wirmer-Flagge³, ein Banner der extrem rechten Kleinstpartei Freie Sachsen mit der Aufschrift „Frieden mit Russland“, das Banner des Grünen Rings Zittau mit der Aufschrift „Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung“ sowie ein blaues Pappherz der AfD – ebenfalls mit der Aufschrift „Frieden!“ – zu sehen. In beiden Videos werden im Vorspann des eigentlichen Puppenspiels der Marktplatz

3) Die Flagge geht auf einen Entwurf von Joseph Wirmer zurück, einem Mitglied des Widerstandskreises des 20. Juli 1944. Er entwarf die Flagge ursprünglich als Nationalzeichen für ein Nachkriegsdeutschland (vgl. hier und im Folgenden Schlürmann, 2015). Sie war zeitweise ein Parteisymbol der CDU und der FDP, geriet dann aber in Vergessenheit. Als Symbol des Widerstandes oder Flagge eines potenziellen „Vierten Reiches“ ist sie im Rahmen der Reichsbürgerbewegung und später der extrem rechten Protestbewegung PEGIDA (erneut) populär geworden.

Zittaus mit seinen renovierten historischen Gebäuden, die Demoteilnehmenden vor der Bühne sowie eine anwesende Blaskapelle gefilmt, welche im zweiten Video „Die Gedanken sind frei“ spielt. Am Ende der Videos werden Fotos von Oberlausitzer Landschaften, zum Teil im Sonnenuntergang gezeigt. An einigen Stellen der Videos gibt es Einblendungen einzelner Wörter sowie von den Puppen erwähnte Zeitungsausschnitte (oder andere Publikationen) oder kurze Videoclips.

VIDEO 1 „AMBIGUITÄT“

Die Auswahl des ersten Videos mit dem Titel „Ambiguität“ (VID1, 2023) von April 2023 erfolgte, da das Policy Paper *Unternehmerisches Engagement in Ostachsen* des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (Kiess et al., 2023) hier ein zentrales Thema ist. Das Policy Paper wurde im März 2023 publiziert und benennt Verbindungen sowohl des Puppenspielers selbst als auch anderer zentraler Personen des regionalen Protestes in ihrer Nähe zu rechten Personen, Organisationen oder Gedankengut. Das etwa achtminütige Video (VID1) – in regionaler Mundart gehalten – beginnt, indem Berta aktuelle Zeitungsartikel kommentiert. Sie zitiert zunächst aus der *Washington Post*, die schreibe, dass Putin die „Friedensbewegung“ (VID1, 29), zu der Berta das Demo-Publikum zählt, finanzieren würde und schließt an mit einem Artikel aus der *Sächsischen Zeitung* über die Putsch-Pläne aus dem Reichsbürger-Milieu („Reuß-Putsch“, VID1, 41). Zentrales Thema bleibt jedoch das erwähnte Policy Paper. Die Puppen zitieren einzelne Abschnitte daraus, machen sich darüber lustig und erzählen von der namensgebenden Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik sowie dem von ihr geprägten Konzept der Ambiguitätstoleranz. Sie skandalisieren, dass das nach ihr benannte Forschungsinstitut selbst keine solche Ambiguitätstoleranz habe, weil es alle „Andersdenkenden“ diskreditiere: „Wer andersch denkt, ist ein Leugner, Verschwörungstheoretiker, Aluhutträger und extrem Rechter“ (VID1, 152 f.).

VIDEO 2 „BIONTECH-LAYLA“

Das zweite Video „Biontech-Layla“ (VID2, 2022) von Juli 2022 wurde ausgewählt, weil es ebenfalls ein aus gleicher Kameraperspektive abgefilmter Demo-Auftritt ist und ähnliche Themen – u. a. eine verunglimp-

fende Auseinandersetzung mit der „Gegenseite“, d.h. Mainstream-Medien, Wissenschaft und Politik sowie dem lokalen Gegenprotest – besprochen werden, sodass eine gewisse Kontinuität von Inszenierung und inhaltlichen Motiven in den Puppenspielen erkennbar wird.

In diesem etwa elfminütigen Video (VID2) werden diverse Inhalte angerissen und trotz teils großer Themensprünge miteinander verknüpft. So thematisieren die Puppen die Presseberichterstattung der *Sächsischen Zeitung* über den zeitgleich zum Auftritt stattfindenden Gegenprotest. Horst moniert, dass dieser Gegenprotest mehr Raum bekäme als der größere und stetigere Protest der Montagsdemonstrationen, und philosophiert über die Begriffe „links“, „rechts“ und „Mitte“, die er – anstatt sie als auch politische (Selbst-)Bezeichnungen zu verstehen – auf rein örtliche Angaben im Raum reduziert: „Wir stehen in der Mitte vom Markte hier, ne?“ (VID2, 67) Zudem werden die Corona-Infektionen von Habeck und Baerbock besprochen und sich über einen Auftritt Baerbocks in der Maischberger-Sendung „Die Woche“ lustig gemacht, bei dem sie sagte, Supermärkte können *Energieerzeuger* werden, obwohl sie nur Energie einsparten. Anschließend zieht die Puppe Horst eine Verbindung von Corona-Krise und Gas-Krise und bezeichnet beides als „hausgemacht“ (VID2, 112), denn „alles hat immer mit allem zu tun!“ (VID2, 111). Zudem schauen die beiden Puppen nach, ob sie in einem neu publizierten „Schwurbel-Archiv“ (VID2, 121) aufgenommen wurden. Abschließend geht es um die vierte Booster-Impfung gegen Covid-19, die laut Berta nicht angenommen werde. Sie meint, das läge an der unzureichenden Werbe-Kampagne von Lauterbach, und schlägt vor, die vierte Impfung „Biontech-Layla“ (VID2, 136) zu nennen, damit sie sich besser verkaufe.⁴

METHODISCHES VORGEHEN DER TIEFENHERMENEUTIK

Bevor die Ergebnisse vorgestellt werden, wird kurz erläutert, wie innerhalb der Tiefenhermeneutik mit dem Forschungsmaterial umgegangen wird. Zentraler Bestandteil der Methode sind Interpretationsgruppen (IGs), in denen das Material gemeinsam analysiert wird. Bei der Interpretation der Puppenspiele wurden die Videos mehrfach gemeinsam angesehen und auch das Transkript der Videos zur Analyse herange-

4) Damit spielt Berta auf den umstrittenen Song „Layla“ an, um den es im Sommer 2022 aufgrund des sexistischen Textes eine große mediale Debatte gegeben hatte (Hercka, 2023).

zogen. Aufgabe der Interpretierenden ist es, sich mit „gleichschwebender Aufmerksamkeit“ (H.-D. König, 2000, 557) – d.h., beim Interpretieren keine bestimmten Inhalte zu fokussieren, Vorannahmen sowie Urteile zurückzustellen und Offenheit zu bewahren – auf das Material einzulassen und es auf sich wirken zu lassen. Neben dem logischen Verstehen und dem psychologischen Verstehen soll so das szenische Verstehen des Materials zustande kommen. Auf diese Weise kann nicht nur der manifeste Gehalt der Videos – wie z.B. explizite Äußerungen und Formulierungen –, sondern auch das nicht implizit in den Daten enthaltene Unbewusste herausgearbeitet werden. Einen Zugang dazu bieten solche Stellen im Material, die irritieren, weil sie beispielsweise mit Erwartungen brechen, sprachlich auffällig sind oder zwischen den Interpretierenden sehr unterschiedliche emotionale oder körperliche Reaktionen oder sogar Konflikte auslösen. Die subjektiven Wirkungen auf die Interpretierenden sind dabei nicht als „wahre“ oder „richtige“ Deutungen des Materials zu verstehen, sondern sie lassen sich mit Lorenzer als Inszenierung der in dem Material transportierten unbewussten Konflikte oder Lebensentwürfe deuten und bieten somit einen Zugang zum latenten Gehalt des Forschungsmaterials. Die Interpretation in der Gruppe über mehrere Auswertungssitzungen hinweg – mit ihren durchaus unterschiedlichen Reaktionen auf und Verständnissen des Materials – hat auch eine korrektive Funktion und gewährleistet die Entwicklung einer Deutung, die über die rein individuelle Reaktion eines Interpretierenden hinausgeht und den gesellschaftlich geteilten Sinngehalt erfassen kann. Zudem müssen die sich in der Interpretationsgruppe herauskristallisierenden Deutungen zur Validierung an das Material zurückgebunden und an ihm belegt werden. Welche unterschiedlichen Lesarten sowie Assoziationen es in den Interpretationsgruppen gab, welche manifesten und latenten Angebote die Puppenspiele bzw. dessen Videoaufzeichnungen dem Publikum bieten und wie diese am Material belegt werden (können), wird anschließend in sogenannten Dichten Interpretationen festgehalten. Erst auf Basis dieser Dichten Interpretationen der einzelnen Videos, die auch im Rahmen einer Forschungssupervision⁵ validiert werden, erfolgt die Synthese und theoretische Einbettung der Ergebnisse.

5) Weil die Methode die affektiven Reaktionen der Forschenden auf das Material als Erkenntnisinstrument nutzt und dadurch sehr nahe an die Subjektivität der Forschenden rückt, werden die IG regelmäßig von einer ausgebildeten Supervisorin begleitet.

ERGEBNISSE

In Anlehnung an Lorenzer verstehen wir das Puppenspiel und dessen Videoaufzeichnungen als „Sozialisationsagenturen für Erwachsene“, die das Potenzial haben, den Zuschauer*innen unbewusste Konflikte, Gefühle und Lebensentwürfe spürbar, reflektierbar und damit bewusst zu machen, aber auch das Gegenteil bewirken können, indem sie Konflikte, Ambiguitäten und unerwünschte Gefühle in der Verdrängung halten und somit weitere Unbewusstheit produzieren.

Wir beginnen mit einer Beschreibung des manifesten Angebots, das dem Publikum in den Puppenspiel-Videos gemacht wird, und arbeiten dann unter Berücksichtigung ausgewählter Irritationen in der Interpretationsgruppe die im Material enthaltenen Affekte, Wünsche und Konflikte heraus. Anschließend werden verschiedene in den Puppenspielen genutzte sprachlich-kommunikative Strategien benannt und zuletzt auf das latente Angebot, das dem Publikum unterbreitet wird, geschlossen.

DAS MANIFESTE ANGEBOT: EINE ALTERNATIVE WOCHENSCHAU AUF KULTURVOLLEM, FRIEDLICHEN PROTEST

Auf einer manifesten Ebene kann das Puppentheater – auch aufgrund seiner Regelmäßigkeit – als eine „alternative Wochenschau“ für das Demonstrations-Milieu verstanden werden. Als eine Art Meta-Medium widmet es sich nicht nur einzelnen politischen, öffentlichen, teils regionalen Ereignissen der letzten Zeit auf humoristische Art, sondern macht auch die mediale Berichterstattung bzw. den öffentlichen Diskurs darüber selbst zum Thema. Ein fester Bestandteil der Auftritte ist daher auch eine „Presseschau“ (VID2, 28), für welche sich die Puppe Berta in einem Puppenspiel-Video sogar noch schnell vorbereitet, um für den Auftritt auf „aktuelle[m] Stande“ (VID2, 29) zu sein. Mit einem scherzhaften Ton, publikumsgerechter Ansprache in Oberlausitzer Mundart und demonstrativer Offenheit für andere Meinungen greifen sie regionale und überregionale Themen auf und untersuchen diese mit kritischem Impetus und dem sogenannten gesunden Menschenverstand. So kommentieren Horst und Berta aktuelle Zeitungsartikel, im Milieu „viral“ (VID2, 93) gegangene Videoclips, aber auch wissenschaftliche Veröffentlichungen (wie z.B. das erwähnte Policy Paper) in einer immer

wiederkehrenden Dramaturgie, nämlich in einem humoristischen „Schlagabtausch“ zwischen den beiden. Das erinnert an Late-Night-Shows, welche sich ebenfalls an Berichterstattungen anderer Medien bedienen und dabei häufig auf kurze Clips zurückgreifen, die gemeinsam angeschaut und kommentiert werden.

Das Format der Wochenschau ist nicht neu und zunächst nicht mit einer politischen Positionierung verknüpft, vielmehr erscheint es in verschiedensten ideologischen Ausrichtungen und mit verschiedenen Funktionen. Prominentes und politisch einschlägiges Beispiel ist „Die Deutsche Wochenschau“ während des Nationalsozialismus Anfang der 1940er Jahre, die das Publikum mit der nationalsozialistischen Ideologie agitierte und propagandistisch über das Kriegsgeschehen berichtete. Aber Wochenschauen spielten auch in der Nachkriegszeit in der BRD mit dem Ziel von Reeducation und Entnazifizierung sowie in der DDR bis in die 1960er Jahre bei der Vermittlung politischer Ideologie und politischer Erziehung eine entscheidende Rolle (Schwarz, 2006). Diese Wochenschauen zeichneten sich vor allem durch den Einsatz von nicht-fiktionalem Bild- und Tonmaterial aus, mit dem Ziel, eine Einordnung von und Orientierungshilfe in Bezug auf politisch-gesellschaftliche Ereignisse mithilfe einer scheinbar „authentischen“ Darstellung zu erreichen (Siemens, 2021). Als zeitgenössische Nachfolgeformate mit ähnlicher Funktion lassen sich Late-Night-Shows verstehen, wie sie zahlreich in den USA, aber auch in Deutschland im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen oder auf Online-Plattformen als Videos oder Podcasts laufen. Diese zeichnen sich durch eine satirisch-humorvolle und kurzweilige Herangehensweise an Inhalte aus und unterscheiden sich diesbezüglich von den frühen Formaten. Ähnlich wie wir es weiter oben in Bezug auf Kulturprodukte im Allgemeinen und das sächsische Puppentheater des 20. Jahrhunderts im Speziellen schon einmal ansprachen, stellt sich auch bei dem Wochenschau-Format die Frage, inwieweit es entweder zur Aufklärung des Publikums beiträgt und einen kritischen Denkraum eröffnet oder ein Angebot der Vermeidung unerwünschter Realität macht.

Horst und Berta – ein in der Region verwurzelter, älterer Oberlausitzer Ehepaar – können in diesem Format leicht als emotionale Identifikationsobjekte fungieren. Stellvertretend für das Publikum spricht das Paar bestimmte Themen und Ereignisse an, streitet und diskutiert darüber, ordnet sie ein und gibt sie auf diese Weise verarbeitet dem Publikum

zurück. Damit bieten die beiden dem Publikum das Angebot, die Auseinandersetzung oder auch (Denk-)Arbeit mit den von der „Gegenseite“ kommenden Inhalten nicht selbst leisten zu müssen, sondern relativ passiv das Theater genießen zu können und sich gleichzeitig so zu fühlen, als hätte es sich mit den angesprochenen Themen beschäftigt. So entsteht ein gemeinsamer Kanon von bekannten (Medien-)Ereignissen sowie eine geteilte Einordnung und Deutung. Ein gemeinsamer Lacher stabilisiert darüber hinaus das Gefühl, dass alle Schauenden politisch auf derselben Wellenlänge zu sein scheinen. Das im Video sichtbare Publikum ist zwar durch Lachen, Klatschen und Filmen des Puppenspiels durchaus beteiligt, wird jedoch nicht – wie bei Reden auf Demonstrationen vielleicht zu erwarten wäre – stark agitiert und mobilisiert oder zu großen Gefühlsäußerungen hingerissen.

Auf der manifesten Ebene erscheinen die Videos des Puppentheaters harmlos, lustig, kurzweilig und leicht. Das *Format* transportiert in Kombination mit dem *Rahmenprogramm* (z.B. Blasmusik und das gemeinsame Singen von „Die Gedanken sind frei“) sowie der *Kulisse* (Veranstaltungsort ist der historische Marktplatz in Zittau und am Ende werden Sonnenuntergänge vor Oberlausitzer Landschaft gezeigt) eine harmonische, friedliche, kleinstädtische bzw. ländliche Atmosphäre, die eher an ein Volksfest als an eine politische Demonstration erinnert. Es kann jedoch auf eine lange, volksnahe und vertraute Tradition im ländlichen Sachsen zurückgreifen und unterstützt somit den Eindruck eines „kulturvollen“ (GD1, 332) Protests, auf den sich auch die Teilnehmenden aus den Gruppendiskussionen positiv beziehen, um Kultiviertheit und Geselligkeit zu demonstrieren. Diese ermöglicht dem Publikum, sich bewusst als Teil einer bürgerlichen, gemäßigten sowie friedlichen Veranstaltung im ländlichen Raum zu fühlen. Diese Betonung der eigenen politischen Mäßigung und der damit einhergehenden „Normalität“ und Harmlosigkeit wird auch an verschiedenen Stellen der Videos deutlich, z.B. wenn Horst betont, dass der Protest in der „Mitte vom Markte“ (VID2, 67) stünde, Berta den Eindruck hat, auf dem Marktplatz ständen „harmlose Leute“ (VID1, 98), oder betont wird, man sei kein „Leugner, Verschwörungstheoretiker, Aluhutträger und extrem Rechter“ (VID1, 152 f.), sondern denke bloß „andersch“ (ebd.).

Die Auseinandersetzung mit Vorwürfen, das Demonstrationsmilieu habe eine Offenheit für Verschwörungserzählungen, Rechtsextremismus in den eigenen Reihen sowie eine Nähe zum Reichsbürgertum

ist ein zentrales und wiederkehrendes manifestes Thema in den beiden Videos des Puppentheaters. So ist das Puppenspiel im Video „Ambiguität“ (VID1) eine Reaktion auf die Analyse des Policy Papers zu extrem rechten Unternehmer*innen, in welchem auch Teile des Demo-Milieus Erwähnung finden. Ganze Passagen des Policy Papers werden von den Puppen zitiert und im Video zusätzlich eingeblendet. Auch der Frage, inwieweit eine Bedrohung von der Reichsbürgerbewegung ausgehe, widmen sich Horst und Berta anhand eines Zeitungsartikels ausführlich. Zudem konfrontiert Berta das Publikum mit einem Vorwurf aus der *Washington Post*, dass die Demonstrationen von Putin finanziert würden. Auch im Video „Biontech-Layla“ (VID2) geht es um die Auseinandersetzung mit rechten Tendenzen. So widmet sich das Puppenspiel unter anderem dem lokalen Gegenprotest, der die Corona-Demonstrationen als „rechten Rand“ benennt.⁶ Diese Benennung greifen die Puppen auf und nehmen sie als Ausgangspunkt für eine indirekte Thematisierung der politischen Verortung der eigenen Demonstrationen. Zudem schauen die Puppen interessiert nach, ob Horst in einem neuen „Schwurbel-Archiv“ (VID2, 121) auftaucht, und Berta bezeichnet Horst als eben solchen „Schwurbler“ (VID2, 120). Auch hier wird der Vorwurf, verschwörungs-ideologisch zu argumentieren, ebenfalls direkt auf der manifesten Ebene thematisiert und nicht tabuisiert oder verschwiegen.

IRRITATIONEN IN DER INTERPRETATIONSGRUPPE: HARMLOS ODER BEDROHLICH?

Die Interpretationsgruppe (IG) reagierte zunächst mit einem diffusen Bedrohungsgefühl auf die Puppenspiel-Videos sowie mit Ärger auf die (Undifferenziertheit der) Inhalte und die Kritik am Policy Paper sowie die ubiquitäre Abwertung aller gegenüber den Protesten kritischen Inhalte und Institutionen. Die zu Beginn dominanten Gefühle der Bedrohlichkeit bzw. der Wut und Abwertung wichen jedoch im Laufe der Zeit dem Eindruck von Belustigung, Harmlosigkeit und Lächerlichkeit sowie teilweiser Anerkennung für den Aufwand der Inszenierung und schließlich der Einschätzungen, dass die Videos doch eher bloß „klamaukig“

6) Die Motti der Gegendemo waren u.a.: „Lieber Strand als rechter Rand“ und „Lieber Saufen als Laufen“. Letzteres bezieht sich auf die Form der Montagsdemos, die sich oft als Spaziergänge verstanden haben, um ein erwartetes Demonstrationsverbot zu Zeiten eingeschränkter Versammlungsfreiheit während der Corona-Pandemie zu vermeiden.

(Zitat IG) seien, dass die Kritik an den „faulen Studierenden“ der Gegendemonstration nicht „wirklich böse gemeint“ (Zitat IG), sondern eher eine Art „Necken“ (Zitat IG) sei. Trotzdem kam immer wieder die Frage auf: Sind das Publikum vor Ort und auch das Puppentheater so harmlos, wie sie auf den zweiten Blick – unterstützt durch *Format, Rahmenprogramm* und *Kulisse* – wirken?

Diese im Zug Zuge des Auswertungsprozesses immer wieder auftauchende Pendelbewegung zwischen Bedrohung und Harmlosigkeit bzw. Lächerlichkeit lässt sich plausibilisieren: *Zum einen* transportieren sich inhaltlich Motive, die dem Bild eines harmlosen Puppentheaters bzw. einer humorvollen, alternativen Wochenschau widersprechen. Zentral ist die Abwertung der „Gegenseite“, etwa in Form der Kritik an der im Policy Paper genutzten gendersensiblen Sprache, wenn Horst sagt, einem werde davon „schlächt“ (VID1, 90). Auch die Gegendemonstration, die sich unter dem Motto „Saufen statt Laufen“ überwiegend aus jungen Studierenden formiert hatte, wird angegangen und als überempfindliche Gruppe, die sich vor einer Wasserbombe fürchte, lächerlich gemacht. Diejenigen, die nicht protestieren, werden als solche, die „mit der Bierpulle aufm Sofa“ (VID2, 47) liegen, imaginiert. Ähnlich abgewertet werden auch die Parlamentarier*innen, die laut Berta eh nie im Parlament seien und sich beim Anblick einer Reichsfahne sofort ergeben würden, oder auch Baerbock, über deren Talkshowauftritt sich lustig gemacht wird. Zwar kann man dies durchaus als „klamaukiges Necken“ verstehen, gleichzeitig erlaubt es aber auch Assoziationen zu einer als faul, ängstlich und schmarotzend abgewerteten Gruppe von Menschen auf der einen Seite und hart arbeitenden rechtschaffenen Bürger*innen auf der anderen Seite, zu denen man sich selbst zählen kann. Denn es wird betont, dass das Forschungsinstitut EFBI genau von den hart arbeitenden Unternehmer*innen, den „Kapitalist*innen“ (VID1, 91 f.), die es mit dem Policy Paper angreift, steuerfinanziert wird.

Zum anderen ist ein Einbezug der Kontextinformationen zu diesen Demonstrationen nicht aus der Interpretation wegzudenken: So war den interpretierenden Forschenden die Präsenz von und Verbindung zu recht extremen Akteur*innen und eine sich im Forschungsprozess abzeichnende enge Vernetzung des Milieus bekannt. Schließlich sind die Wirmer-Flagge sowie Poster und Banner mit scheinbar harmloser Aufschrift zum Teil von der extrem rechten Kleinstpartei *Freie Sachsen* oder der AfD zu sehen.

Der irritierende Widerspruch innerhalb der IG zwischen Gefühlen der Bedrohung und der Harmlosigkeit findet sein Pendant auch auf einer gesellschaftlichen Ebene im Diskurs über die Einschätzung der Demonstrationsbewegung. Dieser ist geprägt von der Parallelität des Selbstbildes der Szene als friedfertig, gemäßigt und „mittig“ sowie Behauptungen, die „wahren Demokraten“ zu sein, einerseits und der damit im Widerspruch stehenden Präsenz (extrem) rechter Personen und Organisationen sowie Inhalte in Form von Parolen und Postern andererseits.

Vielfach wurde auch in der Forschung die Heterogenität des Protests hervorgehoben, deren verbindendes Element ein diffuser Glauben an Verschwörungen und eine Opposition zu einer Elite aus „Mainstream-Medien“, führenden Politiker*innen sowie anderen, den öffentlichen Diskurs prägenden Institutionen sind (z.B. Teune, 2021; Schäller et al., 2021; Hanloser, 2022; Nachtwey et al., 2020; Grande et al., 2021). Die Präsenz (extrem) rechter Symbolik und Personen war bundesweit beobachtbar, konzentrierte sich aber von Beginn an bei den Corona-Demonstrationen im Osten (Teune, 2021; Quent/Richter, 2021). Entsprechend beschrieben Analysen das ostdeutsche Protestmilieu als „rechts(-extrem)“ (Rink et al., 2023; Haldenwang, 2022) oder „autoritär“ (Kalkstein et al., 2023; Dilling et al., 2022; Hellweg et al., dieser Band) unterwandert bzw. dominiert und thematisierten dessen Überschneidungen zur Reichsbürgerbewegung (z.B. Goertz, 2021). Gleiches gilt für die Oberlausitz, in der die *Freien Sachsen* und andere in der Szene gut vernetzte Akteure mit extrem-rechter Ausrichtung immer wieder auf den Demonstrationen präsent sind (Kalkstein et al., 2023; Kiess et al., 2023).

Unabhängig davon, ob einzelne Personen auf den regionalen Demonstrationen nun rechtsextreme Einstellungen teilen oder nicht, so sind sie doch als Teil der größeren Szene unweigerlich mit dem Konflikt konfrontiert, dass ihre (echte oder nur nach außen demonstrierte) Selbstdeklaration als bürgerliche Demokrat*innen mit dem Vorwurf und der faktischen Nähe der Bewegung zur extremen Rechten kollidiert. Diesem Spannungsverhältnis, so unsere These, nimmt sich das Puppentheater an: Es bietet dem sich als gemäßigt wahrnehmenden Publikum eine Möglichkeit, sich dem *Konflikt um die Realität des Rechts-extremismus* zu entledigen.

SPRACHLICH-KOMMUNIKATIVE STRATEGIEN DER VERHARMLOSUNG UND SELBSTERMÄCHTIGUNG

Im Folgenden soll an vier Beispielen gezeigt werden, wie Horst und Berta sich zwar immer wieder mit dem Konflikt des Rechtstextremismus und verwandten Phänomenen beschäftigen, allerdings ohne, dass eine *inhaltliche* Auseinandersetzung stattfindet. Stattdessen bietet das Puppentheater verschiedene sprachlich-kommunikative Strategien, die es ermöglichen, dem Wunsch nach einem Selbstbild von Harmlosigkeit und „Normalität“ zu entsprechen, ohne sich jedoch eindeutig von extrem rechten und verwandten Ideologien distanzieren zu müssen. Indem sie intersubjektiv geteilte Regeln von Kommunikation, Verständigung sowie Logik außer Acht lassen, verhelfen sie dazu, unliebsame Realität zu verleugnen, und bieten dem Publikum zudem ein Gefühl von Selbstermächtigung an.

Entkontextualisierung

Eine erste Strategie, die im Rahmen der Puppenspiele angewendet wird, um sich der Konfrontation mit dem Vorwurf des Rechtstextremismus zu entledigen, ist die *Entkontextualisierung*. Dies lässt sich am Umgang mit den Aussagen des Policy Paper vom EFBI über die Aktivitäten rechter Unternehmer*innen in der Region illustrieren. So zitiert Horst Textstellen aus dem Policy Paper, in denen ein völkisch-esoterisches Fest auf einem ostsächsischen Schloss beschrieben wird. Das Policy Paper zählt verschiedene Hinweise wie die Anwesenheit von Personen, die der völkisch-esoterischen und antisemitischen *Anastasia*-Bewegung nahestehen, in der „völkischen Bewegung beliebte, altmodischen Kleidung“ (Kiess et al., 2023, 9), den Verkauf von „selbstgebackenem Kuchen“ (ebd.), das Vorlesen traditioneller Märchen sowie die Ausstellung altdeutscher Schrift auf und schreibt, dass diese einzeln „zunächst belanglos“ (ebd., 8 f.) wirken, aber „in der Gesamtschau abermals die rechts-esoterische, wenn auch betont friedliche Ausrichtung“ (ebd.) des Festes belegen. Genau diese „Gesamtschau“ wird nun von den beiden Puppen wieder in ihre einzelnen Bestandteile zergliedert. Indem Berta ungläubig bzw. verunsichert nachfragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass „altmodische Kleidung“ (VID1, 108) nun extrem rechts sei, die Verbindungen zur *Anastasia*-Bewegung jedoch verschweigt, löst sie die ein-

zelenen Belege genau aus dem Kontext, der notwendig ist, um die ideologische Ausrichtung des Festes als Ganzes zu erkennen. Tatsächlich existierende Zusammenhänge zwischen der Hinwendung zu alt-deutschen Traditionen und Symbolen und völkisch-rechtsextremen Einstellungen werden getrennt und die Analyse so der Lächerlichkeit preisgegeben.

Übergeneralisierung

Eine ähnliche Strategie stellt die *Übergeneralisierung* dar. Diese wird besonders in der nachfolgenden Stelle desselben Videos deutlich, in der Berta ebenfalls auf das Policy Paper reagiert:

*Berta: Rechtsextreme? In Ostsachsen, was soll das denn sein?
(vereinzelt Lachen im Publikum)*

*Horst: Nunguck dich doch mal um hier. (Lachen im Publikum).
Der ganze Markt steht voller Rechtsextremisten! (lautes Klatschen, Pfeifen und Tröten im Publikum) Ja ja, das haben die rausgeforscht haben die das.*

Berta: Das haben die Wissenschaftler rausgefunden?

Horst: Ja.

Berta: Soso, so sieht also die extreme Rechte aus, ja gucke mal an du. (vereinzelt Lachen im Publikum) [...]

Berta: Fast hätte ich gedacht, das wären harmlose Leute hier auf dem Markte.

VID1, 82ff.

Tatsächlich präsenter Rechtsextremismus in der Region – und auch auf der Protestkundgebung – wird hier aus einer scheinbar fragend-naiven Position heraus entschärft. Indem Berta das Label „rechtsextrem“ auf das anwesende Publikum auf dem Marktplatz verallgemeinert, impliziert sie, dass die Benennung als rechtsextrem unzulässig, geradezu lächerlich sei. Dies kann nur vor dem Hintergrund funktionieren, dass die Demonstrierenden sich selbst größtenteils nicht als rechts(-extrem) verstehen (wollen). Es ist das Selbstbild als „normal“, „bürgerlich“, „friedlich und kulturvoll“ sowie „demokratisch“, welches auch in den Gruppendiskussionen mit Teilnehmenden der Demonstrationen immer wieder betont wird und auch in den Puppenspielen als Identifikationsangebot offeriert

wird. Dass die Strategie aufgeht, wird durch das Lachen des Publikums als Reaktion auf die ironische *Übergeneralisierung* von Berta deutlich: „So sieht also die extreme Rechte aus“ (VID1, 89). Durch das scheinbare Annehmen des Labels „rechtsextrem“ und dessen Anwendung auf das gesamte Publikum, welches sich so absolut nicht sieht, wird das Label ad absurdum geführt und seine Wirkung verschwindet – und damit auch das Problem „Rechtsextreme in Ostsachsen“ als Ganzes. Auch wenn es als Zweifel formuliert ist, am Ende bleibt die Botschaft bestehen, dass nur „harmlose Leute hier auf dem Markte“ (VID1, 98) stehen. Auf diese Weise wird die Gruppe der Protestierenden vereinheitlicht und verharmlost. Dass jedoch Mitglieder extrem rechter Organisationen anwesend sind sowie dass auch Protestierende, die nicht derlei einschlägigen Organisationen angehören, rechtsextreme Einstellungen haben können, wird verwischt und latent gehalten.

Auflösung und Neuverknüpfungen von Wortbedeutungen

Weiterhin findet sich ein zunächst übermäßig konkreter, d.h. wortwörtlicher Umgang mit Sprache in den analysierten Videos. In Reaktion auf das Motto der Gegendemonstration „Lieber Strand als rechter Rand“ spielt Horst mit der Bedeutung der Begriffe „rechts“, „Mitte“ und „links“. Mit scheinbar naivem Verständnis von „rechts“ als bloßer relativer Positions- bzw. Richtungsbezeichnung im Raum und nicht im Sinne seiner gängigen Bedeutung als Verortung im politischen Spektrum entzieht er sich und die Demonstration erneut des Vorwurfs des Rechts-Seins:

Horst: Und wieso eigentlich rechter Rand? Wir stehen in der Mitte vom Markte hier, ne? Wenn man von unten kommt, da steht Zenkers⁷ Rathaus am rechten Rande. (lautes Lachen, Jubeln, Klatschen und Pfeifen im Publikum) Ja und und wenn man do von oben kommt, da ist eher der Strand⁸ bissel rechts. (vereinzelt Lachen und Klatschen im Publikum)

VID2, 67ff.

7) Bürgermeister der Stadt Zittau.

8) Strand bezieht sich hier auf die Gegendemonstrant*innen, welche Sand auf der Seite des Marktplatzes aufgeschüttet haben, auf der sie protestierten.

Hier wird die Mehrdeutigkeit der Begriffe negiert bzw. scheinbar hintersinnig dekonstruiert, tatsächlich aber ad absurdum geführt. Diese zeitweise Auflösung der Verbindung eines Wortes mit seinen multiplen Bedeutungsebenen hat etwas Spielerisches sowie Selbstermächtigendes: Bestehende Verknüpfungen werden gelöst und können eigenständig je nach Lust neu verbunden werden. So ist nun politisch rechts, wer „rechts“ vom Marktplatz in Zittau steht („wenn man do von oben kommt, da ist eher der Strand bissel rächts“; VID2, 69f.), und nicht, wer politisch rechte Einstellungen und Ziele hat und entsprechende Wahlentscheidungen trifft. Die eigene Demonstration wird in Horsts Deutung dadurch nun vom Rechtsextremismusverdacht befreit, da sie eher „in der Mitte vom Markte hier [steht], ne?“ (VID2, 67) und somit auch politisch als mittig d.h. gemäßigt gelten könne. Damit wird eine Destruktion solcher Kategorien betrieben; hier vor allem der Kategorie, politisch rechts zu sein, deren Existenz und Wirkmacht das Publikum vor Konflikte stellt.

Pseudo-objektive Argumentation

Ähnlich selbstermächtigend ist die Argumentationsweise Horsts, die er zur Verharmlosung der Reichsbürgerbewegung nutzt. Die Szene beginnt damit, dass Berta Horsts Urteilskraft in Frage stellt: Er habe die Gefahr, die von der mutmaßlich rechtsterroristischen „Patriotischen Union“ um Heinrich XIII. Prinz Reuß ausgeht, unterschätzt. Damals habe er über den „Reuß-Putsch“ gelästert und nun sei aber laut *Sächsischer Zeitung* bewiesen, dass 16 Personen geplant hätten, die Parlamentarier*innen im Bundestag in Handschellen abzuführen. Um die Harmlosigkeit der „Reichshanseln“ (VID1, 48) zu beweisen, wählt Horst für seine Argumentation nun einen eigenen, pseudo-objektiven Referenzrahmen: Statt inhaltlich zu argumentieren, errechnet Horst das Gewicht der benötigten Handschellen für die Anzahl der Parlamentarier*innen und bittet dazu noch den auf der Kundgebung anwesenden Wissenschaftler um Hilfe:

Horst: Nu freilich, 16 Reichshanseln führen 736 Abgeordnete in Handschellen ab. Na das will ich mal rechnen, der Herr Müller⁹ unterstützt mich, a paar Handschellen

⁹) Pseudonymisiert.

wiegen ungefähr 300 Gramm, da brauchst du allene 200 Kilogramm Handschellen. (vereinzelt Lachen im Publikum)

VID1, 48ff.

So scheint rechnerisch bewiesen, dass man den „Reuß-Putsch“ nicht ernst nehmen brauche und Horst mit seiner Einschätzung, dieser sei harmlos, Recht hatte. Ob Horst damit meint, dass die Zeitungsmeldung nicht stimmen kann, weil 16 Leute 200 Kilogramm nicht tragen können oder, ob er meint, dass die Reichsbürger lächerlich sind, weil sie unzulängliche Pläne schmieden, wird nicht aufgeklärt. Das muss es auch nicht, wenn das Publikum weiß, wie es die Argumentation Horsts verstehen will. Auch Berta scheint durch die Rechnung überzeugt worden zu sein, dass man die Reichsbürgerbewegung nicht ernst nehmen müsse. Das ermöglicht den beiden nun auch, die Berichterstattung der *Sächsischen Zeitung*, die im Übrigen auch kritisch über die Montagsdemonstrationen berichtet, als überdramatisierend zu delegitimieren. Somit wird wiederum die Argumentation der politisch-inhaltlichen Ebene enthoben und in einem für die eigenen Zwecke passenden, allerdings nicht dem Gegenstand angemessenen Referenzrahmen geführt.

Das Angebot des Puppentheaters an das Publikum ist zudem nicht nur eine unmittelbare Entlastung und Abwehr des Vorwurfs und der Realität des Rechtsextremismus in den eigenen Reihen, ohne sich offen davon distanzieren zu müssen. Die sprachlichen Strategien können zudem von den Zuschauer*innen auch als instruktive Vorbilder dafür genutzt werden, wie sie mit ähnlichen unliebsamen Konfrontationen in ähnlichen Situationen umgehen können. Dass dies funktioniert und einen in der Szene sich entfaltenden, willkürlichen Umgang mit Sprache prägt, lässt sich an der durchaus regen genutzten Kommentarfunktion unter den Videos sehen. Dort führen die kommentierenden Nutzer*innen die „Sprach-Operationen“, wie sie im Video angeboten werden, fort. So wird sich in den Kommentaren unter dem Video „Ambiguität“ (VID1) auf den Begriff „(rechts-)extrem“ bezogen und davon ausgehend in einem digitalen Dialog damit gespielt:

Kommentatorin A: Als ‚Extremitäten‘ werden doch eigentlich die Fortbewegungsorgane von Lebewesen bezeichnet. Also Beine, Flügel oder Flossen, je nachdem ... :D

Kommentator B: Die sind ja auch EXTREM aus dem Körper.

Kommentatorin A: Genau! Ausragend bzw. heraus ragend.

Hervorragend! :D“

Kommentare VID1

Auch hier wird deutlich, dass die inhaltliche Bedeutung von Rechtsextremismus keine Rolle spielt, sondern der Begriff lustvoll dekonstruiert wird, bis seine Bedeutung vollständig verschwindet.

DAS LATENTE ANGEBOT: SPRACHVERWIRRUNG ALS KONFLIKTABWEHR

Diese vier exemplarischen sprachlich-kommunikativen Strategien ermöglichen dem Publikum ein Gefühl der Selbstermächtigung sowie die eigene Nähe zu extrem rechten Bewegungen und Inhalten in einem zynischen Spiel mit Sprache (instrumentell) zu negieren bzw. latent zu halten. Alle Strategien zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine *inhaltliche* Auseinandersetzung mit dem von außen herangetragenen Vorwurf des Rechtsextremismus darstellen. Tatsächlich wird durch diese Art der Thematisierung einer wirklichen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten – mit ihren Zielen, Forderungen, Inhalten und Mitgliedern – aus dem Weg gegangen. Es ist ein absurder, teils auch als spielerisch zu bezeichnender Umgang mit den Vorwürfen, mit dem die Puppen die Faktizität extrem rechter Inhalte und Organisationen in den eigenen Reihen entdramatisieren. Sie tun das durch einen scheinbar naiven, willkürlichen Umgang mit Sprache und ihrer Bedeutung. Dies trägt dazu bei, nicht nur Kategorien wie links und rechts ad absurdum zu führen, auch der Boden rationaler Argumentationsweise wird dabei verlassen. Gleichzeitig sind die sprachlich-kommunikativen Strategien so abwegig und der Ton, in dem sie vorgebracht werden, so unernst und teils ironisch, dass davon auszugehen ist, dass dem Publikum durchaus klar ist, dass mittig auf dem Marktplatz zu stehen, kein zulässiger Beweis dafür ist, auch politisch mittig zu sein, und das Gewicht von Handschellen nicht als Beweis für die Harmlosigkeit der Reichsbürgerbewegung ausreicht. Diese Strategien scheinen aber nicht trotzdem, sondern *genau deshalb* aufzugehen: Die *Entkontextualisierung*, die *Übergeneralisierung*, die *pseudo-objektive Argumentation* und der *willkürliche Umgang mit Wortbedeutungen* bieten ein Gefühl von lustvoller Selbstermächtigung,

die darin besteht, sich nicht an gegebene Regeln der Logik, Gegenstandsangemessenheit und kommunikativen Verständigung zu halten. Was dabei passiert, kann auch als „babylonische Sprachverwirrung“ beschrieben werden. Damit ist hier nicht eine „große Sprachenvielfalt“ (dwds, 2023) gemeint, sondern der unklare bzw. uneinheitliche Gebrauch von Begriffen, die Auflösung der Verbindungen zwischen Wörtern und deren Bedeutungen sowie das Anlegen unnachvollziehbarer Referenzrahmen, was schließlich eine Verständigung verhindert (ebd.). So wird zwar die Bedeutung der konflikthafter Tatsache des Rechtsextremismus sprachlich dekonstruiert und somit der Konflikt latent gemacht, gleichzeitig beraubt man sich jedoch der Grundlagen, sich darüber auszutauschen, d.h. eine realitätsbezogene Auseinandersetzung darüber zu führen. Im Kontext einer Rede des AfD-Politikers Gauland bezeichnete König dies als „verhexte[] Sprache“ (H.-D. König, 2020, 53), welche die soziale Realität „entwirkt“ (ebd., 61).

Diese Art von kommunikativem Umgang mit Realität hat Kumkar (2022) im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit „alternativen Fakten“ und Verschwörungserzählungen ähnlich beschrieben. Demnach betreiben diese eine „kommunikative Realitätsdestruktion“ (ebd., 34) mit dem Zweck einer Vermeidung oder Verdrängung von Dilemmata, welche insbesondere von solchen Milieus genutzt werde, deren politische Position die einer Minderheit ist. Ein ähnliches Angebot macht auch das Puppentheater seinem Publikum: Hier werden logische Verbindungen und sprachliche Bedeutungen aufgelöst, willkürlich falsch verknüpft oder zerstört, mit dem Ziel, den Konflikt mit der Präsenz des Rechtsextremismus zu vermeiden und damit zugleich eine (Selbst-)Verharmlosung zu betreiben. Eine solche „Strategie der Selbstverharmlosung“ (H.-D. König, 2020, 59) konnten bereits andere Studien als Motiv rechter Selbstdarstellung herausarbeiten (vgl. bspw. Seville, 2019).

Dabei ist das *Angebot* des Puppentheaters einerseits für solche Akteur*innen der Szene wirksam, die eine Nähe zu rechtsextremen Einstellungen haben und deren demonstrative Außendarstellung als bürgerlich und demokratisch deshalb nur instrumentell ist. Bei ihnen lösen die rechtsextremen Inhalte womöglich keinen *inneren* Konflikt aus. Die Puppenspiele ermöglichen mit ihrem harmlosen Schein jedoch eine Verschleierung der tatsächlichen eigenen politischen Haltung – das macht sie so attraktiv. Andererseits ist dieses Angebot insbesondere auch für jene attraktiv, deren Selbstbild als harmlos und rechtschaffen

tatsächlich einem ausdrücklichen inneren Wunsch entspricht, was eine offene Sympathie für (extrem) rechtes Gedankengut erschwert. Es ist davon auszugehen, dass gerade bei ihnen gewisse Zweifel, Unsicherheiten und Unbehagen bezüglich der Präsenz extrem rechter Elemente in den eigenen Reihen existieren. Genau diese Zweifel und Unsicherheiten – wie auch die Relevanz der Vorwürfe, die von außen an die Demonstrationen herangetragen werden – müssen also immer wieder verdrängt oder verleugnet werden. Ansonsten könnte die Bewegung nicht derart positiv besetzt werden, eine Teilnahme an den Demonstrationen wäre nicht konfliktfrei möglich und möglicherweise müssten schmerzhaft inhaltlich-politische Auseinandersetzungen geführt werden.

FAZIT

Die oberlausitzer Puppenspiele mit Horst und Berta erfreuen sich großer Beliebtheit in der Szene rund um die Montagsdemonstrationen. So haben die Puppenspiele auf der manifesten Ebene als „alternative Wochenschau“ eine orientierende und vergemeinschaftende Funktion und betreiben eine Arbeit am Selbstbild der Szene als harmlose, bürgerliche und demokratische Bewegung.

Die Ergebnisse unserer Analyse legen nahe, dass das Oberlausitzer Puppentheater einen Raum der Vermeidung, Verdrängung oder Verleugnung von konflikthafter Realität bietet, namentlich der Realität des Rechtstextremismus in den eigenen Reihen. Zwar findet eine permanente Thematisierung von Vorwürfen statt, die von außen an die Bewegung und die Demonstrationen herangetragen werden. Es lässt sich jedoch herausarbeiten, dass die Puppenspiele dazu beitragen, eine Konfrontation mit konflikthafteren Tatsachen zu vermeiden bzw. zu verleugnen, statt eine tatsächliche Reflektion des Themas des Rechtstextremismus im Publikum anzuregen oder Denkräume zu eröffnen. Sie laden das Publikum geradezu ein, mithilfe der sprachlich-kommunikativen Strategien, der Sprachverwirrung, die Ebene realitätsnaher, logischer Argumentation und Verständigung zu verlassen, den zugrundeliegenden Konflikt abzuwehren, das Reflektieren zu vermeiden und dies als spielerische Selbstermächtigung zu genießen.

Nun ermöglicht das hier vorgestellte Datenmaterial nur das manifeste und latente Angebot zu analysieren, welches das Puppentheater den Demonstrierenden und dem erweiterten Milieu (via YouTube) macht.

Aufgrund dessen Popularität, die sich auch in der positiven Bezugnahme darauf vonseiten unserer Teilnehmenden der Gruppendiskussionen zeigt, können wir davon ausgehen, dass das *Angebot* der Puppenspiele auch auf eine *Nachfrage*, mit anderen Worten, auf ein Bedürfnis seitens des Publikums stößt und dieses erfüllt. Dieses Bedürfnis wird Gegenstand zukünftiger Auswertung der projekteigenen Gruppendiskussionen mit den Teilnehmenden der Demonstration sein.

LITERATUR

- Bernstengel, Olaf/Rebehn, Lars (2007). *Volks-theater an Fäden: Vom Massenmedium zum mu-sealen Objekt – sächsisches Marionettentheater im 20. Jahrhundert. Halle* (Saale): Mitteldeutscher Verlag.
- Haldenwang, Thomas (2022, 16. Januar): Interview: „Corona ist nur der Aufhänger“. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 15.01.2022. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-proteste-und-verfassungsschutz-neue-szene-von-staatsfeinden-17731744.html> (24.10.2023).
- Dilling, Marius/Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2022). Wer sind die Verschwörungsgläubigen? Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland. Leipziger Autoritarismus Studie 2022. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 209–243). Gießen: Psychosozial.
- dwds (2023). Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache. Babylonische Sprachverwirrung. URL: <https://www.dwds.de/wb/babylonische%20Sprachverwirrung> (26.10.2023).
- Erdheim, Mario (1982). *Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit: Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozess*. Berlin: Suhrkamp.
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021). Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Universität Basel, Fachbereich Soziologie. URL: <https://www.boell-bw.de/de/2021/11/19/quellen-des-querdenkertums-eine-politische-soziologie-der-corona-proteste-baden> (12.09.2022).
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem (2021). Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. *Discussion Paper des WZB. ZZ 2021–601*. URL: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> (08.09.2023).
- Goertz, Stefan (2021). Corona-Proteste und extremistische Einflussnahmen. *forum kriminalprävention* 4, 16–20.
- Hanloser, Gerhard (2021). „Nicht rechts, nicht links“? Ideologien und Aktionsformen der Corona-Rebellen. *Sozial Geschichte Online* 29, 175–217.
- Hercka, Julia (2023). „Layla“: Dürfen sexistische Songtexte auf Volksfesten gesungen werden? *NDR*, 24.06.2023. URL: https://www.ndr.de/kultur/musik/pop/Layla-Wie-eine-Bitte-zur-Unterscheidung-eine-nationale-Debatte-ausloeste_layla_102.html (30.10.2023).
- Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius/Schließler, Clara (2023). Heute wie damals? Die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum politischer Proteste. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demo-*
- kratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 179–198). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Feurerer, Amelie/15 Grad Research (2023). Vernetzt und etabliert: Unternehmerisches Engagement für die extreme Rechte in Ostsachsen. *EFBI Policy Paper 2023-1*. URL: <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-1-vernetzt-und-etabliert-unternehmerisches-engagement-fuer-die-extreme-rechte-in-ostsachsen.html> (09.10.2023).
- König, Hans-Dieter (2001). Tiefenhermeneutik als Methode psychoanalytischer Kulturforschung. In Heide Appelsmeyer/Elfriede Billmann-Mahecha (Hrsg.), *Kulturwissenschaft* (S. 168–194). Weilerswist: Velbrück.
- König, Hans-Dieter (2019a). *Die Welt als Bühne mit doppeltem Boden: Tiefenhermeneutische Rekonstruktion kultureller Inszenierungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- König, Hans-Dieter (2019b). Methodologische Einleitung. In Julia König/Nicole Burgermeister/Marcus Brunner, Philipp Berg/Hans-Dieter König (Hrsg.), *Dichte Interpretation: Zur Methodologie und Methode der Tiefenhermeneutik* (S. 13–86). Wiesbaden: Springer VS.
- König, Hans-Dieter (2020). Wolf im Schafspelz: Tiefenhermeneutische Rekonstruktion von Gaulands Selbstinszenierung im ARD-Sommerinterview mit Tina Hassel. *Freie Assoziation* 23(1–2), 47–64.
- König, Hans-Dieter (2022). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In Uwe Wolfradt/Lars Allolio-Näcke/Paul Sebastian Ruppel (Hrsg.), *Kulturpsychologie* (S. 257–268). Wiesbaden: Springer VS.
- König, Hans-Dieter/König, Julia/Lohl, Jan/Winter, Sebastian (2020). *Alfred Lorenzer zur Einführung: Psychoanalyse, Sozialisierungstheorie und Tiefenhermeneutik*. Berlin: Verlag Barbara Budrich.
- König, Julia/Burgermeister, Nicole/Brunner, Markus/Berg, Phillip & König, Hans-Dieter (Hrsg.) (2019). *Dichte Interpretation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kumkar, Nils (2022). *Alternative Fakten – Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung*. Berlin: Suhrkamp.
- Lorenzer, Alfred (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In Hans-Dieter König et al. (Hrsg.), *Kultur-Analysen* (S. 11–98). Frankfurt am Main: Fischer.
- Lorenzer, Alfred (2013). *Szenisches Verstehen. Zur Erkenntnis des Unbewussten*. Baden-Baden: Tectum.
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020). Politische Soziologie der Corona-Proteste. *SocArXiv*, 1–63. URL: <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/> (16.10.2023).
- Quent, Matthias/Richter, Christoph (2021). Gegen den „Mainstream“. Ost und West im Protest ver-

- eint. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 292–300). Freiburg im Breisgau: Herder.
- Reiniger, Rike (2000). „Heute und täglich Wunder“. Geschichte(n) des tschechischen Puppentheaters. *Bohemia* 41, 59–84.
- Rink, Dieter/Leistner, Alexander/Kühn, Sabine/Strang, Joshua (2023). „Heißer Herbst“ 2022. Rechte Mobilisierung als Krisenprotest. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 36, 1–19.
- Schäller, Steven/Kollmorgen, Raj/Schütz, Johannes (2021). Umkämpfte Mitte in den Krisen der Gegenwart. Von der Nouvelle Droite zum Coronavirus-Protest. In Johannes Schütz/Steven Schäller/Raj Kollmorgen (Hrsg.), *Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten* (S. 405–438). Wien: Böhlau.
- Schlürmann, Jan (2015). Die „Wirmer-Flagge“. Die wechselhafte Geschichte eines vergessenen Symbols der deutschen Christlichen Demokratie. *Historisch-Politische Mitteilungen* 22(1), 331–342.
- Schwarz, Uta (2006). Der blockübergreifende Charme dokumentarischer Bilder: Tradition, Ideologie und Geschlecht in der Repräsentationsordnung der bundesdeutschen und der DDR-Wochenschau der 1950er Jahre. In Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen* (S. 203–234). Köln: Böhlau.
- Séville, Astrid (2019). Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29.11.2019. URL: <https://www.bpb.de/apuz/301138/vom-sagbaren-zum-machbaren-rechtspopulistische-sprache-und-gewalt> (16.10.2023).
- Teune, Simon (2021). Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34, 326–334.
- Siemens, Daniel (2021). Ideologie ist gelingende Authentizität. Überlegungen zu den Wochenschauen in den deutsch-deutschen Nachkriegsgesellschaften. *Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF)*: zdbooks.
- VID1 (2023). Ambiguität. Lutz Männel. *YouTube*, 25.04.2023. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=RMitiQVCWPc> (08.09.2023).
- VID2 (2022). Biontech-Layla. Lutz Männel. *YouTube*, 18.07.2022. URL: https://www.youtube.com/watch?v=Rpg1mnzGQ_c (08.09.2023).
- Winter, Sebastian (2013). *Geschlechter- und Sexualitätswürfe in der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“*. Gießen: Psychosozial.



Kleinbürgerliche Renitenz

Zur politischen Kontinuität und sozialen Kontur
der (post-)pandemischen Montagsproteste in Ostdeutschland

Als wir im Frühsommer 2023 an einer Montagsdemonstration in Görlitz teilnahmen, wirkte die uns gebotene Szenerie doch ein wenig aus der Zeit gefallen: Zwischen 200 bis 300 Frauen und Männer vorwiegend höheren Alters, in bunte Puffjacken gekleidet und vereinzelt mit Plakaten und Fahnen aus dem Repertoire der Querdenker:innen gerüstet, protestierten für Frieden, Freiheit und gegen die Diktatur der WHO. Dabei stach nicht allein das Sammelsurium einer scheinbar musterlosen Themenwahl hervor, welches von friedensbewegten Beiträgen zum russischen Angriffskrieg über beworbene Siedlungsprojekte im ungarischen Exil bis zur Verschwörungserzählung einer internationalen Elitenherrschaft reichte. Bemerkenswert war vor allem die vollständige Routiniertheit des Geschehens, die obendrein durch eine ausgesprochene Vertraulichkeit und Gemeinschaftlichkeit der Teilnehmenden untereinander verstärkt wurde. Freundliche Begrüßungen, ein bis ins Detail eingespielter Versammlungsablauf und auf das nächstwöchentliche Wiedersehen verweisende Verabschiedungen entlang der Demonstrationroute zeugten von einem sichtlich ausgeprägtem Gewohnheitscharakter der Veranstaltung.

Wirft man einen Blick auf die Historie dieser sogenannten Corona-Proteste in Ostdeutschland, dann scheint eine solche Routine auch nicht ganz verwunderlich. Schließlich weisen die Protestierenden mit einer wöchentlichen Protestaktivität seit nunmehr dreieinhalb Jahren ein unvergleichbares Maß an Stabilität und Kontinuität auf, welches zumindest in Ausdauer und Größe bundesweit seinesgleichen sucht. Eine erhoffte mediale Aufmerksamkeit bleibt den selbsternannten Dissident:innen jedoch weitestgehend verwehrt: Waren vielfältige Berichterstattungen über einen befürchteten „heißen Herbst“ in Ostdeutschland im Zuge zunehmender Inflationsraten 2022 noch vielerorts zu beobachten und wurde stellenweise, wie etwa von Thüringens Ministerpräsidenten

Bodo Ramelow, gar vor einer „neuen Pegida“ gewarnt (Zeit Online, 2022), so scheint spätestens seit 2023 das öffentliche Interesse an den weiterhin anhaltenden Montagsprotesten weitestgehend versiegt zu sein. Während man selbst im ostdeutschen Diskurs kaum etwas über eine derart verstetigte Protestdynamik erfährt, herrscht in Westdeutschland oftmals Unwissen darüber, dass überhaupt wöchentlich demonstriert wird. Ein ähnliches Bild zeigt auch die sozialwissenschaftliche Studienlage zu den sogenannten Corona-Protesten mit Blick auf ihre ostdeutsche Spezifik: Zwar gibt es mittlerweile eine Vielzahl an methodisch diversen Analysen zum Sozialphänomen der maßnahmenkritischen Querdenken-Bewegung (vgl. Brunner et al., 2021; Frei/Nachtwey, 2021; Grande et al., 2021; Hanloser, 2021; Hövermann, 2020; Koos, 2020; Koos/Binder, 2021; Nachtwey et al., 2020; Reuband, 2022a, 2022b), jedoch thematisieren diese eine ostdeutsche Besonderheit in der Protestdynamik zumeist nur am Rande und fokussieren zudem ausschließlich die Frühphase der Pandemie. Zugleich bemerken Grande et al. (2021) in einer repräsentativen Befragung, dass die Protestbefürwortung in Ostdeutschland grundsätzlich höher ist als im Westen der Republik. Gleiches stellen auch Hövermann (2020) und Koos/Binder (2021) fest, wenn sie jeweils nach dem Verständnis für und der Unterstützung von den Protesten gegen die Coronamaßnahmen fragen. Reuband (2022b) verzeichnet in einer bundesweiten Auswertung der polizeilichen Proteststatistiken für Januar und Februar 2022, dass in Ostdeutschland – und hier gerade in Sachsen – das Versammlungsgeschehen mit Pandemie-bezug am ausgeprägtesten, die Ablehnung der Regierungsmaßnahmen am höchsten und darunter der Anteil von AfD-Wähler:innen am beträchtlichsten ist. Und schließlich beobachten Frei und Nachtwey (2021), dass im Gegensatz zum baden-württembergischen Protestmilieu die Protestierenden in Ostdeutschland bereits zu einem großen Teil vor der Pandemie die AfD gewählt haben. Nach Studien, welche die Maßnahmenkritik gesondert in Sachsen fokussierten (vgl. Vorländer et al., 2021; Brieger et al., 2022), führten einzig Fröhlich et al. (2023) zu einem späteren Zeitpunkt eine nicht-repräsentative Befragung auf den ‚Heißen-Herbst‘-Demonstrationen zum Jahreswechsel 2022/23 in den ostdeutschen Städten Gera und Chemnitz durch, bei denen 55% der Befragten angaben, bereits seit mehreren Jahren regelmäßig montags auf die Straße zu gehen und dabei weniger von konkreten Themen, denn von einem diffusen Unmut und einer allgemeinen Sorge angetrieben zu sein.

Das öffentliche Desinteresse an der Verstetigung einer derart unbestimmten Protestdynamik mag doch aus mindestens drei Gründen verwundern: Zunächst verweisen die Studienergebnisse über das breitere Versammlungsgeschehen, die höhere Protestzustimmung und eine weit verbreitete Unterstützung rechter Politik zu Zeiten der maßnahmenkritischen Spaziergänge bereits auf eine ostspezifische Entwicklung, die sich nicht pauschal mit den gesellschaftlichen Erfahrungen in der DDR erklären lässt (1). Und wenn man zwar aufgrund der thematischen Gemengelage spätestens seit Herbst 2022 nicht mehr ausschließlich von Protesten gegen die pandemischen Maßnahmen sprechen kann, so fanden die bundesdeutschen Corona-Demonstrationen in Form des ‚stillen Protests‘ an der sächsischen Bundesstraße 96 doch einen ihrer markanten Anfänge (vgl. Kalkstein/Dilling/Schließler, 2023). Somit besitzen die ostdeutschen Proteste nicht nur politisch den längsten Atem, sie waren neben den baden-württembergischen Querdenken-Versammlungen auch mit die Ersten im coronabezogenem Demonstrationsgeschehen. Diese Persistenz des montäglichen Versammlungsgeschehens lässt sich nochmals eindrücklicher veranschaulichen, stellt man die Protestaktivitäten zwar nicht im Hinblick auf das Ausmaß, aber auf die Dauer in den historischen Vergleich mit jenen ostdeutschen Protestdynamiken, die das Etikett der ‚Montagsproteste‘ für sich beanspruchen: Im Zeitstrahl der Demokratiebewegung ab September 1989, den im Herbst 2003 beginnenden Sozialprotesten gegen die Hartz-IV-Reform, den Friedensmahnwachen im Zuge der Krim-Annexion Anfang 2014, der Ende desselben Jahres in Dresden ins Leben gerufenen Pegida-Bewegung sowie den im Frühjahr 2020 startenden Corona-Protesten handelt es sich bei Letzteren in lokaler Größe und Kontinuität um die am längsten anhaltenden Montagsproteste innerhalb Ostdeutschlands¹ (2). Neben der Dauer stellt nicht zuletzt auch die Motivation für den Protest eine bewegungspolitische Besonderheit dar: Während schon zu Beginn des ostdeutschen Versammlungsgeschehens immer wieder auf einen diffusen Charakter der Unmutsartikulation verwiesen wurde und auch die bundesweiten Demonstrationen anfangs keinesfalls mit thematischer Prägnanz über-

1) Betrachtet man die Protestaktivität der vergangenen Jahre in Sachsen, zeigt sich, dass in jeder Woche zwischen dem Jahresbeginn 2022 bis Dezember 2023 mehr als die Hälfte aller angemeldeten und unangemeldeten Versammlungen, Ansammlungen und Aufzüge an Montagen stattfanden. Der Anteil bewegt sich dabei zwischen knapp über 50% (z.B. Juni bis November 2023), aber auch über Wochen hinweg über 80 bis 90% (28. März bis 23. Mai 2022) (eigene Berechnungen).

zeugten (vgl. Schönian/Adler, 2020), ist die Heterogenität und Flexibilität der Themen im Verlauf der ostdeutschen Protestjahre doch mehr als beachtlich. Was als Kritik der staatlichen Corona-Maßnahmen begann, wurde im Zuge des russisch-ukrainischen Krieges schnell durch Motive der Friedensbewegung ergänzt und entkoppelte sich schließlich mit der politischen Adressierung der Energie- und Inflationskrise und einer zunehmenden migrationskritischen Stimmung zum Ende des Jahres 2022 von ihrem westdeutschen Pendant (vgl. Vorreyer, 2022). Seither steht die Trias ‚Frieden–Freiheit–Wohlstand‘ sinnbildlich für eine ostdeutsche Bewegung, die für die Protestforschung doch erst einmal untypisch erscheint: Denn jüngere Protestbewegungen zeichnen sich für gewöhnlich gerade dadurch aus, dass sie sich viel eher anhand einer einheitlichen Thematik, denn auf Grundlage eines inhaltlich vielfältigen und zugleich konsistenten Protestmilieus konstituieren (3).

Auf Grundlage dieser drei Besonderheiten eröffnen sich insbesondere zwei zentrale Fragenkomplexe, welche für ein Verständnis der Dynamik und Gestalt dieser postpandemischen Montagsdemonstrationen von zentraler Bedeutung sind. Zum einen ist zu klären, welches zahlenmäßige Ausmaß diese Protestkontinuität tatsächlich aufweist und wie es sich im Verlauf der Jahre entwickelt hat. Zum anderen ist insbesondere die soziale Struktur des Kernmilieus der Proteste von Interesse, da diese einiges über die politische Motivation und eine ostdeutsche Besonderheit innerhalb der Protestdynamik verraten kann.

ZUR KONTINUITÄT DES PROTESTGESCHEHENS

Im Folgenden soll anhand des *sächsischen* Protestgeschehens die zeitliche Persistenz der ostdeutschen Montagsdemonstrationen beispielhaft betrachtet werden. Als Grundlage der Analyse nutzen wir Übersichtsdaten über das Versammlungsgeschehen in Sachsen von Winter 2021 bis Herbst 2023, die vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) erstellt wurden. Eine frühere große Anfrage der Linksfraktion im sächsischen Landtag (Drs. 7/7644), die u. a. das „gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie gerichtete ‚Protest‘-Geschehen im Freistaat Sachsen“ zum Gegenstand hatte, stellte bereits das im Freistaat kontinuierlich hohe Protestgeschehen im ersten Pandemiejahr heraus. Da wir uns auf die Veranstaltungen und Proteste fokussieren, die sich selbst in der langen Tradition der Montagsproteste wähen,

werden nur die montäglichen Protestveranstaltungen zur Veranschaulichung herangezogen (Reuband, 2022b). Damit finden beispielsweise die sonntäglichen „stillen Proteste“ an der B96 in den hier betrachteten Daten keinen Niederschlag. Von insgesamt 11.170 Protestereignissen gingen 7.078 in die Auswertung mit ein. Zum Analysemaßstab wurde die geschätzte Anzahl an Teilnehmenden gewählt, die sich aus den Polizeiangaben ergibt.²

Im März 2020, kurz nach Beginn der Covid-19-Pandemie, kam es zu ersten Protestkundgebungen gegen die zu diesem Zeitpunkt einsetzenden „Corona-Maßnahmen“. Während das Protestgeschehen zunächst in größeren Städten wie Stuttgart oder Berlin stattfand, weitete es sich schnell auf mittelgroße Städte und kleinere Gemeinden aus. Auch in Sachsen kam es seit dem Frühjahr 2020 zu Protesten, wobei der Freistaat im Laufe des Jahres eine besondere Rolle im Pandemiegeschehen einnahm: Lag die Kurve der Neuinfektionen zu Beginn der Pandemie noch unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, entwickelte sich Sachsen im Herbst/Winter 2020 zum Spitzenreiter bei den Infektionszahlen (Panreck et al., 2021). Nach Einführung der Impfungen gegen das Covid-19-Virus im ersten Halbjahr 2021 verzeichnete Sachsen, und dies gilt bis heute, die bundesweit geringsten Impfquoten (RKI, 2023). In Reaktion auf die anhaltend hohen Inzidenzen und die geringen Impfquoten erließ die Landesregierung im November 2021 eine neue Corona-Schutzverordnung, welche im deutschlandweiten Vergleich die repressivsten Auflagen einfuhrte.³ Gleichzeitig und wohl als direkte Folge dieser verschärften Maßnahmen gegen die Versammlungsfreiheit und dem steigenden sozialen Druck auf nicht geimpfte Personen, etwa in Form von Zugangskontrollen, fand in Sachsen mit den ersten sogenannten „Spaziergängen“ eine Erneuerung des Aktionsrepertoires statt, welches sich allmählich zu einem bundesweiten Phänomen ausbreitete (Grande et al., 2022; MBR, 2022).

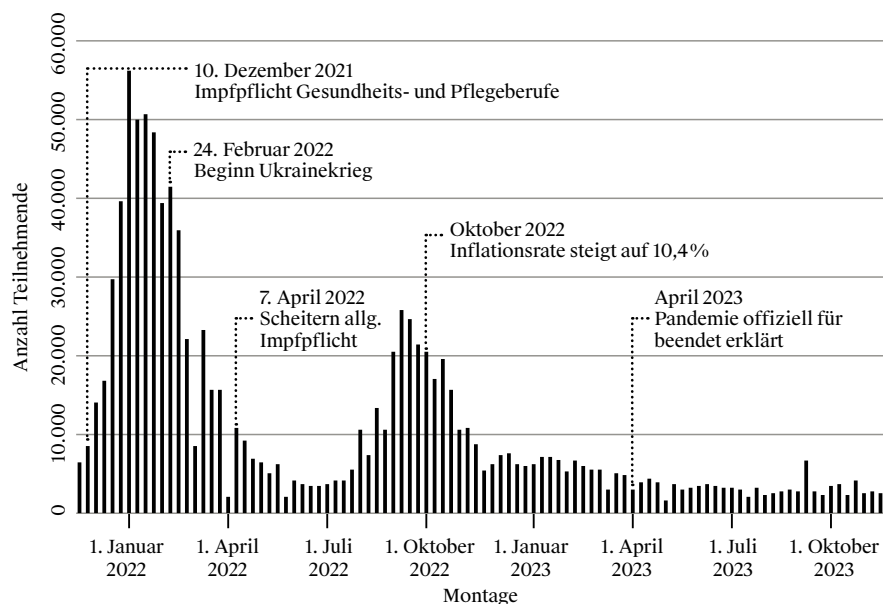
Betrachtet man den Verlauf der Teilnehmerzahlen an montäglichen Protesten von Anfang Dezember 2021 bis November 2023 in Sachsen (Abb. 1), fallen zwei prägnante Höhepunkte auf. Insbesondere zu Beginn

2) Für eine ausführliche Darstellung des Prozesses der Datensystematisierung und der potenziellen Fehlerquellen fehlt an dieser Stelle der Platz. Sie steht auf der Internetpräsenz des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts zum Download bereit: <https://efbi.de/details/demokratie-in-sachsen-2023.html>. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei Marius Dilling für die Unterstützung bei der Datensystematisierung bedanken.

3) Eine detaillierte Beschreibung der Frühphase der Pandemie ist z. B. bei Panreck et al. (2021) nachzulesen.

ABBILDUNG 1

Teilnehmerzahlen an Montagsprotesten in Sachsen vom 06.12.2021 bis 27.11.2023



des Jahres 2022 und im darauffolgenden Herbst erlebten die Proteste einen immensen Zulauf. Dazwischen flachen die Teilnehmerzahlen zwar ab, an den meisten Montagen – bis auf zwei Ausnahmen – sind aber stets über 3.500 Teilnehmende zu verzeichnen. Der Peak Anfang 2022 (an fünf der sieben Montage zwischen dem 17. Januar und dem 28. Februar 2022 wird die Gesamtanzahl von 40.000 Protestierenden überschritten) kann inhaltlich mit der bundesweiten Debatte um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht und der im Dezember 2021 beschlossenen einrichtungsbezogenen Impfpflicht⁴ in Verbindung gebracht werden, die thematisch die Corona-Proteste dominierte (Tagesspiegel, 2022). Zwei Tage bevor der Bundestag in einer ersten langen Orientierungsdebatte über die Impfpflicht diskutierte (Polansky, 2022), protestierten am 24. Januar 2022 über 56.000 Menschen. Zeitgleich zu der diskutierten Impfpflicht erreichten die Sieben-Tage-Inzidenzen im Januar 2022 täglich neue Spitzenwerte.

4) Eine einrichtungsbezogene Impfpflicht in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen galt vom 16. März bis 31. Dezember (Bundestag, 2021; Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, 2023).

Nach diesem ersten Höhepunkt fällt die Kurve der Teilnehmerzahlen nur allmählich ab und überdauert zeitlich betrachtet das endgültige Scheitern der Impfpflicht Anfang April bis zu ihrem vorläufigen Tiefststand im Juni 2022. Zumindest die politische Debatte fand am 7. April ihr Ende, als im Bundestag alle Anträge zur Einführung der allgemeinen Impfpflicht abgelehnt wurden (Bundestag, 2022). Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass die Protestmotivation gesunken ist, denn in etwa zeitgleich begann eine thematische Diversifizierung der Proteste, wie sie auch in den Dokumenten des SMI unterstrichen wird (vgl. Drs. 7/9511: 2; Drs. 7/10113). Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 und der damit verbundenen Neuausrichtung sicherheitspolitischer Interessen verschob sich der Fokus der gesellschaftlichen Debatte und auch der Proteste. Damit ging jedoch vor allem in Ostdeutschland kein Abbruch der Proteste einher (vgl. Reuband, 2022b). Erst Anfang Juni fällt die Gesamtzahl der Protestteilnehmenden für längere Zeit unter 6.000.

Der zweite Höhepunkt im Zeitverlauf datiert auf den Herbst 2022⁵, eine Zeit gestiegener Strom-, Gas- und Lebensmittelpreise. Bereits ab Ende August stieg die Teilnehmerzahl wieder leicht an, erreichte Anfang Oktober ihren Höhepunkt und fiel zum Winter hin wieder langsam ab. Entgegen des von der Politik erwarteten und als „Heißer Herbst“ angekündigten großen Protestgeschehens aufgrund der hohen Inflation und der gestiegenen Energiepreise kam es lediglich zu kleineren und vor allem kurzweiligen Protesten. Wie bereits bei den Corona-Protesten wirkten auch hier rechte Kräfte aktiv und zunehmend am Protestgeschehen mit (Brieger et al., 2022). Gegen Ende des Jahres 2022 wurde vorrangig zu Demonstrationen mobilisiert, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind (Fröhlich et al., 2023). Insbesondere in Sachsen gewann die extrem rechte Kleinstpartei der Freien Sachsen vermehrt an Einfluss (Reuband, 2022a).

Die Zahl der Protestteilnehmenden fiel Anfang Dezember 2022 unter 10.000 und erreichte seitdem keine fünfstelligen Summe mehr, seit April ist die Zahl der Protestteilnehmenden kontinuierlich unter 5.000, bleibt jedoch meist zwischen 2.500 und 4.000.⁶

5) Der Vergleich der beiden Wellen und ihrer Maximalwerte sollte vorsichtig geschehen, da sich die vom SMI zur Verfügung gestellten Daten ab der 39. Kalenderwoche im Jahr 2022 geändert haben: Von da an verzichtete die Behörde auf eine Vorsortierung nach Protesten, so dass wir die Proteste selbst selektieren mussten. Die Sortierung der für uns relevanten Protestereignisse erfolgte nach einem konservativen Schema, d. h. Protestereignisse, die nicht eindeutig zugeordnet werden konnten, wurden stets ausgeschlossen.

Die Themen, unter denen die angemeldeten Kundgebungen von nun an stattfinden, sind entweder auffällig allgemein gehalten (wie der Dreiklang „Frieden – Freiheit – Wohlstand“, vgl. Vorreyer, 2022) oder es sind Variationen, die inhaltlich ziemlich unklar bleiben, wie in Dippoldiswalde im Erzgebirge, wo sich regelmäßig unter dem Motto „Politische Irrwege und deren Folgen für die Bevölkerung“ getroffen wird. Im November 2023 finden sich zwar nur noch wenige Verweise auf eine zuvor häufig adressierte „Corona-Diktatur“ (vgl. Reuband, 2022a); weiterhin ist ein Bezug auf Grundrechte oder das Grundgesetz in den Mottos aber sehr beliebt. Seit Ende 2022 bis Herbst 2023 steigt zudem zunehmend die Zahl migrationskritischer Bezüge in den Protestthemen.

Bisherige Forschungen verweisen hinsichtlich des Protestgeschehens auf regionale Unterschiede innerhalb Sachsens (vgl. Reuband, 2022a; zum Protestverständnis vgl. Vorländer et al., 2021; Brieger et al., 2022). Unsere Daten legen dies ebenfalls nahe. Für eine innersächsische Differenzierung haben wir das Protestgeschehen innerhalb der fünf sächsischen Polizeidirektionen (im Folgenden PD genannt) analysiert.⁷ Die Ebene der PD bietet sich an, da sie mehrere Landkreise zusammenfügen, flächenmäßig etwa gleichgroße Bereiche abbilden können und somit leichter untereinander vergleichbar sind. In allen fünf weist das Protestgeschehen das Verlaufsmuster auf, welches sich bereits auf gesamtsächsischer Ebene zeigte. Dennoch sind erhebliche Unterschiede festzustellen: So summiert sich die Teilnehmerzahl der Montagsproteste im Januar 2022 in der PD Dresden zum sachsenweit höchsten Wert von 52.834, wobei an zweiter Stelle jedoch die PD Görlitz mit 41.277 Teilnehmenden steht, obwohl diese nur halb so viele Einwohner:innen hat. Im Herbst 2022, beim zweiten Höhepunkt, steht die PD Görlitz sogar in absoluten Zahlen an erster Stelle und auch bis zum Herbst 2023 führt die PD Görlitz hinsichtlich der Teilnehmerzahlen das Protestgeschehen fast ausnahmslos mit deutlichem Vorsprung an. So lagen bei-

6) Ein besonders auffälliger Ausreißer ist der 26. September 2023 mit insgesamt 6.817 Protestierenden. Die hohe Teilnehmerzahl ist durch eine Protestveranstaltung unter dem Titel „Nein zum Heim, Ja zur Heimat“ der Freien Sachsen in Berggießhübel, Dresden zu erklären, bei der die Anzahl der Teilnehmenden auf 3.000 geschätzt wurde.

7) Die PD Leipzig umfasst die kreisfreie Stadt Leipzig sowie die Landkreise Leipzig und Nordsachsen. Mit 1,08 Mio. Einwohner:innen ist sie etwa so groß wie die PD Dresden mit 1,05 Mio. Einwohner:innen, die wiederum aus der Stadt Dresden und den Landkreisen Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge besteht. Die PD Chemnitz mit 878.052 Einwohner:innen umfasst die Stadt Chemnitz und die Landkreise Erzgebirgskreis und Mittelsachsen. Die bevölkerungsärmsten PD sind Görlitz (547.392) und Zwickau (533.504). Die PD Görlitz besteht aus den Landkreisen Görlitz und Bautzen, die PD Zwickau aus Zwickau und dem Vogtlandkreis (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand 31.08.2023).

spielsweise die addierten Teilnehmerzahlen im April 2023 in der PD Chemnitz bei 4.287, in der PD Dresden bei 3.286, in der PD Leipzig bei 2.151 und in der PD Zwickau bei 1.712 Personen; in der PD Görlitz waren es 7.570 Personen. Damit schließt sich dieses Ergebnis an andere Untersuchungen des sächsischen Protestgeschehens an: Die ostsächsische oberlausitzer Region scheint eine führende Rolle im regionalen Protestgeschehen einzunehmen.

Im Anschluss an die erste große Anfrage der sächsischen Linksfraktion über das Protestgeschehen rund um die Corona-Pandemie von März 2020 bis August 2021 kommentierte die Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (Die Linke) die Ergebnisse gegenüber der Leipziger Zeitung mit den Worten: „Mit einer echten Massenbewegung haben wir es also nicht zu tun, sondern mit einer hyperaktiven Minderheit“ (Julke, 2021). Zwar lässt sich in der hier vorgenommenen Betrachtung des späteren Protestverlaufs an diese Einordnung anschließen – selbst zu Hochzeiten, als sich im Januar 2022 teilweise mehr als 56.000 Menschen auf den sächsischen Montagsprotesten einfanden, handelte es sich um lediglich 1,4% der sächsischen Bevölkerung; Anfang Juli waren es noch 0,09%. Im Umkehrschluss sagt diese Einordnung jedoch wenig über die bisherige Mobilisierungskraft und das mögliche Potenzial der Proteste aus. Insbesondere die Tatsache, dass es sich um ein außerordentlich flächendeckendes Phänomen handelt, sich die Proteste eben nicht nur in den jeweiligen Großstädten, sondern auch in kleineren Orten etabliert haben und weiterhin stattfinden, ist dabei wesentlich. Denn trotz der reduzierten Teilnehmerzahlen auf den Protesten bleiben die über die Jahre eingerichteten Protestinfrastrukturen bestehen. Zudem hat diese außergewöhnlich kontinuierliche Protestbewegung bereits verschiedene Themenwechsel überdauert. Auch kann nach einem zahlenmäßigen Abflachen eine große Masse wieder ohne großen Aufwand mobilisiert werden, denn: „Zurückliegende Demonstrationserfahrung begünstigt neuen Protest“ (Fröhlich et al., 2023, 6).

Mit den hier vorliegenden Daten können wir zwar keine Aussage darüber treffen, ob sich die immer gleichen Leute auf den Protesten einfinden, andere Untersuchungen stoßen aber in diese Richtung: So äußert knapp die Hälfte der befragten Teilnehmenden der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23, dass sie bereits seit den Hochzeiten der Pandemie montags auf die Straße gingen (Fröhlich et al., 2023). Die Proteste scheinen ein Vehikel zu sein, um

(auch diffusen) Unmut über die politische und gesellschaftliche Gesamtlage auf die Straße zu tragen. In ihrer Regelmäßigkeit stellen sie dafür ein geeignetes Kanalisierungsmoment dar (vgl. Kalkstein/Höcker, 2022).

ZUR SOZIALEN KONTUR DES OSTDEUTSCHEN PROTESTMILIEUS

In Reubands Bundesländervergleich (2022b) führen die fünf ostdeutschen Bundesländer bundesweit das Protestgeschehen zu Beginn des Jahres 2022 an, mit Sachsen als Spitzenreiter. Das gleiche Bild zeigt sich mit Blick auf die kritische Beurteilung der Corona-bezogenen Maßnahmen. Im Folgenden treten wir daher einen Schritt zurück und richten den Blick auf Ostdeutschland insgesamt. Im Fokus steht die Frage, wer die Leute sind, die mit ihrer regelmäßigen Teilnahme an den Montagsprotesten ein so ausgeprägtes Maß an Stabilität und Kontinuität beweisen. Wie ist ihr soziales und politisches Profil? Und zeigen sich diesbezüglich Unterschiede zu ihrem westdeutschen Pendant?

Die bisherige Studienlage zur Protestbewegung kann diese Fragen nicht beantworten. Zwar existieren diverse Studien, die sich die Protestierenden oder die Befürworter:innen der Proteste genauer anschauen, eine ostdeutsche Spezifik wird jedoch oft nur am Rande betrachtet.⁸ Um eine ostdeutsche Spezifik zu bebildern, bedarf es zum einen eines Vergleichs zwischen den Protestierenden aus Ost und West. Zum anderen bedarf es einer Erhebung zu einem Zeitpunkt, der in eine spätere Phase der Proteste fällt, um gerade jene Protestierenden zu betrachten, die mit einzigartiger Ausdauer seit nunmehr dreieinhalb Jahren protestieren.

Dafür wollen wir eine Sekundärauswertung des Datensatzes der Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) 2022 (Decker et al., 2022) vornehmen. Die Datenerhebung fand zwischen Anfang März und Ende Mai 2022 statt, fiel also in einen Zeitraum, der sowohl das endgültige Scheitern der Impfpflicht im Bundestag sowie die Anfänge des Krieges in der Ukraine umfasst. Ingesamt wurden $N = 2463$ Menschen befragt, 78,3% wohnten in einem westdeutschen ($n = 1928$), 21,7% in einem ostdeutschen Bundesland ($n = 535$). Neben sozialdemografischen Merkmalen und Einstellungsmustern wurde in der LAS 2022 das erste Mal auch die Befürwortung der Corona-Proteste sowie die Bereitschaft, an ihnen teilzunehmen, erfragt.⁹

8) Neben Fröhlich et al. (2023) bildet die MIDEM Jahresstudie von Vorländer et al. (2021), die repräsentative Daten für Sachsen erhoben, eine weitere Ausnahme.

TABELLE 1

Befürwortung der Proteste gegen die Coronamaßnahmen

	Ablehnung	Teils/teils	Zustimmung
Ost ($n = 529$)	64,3%	18,5%	17,2%
West ($n = 1909$)	64,7%	19,2%	16,1%
Gesamt ($N = 2438$)	64,6%	19,0%	16,4%

Chi-Quadrat-Test: kein Unterschied, $\chi^2(2) = 0,39$, $p = .822$

TABELLE 2

Bereitschaft an den Protesten teilzunehmen

	Ablehnung	Teils/teils	Zustimmung
Ost ($n = 529$)	80,0%	8,3%	11,7%
West ($n = 1909$)	76,2%	12,7%	11,1%
Gesamt ($N = 2438$)	77,0%	11,7%	11,2%

Chi-Quadrat-Test: kein Unterschied, $\chi^2(2) = 7,57$, $p = .023$

In Tabelle 1 ist die Befürwortung der Proteste gegen die Coronamaßnahmen, in Tabelle 2 die Teilnahmebereitschaft je nach Ost- und Westdeutschland geteilt für die gesamte Stichprobe abgebildet.

Die Verteilung in der Befürwortung der Proteste zwischen Ost und West ähnelt sich auffällig stark: Beinahe zwei Drittel der Befragten lehnen die Proteste explizit ab, knapp ein Fünftel antwortet mit „teils/teils“, nur 16–17% der Befragten befürworteten sie explizit. Auch in der Bereitschaft, an den Protesten teilzunehmen, gleichen sich die Befragten aus Ost und West nahezu. In keiner der beiden Fragen konnte ein statistisch relevanter Unterschied zwischen Ost und West festgestellt werden. Die Ähnlichkeit zwischen Ost und West ist zunächst einmal unerwartet, zeigte sich doch beispielsweise bei Grande et al. (2021), dass das Verständnis für den Protest im Osten (19%) ausgeprägter war als im Westen (13%) und im Osten im Zeitverlauf über die Erhebungswellen im

9) Die Befürwortung wurde mittels der Aussage „Ich befürworte die Proteste gegen die Coronamaßnahmen der Bundesregierung“ erhoben, die Bereitschaft, an den Protesten teilzunehmen, wiederum mit „Ich könnte mir vorstellen, selbst an den Protesten gegen die Coronamaßnahmen teilzunehmen“. Beide Aussagen mussten auf einer fünfstufigen Skala zwischen „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme vollkommen zu“ bewertet werden. Zur Vereinfachung der Darstellung haben wir die beiden Zustimmungskategorien und die beiden Ablehnungskategorien jeweils zusammengefasst.

Jahr 2020 sogar zunahm. Obwohl zu erwarten wäre, dass die Befürwortung der Proteste und die Teilnahmebereitschaft zu unserem Erhebungszeitpunkt im Vergleich zu der Befürwortung aus Studien zu Beginn der Pandemie, als es tatsächlich tiefgreifende Einschränkungen gab, abgefallen wären, finden wir ein etwa ähnliches Niveau.

Die Bereitschaft zu einer Teilnahme am Protest stellt ein höher-schwelliges Kriterium dar als die bloße Unterstützung der Proteste in Form einer Befürwortung oder einem Verständnis für sie (z.B. Grande et al., 2021). Wie erwartet befürworteten mehr Personen die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung (16,4%), als sich vorstellen können, an ihnen teilzunehmen (11,2%). Die Differenz ist mit 5% aber recht gering.¹⁰

Um die Spezifika derjenigen, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit tatsächlich am Protest teilnehmen, zu fassen, beziehen wir uns im Folgenden lediglich auf Personen, welche die Proteste explizit befürworten und/oder eine eindeutige Bereitschaft äußern, an diesen teilzunehmen (Ausschluss der Mittelkategorie „teils/teils“).¹¹ In dieser Gruppe verdichten sich die Eigenschaften eines protestaffinen Milieus in Ost und West. Nach der Selektion verblieben n = 94 Befragte aus ostdeutschen und n = 330 Befragte aus westdeutschen Bundesländern.

SOZIALSTRUKTURELLE MERKMALE

Zunächst sollen objektive Statureigenschaften in Form der soziodemografischen Zusammensetzung betrachtet werden (Tabelle 3). Dabei zeigen sich verschiedene Auffälligkeiten: Hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses¹² bietet sich ein ähnliches Bild, wie es auch in anderen

10) Anders als die meisten Studien, die das Verständnis für den Protest erhoben haben, erfragten wir eine explizite Befürwortung. Das Verständnis scheint uns ein eher weiches Kriterium zu sein, da sehr wohl die Beweggründe der Protestierenden mit Verständnis betrachtet werden können, ein empathisches Verständnis aber nicht gleichbedeutend mit einer Befürwortung ist. Gleichwohl ist beachtenswert, dass das Verständnis für die Proteste in bundesweiten Studien zu Beginn der Pandemie unseren Daten ähnelt (z.B. Grande et al., 2021).

11) Mit diesem eher harten Kriterium versuchen wir zumindest einen Teil der nicht zu vermeidenden Verzerrung aufgrund der Differenz zwischen tatsächlichen Protestierenden und Befragten zu umgehen. Die beiden Variablen der Protestbefürwortung und der Teilnahmebereitschaft korrelieren sehr stark miteinander ($r = .78$)

12) Es gab in der Gesamtstichprobe lediglich eine Person, die sich außerhalb der binären Geschlechterordnung verortet. Durch die vorgenommene Selektion hinsichtlich Protestaffinität wurde sie hier ausgeschlossen.

13) In mehreren Fällen lag eine erwartete Zellohffigkeit ≤ 5 vor. Bei diesen beiden Variablen wurden die Ergebnisse mit dem exakten Test nach Fisher überprüft, der keine Voraussetzung an die Größe der erwarteten Zellohffigkeiten hat. In keinem Fall unterschieden sich die Ergebnisse, es werden daher die Ergebnisse des Chi-Quadrat-Tests berichtet.

TABELLE 3

Sozialstrukturelle Merkmale der Protestaffinen, geteilt nach Ost und West.

	West (n = 330)	Ost (n = 94)
GESCHLECHT		
Männlich	53,0%	63,8%
weiblich	47,0%	36,2%
ALTERSGRUPPEN		
Bis 24 Jahre	7,6%	9,6%
25-44	39,7%	34,0%
45-64	39,7%	33,0%
Ab 64 Jahre	13,0%	23,4%
FORMALER BILDUNGSGRAD		
Kein Abitur	76,7%	79,8%
Abitur	23,3%	20,2%
ÄQUIVALENZEINKOMMEN **+		
Bis 1.000 EUR	8,9%	13,8%
> 1.000 – 2.000 EUR	39,4%	51,1%
> 2.000 – 3.000 EUR	33,3%	29,8%
> 3.000 EUR	18,3%	5,3%
TÄTIGKEITSGRUPPEN ** +¹³		
Berufstätige	71,7%	51,1%
Schul-/Berufsausbildung, Freiwilligendienst	3,6%	10,6%
Arbeitslos/Kurzarbeit	6,4%	10,6%
Rentner/Vorruhestand	15,8%	25,5%
Nicht berufstätig/Hausfrau	2,4%	2,1%
BERUF * +		
Noch nie berufstätig	4,0%	9,6%
Arbeiter	12,5%	12,8%
Facharbeiter	10,7%	20,2%
Freie Berufe	1,5%	3,2%
Selbstständig	4,6%	5,3%
Angestellte	62,2%	47,9%
Beamte	4,6%	1,1%

Unterschiede mittels Chi-Quadrat Tests auf Signifikanz geprüft: $p < .05^*$, $p < .01^{**}$. Effektgröße Cramers V nach Cohen (1988): $+ V \geq 0.1$ (kleiner Effekt), $++ V \geq 0.3$ (mittlerer Effekt), $+++ V \geq 0.5$ (starker Effekt).

repräsentativen Erhebungen zu finden ist (Grande et al., 2021; Vorländer et al., 2021; Koos/Binder, 2021): Tendenziell sind sowohl in Ost als auch in West mehr Männer als Frauen den Protesten zugeneigt, obwohl die Tendenz in Ostdeutschland nochmal um 10% stärker ausgeprägt ist, wo beinahe zwei Drittel der protestaffinen Befragten männlich sind.¹⁴ Das Gros der west- und ostdeutschen Protestaffinen ist zwischen 25 und 64 Jahre alt, wobei in Ostdeutschland etwa ein Viertel über 64 Jahre alt ist, was zu der auffällig hohen Anzahl an Rentner:innen passt.¹⁵ Mehr als ein Drittel der interviewten ostdeutschen Protestaffinen hat die gesellschaftliche Transformation um das Jahr 1990 als erwachsene Person erfahren. Der Stellenwert der DDR-Erfahrung, die anschließende Transformation und die vielen darauffolgenden sozialen Kränkungen werden mutmaßlich für einige der ostdeutschen Protestierenden nicht von geringer Bedeutsamkeit sein. Die zahlreiche Anwesenheit von Rentner:innen deckt sich zudem mit den Ergebnissen aus den Protestbefragungen in Chemnitz und Gera von Fröhlich et al. (2023). Andere repräsentative Studien, die zu pandemischen Hochzeiten ihre Daten erhoben, stellten hingegen eine Abnahme des Protestverständnisses in höheren Altersgruppen fest (Grande et al., 2021; Hövermann, 2020; Vorländer, 2021). Neben den Befragten, die sich bereits im Ruhestand befinden, sind knapp 11% arbeitslos und 51% zum Befragungszeitpunkt berufstätig. Die Hälfte von ihnen arbeitet als Angestellte, ein Fünftel als Facharbeiter:innen, 13% als Arbeiter:innen und knapp 10% waren noch nie berufstätig. Auch Fröhlich et al. (2023) hatten in ihrem Sample neben den Rentner:innen auffällig viele Pflegekräfte, Erzieher:innen oder Handwerker:innen und Selbstständige. Auch hier finden wir unter den ostdeutschen Protestaffinen im Vergleich zu den westdeutschen auffallend viele Facharbeiter:innen.¹⁶ In beiden Stichproben macht die Zahl der Selbstständigen mit jeweils nur knapp 5% einen sehr geringen Anteil aus, entspricht aber zugleich dem Durchschnitt der

14) Bei diesem Unterschied im Geschlechterverhältnis muss allerdings beachtet werden, dass sich die ungleiche Verteilung auch in der Gesamtstichprobe zeigt (Ost: 61,2% männlich; West: 46,8% männlich).

15) Die Verteilung hinsichtlich des Bildungsgrads, des Berufes und des Einkommens zeigt sich in der Gesamtstichprobe in sehr ähnlicher Weise. Die Altersgruppen sind hingegen in der Gesamtstichprobe gleichverteilt zwischen den Regionen (Ost, über 64 Jahre: 24,5%; West: 21,2%). Bei den Tätigkeitsgruppen zeigt sich nur in der Tendenz eine Ähnlichkeit, diese ist in der Gesamtstichprobe aber deutlich weniger ausgeprägt (z.B. 64% berufstätig West und 60% berufstätig Ost; 23% Rentner West und 27% Rentner Ost).

16) Die Unterscheidung zwischen Arbeiter:innen und Facharbeiter:innen basiert in dieser Aufteilung auf der Art des Abschlusses: Facharbeiter:innen sind solche, die eine Ausbildung mit Abschluss absolviert haben.

Gesamtbevölkerung.¹⁷ Die Verteilung hinsichtlich der Tätigkeitsgruppen – im Osten mehr Rentner:innen, Facharbeiter:innen und weniger Beamte und Angestellte als im Westen – spiegelt sich auch in der Einkommensverteilung¹⁸ wider: Die westdeutschen Protestaffinen rechnen sich verhältnismäßig häufiger den höheren Einkommensgruppen – 2.000 – 3.000€ und über 3.000€ – zu, während sich unter den Ostdeutschen nur knapp 5% der höchsten Gehaltsstufe (über 3.000€) zuordnet und etwa die Hälfte 1.000 – 2.000€ verdient, insgesamt also wesentlich häufiger in den deutlich niedrigeren Lohnsegmenten anzutreffen sind. Allerdings könnte hier die höhere Anzahl an Rentner:innen in der ostdeutschen Teilstichprobe von Gewicht sein, da die Differenz zwischen Ost und West derer ähnelt, die sich auch in der Einkommensverteilung der Gesamtstichprobe zeigt.

GESELLSCHAFTLICHES BEWUSSTSEIN UND MILIEUKONTUR

Mittels eines tiefergreifenden Blicks wollen wir im Folgenden ein genaueres Bild davon bekommen, wie die Menschen, welche die Montagsproteste tragen, sozial gestrickt sind. Neben objektiven Statureigenschaften sind es insbesondere auch die subjektiven Selbstwahrnehmungen, das politische Profil sowie die individuellen Perspektiven auf die Gesellschaft als solche, die maßgeblich zu einer milieuspezifischen Positionierung im sozialen Feld beitragen können.¹⁹ Hinsichtlich der befragten Einschätzungen zeigen sich diesbezüglich gar bemerkenswerte Gegensätze zu den zuvor erhobenen Statureigenschaften der Protestierenden.

Betrachtet man die subjektive Schichteinstufung der interviewten Protestbefürworter:innen, bestätigt sich zunächst die festgestellte Einkommensungleichheit zwischen Ost und West: Während sich in Ostdeutschland drei von vier Befragten den unteren Gesellschaftsschichten

17) In anderen Studien wird eine auffällig hohe Zahl von Selbstständigen berichtet: Unter den Befragten von Nachtwey et al. (2020) waren es bspw. 25%, bei Brunner et al. (2021) 33,1%. Wir vermuten, dass die Erklärung dieses eklatanten Unterschieds u.a. durch das Bias der Selbstselektion in diesen Studien zu erklären ist.

18) Im Gegensatz zum individuellen Einkommen berücksichtigt das Äquivalenzeinkommen die Haushaltsgröße und ermöglicht dadurch ein realistischeres Bild der ökonomischen Situation über verschiedene Haushaltskonstellationen hinweg (Decker et al., 2022, 60).

19) Milieu soll somit verstanden werden als gleichsam objektiv wie subjektiv verfasste gesellschaftliche Statusgruppe, welche auf Grundlage einer sozioökonomischen Tiefenstruktur auch die Dimensionen einer Selbstverortung im sozialen Gefüge, einer individuellen Lebensführung oder einer politischen Mentalitäts- und Einstellungsstruktur umfassen kann und letztlich erst dadurch ihre erkennbaren Konturen gewinnt (vgl. dazu allg. Bourdieu, 1987; Vester et al., 2001).

TABELLE 4

Subjektive Schichteinstufung

	West (n = 330)	Ost (n = 94)
SCHICHT - SELBSTEINSCHÄTZUNG **+		
Unterschicht	5,8%	10,6%
Arbeiterschicht	26,1%	43,6%
Untere Mittelschicht	28,2%	21,3%
Mittelschicht	32,7%	23,4%
Obere Mittelschicht	6,4%	1,1%
Oberschicht	0,6%	0,0%

Unterschiede mittels Chi-Quadrat Tests auf Signifikanz geprüft: $p < .01^{**}$
 Effektgröße Cramers V nach Cohen (1988): + $V \geq 0.1$ (kleiner Effekt), ++ $V \geq 0.3$ (mittlerer Effekt), +++
 $V \geq 0.5$ (starker Effekt).

zuordnen, sind es in Westdeutschland lediglich rund 60%. Zugleich stufen sich damit beide Gruppen in ihrer gesellschaftlichen Positionierung deutlich niedriger ein, als es in der Gesamtgesellschaft der Fall ist. Dem mag gerade vor dem Hintergrund der Einkommensverteilung eine besondere Bedeutung zukommen, da sich die Einkommen zwischen Protestbefürworter:innen und Gesamtstichprobe im Gegensatz zur Schichteinstufung nicht auffällig unterscheiden. Somit scheinen sich die protestaffinen Befragten allgemein als gesellschaftlich deprivierter wahrzunehmen, als es sich allein aus ihrem sozioökonomischen Status herleiten ließe.

Die Träger:innengruppe der ostdeutschen Corona-Protteste fühlt sich offenbar nochmals benachteiligter, als es sowohl das westdeutsche Pendant wie auch die ostdeutsche Durchschnittsgesellschaft empfindet. Auffällig ist zudem die außerordentlich hohe Selbsteinschätzung als Arbeiterschicht im Osten. Zwar handelt es sich dabei um eine ostspezifisch tradierte Semantik, die historisch wesentlich bedeutungsbeladener ist und sozial oftmals jene Mittelschichtorientierung substituiert, welche überwiegend im Westen der Republik vorherrschend ist (vgl. Engler, 1999). Jedoch befinden sich unter den Protestbefürworter:innen immer noch gut 12% mehr selbstverortete Arbeiterschichtmitglieder, als es in der ostdeutschen Gesamtgesellschaft der Fall ist. Zugleich bestätigt dies die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Facharbeiter:innen, welche unter dem Protestmilieu der Ostdeutschen zu finden ist. Damit haben wir es unter der Träger:innengruppe der Montagsproteste

TABELLE 5

Individuelle und allgemeine wirtschaftliche Deprivationserfahrung

	West (n = 330)	Ost (n = 94)
WIRTSCHAFTLICHE LAGE DEUTSCHLANDS **++		
Gut	13,5%	52,1%
Teils/teils	36,7%	28,7%
schlecht	49,2%	19,1%
EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE *+		
Gut	36,4%	37,2%
Teils/teils	38,8%	40,4%
schlecht	23,2%	22,3%
Pandemie verschlechtert eigene finanzielle Lage	34,3%	46,8%

Unterschiede mittels Chi-Quadrat Tests auf Signifikanz geprüft: $p < .05^*$, $p < .01^{**}$
 Effektgröße Cramers V nach Cohen (1988): + $V \geq 0.1$ (kleiner Effekt), ++ $V \geq 0.3$ (mittlerer Effekt), +++
 $V \geq 0.5$ (starker Effekt).

im Osten der Republik tendenziell mit einem Milieu zu tun, welches sich gesellschaftlich als arbeitende und letztlich leistungstragende Klasse im mittleren bis unteren Segment der Sozialstruktur verortet und sich dabei als sozial benachteiligter wahrnimmt, als es im Rest der ostdeutschen Gesellschaft der Fall ist.

Interessante Aspekte bietet auch der Blick auf die subjektiven Einschätzungen der Befragten hinsichtlich der ökonomischen Lage Gesamtdeutschlands, ihrer eigenen ökonomischen Lage sowie der Frage, ob sich Letztere im Verlauf der Pandemie verschlechtert hat. Hinsichtlich des persönlichen wirtschaftlichen Status scheint es zunächst keinen markanten Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland zu geben. Das mag erst einmal verwundern, ist die tatsächliche sozioökonomische Position der ostdeutschen Protestbefürworter:innen doch eindeutig niedriger zu klassifizieren als im westlichen Protestmilieu. Im Abgleich mit der Gesamtgesellschaft fällt dabei ins Auge, dass sich die Befragten sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland tendenziell schlechter einstufen, als es in den jeweils regionsspezifischen Stichproben der Fall ist. So liegt der Anteil derjenigen, die ihre persönliche wirtschaftliche Situation als schlecht beurteilen, unter den Protestbefürworter:innen im Westen 10 Prozentpunkte über dem westdeutschen Schnitt und im Osten 14 Prozentpunkte über dem ostdeutschen Mittelwert.

Noch offensichtlicher wird diese Differenz vor dem Hintergrund der Einschätzung der Entwicklung der eigenen ökonomischen Position im Verlauf der Pandemie: In Ost- wie in Westdeutschland meinen unter den Anhänger:innen des protestaffinen Milieus im Vergleich zum Rest der Gesellschaft (West: 18,2%, Ost: 23%) etwa doppelt so viele, dass sich ihre persönliche finanzielle Lage verschlechtert habe. Dabei sticht insbesondere der regionale Unterschied ins Auge: Ließen sich in der Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation keine auffälligen regionalen Differenzen ausmachen, besteht die Befürchtung eines individuellen, durch die Pandemie bedingten ökonomischen Abstiegs gerade im ostdeutschen Protestmilieu.

Zugleich wird die ökonomische Gesamtsituation im Osten und gerade auch im ostdeutschen Protestmilieu deutlich besser eingeschätzt als im Westen. Während unter den ostdeutschen Protestbefürworter:innen mehr als jede:r Zweite mit der ökonomischen Gesamtsituation zufrieden ist und lediglich jede:r Fünfte explizite Bedenken äußert, verhält es sich unter den westdeutschen Protestaffinen nahezu umgekehrt. Zunächst mag das vor dem Hintergrund einer grundsätzlich weniger ausgebauten wirtschaftlichen Infrastruktur und einem eklatant geringeren Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland verwundern und gerade in Anbetracht der krisenhaften Einschätzungen zur finanziellen Situation in Pandemiezeiten überraschen. Wenn aber die eigene Lagebewertung nicht mit der Einschätzung der gesellschaftsökonomischen Entwicklung zusammenfällt, ließe sich den ostdeutschen und hierunter insbesondere den protestaffinen Befragten eine als wirkmächtig vernommene Kluft zwischen ihrer eigenen Position und der gesellschaftlichen Situation während der Pandemie attestieren. Das bestätigt zugleich die Ergebnisse der subjektiven Schicht-einstufung: Die Protestbefürworter:innen in Ostdeutschland scheinen nicht nur eine höhere Benachteiligung zu verspüren; sie sorgen sich zudem überwiegend um den eigenen Status und sehen diesen in offener Differenz zur Gesamtgesellschaft. Die kollektive Erfahrung einer sozialen Deklassierung und die Angst vor einem abrupten Statusverlust bekommt vor dem historischen Hintergrund der ostdeutschen Transformationsgesellschaft zugleich nochmals eine besondere sozialgeschichtliche Brisanz (vgl. Mau, 2019, 166 ff.). Während der Osten somit allgemein als relativ depriviert erscheint, lässt sich das ostdeutsche Protestmilieu möglicherweise als kanalisierter Ausdruck einer Sorge um die – verglichen zur Restgesellschaft – absteigende soziale Position verstehen.

Gesellschaftliche Milieus sind allerdings nicht nur sozialstrukturell stratifiziert, sie konstituieren sich auch entlang gesellschaftspolitischer Konfliktachsen und gewinnen nicht selten erst durch diese eine soziale Kontur (vgl. Lipset/Rokkan, 1967). Im methodischen Anschluss an das von Peter Schmidt (1982) unter Rückgriff auf die klassentheoretischen Überlegungen Anthony Giddens (1979) entwickelte Messinstrument zum politischen Bewusstsein wurden in der LAS 2022 unterschiedliche lebensweltliche Konfliktwahrnehmungen der Teilnehmenden abgefragt (vgl. dazu auch Kiess et al., 2022). Mit Blick auf die milieuspezifischen Konturen der ostdeutschen Befürworter:innen der Montagsproteste lassen sich hierbei einige bemerkenswerte Beobachtungen machen – insbesondere vor dem Hintergrund ihrer bis hierhin rekonstruierten Sozialstruktur.

Wirft man einen ersten Blick auf die abgebildete Konfliktmatrix, sticht besonders ein achsenübergreifendes Merkmal ins Auge: Während die ostdeutschen Protestbefürworter:innen allgemein eine wesentlich niedrigere Konfliktwahrnehmung aufweisen, als es die ostdeutsche Gesamtstichprobe tut, verhält es sich bei den westdeutschen Protestbefürworter:innen genau andersherum.²⁰ Dass gerade in der östlichen Protestlandschaft die gesellschaftlichen Konflikte (jener zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen eingeschlossen) weniger wahrgenommen werden als im westlichen Protestmilieu, mag insbesondere angesichts eines weitaus etablierteren Protestgeschehens erstaunen (vgl. Reuband, 2022b), ist doch Protest letztlich immer die Konsequenz einer vorgelagerten Konflikterfahrung. Dass die Protestmotivation im Osten durch einen diffusen und allgemeinen Unmut gekennzeichnet ist und weniger durch konkrete Themen (vgl. Fröhlich et al., 2023), kann sich wiederum auch in einer verringerten Konfliktwahrnehmung niederschlagen, wie sie in der LAS 2022 konkret abgefragt wurde. Indem die ostdeutschen Montagsproteste ein thematisches Sammelbecken darstellen, birgt die Heterogenität des versammelten Unmuts nicht zuletzt auch die Gefahr interner sozialer Widersprüche, der wiederum mit einer allgemeinen Dethematisierung expliziter Konflikte im politischen Bewusstsein der Bewegung vorgebeugt werden kann. Dass die gesellschaftlichen Kon-

20) Einzige Ausnahme stellt in Ostdeutschland die Konfliktlinie zwischen „Politikern“ und „einfachen Bürgern“ (auch wenn die Differenz zum Westen weiterhin eklatant bleibt), in Westdeutschland jene zwischen Arm und Reich sowie in beiden Stichproben – wenn auch nur in geringem Ausmaß – die Konfliktwahrnehmung zwischen Frauen und Männern dar.

nen (historisch bedingt) auffällig häufig der Arbeiterschicht zuordnen, sehen sie sich dabei prinzipiell weniger in einem Konflikt mit einer wie auch immer gefassten Klasse des Kapitals (ca. 40%), als es ihr westdeutsches und durch angestellte Tätigkeiten charakterisiertes Pendant tut (ca. 65%). Derartige Ergebnisse sind vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Konfliktarmut im politischen Bewusstsein der Ostproteste, sobald diese in den hiesigen Kategorien expliziert werden²², zwar mit Vorsicht zu interpretieren, sie können jedoch auch Hinweise auf die milieuspezifische Verortung der Protestbefürworter:innen bieten. Denn dass Klassenkonflikte und die Auseinandersetzung um materielle Ungleichheiten weniger Relevanz haben, kann nicht zuletzt auch daran liegen, dass man sich nicht als Teil eines polarisierten Gesellschaftskonflikts zwischen Oben und Unten begreift, sondern vielmehr die marktliberale Begründungsnarrative einer ungleichen Gesellschaftsordnung internalisiert hat und gleichzeitig von der Befürchtung um den Verlust der eigenen sozioökonomischen Position getrieben ist. Dies spiegelt sich zumindest auch in der Erfassung der subjektiven Schichteinordnung und der wirtschaftlichen Deprivationserfahrung wider, welche vielmehr auf individuelle soziale Abstiegsängste denn auf die Protestmotivation ökonomischer Gerechtigkeitskämpfe verweisen (vgl. dazu auch Hanloser, 2021).

POLITISCHES PROFIL: MENTALITÄT UND EINSTELLUNGSMUSTER

Als weitere Charakteristika der Milieubeschreibung sollen sowohl das Wahlverhalten als auch die Einstellungen zum demokratischen System der BRD der befragten Protestaffinen in den Blick genommen werden. Die große Mehrheit der Befragten beantwortet die Frage, ob sie an einem fiktiven nächsten Wahlsonntag wählen gehen würde, mit „Ja“, wobei es in Ost- noch einmal mehr als in Westdeutschland sind. Üblicherweise lässt sich die Wahlbeteiligung als Indikator für eine geringe Entfremdung vom politischen System oder Politikverdrossenheit interpretieren. Ein anderes Bild zeigt sich aber mit Blick auf das Gefühl der politischen Deprivation: 70,2% der Ostdeutschen und 67,2% des Westdeutschen haben (u. a.) den Eindruck, dass „Leute wie [sie] sowieso keinen Einfluss

22) Von Interesse wäre hier sicherlich auch die Konfliktwahrnehmung zwischen Staat und Gesellschaft, welche von diversen Studien bis dato als verbindendes Element der Corona-Proteste herausgestellt wurde (vgl. Amlinger/Nachtwey, 2022; Hanloser, 2021)

darauf haben, was die Regierung tut“. Trotz des Gefühls der Depriviertheit würde der Großteil der Befragten aber nicht darauf verzichten, das demokratiepolitische Instrument der Wahl zu nutzen.

Dies ist nicht zuletzt mit Blick auf das Wahlverhalten bemerkenswert (Tabelle 7): Die meisten der Befragten kann die AfD unter sich vereinen, was sich auch in den Ergebnissen anderer repräsentativer Studien spiegelt (Brieger et al., 2022; Koos/Binder, 2021; Grande et al., 2021; Reuband, 2022b). Die auf die AfD folgenden Wahlpräferenzen unterscheiden sich wiederum zwischen Ost und West: Im Osten folgt mit nur vier Prozentpunkten Abstand die CDU und auch Die Linke findet mit 16,7% keinen geringen Anklang. Im Westen zeigen die Wahlpräferenzen eher in Richtung SPD, aber auch hier hat die CDU nicht wenige Anhänger:innen. Die Linke ist eindeutig die unbeliebteste Partei bei den westdeutschen Protestaffinen. Die höhere Zustimmung zu dieser Partei in Ostdeutschland kann einerseits ein regionales Spezifikum sein, andererseits ließe es sich auch durch die Politik der umstrittenen ehemaligen Linken-Abgeordneten Sarah Wagenknecht erklären, die etwa in Fragen der Außen- und Migrationspolitik stark von der Parteilinie abweichende Positionen vertrat und sich in Ostdeutschland äußerster Beliebtheit erfreut. Entsprechend beobachten Fröhlich et. al. (2023), dass mehr als 30% der Protestbefragten aus Gera und Chemnitz eine politische Problemlösungskompetenz bei Sarah Wagenknecht sehen. Auch scheinen die bereits angekündigten politischen Inhalte des neu gegründeten *Bündnis Sarah Wagenknecht* das hier beobachtete sozioökonomische Milieu genau zu adressieren. Gefühle der politischen Deprivation können zwar für populistische, dem vermeintlichen Mainstream entgegenstehende Politiken wie jene der AfD anfällig machen (Celik et al., 2020; Spier, 2010), gleichzeitig wird die politische Heterogenität der Bewegung in der hohen Zustimmung zur CDU (und SPD im Westen) deutlich: In etwa ein Drittel bleibt bei den sogenannten Volksparteien.

Aufschlussreich ist nicht zuletzt das erfragte Verhältnis der Protestbefürworter:innen zur Demokratie. Zu Beginn der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen wurde wiederholt eine vermeintliche „Corona-Diktatur“ kritisiert; die Meinungs- und Versammlungsfreiheit als Grundlagen der Demokratie beschworen. In der LAS 2022 wurde mit drei Fragen die Haltung zur Demokratie als Idee (1) sowie zur Demokratie, wie sie in der bundesdeutschen Verfassung festgelegt ist (2) und wie sie

TABELLE 7

Potenzielles Wahlverhalten, geteilt nach Ost und West.

	West (n = 330)	Ost (n = 94)
SONNTAGSFRAGE: WÜRDE ICH WÄHLEN?		
Ja	67,9%	76,6%
Nein	18,5%	13,8%
Weiß nicht	8,5%	4,3%

SONNTAGSFRAGE: WEN WÜRDE ICH WÄHLEN? ** ++		
CDU / CSU	16,1%	23,6%
FDP	7,1%	6,4%
AfD	26,8%	27,8%
SPD	17,0%	6,9%
Bündnis 90/Die Grünen	8,0%	8,3%
Die Linke	2,2%	16,7%
Weiß nicht / wähle ungültig	8,0%	1,4%

Unterschiede mittels Chi-Quadrat Tests auf Signifikanz geprüft: $p < .05^*$, $p < .01^{**}$
 Effektgröße Cramers V nach Cohen (1988): $+ V \geq 0.1$ (kleiner Effekt), $++ V \geq 0.3$ (mittlerer Effekt), $+++ V \geq 0.5$ (starker Effekt).

in der Bundesrepublik umgesetzt wird (3), erhoben. Hinter der Idee der Demokratie steht jeweils die große Mehrheit (Ost: 88,9%; West: 89,5%) und der Großteil ist auch damit zufrieden, wie die Demokratie in der Verfassung festgelegt ist, wobei diese Zufriedenheit unter den ostdeutschen Protestaffinen mit 81,7% aber nochmal deutlich höher als bei den Westdeutschen mit 61,7% liegt.²³ Dass die DDR-Erfahrung des Großteils der Befragten dabei keine unbedeutende Rolle spielt, ist zumindest zu vermuten. Es wäre nicht verwunderlich, würde sich die Bedeutsamkeit der Demokratie insbesondere in Krisenzeiten bei Menschen mit einer biografischen Diktaturerfahrung anders niederschlagen. Hinsichtlich der alltäglich erlebten politischen Praxis zeigt sich jedoch ein eklatanter Abfall in der Zustimmung. So sind unter den Protestbefürworter:innen im Westen nur 24,5% mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden, im Osten mit 19,1% noch weniger. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Gesamtstichprobe beachtlich, in der jeweils mehr als 50% der Demokratie ein gutes Funktionieren

23) Ergebnis Chi-Quadrat-Test: $\chi^2(1) = 12.97$, $p < .001$, $V = .18$.

bescheinigen (Ost: 53,5%; West: 59,0%). In dieser starken Kluft von mehr als 60 Prozentpunkten zwischen der Zustimmung zur Idee der Demokratie und dem positiven Erleben der Demokratie zeigt sich die große Unzufriedenheit mit den politisch angeordneten Einschränkungen. Mit den multiplen Krisen wurden in diesem Milieu Abwehrkämpfe mobilisiert, die als Angst vor einem drohenden sozioökonomischen Abstieg und zugleich einem Verlust der demokratischen Freiheitsrechte interpretiert werden können.

(CORONABEZOGENE) VERSCHWÖRUNGSMENTALITÄT UND AUTORITÄRES SYNDROM

Zu guter Letzt soll mit Blick auf die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen noch ein Licht auf autoritäre Einstellungen geworfen werden; Einstellungen, die wohl die meisten Protestierenden in einer Selbstcharakterisierung weit von sich weisen würden. In Studien wurde hingegen ein Zusammenhang zwischen einem Verständnis für die Corona-Proteste und dem Glauben an Verschwörungserzählungen immer wieder bestätigt (z.B. Koos/Binder, 2021; Grande et al., 2021; spezifisch für Sachsen: Reuband, 2022a; Vorländer et al., 2021).

66,2% der westdeutschen Protestaffinen weisen eine manifeste Verschwörungsmentalität²⁴ auf, während sie bei den ostdeutschen Protestaffinen lediglich bei 35,1% zu beobachten ist.²⁵ Dieser eklatante Unterschied deutet darauf hin, dass wir es in Ost und West mit sich unterscheidenden autoritären Verarbeitungsmodi der als krisenhaft erlebten Gegenwart zu tun haben. Anknüpfend an die ursprüngliche Konzeption des autoritären Charakters (Adorno et al., 1973), konzeptualisieren wir das autoritäre Syndrom durch zwei Dimensionen (vgl. Decker et al., 2020): zum einen die Dimension der Projektivität, unter der die beiden Elemente des esoterischen Aberglaubens und der Verschwörungsmentalität aufgehen; zum anderen die Dimension des Sadomasochismus, der die klas-

24) Mit dem Konzept der Verschwörungsmentalität (Moscovici, 1987) wird in der Sozialpsychologie die grundlegende Bereitschaft, hinter gesellschaftlichen und politischen Phänomenen ein geheimes und intendiertes Handeln einiger weniger, mächtiger Gruppen zu vermuten, bezeichnet. Mit dem gewählten Grenzwert ≥ 12 bei der Zustimmung zu den drei siebenstufigen Aussagen der Kurzform der Conspiracy Mentality Scale (Imhoff/Bruder, 2014) sind nur diejenigen Befragten miteinbezogen, die mindestens bei einem Item explizit zustimmen. Zur zusätzlichen Überprüfung wurde der Unterschied zwischen Ost und West mit ungepaarten t-Tests geprüft. Auch hier ergaben sich signifikante Unterschiede.

25) Ergebnis Chi-Quadrat-Test: $\chi^2(1) = 29,18$, $p < .001$, $V = .26$.

sische Psychodynamik von Aggression gegen Schwächere, die Unterwerfung unter Autoritäten und Konventionalismus umfasst. Beide Dimensionen sind als autoritäre Verarbeitungsformen gesellschaftlich vermittelter Erfahrungen zu verstehen und können in unterschiedlicher Zusammensetzung in Erscheinung treten (vgl. auch Dilling et al., 2022).

Der deutliche Unterschied zwischen Ost und West hinsichtlich der Verschwörungsmentalität deutet darauf hin, dass wir es in Westdeutschland mit einer autoritären Verarbeitungsweise zu tun haben, die sich stärker aus dem projektiven Ende des autoritären Syndroms speist. Die im Vergleich deutlich geringere Verbreitung manifester Verschwörungsmentalität in Ostdeutschland ist aber nicht gleichbedeutend mit einem geringer ausgeprägten Autoritarismus. Ziehen wir die Werte zu autoritärer Aggression als Teil der sadomasochistischen Dimension des autoritären Syndroms hinzu, wird dies mehr als deutlich: 54,3% der protestaffinen Befragten im Osten stimmen den Aussagen zu autoritärer Aggression zu.²⁶ Das zeigt sich ebenfalls in der stärkeren Verbreitung rechtsextremer Einstellungen z.B. anhand des Chauvinismus (also der aggressiven Überhöhung der Eigengruppe gegenüber Dritten) sowie der aggressiven Abwertung konstruierter Fremdgruppen z.B. in Form der Ausländerfeindlichkeit.²⁷ Andere Untersuchungen zeigen bereits, dass projektiv-autoritäre Einstellungen in Westdeutschland verbreiteter sind, während sich Sadomasochismus stärker in Ostdeutschland niederschlägt (Dilling et al., 2024).

Finden wir in der *generalisierten* Verschwörungsmentalität noch auffällig starke Unterschiede zwischen Ost und West, gleichen sich die Zustimmungswerte bei den Aussagen zu einer *coronabezogenen* Verschwörungsmentalität letztlich an. Zwar stimmen noch immer signifikant mehr west- als ostdeutsche Protestaffine zu,²⁸ die Diskrepanz zwischen Ost und West ist aber deutlich geringer.

FAZIT

In aller thematischen und sozialstrukturellen Varietät sind die postpandemischen Montagsproteste vor allem eines: Außerordentlich beharrlich.

26) Vs. West: 25,6%; Ergebnis Chi-Quadrat-Test: $\chi^2(1) = 27.56$, $p < .001$, $V = .26$.

27) Chauvinismus: Ost 38,3% vs. West 20,1%, $\chi^2(1) = 13.17$, $p < .001$, $V = .18$;
Ausländerfeindlichkeit (Ost 43,6% vs. West 28,4%, $\chi^2(1) = 7.85$, $p = .005$, $V = .14$)

28) Ost 60,6% vs. West 75,8%, $\chi^2(1) = 8.35$, $p = .004$, $V = .14$

Mit einer wöchentlichen Protestaktivität seit über dreieinhalb Jahren zeugen sie von einem nachhaltigen politischen Unmutsempfinden, welches sich im scheinbar musterlosen Nebeneinander der Protestthemen nur schwer explizieren lässt. Nehmen die Semantiken der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands auch eine zentrale Rolle im Selbstverständnis der Bewegung ein, so geschieht dies im chronologischen Verlauf von Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und der weltwirtschaftlichen Inflation überwiegend in einer unzusammenhängenden Bezugnahme. Mit einem quantitativen Blick auf das politische Bewegungsgeschehen in Sachsen als Protestspitzenreiter auf Bundesländerebene und nicht selten verhandeltes Sinnbild einer ostdeutschen Protestgesellschaft zeigte sich insbesondere die beachtliche Kontinuität des wöchentlichen Demonstrationsgeschehens. Jenseits des erhöhten Protestaufkommens im Januar und Februar sowie im Oktober 2022 bewegt sich die Teilnehmerzahl seit Beginn des Jahres 2023 im mittleren vierstelligen Bereich und erstreckt sich dabei über eine Vielzahl von Klein-, Mittel- und Großstädten im gesamten Bundesland. Gleichzeitig sind regionale Unterschiede festzustellen: Insbesondere die Oberlausitz fällt durch ein ausgeprägtes Protestgeschehen auf. Zwar lässt sich aufgrund der Anzahl der Protestierenden und ihrer regionalen Begrenztheit mitnichten von einer etablierten Massenbewegung sprechen, ihre Kontinuität und politische Flexibilität verweist jedoch auf ein nicht zu missachtendes Moment innerhalb ihrer bewegungspolitischen Dynamik: Während der Kern der Protestierenden weitestgehend stabil zu bleiben scheint, können die Protestinitiator:innen sowohl auf breit installierte Mobilisierungsinfrastrukturen als auch ein den öffentlichkeitswirksamen Ausschlag gebendes Protestmilieu zurückgreifen. Halten die gesellschaftlichen Krisenerscheinungen weiter an, wäre letztlich auch von einem relevanten Wiederaufleben des Protestgeschehens auszugehen.

Um ein Verständnis davon zu bekommen, wie sich dieses Affinitätsmilieu der anhaltenden Montagsproteste in Ostdeutschland sozial konstituiert, welche gruppenbezogenen Schemata es aufweist und wie es sozialstrukturell verteilt ist, haben wir außerdem eine Sekundärauswertung der Daten der Leipziger Autoritarismus Studie aus dem Frühjahr 2022 vorgenommen. Zwar handelt es sich bei den ostdeutschen Protestbefürworter:innen um eine vergleichsweise kleine Stichprobe; die Ergebnisse können jedoch jenseits einer reinen Zufallsverteilung zumindest auf soziologische Tendenzen innerhalb der Gruppe verweisen,

welche eine musterhafte Konturierung der sozialen Gestalt jener Montagsproteste zulassen. Von diversen Studien wurde immer wieder die sozialstrukturelle Heterogenität der Corona-Proteste unterstrichen (vgl. u.a. Nachtwey et. al., 2020; Grande et. al., 2021), welche es zunächst auch dem ostdeutschen Protestmilieu zu attestieren gilt. Etwa 12% der ostdeutschen Gesamtbevölkerung zeigten sich bereit, an Versammlungen wie den Montagsprotesten teilzunehmen. Im Vergleich zum Westen ist das Protestmilieu hier – mit knapp einem Viertel an über 64-Jährigen – wesentlich älter; mehr als ein Drittel von ihnen hat die Systemtransformation von 1989 als erwachsene Person miterlebt. Dass bei den Protesten hintergründig auch biografische Motive wie Diktatur- oder Missachtungserfahrungen in Folge der Wende wirksam sind und wiederbelebt werden, liegt somit mehr als nahe und gilt es in qualitativen Studien näher zu untersuchen. Auffällig ist zudem, dass wir es in der ostdeutschen Stichprobe mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an Facharbeiter:innen und einer breiten sozialen Selbsteinstufung zur Arbeiterschicht zu tun haben. Zugleich fällt die Einkommensverteilung jenseits eines üblichen Ost-West-Gefälles und trotz der hohen Zahl an Pensionär:innen nicht weiter ins Gewicht. Demgegenüber steht wiederum eine signifikant niedrigere Schichteinstufung, eine ausgeprägte ökonomische Betroffenheitswahrnehmung durch die Pandemie sowie eine enorme Differenz zwischen der Einschätzung der eigenen und der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftslage bei geringer Sensibilität für vertikal-gesellschaftsökonomische Konfliktlinien.

Zu schließen wäre daraus, dass bei den postpandemischen Montagsprotesten in Ostdeutschland ein Milieu eine zentrale Rolle einnimmt, welches sich im Zuge von Pandemie, Krieg und Inflation überwiegend Sorgen um die eigene bürgerliche Position in Hinblick auf ihre demokratischen Freiheitsrechte und den finanziellen Wohlstand macht. So sind es innerhalb der Protestmotivation weitestgehend diffuse Unmutsempfindungen und individuell verschiedenartig gefärbte Themen, die sich in der Angst vor der Entsagung der persönlichen Freiheit und der Befürchtung einer relativen Deprivation des erarbeiteten Wohlstands einen. Während im westdeutschen Protestmilieu oftmals eine gehobene Mittelschicht identifiziert wurde (vgl. u.a. Hövermann, 2021), handelt es sich bei den anhaltenden Ostprotesten ökonomisch um eine untere Mittelschicht, welche sich Sorgen um den eigenen sozialen Abstieg macht, zugleich aber wirtschaftlich nicht auffällig schlecht gestellt ist.

Entdeckten Frei und Nachtwey (2021) vor allem vier dominante Milieus auf den Protesten, wovon eines als bürgerlich beschrieben wird, würden wir die Kerngruppe der ostdeutschen Montagsproteste als vorherrschend kleinbürgerliches Milieu bezeichnen. Wie unsere Auswertungen andeuten, steht im ostdeutschen Protestmilieu nicht selten die Absicherung der erarbeiteten Privilegien und die gesellschaftliche Anerkennung der erbrachten Leistung im Vordergrund, während ökonomische Gerechtigkeitsfragen eher eine geringfügigere Rolle spielen. Anhand der gesellschaftlichen Konfliktwahrnehmungen und im Vergleich zur westdeutschen Protestgruppe handelt es sich dabei grundsätzlich um ein als marktliberal einzustufendes Milieu, welches nach wie vor auf das bürgerliche Partizipationsformat der parlamentarischen Wahl setzt, sich zugleich aber als hochgradig politisch depriviert erfährt. Das ostdeutsche Protestumfeld ist verglichen zum Westen zudem als ein wesentlich konservativeres Milieu zu bewerten, welches trotz eines beträchtlichen Anteils an AfD-Wähler:innen noch zu nahezu einem Viertel CDU wählt. Zu vermuten wäre, dass es sich hierbei um eine gesellschaftliche Gruppe handelt, welche die konservative Partei unter Helmut Kohl mit Zusagen einer schnellen Wende und dem Versprechen „blühender Landschaften“ im Osten Deutschlands schon frühzeitig politisch an sich binden konnte. Zugleich wird die Demokratie als Idee angesichts der eigenen oder familiären Erfahrung, in einem undemokratischen Staat zu leben, als wesentlich gewichtiger eingeschätzt als im westdeutschen Protestmilieu, wodurch die auf Corona-Protesten vielseitig angemerkte Diskrepanz zwischen normativer und erlebter Demokratie eine substantziellere Relevanz gewinnt (vgl. Brunner et al., 2021; Koos, 2021). Die Verteidigung von individuellen Freiheiten und eigenem Status endet schließlich in existenzieller Wut und Ressentiment gegenüber den krisenförmig wahrgenommenen Bedrohungen, wie wir es bei den Abwehrkämpfen der Montagsprotestler sinnbildhaft beobachten können. Diese münden im Gegensatz zum westlichen Protestmilieu, wo die projektive Ausprägung eines autoritären Syndroms in Form allgemeiner Verschwörungsmentalität weiterverbreitet ist, wesentlich häufiger in einer autoritären Aggression, welche sich überwiegend in für kleinbürgerliche Milieus merkmalshaften chauvinistischen Erhöhungen des Selbst oder ausländerfeindlichen Erniedrigungen des Anderen niederschlagen. Einig ist man sich unter den ost- und westdeutschen Protestierenden aber darin, dass „die Corona-Krise so groß geredet [wurde], damit einige wenige

von ihr profitieren können“ (Schließler et al., 2020, 301). Auf welche Weise eine konservative und ressentimentgeladene Mentalität sich mit den sozialen Abstiegsängsten des Kleinbürgertums verschränkt, beschrieb auch schon Bourdieu in seiner Untersuchung der „feinen Unterschiede“ der Gesellschaft: „Besessen vom Gedanken der allseitigen Wahrung der bestehenden Ordnung, verlegen sie ihre ganze Empörung gegen die Verschlechterung ihrer sozialen Lage in moralische Entrüstung über den Verfall der Sitten. [...] Ressentiment [...] ist bei all denen Realität, die die herrschende Ordnung nur deshalb verurteilen, weil diese ihnen die Anerkennung verweigert, die sie ihr noch in ihrem Aufstand gegen sie entgegenbringen“ (Bourdieu, 1987, 683).

Was die ostdeutschen Montagsproteste in ihrer sozialgeschichtlichen und regionalen Spezifik charakterisiert und möglicherweise ihre *Renitenz* zu begründen vermag, ist die nun verspürte historische Befristung ihrer eigenen bürgerlichen Position. Was vor etwa drei Jahrzehnten noch als Partizipation an westlich-kapitalistischen Aufstiegserzählungen und als ein die sozialistische Staatserfahrung umfassend kontrastierendes, neoliberales Freiheitsverständnis versprochen wurde, findet in der aktuellen Vielfachkrise aus biopolitisch registrierter Pandemie, erneutem Krieg zwischen Ost und West und den wirtschaftlichen Rezessionserscheinungen seine endgültige Enttäuschung. In den Abwehrkämpfen der postpandemischen Montagsproteste spielen deswegen auch weniger proaktive Gesellschaftsvorstellungen eine politische Rolle als vielmehr eine diffus artikulierte, jedoch beharrlich eingenommene Verteidigungshaltung gegenüber den Angriffen auf die ihnen versprochenen bürgerlichen Freiheiten und ihren legitim erarbeiteten Wohlstand. In diesem Sinne lässt sich angesichts des erlebten Zusammenbruchs des sozialistischen Regimes und der sich nunmehr als Illusion entpuppenden neoliberalen Utopie auch von einer gesellschaftlich doppelten Enttäuschungserfahrung ausgehen. Ähnlich bemerkt auch Stefanie Hürtgen (2023) bezüglich der ostdeutschen Protestgesellschaft: „Die Beschwörung einer Wiederkehr des diktatorischen Damals gerät so zu einer autoritativen Manifestation des ‚kleinen Mannes‘, der sein Dasein in der Welt der besseren Möglichkeiten fristen will.“ (Ebd., 12) Die Verteidigung erst unlängst erworbener Möglichkeiten und Freiheitsräume innerhalb sich überschlagender Sozialkrisen bildet somit die motivationale Tiefenstruktur eines renitenten Aufbegehrens, welches die ostdeutsche Transformationsgesellschaft erst einmal weiterhin begleiten wird.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. et al. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1987). *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Berlin: Suhrkamp.
- Bundestag (2021). Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal ab 15. März beschlossen. URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw49-de-infektionsschutzgesetz-impfpraevention-870424> (19.09.2023).
- Bundestag (2022). Initiativen zur Corona-Impfpflicht fallen im Bundestag durch. URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw14-de-impfpflicht-886566> (19.09.2023).
- Brieger, Stefan/Herold, Maik/Otteni, Cyrill/Panreck, Isabelle-Christine (2022). Auf Abstand zur Demokratie? Coronakritische Einstellungen und ihre Mobilisierung in Sachsen. *Totalitarismus und Demokratie*, 19 (2), 305–326. <https://doi.org/10.13109/tode.2022.19.2.305>.
- Brunner, Markus et al. (2021). *Corona-Protest Report. Narrative – Motive – Einstellungen*. <https://doi.org/10.31235/osf.io/25qbb3>.
- Celik, Kazim/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 149–176). Gießen: Psychosozial.
- Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences* (2nd ed.). Hillsdale, N.J.: L. Erlbaum Associates.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver et al. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Dilling, Marius et al. (2024). Putting authoritarianism in context: A multilevel analysis of regional effects on individual expressions of right-wing authoritarianism, conspiracy mentality and superstition. In Ayline Heller/Peter Schmidt (Hrsg.), *Thirty Years After the Berlin Wall: German Unification and Transformation Research*. London: Routledge.
- Dilling, Marius et al. (2022). Wer sind die Verschwörungsgläubigen? Facetten der Verschwörungsmotivität in Deutschland. In Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 209–243). Gießen: Psychosozial.
- Engler, Wolfgang (1999). *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin: Aufbau Taschenbuch.
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021). *Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*. <https://doi.org/10.31235/osf.io/8f4pb>
- Fröhlich, Paulina/Ranft, Florian/Vollmann, Erik (2023). Mir reicht's Bürger – Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23. *Das Progressive Zentrum/Bertelsmann-Stiftung*.
- Giddens, A. (1979). *Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Grande, Edgar et al. (2022). Politischer Protest und Radikalisierung. In Uwe Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 104–132). Hochschule Fresenius. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA.
- Grande, Edgar et al. (2021). *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland*. Berlin: WZB Discussion Paper.
- Hanloser, Gerhard (2021). Nicht rechts, nicht links? Ideologien und Aktionsformen der „Corona-Rebellen“. *Sozial. Geschichte Online* 29, 175–217.
- Hövermann, Andreas (2020). Corona-Zweifel. Unzufriedenheit und Verschwörungsmiszenen. *Policy Brief WSI* 48. URL: https://www.boeckler.de/pdf/HBS-007886/p_wsi_pb_48_2020.pdf (12.12.2023).
- Hürtgen, Stefanie (2023). Unheimlich ähnlich. Wo sich Realsozialismus und Neoliberalismus treffen. In LuXemburg, *Was blüht im Osten?* (S.10–17). Ausgabe 01/2023. URL: https://api.zeit-schrift-luxemburg.de/uploads/LUX_2301_digital_interaktiv_4b67a83ba3.pdf (21.02.2024)
- Imhoff, Roland/Bruder, Martin (2014). Speaking (Un-)Truth to Power: Conspiracy Mentality as a Generalised Political Attitude. *European Journal of Personality* 28, 25–43.
- Julke, Ralf (2021). Große Anfrage der Linken: Corona-Proteste kosten Sachsen richtig viel Geld. *Leipziger Zeitung*, 14.12.2021. URL: <https://www.liz.de/politik/sachsen/2021/12/grosse-anfrage-der-linken-corona-proteste-kosten-sachsen-richtig-viel-geld-425001> (12.12.2023).
- Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius/Schliessler, Clara (2023). Heute wie damals? Die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum der Corona-Proteste. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 179–198). Leipzig: edition überland.

- Kalkstein, Fiona/Höcker, Charlotte (2022). „*Ich habe Besseres zu tun*“. *Autoritäre Rebellion und die Hoffnung auf moralischen Zusammenhalt als zwei fehlgeschlagene Bewältigungsversuche der Covid-19-Pandemie*. Gießen: Psychosozial.
- Kiess, Johannes/Schmidt, Andre/Bose, Sophie (2022). Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland. In Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 271–301). Gießen: Psychosozial.
- Koos, Sebastian (2020). *Die „Querdenker“: Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? : Ergebnisse einer Befragung während der „Corona-Proteste“ am 4.10.2020 in Konstanz*. Universität Konstanz, Forschungsbericht, Januar 2021. URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:22-bnrddxo8opado> (12.12.2023).
- Koos, Sebastian/Binder, Nicolas (2021). Wer unterstützt die „Querdenker“? Die Corona-Proteste im Spiegel der öffentlichen Meinung. In Sven Reichhardt (Hrsg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 295–320). Frankfurt am Main: Campus.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (1967). *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Mau, Steffen (2019). *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (2023). Einrichtungsbezogene Impfpflicht. URL: <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/gesundheitspflege/gesundheitschutz/infektionsschutz-hygiene/informationen-zu-coronavirus/einrichtungsbezogene-impfpflicht> (19.09.2023).
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (2022). Analysen & Einschätzungen. Beobachtungen zu den sogenannten „Montagsspaziergängen“ in Berlin. URL: <https://mbr-berlin.de/aktualisierung-beobachtungen-zu-den-sogenannten-montagsspaziergaengen-in-berlin/> (19.09.2023).
- Moscovi, Serge (1987). The Conspiracy Mentality. In Carl F. Graumann/Serge Moscovici (Hrsg.), *Changing Conceptions of Conspiracy* (S. 151–170). New York: Springer.
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste – Grundauswertung*. Universität Basel.
- Panreck, Isabelle-Christine et al. (2021). Die „Spanische Grippe“ und COVID-19 in Sachsen – ein intertemporaler Vergleich. In Sven Reichhardt (Hrsg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive* (S. 109–118). Frankfurt am Main: Campus.
- Polansky, Martin (2022). Darum geht es bei der Impfpflicht. *Tagesschau*, 26.01.2022. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/impfpflicht-corona-faq-101.html> (19.09.2023)
- Reuband, Karl-Heinz (2022a). Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. *Zeitschrift Für Politik* 69(1), 55–77. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2022-1-55>.
- Reuband, Karl-Heinz (2022b). AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. *Zeitschrift Für Parteienwissenschaften* 28(1), 67–94. <https://doi.org/10.24338/mip-202267-94>.
- Robert Koch Institut (2023). Daten des COVID-19-Impfquotenmonitorings auf GitHub. (12.9.2023). URL: <https://github.com/robert-koch-institut/COVID-19-Impfungen-in-Deutschland/tree/main/Archiv>
- Schliessler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver (2020). Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 283–310). Gießen: Psychosozial.
- Spier, Tim (2010). *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92496-0>.
- Schmidt, P. (1982). Subjective status identification. Class consciousness and political attitudes. In W. Raub (Hrsg.), *Theoretical Models and Empirical Analysis* (S. 227–253). Utrecht: E. S. Publ.
- Schönian, Valerie/Adler, Felix (2020). Straße der Wut. *Zeit Online*, 26.07.2020. URL: <https://www.zeit.de/2020/b-96-demonstration-corona-massnahmen-weigsdorf-koebnitz-sachsen> (21.02.2024)
- StaLas (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen) (2023). Einwohnerzahlen nach Gemeinden. URL: https://www.statistik.sachsen.de/download/aktuelle-zahlen/statistik-sachsen_at1_einwohnerzahlen-monat.xlsx (19.09.2023)
- Tagesspiegel (2022). Demonstrationen in mehreren Bundesländern. Zehntausende protestieren gegen Corona-Maßnahmen und Impfpflicht. *Tagesspiegel online*, 18.01.2022. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/zehntausende-protestieren-gegen-corona-massnahmen-und-impfpflicht-8017378.html> (12.12.2023).
- Vester, Michael et al. (2001). *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Otteni, Cyrill (2021). COVID-19 in Sachsen. *Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens. Midem-Studie 2021-1. Dresden*. URL: https://forum-midem.de/wp-content/uploads/2023/03/TUD_MIDEM_Studie_2021-1_RZ-print.pdf (12.12.2023).
- Vorreyer, Thomas (2022). Wer steckt hinter den Protesten im Osten?, *tagesschau.de*, 01.10.2022. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/proteste-153.html> (21.02.2024).

- Zeit Online (2022). Ministerpräsident Ramelow warnt vor „neuer Pegida“. *Zeit Online*, 12.10.2022. URL: <https://www.zeit.de/news/2022-10/12/ministerpraesident-ramelow-warnt-vor-neuer-pegida> (21.02.2024).

Drucksachen des Sächsischen Landtags

- Drs. 7/7644 (15.09.2021): Extrem rechts, rassistisches und gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gerichtetes „Protest“-Geschehen im Freistaat Sachsen seit dem Jahre 2018. URL: https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=16129 (21.09.2020)
- Drs. 7/9511 (28.03.2022): Versammlungsgeschehen vom 21. bis 27. März 2022. URL: https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download/file?datei_id=20142 (21.09.2020)
- Drs. 7/10113 (20.06.2022): Versammlungsgeschehen vom 13. bis 19. Juni 2022. URL: https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download/file?datei_id=21394 (21.09.2020)



216

FALK HABERKORN



217

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



218

FALK HABERKORN



219

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



220

FALK HABERKORN



221

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



222

FALK HABERKORN



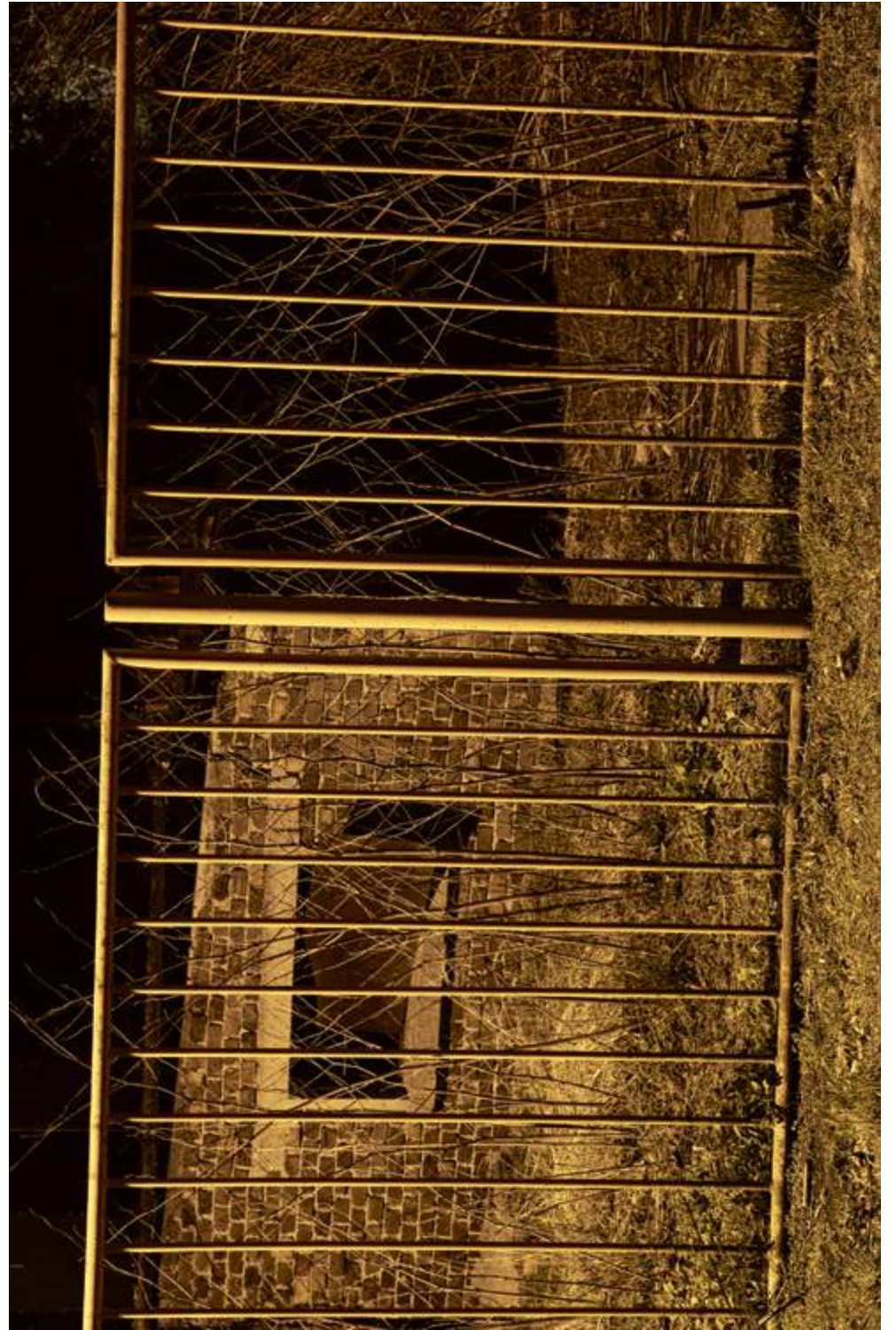
223

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



224

FALK HABERKORN



225

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



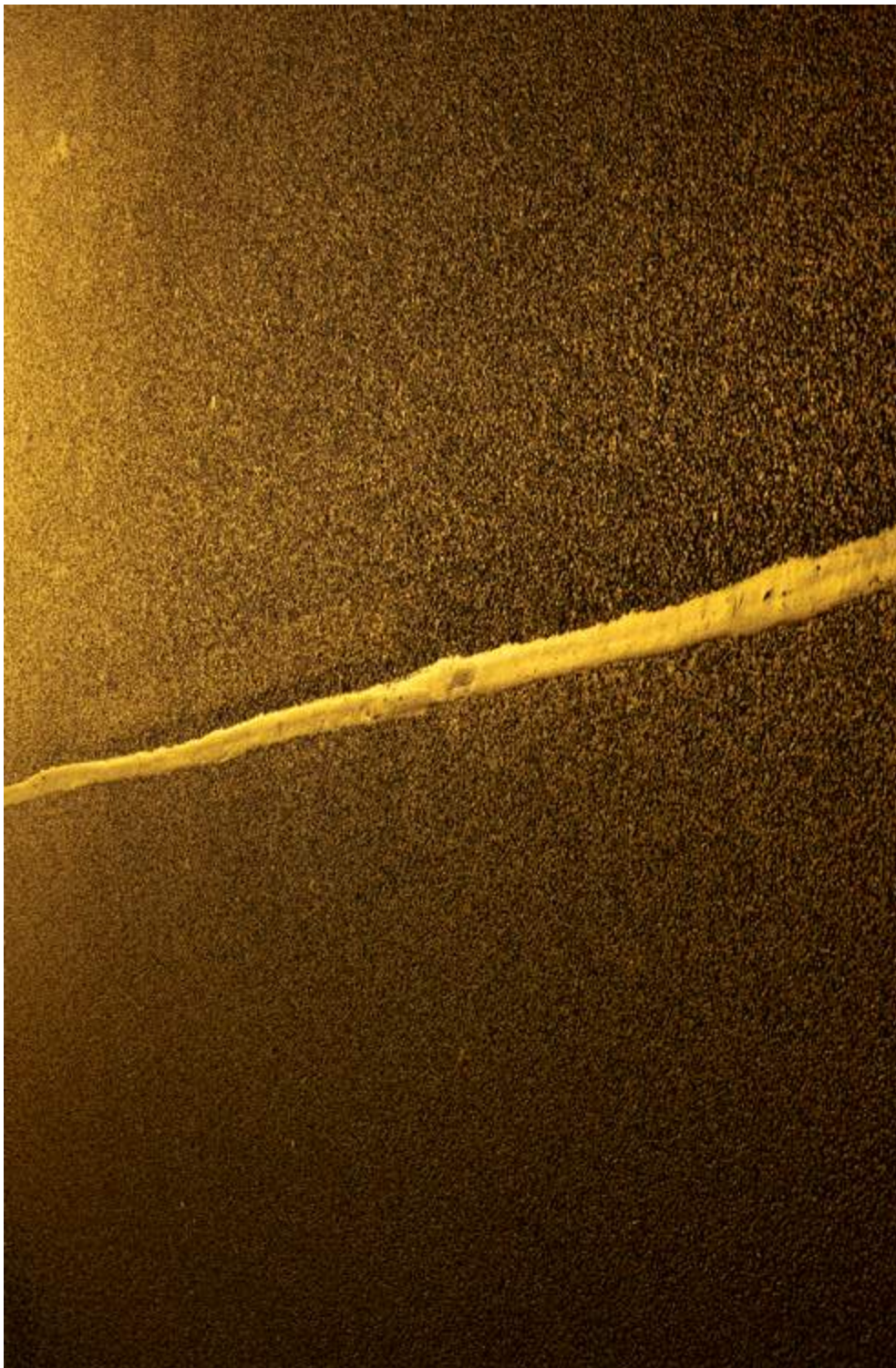
226

FALK HABERKORN



227

WINTERREISE/SUNLIGHT A70



Vor der Erleuchtung kommt der Hass

Über Entstehung und Erscheinungsformen rechter Esoterik

An einem nasskalten Januarwochenende weisen gelbe Schilder der Leipziger *Naturheiltage* und *Esoterikmesse* den Weg zum Veranstaltungshaus. Im Saal ist es warm, leises Trommeln ist zu hören und angenehme Düfte liegen in der Luft. Etwa 30 Aussteller*innen¹ präsentieren ihre Dienstleistungen und Produkte. Man kann eine Irisdiagnose durchführen und sich die Karten legen lassen, Massagen werden angeboten, es gibt Klangschalen, Aktivwasser mit Lichtmodul und vieles mehr. Esoterik ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie gilt vielen als unbedenkliche, private Spinnerei. Handlesen und Kartenlegen sind ein beliebter Zeitvertreib, verbunden mit dem Kitzel, dem Übernatürlichen scheinbar näherzukommen. Während sich Esoterik meist in sanften Worten und Bildern präsentiert, verbergen sich dahinter jedoch nicht selten Ideologien der Ungleichwertigkeit, stereotype Rollenzuschreibungen und antisemitische Welterklärungen. Die spirituelle Sinnsuche kann in rechte und autoritäre Welterklärungen führen. Dieser Beitrag strebt an, die oft unerkannten rechten und antidemokratischen Weltbilder aufzudecken und die Leser*innen für rechte und nach rechts anschlussfähige Konzepte und Begriffe zu sensibilisieren. Dazu werden im Folgenden die Entstehung moderner, westlicher Esoterik und deren rechte Ausprägungen in Deutschland beispielhaft dargestellt.

Zunächst wird erläutert, wie Esoterik für diesen Text verstanden wird und welche Welt- und Menschenbilder damit verbunden sein können. Da es keine allgemeingültige Definition des Begriffs gibt, kann er

1) Der Text ist gegendert, will aber keine Gleichheit suggerieren, wo eine solche nicht gegeben ist. An esoterischen Veranstaltungen und Kreisen heutzutage nehmen viele Frauen teil. Die völkischen Zirkel Ende des 19. Jahrhunderts und die esoterischen Institutionen in der Zeit des Nationalsozialismus wurden von Männern dominiert. Nicht zu gendern macht Frauen und Geschlechter außerhalb des binären Raums unsichtbar, das Gendern lässt hingegen ein falsches Bild von Gleichheit entstehen, weil diese Gruppen fast ausschließlich, wenn nicht sogar zur Gänze, aus Männern bestanden. Es wird versucht, jeweils die Schreibweise zu verwenden, die der Zusammensetzung einer Gruppe entspricht.

unterschiedlich gefüllt werden. Anschließend werden die problematischen Aspekte esoterischer Praktiken und Ideen erläutert, wobei insbesondere die Nähe zu Verschwörungsideologien beleuchtet wird. Die Geschichte rechter Esoterik wird skizziert und die demokratie- und menschenfeindlichen Aspekte, die in der Esoterik auftreten können, werden anhand von drei Beispielen vertieft: Zunächst wird die rechte Entstehungsgeschichte des Symbols der Schwarzen Sonne nachgezeichnet. Dieses Symbol wird einerseits in esoterischen Kreisen oft verwendet, wobei seine rechte Geschichte meist bestritten wird. In rechten Zusammenhängen ist es Ausdruck eines esoterischen Nationalsozialismus. Im Text wird aufgezeigt, dass dieser eine Erfindung der Nachkriegszeit ist. Danach wird auf die rechte Anschlussfähigkeit der Anthroposophie eingegangen. Anthroposophie dürfte den meisten Menschen im Zusammenhang mit Waldorfpädagogik oder biologisch-dynamischen Lebensmitteln bekannt sein. Dass mit dieser Lehre auch rassistisches und menschenfeindliches Gedankengut transportiert werden kann, soll hier erläutert werden. Abschließend wird die *Anastasia*-Lehre skizziert, die als neue Erscheinung im esoterischen Kosmos vor allem im ökologisch-landwirtschaftlichen Milieu Anklang findet. Die antisemitischen und frauenverachtenden Aussagen dieser Lehre sind unbekannt oder werden ignoriert. Hier zeigt sich exemplarisch, wie esoterische Erzählungen ein Einfallstor für rechte Ideologien sein können.

AUF DER SUCHE NACH DER VERBORGENEN WAHRHEIT

Esoterik entstammt dem griechischen Begriff *esoterikos* (innerlich) und meint das geheime oder verborgene Wissen. Laut des religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdiensts REMID (Möller/Radermacher, 2011) geht es bei esoterischen Praktiken und Vorstellungen mittlerweile nicht mehr um die Weitergabe von Geheimwissen, sondern um das Erkennen einer verborgenen Wahrheit, die Menschen auf eine höhere Bewusstseinsstufe führen soll. Das esoterische Weltbild ist holistisch (ganzheitlich). Darin bilden Welt, Kosmos und Mensch eine untrennbare Einheit und stehen in wechselseitigen Beziehungen (ebd.). Ein ganzheitlicher Blick kann hilfreich sein und eine verengte Sicht auf die Dinge verhindern. Alle Ansätze, die mit Ganzheitlichkeit vorgehen, bieten aber immer auch eine Anschlussfähigkeit nach rechts. So wird

teilweise in der Tiefenökologie,² dem esoterischen Zweig des Umweltschutzes, der Mensch als ein rein biologisches Wesen unter vielen verstanden, das wenig oder gar nicht in die organisch gewachsene, natürliche Ordnung der Natur eingreifen sollte. Natur wird hierbei nicht als eine gesellschaftlich geprägte Idee verstanden, deren Verständnis sich ständig wandelt.

Innerhalb dieses konservativen Naturverständnisses hat jedes Individuum seinen organisch gewachsenen Platz, den es einzig und allein einnehmen muss, um das große Ganze zu erhalten. Die Ungleichwertigkeit von Menschen oder Diskriminierungen können so als *natürlich* gerechtfertigt werden. Migration hingegen kann als *unnatürlich* angesehen werden, da jeder Mensch seinen *natürlichen* Siedlungsraum hat, den er nicht verlassen sollte (FARN, 2021).

In esoterischen Vorstellungen existiert neben der materiellen Ebene, die wir mit unseren Sinnen erfahren können, eine geistige oder feinstoffliche Ebene, die nur durch bestimmte Praktiken wie Geistreisen oder Meditation erfahrbar wird. Die gegenwärtige Zeit wird als Phase des Umbruchs gesehen, die in ein neues Zeitalter mündet, in dem der Dualismus von Geist und Materie überwunden sein wird. Grundsätzlich wird diese neue Zeit als eine des höheren Bewusstseins und des friedlichen Miteinanders verstanden (Möller/Radermacher, 2011). Wie später im Text gezeigt wird, ist diese neue Zeit in rechtsesoterischen Zukunftsvorstellungen jedoch nur weißen oder in rechter Lesart *ausgewählten* Menschen vorbehalten oder wird sich gleich als Wiederkehr eines neuen Nationalsozialismus vorgestellt.

In der esoterischen Weltsicht ist schon jetzt jedes Sein auf beiden Ebenen vorhanden. Diese verschiedenen Schwingungen kommunizieren miteinander und beeinflussen sich. Jedes Ereignis und jeder Zustand ist Ergebnis dieser Interaktion und wird als sinnhaft verstanden. Zufälle existieren demnach nicht (ebd.). Durch die Hinwendung zur feinstofflichen, geistigen Ebene ist das Verhältnis von Esoteriker*innen zur materiellen Welt, so der Sektenbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Matthias Pöhlmann, distanziert und von Miss-

2) Der Begriff wurde vom norwegischen Philosophen Arne Naess 1973 geprägt. Nach dieser Ansicht soll der Mensch sich mit anderen Lebewesen identifizieren und eine Verbundenheit mit der Erde erreichen, die das ökologische Gleichgewicht wieder herstellt. Im Sinne des ökologischen Gleichgewichts sprach sich Naess gegen Einwanderung oder Migration aus. Jede*r Migrant*in aus einem armen in ein reiches Land schaffe ökologischen Stress, da er*sie dort die Konsumgewohnheiten übernehme und so den zerstörerischen Ressourcenverbrauch vorantreibe.

trauen geprägt (Pöhlmann, 2021, 26). Die Wissenschaft und ihre Institutionen, für die Konzepte wie Feinstofflichkeit in der Regel keine Rolle spielen, würden von ihnen häufig abgelehnt. Esoteriker*innen nähmen für sich in Anspruch, durch spirituelle Bewusstseinsarbeit höhere Mächte erkennen und lenken und damit die materielle Welt beeinflussen zu können (ebd.).

Nach diesem Weltverständnis können durch entsprechende Gedanken materielle Güter wie Geld angezogen werden. Allerdings sind nach diesem Verständnis auch Krankheiten oder Armut Ausdruck eines fehlenden oder negativen Willens. Die Verantwortung für das irdische Sein liegt beim Einzelnen (Möller/Radermacher, 2011). Strukturelle Abhängigkeiten und gesellschaftliche Zwänge spielen in der Esoterik kaum eine Rolle.

Da die Esoterik die Ursachen für Probleme beim Individuum verortet, könnten Menschen sich von esoterischen Produkten oder Dienstleistungen spürbare Verbesserungen im Leben oder gar Hilfe bei Krankheiten erhoffen. Tatsächlich behauptet zum Beispiel der Geistesheiliger auf der Esoterikmesse, Krankheiten auf einer feinstofflichen Ebene behandeln zu können. Wenn dort die Ursachen für die Krankheit gelöst seien, verschwinde die Krankheit, so das Versprechen. Eine nicht eintretende Linderung wird dann dem*der Hilfesuchenden zugeschrieben, da er*sie beispielsweise keinen Zugang zur feinstofflichen Ebene zulasse. Bei Menschen mit schweren Krankheiten, die sich an sogenannte Alternativmediziner*innen wenden, kann sich der Gesundheitszustand dabei sogar verschlimmern. Wunderversprechen schmerzfreier und einfacher Behandlungen finden sich an mehreren Ständen der Messe.

Begründet werden diese Versprechen mit dem Anspruch, über höheres Wissen zu verfügen. Damit grenzen sich Esoteriker*innen von *Nicht-Erwachten* ab. Aus dem Misstrauen gegenüber der materialistischen Welt und ihren Institutionen und dem Anspruch auf ein geheimes Wissen resultiert eine dualistische Weltsicht, die klar in Schwarz und Weiß, Gut und Böse unterscheidet (Pöhlmann, 2021, 26). Damit rückt Esoterik in die Nähe von Verschwörungserzählungen, sie bilden ein „Zwillingspaar“ (ebd., 27).

ESOTERIK UND VERSCHWÖRUNGSDENKEN

Esoterik und Verschwörungserzählungen stimmen in vielen Punkten inhaltlich und strukturell überein: Sie misstrauen häufig Wissenschaft, Politik und Medizin. Sie berufen sich auf ein intuitiv gewonnenes Überwissen, teilen die Welt in Gut und Böse ein und sind offen für alternative Deutungen historischer und aktueller Ereignisse, die angeblich vom *Mainstream* unterdrückt werden (ebd., 25f.). Dennoch sind sie nicht gleichzusetzen, Pöhlmann stellt einen zentralen Unterschied fest: Im Gegensatz zur oben beschriebenen aktiven Steuerung höherer Mächte in der Esoterik, schreiben Verschwörungsgläubige innerweltlichen Akteur*innen übermenschliche Kräfte zu (ebd., 26f.). Einzelne Personen wie Bill Gates oder George Soros oder eine kleine Gruppe wie die Freimaurer oder fiktive Reptiloide werden für persönliches Leid, aber auch für Ereignisse in der Welt verantwortlich gemacht. Sie erfüllen die Funktion eines Sündenbocks, der eindeutig als Verursacher eines Unglücks identifiziert werden kann (ebd., 24).

Die Sozialwissenschaftlerinnen Pia Lamberty und Katharina Nocun sprechen daher von der Esoterik als einem „Motor für Verschwörungserzählungen“ (Lamberty/Nocun. 2020, 201). Beide Denkmuster entspringen dem Unbehagen über eine (scheinbar) unüberschaubar gewordene Welt. Ihr manichäisches Weltbild, das Einteilen in Gut und Böse, und der Glaube an Übersinnliches bzw. der Glaube an Verschwörungen könne Struktur bieten und Stress reduzieren vor allem in Zeiten, in denen Menschen, tatsächlich oder imaginiert, Kontrollverluste erleiden (ebd., 201 ff.). Deutlich wurde das bei den Corona-Protesten. Sie erwiesen sich schnell als „Hotspots von Verschwörungserzählungen“ (Pöhlmann, 2021, 30) und zeigten, wie fließend die Übergänge zwischen Esoterik, Verschwörungserzählungen und auch rechtem Gedankengut sein können (ebd., 29f.).

Wie Esoterik als ein Einfallstor für rechte und antisemitische Verschwörungserzählungen dienen kann, zeigt exemplarisch der ideologische Werdegang des Initiators der Leipziger Corona-Proteste (siehe auch Teller, 2023). Der Kerzenmacher Karsten Wolf bewirbt auf seinem Blog eine Seminarreihe zu Spiritualität und Körperarbeit und schreibt über Kornkreise. In weiteren Beiträgen scheint er sich als „Lichtarbeiter, Esoteriker und Spiritualisten“ zu sehen (Holderpolders Blog, o.J.). Doch seit dem ersten Lockdown scheint es für ihn nur noch

ein Thema zu geben – die Infektionsschutzmaßnahmen der Regierung. In einem Blogbeitrag von Ende April 2020 fordert er ein Ende des Lockdowns, bezeichnet die etablierten Medien als gleichgeschaltet und dass Opposition und Kirchen sich von der Regierung einspannen lassen (ebd.). In einem Leipziger Park veranstaltete er Mitte April 2020 Tanzdemos, zu denen Menschen kamen, die die Pandemie verharmlosten und gegen eine vermeintliche Diktatur protestieren wollten.

Wolf gab im Mai 2020 der Leipziger Volkszeitung ein Interview, in dem er behauptete, die Milliardäre George Soros und Bill Gates würden Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder das Robert-Koch-Institut oder Medien wie den Spiegel oder die Zeit kaufen. Er fügte an: „Wir kritisieren die Leute ja nicht, weil sie Juden sind. Wir kritisieren sie für das, was sie tun“ (LVZ Online, 2020). Wolf verwendet hier klassische antisemitische Narrative, die einerseits pauschal Jüdinnen und Juden eine Verbindung zu Geld und Reichtum unterstellen und andererseits argwöhnen, diese würden einen dunklen Plan verfolgen und *Strippenzieher* hinter der Pandemie sein. Auch wenn Bill Gates kein Jude ist, wird in seine Person und in sein Handeln *etwas Jüdisches* projiziert und mit antisemitischen Verschwörungserzählungen verknüpft.

Am 3. Oktober 2022, zum Tag der Deutschen Einheit, ist Karsten Wolf wieder auf der Straße, demonstriert mit Neonazis, Reichsbürger*innen und Querdenker*innen und stellt Lautsprechertechnik mit seinem Lastenrad. Im Februar 2020 träumte er auf seinem Blog noch davon „einen ‚tantrisch inspirierten Gottesdienst‘ zu entwickeln; einen Ort der Menschen, die ihr Dasein auf dem wunderschönen geheimnisvollen Planeten Erde gemeinsam feiern mit Spiritualität, Meditation, Diskussion, Wissenschaft, Berührung und heiliger Sexualität.“ (Holderpolders Blog, o.J.). Mittlerweile scheint er nicht mehr davor zurückzuschrecken, gemeinsam mit Personen zu demonstrieren, die eine rassistische und menschenfeindliche Ideologie vertreten.

Während der Corona-Pandemie radikalisierten sich Esoterikgläubige wie Wolf, verbreiteten Verschwörungserzählungen und suchten den Schulterschluss mit der (extremen) Rechten. Doch schon in der ersten Organisation der modernen westlichen Esoterik verbanden sich rassistische mit spirituellen Vorstellungen.

THEOSOPHIE UND ARIOSOPHIE: MODERNE ESOTERIK UND RASSISTISCHE IDEOLOGIE

Als Geburtsstunde der neuzeitlichen Esoterik wird die Gründung der Theosophischen Gesellschaft 1875 in New York durch Okkultistin Helena Blavatsky (1831–1891) angesehen (Möller/Radermacher, 2011). Mit der modernen Theosophie, abgeleitet vom griechischen Begriff *theosophía* (göttliche Weisheit), vermengte Blavatsky Hinduismus, Buddhismus und andere okkulte Lehren wie die Gnosis oder das Rosenkreuzertum. Laut ihrer Lehre verbirgt sich ein geheimes Wissen hinter allen Religionen. In ihren Werken „Die entschleierte Isis“ (1877) und „Die Geheimlehre“ (1888) erzählt sie eine eigene Version der Entstehung der Welt und der Entwicklung der Menschheit (Pöhlmann, 2021, 105 ff.). Darin skizziert sie sieben *Wurzelrassen*, die Aufstieg und Niedergang erlebt haben oder noch erleben werden. Diese Wurzelrassen seien in einer Abfolge auf verschiedenen, teils mythischen Kontinenten entstanden. Die fünfte *Wurzelrasse* der Arier lebe in Europa. Sie und vor allem die fünfte *Unterrasse*, die Europäer, stellen nach Blavatskys Ausführungen die derzeit spirituell höchste Stufe dar, die ein Mensch erreichen kann. Alle anderen Rassen und vor allem die Kolonialvölker seien zum Aussterben verurteilt. Blavatsky legitimiert damit die Vorherrschaft weißer Menschen gegenüber anderen *Völkern*. Jüdinnen und Juden seien ein *Hybridvolk*, die sich mit jeder anderen Rasse vermischt hätten (Lamberty/Nocun, 2022, 203 f.).

Aus der Theosophie bildete sich die Ariosophie als esoterische Strömung innerhalb der völkischen Bewegung heraus. Die Arier werden hier als die am höchsten entwickelte *Wurzelrasse* angesehen. Die Germanen spielen in dieser Strömung eine besonders spirituelle Rolle. Geprägt wurde sie maßgeblich von Guido von List (1848–1919) und Jörg Lanz von Liebenfels (1874–1954). Die Ariosophie basiert auf einem rassistisch organisierten Gesellschaftsmodell: *Minderrassige* sollten sich den spirituell überlegenen Ariern unterordnen, *Herrenmenschen* (Menschen nördlicher indoeuropäischer Abstammung) sollten *Herdenmenschen* überlegen sein. Liebenfels propagierte die Idee der Reinhaltung der Rasse und arische Zuchtprogramme. 1900 gründete er den *Ordo novi templi*, den *Neutemplerorden* (ONT). Mitglieder des Ordens verpflichteten sich, nur eine „rassisch wertvolle Frau“ zu heiraten (Heller/Maeferle, 2007, 29). Auf der Burg des ONT soll die erste Hakenkreuzfahne

gehisst worden sein (ebd., 30).³ Mag der *Neutemplerorden* von Liebenfels heute keine Rolle mehr spielen, die von List entworfene Runenlehre wird weiterhin verwendet. Dessen ausgedachten runenähnlichen Zeichen werden in völkischen Kreisen gerne als Schmuck getragen und waren Vorbild für die Sig-Runen der SS (Heller/Maegerle, 2007, 22). Ariosophisches Gedankengut beeinflusste verschiedene völkische Zirkel, wie etwa den Germanenorden oder die *Thule-Gesellschaft*.

DIE WEWELSBURG ALS RECHTER WALLFAHRTSORT

Die *Thule-Gesellschaft* wurde 1918 vom Abenteurer Rudolf von Sebottendorf (1875–1945) in München gegründet. Der Gründer, er hieß eigentlich Adam Glauer, legte sich den aristokratisch klingenden Namen zu und beschäftigte sich zeitlebens mit okkulten Themen. Benannt nach der mystischen Insel Thule, die sich als „Urort“ der Arier vorgestellt wird, erwies sich die Gesellschaft bald als Sammelbecken für völkische Esoteriker und Antisemiten. Mitglieder waren unter anderem der NSDAP-Chefideologe Alfred Rosenberg, der Herausgeber des antisemitischen Hetzblatts „Der Stürmer“ Julius Streicher und der spätere „Führerstellvertreter“ Rudolf Heß (Lamberty/Nocun, 2022, 205). Der Einfluss der *Thule-Gesellschaft* und anderer völkisch-esoterischer Zirkel auf den Nationalsozialismus ist aber umstritten. Hitler misstraute den völkisch-okkulten Gruppen und grenzte sich fünf Jahre nach der Machtübergabe auf dem 10. Parteitag öffentlich ab: „Das Einschleichen mythisch veranlagter okkulten Jenseitsforscher darf daher in der Partei nicht geduldet werden“ (Klump, 2001). Er verbot alle Geheimgesellschaften, allerdings übernahm die NSDAP einige okkult-völkische Elemente. 1933 versuchte sich Sebottendorf mit seinem Buch „Bevor Hitler kam“ noch als Vorläufer des Nationalsozialismus zu generieren. Aber das Buch wurde verboten, Sebottendorf 1934 kurzzeitig inhaftiert und dann abgeschoben. Danach verliert sich seine Spur (Heller/Maegerle, 2007, 44 f.). Viele der Esoteriker der NSDAP sammelten sich in der *Forschungs- und Lehrgemeinschaft Das Ahnenerbe*. V. Besser bekannt

3) Der Orden soll heute noch existieren. Zwei seiner „Gemeinden“ befänden sich nach eigenen Angaben auf der Website in Leipzig. Das „Zentrum der Gemeinden in Deutschland“ auf einem 4.000 Quadratmetern großen Grundstück mit zusätzlich 1.500 Quadratmetern Nutzfläche soll in „Mitteldeutschland“ liegen (ariosophie.wordpress.com, 2015). Die letzten Einträge stammen aus dem Jahr 2018. Vermutlich handelt es sich hierbei um ein rein virtuelles Fantasieprodukt. (Pöhlmann, 2021, 122).

als *SS-Ahnenerbe* wurde es 1935 vom Reichsführer SS Heinrich Himmler (1900–1945) gegründet und sollte das Ariertum erforschen. Wertfreie Forschung wurde dort jedoch nicht durchgeführt. Die Beschäftigung mit einer, oft mythischen, Vergangenheit, sollte die NS-Weltanschauung und Herrschaft legitimieren. Ende 1944 bestand das *SS-Ahnenerbe* aus etwa 40 Forschungsprojekten, die ihre Arbeit jedoch kaum koordinierten. Vielzahl und schlechte Planungen der Projekte sollen Ergebnis von Himmlers schwärmerischen und abergläubischen Vorgaben gewesen sein (ebd., 80). Zu den Forschungsgebieten gehörten unter anderem die Suche nach Atlantis und die sogenannte Welteislehre (ebd.). Nach dieser Pseudolehre, die schon seinerzeit im Widerspruch mit wissenschaftlichen Erkenntnissen stand, stehe das Universum im ewigen Kampf zwischen Sonnen- und Eisplaneten. Durch das Zerbrechen eines früheren Eismonds soll eine Sintflut ausgelöst worden sein, die Atlantis versinken ließ. Als Nachkommen überlebender Atlanter konnten sich esoterische Nationalisten als höher berufene Rasse verstehen. Das *SS-Ahnenerbe* war auch damit betraut, einen Baum- und Waldglauben als Alternative zur christlichen Religion neu zu entwickeln. Viele der Projekte gerieten mit Kriegsbeginn in finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten und wurden kaum fortgeführt. (Lamberty/Nocun, 2022, 205). Eine Expedition nach Tibet 1938 hatte ethnografische und naturwissenschaftliche Ziele. Nach Kriegsausbruch organisierte das *SS-Ahnenerbe* den Raub von Kulturgütern in den besetzten Gebieten und führte tödliche Menschenversuche für „wehrwissenschaftliche Zweckforschung“ durch. Der Geschäftsführer des *SS-Ahnenerbes* Wolfram Sievers wurde dafür im Nürnberger Ärzteprozess 1947 zum Tode verurteilt und hingerichtet (Heller/Maegerle, 2007, 79).

Neben dem *SS-Ahnenerbe* gehörte die Verwaltung der Wewelsburg zum persönlichen Stab Himmlers. Himmler ließ die Burg in Westfalen unter Einsatz von Zwangsarbeiter*innen des nahegelegenen KZ Niederhagen zur *SS-Ordensburg* umbauen. In den Nordturm wurden zwei Kulträume gebaut, deren Funktion bis heute nicht geklärt ist. Die Wewelsburg sollte nach dem Endsieg Mittelpunkt einer *SS-Kultstätte* werden – mit Flugplatz und riesigen Gebäudekomplexen (Sünner, 1999, 108). Der heutzutage bekannteste Kultraum ist der Ordensführersaal, in dessen Boden ein kreisförmiges Ornament aus zwölf Sig-Runen eingelassen wurde. Das dunkelgrüne Sonnensymbol im hellgrauen Marmorboden diente vermutlich nur zur Dekoration. Vorlagen waren wohl Zierscheiben

aus der Merowingerzeit (ebd., 148). Es muss also unterschieden werden zwischen der Schwarzen Sonne heutzutage, oft rechtsesoterisch aufgeladen, deren Träger*innen sich meist auf die Wewelsburg beziehen und der Schwarzen Sonne als esoterisches Symbol zu Zeiten Himmlers. Sie war schon damals bekannt, hatte aber inhaltlich und in der Form nichts mit dem Dekorationselement in der Wewelsburg zu tun. So spricht der zur Zeit der Weimarer Republik einflussreiche Esoteriker Peryt Shou (1873–1953), dessen bürgerlicher Name Albert Christian Georg Schultz war, in seinem Werk „Das Mysterium der Zentralsonne“ von jener als einem Evolutionskern aus rein geistigem Licht (Shou, 2008, 5). Die Sonne wird hier mit der Farbe, eigentlich der Strahlung, Ultraviolett verbunden. Auch Himmlers Berater Karl Maria Wiligut (1866–1946) soll sich auf die Schwarze Sonne bezogen haben. Diese Art Ursonne soll im Norden über dem sagenhaften Kontinent Hyperborea geleuchtet haben (Sünner, 1999, 147). Auf die Gestaltung des Ornaments in der Wewelsburg hatten diese Ansichten aber wohl keinen Einfluss (ebd., 148).

RECHTE MYTHEN UND VERHARMLOSUNG DES NATIONALSOZIALISMUS

Die Thule-Mythen und die Vorstellungen über eine Schwarze Sonne werden knapp dreißig Jahre später in rechten Fantasy-Romanen wieder aufgegriffen. Damit änderte sich die Rezeption des Symbols der Schwarzen Sonne. Sie wird sich nun nicht mehr als eine purpurfarbene Flamme vorgestellt, sondern erhält das Aussehen des Bodenornaments in der Wewelsburg. Zudem wird sie meist mit der SS verknüpft und dient als Symbol eines esoterischen Nationalsozialismus, wohlgermerkt eines rein fiktionalen esoterischen Nationalsozialismus, der im NS-Staat kaum eine Rolle spielte. Er ist eine Erfindung der Nachkriegszeit und nahm seinen Anfang in den hier benannten Fantasy-Romanen (Strube, 2012, 262 f.).

So handeln die zwischen 1971 und 1991 erschienenen Bände der Thule-Triologie vom ehemaligen SS-Oberscharführer Wilhelm Landig von einer SS-Truppe nach dem Zweiten Weltkrieg, die am mythischen Ort Thule überdauert haben soll. Die Schwarze Sonne fungiert im Roman als Widerstandssymbol im Kampf zwischen Thule und Juda. Die Bezeichnung eines der zwölf Stämme Israels steht hier als Chiffre für die jüdische Weltverschwörung. In diesem großen metaphysischen Krieg

steht die SS auf der guten Seite und schmiedet ein Bündnis mit verschiedenen Staaten unter dem Symbol der Schwarzen Sonne (Goodrick-Clarke, 2009, 287). Landig knüpft in der Reihe unter anderem an die angeblichen UFO-Sichtungen der 1950er Jahre und die Tibetexpedition des *SS-Ahnenerbes* an und verbrämt sie esoterisch. Auch die Antarktisexpedition des Deutschen Reichs von 1938/39, die ein als Neuschwabenland benanntes Gebiet erkundete, wird von Landig aufgegriffen. Mittels Reichsflugscheiben seien SS-Leute nach Neuschwabenland geflohen. Von dort führen sie den Kampf gegen eine freimaurerische Weltverschwörung und ihren Hilfstruppen vom Berg Zion. Tibetische Lamas kommen ihnen dabei zu Hilfe (Heller/Maegerle, 2007, 114 f.). Auch greift Landig Blavatskys *Wurzelrassen* auf und spricht von einer neuen *Wurzelrasse* mit alten Werten, die sich bilden müsse und die in Groß-Thule beheimatet sei, ein neuer geistiger Begriff für alle Menschen des Nordraums (ebd., 116). Thule ist in den Büchern das verbindende Element zwischen dem besiegten Dritten Reich und seinem mythenumwobenen Weiterbestehen heutzutage.

Landigs arische Mythologien und der okkulte Antisemitismus wurden von Jan Udo Holey, besser bekannt unter seinem Pseudonym Jan van Helsing, in den 1990er Jahren populär gemacht. In seinen verschwörungsideologischen Büchern greift er Landigs NS-Mythen wieder auf. Mit einem halben Dutzend Titeln ist Holey auch auf der Esoterikmesse vertreten. Seine Werke finden sich inmitten von Gesundheitsrategebern und Kochbüchern. Seit den 1990er Jahren verfasste Holey eine Vielzahl verschwörungsideologischer und antisemitischer Bücher. Zwei seiner Werke über Geheimgesellschaften mussten in Deutschland wegen Volksverhetzung vom Markt genommen werden. (Pöhlmann, 2021, 139). In seinen Büchern verknüpft er zumeist neurechte Mythologie und Esoterik. Dabei stellt er einer Elite, höheren Rasse oder Erleuchteten den unterleuchteten Rest der Menschheit gegenüber. In „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ von 1993 imaginiert er eine jüdische Weltverschwörung, beruft sich auf das antisemitische Pamphlet „Protokolle der Weisen von Zion“ und auf mehrere Holocaustleugner (Langowski, 2023). Während der Corona-Pandemie verfasste er weitere verschwörungsideologische Titel, die in der Szene der Corona-Leugner*innen und darüber hinaus Verbreitung fanden. Verbindungen zur Alternative für Deutschland (AfD) wurden auf der sogenannten *1. Konferenz der freien Medien* offensichtlich, zu der 2019 die AfD in den Bundestag geladen

hatte. Auf dem Konferenz-Rollup war neben Logos von Elsässers Magazin „Compact“ und dem rechten Blog „PI News“ und anderen *alternativen Medien* das Logo von Holeys Plattform „Die Unbestechlichen“ zu sehen (Correctiv, 2019). Einige seiner Bücher, in denen er NS-Esoterik mit Ufologie verbindet, sind heute noch Gegenstand in rechtseoterischen Zirkeln. Beim Neuschwabenlandtreffen in Berlin beispielsweise kommen seit Anfang der 2000er Jahre NS-Nostalgiker*innen sowie Verschwörungs- und UFO-Gläubige zusammen (Pöhlmann, 132 ff.).

Durch den 1991 erschienenen Roman „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ von Russell McCloud wurde der Kreis mit den gezackten Strahlen endgültig zum zentralen Symbol der rechten Szene. Hinter dem Pseudonym verbirgt sich der Journalist Stephan Mögle-Stadel oder ein von ihm geleitetes Autorenkollektiv (ebd., 2021, 127). Im Buch ist die Schwarze Sonne das Symbol eines okkulten SS-Ordens, der in Tibet den Niedergang des NS-Staats überlebt hat und sich anschickt, ein neues Reich zu errichten. Höhepunkt des Romans ist ein Wintersonnwendritual auf der Wewelsburg, das ein neues Nazireich begründen soll. McCloud stellt erstmals eine Verbindung zwischen der Schwarzen Sonne und der Wewelsburg her (Goodrick-Clarke, 2009, 304). Die oben erwähnten esoterischen Umbruchsvorstellungen und Utopien einer neuen Zeit werden hier ins Gegenteil verkehrt. In dieser neuen Zeit sind Menschen nach rechter Ideologie unterschiedlich viel wert. Wer durch das rechte Raster fällt, ist nach dieser Vorstellung der Sklaverei oder dem Tod geweiht.

Die fantastisch klingenden Romane von Landig, Holey und McCloud sind beeinflusst von den sogenannten Nazi-Mysterien (Goodrick-Clarke, 2009, 223). Darunter versteht man das Bemühen, den Nationalsozialismus auf entpolitisierte und enthistorisierende Weise mit Esoterik zu verbinden. Der Nationalsozialismus wird zu einer Art okkulten Bewegung „mit geheimen Aktionszentren in Tibet, kultischen Ritualen und dem ganzen Drum und Dran schwarzer Magie“ (ebd.). Die Täter*innen werden durch diese Erzählung entlastet, da hinter ihnen größere, arkane Kräfte am Werk waren. Hitler und sein Gefolge waren in dieser Lesart nur die Ausführenden. Die Taten der Nazis müssten vor dem Hintergrund eines Umbruchs in eine neue Zeit gesehen werden. Angesichts großer Umwälzungen kosmischen Ausmaßes würden die Taten im Dritten Reich (fast) bedeutungslos (ebd., 224). Diese Sichtweise verharmlost die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Nach Veröffentlichung des Romans „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ wurde die Wewelsburg zum rechten Wallfahrtsort. Seit 2006 ist eine Hausordnung in Kraft, die „rechtsextreme, rassistische, antisemitische und sexistische Äußerungen in Wort, Schrift oder Gesten“ und das „offene Tragen jeglicher rechtsextremer Kennzeichen“ verbietet. Erkennbare rechte Gruppen können seitdem leichter weggeschickt werden. Da sich auf rechten Plattformen jedoch weiterhin Aufnahmen der Krypta mit Hakenkreuzrelief an der Decke und des Obergruppenführersaals mit der Schwarzen Sonne im Boden fanden, ist das Fotografieren und Filmen in diesen beiden Räumen seit 2021 verboten. Allein die AfD-Fraktion des Kreises Paderborn war gegen das Fotografierverbot (Band, 2021).

ERFUNDENE VERGANGENHEIT ALS ANTRIEB FÜR RECHTE IDEEN

Die Schwarze Sonne findet sich heute in rechten Zusammenhängen, aber auch auf Schmuck und Kleidung für Mittelaltermärkte oder auf esoterischen Accessoires. Beim in Kassel ansässigen Thule-Seminar, eine nach Selbstauskunft Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e. V., das auf seiner Website schnell als rechte Vereinigung zu erkennen ist, steht das Symbol auf der Startseite und findet sich auf Büchern und einem Rucksack im eigenen Shop. Auf seiner Website ehrt das neuheidnische Seminar unter anderem den 2009 verstorbenen extrem rechten Multifunktionär Jürgen Rieger (Thule Seminar, 2020).

Auch der von 2001 bis 2006 bestehende „Verein zur germanischen Brauchtumpflege Schwarze Sonne Meißen e. V.“ zeigte mit dem Namen demonstrativ Nähe zur rechten Symbolik. Gegründet wurde er vom ehemaligen Meißner NPD-Kreisvorstand René Jurisch, der germanische Mythologie, Runenkunde und alte Bräuche an Jugendliche und Erwachsene vermitteln wollte. Vermutlich wurden unter dem Deckmantel der Brauchtumpflege extrem rechte Ideologien transportiert (Sächsische Zeitung, 2001).

Nicht eindeutig als rechts motiviert zu erkennen oder tatsächlich frei von rechter Ideologie sind die Anbieter*innen von Mittelalter- oder Esoterikbedarf. Ein Beispiel hierfür ist der Onlineshop Druidenmarkt. Er verkauft Schmuck, Orakelzubehör und weitere Accessoires für Mittelalterfans und Hexen, darunter auch Amulette, Siegelringe und

Schmuckkästchen mit dem Symbol der Schwarzen Sonne. Auf der Website des Anbieters wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei nicht um ein Nazi-Symbol handelt, sondern um ein Sonnenrad, das von vielen alten Kulturen verwendet wurde, so „von einem Stamm 800 v. Chr.“, und dass man sich ausdrücklich von der Naziwelt distanzieren (Druidenmarkt Esoterik, o.J.).

Die Archäologin Karin Reichenbach bezweifelt jedoch eine Verbreitung des Symbols vor der Neuzeit. Historische oder archäologische Belege seien rar. Darstellungen des Motivs scheinen erst in der Moderne aufgekommen zu sein und seien häufig von neuheidnischen Gruppen der 1920er und 1930er Jahre verwendet worden, oft mit rassistischen oder antisemitischen Bezügen (Reichenbach, 2018, 21 ff.).

Ob der Verweis auf die angeblich unpolitische und vormoderne Herkunft der Schwarzen Sonne eine reine Schutzbehauptung des*der Träger*in ist oder tatsächlich in Unkenntnis der Entstehungsgeschichte erfolgt, muss im Einzelfall entschieden werden. In der rechten Szene erfüllt die Schwarze Sonne mehrere Funktionen: Durch den Glauben an eine esoterische SS, die gegen die Mächte des Bösen kämpft, wurde und wird die Realität der deutschen Niederlage erträglicher und die Gräueltaten des Nationalsozialismus treten in den Hintergrund (Sünner, 1999, 170). Heute dient die Schwarze Sonne den Neonazis nicht nur als Ersatzsymbol für das verbotene Hakenkreuz (Lamberty/Nocun, 2022, 210). Sie verbindet mit ihr völkisch-esoterische Projektionen und die Hoffnung auf ein neues rechtes Reich. Das Symbol steht für ein fernes, mythisches Thule, das den Gegenpol zur heutigen Moderne bildet. Die verlorene Heimat Thule ist die Projektion eines vormodernen, völkischen Gesellschaftsideals. Dass die Schwarze Sonne als vermeintlich vorchristliches oder germanisches Symbol in Unkenntnis des neonazistischen Hintergrunds weiterhin verwendet wird (Pöhlmann, 2021, 126), macht deutlich, dass noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Und so absurd die rechte Trivilliteratur rund um die Schwarze Sonne auch scheinen mag, bietet sie doch eine Möglichkeit, rechtes Gedankengut in scheinbar harmlosen Fantasy-Erzählungen zu verbreiten. Es benötigt daher mehr Auseinandersetzung, die den Nazi-Okkultismus weder verklärt noch dessen Wirkung unterschätzt.

STEINERS ANTHROPOSOPHIE

Geheime SS-Truppen, Thule-Mythen und andere mehr oder weniger offen erkennbare rechtsesoterische Symbole oder Erzählungen stoßen bei der Mehrheit der Gesellschaft auf wenig Akzeptanz oder sind nicht ansprechend genug. Andere Formen der Esoterik sind weiterverbreitet. Die einflussreichste esoterische Strömung im deutschsprachigen Raum dürfte weiterhin die Anthroposophie sein. Rudolf Steiner (1861–1925), zeitweilig Leiter der Deutschen Sektion der Theosophischen Gesellschaft, entwickelte die Anthroposophie auf Basis der Lehre Helena Blavatskys und des Sozialdarwinismus Ernst Haeckels. Steiner wandte Haeckels evolutionären Fortschrittsgedanken auf die spirituelle Entwicklung des Menschen an. Haeckel glaubte, in die Evolution mittels eugenischen und rassehygienischen Maßnahmen eingreifen zu können, um einen neuen Menschen zu schaffen. Nach Steiner kann der Mensch seine spirituelle Entwicklung durch Meditation und Selbsterziehung beeinflussen, um höhere Bewusstseinsstufen zu erreichen. Weitere zentrale Vorstellungen Steiners kamen aus der Theosophie, wie etwa die Vorstellungen vom Astral- und Ätherleib, die Karmalehre oder die Einteilung in *Wurzelrasen*. Die Orientierung der Theosophie an östlicher Religiosität ersetzte er durch eine stärkere Hinwendung zur christlichen Religion. Als esoterische Strömung unterteilt auch die Anthroposophie, wie oben skizziert, das Universum in eine geistige und eine materialistische Welt. Hier können die Erkenntnisse, die Wissende aus der geistigen Welt ziehen, in der Praxis eingesetzt werden.

Vielen dürften diese esoterischen Grundsätze beim Kauf anthroposophischer Produkte nicht bekannt sein. In der Landwirtschaft oder der Pädagogik, bei der Kontosuche oder bei kosmetischen und medizinischen Artikeln erfreut sich die Anthroposophie, vor allem im alternativen Milieu, großer Beliebtheit. Waldorfschulen, Demeter-Möhren, DM-Märkte, Weleda-Kosmetik oder die GLS-Bank für Hausprojekte – das Angebot anthroposophisch inspirierter Anbieter*innen ist vielfältig. Viele verbinden mit dem Kauf dieser Produkte einen ethisch vertretbaren Konsum und eine nachhaltige, ökologische Lebensweise. Anthroposophische Medizin steht im Ruf, sanfter und ganzheitlicher zu sein.

Trotz dieser positiven Wahrnehmung birgt die Geschichte der Anthroposophie jedoch auch dunkle Kapitel. Ein besonders bedrückendes Beispiel findet sich in dem biodynamischen Kräutergarten des KZ

Dachau während der NS-Zeit. Zwangsarbeiter*innen bewirtschafteten unter mörderischen Bedingungen Flächen, auf denen Heil- und Gewürzkräuter gemäß den Vorgaben der anthroposophischen Landwirtschaft angebaut wurden. Das NS-Regime nahm keine einheitliche Haltung ein, es gab Feinde, aber auch Freunde und Förderer der Anthroposophie. Während die Anthroposophische Gesellschaft 1935 in Deutschland verboten wurde, versuchten anthroposophische Projekte wie Waldorfschulen ihr Überleben durch Kooperation zu sichern. Mit dem Englandflug von Rudolf Heß (1894–1987) im Jahr 1941, durch den der „Führerstellvertreter“ in Kriegsgefangenschaft geriet, verlor die Anthroposophie ihren wichtigsten Fürsprecher. Im selben Jahr wurden die letzten anthroposophischen Projekte und Organisationen verboten, so auch der *Reichsverband der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise*. Die SS setzte Experimente mit den Anbaumethoden in Dachau fort, Himmler holte Anthroposoph*innen zur Beratung ins Konzentrationslager. 2020 haben Demeter und weitere biodynamische Verbände eine Studie in Auftrag gegeben, die die Verstrickungen mit dem NS-Regime untersuchen soll. Die Ergebnisse der Studie standen zum Zeitpunkt, als dieser Text fertiggestellt wurde, noch aus.

ANTHROPOSOPHISCHE IMPFKRITIK UND ANTISEMITISMUS

Die Anthroposophie beinhaltet zwei zentrale und gleichwohl problematische Glaubensansichten: die Wurzelrassen- und die Karma-Lehre. Die Lehre der *Wurzelrassen* übernahm Steiner von der Theosophie. Er beschreibt die Abzweigung sogenannter *dekadenter Rassen*, die nicht zur nächsten Stufe aufsteigen könnten. Als solche Abzweigungen machte Steiner unter anderem amerikanische Indigene aus, während es die Europäer*innen in der Entwicklung weiter geschafft hätten. In der vorherbestimmten Entwicklung befänden wir uns von 1413 bis 3573 in der germanisch-nordischen Epoche der Menschheit.

Eine bestimmende Rolle bei der menschlichen Entwicklung spielt für die Anthroposophie die Karma-Lehre, nach der sich die Taten eines früheren Lebens nach der Reinkarnation (Wiedergeburt) auf die aktuelle Existenz auswirken. In dieser Vorstellung sind Eigenschaften wie Aussehen (insbesondere Hautfarbe), Physis und auch die soziale und geografische Herkunft vorherbestimmt und auf gutes oder schlechtes Karma im früheren Leben zurückzuführen. Entsprechend der *Wurzel-*

rassenlehre wird die Geburt als weißer Europäer als wertvollste Entwicklungsstufe angesehen. Nach dieser Logik kann der Tod Einzelner oder ganzer Bevölkerungsgruppen als *karmische Notwendigkeit* gerechtfertigt werden. So verbreitete der esoterische Schriftsteller Hockemeyer in seinem 1996 veröffentlichtem Buch „Jedem das Seine“⁴, dass der Holocaust aufgrund einer karmischen Gerechtigkeit erfolgt sei und wurde dafür wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt (Pöhlmann, 2021, 53).

Dieses Werk ist ein Beispiel für eine extrem rechte Interpretation der Lehre Steiners. Die Rezeption der Anthroposophie ist vielfältig und glücklicherweise selten so menschenfeindlich wie bei Hockemeyer. Zudem ist der anthroposophische Kosmos groß. Es muss zunächst unterschieden werden zwischen orthodoxen und liberalen Mitgliedern der *Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft*. Diese Organisation verwaltet das geistige und materielle Steiner'sche Erbe. Orthodoxe Anthroposoph*innen verteidigen jede noch so kontroverse Aussage des Übervaters. Andere lassen Kritik zu, laden zu offenen Diskussionen und versuchen sich in einer der modernen Zeit angepassten Anthroposophie. Dann gibt es eine große Gruppe, die sich selektiv an Steiners Ideen bedienen oder die im Verkauf biodynamischer Produkte schlicht einen Wettbewerbsvorteil sehen. Und nicht zuletzt ist da die wohl größte Gruppe: die Nutzer*innen anthroposophischer Produkte. Auffällig war jedoch, dass bei den Corona-Protesten regelmäßig selbsterklärte Anthroposoph*innen zu finden waren. Impfverweigerung ist in dieser Gruppe weit verbreitet und Waldorfschulen regelmäßig „Hauptquartiere von Masernepidemien“ (Zander, 2019, 151). Infektionskrankheiten spielen im anthroposophischen Kosmos eine wichtige Rolle in der Entwicklung des Kindes. Im Merkblatt Masern der Gesellschaft Anthroposophischer Ärztinnen und Ärzte in Deutschland (GAÄD) heißt es: „Durch das Fieber überwindet das Kind nicht nur die Infektionskrankheit, sondern individualisiert dabei seinen Organismus“ (GAÄD, 2019). Laut Steiner benötigt jedes Kind ein gewisses Maß an Fieber, um sich quasi in seinem neuen Körper richtig einrichten zu können (Krauss, 2021, 36). Krankheit wird als Chance betrachtet, Infektionen hätten einen Sinn, da das Immunsystem reifen könne. Auch die Erkrankung mit Covid-19 soll eine segensreiche Wirkung entfalten – in diesem oder im nächsten Leben. In

4) Der Spruch steht über dem Haupttor des Konzentrationslagers Buchenwald.

diesem Zusammenhang wird die Auffassung vertreten, dass der Tod durch eine Krankheit wie Covid-19 dennoch wertvolle spirituelle Impulse für das nächste Leben mit sich bringe. Eine Impfung, so wird argumentiert, würde nicht nur diese vermeintlichen Segnungen zunichte machen, sondern könnte auch zu einer seelischen Verarmung der Menschen führen (ebd., 36 ff.). Der Sozialdarwinismus rechter Gruppen, die die Corona-Pandemie als *natürliche Auslese* begriffen haben, wird hier auf eine spirituelle Ebene gehoben. Nicht erst, aber vor allem seit der Corona-Pandemie wird derlei Impfkritik teilweise mit antisemitischen und holocaustrelativierenden Darstellungen verknüpft. Auf Querdenker-Demonstrationen waren gelbe, sogenannte *Judensterne* mit „Ungeimpft“-Schriftzug zu sehen oder Fotos vom Eingangstor des Konzentrationslagers Auschwitz mit dem Slogan „Impfen macht frei“.

DAS DUNKLE MÄRCHEN DER ANASTASIA

Im Gegensatz zur Anthroposophie ist die *Anastasia*-Bewegung ein neueres Phänomen, bei dem Ökolandbau, Esoterik und rechte Ideologien zusammenkommen. Die Bewegung gründet ihre Ideen auf die zehnteilige Buchreihe „Die klingenden Zedern Russlands“ des russischen Autors Wladimir Megre. Zwischen 1996 und 2010 erschienen die Bände in Russisch, deren deutsche Übersetzungen zwischen 1999 und 2011 veröffentlicht wurden. In diesen Romanen beschreibt Megre, wie er in der sibirischen Taiga mitten in der Natur eine Frau namens Anastasia trifft. Diese kann mit Tieren sprechen, einen Heilstrahl einsetzen, das Wissen der Welt einsehen oder andere magische Fähigkeiten benutzen. In den vielen Gesprächen zwischen Autor und Anastasia erfahren die Leser*innen, dass sie Teil des uralten Volkes der *Wedrussen* sei und diese Fähigkeiten alle Menschen wieder erlernen könnten, wenn sie sich von der Moderne und der *technokratischen* Gesellschaft loslösten. Dafür gibt Megre via Anastasia praktische Vorgaben. Jede Familie, bestehend aus Mann, Frau und Kindern, solle einen Hektar Land ökologisch bewirtschaften und sich mit anderen Familien zusammenschließen, um in einer größeren Gemeinschaft zu leben.

Diese Vorgaben klingen soweit erstmal relativ harmlos-erschreckend wird es, wenn Megre seine Weltsicht in den Büchern darstellt. Sie ist durchsetzt mit Verschwörungserzählungen, Antisemitismus, Antifeminismus, Demokratiefeindlichkeit und rechtsesoterische Rein-

heitsfantasien. So wird laut Megre die Welt vom *Dämon Kratie* gesteuert, der mithilfe böser jüdischer Priester seine Macht durch das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erhält und den Rest der Menschheit versklavt. Er erschuf ein System, in dem die Versklavten ihre Unterdrückung nicht wahrnahmen und benannte es nach sich: Demokratie (Megre, 2011, 65). Es wird die geschichtsrevisionistische These aufgestellt, dass aufgrund ihres schlechten Karmas jüdische Menschen selbst schuld an jahrhundertelanger Verfolgung und auch am Holocaust seien (Megre, 2011, 172 ff.).

Mit der Telegonie wärmt Megre ein längst widerlegtes Konzept der Vererbungslehre aus der Tierzucht auf und überträgt es auf die Menschheit. Nach diesem Konzept prägt der Samen des ersten Sexualpartners das Aussehen weiterer Nachkommen, gleich wer der Erzeuger dieser Nachkommen ist (Pöhlmann, 2021, 207). Als „Beleg“ führt Megre hier schwarze Kinder weißer Eltern an, deren Existenz aus einem früheren sexuellen Kontakt der Mutter oder Großmutter mit einem schwarzen Mann begründet wird (Megre, 2011, 37). In frauenverachtender Weise führt er aus, dass die Frau als Muse des Mannes zu wirken habe. „Dunkle Kräfte“ des Hohepriesters jedoch würden sich der Frauen bedienen, so dass diese die Männer mittels ihrer Schönheit verführen. Damit verlören diese Frauen ihre Reinheit und Natürlichkeit (Megre, 2003, 63), Attribute, die sie aufgrund ihres Frauseins von Geburt an *natürlicherweise* besitzen. Diese antifeministischen Zuschreibungen von Frauen finden sich in allerlei esoterischen Lehren. Ebenso ist die stereotype und essentialistische Unterscheidung, wonach Frauen zyklisch, sorgend und emotional, Männer hingegen linear, soldatisch und rational sind, Teil vieler esoterischer Weltsichten. Problematisch sind diese Ansichten zum einen, da abweichendes Verhalten von den skizzierten Rollen sanktioniert werden kann. Der weinende Junge oder das zu laute Mädchen werden auch heutzutage oft nicht als *normal* wahrgenommen. Zum anderen kann die Benachteiligung von Frauen und sogar sexualisierte Gewalt als etwas Natürliches oder Ganzheitliches legitimiert werden, etwa wenn dem aktiv-aggressiven Mann die passive Frau gegenübergestellt wird. Und nicht zuletzt kann diese Sichtweise Geschlechter außerhalb des binären Mann-Frau-Raums unsichtbar machen oder sogar als unnatürlich oder verderbend bezeichnen.

RECHTSESOTERISCHE LANDNAHME

Nach den Veröffentlichungen der ersten Bücher in Russland bildeten sich Lesezirkel und *Anastasia*-Stammtische, wo über die praktische Anwendung der Lehren diskutiert wurde. Schließlich wurden auch mit Unterstützung der russischen Regierung erste Familienlandsitze nach dem Vorbild geschaffen – bis Mitte 2019 sind bereits um die 300 solcher Familienlandsitze in Russland entstanden. Inzwischen geht man von etwa 20 solcher Landsitze oder Projekte in Deutschland aus (Pöhlmann, 2021, 208). Die Ideen Megres finden hierzulande auch im bio-ökologischen und alternativen Milieu Anklang. Ein Beispiel dafür ist die *Wurzelküche*, ein veganes Bio-Restaurant in der als alternativ geltenden Dresdner Neustadt. Auf ihrer alten Website „gesundes-mittag.de“ lud die Besitzerin, Christiane Langhammer, noch bis mindestens 2022 zu regelmäßigen Arbeitstreffen für Interessierte ein, um an der Gestaltung eines Neuen Dorfes bei Dresden mitzuwirken (URA, 2021). Beim Neuen Dorf handelt es sich um einen Entwurf von biologisch und regional wirtschaftenden Gemeinschaften im gleichnamigen Buch von Ralf Otterpohl. Darin hebt er als ein Beispiel dieser Gemeinschaften die Familienlandsitze der *Anastasia*-Bewegung hervor (Belltower News, 2019).

Auf der alten Website von Langhammer finden sich weitere Bezüge zur *Anastasia*-Bewegung. Dort listete sie verschiedene Initiativen auf, die in Sachsen ein Neues Dorf gründen wollten (URA, 2021). Eine dieser Siedlungen, der Lebensraum e.V., vertreten durch den Reichsbürger Robert Köhn, nahm 2018 an einem Wettbewerb teil, der Initiativen auszeichnen sollte, die die Stadt Dresden lebenswerter machen. Köhn und sein Projekt einer Selbstversorgersiedlung standen kurz davor, 200.000 Euro Fördergelder vom damaligen Bundesforschungsministerium zu erhalten (Sächsische Zeitung, 2018). In dem Wettbewerb konnten die Bürger*innen Dresdens über die Projekte abstimmen. Der Lebensraum e.V. belegte bis kurz vor Ende der Abstimmung den 2. Platz (Vice, 2018). Die Berichterstattung über die *Anastasia*-Bezüge des Projekts führte zu einem Aufruf, das Projekt abzuwählen. Die daraufhin gestiegene Beteiligung an der öffentlichen Abstimmung verdrängte das Projekt von den vorderen Plätzen. (URA Dresden, 2021).

Vor dem Hintergrund der in den Büchern vermittelten Ideologie finden sich in der *Anastasia*-Bewegung wenig überraschend viele Reichsbürger*innen, Esoteriker*innen und Menschen mit eindeutig rechts-

extremer Vergangenheit wieder. Auch auf den nach außen hin eher harmlos wirkenden *Anastasia*-Festen treten völkische Referent*innen wie Frank Willy Ludwig auf und verbreiten unwidersprochen geschichtsrevisionistische Thesen und die NS-Rassenlehre. Ludwig betreibt die Website *Urahnenerbe Germania*, mit der er sich explizit auf Himmlers *SS-Ahnenerbe* bezieht. Hinter harmlos klingenden Phrasen von Liebe und Bräuchen versteckt der selbsternannte „Ahnenforscher“ Ludwig seine Zivilisationskritik. Sein Paradies ist ein völkisch-naturverbundenes und Demokratie und Menschenrechte bezeichnet er als „Unrat“ (Ludwig, 2009, 439).

Die rechts-esoterische *Anastasia*-Bewegung siedelt gezielt im ländlichen Raum, um dann vor Ort in Vereinen, Gemeinden und Bildungseinrichtungen aktiv ihre menschenverachtenden Ansichten zu verbreiten. Die Absicht dahinter ist klar: eine Diskursverschiebung nach rechts auf allen gesellschaftlichen Feldern zu erreichen. Schritt für Schritt soll die vorherrschende Gesinnung im ländlichen Raum völkisch dominiert werden, um den rechten Traum einer bäuerlich geprägten ethnisch-homogenen Gesellschaft zu verwirklichen (FARN, 2021). Umso wichtiger ist es daher für demokratische Kräfte, strukturschwache Gebiete nicht als ungestörte Rückzugsräume für rechte Landnehmer*innen zu überlassen. Es gilt, die demokratischen Prinzipien und Werte aktiv zu verteidigen und dem rechts-esoterischen Einfluss entgegenzuwirken, um eine fortschreitende Radikalisierung in ländlichen Gemeinden zu verhindern.

Auf dem Büchertisch der Esoterikmesse liegen die *Anastasia*-Bände direkt neben den Büchern von Jan Udo Holey. Nicht jede*r, der*die im Büchertisch wühlt, ist Neonazi. Wer aber dort mit einem Buch mit Aromatherapie beginnt, hat danach ein Werk voll extrem rechter Passagen in Reichweite. Scheinbar unpolitische Ideologiefragmente wie Natürlichkeit, Ganzheitlichkeit oder die Ahnen sind anschlussfähig an menschenverachtende Positionen und Gruppen. Nicht zuletzt die Proteste in der Corona-Pandemie haben gezeigt, welche regressive Ideen im vordergründig links-alternativen Milieu stecken. Klangschalen, bunte Kleidung und Meditationsangebote dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter der Oberfläche spiritueller Deutungsangebote gewaltsame Umsturzfantasien und menschenfeindliche Hetze lauern kann.

LITERATUR

- Ariosophie (2015). URL: <https://ariosophie.wordpress.com/> (05.09.2023).
- Band, Matthias (2021). Museum Wewelsburg verschärft Hausordnung. *Westfalen-Blatt*, 24.03.2021. URL: <https://www.westfalen-blatt.de/amp/owl/kreis-paderborn/bueren/museum-wewelsburg-verschaerft-hausordnung-1014929> (07.09.2023).
- Belltower News (2019). Zwischen Wissenschaft und Rechtsesoterik: Verbreitet ein Professor der Technischen Uni Hamburg Verschwörungsideologien? URL: <https://www.belltower.news/zwischen-wissenschaft-und-rechtsesoterik-verbreitet-ein-professor-der-technischen-uni-hamburg-verschwuerungsideologien-93145/> (15.12.2023).
- Correctiv (2019). „Erste Konferenz der freien Medien“: Wie die AfD rechte Blogger und Identitäre in den Bundestag einlud. URL: <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2019/05/21/erste-konferenz-der-freien-medien-wie-die-afd-rechte-blogger-und-identitaere-in-den-bundestag-einlud/> (15.12.2023).
- Druidenmarkt Esoterik (o.J.). URL: <https://www.druidenmarkt.de/> (07.12.2023).
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (2021). Glossar Ganzheitlichkeit. URL: <https://www.nf-farn.de/glossar-ganzheitlichkeit> (19.09.2023).
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (2021). Glossar Rechte Landnahme. URL: <https://www.nf-farn.de/glossar-rechte-landnahme> (12.12.2023).
- Gesellschaft Anthroposophischer Ärzte in Deutschland e.V. (GAÄD) (2019). Merkblatt Masern. URL: <https://www.gaed.de/merkblaetter> (07.09.2023).
- Goodrick-Clarke, Nicholas (2009). *Im Schatten der Schwarzen Sonne. Arische Kulte, Esoterischer Nationalsozialismus und die Politik der Abgrenzung*. Wiesbaden: marixverlag.
- Heller, Friedrich Paul/Maegerle, Anton (2007). *Thule. Von den völkischen Mythologien zur Symbolsprache heutiger Rechtsextremisten*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Holderpolders Blog (o.J.). URL: <https://holderpolder.wordpress.com/> (06.12.2023).
- Klump, Andreas (2001). Rechtsextremismus und Esoterik. Verbindungslinien, Erscheinungsformen, offene Fragen. *Extremismus.com*. URL: <http://web.archive.org/web/20080621095355/http://www.extremismus.com/texte/esorex.htm> (06.09.2023).
- Krauss, Dietrich (2021). Wir können alles, außer impfen. Warum „Querdenken“ eine Stuttgarter Vorwahl hat. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.) *Fehlender Mindestabstand* (S. 32–38). Freiburg im Breisgau: Herder.
- Lamberty, Pia/Nocun, Katharina (2020). *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*. Köln: Quadriga.
- Lamberty, Pia/Nocun, Katharina (2022). *Gefährlicher Glaube. Die radikale Gedankenwelt der Esoterik*. Köln: Quadriga.
- Langowski, Jürgen (2023). Jan van Helsing (Jan Udo Holey). Geheimgesellschaften 1. Holocaust-Referenz – Argumente gegen Auschwitzleugner, 2023. URL: <https://www.h-ref.de/literatur/h/helsing-jan-van/geheimgesellschaften-1.php> (06.09.2023).
- Leipziger Volkszeitung (2020). Corona-Proteste in Leipzig: „Ich dachte: So ist eine totalitäre Diktatur“. URL: <https://www.lvz.de/lokales/leipzig/corona-proteste-in-leipzig-ich-dachte-so-ist-eine-totalitaere-diktatur-K2ODWC3MZT ZV3FRT5HIQPIOBQI.html> (08.09.2023).
- Ludwig, Frank Willy (2009). Familienlandsitze im ländlichen Raum. In Rainer Friedel/Edmund A. Spindler (Hrsg.), *Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume*. VS: Wiesbaden.
- McCloud, Russell (o.J.). *Die Schwarze Sonne von Tashi Lhunpo*. Ohne Ort: Arun-Verlag. URL: <https://archive.org/stream/DieSchwarzeSonneVonTashiLhunpo/DieSchwarzeSonneVonTashiLhunpo.djvu.txt> (06.09.2023).
- Megre, Wladimir (2003). *Anastasia. Band 1. Tochter der Taiga*. Jestetten: Govinda-Verlag.
- Megre, Wladimir (2011). *Anastasia. Band 2. Das Wissen der Ahnen*. Jestetten: Govinda-Verlag.
- Megre, Wladimir (2011). *Anastasia. Band 8.1. Neue Zivilisation*. Jestetten: Govinda-Verlag.
- Megre, Wladimir (2011). *Anastasia. Band 8.2. Die Bräuche der Liebe*. Jestetten: Govinda-Verlag.
- Möller, Melanie/Radermacher, Martin (2018). Kurzinformation Religion: Esoterik. *Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e.V. – REMID*, 4.6.2018. URL: <https://www.remid.de/info/esoterik/> (06.09.2023).
- Pöhlmann, Matthias (2021). *Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen*. Freiburg im Breisgau: Herder.
- Psiram.com (2023). Schetinin Schule. URL: https://www.psiram.com/de/index.php/Schetinin_Schule (07.09.2023).
- Reichenbach, Karin (2018). Spurensuche Kolovrat. In *Mitropa. Jahresheft des Leibniz-Instituts für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO)* 2018 (10), S. 21–23. URL: https://www.leibniz-gwzo.de/sites/default/files/dateien/PDF_Mitropa_2018_10.pdf (05.09.2023).
- Röpke, Andrea (2023). Arier und Ahnenkult. *Endstation rechts*, 6. April 2023. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/ariere-und-ahnenkult> (07.09.2023).
- Sächsische.de (2018). Reichsbürger bei Stadt-Wettbewerb. URL: <https://www.saechsische.de/reichsbuerger-will-dresden-zur-zukunftsstadt-machen-3936971.html> (07.09.2023).
- Sächsische.de (2001). Wie braun ist die „Schwarze Sonne“? *Sächsische Zeitung*, 16.05.2018. URL:

- <https://www.saechsische.de/plus/wie-braun-ist-die-schwarze-sonne-426132.html> (07.09.2023).
- Shou, Peryt (2008). *Das Mysterium der Zentralsonne vom wissenschaftlichen und geheimwissenschaftlichen Standpunkt*. Graz: Edition Geheimes Wissen.
- Sodan, Susanne (2023): Verdacht gegen Görlitzer Schlossherren: Wie es nach SZ-Berichten weiterging. *Sächsische Zeitung*, 29.12.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/goerlitz-interview-guenther-toepert-ober-neundorf-anastasia-bewegung-ortsvorsteher-5946886-plus.html> (12.02.2024).
- Strube, Julian (2012). Die Erfindung des esoterischen Nationalsozialismus im Zeichen der Schwarzen Sonne. *Zeitschrift für Religionswissenschaft* 20/2, 2012, S. 223–268.
- Sünnner, Rüdiger (1999). *Schwarze Sonne. Entfesselung und Mißbrauch der Mythen in Nationalsozialismus und rechter Esoterik*. Freiburg im Breisgau: Herder.
- Teller, Florian (2023). Tanzen und Tantra in der Corona-Diktatur. Esoterik als Einstieg in Verschwörungserzählungen. In ChronikLE (Hrsg.), *Leipziger Zustände*. Jan 2023 (S. 62–63). Leipzig. URL: https://chronikle.org/media/552/Leipziger_Zustaende_2023.pdf (15.12.2023).
- Thule-Seminar. Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V. (2020). URL: <https://ahnenrad.org/> (02.01.2024).
- URA Dresden (2021). Christine Langhammer und ihre Wurzelküche – Eine Schnittstelle regionaler völkischer Siedlungsprojekte und der Anastasia-Bewegung. URL: <https://www.ura-dresden.org/wurzelkueche/> (19.09.2023).
- Vice (2018). Ein „Reichsbürger“ könnte bis zu 200.000 Euro staatliche Fördergelder erhalten. URL: <https://www.vice.com/de/article/59qbqd/ein-reichsbuerger-in-dresden-koennte-bis-zu-200000-euro-staatliche-fordergelder-erhalten> (15.12.2023).
- Zander, Helmut (2019). *Die Anthroposophie. Rudolf Steiners Ideen zwischen Esoterik, Weleda, Demeter und Waldorfpädagogik*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.



Anastasia-Szene in Sachsen

Selbstversorgung, Nachhaltigkeit und Menschenfeindlichkeit

Spätestens seit diesem Jahr gibt es bundesweit und auch in Sachsen – in Fachkreisen, Wissenschaft, Verwaltung und auch in der Zivilgesellschaft – ein größeres Augenmerk auf die Aktivitäten und AkteurInnen¹ der *Anastasia*-Szene. Nicht zuletzt eine breite mediale Thematisierung und die Einstufung der ‚Bewegung‘² als rechtsextremistisch (RBB, 2023) dürften dazu beigetragen haben. Als Mitarbeiter*innen der Mobilien Beratung ist den Autor*innen das Phänomen spätestens seit Frühjahr 2018 bekannt. Damals reichten Vertreter des Vereins *Lebensraum e.V.* einen Beitrag zu einem städtischen Wettbewerb in Dresden ein. Die Sächsische Zeitung berichtete (Sächsische Zeitung, 2018). Wer es sehen wollte, der konnte es auch damals schon. Warum also ist das Phänomen, zumindest in einem breiten öffentlichen Diskurs, so lang ‚unter dem Radar‘ gelaufen? Das ist die erste der zwei zentralen Fragen dieses Artikels. Zu ihrer Beantwortung werden zunächst das Phänomen, seine Hintergründe, seine Verbreitung in Sachsen und die damit einhergehenden Gefahren beschrieben, bevor es um die enthaltene Menschenfeindlichkeit geht und die Frage, warum diese – im Vergleich zu anderen extrem rechten Gruppierungen – so schwer zu erkennen ist.

Die zweite zentrale Frage beschäftigt sich mit den Beobachtungen und Erfahrungen der Menschen, die das Aufkommen von *Anastasia* in ihren Orten erlebt haben. Was macht es mit (kleinen) Orten und Gemeinwesen, wenn *Anastasia*-AnhängerInnen dort Einfluss zu gewinnen versuchen, und welche Konsequenzen kann es auf persönlicher Ebene haben? Dazu wurden Gespräche mit Menschen geführt, die von *Anasta-*

- 1) Die Autor*innen nutzen in diesem Artikel verschiedene geschlechtergerechte Sprachvarianten. Grundsätzlich wird der sogenannte Genderstern* genutzt, um Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit einzuschließen. Da die *Anastasia*-Bücher von einer Zweigeschlechtlichkeit ausgehen, wird für die Beschreibung der AkteurInnen aus dieser Szene die Schreibweise mit Binnen-I genutzt.
- 2) Aufgrund der Vielfältigkeit der AnhängerInnen und der fehlenden bzw. nach außen hin nicht erkennbaren Organisationsstruktur sprechen wir in diesem Artikel von ‚Szene‘ statt von ‚Bewegung‘.

sia-Ansiedlungsversuchen in ihren Orten berichten. Diese Perspektive findet weiter unten im Artikel Platz. Zum Abschluss geht es um einen menschenrechtsorientierten und demokratischen Umgang mit dem Phänomen sowie einige kleine Erfolge hierbei.

UMSETZUNGSVERSUCHE VON ANASTASIA IN SACHSEN

Einige Wissenschaftler*innen sprechen von einer Bewegung oder Szenen, an anderer Stelle wird von einer sektenähnlichen bzw. rechtsesoterischen Gruppierung geschrieben (Schenderlein, 2020; Pöhlmann, 2021), die in den 2010er Jahren in Deutschland und auch in Sachsen in Erscheinung tritt. Gemeint ist „Anastasia“, eine „demokratiefeindliche Fabelwelt“, so die Brandenburger Wissenschaftlerin und Beraterin Laura Schenderlein (2020, 1). Das ideologische Setting der *Anastasia*-Szene geht auf eine Buchreihe mit der gleichnamigen fiktiven Figur zurück, die „die Menschheit aus dem Dunkel ins Licht führen werde“ (Mallien et al., 2017, 2). Diese „Welt“ ist der Fantasie des am 23. Juli 1950 in dem Dorf Kuznetchi/Ukraine geborenen Wladimir Nikolaewiĉ Megre (eigentlich Wladimir Pusakow) entsprungen. Die zehn Bücher, nach eigenen Angaben bislang in 23 Sprachen übersetzt, werden unter anderem mit dem Slogan beworben „Anastasia – die Botschafterin eines uralten Volkes“ (vgl. Pöhlmann, 2021, 18) mit einer klaren „Vision für eine neue Gesellschaft“ (Garve, 2014). Die Protagonistin lebt in Einklang mit den Tieren und der Natur, ist allwissend, hat übernatürliche Kräfte, kann in der Zeit reisen, verfügt über telepathische Fähigkeiten und versorgt sich selbst. Laut Megre besäße prinzipiell jeder Mensch diese Fähigkeiten und könne sie durch richtige Lebensführung nach Anastasias Lehren wiedererlangen (vgl. Lochau, 2022, 314). Wichtiger Bestandteil dieser Lebensführung sind sogenannte *Familienlandsitze*. Megre ruft dazu auf, solche als einzig richtige Siedlungs- und Lebensweise zu gründen. Für *Anastasia*-AnhängerInnen sind 1 bzw. 1,3 Hektar ausreichend groß, um Lebensraum und Lebensmittel für eine Familie zu bieten, und klein genug, um von einer Familie bearbeitet werden zu können. Der Mobilen Beraterin Anna Rosga zufolge sprechen die Bücher vor allem solche Menschen an, denen Natur- und Umweltschutz wichtig sind und die versuchen, die Ideale eines naturnahen und nachhaltigen Lebens umzusetzen (Rosga, 2018, 39).

In der (medialen) Öffentlichkeit standen bisher in der Umsetzung weiter vorangeschrittene *Familienlandsitz*-Bestrebungen oder Orte wie das *Goldene Grabow* in Brandenburg und *Weda Elysia* in Sachsen-Anhalt. Aber Gruppen, die sich bestimmten Vorstellungen aus den *Anastasia*-Büchern verpflichtet sehen, gibt es auch in Sachsen. So wurde 2015 der Verein *Lebensraum e. V.* in der Region Dresden gegründet. Dieser will laut der Aussage auf der eigenen Website Zukunft gestalten, indem er „eine Keimzelle für die Heilung der Erde wachsen [lässt], und [dabei] ein stabiles ökologisches System [entsteht], welches sich selber trägt und erneuert“ (Lebensraum, o.J.).

Im Juni 2017 bewarb sich der Verein mit dem Projekt „Nachhaltige Gartenland-Hof-Siedlung im urbanen Umfeld“ beim Wettbewerb „Zukunftsstadt Dresden 2030“, ausgeschrieben von der Stadtverwaltung (Zukunftsstadt Dresden, 2017a). Verantwortlich für die Bewerbung zeichneten Klaus Werner Kamke und Robert Köhn³. In der Bewerbung war von an sich unterstützenswerten Zielen wie „nachhaltiges Wirtschaften“, „Eigenverantwortung“, „Selbstversorgung“ oder „ökologische Raumentwicklung“ (Zukunftsstadt Dresden, 2017) zu lesen. Die Dresdner Stadtverwaltung kannte damals die Hintergründe der Personen und des Vereins nicht, wurde jedoch darauf hingewiesen. Der Vorfall liegt über fünf Jahre zurück und der Verein ist kaum noch in der Öffentlichkeit, die Homepage seit langem nicht aktualisiert. Aber (ehemalige) Vereinsmitglieder sind an anderen Stellen weiter mit der *Anastasia*-Idee aktiv.

Die AnhängerInnen der *Anastasia*-Bücher treten meist nicht offen als solche auf, auch ist die ideologische Stoßrichtung der *Anastasia*-Szene nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen. Oftmals scheint es eine Irritation zu sein, die sich festmacht an unüblichen Begriffen und Angeboten. Ein Beispiel dafür ist das sog. „KultUrGut“-Wochenende⁴ auf dem Schloss Ober-Neundorf in der Nähe von Görlitz im Herbst 2018. Eingeladen hatte der Verein *Schloss Ober-Neundorf e. V.*, auf dem Programm standen unter anderem ein Vortrag über die russische Waldschule in Tekos, russische Kreistänze mit Wlada Ruggle und der Feuerbrauch „Agni Hotra“ (Schloss Ober-Neundorf, 2018). Ein Besucher, dem das

3) Robert Köhn soll nach Angabe der *Sächsischen Zeitung* bis September 2016 „Vertreter der administrativen Regierung des Bundesstaats Sachsen“ und somit ein Reichsbürger gewesen sein (Sächsische Zeitung, 2018). Klaus Werner Kamke nennt sich aktuell auf einer Homepage „Mann aus der Familie Kamke“ und wählt somit eine Bezeichnung, die aus Reichsbürgerkreisen bekannt ist (Gesundheitundharmonie, o.J.).

4) Hier handelt es sich um die Selbstbezeichnung und die eigene Schreibweise des Vereins; vgl. Schloss Ober-Neundorf (2018).

seltsam vorkam, bat um eine Einschätzung durch das Mobile Beratungsteam. Sein Misstrauen wurde durch einen Büchertisch bestärkt, auf dem Literatur aus rechtsextremen Verlagen zur Hitlerjugend angeboten wurde. Während hier sofortige Klarheit bestand, waren die oben genannten drei Hinweise auf einen *Anastasia*-Zusammenhang nicht direkt erkennbar, wohl aber ein Grund, genauer hinzuschauen.

Die Schule in Tekos, auch Schetinin-Schule genannt, wird vor allem im dritten Band als Ideal dargestellt. Während Kritiker*innen den mangelnden Freiraum zur persönlichen Entfaltung der Kinder hervorheben und etwa auf den langen Tagesrhythmus von 5 bis 21 Uhr verweisen, sind *Anastasia*-VertreterInnen davon begeistert, dass die SchülerInnen in ein bis vier Jahren den gesamten Stoff von normalerweise 11 Jahren Schule absolvieren. Die Zeitschrift *Sein* zitiert den ehemaligen Musiklehrer und Namensgeber Michail Petrowitsch Schetinin mit den Worten: „Die Kinder müssen an die kollektive Volksseele, ihre Ahnen angebunden sein, verwurzelt in der Natur ihres Heimatlandes. Nur so kann ein Mensch seine volle Kraft entfalten.“ (Rotter, 2013).

Auch Wlada Ruggle wird dem Spektrum der *Anastasia*-Szene zugeordnet. 2001 soll sie ein öffentliches Treffen mit Megre organisiert haben. Ruggle vertritt ganzheitliche Heilmethoden und betrachtet Krankheiten als Störung der Harmonie des Menschen. Die Reigen- und Kreistänze werden als meditative Heilstänze angeboten. Ruggle betont „die Wichtigkeit der Familie [...] und der Ahnen. Das Glück könne sich nur im Kollektiv der Familie entfalten“ (Relinfo, o.J.).

Auf dem hier beschriebenen „KultUrGut-Wochenende“ im Herbst 2018 war auch *Weda Elysia*⁵ mit einem Verkaufsstand vertreten, also das *Anastasia*-Projekt aus dem sachsen-anhaltinischen Wienrode, deren Vorsitzende bereits über mehrere Jahre Erfahrung im Aufbau solcher Projekte verfügten und etwa zu diesem Zeitpunkt eine Immobilie in dem Ortsteil der Stadt Blankenburg kauften.

DIE GEFAHREN DER IDEOLOGIEN IN DEN BÜCHERN

Eine wesentliche Gefahr, die von den Büchern und deren Umsetzung ausgeht, sind die Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die eine ideologische Schnittmenge zur extremen Rechten bilden. So finden sich in den

5) Der Name ist zusammengesetzt aus den Wörtern „Weda“ („Weisheit“) und „Elysia“ („Ort der Seligen“) (vgl. Röpke/Speit, 2019, 144).

Büchern Textpassagen voller Antisemitismus, Antifeminismus und völkischem Denken.

ANTISEMITISMUS

In Band 6 „Das Wissen der Ahnen“ schreibt Megre, dass sechs Priester die Völker der Erde beherrschen, okkultes Wissen kennen und es vor den Menschen verbergen würden (vgl. u. a. Megre, 2011, 165). Dabei gibt es laut Megre einen Oberpriester, der „Soldaten, biologische Roboter und Kräfte aller finsternen okkulten Wissenschaften schicken [wird], um Anastasia zu vernichten“ (ebd.), weil er Angst vor ihr und dem Volk der „Wedrussen“⁶ hat. Megre beschreibt weiter, wie die Priester eine künstliche Welt schufen und das Volk wie unter Hypnose in Halbschlaf versetzten. Dass es sich um antisemitische Vorstellungen handelt, wird deutlich, als Megre an anderer Stelle ausführt, wie Moses auf Anweisung des Oberpriesters das Volk Israel aus Ägypten geführt und gezwungen habe, Städte zu bekämpfen und zu plündern (ebd., 170). Dabei wäre „das jüdische Volk kodiert und in ein priesterliches Heer verwandelt“ worden (ebd., 171). Und schließlich beschreibt Megre, dass jüdische Menschen eine Mitschuld an den Pogromen gegen sie hätten:

Da das schon mehr als ein Jahrtausend geschieht, kann man den Schluss ziehen, dass das jüdische Volk vor den Menschen Schuld hat? Aber worin besteht die Schuld? Die Historiker [...] sprechen davon, dass sie Verschwörungen gegen die Macht anzettelten. Sie versuchten alle zu betrügen, vom Jungen bis zum Alten. Von einem, der nicht sehr reich sei, versuchten sie, wenigstens etwas wegzunehmen, und bei einem Reichen seien sie bestrebt, ihn ganz und gar zu ruinieren. Das bestätigt die Tatsache, dass viele Juden wohlhabend sind und sogar auf die Regierung Einfluss nehmen können.

Megre, 2011, 174

6) Die Wedrussen tauchen in Megres Büchern als eine Art Ur-Volk auf, das „seit Anbeginn der Menschheit unter anderem auf den Gebieten des heutigen Russlands, der Ukraine, Weißrusslands, aber auch in Deutschland, Frankreich, Indien und China“ lebte (Schenderlein, 2020, 9).

ANTIFEMINISMUS

Eine Konstante der Bücher ist zudem die unverhohlene Frauenfeindlichkeit des Autors und der enthaltene Antifeminismus. Gleich im ersten Buch gibt es eine Textpassage, in der Megre sich Anastasia ohne Konsens körperlich aufdrängt. Als sie das als unangenehm beschreibt, erwidert er:

Ist ja drollig! Sie hat es missbilligt! Es war ihr unangenehm! Ihr Frauen unternimmt einfach alles, um Männer zu verführen: Ihr entblößt eure Beine und Brüste, tragt hohe Absätze [...] und wenn einer anbeißt, bekommt er zu hören: ‚Bitte lassen Sie mich in Ruhe‘. [...] Wozu diese ganze Show? Heuchlerinnen! [...] Erst treibt ihr eure Spielchen, dann ziert ihr euch, doch in Wahrheit wollt ihr alle nur eins. [...] Und welche Werte soll man noch sehen, wenn einem diese Beine praktisch ins Gesicht springen? Ihr Frauen habt keinen Sinn für Logik.

Megre, 2003, 38f.

Später verbindet Megre seine misogynen Ansichten mit dem antisemitischen Narrativ der Dunkelmächte:

So werden die Menschen in unsägliches Leid und Elend gestürzt. Dabei bedienen sich die Dunkelmächte des Mediums der Frau, insbesondere ihrer Schönheit. Die Schönheit der Frau ist eigentlich dazu bestimmt, im Manne den Sinn für Dichtung, Kunst und Kreativität zu erwecken und zu pflegen. Dazu muss aber die Frau selbst rein sein. Ist dies nicht der Fall, wird sie versuchen, den Mann mit ihren körperlichen Reizen zu verführen, sozusagen durch den äußerlichen Glanz einer leeren Hülle. Dadurch betrügt sie den Mann, und für diesen Betrug muss sie das ganze Leben hindurch leiden.

Megre, 2003, 63

Megre sieht die Ursache des ‚Verfall[s] der gegenwärtigen menschlichen Gesellschaft‘ im sexuellen Verhalten von Frauen (Lochau, 2022, 317; vgl. Megre, 2007, 37).

VÖLKISCHES DENKEN

Eine weitere Anschlussstelle für extrem rechtes Denken findet sich bei der Betonung des Völkischen in den *Anastasia*-Büchern. Demnach seien die Menschen fest mit dem Boden, den sie bewohnen und bewirtschaften, verbunden. Megre nennt diese Verwurzelung von Mensch und Boden Imprägnierung (vgl. Schenderlein, 2020, 6) und geht davon aus, dass die Ortswahl für den Familienlandsitz einmalig getroffen und dieser dann vererbt wird. Laura Schenderlein schreibt dazu:

Erst wenn alle Menschen sich auf solchen Familienlandsitzen niedergelassen haben, ende[n] Kriege und Naturkatastrophen und die Menschheit könnte in paradisischen Zuständen leben.

Schenderlein, 2020, 6

Die Sozialwissenschaftlerin Lea Lochau verweist auf die Parallelen zur Blut-und-Boden-Ideologie im Nationalsozialismus, wonach „ein Mensch (Blut) und seine Herkunft (Boden) eng miteinander verwoben seien“ (Lochau, 2022, 319).

Es ließen sich noch weitere Beispiele von Ideologieelementen der extremen Rechten ergänzen, beispielsweise die vorhandene Demokratiefeindlichkeit. Umfangreiche Analysen dazu finden sich bei Lochau (2022), Pöhlmann (2021), Schenderlein (2020) oder Rosga (2018). All solchen ideologischen Versatzstücken ist gemein, dass sie eine autoritäre Vorstellung des Zusammenlebens imaginieren, die sich stark an *Anastasia* als Heilsbringerin orientiert. Es finden sich in den Büchern zudem genaue Vorgaben für sämtliche Lebensbereiche, die nicht weiter zur Diskussion gestellt werden. Ein Abweichen von dieser Normierung bzw. ein Diskurs zu verschiedenen Vorstellungen des Zusammenlebens ist also nicht vorgesehen. Demokratisches Streiten und Aushandeln finden nicht statt. Somit werden Menschen, die nicht in diese Norm passen, ausgeschlossen, beispielsweise weil sie nicht als heterosexuelle Kleinfamilie zusammenleben (wollen). An dieser Stelle wird deutlich, dass Minderheiten in der Welt von *Anastasia* nicht den gleichen Schutz erfahren wie in einer Demokratie. Dass Ausschlüsse auch diejenigen betreffen können, die auf die verschiedenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen in den *Anastasia*-Büchern hinweisen, wird sich an späterer Stelle des Artikels noch zeigen.

Wenn sich ein *Anastasia*-Projekt erfolgreich in einem Ort ansiedelt, dann eröffnen die ideologischen Schnittmengen zu anderen AkteurInnen der extremen Rechten Vernetzungsmöglichkeiten. So gibt es Berichte, nach denen Personen aus der extrem rechten Szene an Festen der *Anastasia*-Szene teilnahmen (vgl. bspw. endstation rechts, 2023).⁷

SCHWIERIGKEITEN IM UMGANG MIT DEM PHÄNOMEN

Die *Anastasia*-Bücher sind auf einem verschwörungsideologischen und antisemitischen Fundament aufgebaut, durchzogen mit frauenfeindlichen, antifeministischen und undemokratischen Elementen. Darüber sollten weder die bildhafte Sprache oder das „fabelhafte“ Auftreten von *Anastasia* noch die Vorstellungen von Selbstversorgung und einem Leben im Einklang mit der Natur hinwegtäuschen. Entsprechende kritische Hinweise gegenüber den Rezipient*innen sind notwendig, auch wenn diese nicht alle Bücher gelesen haben mögen. Andere, die sich mit der *Anastasia*-Szene anfreunden, haben vielleicht gar kein Buch gelesen, sondern nur „Gutes“ gehört. Und wieder andere sehen einen Auftrag, die heilsbringende Botschaft zu verbreiten und umzusetzen. Das sind unter anderem die Aktiven aus dem Verein *Lebensraum e. V.* Diese Heterogenität der AnhängerInnen macht den Umgang mit der *Anastasia*-Szene so schwierig.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass der ideologische Kern der *Anastasia*-Bücher oftmals gar nicht oder erst sehr spät deutlich wird. So werden die oben genannten Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht zwangsläufig in direkten Gesprächen mit *Anastasia*-AnhängerInnen ersichtlich, weil es in diesen Gesprächen häufig gar nicht um diese Themen geht.

Weitere Gründe dafür, dass die Szene so lange unter dem Radar von Öffentlichkeit, Politik und Sicherheitsbehörden lief, könnten die Dezentralität der Aktivitäten der AkteurInnen sein und deren Wirken vor allem im privaten Bereich. Im Vergleich zu organisierten rechten Gruppen, die über kurz oder lang auch versuchen, in Politik und Gemeinwesen hinzuwirken und ihre Ideologie somit zu normalisieren, sind die Inhalte und Lebensentwürfe der *Anastasia*-Bücher vor allem auf die

7) Am Wochenende vom 12./13. August 2023 nahmen nach Angaben von *endstation rechts* auf dem sogenannten Volksfest von „Weda Elysa“ in Wienrode zahlreiche Neonazis teil (Röpke, 2023b).

Gestaltung des eigenen Lebens im privaten Bereich ausgerichtet. Das schließt jedoch nicht aus, dass es ProtagonistInnen gibt, die Immobilien erwerben und vor Ort kommunal(politisch) agieren, wie das Beispiel des *Anastasia*-Projektes *Weda Elysia* in Wienrode zeigt. Anja Maria Schulz, Vorstand von *Weda Elysia*, gab sich nicht mit ihrer Vereinstätigkeit zufrieden und strebte im Herbst/Winter 2023 ein kommunalpolitisches Mandat an; sie kandidierte für den Ortschaftsrat in Wienrode und gewann den Sitz (Blankenburg, 2023).

Auch das brandenburgische *Anastasia*-Projekt *Goldenes Grabow* versucht, ins Gemeinwesen hineinzuwirken. So verbreiteten deren Beteiligte 2015 bei einer Veranstaltung migrationsfeindliche Aussagen und riefen zur Gründung einer Dorfwehr auf, für den Fall, dass Geflüchtete aufgenommen werden sollten (Aktionsbündnis Brandenburg, 2017; RBB Kontraste, 2019). Sichtbarer hätten sie ihre Ideologie hier also nicht machen können. Gleichzeitig gibt es genügend andere Gruppen, die nicht so deutlich ins Gemeinwesen hineinwirken und (erst einmal) unter sich bleiben.

Die Ausrichtung aufs Private schlägt sich auch in der grundsätzlich fehlenden Organisationsstruktur nieder. So gibt es keine gemeinsam vereinbarten Ziele und programmatische Leitlinien, keine SprecherInnen, keine gemeinsamen Online-Auftritte. Das macht es schwer, die Strukturen als solche zu erkennen. Im Gegensatz zu anderen Organisationen und Strukturen ist eine Einigung auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner aber auch nicht nötig, da alle in ihrem privaten Umfeld wirken können.

Ein Faktor, der den AnhängerInnen in bestimmten Kreisen eher Sympathie als Misstrauen einbringt, ist die bildhafte und esoterische Sprache, die positiv besetzte Signalwörter wie Nachhaltigkeit, Ökologie, Selbstversorgung beinhaltet. Hier werden Menschen mit ähnlichen Vorstellungen eines nachhaltigen Lebens angesprochen, ohne dass die menschenfeindlichen Inhalte der *Anastasia*-Ideologie sichtbar werden. Der Sektenbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Matthias Pöhlmann, spricht deshalb von einer „Resonanz [...] in Esoterik und Veganismus“ (Pöhlmann, 2021, 35). Darüber hinaus verwenden die AnhängerInnen auch eine weniger klare Symbolik als andere rechte Gruppierungen. So ist ihr Auftreten nicht gekennzeichnet von einer brachial anmutenden Bildsprache, es gibt keine zu dechiffrierenden (Zahlen-)Codes, keine Anleihen am historischen Nationalsozialismus,

keine martialen Zitate auf T-Shirts, stattdessen traditionelle Kleidung und steter Bezug zur Natur. Insgesamt handelt es sich damit um ein denkbar unauffälliges Auftreten, das von Außenstehenden oftmals eher belächelt wird, als dass es für Unbehagen sorgen würde.

Dass der Bezug zu *Anastasia* und der enthaltenen Menschenfeindlichkeit aber doch deutlich werden kann, zeigt das bereits genannte Beispiel aus Ober-Neundorf.

ZWEI ERFAHRUNGSBERICHTE AUS SACHSEN

Um zu illustrieren, was die versuchte Einflussnahme durch *Anastasia*-AnhängerInnen oder ihre Ansiedlung ganz konkret für einzelne Menschen, aber auch das Gemeinwesen bedeuten kann, werden im Folgenden zwei Fälle aus Sachsen dargestellt. In Vorbereitung auf diesen Artikel haben wir mit Menschen aus zwei betroffenen Orten gesprochen. Inhaltlich fokussierten die Gespräche auf die Fragen, wie die Anwohner*innen auf den *Anastasia*-Zusammenhang aufmerksam geworden sind, welche unterschiedlichen Reaktionen es von den Menschen im Ort gab und was sich seitdem in ihren Orten verändert hat. Zudem ging es um die Frage, wie viel zu *Anastasia* zu den jeweiligen Zeitpunkten generell und in den jeweiligen Orten bekannt war. Abschließend haben wir gefragt, was den Menschen in der Auseinandersetzung mit der Situation geholfen hat.

DER ERSTE ERFAHRUNGSBERICHT: VERSUCHTE EINFLUSSNAHME IM WOHNPROJEKT

In einem Gemeinschaftswohnprojekt im ländlichen Raum in Sachsen versuchten *Anastasia*-AnhängerInnen Kontakt aufzunehmen, um die Bewohner*innen für ihr Projekt zu gewinnen. Einige Bewohner*innen hatten während des ersten Corona-Lockdowns die Corona-Schutzmaßnahmen grundsätzlich infrage gestellt und auch begonnen, für *Anastasia*-Schriften und ihre Inhalte zu werben. In diesem Zuge wurde die *Anastasia*-Buchreihe in den Gemeinschaftsräumen des Projekts ausgelegt, was zu Irritationen bei anderen Bewohner*innen führte, denn für sie stand nach einem ersten Einlesen in die Bücher und einer Recherche zu *Anastasia* fest, dass hier demokratie- und menschenfeindliche Ideologien enthalten waren. Sie sprachen die entsprechenden Mitbewoh-

ner*innen an und warnten auch vor einer weiteren Kontaktpflege mit der *Anastasia*-Szene. In der Folge entspann sich ein langer Diskussionsprozess rund um deren Beteiligung im eigenen Wohnprojekt, wobei sich im Groben drei Positionen unterscheiden ließen: Es gab diejenigen, welche *Anastasia* unproblematisch fanden und deren AnhängerInnen gern beteiligen wollten, diejenigen, welche auf die schwierigen Positionen hinwiesen, und letztlich jene, die versuchten, eine ‚neutrale‘ Position einzunehmen, das Problem z.T. eher individualisierten und sich darum bemühten, zwischen den ‚Polen‘ zu vermitteln. Die Stimmung im Wohnprojekt wurde angespannter, die Konversationen waren belastet und es kam zu einem gegenseitigen Vertrauensverlust.

Aufschlussreich ist in diesem Fall das Vorgehen der Personen, die sich kritisiert fühlten: Entweder stritten sie antisemitische Inhalte ab, betonten immer wieder, dass sie unpolitisch seien und mit allen reden wollen, oder sie riefen die Kritiker*innen dazu auf, „mehr mit dem Herzen zu sehen“, und zum Schluss wurden sie persönlich, indem sie Kritiker*innen vorwarfen, eigene nicht überwundene Ängste in sich zu tragen. Der Verweis auf die emotionale Ebene und die Aufforderung, „mehr mit dem Herzen zu sehen“, machte eine Auseinandersetzung auf Grundlage von Fakten unmöglich. Hinzu kam, dass in der Diskussion rund um *Anastasia* einzelne Bewohner*innen zunehmend rechte Narrative übernahmen, den Holocaust als ein Verbrechen unter vielen zu relativieren versuchten bzw. die Auffassung vertraten, dass man sich selbst für den Holocaust vergeben könne bzw. müsse. Andere sehnten sich nach einer unpolitischen Befriedung des Konflikts bzw. versuchten auf die Menschen mit demokratischer Positionierung einzuwirken.

Dank dem Engagement einzelner kritischer Bewohner*innen blieb der Annäherungsversuch der *Anastasia*-AnhängerInnen erfolglos. Wäre die Einflussnahme erfolgreich verlaufen, so hätten sie sich im Wohnprojekt etabliert, hätten die vorhandenen Strukturen genutzt und ihre Ideologie weiterverbreitet. Die Bewohner*innen, welche vor der *Anastasia*-Ideologie gewarnt hatten, blieben während des Diskussionsprozesses jedoch weitgehend allein und verließen schließlich das Projekt. Und auch unter den im Projekt Verbliebenen ist die Spaltung der Wohngemeinschaft aufgrund des *Anastasia*-Themas bis heute spürbar und schwingt als unbearbeiteter Konflikt weiter mit. Für die Menschen im Ort, außerhalb des Wohnprojekts, war die versuchte Einflussnahme kein Thema, da sie lediglich intern verhandelt wurde.

Auf die Frage, was die Betroffenen im Umgang mit der versuchten Einflussnahme als hilfreich erlebt haben, lautet die Antwort eindeutig: die frühe Beschäftigung mit dem Thema und das Herstellen eines gemeinsamen Informationsstands unter den Bewohner*innen. Im Kreise von Menschen, die ebenfalls eine Problemsensibilität mitbrachten, entstand so eine Dynamik, die verhinderte, dass sich die *Anastasia*-AnhängerInnen weiter aktiv ins Wohnprojekt einbringen konnten. Hilfreich waren dabei auch öffentlich zugängliche Informationen zu den Hintergründen und der Ideologie der *Anastasia*-Szene. Als wenig hilfreich wurde der Versuch einiger Bewohner*innen erlebt, sich ‚neutral‘ zu verhalten und zwischen ‚den Seiten‘ zu vermitteln.

DER ZWEITE ERFAHRUNGSBERICHT: EIN SCHLOSS MIT ANASTASIA-BEZUG

Der zweite Fall trug sich in Ober-Neundorf, einem Ortsteil von Görlitz, zu. Zwischen dem Erwerb des Renaissanceschlusses durch Familie Kuhn im Jahr 2015 und dem ersten großen öffentlichen Fest („KultUrGut“) im September 2018 (s.o.) gab es keine bekannt gewordenen Hinweise auf einen *Anastasia*-Hintergrund der EigentümerInnen. Ober-Neundorf gehört zu Ludwigsdorf, beide sind vor einigen Jahren in die Stadt Görlitz eingemeindet worden und umfassen ca. 1.050 Einwohner*innen. Ober-Neundorf ist ein ländliches Straßendorf, das in der überwiegenden Mehrheit aus Einfamilienhäusern besteht.

Ende 2018 / Anfang 2019 hatten Menschen aus Ober-Neundorf und Ludwigsdorf für sie unübliche Tänze kurz vor dem „KultUrGut“-Fest beobachtet. Aufsehen erweckte zudem, dass Menschen von weit außerhalb angereist waren (Auto-Kennzeichen u. a. aus Süddeutschland, Österreich und der Schweiz). Auf dem Fest gab es neben dem oben bereits genannten Büchertisch mit rechtsextremer Literatur⁸ zudem eine modellhafte Darstellung der Selbstversorgung. Eine nennenswerte Berichterstattung zu all dem blieb aus. Dann setzte die Pandemiezeit ein. An den Umzäunungen des Schlosses wurden Texte aufgehängt, die eine Distanz der Besitzer*innen zu den Pandemie-Bestimmungen deutlich machte (Sodan, 2023b). In der Zeit danach gab es verschiedene Aktivitäten im und rund um das Schloss, die sich im Bereich von Wissenschafts-

8) Dazu ermittelte die Görlitzer Polizei wegen Bereitstellung jugendgefährdender Schriften. Die Straftat konnte niemandem zugeordnet werden, so dass die Ermittlungen eingestellt wurden.

kritik und Esoterik bewegten. Zudem gab es 2022 eine Pflanzaktion einer geplanten *Solidarischen Landwirtschaft* im Außenbereich des Schlosses, bei der auch Vertreter des Vereins *Lebensraum e. V.* anwesend waren. Hinzu kamen verschiedene öffentlich beworbene Veranstaltungen – z.B. ein „Landschaftsheilungsseminar“ im März 2023 oder ein Vortrag von Jens Eloas min Barden alias Jens Lachenmayr im Juni 2023, einem Liedermacher, der dem politischen Spektrum von Querdenken 711 zugeordnet wird und Sympathien für die russische „Familienland-sitz“-Bewegung zeigt (Röpke, 2023a).

Im April 2023 führte eine Artikelserie in der *Sächsischen Zeitung* (SZ) zu einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit (Sodan, 2023a–d). Gegenstand der Berichterstattung waren die Hintergründe der *Anastasia*-Szene und die Frage, ob die SchlossbesitzerInnen dieser zugerechnet werden können. In der Folge haben auch überregionale Medien wie das ZDF das Thema aufgegriffen (Hamann, 2023).

Inwieweit die Artikelserie gelesen wurde, bleibt von außen betrachtet offen. In unseren Gesprächen mit Menschen von vor Ort wurde deutlich, wie unterschiedlich die Reaktionen der Bewohner*innen in Ludwigsdorf und Ober-Neundorf waren, dass es aber den meisten wichtig ist, den Sanierungsstand des Schlosses anzuerkennen. Davon unbenommen gibt es Positionen von „interessiert mich nicht“ über „wirkt sich nicht auf mein Leben aus“ und „sie sind nicht laut und sie stören mich nicht“ bis hin zu Menschen, die das Geschehen und die Ideologien durchaus kritisch betrachten, sich aber eher zurückhalten. Letztere sind von außen schwer wahrnehmbar, was aber nicht bedeutet, dass es sie nicht gibt.

Zu einer offenen Konfrontation oder Thematisierung kam es unseres Wissens bislang nicht. Offen bleibt, ob die Ansiedlung von *Anastasia*-AnhängerInnen eine „Betroffenheit“ hervorgerufen hat. Und: Wenn sich der Sozialraum als ein eigener Raum begreift, in dem alle einen festen Platz und mehr oder weniger feste Ansichten und Beziehungen haben, wie ist dann möglich, eine Veränderung (durch außen) herbeizuführen? Hinzu kommt der oft angesprochene Verdienst der Familie, sich um das ca. 450 Jahre alte Kulturdenkmal gekümmert zu haben. Auch die SZ-Redakteurin Susanne Sodan schreibt zu Recht, dass es nicht um die unbestrittene Sanierungsleistung der Familie Kuhn geht. Die Schwierigkeit scheint demnach darin zu bestehen, die Sanierungsleistung von der Kritik an der Ideologie hinter *Anastasia* zu trennen. Die Trennung ist aber notwendig, um das Thema bearbeitbar zu machen.

Auch die Familie selbst reagiert auf die Kritik, dass die Bücher auf Verschwörungsideologien aufbauen, mit dem Hinweis auf die von ihnen erbrachte Leistung, nicht nur finanzieller Natur (Schloss Ober-Neundorf, 2023). Sie hätten die Geschichten von *Anastasia* gelesen und bezeichnen diese als Märchen, die ein gutes Gefühl erzeugen. Des Weiteren distanzieren sie sich von einer ihnen zugeschriebenen Mitgliedschaft in *Anastasia*-Strukturen (ebd.).

Nach der medialen Thematisierung des *Anastasia*-Bezugs durch die *Sächsische Zeitung* besuchten die Familienmitglieder verstärkt Montagsdemonstrationen in Görlitz, wohl auch um Kontakte zu knüpfen und Unterstützung in ihrer Sache zu erfahren. Seine Haltung gegenüber den Medien machte Herr Kuhn bei seinem öffentlichen Redebeitrag auf der Montagsdemonstration am 10. April 2023 in Görlitz deutlich (Mayr, 2023):

Wir haben uns verdient gemacht [...] und werden hier rumgeschmiert. Aber wenn es der Sächsischen Zeitung Spaß macht, dann soll sie es tun. Wir haben es ihnen auch persönlich gesagt [...] ihr könnt uns nicht schaden [...] Es sind nicht die Staatsoberen, wo das Problem ist, es sind die Medien, die haben alles zerstört hier.

Zwei Monate später spricht Herr Kuhn erneut öffentlich auf der Görlitzer Montagsdemonstration und macht Werbung für *Anastasia*:

Ich denke, wir haben hier eine weiße Weste. Ich wüsste nicht einmal, was eine Anastasia-Bewegung ist. Ich habe die Bücher gelesen und muss sagen, ich würde sie jedem empfehlen zu lesen. So etwas Friedfertiges, so etwas Schönes, habe ich noch nie gelesen.

Zudem sieht sich die Familie augenscheinlich als Opfer einer fehlgeleiteten öffentlichen Diskussion. Das wird auch in der Septemberausgabe des „Niederschlesischen Kuriers“ deutlich, in der die Familie wie folgt zitiert wird: „Wer Wokeness, Transgenderwahn und falschverstandener Willkommenskultur widerspreche, bekomme schnell Ärger“⁹.

9) Der Kurier selbst bezeichnet die Artikelserie der *Sächsischen Zeitung* als „epische[n] Enthüllungsmehrteiler, der sich an der Frage entlang hängele, wer in Ober-Neundorf gesichtet oder als Gast nicht gleich als untragbar aussortiert werde“ (Scholtz-Knobloch, 2023).

Während die Familie selbst also auf die öffentliche Thematisierung u. a. durch die *Sächsische Zeitung* reagiert, gibt es aus Ober-Neundorf und Ludwigsdorf bisher kaum von außen wahrnehmbare Reaktionen. Zum Jahresende 2023 äußert sich Ortsvorsteher Karsten Günther-Töpert in einem umfangreichen Interview in der *Sächsischen Zeitung Görlitz* und bezieht klar Stellung gegen die undemokratischen Inhalte in den *Anastasia*-Büchern. Er beschreibt, dass es Bürger*innen gebe, „die dankbar waren, dass das Thema zur Sprache kam“ und er äußert Bedenken über diejenigen, „die auf die Hintergründe aufmerksam gemacht werden, was denen aber scheinbar egal sei“ (Sodan, 2023g).

Jenseits von Reaktionen ist es von Relevanz, was eine solche Ansiedlung für Auswirkungen haben kann. So liegt unseres Erachtens die Gefahr einer fortschreitenden Etablierung der *Anastasia*-AnhängerInnen in dem kleinen Ort darin, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten perspektivisch eher zunehmen werden, was es noch schwieriger machen wird, die Ideologie der AnhängerInnen zu kritisieren. Wirtschaftliche Abhängigkeiten entstehen dabei zum Beispiel aus der Zusammenarbeit der Gewerke bei der Sanierung des Gebäude-Ensembles oder auch, wenn Familie Kuhn offen Betreiber für das ansässige Café sucht.

Und schließlich beeinflusst die Anwesenheit der AnhängerInnen die Diskussionen und die Stimmung im Ort – egal, ob der *Anastasia*-Bezug offen angesprochen wird oder nicht. Die Teilnahme an den Montagsdemos mit ihren Redebeiträgen sowie die Kritik an den Corona-Schutzmaßnahmen können zu einer weiteren Normalisierung und Etablierung der Personen und verschiedener Vorstellungen aus den Büchern führen, u. a. weil das Werben für die *Anastasia*-Bücher (bei gleichzeitiger Distanzierung von den zugehörigen Strukturen) natürlich auch Neugierde weckt. Hinzu kommt, dass Familie Kuhn diese Plattform nutzt, um für eigene Veranstaltungen im Schloss Ober-Neundorf zu werben.

Die Menschen vor Ort, die sich mit dem Geschehen auseinandersetzen, betonen, dass nur der offene Umgang mit der Thematik hilfreich ist. Unabdingbar ist dabei die Benennung der Ziele der *Anastasia*-Szene und der Ungleichwertigkeitsvorstellungen in den Büchern.

EIN PHÄNOMEN – VERSCHIEDENE ERFAHRUNGEN

Beim Vergleich der Beispiele fallen einige wichtige Unterschiede auf. Der erste Fall hat sich in einem Wohnprojekt zugetragen; es gab eine

persönliche Konfrontation mit *Anastasia*-AnhängerInnen im privaten Rahmen. Die Betroffenen hatten Interesse, im Projekt wohnen zu bleiben, und sich zuvor mit dem Phänomen der *Anastasia*-Szenen beschäftigt. Die Wohngemeinschaftsform sah regelmäßige Plena vor. Dort wurden einige Auseinandersetzungen geführt. Das Ziel der Betroffenen bestand darin, dass die *Anastasia*-Aktiven „keinen Fuß in die Tür bekommen“. Im zweiten Fall war die Konfrontation im Ort weniger direkt. Ein Haus wurde gekauft und der *Anastasia*-Hintergrund offenbarte sich zeitlich versetzt. Eine Beschäftigung mit dem Thema bzw. eine Auseinandersetzung war erst im Nachgang möglich. Erschwerend kam hinzu, dass Teile der Ortsgemeinde die umfangreiche Renovierung honorieren. Während der Umgang mit den *Anastasia*-AnhängerInnen im Wohnprojekt intern behandelt wurde, gab es im anderen Fall eine dorfweite und später eine überregionale Öffentlichkeit.

Trotz der Unterschiede gibt es auch Ähnlichkeiten, unter anderem bei den Reaktionsmustern. Die grobe Dreiteilung der Positionen zwischen BefürworterInnen, versuchter Neutralität und Kritiker*innen lässt sich in beiden Beispielen erkennen. Jedoch führten diese nur im ersten Fall zu einer direkten Konfrontation, während in Ober-Neundorf die Reaktionen zurückhaltender waren.

Durch die frühe Thematisierung und inhaltliche Auseinandersetzung mit der *Anastasia*-Ideologie ist es im ersten Fallbeispiel gut gelungen, die weiteren Bewohner*innen des Projekts zu informieren und gegen eine Einflussnahme vorzugehen. Im Fall von Ober-Neundorf wurde deutlich, dass es schwieriger wird, eine Resonanz auf vorgebrachte Kritik zu erhalten, wenn sich die *Anastasia*-AnhängerInnen bereits aufgrund von Verdiensten (Renovierung, Engagement für den Ort) vor Ort etabliert haben. Vertrauliche Gespräche mit anderen Menschen, die *Anastasia*-Vorstellungen potenziell auch kritisch sehen, waren in beiden Fällen bestärkend.

Beide Beispiele machen deutlich, dass es im Zuge der Beschäftigung mit der *Anastasia*-Szene auch wichtig ist, auf diejenigen Menschen zu blicken, die in ihren Orten konkret mit den Versuchen der Einflussnahme konfrontiert sind. Dies gilt insbesondere für Personen mit einem menschenrechtsorientierten Blick und einem Interesse an demokratischen Prozessen. Für einen Umgang mit dem Phänomen muss dieses zuerst einmal erkannt werden. Im Fall von Ober-Neundorf waren Menschen auf den *Anastasia*-Bezug durch irritierende Elemente im Rahmen

des „KultUrGut“-Fests, die ein „komisches Bauchgefühl“ erzeugten, aufmerksam geworden. Hinzu kamen auffällige Bemerkungen gegen die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Das kann ein Indikator für andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen sein. Bei Anhaltspunkten für demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen kann eine kurze (Online-)Recherche hilfreich sein.

Nachbar*innen und Anwohner*innen, die sich um einen (kritischen) Umgang mit *Anastasia*-AnhängerInnen bei sich vor Ort bemühen, können sich durch die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e. V. unterstützen lassen. Dabei wird es zu Beginn auch immer um eine realistische Zielsetzung gehen: Was möchten die Menschen mit ihrem Engagement erreichen? Wer schätzt die Situation ähnlich ein und wer kann ggf. noch unterstützen? Denn auch wenn das Ziel oftmals nicht die Verhinderung der Ansiedlung sein kann, so zeigt der Erfahrungsbericht aus dem Wohnprojekt, dass sich eine Auseinandersetzung dennoch lohnt. Generell ist es hilfreich, wenn Menschen konsequent für die Problematik sensibilisiert werden und anfangen, sich mit den ideologischen Gefahren der *Anastasia*-Szene zu beschäftigen.

In beiden dargestellten Fällen war der offene Umgang mit der Thematik *Anastasia* hilfreich, wobei gilt: Je früher darüber gesprochen wurde (bzw. werden konnte), desto größer sind die Erfolgsaussichten für einen kritischen Umgang. Dabei ist es ratsam darzustellen, was *Anastasia* ist, welche Ziele verfolgt werden und welche menschenfeindlichen und antisemitischen Elemente die Bücher beinhalten, um Anwohner*innen auf einer sachlichen Grundlage zu warnen. Das ließe sich als eine gemeinsame Aufgabe von Bewohner*innen, Verwaltung, Politik und Mobiler Beratung verstehen. Der Fall aus Ober-Neundorf macht deutlich, dass die öffentliche Thematisierung und Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen wirkt. Hier entschied sich die Stadtverwaltung Görlitz im September 2023 dazu, das Schloss Ober-Neundorf nicht mehr mit zum Tag des Denkmals zu bewerben (Sodan, 2023f). Zudem stellte die *Deutsche Stiftung Denkmalschutz* im August 2023 die Förderung für die Sanierung des Renaissance-Schlusses ein (bis dahin waren zwischen 2016 und 2023 105.000 Euro geflossen; vgl. Sodan, 2023e). Auch das zeigt, dass eine Strategie, die auf Informieren und Konfrontieren setzt, durchaus Erfolge verzeichnen kann.

LITERATUR

- Aktionsbündnis Brandenburg (2017). Anastasia Bewegung. 20.11.2017. URL: <https://aktionsbueundnis-brandenburg.de/anastasia-bewegung> (11.12.2023).
- Blankenburg (2023). Ergänzungswahl Ortschaftsrat Wienrode 2023. 15.11.2023. URL: <https://www.blankenburg.de/rathaus/wahlen/ergaenzungs-wahl-ortschaftsrat-wienrode-2023/> (11.12.2023).
- Garve, Raik (2014). Wie uns die Buchreihe „Anastasia“ dabei helfen kann, unserem Leben wieder einen tiefen Sinn zu geben. 17.10.2014. URL: <https://www.lange-gesund-leben.com/wie-uns-die-buchreihe-anastasia-dabei-helfen-kann-1195/> (11.12.2023).
- Gesundheitundharmonie (o.J.). Kontakt Impressum. URL: http://www.gesundheitundharmonie.de/html/kontakt_impresum.html (11.12.2023).
- Hamann, Elias (2023). Rechtes Anastasia-Zentrum auf Staatskosten. *zdf heute*, 23.07.2023. URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/anastasia-bewegung-schloss-ober-neundorf-goerlitz-100.html> (11.12.2023).
- Lebensraum (o.J.). Lebensraum e.V. in Sachsen. URL: <https://lebensraumsachsen.de/> (11.12.2023).
- Lochau, Lea (2022). Anastasia: Nährboden für rechte Ideologie. *ZRex - Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2(2), 313–327.
- Mallien, Lara/Humburg, Anja/Vetter, Andrea (2017). Anastasia – die Macht eines Phantoms. *Oya. Enkeltauglich leben* 45. URL: <https://lesen.oya-online.de/texte/2777-anastasia-die-macht-eines-phantoms.html> (13.03.2023).
- Mayr, Lee-Roy (2023). Montagsdemo in Görlitz 10.04.2023. *Youtube*, 11.04.2023. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=4Y-HwnnYvESg> (11.12.2023).
- Megre, Wladimir (2003). *Anastasia Band 1. Tochter der Taiga*. Neuhausen/Jestetten.
- Megre, Wladimir (2007). *Anastasia Band 8.2. Die Bräuche der Liebe*. Göllesheim.
- Megre, Wladimir (2011). *Anastasia Band 6. Das Wissen der Ahnen*. Göllesheim.
- Pöhlmann, Matthias (2021). Anastasia-Bewegung / Anastasianismus. In Matthias Pöhlmann/Johannes Goldenstein (Hrsg.), *Handbuch Weltanschauungen, Religiöse Gemeinschaften, Freikirchen. Ergänzungsheft* (S.18–40). Hannover: VELKD.
- RBB (2023). Anastasia-Bewegung als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft. *RBB24*, 07.06.2023. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/regional/brandenburg/anastasia-bewegung-rechts-extremer-verdachtsfall-100.html> (11.12.2023).
- RBB Kontraste (2019). Bio, braun und barfuß. Rechte Siedler in Brandenburg. *Youtube*, 16.05.2019. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=TZNb7qvH-8> (11.12.2023).
- Relinfo (o.J.). Yaginya Werkstatt. *Evangelische Informationsstelle Kirchen – Sekten – Religionen*. URL: <https://www.relinfo.ch/lexikon/theosophie-und-esoterik/esoterik/yaginya-werkstatt/> (11.12.2023).
- Röpke, Andrea (2023a). Arier- und Ahnenkult. *endstation rechts*, 06.04.2023. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/ariere-und-ahnenkult> (11.12.2023).
- Röpke, Andrea (2023b). „Anastasia“-Volksfest im Harz. *endstation rechts*, 18.08.2023. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/anastasia-volksfest-im-harz> (11.12.2023).
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019). *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin: Christoph Links Verlag GmbH.
- Rosga, Anna (2018). *Anastasia-Bewegung – ein (un-)politisches Siedlungskonzept? Qualitative Feldforschung zu den Hintergründen und gesellschaftspolitischen Einstellungen innerhalb der Anastasia-Bewegung*. Berlin: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).
- Rotter, David (2013). Die Tekos-Schule: 11 Jahre Schule in einem Jahr. *sein.de*, 29.01.2013. URL: <https://www.sein.de/die-tekos-schule-11-jahre-schule-in-einem-jahr/> (11.12.2023).
- Sächsische Zeitung (2018). Reichsbürger bei Stadt-Wettbewerb. *Sächsische Zeitung*, 16.05.2018. URL: <https://www.saechsische.de/reichsbuerger-will-dresden-zur-zukunftsstadt-machen-3036971.html> (14.09.2023).
- Schenderlein, Laura (2020). Demokratiefeindliche Fabelwelten. Die Anastasia-Bewegung im Land Brandenburg zwischen Esoterik und Rechtsextremismus. *Mitteilungen der Emil Gumbel Forschungsstelle*, November 2020, Ausgabe 8, 1–16.
- Schloss Ober-Neundorf (2018). Programm KultUr Gut 08. September 2018. URL: https://www.schloss-ober-neundorf.de/fileadmin/user_upload/Programm_Kulturgut_Fest.pdf (11.12.2023).
- Schloss Ober-Neundorf (2023). Aktuelles. URL: <https://www.schloss-ober-neundorf.de/rund-ums-schloss/aktuelles/> (11.12.2023).
- Scholtz-Knobloch, Till (2023). Eine nichtbinäre Welt wird binär abgeurteilt. *Niederschlesischer Kurier*, 09.09.2023. URL: <https://www.alles-lausitz.de/epaper/KW36/Niesky.pdf> (11.12.2023).
- Sodan, Susanne (2023a). Görlitzer Schloss: Was verdeckt der Glanz des Wiederaufbaus? *Sächsische Zeitung*, 03.04.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/schloss-ober-neundorf-5815160-plus.html> (11.12.2023).
- Sodan, Susanne (2023b). Görlitzer Schlossherren: „Es ist die Kraft unserer Ahnen, die wir hier wieder erweckt haben“. *Sächsische Zeitung*, 04.04.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/schloss-ober-neundorf-teil-2-wer-ist-familie-kuhn-5827867-plus.html> (11.12.2023).
- Sodan, Susanne (2023c). Seltsamer Besuch: das Netzwerk um Schloss Ober-Neundorf. *Sächsische Zeitung*, 05.04.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/schloss-ober-neundorf-teil-3-das-netzwerk-5829287-plus.html> (11.12.2023).

- Sodan, Susanne (2023d). Kreis Görlitz: So weit sind rechte Strömungen verbreitet. *Sächsische Zeitung*, 06.04.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/schloss-ober-neundorf-teil-4-anastasia-goerlitz-rechtsextreme-strukturen-5833471-plus.html> (11.12.2023).
- Sodan, Susanne (2023e). Schloss Ober-Neundorf: Denkmalstiftung stoppt Förderung. *Sächsische Zeitung*, 15.08.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/schloss-ober-neundorf-erhaelt-weiter-staatliche-foerderung-5894665-plus.html> (11.12.2023).
- Sodan, Susanne (2023f). Stadt Görlitz unterstützt Schloss Ober-Neundorf nicht mehr. *Sächsische Zeitung*, 22.08.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/schloss-ober-neundorf-denkmaltag-goerlitz-nicht-dabei-5896235-plus.html> (11.12.2023).
- Sodan, Susanne (2023g). Verdacht gegen Görlitzer Schlossherren: Wie es nach SZ-Berichten weiterging. *Sächsische Zeitung*, 29.12.2023. URL: <https://www.saechsische.de/goerlitz/goerlitz-interview-guenther-toepert-ober-neundorf-anastasia-bewegung-ortsvorsteher-5946886-plus.html> (12.02.2024).
- Zukunftsstadt Dresden (2017). Projekt-Profil „Nachhaltige Gartenland-Hof-Siedlungen im urbanen Umfeld“. URL: https://www.zukunftsstadt-dresden.de/wp-content/projektdateien/D-2-Wirtschaft_2017_06_14/D7-Projekt_public.JPG (11.12.2023).
- Zukunftsstadt Dresden (2017a). NATURGÄRTEN – Nachhaltige Wirtschaft durch lokale Produktion & Versorgung der Region mit vitalen Lebensmitteln. URL: <https://www.zukunftsstadt-dresden.de/projekte/d7/> (11.12.2023).



Rechte Debatten zu Klima- und Umweltschutz

Der 20. August 2018 wird medial oft als die Geburtsstunde der *Fridays-for-Future*-Bewegung gesehen. Eine junge Schülerin demonstrierte an dem Tag vor dem schwedischen Parlament für mehr Klimaschutz und blieb dafür unentschuldig der Schule fern. Diese Aktion führte zu einem breiten medialen Echo, zur Gründung der Bewegung *Fridays for Future* an verschiedenen Orten der Welt und inspirierte zahlreiche andere Gruppen, die sich ebenfalls für den Klimaschutz engagieren. Durch Demonstrationen, zivilen Ungehorsam und spektakuläre Aktionen gelang es, das Thema weltweit auf die politische Agenda und in die mediale Öffentlichkeit zu rücken. Diese Entwicklungen führten postwendend zur Kommentierung der Klimabewegung durch das gesamte rechte Spektrum, wobei insbesondere ab 2020 immer mehr eigene Positionierungen zu verzeichnen sind. Vor allem die AfD profitierte von diesen Entwicklungen: Im Bundestagswahlkampf 2021 waren ihre Social-Media-Beiträge, in denen sie Maßnahmen zum Klimaschutz angriff, unter den meistgeteilten Beiträgen der Partei (Quent/Richter/Salheiser, 2022, 102). Anders als gemeinhin angenommen wird, haben sich die Positionierungen der extremen Rechten zu den Debatten rund um Klimaschutz und Klimaveränderungen in den letzten Jahren jedoch stark ausdifferenziert. So schrieb beispielsweise der extrem rechte Dresdner Aktivist Jonas Schick im Juni 2021, dass „es der Rechten obliegt, den Entwurf einer ökologischen Neuordnung zu erarbeiten“ (Schick, 2021a, 1). Diese Strömung der Neuen Rechten wollte ihre ideologische Identität fortan mit ökologischen Fragen verbinden. Doch wie auch immer die je eigene Positionierung ausfällt, die Diskussionen über Klimaschutz spielen mittlerweile eine zentrale Rolle in den verschiedenen extrem rechten Szenen in Deutschland, einschließlich Sachsen.

Im Folgenden soll zwischen zwei idealtypischen Strömungen der extremen Rechten innerhalb der Diskussionen um Umwelt- und Klima-

schutz unterschieden werden: *Ökofaschismus* auf der einen und *wissenschaftsfeindlicher Anti-Ökologismus* auf der anderen Seite bilden die Enden eines Kontinuums innerhalb der extremen Rechten (Quent/Richter/Salheiser, 2022, 17 ff.). Dazwischen gibt es eine ganze Reihe von Schattierungen. Vorgestellt werden diese beiden Strömungen anhand unterschiedlicher Beispiele, die einen Bezug zum Bundesland Sachsen und seinen extrem rechten Szenen aufweisen. Das gemeinsame Agieren von extrem rechten Akteur*innen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen konnte bereits während der Corona-Pandemie beobachtet werden, wobei diese Entwicklungen als „Vorboten neuer Konflikte“ (ebd., 21) betrachtet werden können. Es besteht durchaus die Gefahr einer Wiederholung ähnlicher Mobilisierungen zu Themen, die den Klimaschutz betreffen.

ÖKOFASCHISMUS

Ökofaschisten sind der Meinung, dass die Gesellschaft „die Existenz natürlicher Grenzen“ auf verschiedenen Ebenen „als unveränderbare Rahmenbedingungen“ akzeptieren muss, um im Einklang mit der Natur existieren zu können. Dabei rekurren sie auf eine „feste Rückbindung des Individuums an seinen regionalen und lokalen Kontext“ (Schick, 2021b, 37) als ein entscheidendes Kriterium zur Lösung der „Umweltkrise“. Wie bei der Blut-und-Boden-Ideologie des historischen Nationalsozialismus werden „Natur, Individuum, Gemeinschaft und Volk als organisches Ganzes“ (ebd., 38) betrachtet. Jonas Schick meint: „Der Mensch hat seinen festen Platz, in seiner regionalen Gemeinschaft, an einem Ort, in einem Volk.“ (Ebd.) In ökofaschistischen Texten und Reden findet eine sehr direkte Verknüpfung ökologischer Fragestellungen mit Ideen und Versatzstücken historischer nationalsozialistischer Ideen statt. Die sogenannte „Krise der Natur“ wird von den Ökofaschisten als „Ausdruck einer menschlichen Krise“ (ebd.) oder gar als „eine Krise der menschlichen Innenwelt“ (Höcke, 2021, 32) beschrieben. Das wichtigste Publikationsorgan der ökofaschistischen Szene ist die neu-rechte Vierteljahresschrift „Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz“, die seit 2020 im Dresdner Oikos Verlag erscheint. Der Geschäftsführer und Chefredakteur Jonas Schick lebte in den letzten Jahren in der sächsischen Landeshauptstadt und ist einer der wichtigsten Autor*innen der Neuen Rechten rund um das rechtsextreme Institut für Staatspolitik

(apabiz e.V., 2022, 1). Laut einem Artikel der Tageszeitung „taz“ soll Schick seit 2023 für einen AfD-Bundestagsabgeordneten tätig sein (Joswig, 2023). Von ihm und der Zeitschrift ausgehend entstand eine eigene Theorieschule zu Fragen von Umwelt- und Klimaschutz in den extrem rechten Szenen im deutschsprachigen Raum (Zimmermann, 2022, 111 ff.). Die ökofaschistischen Autor*innen meinen, dass die Globalisierung die „natürlichen“ und über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen und Traditionen der einzelnen Völker zerstöre (Eichberger, 2020, 15). Natur wird in den entsprechenden Schriften als Ort der Besinnung, der Meditation und der Aktivität verklärt. Nur in der Natur sei eine Selbstfindung des Menschen möglich. Björn Höcke greift in einem Interview in „Die Kehre“ auf die Metapher des Waldes zurück, dessen Erhaltung als Generationenaufgabe über das eigene Leben und das der Kinder hinaus zu begreifen wäre. In Anlehnung daran sieht er „das Volk als Gemeinschaft der Lebenden, Toten und der noch nicht Geborenen“ (Höcke, 2021, 31). Umweltschutz heißt für ihn deshalb in Fortsetzung völkischer Ideen auch „Erhalt und die Pflege unserer tradierten Kulturlandschaft“ (ebd., 32). Er meint, dass eine „Re-Regionalisierung und Dezentralisierung von Wirtschaftsstrukturen in Verbindung mit einem genuinen Heimatbewußtsein der beste Weg“ (ebd., 34) sei. Nur wer eine „innere Verbundenheit“ zu seiner Heimat habe, könne auch Verantwortung für die Natur übernehmen. Als mögliche Lösung wird eine „traditionelle Ordnung gegen Aufklärung, Kapitalismus und Globalisierung“ (Schick, 2021b, 39) postuliert. In den Beiträgen der Neuen Rechten wird in diesem Zusammenhang in verkürzter Weise auch auf den Naturschutzbund Deutschland (NABU) und seine Ausführungen zu regionalen Wertschöpfungsketten verwiesen. Bewusst wird versucht, an Diskurse der nicht-rechten Öko-Bewegung anzuknüpfen und Anschlussfähigkeit zu suggerieren. Den Neu-Rechten geht es um die Idee des Bioregionalismus bei dem die angestammte Kultur, Traditionen und die alteingesessenen Bewohner*innen eine zentrale Rolle spielen (Eichberger, 2020, 15). Was in allen Texten mitschwingt, ist eine Übertragung vermeintlich natürlicher Kategorien auf gesellschaftliche Fragen. Damit wird der Erhalt von Identität, Kultur, Weißsein, heterosexueller Normativität etc. zu einer Frage der Natürlichkeit. Die angebliche Bedrohung der heimischen Natur durch fremde Arten wird übertragen auf das Thema Migration (apabiz, 2022, 6). Die „Einwanderung in eine Bioregion“ sei „nur dann gestattet“ (Eichberger, 2020, 18), wenn dies die Ressourcen und die

mögliche Belastbarkeit der jeweiligen Region und ihrer angestammten Bevölkerung nicht überfordere. Gefordert wird ein starker Nationalstaat, der die Einflüsse von außen auf ein absolut notwendiges Mindestmaß beschränkt (ebd., 17). Das weltweite Bevölkerungswachstum wird von einer Reihe von Autor*innen aus diesem politischen Spektrum als ein Problem angesehen, das einer grundsätzlichen Lösung bedarf (Höcke, 2021, 35; Schick, 2021b, 35), wobei einzelne Autor*innen diesbezüglich zu radikalen Entwürfen neigen. So fordert der finnische Ökofaschist Pentti Linkola drastische Maßnahmen zur Steuerung der Bevölkerungspolitik bei der nur noch „genetisch und sozial taugliche“ Frauen maximal ein Kind zur Welt bringen dürften. Neben diesen sozialdarwinistischen und sexistischen Ideen müsse der Flugverkehr und die Reisefreiheit vollständig abgeschafft, Einwanderung gestoppt und Freihandel eingestellt werden. Die Idee der Menschenrechte sei nach Linkola ein „Todesurteil für die gesamte Schöpfung“, da dadurch egoistische Bedürfnisse über die Notwendigkeiten der Gemeinschaft gestellt würden. Die Zitate stammen aus einem Artikel in „Die Kehre“, in dem der neu-rechte Autor Martin Lichtmesz die Ideen Linkolas vorstellt und die Lektüre von dessen Schriften „als tief bewegend und zuweilen erschreckend einleuchtend“ beschreibt (Lichtmesz, 2021, 40). Lichtmesz zitiert Linkola mit den Worten: „Wer vermißt Hitlers sechs Millionen Juden? Israel ist so überfüllt, daß es aus allen Nähten platzt.“ (Ebd., 39) Er relativiert damit den Holocaust, um diesen im Sinne einer angeblich katastrophalen Überbevölkerung gutzuheißen. Lichtmesz resümiert: „Wenn tatsächlich eine große globale Katastrophe durch Erderwärmung bevorsteht und diese mit Ressourcenverbrauch und Überbevölkerung zusammenhängt, dann wäre eine präventive drastische Reduktion der Weltbevölkerung (und nicht bloß des Bevölkerungswachstums) und ihres technischen Komforts ein durchaus logischer Schritt.“ (Ebd., 41) Das Ziel der Ökofaschist*innen ist die Überwindung des liberal-demokratischen Verfassungsstaates. Sie sprechen von einem „radikalen Kurswechsel, der gänzlich andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen als die jetzigen aufstellt“ (Schick, 2021b, 39).

WISSENSCHAFTSFEINDLICHER ANTI-ÖKOLOGISMUS

Der Anti-Ökologismus, die wohl bekanntere Strömung innerhalb der extremen Rechten, ist durch eine starke Skepsis gegenüber wissenschaft-

lichen Erkenntnissen geprägt, wobei die Auswirkungen von Klimaveränderungen häufig verharmlost werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches ein staatliches Klimaschutzgebot feststellt, wird in der in Dresden verlegten neu-rechten Zeitschrift „Tumult“ als „juristische Kapitulation vor dem Zeitgeist“ und als „Aushöhlung der Gewaltenteilung“ (Brenner, 2021, 7) bezeichnet. Es wird argumentiert, dass Langzeitprognosen bezüglich des Klimas nicht möglich und die dazugehörigen Modelle anzuzweifeln seien, und suggeriert, dass die Klimaforschung ohne die Medien lediglich ein Spiel von ein paar wenigen weltweit verstreuten Computerspezialisten wäre. Zudem wird behauptet, dass sich die Definition von Wissenschaft in den letzten Jahren stark verändert habe, wodurch den Erkenntnissen bezüglich der Klimaveränderungen die Legitimation abgesprochen wird. Der sächsische AfD-Generalsekretär Jan-Oliver Zwerg spricht von „Klimahysterie, purem Aktionismus und der Ignoranz gegenüber dem Bürger“. Er meint: „Als energiepolitischer Sprecher stelle ich mich gegen den Klimawahn und setze mich für eine vernunftgeleitete Energiepolitik ein.“ (Zwerg, 2020, 2) Oft wird argumentiert, dass es in der Geschichte der Menschheit zahlreiche Klimaveränderungen gegeben habe, die sich auch ohne die Nutzung fossiler Rohstoffe und die Zunahme des CO₂-Ausstoßes vollzogen hätten. Die prominentesten Beiträge des wissenschaftsfeindlichen Anti-Ökologismus kommen von den Funktionär*innen der AfD und aus ihrem Umfeld. Beispielsweise schreibt die sächsische AfD-Landtagsfraktion in einem Grundsatzpapier: „Das Klima wandelt sich seit der Entstehung der Erde – es gab Zeitalter, da war es deutlich wärmer als heute, lange bevor der erste Mensch den Fuß auf die Erde setzte.“ (Arbeitskreis Landwirtschaft, Energie, Umwelt und Naturschutz der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, 2021) In „Die Kehre“ sagt der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland: „Die angestoßenen Veränderungen sind allenfalls zu verlangsamen, zu begleiten, einzuhegen und mit Gegenkräften zu versehen; Einhalt kann man ihnen jedoch nicht bieten.“ (Gauland, 2020, 37) Es wird somit in Frage gestellt, ob Maßnahmen zum Klimaschutz überhaupt einen Nutzen hätten. Es wird empfohlen, Gelassenheit walten zu lassen. Der eigene Anteil und die Verantwortung für Klimaveränderungen werden innerhalb dieser politischen Strömung heruntergespielt: „Anders als die Aufgabe des Umweltschutzes umfasst der Klimaschutz indes vor allem die Bekämpfung der globalen Erderwärmung, die naturgemäß weder von den Deutschen

und erst recht nicht von den Sachsen allein geleistet werden kann.“ (Dringenberg, 2020, 4) Einzelne sächsische AfD-Politiker*innen sprechen gar von einer CO₂-Lüge (Kuhnert, 2020, 9). Zudem wird vor den Folgen möglicher Klimaschutzmaßnahmen gewarnt. „In diesem Sinne wäre also an die Klimawette die Frage zu stellen, ob der reale Verzicht in der Gegenwart den ungewissen Gewinn der Zukunft wert ist.“ (Brenner, 2021, 13) In Publikationen und Wortmeldungen der sächsischen AfD ist die Rede von einer „Deindustrialisierung“, die Regionen bevorstehe, wenn klimabedingt aus der Braunkohleförderung ausgestiegen werde (Kuhnert, 2020, 9). Eine erneuerbare oder ökologische Energieversorgung (z.B. durch Windkraftanlagen) wird verteufelt: „Sie verschandeln Natur- und Kulturlandschaften und zerstören ganz abgesehen von den erheblichen negativen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen Lebensräume, in denen Menschen sich heimisch fühlen.“ (Dringenberg, 2020, 4) Immer wieder sprechen Anhänger*innen des wissenschaftsfeindlichen Anti-Ökologismus von Notsituationen durch schlechte Energieversorgung, dem Verlust von Wohlstand, einer Gefährdung des Industriestandortes und dem Abbau von Arbeitsplätzen, wenn Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden (vgl. AfD Landtagsfraktion Sachsen, undatiert; Blaue Post, 2021, 4). Einig ist man sich unter den rechten Anti-Ökolog*innen, dass die Atomenergie wiederzubeleben und auszubauen sei. Die Kernkraft wird in Publikationen von AfD und NPD wiederholt als saubere, sichere und moderne Energiequelle gepriesen (vgl. AfD, 2022; Arbeitskreis Landwirtschaft, Energie, Umwelt und Naturschutz der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, 2021; Babic, 2022, 28).

VERSCHIEDENE PERSPEKTIVEN, GEMEINSAME ZIELE

Die Bedeutung des Themas Umweltschutz/Klimaschutz und der Diskussionen darum ist im rechten Spektrum derzeit nicht ausreichend, um auf Grundlage der unterschiedlichen Ansichten zu einer ernsthaften Spaltung zu führen. Gleichzeitig gibt es trotz der inhärenten Widersprüche zwischen Ökofaschismus und wissenschaftsfeindlichem Anti-Ökologismus signifikante Gemeinsamkeiten und Überschneidungen, die eine enge Verbindung zwischen beiden rechten Spektren illustrieren. So ist immer wieder zu beobachten, dass eine gegenseitige Bezugnahme oder sogar eine punktuelle Zusammenarbeit beider Spektren stattfindet und dass Vertreter*innen des Anti-Ökologismus in ökofaschistischen

Zeitschriften wie „Die Kehre“ zu Wort kommen. Zwischen den idealtypischen Ausformungen existieren zudem verschiedene Abstufungen an Positionen, die mal mehr dem Ökofaschismus und mal mehr dem Anti-Ökologismus zuzuordnen sind.

Eine der zentralen Gemeinsamkeiten zwischen wissenschaftsfeindlichem Anti-Ökologismus und Ökofaschismus besteht in der grundlegenden Ablehnung der Akteur*innen der Klimabewegung, der Partei *Bündnis90/Die Grünen* und des sogenannten Establishments im Allgemeinen. Das politische System und seine Repräsentant*innen werden für sämtliche Probleme unserer Zeit und so auch für die ökologischen Herausforderungen verantwortlich gemacht. So heißt es etwa bei den Ökofaschisten: „Die Industrie- und Konsumgesellschaften westlicher Provenienz sind für die Umweltkrise exorbitanten Ausmaßes, mit der wir uns konfrontiert sehen, vollumfänglich verantwortlich zu machen.“ (Schick, 2021a, 1) Hinsichtlich der Ablehnung von Klimabewegung und grüner Parteien ist man sich spektrenübergreifend einig in der extremen Rechten: „Die Grünen agieren als Lobby von Nichtregierungsorganisationen mit US-amerikanischer Kampagnenlogistik und letztlich als Statthalter einer virtuellen Weltregierung“ (Böckelmann, 2021, 5), heißt es beispielsweise in der Zeitschrift „Tumult“. Martin Lichtmesz meint: „Es ist gewiß ein jämmerliches Schauspiel, [...] wenn infantile grüne Politiker wieder einmal kleinliche Verbote fordern, während sie über Masseneinwanderung jubeln und die ganze Welt mit deutschem Geld durchfüttern wollen.“ (Lichtmesz, 2021, 41) Der ostsächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse spricht von „grünen Kommunisten“ (vgl. u.a. einen Tweet von Karsten Hilse vom 24.05.2022). Und der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke stimmt in den Chor ein, wenn er meint, dass es „ein Treppenwitz und Unglück zugleich“ sei, „dass ausgerechnet die deutschlandverachtenden Grünen das Thema Natur- und Umweltschutz restlos gekapert haben“ (Höcke, 2021, 32). Neue Rechte, AfD, völkische Gruppierungen und Neonazis sind sich einig darin, dass man „der von linken Kräften okkupierten Ökobewegung“ (Eichberger, 2020, 17) die Themen nicht überlassen dürfe. Verschiedene Klimabewegungen, allen voran *Fridays for Future*, begegnet man mit Ablehnung bis hin zur Konstruktion kruder Verschwörungsmythen. Höcke meint in „Die Kehre“: „Im übrigen sieht man bei der ‚Fridays-for-Future‘-Bewegung, wie gut man ökologische Themen vermarkten kann, wenn man die Medien und große Finanziere hinter sich hat.“

(Höcke, 2021, 34) Im neu-rechten Theorieblatt „Sezession“ geht man noch einen Schritt weiter. Dort wird die Behauptung aufgestellt, dass die scheinbaren Grassroots-Bewegungen im Bereich des Öko-Aktivismus von mächtigen und finanzstarken Interessen ins Leben gerufen und gelenkt werden. Es ist die Rede von „Klimakatastrophenpanik“ und Manipulation der Öffentlichkeit durch die Gruppen *Extinction Rebellion* und *Fridays for Future*, um die partikularen Ziele finanzstarker Mächte zu erreichen. Die Diskussion um Klima und die vermeintlich apokalyptische Erzählung dazu dient nach Ansicht der Autorin dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft: „Die Frage nach der Weltherrschaft, der Neuen Weltordnung, steht an.“ (Sommerfeld, 2019, 33) Dass dies keine Einzelmeinung ist, wird auch deutlich, wenn der Dresdner Aktivist Jonas Schick dazu aufruft darüber nachzudenken, ob Gewalt ein legitimes Mittel sei, um das derzeitige politische System und seine Protagonist*innen zu überwinden: „[G]reift man zum ultimativen Mittel und attackiert das System und seine relevanten Protagonisten mit Gewalt?“ (Schick, 2021a, 1)

Trotz ihrer unterschiedlichen Zugänge zum Thema verbindet Neonazis, Völkische, Neue Rechte und AfD eine gemeinsame Überhöhung des Umweltschutzes, der strikt von allen Maßnahmen und Ideen des Klimaschutzes abgegrenzt wird. Dabei wird Umweltschutz als konservatives Anliegen betrachtet, während Klimaschutz als etwas „Linkes“ abgetan wird. Umweltschutz ist nach Auffassung des AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland „der Versuch, die alte Umwelt so weit wie möglich als Heimat und Identitätsstifter für den Menschen zu erhalten“ (Gauland, 2020, 36). „Demgegenüber ist der Klimaschutz eine moderne Idee, die vor dem Problem steht, daß sie ideologisch zu stark aufgeladen wird.“ (ebd.) Gauland meint, dass durch den Klimaschutz grundlegende Veränderungen am Wirtschaften und Leben gefordert werden, was seiner Idee von Konservatismus widerspreche und er aus diesem Grund ablehne. Auch Höcke ist der Meinung, dass es beim Umweltschutz um den „Erhalt und die Pflege unserer tradierten Kulturlandschaft“ (Höcke, 2021, 32) gehe. Die Einstellung zur Natur und Umwelt hängt bei ihm eng mit einem „bejahenden Heimatbewußtsein“ (ebd., 35) zusammen. Deutlich wird bei beiden, dass die Thematik sehr eng mit Fragen von Identität verbunden wird. Die positive Bezugnahme auf Umweltschutz als Heimatschutz hat eine lange Traditionslinie in der extremen Rechten. Seit der Heimatschutzbewegung des

19. Jahrhunderts über den historischen Nationalsozialismus bis hin zu Kampagnen der NPD oder jüngst der AfD im Landtagswahlkampf 2019 in Sachsen wurden Volk, Natur und Heimat miteinander verknüpft (Kulturbüro Sachsen e. V., 2023, 8 ff.). Das findet sich auch heute in allen Strömungen der extremen Rechten wieder. Der rechte Dresdner Umweltaktivist Schick kritisiert, dass „Ökologie vor allem auf den Klimaschutz reduziert“ (Schick, 2021b, 36) werde, und grenzt den Klimaschutz vom Umweltschutz ab. Andere rechte Autor*innen vermeiden den Begriff „Klimaschutz“ in Abgrenzung zu grünen und linken Positionen vollständig.

FAZIT

Die gemeinsamen Feindbilder und die gemeinsame Bezugnahme auf vorhandene Traditionslinien rechter Umweltschutzideen sind zweifelsohne der Kitt, der die rechten Szenen trotz der unterschiedlichen Positionen in den Debatten um Klima- und Umweltschutz zusammenhält. Auffällig bleibt: Obwohl extrem rechte Akteur*innen seit einigen Jahren über Klima- und Umweltschutz debattieren, bietet keine der vorgestellten Strömungen umsetzbare oder konstruktive Handlungsideen auf bestehende Klimafragen. Die ökofaschistischen Ideen tut selbst Alexander Gauland als „eine rückwärtsgewandte Utopie, die nicht mehr zu verwirklichen ist“ (Gauland, 2020, 37) ab. Die Anhänger*innen des wissenschaftsfeindlichen Anti-Ökologismus fallen hingegen vor allem dadurch auf, dass sie sich gegen jede Veränderung aussprechen. Sie plädieren gar dafür, dass bereits vorgenommene Klima- und Umweltschutzmaßnahmen rückgängig gemacht werden. Anti-Ökolog*innen sprechen sich für Kernenergie, einen Wiedereinstieg in den Braunkohleabbau und für fossile Energieträger aus (vgl. u.a. Babic, 2022, 29; Gauland, 2020, 38). Deutlich wird an verschiedenen Stellen, dass es beiden Strömungen mindestens um eine Delegitimierung staatlichen Handelns geht. Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, werden verächtlich gemacht und als Handlungen der Eliten gegen „das Volk“ abgetan. Um wissenschaftliche Erkenntnisse in diesem Bereich ad absurdum zu führen, wird die Wissenschaft als abhängig vom vermeintlichen politischen Establishment oder von Finanzinteressen beschrieben. Dabei werden typische Muster von Verschwörungsideologien ins Feld geführt. Es werden Verschwörungserzählungen über die angeblichen

Interessen derjenigen verbreitet, die für Klimaschutzmaßnahmen streiten, diese fordern oder umsetzen. Einige rechte Akteur*innen bezeichnen die gesamte Klimaforschung und deren komplexe Ergebnisse wiederum selbst als eine Verschwörungsideologie. Das Thema Klima- oder Umweltschutz selbst ist aber wie häufig bei der extremen Rechten nur ein Mittel zum Zweck. In den Schriften der Ökofaschist*innen wird sehr unverhohlen ausgesprochen, dass auch die Politik in diesem Feld „zwangsläufig mit der Notwendigkeit eines revolutionären Gegenentwurfs zum Status quo verbunden“ (Schick, 2021b, 39) ist. Insofern lässt sich resümieren, dass alle diskursiven Bemühungen und Debatten der extremen Rechten in diesem Feld letztlich ihrer antidemokratischen Zielsetzung dienlich sein sollen.

LITERATUR

- AfD (2022). Resolution zur Kernenergie: Schluss mit ideologischer Energiepolitik – Neue Kernkraftwerke für Deutschland; beschlossen am 17. Juni 2022 in Riesa durch den 13. Bundesparteitag der AfD.
- AfD Landtagsfraktion Sachsen (o. J.). Ohne Kohle geht das Licht aus. Flyer der Landtagsfraktion der AfD Sachsen.
- Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz e.V.) (2022). Ökologie von rechts. Das Magazin „Die Kehre“. *Magazine No. 9*, September 2022.
- Arbeitskreis Landwirtschaft, Energie, Umwelt und Naturschutz der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag (2021). Umweltpolitik. Oktober 2021.
- Babic, Safet (2022). Ernüchternde Energiewende. Kernkraft und Kohle werden immer wichtiger. *Deutsche Stimme*, Januar 2022, 28 f.
- Blaue Post (2021). Hohe Energiepreise lösen eine Konfliktlawine aus! *Blaue Post Nr. 32*, November 2021, 4.
- Böckelmann, Frank (2021). Weiterlösungskurzschluss: Die Grünen. Zur Ausgabe Herbst 2021. *Tumult*, Herbst 2021, 5.
- Brenner, Peter J. (2021). Die Klimawette. *Tumult*, Winter 2021/22, 7.
- Dringenberg, Volker (2020). Klimaschutz ist kein Staatsziel. *Blaue Post Nr. 27*, Februar 2020, 4.
- Eichberger, Hagen (2020). „Regionalität wirkt!“ Nachdenken über Bioregionalismus. *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz*, 02/2020, 15 ff.
- Gauland, Alexander (2020). Interview mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Dr. Alexander Gauland. *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz*, 02/2020, 37.
- Höcke, Björn (2021). Interview mit dem AfD-Landesvorsitzenden in Thüringen Björn Höcke. *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz*, 06/2021, 32.
- Joswig, Gareth (2023). Die AfD und die Identitären: Ein Feigenblatt. *Taz*, 04.09.2023. URL: <https://taz.de/Die-AfD-und-die-Identitaeren/!5955016/> (07.12.2023).
- Kuhnert, Roberto (2020). Der Kohleausstieg ist überstürzt! *Blaue Post Nr. 29*, September 2020, 9.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2023). *Sachsen rechts unten 2023*. Dresden.
- Lichtmesz, Martin (2021). Der Unbedingte. Autoportrait Pentti Linkola. *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz*, 05/2021, 41.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022). *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.
- Schick, Jonas (2021a). Editorial. *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz*, 06/2021, 1.
- Schick, Jonas (2021b). Ökologie von rechts – ein Lagebericht. *Sezession 104*, Oktober 2021, 37.
- Sommerfeld, Caroline (2019). Extinction Rebellion – Täuschung und Offenbarung. *Sezession 93*, Dezember 2019, 31.
- Zimmermann, Wiebke (2022). *Der Klimadiskurs der „Neuen Rechten“. Eine ideengeschichtliche Analyse des Periodikums „Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz“*. Wiesbaden: Springer VS.
- Zwerg, Jan-Oliver (2020). Unsere Industrie braucht preiswerten Strom. *Blaue Post Nr. 27*, Februar 2020, 2.



Training für den Straßenkampf

Einordnungen zu Rechtsextremismus im sächsischen Kampfsport

Chemnitz im Spätsommer 2018: Mehrere Tage hintereinander marschiert ein breites Bündnis extrem rechter Akteure und mit ihnen Tausende Menschen auf, um ihrem Hass gegen die staatliche Migrationspolitik Ausdruck zu verleihen. Die *Alternative für Deutschland* (AfD) ist ebenso vertreten wie das Spektrum des militanten Neonazismus. Im Umfeld der Aufmärsche kommt es mehrfach zu Ausschreitungen: Sportlich trainierte Männer randalieren auf den Straßen und greifen auch die Polizei an.

Ein damals aufgenommenes Video zeigt, wie ein Polizeibeamter von einem rechten Hooligan an den Beinen umklammert, kurz angehoben und so zu Boden gebracht wird. Der Mitschnitt der Szene machte auch deshalb die Runde, weil das extrem rechte Modelabel *White Rex* des deutsch-russischen Hooligans Denis „Nikitin“ Kapustin sie auf Facebook verlinkte (vgl. Tassler/Regis, 2018). Darüber prangte der Kommentar „Check the doubleleg“, versehen mit einem Smiley, das eine Sonnenbrille trägt. „Doubleleg Takedown“ ist ein Begriff aus dem Kampfsport: Es werden beide Beine umgriffen, um den Gegner zu Fall zu bringen. Die Netzwerke militanter Neonazis bejubelten die Bilder als Ausdruck der staatlichen Machtlosigkeit, steht diese kurze Sequenz doch als Sinnbild für eine zentrale Funktion von Kampfsport für extrem rechte Akteure: Sie trainieren für den Straßenkampf.

Im Fokus dieses Textes steht daher die Frage, wie die Aktivitäten extrem rechter Akteure im sächsischen Kampfsport einzuordnen sind. Um sie zu beantworten, werden zunächst das Feld des Kampfsportes in Deutschland skizziert, Ergebnisse der Einstellungsforschung, die sich mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Sport beschäftigt, und Idealtypen an Trainingskulturen im Kampfsport in Bezug auf Diskriminierung und Gewalt sowie Prävention und Vielfalt dargestellt. Dies bildet den Kontext für die anschließende Einordnung von Kampfsportstudios und Eventveranstaltern, die in Sachsen agieren. Es folgt eine

Darstellung der politischen Interventionen gegen die Aktivitäten extrem rechter Akteure im Kampfsport in Sachsen. Im Fazit werden die Ergebnisse resümiert.

KAMPFSPORT – EINE AUSDIFFERENZIERTE LANDSCHAFT

Wer sich mit Kampfsport in Deutschland beschäftigt, trifft auch auf ein komplexes, geradezu unübersichtliches Feld. Die dafür ursächlichen Gründe sollen im Folgenden anhand von Begriffen und Spannungsfeldern verdeutlicht werden. So ist Kampfsport erstens lediglich ein Oberbegriff für unterschiedliche Disziplinen, die vom Judo über das Boxen bis hin zu jüngeren Disziplinen wie dem Mixed Martial Arts reichen. Darüber hinaus werden unter dem Begriff des Kampfsportes alltagssprachlich auch Disziplinen gefasst, die entweder aus der Kampfkunst (z.B. Aikido) kommen oder dem Bereich der Selbstverteidigung (z.B. Krav Maga) zuzurechnen sind. Allerdings werden diese weniger bzw. gar nicht wettkampforientiert betrieben, da Selbstverteidigung keinen sportlichen Regeln unterliegt.

Zweitens finden sich im Kampfsport verschiedene Organisationsformen: Einige Disziplinen sind Teil des im *Deutschen Olympischen Sportbund* und der Landessportbünde gebündelten sogenannten organisierten Sports (vgl. DOSB, 2023). Hierunter fallen z.B. Boxen sowie die ursprünglich in asiatischer Kultur entstandenen und nach Europa transferierten Disziplinen Karate und Judo, welche sich oftmals dem sogenannten Budo verpflichtet sehen. In Sachsen sind dies laut einer Erhebung im Projekt „Vollkontakt – Demokratie und Kampfsport“ 242 Träger bzw. Vereine. Andere Disziplinen werden wiederum vorrangig durch kommerzielle Anbieter auf dem freien Markt organisiert. Dies trifft z.B. auf Mixed Martial Arts zu (vgl. Claus/Zajonc, 2019), wo sich Athlet*innen verschiedener Disziplinen miteinander messen. In Sachsen agieren 119 Träger mit kommerzieller Ausrichtung. Obendrein existiert in einigen Disziplinen eine Vielzahl an Verbänden und Eventveranstaltern, die jeweils eigene Wettbewerbe und Titelkämpfe veranstalten.

Und drittens ist der Kampfsport auch politisch ausdifferenziert. Es finden sich einerseits Akteure, die ihren Sport als Mittel der gesellschaftlichen Integration und eines sportkulturellen, gesellschaftlichen Zusammenhalts begreifen, ihn somit auf eine vielfältige Beteiligung ausrichten. Andererseits agieren jedoch auch Anbieter in diesem Feld,

die aus gewaltaffinen Milieus stammen und Kampfsport dazu nutzen, vorrangig jungen Männern Gewaltkompetenzen für die Nutzung außerhalb des sportlichen Settings zu vermitteln. Sichtbar wird dies dann als Gewalthandeln bei politischen Demonstrationen oder im Kontext von Fußballspielen.

GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT IM SPORT

Die Ausdifferenzierung politischer Haltungen spiegelt sich auch in den Ergebnissen der deutschsprachigen Einstellungsforschung wider. Das Bielefelder *Institut für Konflikt- und Gewaltforschung* erhebt im zweijährigen Abstand Zustimmungswerte zu Aussagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). In den Studien werden verschiedene Items regelmäßig repräsentativ abgefragt. Die zentrale Annahme hinter der Dauerstudie ist, dass sich abwertende bzw. feindliche Einstellungen gegenüber Minderheiten und weniger machtvollen Gruppen aus einer Ideologie der Ungleichwertigkeit bzw. Ungleichheit speisen und verschiedene Formen der Diskriminierung so miteinander verbunden sind. Zugunsten der Übersichtlichkeit werden exemplarische Ergebnisse der repräsentativen Befragungen aus den Jahren 2020/2021 (Zick/Küpper, 2021, 188 f.) und 2022/2023 (Zick et al., 2023, 160 f.) gemeinsam wiedergegeben.

Zwar ergeben sich aufgrund politischer Diskurse gewisse Schwankungen in einzelnen Items, aber auf lange Sicht sind die Ergebnisse recht konstant. So werden mehrere Ergebnisse evident:

- 1.) Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung stimmt menschenverachtenden und -hierarchisierenden Aussagen nicht bzw. eher nicht zu und vertritt offenbar einen gefestigten Anspruch menschlicher Gleichheit.
- 2.) An der Menge an Befragten, die teils/teils (nicht) zustimmten, wird wiederum zumindest eine Latenz menschenfeindlicher Einstellungen deutlich.
- 3.) Je nach Aussage ist allerdings bis zu einem Drittel der Bevölkerung – in wenigen Items gar knapp die Hälfte – offen für menschenfeindliche Einstellungen und extrem rechte Positionen.

Seit 2021 analysieren Zick et al. in einem gesonderten Kapitel die Einstellungswerte von Menschen, die angeben, Mitglied in einem Sportver-

Zustimmungswerte zu menschenfeindlichen Aussagen (Angaben in Prozent)

		Stimme überhaupt nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	2021	67,9	16,0	10,0	4,1	2,0
	2023	62,5	15,9	12,9	5,8	2,8
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	2021	54,1	21,1	15,5	4,2	5,1
	2023	41,4	17,7	23,0	9,7	8,4
Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	2021	71,3	18,0	6,9	2,8	1,1
	2023	68,0	14,0	10,8	4,1	3,1
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	2021	61,0	18,2	13,2	4,2	3,4
	2023	58,3	16,7	14,4	7,1	3,5
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	2021	59,7	19,8	11,7	4,1	4,6
	2023	56,3	12,7	14,8	8,3	7,9
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	2021	36,6	30,2	19,7	9,5	3,9
	2023	32,8	25,1	22,4	10,9	8,9

ein zu sein. Die Ergebnisse für das Jahr 2021 zeigen, dass ein Großteil der Einstellungswerte von Menschen in Sportvereinen denen von Menschen ohne Mitgliedschaft in einem Sportverein sehr ähnlich sind (Zick/Delto, 2021, 132f.). Allerdings ergeben sich Abweichungen in zwei spezifischen Aspekten: Zum einen sind die Zustimmungswerte zu chauvinistischen und sozialdarwinistischen Einstellungen unter Mitgliedern in Sportvereinen leicht erhöht (ebd., 135). Zum anderen sind diese Abweichungen stark geschlechtlich konnotiert. Die Zustimmung zu Chauvinismus liegt bei Männern bei 16,4 % und bei Frauen bei 2,7%, sozialdarwinistischen Aussagen stimmen 5,7% der Männer und 1,6% der Frauen zu. Im Schnitt der gesamten Gesellschaft liegen die Daten jeweils deutlich näher beieinander. Die Autoren sehen in der „Produktion und Reproduktion männlicher Identitäten“ ein „zentrales Problemfeld des (vereinsorganisierten) Sports“ (ebd.):

In diesem Kontext sind Leistungsfähigkeit, Aggressions- und Risikobereitschaft, Wettbewerb und Konkurrenz eng verbunden mit Männlichkeitsvorstellungen [...]. Gleichzeitig spielen insbesondere chauvinistische Einstellungsmuster in der Mitte der Gesellschaft für den Anschluss an und den Einstieg in Rechtsextremismus eine ganz besondere Rolle.

Zick/Delto, 2021, 135

Delto und Tzschoppe legten 2015 die bislang einzige quantitativ und qualitativ repräsentative Studie der vergangenen Jahre zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ im Sport vor. Hierfür führten sie 2013 eine Untersuchung im sächsischen Vereinssport durch,¹ welcher zum damaligen Zeitpunkt 605.000 Mitglieder in 4.500 Vereinen² umfasste (Delto/Tzschoppe, 2015, 11). In der Studie werden die Ergebnisse zu einzelnen Dimensionen von GMF detailliert nach Sportarten sowie Eigenschaften (Geschlecht, Alter etc.) der Befragten aufgeführt. In Bezug auf Gewaltakzeptanz kommen Delto und Tzschoppe zu folgendem Ergebnis (vgl. ebd., 72):

- 1) Untersuchungen in Sachsen-Anhalt sowie Brandenburg folgten (Delto, Tzschoppe 2016 a und b).
- 2) Laut Eigenauskunft des Landessportbund Sachsen auf dessen Homepage sind im Jahr 2023 671.281 Mitglieder in 4.374 Sportvereinen gemeldet (Landessportbund Sachsen 2023a). In Anbetracht von knapp über 4 Millionen Einwohner*innen in Sachsen ist dieser Organisationsgrad im Sport sehr hoch. Zur Einordnung der Zahl muss jedoch angemerkt werden, dass eine Person, die in mehreren Sportvereinen Mitglied ist, in jedem Verein einmal gezählt wird.

TABELLE 2

Gewaltbilligung im Sport

	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu
Aggressionen gehören im Sport dazu.	32,2%	41,7%	20,9%	5,2%
Gewaltausbrüche müssen im Sport hingenommen werden.	62,7%	31,4%	4,4%	1,5%

Anzahl der Antworten: N=1.419

Demzufolge betrachtet ein Viertel aller Befragten Aggressionen als normal im Sport, 5,9% tolerieren sogar Gewaltausbrüche. Zur Erläuterung dessen halten die Autor*innen der Studie fest: „Mit dem aggressiven Durchsetzen der eigenen Interessen in sportlichen Auseinandersetzungen kann eine individuelle Anerkennung in der eigenen Gruppe verbunden sein“ (ebd., 73). Gewaltbereitschaft als wichtige Säule „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ findet sich hier also in nennenswerter Häufung wieder.

Fremdenfeindlichkeit als eine Facette von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wiederum ist am stärksten in den Sportarten Billard, Kegeln und Schießen, gefolgt von Badminton, Tennis und Tischtennis zu finden; verhältnismäßig gering trat sie bei den Mannschaftssportarten Basketball, Handball und Volleyball auf (ebd., 23). Während also einerseits festgehalten werden kann, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch im Sport und unter den Sporttreibenden zu finden ist, erklären die Autor*innen der Studie die Unterschiede zwischen den Sportarten nicht zuletzt mit den jeweils dort gelebten Werten:

Je wichtiger die Werte Fairness, Toleranz, Solidarität und Respekt im Sport sind, desto weniger werden Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, Frauen und Schwarze abgewertet. Die Annahme, dass Werte im Sport mit menschenfeindlichen Einstellungen in Beziehung stehen, kann empirisch bestätigt werden.

Delto/Tzschoppe, 2015, 66

Anhand dieser Befunde lässt sich grundlegend feststellen, dass die Landschaft der Sportorganisationen und ihrer aktiv Sporttreibenden politisch ähnlich ausdifferenziert ist wie die gesamte Gesellschaft: Während eine große Mehrheit der Befragten menschenfeindlichen und gewaltbefürwortenden Aussagen (eher) nicht zustimmt, vertritt ein Teil mehr oder minder offen menschenfeindliche und gewaltbefürwortende Positionen oder äußert sich zumindest unentschieden.

DIE EBENE DER KAMPFSPORTSTUDIOS TRAININGSKULTUREN ZWISCHEN VIELFALT UND GEWALT

Parallel zu diesen Ausdifferenzierungen der Einstellungen zu menschenfeindlichen Aussagen – ablehnend, indifferente Grauzone, zustimmend – lassen sich auch Trainingskulturen in Kampfsportstudios einordnen. So hat das Team des Modellprojekts „Vollkontakt – Demokratie und Kampfsport“ im Rahmen seiner Forschung drei analytische Idealtypen skizziert (Claus et al., 2022), wie sich kommerzielle Kampfsportstudios (sogenannte Gyms) zu Fragen von Diskriminierung, Gewalt und Rechtsextremismus sowie Prävention und der Förderung von Vielfalt verhalten. Allgemeine Charakteristika dieser drei Idealtypen lauten wie folgt:

- 1.) Im präventiven Typus einer Trainingskultur wird vorrangig die Vielfalt der Trainierenden gefördert. Damit einher gehen ein Grundverständnis für die gesellschaftliche Verantwortung von (Kampf-)Sport sowie eine Sensibilität für Diskriminierung und Gewaltdynamiken. Akteure dieses Typs haben eigene Maßnahmen zur Prävention entwickelt und deren Wirkung bestenfalls reflektiert. Konkret bedeutet dies beispielsweise, dass großer Wert auf das gegenseitige Kennenlernen in der Probezeit gelegt wird oder auch Trainingsgruppen für Menschen mit Behinderung angeboten werden. Gyms dieses Typus sind hochgradig unattraktiv für Träger*innen menschenfeindlicher Ideologie.
- 2.) Der indifferente Typus wiederum richtet seine Aktivitäten und somit letztlich seine Trainingskultur vor allem darauf aus, größtmögliches Wachstum zu erzielen – finanziell bzw. hinsichtlich der Anzahl an Mitgliedern bzw. Kund*innen. In Fragen gesellschaftlicher Verantwortung handelt dieser Typus indifferent, weshalb diverse Ambivalenzen zu seinem Wesenskern gehören: In solch

TABELLE 3

Idealtypen kommerzieller Gyms (nach Claus et al., 2022, 26)

<u>Herstellung von Gym-Atmosphäre</u>	PRÄVENTIVER TYP	Akteur*innen achten bei der Gestaltung der Räume und der Homepage sowie beim generellen Umgang miteinander auf eine vielfaltsfreundliche Kultur.
<u>Aufnahme und Ausschluss von Trainierenden</u>		Akteur*innen wählen ihre Trainierenden stark beeinflusst durch sozialpolitische Aspekte aus, verfügen über Konzepte zur Probezeit, formulieren Regeln und ziehen klare Grenzen gegen Gewalt und Diskriminierung und versuchen auch, das Geschehen außerhalb des Gyms im Blick zu haben.
<u>Auswahl von Trainer*innen</u>		Akteur*innen besitzen ein Bewusstsein darüber, welche prägende Rolle Trainer*innen haben, wählen diese demzufolge nach sportlichen sowie pädagogischen Kriterien aus und verfügen über Instrumente zur Qualitätssicherung der Trainings.
<u>Verortung in der gesamten Kampfsport-Landschaft</u>		Akteur*innen wünschen sich intrinsisch einen generellen Kulturwandel im Kampfsport hin zu mehr gesellschaftlicher Verantwortung in den Themenbereichen Gewalt und Diskriminierung auf allen Ebenen und senden ihre Kämpfer*innen nur zu integrierten Events.

INDIFFERENTER TYP	Akteur*innen gestalten ihre Räumlichkeiten so, dass sie eine möglichst große Aussicht auf Kund*innen bzw. Mitglieder im Sinne des finanziellen Wachstums versprechen.	FÜR GMF UND GEWALT STRUKTURELL OFFENER TYP	Akteur*innen markieren kaum eine Differenz zwischen Härte im Kampfsport und Durchsetzung außerhalb des Sports, verdeutlichen diese Härteaspekte auch optisch durch Bilder und Slogans.
	Akteur*innen formulieren kaum klare Regeln, welches Verhalten erwünscht bzw. unerwünscht ist, schreiten nur gegen Gewalt und Diskriminierung ein, wenn es Druck hierzu gibt, und hoffen, dass ihre Preispolitik regulierend auf die Kundschaft bzw. das Mitgliederwesen wirkt.		Akteur*innen bieten zuweilen keine Trainings für Frauen an, praktizieren De-facto-Ausschlüsse durch ihr auf Härte orientiertes Training, haben keine generelle Kritik an Gewalt und/oder Diskriminierung und bestrafen nichterwünschte Vorfälle durch Härte im Training.
	Akteur*innen besitzen ein Bewusstsein darüber, welche prägende Rolle Trainer*innen haben und halten sie an, am finanziellen Erfolg des Gyms mitzuwirken sowie teilzuhaben.		Akteur*innen haben ein Bewusstsein darüber, welche prägende Rolle Trainer*innen haben und wählen sie vorrangig nach eigener Kampferfahrung und sportlichen Erfolgen aus.
	Akteur*innen sind an einem Kulturwandel im Kampfsport vor allem mit dem Ziel der Verbesserung des Images interessiert, wählen die Events, auf denen ihre Kämpfer*innen antreten nach finanziellen Aspekten aus und ziehen sie nur nach medialen Kritiken von problematischen Veranstaltungen zurück.		Akteur*innen sind an einem Kulturwandel im Kampfsport hin zu mehr gesellschaftlicher Verantwortung nicht interessiert, lassen ihre Kämpfer*innen recht vorbehaltlos auch auf problematischen Events antreten und sind für Kritik daran kaum zugänglich.

einem Studio können beispielsweise am Nachmittag Sportkurse mit Geflüchteten stattfinden, während abends extrem rechte Hooligans ihr Training absolvieren. Kompass für die eigenen Aktivitäten ist weniger eine gesellschaftspolitische Grundhaltung, sondern die Aussicht auf sportlichen oder finanziellen Erfolg. Gyms dieses Typus sind mittelmäßig attraktiv für Träger*innen menschenfeindlicher Ideologie.

- 3.) Der dritte Typus ist strukturell gewalt- bzw. diskriminierungs-offen, weil er ein männliches Gewaltideal in den Fokus seiner Trainingskultur stellt. Hier wird die Härte des Trainings in der Außendarstellung viel mehr betont als die technische Diversität der angebotenen Disziplinen. Gyms dieses Typus sind hochgradig attraktiv für Träger*innen menschenfeindlicher Ideologie. Explizit extrem rechte Gyms stellen den rechten Rand dieser Kategorie dar.

Weitergehend lassen sich diese drei Idealtypen anhand der Herstellung der Gym-Atmosphäre, der Aufnahme und dem Ausschluss von Trainierenden, der Auswahl der Trainer*innen sowie Verortung in der gesamten Kampfsport-Landschaft differenzieren (siehe Tabelle 3).

BEISPIELE AUS SACHSEN

Diese Kategorisierung kann zugleich als Folie dienen, um lokale Kampfsportstudios und -anbieter einzuschätzen sowie Hinweise auf die Ausrichtung der jeweiligen Trainingskultur adäquat einzuordnen. Um diese Kategorien anhand sächsischer Kampfsportstudios zu veranschaulichen, werden im Folgenden einige Gyms exemplarisch eingeordnet.

Dem ersten Idealtypus lässt sich beispielsweise folgendes Zitat des Leipziger Gym *Sidekick* zuordnen, das Wert auf geschlechtliche Vielfalt im Kampfsport legt und sich wie folgt auf seiner Homepage präsentiert:

Sidekick ist ein Sportverein für Thaiboxen und Selbstbehauptung. Wir haben Spaß an Bewegung, einem guten Miteinander und Kampfsport. In den Trainings werden Beweglichkeit, Reaktion, Koordination und Kraft verbessert. Etwas unterscheidet den Verein von den meisten Kampfsportvereinen:

Das Angebot richtet sich an Frauen, Lesben, Inter-, Trans-, Nicht-Binäre Personen, Agender (FLINTA) und an Mädchen.*

Sidekick, 2023

Die Kampfsportangebote werden mit Werten des solidarischen Zusammenhalts sowie einer Kritik am männlich-dominierten Kampfsport verbunden. Das eigene Angebot für diverse geschlechtliche und sexuelle Identitäten schafft somit einen Raum, der vor Diskriminierung weitgehend schützen soll und zugleich eine Sichtbarkeit im Sport ermöglicht. Ein weiteres Beispiel zur Veranschaulichung des ersten Idealtypus ist das Dresdner Gym *Spirit of Bayon*, das an den Boxer Johann „Rukeli“ Trollmann, der als Sinti von den Nationalsozialisten 1944 im Konzentrationslager Neuengamme ermordet wurde, erinnert (Alternative Dresden News, 2020). Erinnerungspolitik bzw. politisch-historische Bildung werden hier als Teil einer präventiven Gymkultur genutzt.

Während präventiv-agierende Gyms sehr unattraktiv für Träger*innen menschenfeindlicher Ideologie sind, finden sich Neonazis in den zwei anderen Kategorien als Trainierende. Das Dokumentationsprojekt *Chronik.LE* listet für Leipzig ganze sechs Gyms auf, die entweder zur extrem rechten Szene gehören oder von Neonazis besucht werden (*Chronik.LE*, 2021, 104). Es handelt sich um den *Kampfsportklub* (KSK) 09, die Kampfsportschule *Leipzig Ost / Ad Victoriam Gym*, das *Sin City Gym*, das *Siam Gym*, das *Bushido Freefight Team / Bushido Sports Center* sowie das *Imperium Fight Team* (IFT). Die beiden letztgenannten werden folgend näher beschrieben.

Das *Bushido Sports Center* betreibt seine Räume im Leipziger Paunsdorf-Center und bietet einerseits einen recht breit gefächerten Kursplan an, der von Kindersport über Fitness-Crosstraining bis hin zu Mixed-Martial-Arts reicht (Bushido Sportcenter, 2023). Das Angebot richtet sich somit an ein breites Publikum unterschiedlichen Alters und sportlicher Interessen, auch über Kampfsport hinaus. Ein Trainer gibt beispielsweise Kurse in KravMaga sowie Kurse in Messerkampf (Bushido Muay Thai & Freefight Team, 2020a), welche unter dem Titel „Blade Bastards“ mit Blutflecken beworben werden (Bushido Muay Thai & Freefight Team, 2020b). Hier werden auch Techniken trainiert, welche schwerwiegendes Verletzungspotential haben.

Diese auf Gewalthandeln ausgerichtete Gymkultur wird nicht allein durch derartige Messerkampfkurse deutlich, sondern schlägt sich

auch in der Art und Weise nieder, mit dem das Gym für die eigenen Angebote wirbt. So spielt das Gym in seiner Werbung offen mit Mobbingvergleichen und damit auch auf Gewalt an: „Die einen nennen es Mobbing, wir nennen es Training!“ (Bushido Sportcenter, o.J.) Hier wird kein solidarisches oder sportlich-spielerisches Miteinander beworben, sondern eine Kultur des gegenseitigen Runtermachens, des Drucks und der Disziplinierung, also mindestens symbolisch gewaltvolle Handlungen. Das Zitat steht letztlich für die spezifische Art des Humors, der in strukturell gewalt- und diskriminierungsoffenen Trainingskulturen gepflegt wird.

Während sich Bushido in seiner Außendarstellung auf der Homepage dennoch an ein eher breites Publikum richtet, inszeniert das *Imperium Fight Team* (IFT) hingegen konstant die eigene Nähe zum Hooliganismus. Dies überrascht nicht, da führende Köpfe des Gyms sowie ein Großteil der dort Trainierenden der Hooliganszene aus dem Umfeld des *1. FC Lokomotive Leipzig*³ zuzuordnen sind. So trat Benjamin Brinsa mehrere Jahre für das IFT unter dem Kämpfernamen „the hooligan“ auf (sherdog, o.J.), Kämpfer liefen mehrfach mit Logos des *1. FC Lokomotive* auf der Kleidung sowie den Fahnen mit Vereinslogo zu Kämpfen ein. Und auch in den sozialen Medien wird der positive Bezug auf den Hooliganismus nicht verheimlicht. Auf den Gruppenbildern der Trainings finden sich Personen, die Trikots mit dem szenetypisch geschriebenen „h“ tragen (Imperium Fight Team, 2023). Daneben treten Akteure aus dem IFT auch politisch in Erscheinung. Mehrere Personen, die seinerzeit beim IFT trainierten, waren an den Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz im Januar 2016 beteiligt und standen dafür vor Gericht (Ulrich, 2018). Kampfsportstudios, welche aus gewaltaffinen Milieus stammen und der extrem rechten Hooliganszene nahestehen, finden sich auch über Leipzig hinaus. So agieren Gyms ähnlichen Charakters auch im Erzgebirge, im Raum Chemnitz, Dresden sowie Ostsachsen.

DIE EBENE DER EVENTVERANSTALTER: DIE ORGANISATIONSFORMEN SPORTIVEN UND WELTANSCHAULICHEN KÄMPFENS

Die Frage, zu welchen Kampfsportevents ein Studio seine Kämpfer*innen anmeldet, wurde bereits als ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung

3) Der *1. FC Lokomotive Leipzig* hat sich wiederholt von der extrem rechten Hooliganszene distanziert (Lokomotive Leipzig, 2021).

einer Trainingskultur und Verortung eines Gyms in der gesamten Kampfsportlandschaft benannt. Hieran anschließend werden nun verschiedene Kampfsportevents aus gewaltaffinen Milieus erörtert, welche in Bezug auf ihre weltanschauliche Verortung, öffentliche Zugänglichkeit, prägende Akteure und ihr sportliches Setting zu differenzieren sind.⁴ Dies sind a) rein neonazistische Events, b) kommerzielle Events mit breiterer Zielgruppe und c) sogenannte Underground Fightclubs.⁵

NEONAZISTISCHER KAMPFSPORT:

„KAMPF DER NIBELUNGEN“ UND „TIWAZ“

Die zunehmende Bedeutung, die Kampfsport für die militante extreme Rechte in Deutschland in den vergangenen Jahren gewonnen hat, lässt sich exemplarisch an der Entwicklung vom *Kampf der Nibelungen* (KdN) nachweisen. Dieser wurde 2013 zunächst als „Ring der Nibelungen“ gegründet und fand bis 2016 einmal jährlich vor ca. 120 Zuschauer*innen im westdeutschen Raum statt. Von Beginn an war die Veranstaltung tief in der militanten Neonaziszene verwurzelt. 2016 wurde die Veranstaltung als Marke beim Deutschen Patent- und Markenamt registriert und wuchs zu einem Großevent an. Im Oktober 2017 besuchten bereits über 500 Neonazis das Turnier und die Sponsorenliste erweiterte sich (vgl. Vollkontakt, 2020).

2018 fand das Event erstmals nicht an einem geheimen Ort, sondern mehrfach im ostsächsischen Ostritz statt: zwei Mal als Teil des Rechtsrock-Festivals „Schild und Schwert“ und ein weiteres Mal als eigenständiges Hauptevent am 13. Oktober 2018. Letzteres wurde professionell umgesetzt: beworben mit eigenen Werbevideos, ausgestattet mit leistungsstarker Soundanlage und einem echtem Kampfring. Bundes- und europaweit reisten rund 1.000 Zuschauer*innen an. Der eingangs erwähnte deutsch-russische Hooligan Denis „Nikitin“ Kapus-

4) Der Autor dieses Textes betreibt seit 2020 im Projekt „Vollkontakt – Demokratie und Kampfsport“ ein systematisches Monitoring der Aktivitäten extrem rechter Akteure im Kampfsport. Aus diesem Monitoring stammt ein Großteil der hier angeführten Daten. Allerdings lassen sich zu einigen Fakten keine Beleglinks mehr anführen, da die Accounts extrem rechter Akteure insbesondere auf Instagram mehrfach gelöscht bzw. gesperrt wurden und somit nicht mehr online verfügbar sind. Für alle angeführten Daten liegen dem Autor allerdings Screenshots vor.

5) Hinzu kommt noch das hooliganspezifische Format der sogenannten Ackermatches. Dort treffen sich zwei gleich große Hooligangruppen zu einem Gruppenkampf unter minimalen Regeln abseits der Öffentlichkeit. In der Szene wird dies als prägendes Sportformat betrachtet, Gerichte beurteilten diese Kämpfe allerdings als gemeinschaftliche Körperverletzung (vgl. BGH 2015a, 2015b).

tin und seine Firma *White Rex* besorgten diverse Kämpfer aus Osteuropa über ihre Netzwerke. Der KdN wuchs seinerzeit zum größten Kampfsportevent der militanten Neonaziszene in Westeuropa an (vgl. Runter von der Matte, 2018).

Auf seiner Homepage führt der KdN eine Reihe von Unternehmen auf, die unter dem Begriff der Kampfgemeinschaft zusammengefasst werden. Es handelt sich um extrem rechte Kleidungsmarken, die auch Sponsoren des KdN sind, sowie extrem rechte Kameradschaften und Fightclubs. Dazu gehören die Gruppe *Wardon21*, *Black Legion* aus Brandenburg, *Pride France*, *SportFrei* aus Bremen, *Resistend* für den Outdoorbereich sowie der *Sonnenkreuz Versand*, der unter anderem mit extrem rechter Literatur sowie Nahrungsergänzungsmitteln bzw. Proteinen handelt (Kampf der Nibelungen, o.J.). Hinzu kommen Gruppen wie die *Baltik Korps*⁶ aus Mecklenburg-Vorpommern, *KnockOut 51* aus Thüringen, der *Nordic Fightclub* aus dem Raum Bremen und der *Fightclub 062* aus Sachsen-Anhalt (vgl. Claus, 2020).

Insbesondere anhand der Gruppe *KnockOut 51 - 51* steht für Eisenach – kann exemplarisch die Gefährdung gezeigt werden, welche von extrem rechten Akteuren im Kampfsport ausgeht. So rief die Gruppe das Ziel aus, einen sogenannten Nazi-Kiez in Eisenach zu gründen, in dem das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft gesetzt ist, griff politische Gegner*innen massiv und Polizisten physisch an (Hemkentakrax, 2023). Es gehörte zur Mindestanforderung an Gruppenmitglieder, Kampfsport zu betreiben und ein Körpermindestgewicht von 80 Kilogramm aufzubringen (Bundesgerichtshof, 2022, 6). Eine lange Reihe an Körperverletzungen und weiteren Straftaten führte 2022 zu einer bundesweiten Razzia, in deren Folge mehrere Mitglieder der Kampfsportgruppe 2023 mit dem Vorwurf der Gründung einer kriminellen Vereinigung angeklagt wurden (Hemkentakrax, 2023).

Ebenfalls zum Netzwerk der Kampfgemeinschaft um den KdN gehört das zweite extrem rechte Kampfsportevent in der Bundesrepublik: das von sächsischen Neonazis organisierte *Tiwaz-Kampf der freien Männer*. Das Event, das den Namen einer alten germanischen Rune trägt, fand im Sommer 2018 zum ersten Mal statt und zog ca. 250 Zuschauer*innen im erzgebirgischen Grünhain an. 2019 nahmen in Zwickau knapp 400 Neonazis teil (Exif, 2019), darunter auch Mitglieder

6) Die Gruppe wurde 2021 vom Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern verboten.

des Fightgym *Gablenz* aus dem Erzgebirge (Grunert/Lang, 2022), welches wiederum Mitglied im sächsischen Kickboxverband ist. Zu den Unterstützern des *Tiwaz* gehört neben einigen der bereits genannten Marken auch die Partei *Der III. Weg*⁷ sowie das Chemnitzer Rechtsrocklabel *PC Records*.

Durch diese Auflistung der Gruppen, Labels und Events werden die Schwerpunktregionen extrem rechter Kampfsportorganisationen deutlich: Es handelt sich um ein bundesweites Netzwerk mit Kerngebieten in Südbrandenburg, Thüringen und Sachsen. Die Events werden nur von Menschen aus der extremen Rechten besucht, die Kämpfe folgen sportlichen Regeln in den Disziplinen Boxen, K1 und Mixed Martial Arts. Es handelt sich um schädigungsorientierte Disziplinen, deren Techniken auch in realem, außersportlichem Kampfgeschehen nützlich sind.

Ideologisch hat sich der KdN klar positioniert, indem er bzw. ihm nahestehende Organisationen eine Reihe an Texten veröffentlicht hat, in denen der Kampfsport weltanschaulich begründet und eingebettet wird. So wurde die liberale Demokratie der Bundesrepublik auf der Homepage mehrere Jahre als „faulendes politisches System“ (Kampf der Nibelungen 2019) verunglimpft. Zudem war der KdN mehrfach Thema in der neonazistischen Dortmunder Zeitschrift *N.S. heute*. In der Ausgabe vom Frühjahr 2019 wird gefragt, „weshalb deutsche Männer in der berüchtigten Kölner Silvesternacht 2015/16 ihre Frauen nicht vor den Angriffen [...] schützen konnten“ (Brahm, 2019, 36). Dem könne nur eine gewalttätige deutsche Männlichkeit entgegengestellt werden:

An dieser Stelle seien die Organisatoren vom Kampf der Nibelungen genauso wie die Gruppen Wardon, Tiwaz und ähnliche Organisationen ausdrücklich gelobt [...]. Diese Gruppen erschaffen eine neue Wehrhaftigkeit, die nach außen strahlt. Diese Ausstrahlung, die sich durch Taten, durch die Aufführung ihrer Kampfkünste und allgemein durch den eigenen Lebensstil ergibt, wirkt zunächst in die eigenen Reihen und hat bereits so manchen Aktivisten dazu bewegen

7) Die Partei gibt an, u. a. im Raum Plauen Kick- und Thaiboxkurse sowie Selbstverteidigung für Kinder anzubieten. Zur Frage, wie stark diese Angebote genutzt werden, lässt sich derzeit keine belastbare Aussage treffen. Allerdings sind Themen des Jugendschutzes und möglicher Kindeswohlgefährdung angesprochen, wenn eine neonazistische Organisation derlei Aktivitäten unterhält.

*können, der eigenen Wehrtüchtigkeit etwas nachzuhelfen
[...]. Echte Wehrhaftigkeit ist männlich.*

Brahm, 2019, 39

Kampfsport wird als Mittel der binnenorientierten Disziplinierung männlicher Szenemitglieder verwendet. Zugleich weisen die Ziele dieses Kampfsportes weit über den Sport hinaus. Sportives Kämpfen wird mit weltanschaulichem Kämpfen verbunden, es ist Training für den politischen Straßenkampf.

KOMMERZIELLE EVENTS MIT BREITERER ZIELGRUPPE

Die zweite Kategorie an Events stammt zwar unzweifelhaft ebenso aus einem gewaltaffinen Milieu. Sie unterscheidet sich von der ersten Kategorie jedoch dadurch, dass sie politisch widersprüchlicher agiert und nicht gänzlich dem militanten Neonazismus zuzuordnen ist, wenngleich auch hier Bezüge in die extreme Rechte bestehen.

So verhält es sich bei der Veranstaltung *Ostdeutschland kämpft*, welche seit 2013 alle fünf Jahre zu Ehren der mittlerweile aufgelösten Securityfirma *Black Rainbow Security* durchgeführt wird. Die letzte Veranstaltung fand im Februar 2023 im *Sax Dölzig* statt. Der Ticketverkauf ist offiziell und öffentlich, das sportliche Setting entspricht dem gängiger Kampfsportveranstaltungen.

Politisch agieren die Verantwortlichen jedoch nicht rein neonazistisch, sondern mit widersprüchlichen Positionierungen. Denn einerseits streiten die Veranstalter einen politischen Charakter der Veranstaltung in einem Post auf Facebook grundlegend ab:

Ich bin nicht nur weltoffen ich bin noch viel mehr. Ich habe 1987 an der Tür angefangen. Ja genau an der Tür. Einer Eurer wiederkehrenden Angriffspunkte. Mein ganzes Leben hat für mich der Mensch gezählt, niemals die Hautfarbe oder Nationalität. Beweist mir das Gegenteil! Der vielbeschriebene Diskkrieg hatte keinerlei rassistische Hintergründe. Wir haben Alle Zu viele Fehler gemacht und uns von Stolz und Vorurteil leiten lassen. Keine Heldentat aber auch kein Rassismus. Für mich persönlich ist es normal mit ‚jedem‘ der mich respektiert und mir in die Augen schaut ein Bier zu

trinken und zu reden. Lokist, Chemiker, Unioner, Engel oder Bandit.

Black Rainbow, 2023b

Die Veranstalter nehmen mit diversen Schlagworten Bezug auf Entwicklungen der Leipziger Rockerszene, des Hooliganismus sowie der organisierten Kriminalität. So werden nicht allein der Leipziger Diskkrieg (Wagner 2008) aufgeführt, sondern auch Bezüge zu den Engeln – *Hell's Angels* – und Banditen – *Bandidos* – hergestellt. Die Verortung in einem gewaltaffinen Milieu streiten die Veranstalter also keineswegs ab. Jedoch distanzieren sie sich von Rassismus.

Dies wiederum steht in starkem Kontrast zum Plakat der Veranstaltung. Denn auf diesem werden diverse politische Anspielungen verwendet. Zum einen sind nur weiße Männer abgebildet. In der Mitte schreit ein Kämpfer in die Kamera, der den Slogan der Waffen-SS „Ruhm und Ehre“ als Tattoo auf dem Schlüsselbein trägt. Zudem ist er nicht der einzige abgebildete extrem rechte Kämpfer. Das Bushido Sportcenter wiederum war auf dem Plakat als Unterstützer aufgeführt.

Zum anderen ist der Titel „Ostdeutschland kämpft“ doppeldeutig. Einerseits bezeichnet er Sport in der Region. Andererseits ist er als Kampf der politischen Identität Ostdeutschland zu verstehen, wie auch folgende Erläuterung der Veranstalter auf Facebook verdeutlicht:

Ostdeutschland kämpfte nach der Wende jeden Tag!!! Und jetzt mal „Butter bei die Fische“, wir mochten die Wessis nicht bedingungslos.

Black Rainbow, 2023b

Während auf *Facebook* also eine politische Ausrichtung abgestritten wird, richtet sich das Plakat mit mehreren Symbolen – Kämpfer, Hautfarbe, Tattoos, Sponsoren – an ein extrem rechtes Publikum. Dieses vermag solche Zeichen zu lesen, sind langjährige Szeneangehörige doch mit ihnen vertraut. Hierauf weist auch ein Vorfall hin, der sich auf dem Event selber zutrug: Beim Kampf von eben jenem ursprünglich aus Chemnitz stammenden Martin K. skandierten Personen im Publikum mehrfach „HooNaRA“ – ein offener Bezug auf die neonazistische Chemnitzer Hooligangruppe *Hooligans Nazis Rassisten*, die in den 1990er und 2000er Jahren aktiv war. Da die Gruppe seit 2007 als aufgelöst gilt,

können derlei Sprechchöre als verbale Erinnerungspolitik an die Geschichte des extrem rechten Hooliganismus in Ostdeutschland gewertet werden.

Zugleich sind nicht alle Athleten auf dem Plakat der Veranstaltung abgebildet, denn auf dem Event traten auch Kämpfer an, deren Namen auf eine familiäre Migrationsgeschichte schließen lassen (Black Rainbow Security, 2023 a) sowie Frauen. Das Event richtet sich also primär an die sächsische Hooliganszene, ist aber nicht derart abgeschottet wie der KdN. Darüber hinaus haben derartige Events eine längere Geschichte: Zu dem im vorherigen Abschnitt beschriebenen *Imperium Fighting Team* gehörte die *Imperium Fighting Championship*, die bis 2016 fünf Events veranstaltete, welche ähnlichen Charakters waren.

UNDERGROUND FIGHTCLUBS

Ein Kampfsport-Format, welches sich vor allem durch sein Setting von anderen „Fight-Nights“ oder Boxnächten abhebt, sind die sogenannten Underground Fightclubs. Diese haben eine längere Geschichte, wurden aber besonders durch das schwedische Format „King of the streets“ bekannt (King of the streets, 2023). Dort treten als Hooligans und Streetfighter angekündigte Kämpfer zwischen Bauzäunen gegeneinander an und werden vom verummten Publikum unterstützt. Gekämpft wird auf blankem Beton, man kann auf die Ergebnisse wetten und PayPerView-Tickets für die Online-Übertragung erwerben.

Dem Event eifert eine Reihe an Formaten nach, unter anderem „Frontière – Respect of the Streets“ (ROTS), welches 2022 auch im Raum Leipzig stattfand. Kämpfer traten auf einem Parkplatz an, die Kampffläche war durch Autoreifen begrenzt (ProSieben, 2022). Zwar liegen von dem Event keine ausführlichen politischen Statements wie von den bisher erläuterten Veranstaltungen vor. Aber die Social-Media-Accounts von einigen Kämpfern weisen Bezüge in die extrem rechte Hooliganszene aus dem Umfeld des Fußballvereins *Lokomotive Leipzig* (Vgl. Inventati, 2022) sowie zu Chaptern von Rockergruppen auf. Allerdings traten auch hier Kämpfer mit Migrationshintergrund an. Das Publikum ist auf einen engen Kreis bzw. das Umfeld der Kämpfer beschränkt, sportives Setting und Regeln finden sich nur in Ansätzen.

In der Gesamtschau dieser unterschiedlichen Formate an Kampfsportevents werden Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten sichtbar:

Erstens unterscheiden sich die Events in ihrer weltanschaulichen Selbstverortung. Beim KdN sind die Bezüge zum militanten Neonazismus offensichtlich und werden in extrem rechten Szenemedien offen präsentiert. Bei „Ostdeutschland kämpft“ hingegen bildet eine widersprüchliche Mischung aus Distanzierungen von Rassismus und der Abbildung neonazistischer Symbolik die öffentliche Darstellung. Von *Frontière – Respect of the Streets* wiederum ist kaum eine politische Positionierung bekannt, wenngleich die Veranstaltung zum gleichen Milieu zählt.

Auch unterscheiden sich die Veranstaltungen in Bezug auf ihre öffentliche Zugänglichkeit: Tickets für den KdN werden zwar öffentlich beworben. Allerdings ist die Veranstaltung derart deutlich im Neonazismus verankert, so dass sich das Publikum aufgrund sozialer und politischer Barrieren allein aus der extremen Rechten speist. *Ostdeutschland kämpft* wiederum richtet sich an ein breiteres Publikum und ist tendenziell auch für Zuschauer*innen *of colour* offen. Für *Frontière* wiederum existiert kein offener Ticketverkauf. Zuschauer*innen sind Begleiter*innen der Kämpfer und kommen somit aus dem engen Kreis der Szene. Darüber hinaus unterscheiden sich die Formate auch bezüglich ihres sportlichen Settings: Der KdN und *Ostdeutschland kämpft* sind klassische Kampfsport-Veranstaltungen mit Ring, Schiedsrichtern und medizinischer Erstversorgung. *Frontière* hingegen findet auf Betonplätzen im öffentlichen Raum statt, Regeln werden nur minimal angewendet.

Bei all diesen detaillierten Differenzierungen werden allerdings auch gewichtige Gemeinsamkeiten sichtbar: Die verschiedenen Formate verdeutlichen, wie viele Aktivitäten gewaltaffiner und extrem rechter Akteure sich auf Kampfsport fokussieren und welchen Schwerpunkt er für sie bildet. Kampfsport verfügt als Eventkultur sowie aufgrund der erlernbaren Gewaltkompetenzen über eine hohe Attraktivität für menschen- und demokratiefeindliche Akteure. Eine Vermischung der Hooligan-, Neonazi- und Rockerszene in einem männerbündischen Gewaltmilieu findet seit vielen Jahren statt. Kampfsport stellt für sie ein wichtiges Betätigungsfeld dar.

Zugleich werden die kämpferischen Fähigkeiten auch außerhalb des Sports angewandt. So waren einige der Akteure bzw. Kämpfer aus diesem Milieu an den Ausschreitungen im Rahmen der Proteste gegen die staatliche Corona-Politik im November 2020 in Leipzig beteiligt (Sportschau, 2022). Sie verbinden mehr oder minder offen den sportlichen mit dem weltanschaulichen Kampf.

INTERVENTIONEN

Zuweilen sind derlei Veranstaltungen – insbesondere solche aus dem Spektrum des militanten Neonazismus – jedoch auch mit Interventionen konfrontiert. Wie im vorherigen Abschnitt geschildert, war die Entwicklung des KdN und seiner nahestehenden Netzwerke bis 2019 von großem Wachstum und einer regen Anzahl an Aktivitäten getragen. Dies rief zivilgesellschaftliche, mediale und schließlich auch staatliche Aufmerksamkeit hervor, die darin mündete, dass die Kommune Ostritz das Event im Oktober 2019 verbot. Innerhalb einer Woche war das damalige Verbot Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen. Das Verwaltungsgericht Dresden bestätigte das Verbot und begründete dies folgendermaßen:

Vor dem Hintergrund der Ankündigung, dass als Zulassungskriterium zur Veranstaltung durchaus die Gesinnung wesentlich sein wird und die Teilnehmer in jedem Fall keine Beobachtung durch Öffentlichkeit und Presse wünschen und dies verhindern wollen, ist hinreichend sicher zu erwarten, dass im Vordergrund der Veranstaltung nicht die sportliche Betätigung, sondern die Schaffung eines Zusammengehörigkeitsgefühls und eine gegenseitige Bestärkung im politischen Kampf gegen das hassenswerte System der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen wird. Dadurch unterscheidet sich die Veranstaltung deutlich von anderen Events aus diesem Sportbereich. Eine rein sportliche Veranstaltung würde darauf abzielen, gezeigte Leistungen auch allgemein kundig werden zu lassen. Die Abschottung deutet daraufhin, dass das gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete Verhalten ungehindert gelebt und, was die gewaltsame Bekämpfung angeht, eintrainiert werden soll.

Verwaltungsgericht Dresden, Aktenzeichen 6 L 788/19, 9

Diese Einschätzung wiederum wurde noch in der Woche des Verbots vom Oberverwaltungsgericht Sachsen in Bautzen geteilt.

In der Folge erhob der KdN eine sogenannte Fortsetzungsfeststellungsklage gegen die Kommune Ostritz, um gerichtlich zu klären, ob das Verbot von 2019 rechtens war und sich daraus Folgen für etwaige weitere Veranstaltungen ergeben. Insofern hat dieses Verfahren enorme

Bedeutung für die Zukunft neonazistischer Kampfsportveranstaltungen generell sowie speziell für die Zukunft des KdN als Event in Deutschland. Es dauerte bis ins Jahr 2022, bis die Klage zur Verhandlung kam. Der KdN hatte vorab versucht, sein Image weniger politisch und gewaltvoll zu gestalten, nahm unter anderem den oben zitierten Satz über die liberale Demokratie als „faulendes politisches System“ von der Homepage. Letztlich vermochten die Vertreter des KdN es jedoch nicht, das Verwaltungsgericht Dresden zu überzeugen. Es wies die Fortsetzungsfeststellungsklage am 7. September 2022 ab und folgte der Argumentation der Ostritzer Kommune:

Im Vordergrund habe keine Sportveranstaltung gestanden, sondern die Vorführung von Kampftechniken sowie die Kampfertüchtigung als Einstieg in den physischen politischen Kampf, um auf diese Weise politische Ziele gewaltsam durchsetzen zu können. Eine Gefährdung habe vorgelegen, weil die Veranstaltung darauf abgezielt habe, dem Besucherkreis Gewaltkompetenzen zur Überwindung des politischen Systems zu vermitteln. Die dort gewonnenen Erkenntnisse hätten mit hoher Wahrscheinlichkeit und absehbar genutzt werden können, um gewalttätigen Widerstand gegen Funktionsträger des Staates zu leisten und zu gewaltsamem Handeln gegen Andersdenkende anzuleiten.

Pressemitteilung Verwaltungsgericht Dresden 2022

Im Nachgang hat die Rechtsvertretung des KdN einen Antrag auf Zulassung der Berufung am Sächsischen Oberverwaltungsgericht in Bautzen gestellt.⁸ Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, würde dies mit ziemlicher Sicherheit das Ende von Großveranstaltungen des KdN in Deutschland bedeuten. In der Zwischenzeit veranstaltete der KdN im Mai 2023 gemeinsam mit dem Label *Pride France* und der Gruppe *Legio Hungaria* ein Event in Ungarn (vgl. Kampf der Nibelungen, 2023).

Derartige Interventionen finden nicht allein behördlich gegen Organisationen statt. Auch aus den Strukturen des Sports heraus wird gegen Sportler, die zur Szene des militanten Neonazismus zu zählen sind, Stellung bezogen. Dies verdeutlicht das folgende Beispiel aus

⁸) Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Beitrages hatte das OVG Bautzen noch nicht über den Antrag entschieden.

Bautzen. Der Box-Verband Sachsen zeichnete im November 2022 einen Sportler des *MSV Bautzen 04*, der sich auf Instagram offen zu seiner nationalsozialistischen Gesinnung bekannte, als Landesmeister in der Gewichtsklasse bis 92 Kilogramm aus. Bilder zeigten den Sportler u. a. in einem T-Shirt mit der Aufschrift „The White Race“. Auch warb er für das Event des KdN in Ungarn und rief regelmäßig zur Teilnahme am sogenannten Jugendblock bei den extrem rechten Demonstrationen in Bautzen auf. Der Landessportbund Sachsen nahm bezüglich dieser Thematik Kontakt zum Bautzener Verein auf.⁹ Die Gespräche führten dazu, dass der Sportler laut Aussage des *MSV Bautzen 04* nicht mehr Mitglied in dem Verein ist.

FAZIT

Wie an den Erläuterungen zu GMF im (Kampf-)Sport und den Idealtypen verschiedener Trainingskulturen deutlich wird, sind Sportvereine und Kampfsportstudios Räume, in denen soziale, kulturelle und eben auch politische Normen vermittelt werden. Darin liegen sowohl Potenziale als auch Risiken. So macht es einen erheblichen Unterschied, ob ein Kampfsportstudio sich der Gewalttrisiken des Sports bewusst ist und diese präventiv durch eine Trainingskultur des solidarischen Miteinanders sowie des Zusammenhalts in Vielfalt mit gezielten Maßnahmen einhegt, oder ob ein Kampfsportstudio mehr oder minder explizit mit Härteidealen und Gewaltansprachen für sich wirbt.

Darüber hinaus haben Akteure aus dem extrem rechten Hooliganismus wie auch dem militanten Neonazismus eigene Strukturen im Kampfsport in Sachsen aufgebaut, wie an einigen Organisationen gezeigt werden konnte. Sie nutzen die Sportstudios als Infrastruktur ihrer Gewalttrainings und zielen darauf ab, ihre Gewaltkompetenzen zu professionalisieren. Dabei nutzen extrem rechte Akteure das Gewaltpotenzial ihrer Szenen als zentrale Ressource: Sie nutzen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen sowie als Mittel zur Herstellung der eigenen Männlichkeit. Zudem werben extrem rechte Akteure mit Kampfsport niedrigschwellig um – meist männlichen – Nachwuchs. Das

9) Seit 2011 gibt es beim Landessportbund das durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie den Landespräventionsrat Sachsen geförderte Projekt „Im Sport verein(t) für Demokratie“ (Landessportbund Sachsen, 2023b). Aufgabe dessen ist es, bei Vorfällen von Diskriminierung sowie rechtsextremistischen Phänomenen im sächsischen Sport aktiv zu werden und gegen sie vorzugehen.

wiederum zeitigt Auswirkungen auf jugendkulturelle, soziale und politische Entwicklungen in lokalen Räumen. Die Folgen zeigen sich z.B. als Machtmonopol in den Fußballstadien sowie als Einschüchterung der gegen Rechtsextremismus engagierten Zivilgesellschaft und marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Interventionen von Seiten staatlicher Behörden sowie der Sportverbände haben konkrete Aktivitäten einzelner Akteure mitunter unterbunden – allem voran die Events des KdN. Doch an dem Ausmaß, in dem extrem rechte Akteure im Kampfsport etabliert sind, vermochte dies kaum etwas zu ändern.

Umso wichtiger sind demokratische Akteure, die präventiv im Sport agieren – sei es in den traditionellen Sportvereinen oder als Anbieter auf dem kommerziellen Markt. Sie sensibilisieren gegen Diskriminierung, fördern Vielfalt im Sport und dessen Strukturen, verstehen Sport als wichtigen Bestandteil einer menschenrechtsbasierten demokratischen Kultur. Menschen können im Sport in einem persönlichen Erfahrungsraum sehr niedrigschwellig und alltagsnah ein solidarisches Miteinander kennenlernen. Gewaltkompetente und menschenfeindliche Szenen sind jedoch eine Gefahr für die demokratische (Sport-)Kultur.

LITERATUR

- Alternative Dresden News (2020). „Ein begnadeter Techniker“ – Spirit of Bayon-Gym erinnert an Rukeli Trollmann. URL: www.addn.me/kultur/ein-begnadeter-techniker-spirit-of-bayon-gym-erinnert-an-rukeli-trollmann (01.09.2023).
- Black Rainbow Security (2023a). Post auf *Facebook* vom 06.02.2023. URL: https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=pfbid02exGutae3ZV1h5ysdyRS5DLXvKHVnRaegmXpp8xcW3zRpFvjjWbja7E7FFyPngpul&id=100057615213143&locale=de_DE (01.09.2023).
- Black Rainbow Security (2023b). Post auf *Facebook* vom 15.08.2023. URL: www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=pfbid02zfhqWiPbAEmgsvzUdjTLKuo6R4PkCkNp9T2DvT4o1VCU3bHPEdk5xDWJKiJDPeml&id=100057615213143 (16.11.2023).
- Brahm, Arnulf (2019). Staatliches Gewaltmonopol und organisierte Selbsterhaltung. *N.S. heute 2019* (Ausgabe 14, März/April), 36–41.
- Bundesgerichtshof (2015a). Urteil 3 STR 233/14 vom 22.01.2015: Zur Sittenwidrigkeit von Körperverletzungen im Rahmen von verabredeten Schlägereien. 3. Strafsenat, Karlsruhe.
- Bundesgerichtshof (2015b). Hooligans als kriminelle Vereinigung. Mitteilung der Pressestelle 11/2015.
- Bundesgerichtshof (2022). Beschluss AK 36–39/22.
- Bushido Muay Thai & Freefight Team (2020a). Nächstes Blade Bastard Seminar am 19.9. in Leipzig im Bushido Sportcenter West #bladebastards #knifefighting. Post auf *Facebook* vom 01.09.2020. URL: www.facebook.com/watch/?v=3433029906760889 (01.11.2023).
- Bushido Muay Thai & Freefight Team (2020b). Blade Bastards #bladebastards #markozschönermartialarts #knifefighting #staysafe #protectyourself #kravmaga. Post auf *Facebook* vom 01.08.2020. URL: www.facebook.com/watch/?v=3149738315114678 (01.11.2023).
- Bushido Sportcenter (o.J.). Flyer/Plakat *Die einen nennen es Mobbing, wir nennen es Training!* Bushido Sportcenter im Paunsdorf Center.
- Bushido Sportcenter (2023). Unsere Kurse & Angebote. URL: www.bushido-sportcenter.com (01.11.2023).
- Chronik.LE (2021). Übersicht neonazistischer und rechtsoffener Gyms in Leipzig. In *Leipziger Zustände 2021*. URL: https://chronikle.org/media/323/Leipziger_Zust%C3%A4nde_2021.pdf (03.09.2023).
- Claus, Robert (2017). Hooligans professionalisieren ihre Gewalt. In Ders. (Hrsg.), *Hooligans. Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik* (S. 131–148). Göttingen: Die Werkstatt.
- Claus, Robert (2018). Der extrem rechte Kampfsportboom. *Bundeszentrale für politische Bildung*. URL: www.bpb.de/politik/extremismus/rechts-extremismus/279552/der-extrem-rechte-kampf-sportboom (23.06.2023).
- Claus, Robert (2019). Wehrhaftigkeit und Selbstoptimierung: Kampfsport in der extremen Rechten. URL: www.dasversteckspiel.de/hintergruende/wehrhaftigkeit-und-selbstoptimierung-kampfsport-in-der-extremen-rechten-330.html (23.06.2023).
- Claus, Robert (2020). *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert*. Bielefeld: Die Werkstatt.
- Claus, Robert/Staack, Michael/Zajonc, Olaf (2022). *Zum Stand der Präventionsansätze im Extremkampfsport. Mixed-Martial-Arts-Studios zwischen präventiven, indifferenten und strukturell gewalt- bzw. diskriminierungsoffenen Trainingskulturen*. Hannover: Selbstverlag im Modellprojekt „Vollkontakt – Demokratie und Kampfsport“. URL: www.vollkontakt.info/material (15.11.2023).
- Delto, Hannes/Tzschoppe, Petra (2015). *Wir und die Anderen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Sport in Sachsen*. Leipzig: Universität Leipzig. URL: www.bisp-surf.de/Record/PU201602000793 (15.11.2023).
- Delto, Hannes/Tzschoppe, Petra (2016a). *Wir und die Anderen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Sport in Brandenburg*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Delto, Hannes/Tzschoppe, Petra (2016b). *Wir und die Anderen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Sport in Sachsen-Anhalt*. Leipzig: Universität Leipzig. URL: www.ssoar.info/ssoar/handle/document/45828 (15.11.2023).
- Delto, Hannes/Zick, Andreas (2021). Vereins-sport in rechtsextremem und menschenfeindlicher Gesellschaft. In Beate Küpper/Andreas Zick (Hrsg.), *Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021* (S. 130–138). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin.
- Exif Recherche (2019). „Tiwaz“ 2019: Neonazis & Hooligans trainieren für Straßenkampf & „Tag X“. URL: <https://exif-recherche.org/?p=6105> (06.09.2023).
- Exif Recherche (2020). Der „Kampf der Nibelungen“ 2020 – Online-Stream statt Großevent. URL: www.exif-recherche.org/?p=6760 (02.03.2022).
- Grunert, Johannes/Lang, Anna-Louise (2022). Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. *EFBI Policy Paper 2022-3*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Haltung zeigen (2021). Für Kampfsport ohne Vorurteile. URL: www.haltungzeigen.org; (22.07.2023).
- Heitmeyer, Wilhelm/Scherer, Judith/Winands, Martin (2010). Choreographen der Gewalt. In Birgit Richard/Heinz-Hermann Krüger (Hrsg.), *Inter-Cool 3.0. Jugend – Bild – Medien. Ein Kompendium zur aktuellen Jugendkulturforschung* (S. 159–162) München: Wilhelm Fink Verlag.
- Hemkentokrax, Johanna (2023). „Man wusste, die wollen uns töten“. *Tagesschau*, 21.08.2023.

- URL: www.tagesschau.de/investigativ/ldr/kno-ckout51-eisenach-rechtsextremismus-100.html (08.11.2023).
- Imperium Fight Team (2023). Post auf *Facebook* vom 09.01.2023. URL: www.facebook.com/imperiumfightteam/photos/a.289854837869917/2331473090374738/; (02.11.2023).
- Inventati (2022). Die „288-Gang“-Graffiti, Kampfsport und rechte Fußballszene Leipzigs. URL: www.inventati.org/leipzig/?p=5123 (01.09.2023).
- Kampf der Nibelungen (o.J.). Über uns. URL: www.kampf-der-nibelungen.com/start/ (08.11.2023).
- Kampf der Nibelungen (2019). Homepage. URL: <https://web.archive.org/web/20191120121020/https://www.kampf-der-nibelungen.com/start/> (16.11.2023).
- Kampf der Nibelungen (2023). Post auf *Telegram*, 07. Mai 2023. URL: <https://t.me/KDN2013/952> (08.11.2023).
- King of the streets (2023). Homepage. URL: <https://kingofthestreets.com/> (08.11.2023).
- Landessportbund Sachsen (2023a). Mitgliederstatistik. URL: www.sport-fuer-sachsen.de/wir-ueber-uns/statistik (31.10.2023).
- Landessportbund Sachsen (2023b). Mit uns für eine sportliche Zukunft für alle. URL: www.sport-fuer-sachsen.de/sport-und-gesellschaft/im-sport-vereint-fuer-demokratie (01.11.2023).
- Lokomotive Leipzig (2021). Kannst du es spüren? URL: www.youtube.com/watch?v=STLdAbnBB-Dk (25.09.2023).
- Meuser, Michael (2008). It's a Men's World. Ernste Spiele männlicher Vergemeinschaftung. In Gabriele Klein/Michael Meuser (Hrsg.), *Ernste Spiele. Zur politischen Soziologie des Fußballs* (S. 113–134) Bielefeld: Transcript.
- ProSieben (2022). Fightclubs in Deutschland. Die Szene ist größer denn je. URL: www.prosieben.de/serien/zervakis-opdenhoevel-live/videos/fightclubs-in-deutschland-die-szene-ist-groesser-denn-je (letzter Zugriff: 01.09.2023).
- Runter von der Matte (2018). Der „Kampf der Nibelungen“ 2018 – Eine erste Auswertung. URL: <https://runtervondermatte.noblogs.org/der-kampf-der-nibelungen-2018-eine-erste-auswertung/> (08.11.2023).
- Sidekick (2023). Homepage. URL: www.sidekick-leipzig.org (01.11.2023).
- Sherdog (o.J.). Benjamin Brinsa „the hooligan“. URL: www.sherdog.com/fighter/Benjamin-Brinsa-24584 (02.11.2023).
- Sportschau (2022). Hooligans bei Querdenkern. URL: www.facebook.com/watch/?v=259308878991324 (01.09.2023).
- Tassler, Jochen/Regis, Julia (2018). Extrem gewaltbereit: Kampfsport in der rechten Szene. *WDR Monitor*, 25.10.2018. URL: www1.wdr.de/das-erste/monitor/sendungen/rechter-kampfsport-100.html (30.10.2023).
- Ulrich, Sarah (2018). 200 Angreifer hatten leichtes Spiel. *Taz*, 16.8.2018. URL: <https://taz.de/Nazi-Angriff-in-Leipzig-vor-Gericht!/5525171/> (06.11.2023).
- Verwaltungsgericht Dresden (2019). Beschluss zum Verfahren mit dem Aktenzeichen Az.: 6 L 788/19 vom 09. Oktober 2019.
- Verwaltungsgericht Dresden (2022). Pressemitteilung vom 07.09.2022 „Verwaltungsgericht weist Klage gegen das Verbot einer Kampfsportveranstaltung ab“. Dresden.
- Vollkontakt (2021). Monitoringbericht „Kampfsport und extrem rechte Gewalt 2020“. Hannover. URL: www.vollkontakt.info/material (08.11.2023).
- Wagner, Siegbert (2008). Bandenkrieg in L.E. *Der Spiegel*, 11.03.2008. URL: www.spiegel.de/panorama/justiz/tuerstehermilieu-bandenkrieg-in-l-e-a-540631.html (17.11.2023).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kontinuierlich aufarbeiten

Ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex
(nicht nur für Südwestsachsen)

Der NSU-Komplex ist nicht Geschichte – und kann es auch nicht sein. Es fehlt Gerechtigkeit für Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Halit Yozgat, Mehmet Kubaşık und Michèle Kiesewetter. Sie sind die Opfer einer rassistischen und rechtsterroristischen Mordserie, die von einem neonazistischen Netzwerk zwischen 2000 und 2007 verübt wurde.

Es fehlt Gerechtigkeit für die Angehörigen der Opfer. Sie wurden im Zuge der Taten mit einem institutionellen Rassismus konfrontiert, der sie zu den Hauptverdächtigen machte. Erst im November 2011 – mit der sogenannten „Selbstenttarnung“¹ des NSU – wurde ihnen diese Last genommen. „Elf Jahre lang durften wir nicht einmal reinen Gewissens Opfer sein“, sagte Semiya Şimşek im Februar 2012 beim offiziellen Trauerakt der Bundesregierung (Şimşek, 2012, Min. 0:49–0:55; vgl. dazu Kleffner, 2023).

Es fehlt Gerechtigkeit für die Betroffenen und Überlebenden der rassistischen Bombenanschläge in Köln und Nürnberg. Sie wurden bei den Anschlägen zum Teil lebensgefährlich verletzt und gerieten ebenso in den Fokus der Polizeibeamt*innen, die ihre Migrationsgeschichten zum Hauptansatzpunkt der Ermittlungen machten. Die „Bombe nach der Bombe“, so bezeichnen die Überlebenden die Kriminalisierung (Arslan et al., 2023), hatte eine nicht minder verheerende, teilweise bis heute anhaltende Wirkung. Atilla Özer, einer der Betroffenen, starb 2017 an den Spätfolgen des Anschlags.

1) Der Begriff „Selbstenttarnung“ beschreibt, dass das rechtsterroristische Netzwerk aktiv die eigene Enttarnung betrieb, nachdem sich Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos nach einem missglückten Banküberfall selbst erschossen hatten. Die dafür vorproduzierte Bekenner-DVD wurde durch Beate Zschäpe oder durch andere, noch unbekannte Helfer*innen verschickt; erst auf dieser Grundlage wurden die Morde und Anschläge dem NSU zugeordnet und als rechtsterroristische Taten eingestuft.



Es fehlt Gerechtigkeit für den schwer verletzten Polizisten Martin A., der die Schüsse des NSU in Heilbronn nur knapp überlebte.

Der Gerechtigkeit Genüge zu tun und sich ihr zumindest anzunähern, ist ein mühsamer Prozess mit offenem Ausgang. „Ein kleines Stück Gerechtigkeit“, so sagte Gamze Kubaşık im Rahmen einer Veranstaltung in Dortmund im September 2023, könne ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex sein. Die Tochter von Mehmet Kubaşık ist mittlerweile in der politischen Bildung tätig und sieht in einem solchen Zentrum eine Chance, die Geschichte ihrer Familie zu einem festen Teil der Geschichte dieses Landes zu machen. Es wäre ein Ort, der die Erinnerung an ihren Vater und die Opfer des NSU stärkt – und ein mehr als nur symbolisches Zeichen zur Rehabilitation und Anerkennung der Angehörigen und Überlebenden.

Es sollte zum Ziel haben, die Handlungsmacht der Angehörigen und Überlebenden der NSU-Verbrechen in den Aufarbeitungsprozessen zu stärken. Denn sie und ihre Unterstützer*innen waren es, die nach der Ermordung von Halit Yozgat und Mehmet Kubaşık im Frühjahr 2006 Demonstrationen in Kassel und Dortmund organisierten und für Aufklärung kämpften. Mehrere tausend Menschen schlossen sich der Losung „Kein 10. Opfer“ an. Die Redner*innen trugen Trauer, Verzweiflung und Wut in die Öffentlichkeit. Sie formulierten die Erwartung, dass die Ermittlungsbehörden die Täter*innen stoppen und der Mordserie ein Ende bereiten. Sie wiesen auf die entscheidende Leerstelle in den bisherigen Ermittlungen hin: „Alle Opfer sind Migrant*innen, da ist doch ein rechtsextremistischer Hintergrund sehr einleuchtend.“ (vgl. Bunjes, 2006) Und sie richteten sich gegen den andauernden Ermittlungsfokus auf die Betroffenen selbst.

Die Appelle fanden kaum Resonanz. Aus ungeklärten Umständen endete zwar die Česká-Mordserie nach dem Mord an Halit Yozgat. Das dafür verantwortliche rechtsterroristische Netzwerk tötete aber weiter: Im April 2007 erschoss der NSU die Polizistin Michèle Kiesewetter und verletzte einen weiteren Beamten schwer. Die Ermittlungen blieben erneut ergebnislos. Erst Jahre später, im Zuge der gescheiterten Flucht nach einem Banküberfall in Eisenach am 4. November 2011, bekannte sich der NSU zu zehn Morden und zwei Bombenanschlägen zwischen 2000 und 2007. Erst hier begriffen Sicherheitsbehörden und auch die breite Öffentlichkeit, wer für die Mord- und Anschlagsserie verantwortlich war.

Enttäuschte Erwartungen spielten auch im Justizprozess eine zentrale Rolle. Am 11. Juli 2018 verkündete das Oberlandesgericht München sein Urteil. Die Hoffnung nach Aufklärung und Gerechtigkeit erfüllt der Richterspruch trotz eines fünfjährigen Mammutprozesses nicht. Entscheidende Fragen bleiben unbeantwortet. Ayse Yozgat, Mutter von Halit, erklärte: „Sie haben wie Bienen gearbeitet, aber keinen Honig produziert“. Insbesondere die Rolle von Ermittlungs- und Verfassungsschutzbehörden wurde nicht kritisch hinterfragt. Für Unverständnis sorgten außerdem der partielle Freispruch für den einzigen angeklagten NSU-Unterstützer aus Sachsen, die verhältnismäßig milden Urteile für weitere Unterstützer und die Nichtbeachtung der Leidensgeschichte der Opfer-Angehörigen in der Urteilsbegründung. Auch hier haben die Angehörigen deutlich gemacht: Die bisherige Aufarbeitung des NSU-Komplexes muss einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

ÄHNLICHE ERFAHRUNGEN

Die Taten des NSU wurden durch ein breites Feld an Unterstützer*innen aus der neonazistischen Szene, eine Verzahnung deutscher Geheimdienste mit dieser Szene sowie strukturellen und institutionellen Rassismus in den Strafverfolgungsbehörden ermöglicht. Die Situation der Betroffenen wurde verschärft durch eine kritiklose Übernahme rassistischer Deutungen in Medien sowie eine fehlende Wahrnehmung der Betroffenen und eine ausgebliebene Solidarisierung mit ihnen durch die Mehrheitsgesellschaft (vgl. z.B. Karakayalı, et al., 2017).

Was sich im NSU-Komplex wie unter einem Brennglas bündelt, speist sich in Teilen auch aus einem sächsischen Alltag. Mit der Wiedervereinigung 1990 entwickelte sich das neugegründete Bundesland zu einem Brennpunkt rechtsmotivierter Straßengewalt und neonazistischer Organisation und bot Ende der 1990er „Baseballschlägerjahre“ einen geeigneten Rückzugsraum für das NSU-Kerntrio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Diese vollzogen einen entscheidenden letzten Radikalisierungsschritt in Chemnitz, einem „Zentrum der Bewegung des ‚Weißen Arischen Widerstands‘“ (Laabs, 2017). Sie fanden dort personelle, materielle und ideologische Ressourcen, um ein neonazistisches Terrornetzwerk aufzubauen. Ihre Pläne setzten sie ab Sommer 2000 ausgehend von Zwickau um, von wo aus sie in den fol-

genden elf Jahren unentdeckt operieren konnten. Das ist der offensichtliche Teil der Geschichte.

Der andere, weniger sichtbare Teil handelt von einer ostdeutschen migrantischen Realität, die bis weit in die Geschichte der DDR zurückreicht. Er handelt von Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam, Mosambik oder Kuba, die nach Ende der DDR tausendfach über Nacht ihren Aufenthaltstitel verloren und aufgefordert wurden, das Land zu verlassen. Er handelt davon, dass diese Menschen zum Ziel rassistisch motivierter Angriffe werden, so etwa beim Pogrom in Hoyerswerda 1991. Er handelt von der Explosion rechtsmotivierter Gewalt im Nachgang der deutschen Wiedervereinigung, von einer erstarkenden neonazistischen Organisierung und von Wahlerfolgen neonazistischer Parteien. Er handelt von Menschen, die sich damit nicht abfinden wollen und dafür mit polizeilicher Repression konfrontiert werden.

Dieser Teil der Geschichte kennt viele Opfer und noch mehr Betroffene: 19 Todesopfer rechtsmotivierter Gewalt sind seit 1990 allein in Sachsen zu beklagen, neun davon wurden getötet, während der NSU in Sachsen aktiv war: Nuno Lourenço, Patrick Thürmer, Bernd Schmidt, Günter T., Thomas K., Karl-Heinz Teichmann, Marwa El-Sherbini, Kamal Kilade und André Kleinau. Tausende Personen wurden seit 1990 von Neonazis tödlich angegriffen und verletzt. Allein in Sachsen zählen die Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt seit 2009 5.447 direkt Betroffene rechtsmotivierter Angriffe. Verlässliche Statistiken für die Zeit davor fehlen. Für einen beträchtlichen Teil der hiesigen Gesellschaft hat das Problem neonazistischer Gewalt eine wahrnehmbare Rolle im Alltag gespielt bzw. spielt es immer noch. In der „Dominanzgesellschaft“ (Rommelspacher, 1995) und seit Jahrzehnten CDU-geführten sächsischen Staatsregierung findet das jedoch nur wenig Resonanz. Dort treffen diese Erfahrungen oftmals auf Verharmlosung, Ignoranz oder Täter-Opfer-Umkehr. Den Schaden trägt jedoch die demokratische Gesellschaft als Ganzes, wird sie doch durch die anhaltende Gewalt systematisch in Frage gestellt.

Es sind unter anderem diese Erfahrungen, aus denen sich die heutigen Anstrengungen für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex speisen. Denn aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ist klar: Es braucht stärkere Anstrengungen für eine NSU-Aufarbeitung in Sachsen, insbesondere mit Blick auf die staatlichen Institutionen und die Vermittlung in der Öffentlichkeit. Ziel ist es dabei, eine Wiederholung solcher

Taten zu verhindern. Es braucht Ansätze, die diejenigen stärken, die immer wieder hingeschaut und Wissen generiert haben, die (selbst-)kritisch hinterfragt und gesellschaftliche blinde Flecken in puncto rechter Gewalt und ihrer Ursachen thematisiert haben. Es braucht Ansätze, die den Fokus auf die Perspektiven der Betroffenen des NSU-Terrors und der rechten Gewalt setzen, die die migrantischen ostdeutschen Realitäten anerkennen und dazu beitragen, Neonazinetzwerke, mit deren Hilfe sich der NSU formieren konnte, zurückzudrängen.

AUSGERECHNET SACHSEN! ?

Die Forderung, ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex zu gründen, ist – nicht zufällig – in Sachsen entstanden (vgl. Buschmann et al., 2023). Sie wurde bereits kurz nach der Selbstenttarnung 2012 erstmalig in der Zwickauer Zivilgesellschaft formuliert und von der damaligen Oberbürgermeisterin Pia Findeiß aufgenommen, fand zu diesem Zeitpunkt allerdings weder auf Landes- noch auf Bundesebene Unterstützung (vgl. Findeiß, 2021). Noch im August 2019 lehnte die Bundesregierung auf Anfrage der Abgeordneten Petra Pau jegliche Förderung eines solchen Zentrums ab und verwies auf die kommunale Selbstverwaltung der Stadt Zwickau sowie den Freistaat Sachsen (vgl. Deutscher Bundestag, 2019).

Erklärbar ist diese Forderung aus einer konkreten politischen Situation: Nach der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 war das Erschrecken darüber, wie eine rechtsterroristische Gruppe in der eigenen Stadtgesellschaft unentdeckt bleiben und Morde planen konnte, immens. Das Aufnehmen der Forderung der Betroffenen nach umfassender Aufklärung bedeutete für die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort konkret, die neonazistischen Strukturen vor der eigenen Haustür zu benennen. Für die Engagierten stellte sich die Frage, ob die Morde und Anschläge hätten verhindert werden können, wenn es ein kontinuierliches Monitoring neonazistischer Strukturen in Südwestsachsen gegeben hätte. Sie forderten daher eine Institution, die diejenigen stärken sollte, die seit Jahren auf die rechten Umtriebe in der Stadt hinwiesen und deshalb nicht selten selbst Betroffene von Bedrohungen und rechter Gewalt waren.

Große Aufmerksamkeit erfuhr lokal auch der NSU-Gerichtsprozess in München, der 2013 begann und deutlich machte, dass Südwestsachsen

ein zentraler Knotenpunkt eines offenbar gut funktionierenden Netzwerks neonazistischer Akteur*innen mit ausgebauter Infrastruktur war und weiterhin ist (vgl. die zahlreichen Aussagen sächsischer Neonazis im NSU-Prozess: NSU Watch Blog, o. J.; Ramelsberger et. al., 2018). Daran schloss sich – nicht erst seit der Haftentlassung des in Zwickau lebenden NSU-Unterstützers André Eminger zum Prozessende 2018 – die Frage an, welche aktuellen Aktivitäten dieses Netzwerk noch immer entfaltet (vgl. zur aktuellen Lage Grunert, 2021; Grunert/Kiess, 2021; Grunert/Lang, 2022).

Den Hintergrund für diese Kämpfe um Anerkennung bildet in Sachsen ein gesellschaftliches Klima, das das Thema Migration als politisches Kampffeld verhandelt, wobei rassistische und extrem rechte Positionierungen hohe Zustimmungsraten erreichen (vgl. Decker et. al., 2023). Zahlreiche Stadtparlamente in Sachsen haben starke AfD-Fraktionen, die nicht konsequent von Parteien aus dem demokratischen Spektrum von Kooperationen ausgeschlossen werden – ganz im Gegenteil, insbesondere konservativen Parteien fällt es schwer, die viel beschworene „Brandmauer“ aufrecht zu erhalten (vgl. Hummel, 2022). So bestimmen rechte Positionierungen den politischen Diskurs in den Kommunen häufig mit. Demgegenüber war es immer wieder die Zivilgesellschaft, die Verantwortung für die Aufarbeitung des NSU-Komplexes übernommen hat – oft genug in Auseinandersetzung mit staatlichen Akteur*innen.

Sinnbildlich lässt sich dies etwa an dem Umgang mit dem letzten Wohnhaus des NSU-Kerntrios in der Frühlingsstraße 26 in Zwickau fassen: Die Straße liegt im gefragten, gutbürgerlichen Viertel Weissenborn. Nach dem gescheiterten Banküberfall am 4. November 2011 in Eisennach verschüttete Beate Zschäpe hier mehrere Liter Benzin im Obergeschoss des Mehrfamilienhauses und zündete die Wohnung an – eine massive Verpuffung war die Folge, das Haus wurde irreparabel beschädigt und das Leben der anderen Bewohner*innen gefährdet. Die Ermittlungen zur Brandursache weiteten sich in den folgenden Tagen immer weiter aus: Am 9. November entdeckte ein Polizeischüler eine Česká-Pistole mit Schalldämpfer im Brandschutt, sie stellte sich später als die zentrale Tatwaffe der rassistischen Mordserie heraus.

Während Ermittler*innen und Journalist*innen ausschwärmten, um den Hintergründen der rechtsterroristischen Struktur nachzugehen, stellte sich in der Stadt eine andere Frage: Wie soll mit der Brandruine

umgegangen werden? An der Diskussion waren sowohl die Stadtverwaltung als auch der Stadtrat beteiligt. Der Polizeipräsident, und damit mittelbar die sächsische Staatsregierung, nahm eine beratende Rolle ein. Die Befürchtung: Es drohe ein Wallfahrtsort für Neonazis zu entstehen, so eines der zentralen Argumente für den Abriss. Die Entscheidung fiel schnell: Die Stadt kaufte das Grundstück für etwa 200.000 Euro. Bereits im April 2012 wurde mit dem Abbruch begonnen. Dieser wurde vom sächsischen Innenministerium mit 58.500 Euro gefördert. Seitdem wächst auf dem Grundstück nur noch das Gras.²

Dass es so nicht bleiben kann, darauf machten Akteur*innen in Zwickau früh aufmerksam: Auf einer Gedenkdemonstration in Zwickau im November 2012 wurde die Forderung nach einem Mahnmal erhoben. Die Dimension der Verbrechen des NSU erfordere Engagement und Auseinandersetzung in der Gesellschaft. Mit dem Abriss der Frühlingsstraße wurden jedoch vor allem unliebsame Spuren aus dem Stadtbild getilgt. Die Resonanz war zunächst verhalten. Es ist der Hartnäckigkeit vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Zwickau und Chemnitz zu verdanken, dass das Thema damit nicht stillschweigend erledigt war. Mit Geschichtswerkstätten, Gedenkinstallationen, Ausschussbeobachtungen, Demonstrationen, Podiumsdiskussionen und Vorträgen trugen sie wesentlich zur NSU-Aufarbeitung in Sachsen bei – und tun es immer noch. Im Anschluss an die Forderungen der Betroffenen nach umfassender Aufklärung weisen diese Aktiven aber auch immer wieder darauf hin, dass die Verhältnisse, die das jahrelange unentdeckte Agieren des NSU ausgehend von Sachsen möglich gemacht haben, nicht aufgearbeitet sind. Weiterhin gilt:

SACHSEN WAR UND IST ZENTRUM NEONAZISTISCHER ORGANISATION

Die Selbstenttarnung des NSU hat nicht zu einer Zerschlagung neonazistischer Unterstützungsstrukturen geführt. Den Ermittlungsbehörden ist es nicht gelungen, den Protagonist*innen dieser Struktur juristisch habhaft zu werden. Lediglich André Eminger, einer der wohl engsten Vertrauten des NSU-Kerntrios, wurde zu einer zweieinhalbjährigen

2) Die lokale Perspektive, dass das Gebäude 1928 als „Siedlerheim“ in einer sozialdemokratisch geprägten „Gewerkschaftersiedlung“ mit Unterstützung des jüdischen Kaufmanns Simon Schocken errichtet worden war, spielte in diesen Erwägungen keine Rolle (Berliner Zeitung, 2012).

Haftstrafe verurteilt. Ein Teil davon wurde von den Richtern des Oberlandesgericht München zur Bewährung ausgesetzt, obwohl sich Eminger zur Urteilsverkündung von seinen Anwälten als „Nationalsozialist mit Haut und Haaren“ (Jansen, 2018) präsentieren ließ. Mittlerweile erhält André Eminger über das Ausstiegsprogramm des Freistaats Sachsen sogar unmittelbar staatliche Unterstützung (vgl. Ramelsberger, 2023). Das ist eine eklatante Schiefelage, umso mehr, weil der Forderung nach einem Entschädigungsfonds für die Betroffenen des NSU-Terrors bisher nicht nachgekommen wurde.

AUF NEONAZISTISCHE ORGANISATION FOLGT NEONAZISTISCHE GEWALT

Seit den 1990er Jahren gehört das Erleben von Rassismus und rechter Gewalt für viele, die nicht in ein neonazistisches Weltbild passen, zum Alltag. Greifbar wird dies unter anderem in der Rückschau auf die 1990er Jahre, die durch literarische Bearbeitungen mittlerweile als sogenannte „Baseballschlägerjahre“ bekannt geworden sind (vgl. z.B. Bangel, 2017; Begegnungsstätte Anne Frank, 2020; Bolz, 2022; Piesche, 2020; Präkels, 2017; Richter, 2015). Die Statistiken der Betroffenenberatungsstelle Support weisen jedoch auch heute ein hohes Niveau an Übergriffen aus (vgl. Support, o.J.).

GLEICHZEITIG ERFAHREN DIESE BETROFFENEN EINE KULTUR DER NICHTANERKENNUNG IHRER ERFAHRUNG

Staatlicherseits wird vor allem betont, es gäbe kein oder nur ein geringes Problem mit der gewaltbereiten extremen Rechten. So wird dieser Gewalt, den ausübenden Akteur*innen und den grundlegenden Ermöglichungsstrukturen allenfalls unzureichend begegnet. Allzu oft wird die Gewalt stillschweigend hingenommen, kleingeredet oder es kommt gar zu einer Täter-Opfer-Umkehr. Und das zum Schaden der demokratischen Gesellschaft als Ganzes: Denn der Ausschluss bestimmter gesellschaftlicher Gruppen wegen einer behaupteten Ungleichwertigkeit stellt den offenen und inklusiven Charakter von Demokratie in Frage.

Diese Normalisierung rechter Gewalt hat sich auch im Kampf um das Gedenken an die Opfer des NSU in Zwickau und Chemnitz manifestiert. Dabei kam es unter anderem zu Vandalismus an Gedenkorten

und zu Bedrohungen von Aktiven³; doch statt die davon Betroffenen in den Mittelpunkt zu rücken, sorgten sich die Stadtvertreter*innen oft eher um das jeweilige Stadtimage.

Seit der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 hat rechter Terror zwar sein Gesicht und in Teilen auch seine strukturellen Grundlagen verändert, ist aber unvermindert virulent – Sachsen ist weiterhin ein Brennpunkt rechtsmotivierter Gewalt. In den letzten Jahren wurden hier alleine drei Verfahren gegen die rechtsterroristischen Strukturen „Old School Society“, „Gruppe Freital“ und „Revolution Chemnitz“ geführt, abgeschlossen und jeweils der Tatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung gerichtlich bestätigt. Auch in den derzeit laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen Strukturen aus dem Reichsbürgermilieu – die sogenannte Gruppe S. und Gruppe Reuß bzw. „Patriotische Union“ – führen einige Spuren zu Beschuldigten in Sachsen. Beiden Gruppen wird vorgeworfen, den bewaffneten Kampf gegen eine demokratisch verfasste Gesellschaft propagiert und vorbereitet zu haben.

Die Ideologien der Ungleichwertigkeit, die diesen Strukturen zugrunde liegen, finden breite gesellschaftliche Resonanz (vgl. dazu z.B. die Leipziger Autoritarismus Studien, zuletzt Decker et al., 2022). Zwar ist im Zuge der bisherigen NSU-Aufarbeitung das Wissen über den NSU gewachsen, weit weniger wurden jedoch Konsequenzen aus diesem Wissen gezogen und in der Gesellschaft und in ihren Institutionen verankert. Die Perspektiven von Betroffenen rechtsmotivierter Gewalt finden nur unzureichend Widerhall.

NSU-AUFARBEITUNG MIT STAATLICHER UNTERSTÜTZUNG?

In diesem Spannungsfeld ist in der sächsischen Zivilgesellschaft seit 2012 die Idee für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex entstanden. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass die noch immer weitreichenden Lücken in der Aufarbeitung nur durch eine kontinuierliche Arbeit mit langfristig abgesicherter Perspektive zu schließen sein werden. Ein Dokumentationszentrum kann den Rahmen bieten, den erlang-

3) Z.B. Sprengstoffanschlag auf den Club Lokomov, in dem sich das Theatertreffen „Unentdeckte Nachbarn“ mit dem NSU auseinandersetzte, am 7.11.2016 in Chemnitz; Zerstörung der Installation „Gedenkbanken“ am 9.11.2016 in Zwickau; Absägen des Gedenkbaums für Enver Şimşek in der Nacht 2./3.10.2019 in Zwickau; wiederholte Bedrohungen der früheren Zwickauer Oberbürgermeisterin Pia Findeiß.

ten Wissenstand langfristig zu sichern und darauf aufbauend Impulse für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu geben. Wie andere Bundesländer auch, hat Sachsen zwischen 2012 und 2019 zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA) zum NSU-Komplex eingerichtet. Die Ergebnisse ihrer Arbeit allerdings werden unterschiedlich beurteilt: Die demokratischen Parteien konnten sich jeweils nicht auf einen gemeinsamen Abschlussbericht einigen (vgl. Sächsischer Landtag, 2014; 2019). Der Auffassung der damaligen Regierungsparteien CDU und SPD, die kein Fehlverhalten sächsischer Behörden erkennen konnten, folgten die damaligen demokratischen Oppositionsparteien nicht und reichten einen abweichenden Abschlussbericht ein. Dabei nahmen sie im Frühjahr 2019 auch die Forderung nach einem Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex auf – sieben Jahre, nachdem die Idee erstmalig formuliert worden war.

Mit der seit Herbst 2019 bestehenden Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen an der sächsischen Regierungskoalition schaffte es die zivilgesellschaftliche Forderung nach einem Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex schließlich in den Landeskoalitionsvertrag (vgl. CDU Sachsen et. al., 2019, 67). Im November 2021 nahm auch die Bundesregierung eine Unterstützungszusage in ihren Koalitionsvertrag auf (vgl. SPD et. al., 2021, 107, 117). Sie folgte damit wiederum einem Impuls der Zivilgesellschaft: Die beiden sächsischen Vereine ASA-FF und RAA Sachsen⁴ hatten zuvor einen Offenen Brief mit der Forderung nach einer Unterstützungszusage initiiert, der innerhalb kürzester Zeit von mehr als 190 Initiativen und Einzelpersonen mitgezeichnet worden war (vgl. RAA Sachsen/ASA-FF, 2021).

In dieser Situation war es möglich, dass ASA-FF und RAA Sachsen im Rahmen eines Kooperationsprojekts Projektfördermittel auf Grundlage des sächsischen Koalitionsvertrages erhalten konnten, um unter Beteiligung von zentralen Akteur*innen der NSU-Aufarbeitung zwischen November 2021 und Mai 2023 eine Konzeptions- und Machbarkeitsstudie zu erarbeiten (vgl. RAA Sachsen, 2023). Diese schlägt konkrete Schritte vor, um die NSU-Aufarbeitung in Sachsen zu verstetigen und einen

4) Der Verein ASA-FF (= FreundInnen- und Förderkreis Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika) ist als Chemnitzer Akteur schon sehr lange in der Aufarbeitung des NSU-Komplexes aktiv und hat unter anderem die Ausstellung „Offener Prozess“ erarbeitet. Der RAA Sachsen e. V. (= Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie) ist unter anderem Träger der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen.

gesellschaftlichen Wandel im Umgang mit den Betroffenen rechter Gewalt zu erreichen. Als direkte Lehre aus dem Geschehen liegt der Konzeption des Dokumentationszentrums eine bestimmte Haltung zugrunde: Es stellt Betroffenenperspektiven in den Mittelpunkt und will diejenigen stärken, die sich zivilgesellschaftlich gegen Rechts engagieren oder gar von rechter Gewalt bedroht sind.

DIE KONZEPTIONS- UND MACHBARKEITSSTUDIE: EIN ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ENTWURF

Um einen genaueren Blick auf die Bedarfe und Anforderungen der in der Aufarbeitung Engagierten zu bekommen, stand zu Beginn der Studierarbeit ein Beteiligungsprozess: Im Rahmen dreier Fachforen, die digital oder vor Ort in Chemnitz besucht werden konnten, wurden Diskussionen zu Inhalten, sächsischen Standorten, baulichen Aspekten sowie Trägerschaftsformen initiiert (vgl. die Programme in RAA Sachsen, 2023, 202–207). Die dabei gewonnenen Ergebnisse wurden, ergänzt durch Literaturrecherchen und Befragungen von Expert*innen, im Hinblick darauf ausgewertet, unter welchen Bedingungen die Gründung eines Dokumentationszentrums als Gewinn für Aufarbeitung und Gedenken gelten kann. Die Schlussfolgerungen wurden wiederum in einem Beirat aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, dem sogenannten „Gründungskreis“ zur Diskussion gestellt. Im Ergebnis konnten folgende Mindestkriterien formuliert werden, die einerseits inhaltliche und andererseits formale Voraussetzungen für die politische Umsetzung des Projekts festhielten:

- 1.) Von der Gründung soll eine politische Signalwirkung für Betroffene ausgehen, sie sollen Anerkennung und Sichtbarkeit erfahren.
- 2.) Die Arbeit des Dokumentationszentrums muss politisch unabhängig sein.
- 3.) Die Entscheidungsgremien des Dokumentationszentrums müssen Betroffene und zivilgesellschaftliche Akteur*innen gleichberechtigt miteinbeziehen, eine rein parlamentarische Besetzung hat angesichts der politischen Belastungen des Staates im NSU-Komplex keine Legitimationsbasis.
- 4.) Das Dokumentationszentrum soll sich nicht in Konkurrenz zum bestehenden Aufarbeitungsnetzwerk sehen, sondern ein Teil davon sein und es stärken.

- 5.) Die Arbeit des Dokumentationszentrums muss langfristig finanziell abgesichert sein.
- 6.) Zwingende Voraussetzung dafür ist die Einbindung in öffentliche Haushalte und die Bund-Länderpolitik.
- 7.) Die Organisationsform muss formal als Träger einer oder mehrerer Institutionen geeignet sein; optimal wäre es auch, wenn sie darüber hinaus Fördermittel vergeben könnte.

Nach genauer Prüfung stellte sich eine Stiftung privaten Rechts als geeignetste Trägerform heraus. Sie kann in bestmöglicher Weise Betroffene mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammenbringen und inhaltliche Impulse für Aufarbeitung und Gedenken in die Gesellschaft hineinragen. Sie kann dezentral agieren, indem sie neben dem sächsischen Dokumentationszentrum weitere Institutionen an anderen Orten gründen kann, insbesondere an jenen Orten, an denen die Betroffenen leben. Durch eine solche Erweiterung auf andere Bundesländer kann auch die finanzielle Basis konsolidiert werden. Nicht zuletzt kann eine Stiftung finanzielle Förderung für Externe bereitstellen und damit die Aufarbeitung und das Gedenken gesamtgesellschaftlich voranbringen.

VIELSTIMMIG AUFARBEITEN

Das vorgeschlagene Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex hat sich zum Ziel gesetzt, aus dem NSU-Komplex in seiner Gänze zu lernen. An erster Stelle bedeutet dies, den Betroffenen von rechter Gewalt und ihren Perspektiven einen Raum zu geben. Diesem als *Assembly* bezeichneten Bereich werden in der Machbarkeitsstudie fünf weitere inhaltliche Säulen zur Seite gestellt: Die gesellschaftliche Auseinandersetzung soll durch eine *Dauer- sowie Wechsellausstellungen* befördert werden, die durch *Formate der politischen und kulturellen Bildungsarbeit* vertiefend vermittelt werden. Darüber hinaus soll durch die dokumentarischen Bereiche *Sammlung, Archiv und Fachbibliothek* Wissen gesammelt und durch Forschungsarbeit ausgewertet werden. Im Sinne eines multiperspektivischen Ansatzes soll künstlerisches ebenso wie wissenschaftliches Arbeiten ermöglicht werden. Auf Grundlage dieser miteinander verschränkten Arbeitsbereiche können vielfältige Ansätze entstehen, die das Dokumentationszentrum zu einem lebendigen Ort der Erinnerung und Auseinandersetzung machen.

Der Ansatz, marginalisierte gesellschaftliche Perspektiven zu stärken, ist zudem Aufgabe aller Arbeitsbereiche: Sie sollen sich explizit nicht nur mit rechter Gewalt im Sinne einer Analyse von Täterstrukturen befassen, sondern auch die ostdeutsche Migrationsgeschichte in den Blick nehmen. Gerade vor dem Hintergrund, dass in Sachsen Migration immer wieder als (partei-)politisches Kampffeld aufgeladen wird, gilt es zu zeigen, dass auch die sächsische Gesellschaft durch Menschen unterschiedlichster Herkunft mitgestaltet wurde und wird.

Das Dokumentationszentrum wendet sich an eine breite lokale wie überregionale Öffentlichkeit. Als Querschnittsaufgabe soll es daher eine Digitalstrategie verfolgen, um auch im virtuellen Raum wirken zu können. Darüber hinaus soll es, wo dies sinnvoll ist, Kooperationen eingehen und vor Ort für viele Menschen ein partizipativer Raum werden.

DER STANDORT: SÜDWESTSACHSEN ALS RAUM NEONAZISTISCHER HEGEMONIEANSPRÜCHE

Der NSU-Komplex ist in seiner Vielschichtigkeit nicht an einen Ort gebunden; ebenso ist das bundesweite Aufarbeitungsnetzwerk dezentral organisiert. Auch eine Aufteilung in „Tatorte“ und „Wohnorte der Täter*innen“ ist zu vereinfachend und verschleiert mehr, als sie offenbart: Einerseits gibt es eine ganze Reihe Indizien und Hinweise, die nahelegen, dass der NSU auch an den Tatorten (bis heute nicht ermittelte) Unterstützer*innen hatte. Andererseits geht mit der Existenz eines solchen rechtsterroristischen Netzwerks in Zwickau, Chemnitz und Südwestsachsen rechte Gewalt einher: Auch an diesen Orten gibt es Menschen, die davon betroffen waren.

Um aus sächsischer Perspektive zu einer objektiveren Einschätzung der Standortfrage zu kommen, wurden die beiden Wohnorte des „Kerntrios“ Chemnitz und Zwickau hinsichtlich folgender Kriterien geprüft:

- 1.) Lokaler Bezug zum NSU-Komplex
- 2.) Vorhandensein und Erreichbarkeit von Partizipierenden und Zielgruppen
- 3.) infrastrukturelle Anbindung (Verkehr; Wissenschaft, Archive und ähnliche Kultureinrichtungen)
- 4.) Sicherheitsaspekte

Für beide Städte wurde dabei sichtbar, dass sie aufgrund ihrer geografischen Nähe und personellen Verflechtungen innerhalb neonazistischer Kreise eng miteinander verbunden sind: Sie sind mit Blick auf die oben beschriebenen neonazistischen Hegemonieansprüche und die Chronik rechter Gewalttaten gemeinsam als spezifischer Erfahrungsraum zu begreifen. In diesem konnten die Bedingungen entstehen, die dem sogenannten Kerntrio nicht nur die Flucht aus Thüringen ermöglichte, sondern Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe über 13 Jahre die Möglichkeit bot, trotz der von ihnen verübten Morde unentdeckt einen weitgehend normalen Alltag zu leben, der sich kaum als ‚Leben im Untergrund‘ bezeichnen lässt. Doch in beiden Orten leisten zivilgesellschaftliche Initiativen seit 2011 Erstaunliches: Sie tragen heute eine vielfältige und kreative Aufarbeitung. So finden in Zwickau jährlich über mehrere Wochen die sogenannten „Novembertage“ statt, bei denen zivilgesellschaftliche Akteur*innen rund um das Datum der Selbstenttarnung zahlreiche Informations- und Aktionsformate zum NSU-Komplex organisieren. Regelmäßig werden auch in Chemnitz unter anderem thematische Critical Walks angeboten, darüber hinaus sind insbesondere Theaterformate wie das Projekt „Kein Schlussstrich!“ oder die „NSU Monologe“ etabliert. Es ist daher sinnvoll, sowohl Zwickau als auch Chemnitz in die Arbeit des Dokumentationszentrums miteinzubeziehen und dabei die jeweiligen Aufarbeitungsinitiativen durch Bereitstellung von personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen zu stärken.

AUSBLICK

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Artikels im September 2023 gestaltet sich der politische Prozess zur Etablierung eines Dokumentationszentrums auf unterschiedlichen Ebenen komplex: Während in Sachsen die konzeptionellen Vorarbeiten bereits mit der im Mai 2023 veröffentlichten Konzeptions- und Machbarkeitsstudie vorliegen, hat die Bundesregierung eine eigene Machbarkeitsstudie beauftragt, die durch die Bundeszentrale für Politische Bildung erarbeitet wird. Derzeit werden dazu Gutachten von Expert*innen eingeholt. Diese beschäftigen sich mit den bundesweiten Bedarfen in der NSU-Aufarbeitung, der Frage, wie ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in die bundesweite Gedenkstättenlandschaft eingebunden werden kann und

welcher organisatorische Rahmen dazu geeignet ist. Die Bundeszentrale wird ihre Ergebnisse zum Ende des Jahres 2023 vorlegen. Darauf aufbauend können weitere Schritte unternommen werden, um die politischen Interessen Sachsens, der anderen Bundesländer sowie des Bundes zusammenzubringen. Diese wiederum müssen dann mit den Wünschen der Betroffenen und den Akteur*innen der Aufarbeitungsbewegung in Einklang gebracht werden.

Handlungsbedarf besteht auf jeden Fall: Rechter Terror ist nicht die Ausnahme, sondern steht in einer langen geschichtlichen Kontinuität. Hier braucht es mehr langfristig abgesicherte (psycho-)soziale und materielle Unterstützung für Hinterbliebene und Überlebende von Anschlägen, es braucht Ressourcen für die selbstorganisierte Vernetzung von Betroffenen rechter Gewalt genauso wie für Bildungs- und Aufklärungsarbeit zum NSU-Komplex. Ansätze sind bereits in verschiedenen Städten zu erkennen – etwa in München, wo von der Initiative „München Erinnern!“ ein Gedenkraum zum OEZ-Anschlag betrieben wird, oder in Köln, wo seit Juni 2023 Räume in der Keupstraße der Initiative Herkesin Meydanı zur Verfügung stehen. Hier sollte, sofern es vor Ort gewünscht ist, auch der Bund Unterstützung leisten, damit solche Räume nicht allein von kommunalen Mitteln abhängig sind.

Weiterhin gibt es jedoch Unwägbarkeiten im Prozess: In Sachsen finden im Jahr 2024 nicht nur Kommunal-, sondern auch Landtagswahlen statt, deren Ausgang das zukünftige Bekenntnis zu einem Dokumentationszentrum entscheidend prägen wird. Auch die Bundestagswahl im darauffolgenden Jahr kann die politischen Prioritäten deutlich verschieben. Gleichzeitig zeigt das zähe Ringen um das Demokratiefördergesetz, dass auch wichtige Vorhaben nicht vor Verschleppung gefeit sind. Zwei an dieser Stelle bedenkenswerte Punkte für das Gelingen des Dokumentationszentrums hat Ülkü Süngün (2023) im Rahmen der Vorstellung der Studie benannt. Erstens: Es ist auf die Unterstützung und Akzeptanz durch die Betroffenen angewiesen, denn „sie legitimieren dieses Zentrum erst“. Und zweitens: Es ist kein Thema „für parteipolitische Schnellschüsse und Erfolge, die einer Legislaturperiodenlogik folgen“. Es wird weiterhin Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, dies im Blick zu behalten.

Das Dokumentationszentrum bewegt sich weiterhin in einem Spannungsfeld: Es braucht Anerkennung, woraus sich dann der Anspruch auf eine langfristige finanzielle Absicherung ableitet. Es braucht Unabhängigkeit, damit der kritische Blick (auch) auf die Rolle staatlicher

Institutionen möglich wird. Und es braucht eine adäquate Einbettung in das dezentrale Aufarbeitungsnetzwerk. Ob und gegebenenfalls wie dies gelingen kann, soll ein konkretes Vorhaben zeigen: Im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz im Jahr 2025 entsteht ein Interimsdokumentationszentrum. Das von den drei zivilgesellschaftlichen Trägern ASA-FF, RAA Sachsen und Initiative Offene Gesellschaft entwickelte Projekt bietet den Raum, verschiedene Inhalte der Machbarkeitsstudie zu erproben und internationales ebenso wie lokales Publikum zu erreichen.

LITERATUR

- Arslan, İbrahim/Kubaşık, Gamze/Sauer, Madlyn/Şimşek, Semiya (2023). Reclaim and Remember. Die NSU-Tribunale als solidarische Gerechtigkeitspraxis. *APuZ* 73 (37–38), 12–18.
- Bangel, Christian (2017). *Oder/Florida*. München: Piper.
- Begegnungsstätte Anne Frank (2020). „Anderen wurde es schwindelig. 1989/90: Schwarz, Jüdisch, Migrantis“ – Begleitheft zur Ausstellung. URL: https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Anderen_wurde_es_schwindelig_Begleitheft.pdf (08.11.2023).
- Berliner Zeitung (2012). NSU-Terrorzelle: Haus der Geschichte. *Berliner Zeitung*, 25.04.2012. URL: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/nsu-terrorzelle-haus-der-geschichte-li.66377> (08.11.2023).
- Besand, Anja (2022). Von Zielgruppen zu Räumen. Oder: Wie eine inklusive politische Bildung gelingen kann. URL: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/material-zur-abendschule/mvon-zielgruppen-zu-raeumen-manuskript-zum-mitlesen?lang=de> (02.10.2023).
- Bolz, Hendrik (2022). *Nullerjahre*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Bunjes, Mirjam (2006). Stille Trauer, laute Mahnung. *Taz*, 13.6.2006. URL: <https://taz.de/Stille-Trauer-laute-Mahnung/!420305/> (08.11.2023).
- Buschmann, Jörg/Schlegelmilch, Dana/Zimmermann, Hannah (2023). Vielstimmig Aufarbeiten. Zivilgesellschaftliche Perspektiven auf ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex. *APuZ* 73 (37–38), 48–54.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *EFBI Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Deutscher Bundestag (2019). Drucksache 19/12234. Schriftliche Fragen in der Woche vom 5. August 2019 mit den eingegangenen Antworten der Bundesregierung. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/122/1912234.pdf> (02.10.2023).
- EDAD (2022). Was ist Design für alle? Barrierefreiheit mit attraktiver Gestaltung verbinden. URL: <https://www.design-fuer-alle.de/design-fuer-alle/> (02.10.2023).
- Findeiß, Pia (2021). Warum die Stadtgesellschaft eine Verantwortung hat. *Demo. Das sozialdemokratische Magazin für Kommunalpolitik*, 02.11.2021. URL: <https://www.demo-online.de/blog/stadtgesellschaft-verantwortung-hat> (08.11.2023).
- Grunert, Johannes (2021). Situationsanalyse. Die extrem rechte Szene in Zwickau. *EFBI Policy Paper 2021-4*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Grunert, Johannes/Kiess, Johannes (2021). Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz: Situationsanalyse und Handlungsbedarf. *EFBI Policy Paper 2021-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Grunert, Johannes/Lang, Anna-Louise (2022). Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. *EFBI Policy Paper 2022-3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Hummel, Steven (2022). Wie hältst du's mit der AfD? Kooperationen mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 97–116). Leipzig: edition überland.
- Jansen, Frank (2018). NSU-Prozess: Plädoyer für André E.: „Unser Mandant ist Nationalsozialist“. *Tagesspiegel*, 08.05.2018. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/pladoyer-fur-andre-e-unser-mandant-ist-nationalsozialist-5521096.html> (08.11.2023).
- Karakayalı, Juliane et al. (Hrsg.) (2017). *Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft*. Bielefeld: transcript.
- Kleffner, Heike (2023). „Szenetypische Straftaten“. Zur Rolle der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex. *APuZ* 73 (37–38), 19–26.
- Laabs, Dirk (2017). „Wir arbeiten weiter.“ Der Nationalsozialistische Untergrund in Sachsen. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen* (S. 184–198). Berlin: Ch. Links.
- NSU Watch Blog (o.J.). „Aufklären & Einmischen/Aydınlatma ve Müdahale“. URL: <https://www.nsu-watch.info/> (08.11.2023).
- Piesche, Peggy (2020). *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost*. Berlin: Verlag Yılmaz-Günay.
- Präkels, Manja (2017). *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Richter, Peter (2015). *89/90*. München: Luchterhand.
- RAA Sachsen (2023). Konzeptions- und Machbarkeitsstudie für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in Südwestsachsen. URL: <https://www.nsudoku.de/raa-sachsen/files/Studie-Dokumentationszentrum-RAA-2023-Web.pdf> (02.10.2023).
- RAA Sachsen/ASA-FF (2021). Offener Brief: Verankerung eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex im Koalitionsvertrag. URL: <https://www.raa-sachsen.de/nsu-dokuzentrum/neuigkeiten/offener-brief-5706> (02.10.2023).
- Ramelsberger, Anette (2023). Eine ganz normale Verwandlung. *Süddeutsche Zeitung*, 8.5.2023. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/nsu->

- terror-andre-eminger-neonazi-resozialisierung-rechtsextremismus-1.5844562?reduced=true (08.11.2023).
- Ramelsberger, Annette/Ramm, Wiebke/Schultz, Tanjev/Stadler, Rainer (2018). *Der NSU-Prozess. Das Protokoll*. München: Verlag Antje Kunstmann.
 - Rommelspacher, Birgit (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
 - Sächsischer Landtag (2014). Drucksache 5/14688 – Abschlussbericht sowie abweichende Berichte zum 3. Untersuchungsausschuss der 5. Legislaturperiode „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“ Band I-II, 19.06.2014.
 - Sächsischer Landtag (2019). Drucksache 6/18000 – Abschlussbericht sowie abweichender Bericht zum 1. Untersuchungsausschuss der 6. Legislaturperiode „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“ Band I-IV, 21.06.2019.
 - Simsek, Semiya (2012). Emotionale Rede: Tochter von NSU-Opfer über ihre Trauer. *Spiegel Online-Video*, 24.02.2012. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=f69-ZlreGSo> (08.11.2023).
 - Süngün, Ülkü (2023). Pressekonferenz: Statement von ÜLKÜ SÜNGÜN, 05.05.2023. URL: https://www.raa-sachsen.de/media/1591/230505_Statement_UElkue_Suenguen.pdf (13.11.2023).
 - Support (o. J.). Statistik: Jährliche Statistik zu rechtsmotivierten und rassistischen Angriffen und Beratungsfällen des Projekts Support der RAA Sachsen. URL: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik> (13.11.2023).





Politische Bildung: einfach gut gemacht

Wie politische Bildung in Sachsen von erprobten Strategien profitieren kann¹

Politische Bildung ist in Sachsen ein herausforderndes und herausgefordertes Tätigkeitsfeld. Die entsprechende Arbeit findet auf vielen Ebenen und in vielen Bereichen statt, unter anderem in der beruflichen Weiterbildung, in der Zivilgesellschaft, in der Jugendarbeit. Gestaltet wird sie von Fachkräften verschiedener Professionen ebenso wie von zahlreichen ehrenamtlich Engagierten. Die Fachdidaktik der politischen Bildung ist die Wissenschaftsdisziplin, die politische Bildung erforscht, didaktisch und methodisch diskutiert und strukturiert sowie Bezüge zu den fachwissenschaftlichen Disziplinen herstellt. Dabei stehen immer wieder Fragen nach dem Ziel, den Methoden und Möglichkeiten, aber auch nach den Grenzen im Raum. In der Praxis politischer Bildung sind dabei nur wenige Akteure im Feld politikdidaktisch ausgebildet (Jugel/Lewerenz, 2022a, 5 f.). Grund dafür ist, dass der Zugang zu diesem Studienangebot im Wesentlichen Lehramtsstudierenden für Gemeinschafts- und Sozialkunde vorbehalten ist und jenseits dessen aktuell kein systematisches fachdidaktisches Ausbildungsangebot im Feld politischer Bildung existiert. Die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) wurde 2021 mit dem Ziel gegründet, niedrigschwellige Zugänge zu fachdidaktischen Diskussionen und Wissensbeständen für alle politischen Bildner zu schaffen. Sie soll die Arbeit der Aktiven im Feld der politischen Bildung in Sachsen ebenso wie die Wirksamkeit der Förderprogramme stärken, indem politische Bildung jenseits der Schule systematischer erforscht wird. Des Weiteren sollen Aus- und Weiterbildungsangebote durch die JoDDiD die Akteure der nicht-schulischen politischen Bildung adressieren, wissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich der Didaktik der politischen Bildung für Praktiker aufbereiten und zur Verfügung stellen sowie neue

1) Für die Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Beitrages danke ich herzlich meiner Kollegin Tina Hölzel sowie meinem Kollegen Max Schuster.

Materialien und Methoden für gelingende politische Bildung entwickeln und erproben.

Es ist voranzustellen, dass aktuell schon sehr viel gute Arbeit geleistet wird und qualitativ Hochwertiges passiert. Es sind aber auch große Reibungsverluste im Wissenstransfer zu beobachten, wenn Stellen neu besetzt werden und Projektmitarbeiter sich immer wieder neu einarbeiten und dabei ähnliche Fragen stellen müssen. Die JoDDiD bietet vor diesem Hintergrund Reflexionsräume für die Betrachtung politischer Bildung und moderiert diese aus fachdidaktischer Perspektive.

Im Folgenden soll deshalb zunächst erörtert werden, was Ziel und Auftrag politischer Bildung aus fachdidaktischer Sicht ist und wie sich beides begründen lässt. Es werden Potenziale und Grenzen politischer Bildung betrachtet und die Fachdidaktik der politischen Bildung als Wissenschaftsdisziplin eingeführt, die zwischen sozialwissenschaftlicher und didaktischer Forschung sowie der praktischen Arbeit im Feld vermittelt. Exemplarisch werden an den Basiskonzepten politischer Bildung Zugänge aufgezeigt, die es den politischen Bildnern erleichtern, Bildungsangebote zu planen und diese zu strukturieren. Es wird deutlich, dass vieles an verschiedenen Stellen bereits Eingang in die alltägliche Arbeit findet, oft aber eher unsystematisch einwirkt. Bei manchem Bildner muss der Mut zur Elementarisierung der aufgeworfenen Fragen und behandelten Gegenstände erst entwickelt werden. Schließlich werden anhand einer in der JoDDiD erarbeiteten Feldexploration in der sächsischen Akteurslandschaft politischer Bildung konkrete Herausforderungen in Freistaat beleuchtet und Implikationen aufgezeigt.

WAS POLITISCHE BILDUNG IST

Breiter als gemeinhin üblich verstehen wir in der JoDDiD jede Situation, in der Menschen über Politik und Demokratie lernen können, als politische Bildung. Die Gelegenheiten können sehr vielfältig sein: Sie lesen oder sehen etwas, sie hören zu oder tauschen sich selbst aus. Sie sind aufgefordert, sich zu positionieren oder eingeladen, sich mit anderen Positionen und Perspektiven auseinanderzusetzen. Dem liegen weite Begriffe von Politik und Demokratie zugrunde: Beides prägt den Alltag und das Leben in jeder Situation. Es ist nicht abhängig von Staat und Verwaltung, findet auch im zwischenmenschlichen sozialen Leben und

in der Gesellschaft als solcher ständig statt. Immer werden gemeinsame Regelungen ausgehandelt, vereinbart und durchgesetzt. Je mehr Menschen einbezogen sind, desto vielschichtiger wird es.

Es ist unbenommen, dass Menschen Angebote brauchen, sich im komplexen politischen System der demokratischen Gesellschaft zu orientieren. Demokratische Gesellschaften leben davon, dass Menschen die Möglichkeit haben, Argumentationen, Abläufe und Wirkmechanismen zu verstehen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und auf Grundlage ihrer Standpunkte zu handeln und Einfluss zu nehmen. Dementsprechend ist es Ziel und Anspruch politischer Bildung, die Mündigkeit der adressierten Teilnehmenden, ihre kritische Urteilsfähigkeit und ihre politische Handlungsfähigkeit zu stärken (Autorengruppe Fachdidaktik, 2016, 7). Der Auftrag dazu kann auch aus der Verfassung abgeleitet werden, die Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Rolle in der Demokratie zuschreibt, die vornehmlich im Bildungs- und Erziehungsprozess angeeignet wird. Mit John Dewey gesprochen muss jede Generation Demokratie neu und immer wieder lernen – es ist ein lebenslanger Prozess (Gloe/Oeftering, 119).

Alle Bürger – sowohl Heranwachsende und junge Erwachsene als auch ältere Menschen – brauchen Angebote der politischen Bildung, denn sie sind ein Leben lang mit gesellschaftlichen und politischen Fragen und Unsicherheiten konfrontiert (Negt, 2010). Politische Bildung trägt dazu bei, Vorgänge und Sachverhalte kritisch zu hinterfragen und zu verstehen. Nicht zuletzt, und das ist aktuell vielleicht die dringlichste Aufgabe der politischen Bildung, muss sie Aushandlungsforen für gesellschaftliche und politische Fragen schaffen.

Politische Bildung bietet Räume, demokratische politische Kultur einzuüben und zu pflegen (Anchour, 2021, 312). Sie spricht immer wieder die Einladung aus, Fragen zu verhandeln und offen zur Diskussion zu stellen. Damit richtet sich politische Bildung keineswegs nur an junge Menschen und idealerweise auch nicht nur an Menschen, die keine Zweifel an Demokratie und Politik hegen. Sie tut gut daran, gerade die zu adressieren, die nicht sowieso schon immer interessiert und aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligt waren.

In ihrem Alltag machen Menschen nicht unbedingt die Erfahrung, dass es verschiedene ebenbürtige Lösungen für ein Problem gibt; dass es eine Frage von Argumenten, Interessen und Positionen ist, welcher Weg eingeschlagen wird; dass Vertreter der anderen, unterlegenen

Positionen nicht abgewertet werden. Politische Bildung hat darum auch den Auftrag, Menschen Pluralismus als konstruktiven Widerstreit von Positionen, Interessen und Ansichten zu vermitteln. Pluralismus als Wert zu schätzen oder zumindest als Teil des gesellschaftlichen Grundkonsens zu akzeptieren, ist aktuell eine der Bruchstellen in gesellschaftlichen Diskursen. Ob im Blick auf die „große“ Bundespolitik und internationale Zusammenhänge oder in der Kommune im konkreten Bürger- beteiligungsverfahren: Immer wieder gerät Aushandlung ins Stocken und die Fronten verhärten, wenn die Annahme im Raum steht, es gäbe nur eine vernünftige oder gute Lösung. Die Überzeugung, ein Volk verfüge über eine einheitliche Position, ist dabei an populistische Diskurse anknüpfbar (Anchour, 2021, 315f.). Was fehlt, ist die Bereitschaft und die „Fähigkeit, Perspektiven zu übernehmen, sich in andere hineinzusetzen, zwischen eigenem und anderem zu vermitteln und somit auch Ambivalenzen oder Ambiguitäten aushalten zu können und Mitgefühl zu entwickeln“ (ebd., 320).

Partizipationserfahrungen haben einen positiven Einfluss auf politische Einstellungen im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und auf demokratische Werte. Derzeit gibt es verstärkt Ansätze, politische Bildung sehr niedrigschwellig in der Gemeinwesenarbeit zu verankern (Dubois et al., 2022). Jedes Orts- oder Stadtteilst, jeder Verein, jede Bürgerversammlung, kurz: vieles, das im Gemeinwesen organisiert wird, schafft Aushandlungsorte. Diese sozialen Zusammenkünfte werden zu politischen Lerngelegenheiten, wenn Menschen angehalten sind, sich mit den Positionen und Haltungen anderer auseinanderzusetzen, und sie die Bereitschaft entwickeln, diese Argumentationen in die eigenen Überlegungen und Handlungen einzubeziehen. Solche Erfahrungen können vermitteln, dass Regelungen gemeinsam verhandelt werden und es dabei nicht nur eine Wahrheit oder nur Gewinner und Verlierer gibt, sondern dass gute Lösungen vielmehr verschiedene Interessen integrieren.

So niedrigschwellig und offen dieses Verständnis politischer Bildung ist, gibt es auch klare Grenzen. Nicht jeder Dialog, nicht jede Veranstaltung, bei der es im weitesten Sinne um Politik geht, nicht jede Maßnahme der Bürgerbeteiligung ist automatisch politische Bildung. Die Grenzen der politischen Bildung sind zunächst durch den *Beutelsbacher Konsens* gesetzt. Er gibt Leitplanken, in die sich demokratische politische Bildung einfügen muss: Sie muss kontrovers behandeln, was

in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft kontrovers ist (*Kontroversitätsgebot*). Es ist ihr verboten, die Teilnehmenden im Sinne einer bestimmten politischen Haltung zu überwältigen oder zu indoktrinieren (*Überwältigungsverbot*). Nicht zuletzt ist es geboten, Angebote der politischen Bildung so zu gestalten, dass sie den Adressaten helfen, die eigenen politischen Interessen zu erkennen, zu benennen und einzubringen (*Adressatenorientierung*). Dementsprechend ist es keine politische Bildung, sondern bloße Information oder wahlweise Werbung für eine politische Einstellung, wenn ein Gegenstand nur aus einer Perspektive dargestellt wird. Es ist keine politische Bildung, wenn Menschen von einem Urteil überzeugt werden sollen und dafür emotional oder auf anderem Weg unter Druck gesetzt werden. Es ist keine politische Bildung, wenn das Format nicht zulässt, dass Teilnehmende einen eigenen Standort bestimmen, artikulieren und in der Debatte aktiv vertreten können.

Politische Bildung macht Aushandlung zur Bedingung. Dabei kann sie nicht neutral sein (Besand, 2020, 8). Sie ist der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet. Veranstaltungen, in denen herabwürdigende Positionen unkommentiert und unwidersprochen bleiben oder gar als Meinungsfreiheit deklariert und gleichwertig neben andere Positionen gestellt werden, können deshalb nicht als demokratische Bildung gelten.

Demokratische politische Bildung bietet Möglichkeiten, ein eigenes kritisches Urteil zu fällen. Sie regt an zum Handeln, zum Sprechen, zur aktiven Bürgerschaft in Gesellschaft und Staat mit dem Anspruch, alle Menschen zu adressieren (Jugel et al., 2020, 24).

Vor dem Hintergrund der grundlegenden Bedeutung der politischen Bildung für die Gesellschaft ist es verantwortungslos, politische Bildung aufgrund haushalterischer Erwägungen zu beschneiden. Vielmehr muss gerade in dieser krisenhaften und auch fiskalisch angespannten Situation weiter in sie investiert werden. Bürger brauchen demokratische Angebote, um mit den gegebenen Herausforderungen auseinanderzusetzen (Schiele, 2004, 7). Gerade jene, die sich zwar im Selbstverständnis als demokratisch verstehen, aber auch Positionen vertreten, die autoritär, menschenverachtend oder undemokratisch sind, können mit dieser Aufklärung erreicht und für demokratische Politikangebote (zurück-)gewonnen werden (Archour, 2021, 317).

WAS POLITISCHE BILDUNG (NICHT) KANN

In der außerschulischen politischen Bildung vor Ort, beispielsweise in der Kommune, sind es häufig eher informelle Settings, in denen politisches Lernen stattfindet, wobei die Teilnehmenden die Angebote freiwillig wahrnehmen. Die Angebote werden von freien Trägern mit verschiedenen Hintergründen gestaltet, wobei sie oft auf öffentliche Förderung angewiesen sind. Zu denken ist an den offenen Jugendtreff, den zivilgesellschaftlichen Verein, das Projekt der Volkshochschule sowie das Fest, das mit Unterstützung des Lokalen Aktionsplans organisiert wird und bei dem auch die lokalen Sportvereine eingebunden sind.

Politische Bildung wird dabei oft mit dem Anspruch verbunden, präventiv gegen Radikalisierung zu wirken. Das ergibt sich aus Förderprogrammen, ist aber durchaus auch das Selbstverständnis der Bildner. Politische Bildung kann Demokraten, „deren Reflexions- und Argumentationsfähigkeit, deren Resilienz, demokratische Haltung und Medienkompetenz stärken“ (Archour, 2021, 319). Dennoch ist die politische Bildung keine Feuerwehr gegen Demokratieverdrossenheit, Populismus und die extreme Rechte. Es ist für Bildungsprozesse zweifelhaft, ob es sinnvolles Ziel ist, Menschen mit geschlossenem, extrem rechtem Weltbild überzeugen zu wollen. Der politischen Bildung ist geboten, Haltung zu zeigen für den Grundkonsens aus freiheitlich-demokratischer Grundordnung und Menschenrechten. Positionen, die diesen Rahmen verlassen, müssen zurückgewiesen und Menschen, von denen sie ausgehen, mitunter vom Angebot ausgeschlossen werden. Dies dient dem Schutz vor Herabwürdigung Betroffener, soll aber auch weiteren Grenzverschiebungen in gesellschaftlichen Diskursen Einhalt gebieten.

Im Rahmen der Mitte-Studie 2021 plädiert Sabine Archour dafür, vordergründig Menschen zu adressieren, die trotz einer gewissen Offenheit für undemokratische rechte Positionen noch in der Mitte stehen, dementsprechend kein geschlossenes extrem rechtes Weltbild haben (ebd., 316). Bei diesen Menschen, die in einigen Items demokratiegefährdenden Positionen zustimmen, im Grunde aber ambivalent sind, handelt es sich nicht selten um solche, die selbst von Benachteiligung betroffen sind. Gerade ihnen muss politische Bildung niedrigschwellige Angebote machen. Ein bedeutender Lernanlass kann ein Gespräch zu einer für sie relevanten Frage sein, das die Möglichkeit eröffnet, sich selbst zu verorten und zu positionieren. Wichtig ist dabei die Erfahrung,

dass Positionen verhandelt und verschiedene Argumente zu einer Fragestellung abgewogen werden.² In der konkreten Situation kann es auch der Widerspruch sein, den sie für eine menschenverachtende Aussage erfahren. Dabei ist es wesentlich, dass ihre Äußerung begründet zurückgewiesen wird, sie selbst aber nicht als Person abgewertet werden. So lassen sich Aushandlung und Widerstreit von Argumenten (wieder) einüben. Die Adressaten haben unter Umständen nicht viel Zeit oder den Anspruch, sich mit komplexen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Es ist auch nicht erforderlich, alles erklären zu wollen. Als politischer Bildner ist man frei, ein Schlaglicht auf den Sachverhalt zu werfen, der gerade Gegenstand der Auseinandersetzung ist. Ebenso denkbar ist eine thematische Tiefenbohrung mit Interessierten zu einer für sie relevanten politischen Frage, die an einem konkreten Fall exemplarisch nachvollzogen und verhandelt wird. Politische Bildung im außerschulischen Bereich genießt viele Freiheiten, besonders im Blick auf die Auswahl der Themen, Methoden und Zugänge. Dabei hat sie keinen Legitimationsdruck oder -auftrag gegenüber der Politik. Nur unpolitisch darf sie nicht sein. Sie muss für die Adressaten sichtbar und zugänglich machen, wo Regelungen und Entscheidungen das Ergebnis politischer Aushandlung sind und was der politische Gehalt einer Fragestellung ist.

DIE VERMITTLUNG DES POLITISCHEN

Die Geschichte der Vermittlung des Politischen in Deutschland ist eine besondere. Kaum eine andere Bevölkerung auf der Welt kann auf eine nach 1945 so explizit geförderte und gewachsene (Infra-)Struktur von politischer Bildung zurückgreifen. Doch allein die über Jahrzehnte gewachsene Expertise und Praxis des Feldes politischer Bildung und ihrer Didaktik sind noch kein Garant für deren Qualität oder Fortbestand. Auch vor diesem Hintergrund scheint es notwendig herauszustellen, was Politikdidaktik leistet, welche Erkenntnisse sie generiert und wozu sie benötigt wird.

Politikdidaktik ist ein zentrales Feld der Bildungswissenschaften, das sich mit der Gestaltung und Vermittlung von politischem Wissen, dem Erwerb von politischen Kompetenzen und der Förderung demokratischer Teilhabe beschäftigt. Sie erforscht politische Lerngelegen-

2) In der JoDDiD haben wir zu diesen Zwecken vielfältige Angebote und Methoden entwickelt, siehe www.joddid.de.

heiten mit dem Ziel, sie so zu beeinflussen, dass Menschen in eben jenen politischen Bildungsgelegenheiten befähigt werden, politische Prozesse zu verstehen, kritisch zu hinterfragen und aktiv an ihnen teilzunehmen. Dem zugrunde liegt ein Verständnis von Bildung „als Selbstbildung und Ko-Produktion [...]. Bildungsgelegenheiten [werden] nie nur einseitig, sondern partizipativ und dialogisch gestaltet. Bildungsprozesse sind danach das Ergebnis eines günstigen Zusammentreffens von inneren Dispositionen und äußeren Möglichkeiten.“ (Transferstelle politische Bildung, 2016, 12) Das heißt, dass der Einfluss der Bildner und Anbieter auf das, was Lernende für sich aus einem Format oder Angebot mitnehmen, begrenzt ist.

Förderlich sind Formate und Angebote, die zum Mitmachen und Mitsprechen und zur Partizipation der Teilnehmenden im Bildungssetting, aber auch in Politik und Gesellschaft einladen. Das kann ganz unterschiedlich aussehen: eine kurze Abstimmung per Hand, Karte oder Abstimmungssäulen, ein für den Lernenden neues Argument wird erläutert, eine andere Perspektive, die sich aus der Diskussion der Gruppe ergibt, wird wahrgenommen. Das ist eine entlastende Botschaft für politische Bildner: Häufig beginnt die Bildung viel früher und niedriger-schwelliger, als sie es annehmen. Es braucht keine umfangreiche Wissensvermittlung, wenn es eine gut moderierte Diskussion gibt und Haltungen Ausdruck finden und verhandelt werden. Andererseits kann ein ganz anderer Impuls nachhaltiger wirken als der, der vorbereitet wurde – der Kommentar des Sitznachbarn in der Vortragsveranstaltung beschäftigt am Ende des Abends mehr als die Argumentation des Referenten, zum Beispiel.

Im non-formalen, außerschulischen Bereich politischer Bildung, der hier Gegenstand ist, muss sich die Didaktik der politischen Bildung mit spezifischen Fragestellungen befassen. Zum einen sind die Teilnehmenden und Lernenden jenseits von bestimmten Weiterbildungskontexten in der Regel freiwillig da. Es spielt also für die Bildner, aber auch die Didaktik eine viel größere Rolle, die Angebote attraktiv zu machen und so zu platzieren, dass sie durch Teilnehmende nachgefragt werden (Besand, 2022a). Didaktik kann hier einen Beitrag zur Diagnostik leisten: Wie erhebe ich, wer gekommen ist, und wie erfasse ich als Anbietender, wer nicht im Raum ist? Dabei kann es unter der Maßgabe, politische Bildung für alle zu machen, um die soziodemografischen Merkmale gehen, die im Feedbackbogen oder im Rahmen der Anmeldung abgefragt

werden. Ebenso kann es um Methoden gehen, die im Rahmen einer Veranstaltung ermöglichen, etwas über die Teilnehmenden als Menschen, ihre Positionen und Einstellungen, ihre Kompetenzen und Wissensbestände zu erfahren, um nachfolgende Angebote dementsprechend gezielter anlegen und planen zu können. Mitunter spielt es auch eine Rolle, sich als Bildner mit den eigenen Vorbehalten und Vorurteilen zu konfrontieren.³ Wenn die gesammelten Informationen systematisch reflektiert und in weitere Planungen einbezogen werden, können sie helfen, Bildungsangebote von den Teilnehmenden gedacht zu konzipieren. Gleichzeitig ermöglichen die Methoden zur Erhebung der Gruppe der Teilnehmenden politischer Bildung individuelle und wechselseitige Verortungen in den behandelten Themenfeldern, was wiederum hilft, Vertrauen aufzubauen, um sich in Aushandlungen miteinander zu begeben.

Die JoDDiD bietet einen umfassenden Fundus von Materialien, die für solche diagnostischen Zwecke geeignet sind. Sie sind in laborähnlichen experimentellen Settings in der Universität entwickelt worden. Dabei kommt mit *Designed Based Research* ein ingenieurwissenschaftlicher Forschungsansatz zum Tragen: Auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt (und baut) die JoDDiD Instrumente, die im Feld ausprobiert und durch die JoDDiD systematisch beobachtet werden. Mit den Auswertungen wird das Instrument weiterentwickelt und qualifiziert. Im Feld implementiert werden die Entwicklungen beispielsweise über das „Zirkeltraining politische Bildung“. Es ist ein Weiterbildungsformat, das Akteuren aus dem Feld der politischen Bildung Diagnostik in ihren Lernsettings anhand der JoDDiD-Materialien als didaktische Kompetenz vermittelt.

Die Lernenden und ihre Positionen zum Ausgangspunkt von Bildungsprozessen zu machen, ist aber kein Plädoyer dafür, politische Bildung für bestimmte Zielgruppen zu konzipieren, wie es auch häufig durch Fördermittelprogramme geschieht. Das verengt den Blick und führt bei den Projektakteuren nicht selten zu Aktionismus, wenn eine bestimmte Gruppe erreicht werden soll, oder zu Frustration, wenn eine bestimmte Gruppe nicht hinreichend erreicht wurde (Transferstelle, 2016, 8f.).

Ob politische Bildung Menschen erreicht, hängt eng mit den möglichen Zugängen zusammen. Es liegen umfassende Forschungen

3) Vertiefend zu Zuschreibungen, Othring und Fremd- und Selbstausschluss, vgl. Jahresbericht der Transferstelle für Politische Bildung, 2016, 7-14.

vor, wie politische Bildung für alle Menschen gelingen kann und wie Menschen jenseits von Zielgruppen adressiert werden können (Transferstelle, 2016). Diese empirischen Erkenntnisse müssen für das Feld der Praktiker operationalisiert und fruchtbar gemacht werden. Das ist eine zentrale Aufgabe von Wissenschaftskommunikation und Transfer aus dem Feld akademischer politischer Bildung.

Die JoDDiD stellt sich dieser Aufgabe und nutzt für die Vermittlung in das Feld politischer Bildung das Online-Lecture-Format Abendschule. Hier ist insbesondere auf die Folge „Von Zielgruppen zu Räumen“ (Besand, 2022b) zu verweisen. Die Abendschule bietet non-lineare digitale Vorlesungen für politische Bildner. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden anschaulich illustriert zur Verfügung gestellt und können mit Selbstüberprüfungsfragen und einer Zertifikatsklausur vertiefend reflektiert werden.

Ebenso im Feld Wissenschaftskommunikation angesiedelt ist der Podcast „Brille auf, wir müssen reden“. Die Ergebnisse von Studien werden hier ebenso diskutiert wie Fragen, die sich in der Praxis stellen. Ähnliche Funktionen erfüllen die Social-Media-Kanäle der Forschungsstelle, die mit Debattenbeiträgen vor allem aktuelle Diskurse der politischen Bildung sichtbar und nachvollziehbar machen wollen.

Politikdidaktik bringt dabei eine spezielle fachliche Sicht auf die Fragen und Gegenstände, die sich in der politischen Bildung stellen, eine fachdidaktische Brille, durch die Konzeption, Planung und Umsetzung reflektiert werden können.

WAS SIND HILFREICHE ZUGÄNGE UND TOOLS POLITISCHER BILDUNG?

Zuweilen entsteht der Eindruck, politische Bildung hätte vor allem den Auftrag, große und aktuelle gesellschaftliche Streitthemen – beispielsweise die Asylgesetzgebung und die Versorgung von geflüchteten Menschen, den Einsatz von Atomkraft und die Umsetzung der Energiewende – zu verhandeln. Eine solche Themenwahl führt jedoch nicht selten dazu, dass sich erwartbare Positionen unversöhnlich gegenüberstehen. Wenn schon das Zuhören und die Auseinandersetzung mit anderen Argumenten schwerfällt, hat eine Aushandlung keine Chance. Zudem werden vornehmlich Menschen erreicht, die einen starken Standpunkt im Diskurs haben.

Thematisch ist es daher grundsätzlich sinnvoll, Lebensweltbezüge für die Menschen herzustellen (Transferstelle, 2016, 16), da ein Sachverhalt enorm an Relevanz gewinnt, wenn es eine Verbindung zu je eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen gibt. Das legt auch der Beutelsbacher Konsens mit der Teilnehmendenorientierung nahe. Diese Bezüge müssen sich nicht nur auf den unmittelbaren Alltag beziehen.

Um die Perspektiven der Teilnehmenden durch politische Bildung nachhaltig zu erweitern, wurde das Instrument der Basiskonzepte entwickelt. Es ist auf den ersten Blick nur ein Set von Begriffen. Diese aber führen zu Fragen, die an nahezu jedes Thema gestellt werden können. Sichtbar wird das am Beispiel „Macht“. Die Frage, wer die Macht hat, eine Entscheidung zu beeinflussen, die Frage des Modus, wie eine Entscheidung letztlich gefällt wird, auch die Frage, wer im Diskurs laut, wer leise und wer stumm ist, sind Machtfragen. Wo werden die Fragen verhandelt und wie öffentlich erfolgt das? Wem wird geglaubt? Wer gilt als weniger relevant? Mit diesen Fragen kann man die Entscheidung um den kommunalen Haushalt ebenso diskutieren wie die Frage, welche developmentenpolitischen Aufgaben dringlich sind. Die Basiskonzepte sind gleichzeitig ein guter Filter, um politische Bildung zu planen. Sie helfen, vielfältige, kontroverse und teilnehmendenorientierte Aspekte eines Themas zu identifizieren und in die Bildungssituation zu tragen. Sie helfen auch, das Politische an sich für Lernende greifbar zu machen.

Überdies eignen sich zur Selbstüberprüfung folgende Fragen: Konzentriere ich mich immer auf die gleichen Aspekte oder variiere ich? Schau ich beispielsweise an einer Stelle auf Dimensionen von Macht und an anderer auf systemische Perspektiven? Mache ich Aspekte stark, die für die Adressaten nicht ohnehin auf der Hand liegen – etwa die Historizität eines Sachverhaltes?

Die Basiskonzepte helfen gleichermaßen, relevante Fragen zu benennen und bei diesen in politischen Bildungsprozessen anzusetzen. Daraus erwächst das Potenzial, viele Menschen differenziert zu erreichen.

WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN BEGEGNET DIE POLITISCHE BILDUNG IN SACHSEN?

Praxispartner der JoDDiD schildern besonders in den Beratungsangeboten immer wieder eindrücklich, dass die politisch bildnerische Arbeit mit Erschwernissen umgehen muss. Um diese systematisch zu sammeln,

führten David Jugel und Rico Lewerenz unter dem Titel „Wie geht’s der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen?“ eine Feldexploration durch, die erstmals einen Einblick in die Konstitution des Bildungsfeldes in Sachsen gibt. Befragt wurden in den Sommermonaten 2021 in der politischen Bildung in Sachsen Tätige sowie Personen, die in der Verwaltung für die Förderung politischer Bildung verantwortlich sind. Es handelt sich um eine nicht-repräsentative Befragung, die gleichwohl einige deutliche Indizien für typische Settings und Herausforderungen liefert. Ausgewählte Befunde sollen hier vorgestellt und kurz diskutiert werden.

**HERAUSFORDERUNG: POLITISCH BILDERNERISCHE VERMITTLUNG
„ON THE JOB“ LERNEN**

Befund: „Mitarbeiter:innen in der außerschulischen politischen Bildung beginnen ihre Tätigkeit in der Regel ohne didaktische und eher selten mit pädagogischer Ausbildung. Die Karrierewege außerschulischer politischer Bildner:innen sind vielfältig und es gibt keine ‚typischen‘ Berufsbiographien.“

Jugel/Lewerenz, 2022a, 5f.

Die befragten politischen Bildner weisen sehr diverse Ausbildungshintergründe und Berufsbiografien auf. Bildung ist ihnen ein Anliegen, doch sie gehen es eher intuitiv oder aus Alltagstheorien gespeist an. Auf diese Weise eignen sie sich mit den Jahren umfangreiches und einschlägiges Praxiswissen an, das auch im Feld geteilt und diskutiert wird. Es gibt in begrenztem Umfang Formate und Angebote zur kollegialen Selbstevaluation, etwa im Rahmen von Fachtagen und Workshops, sowie Vernetzungsveranstaltungen, wo Erfahrungen geteilt und diskutiert werden. Gleichsam formulieren sie didaktische Reflexions- und Qualifikationsbedarfe. Die sind sehr konkret: Der Umgang mit diversen Zielgruppen stellt sich immer wieder als Herausforderung dar, aber auch die Entwicklung digitaler Formate hat die Befragten stark beschäftigt. Wie der Zeitpunkt der Erhebung in der Mitte des Jahres 2021 nahelegt, erschien dieser Bedarf wohl vor allem angesichts der Covid-19-Pandemie vordringlich.

HERAUSFORDERUNG: FÖRDERBEDINGUNGEN UND ANERKENNUNG

Befund: „Prekäre Arbeitsbedingungen sowie institutionelle Zwänge werden als große Herausforderungen im beruflichen Wirken beschrieben.“

„Mitarbeiter:innen in der außerschulischen politischen Bildung fühlen sich für ihre Arbeit zu wenig wertgeschätzt und sind teilweise frustriert.“

Jugel/Lewerenz, 2022a, 12f.

Eine weitere Herausforderung wurde im Hinblick auf die persönlichen Umstände der politischen Bildner skizziert und betrifft auch ihren Arbeitsmodus. Vor allem die zeitlich in der Regel eng begrenzte Projektfinanzierung wird als Stressfaktor erlebt. Projekte mit einer Laufzeit von zwölf Monaten oder weniger begründen sehr kurzfristige Arbeitsverhältnisse aber auch einen engen Kreislauf aus Beantragung, Bewirtschaftung und Abrechnung sowie Berichterstattung von Fördermitteln und geförderten Vorhaben. Neben dem individuellen Druck in teils atypischen Beschäftigungsverhältnissen bleibt durch administrative Aufgaben der Fördermittelakquise, -verwaltung und -abrechnung weniger Zeit für die qualitative Ausgestaltung der Angebote. In den Projekten und für die Projektverantwortlichen hat sich gleichzeitig ein kollektiver Rechtfertigungs- und Erfolgsdruck entwickelt. Die Einwerbung von Fördermitteln, auch der Fortgang und die Ausfinanzierung von Förderprogrammen stehen immer wieder in Frage und müssen neu errungen werden. Kritische und zum Teil sehr kleinteilige Rechtfertigungsaufforderungen seitens der Fördermittelverwaltung wiegen im Alltag mitunter ungleich schwerer als Anerkennungsbekundungen seitens der Politik. Gleichzeitig werden zivilgesellschaftliche Initiativen in kleinen Anfragen im Landtag infrage gestellt, in Jugendhilfeausschüssen ist es schon lange nicht mehr selbstverständlich, Demokratiearbeit für junge Menschen auskömmlich finanziert zu bekommen, obwohl diese laut Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII, §11, Abs. 3) ausdrücklicher Auftrag ist. Dies scheint einer der Gründe zu sein, warum die Befragten an verschiedensten Stellen deutlich machen, dass sie sich für ihre Arbeit wenig wertgeschätzt fühlen und wegen den Arbeitsbedingungen frustriert sind. Sie werden immer wieder hinterfragt und kritisiert, der Wert der eigenen Arbeit muss immer wieder neu unter Beweis gestellt werden. Hier besteht

vor allem politischer Handlungsbedarf, die außerschulische politische Bildungsarbeit anders und langfristiger zu finanzieren. Gleichzeitig sollten Kriterien der Finanzierung, Ziele und Indikatoren von Wirkung präziser formuliert werden. Gerade in den Programmen der öffentlichen Hand zeigen sich Unterschiede zwischen Politik, Sachbearbeitung und den geförderten Akteuren selbst hinsichtlich der Interpretation der normativen Setzungen. Was gilt als partizipativ? Welche Grenzen ergeben sich aus dem Anspruch, Demokratiebildung zu machen? Welchen Anteil dürfen parteipolitische Akteure im Programm haben? Warum darf politische Bildung nicht neutral sein? (Weiterdenken, 2020) In diesem Rahmen muss Platz bleiben, zu probieren, zu evaluieren und neu zu justieren. Es lohnt sich, an Bestehendem weiterzuarbeiten und Weiterentwicklungen voranzutreiben.

HERAUSFORDERUNG: ANGRIFFE AUF DIE POLITISCHE BILDUNG UND IHRE AKTIVEN

*Befund: „Mitarbeiter:innen in der außerschulischen politischen Bildung und deren Angebote sind zum Teil massiven Angriffen, Störungen sowie Anfeindungen ausgesetzt.“
„Die Angriffe führen bei Betroffenen nicht nur zu Sorgen um das politische Klima in Sachsen, sondern auch zu einer veränderten Arbeitsweise der Bildner:innen.“*

Jugel/Lewerenz, 2022a, 8 und 12

Besorgniserregend scheinen die Hinweise darauf, dass die befragten Bildner in Sachsen auf verschiedenste Weise Angriffen ausgesetzt sind und sich gleichzeitig große Sorgen um das politische Klima im Freistaat machen. Das Ausmaß der Angriffe reicht von Störungen und aggressiven Wortergreifungen in einzelnen Veranstaltungen bis hin zu physischen Angriffen und persönlichen Morddrohungen. Hier braucht es Unterstützungsstrukturen und Schutzkonzepte.

Insgesamt deutete sich im Rahmen dieser Feldexploration an, dass Förderrichtlinien zur politischen Bildung die tägliche praktische Bildungsarbeit immer wieder erschweren. Im Kontext gesellschaftlicher Wandlungsprozesse kommt es überdies zu Angriffen auf politische Bildung, die das Praxisfeld der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen bedrängen. Hier gilt es bewusst hinzuschauen und zu unterstüt-

zen, denn Demokratie braucht politische Bildung. Politische Bildner müssen dafür argumentativ für ihre Arbeit gestärkt werden. Ebenso müssen sich Förderstrukturen stärker fachlichen Prämissen fügen.

FAZIT: FÖRDERLICHE BEDINGUNGEN FÜR GUTE POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung soll das Politische für alle Menschen sichtbar und verhandelbar machen und somit die Mündigkeit und Demokratiekompetenz der Gesellschaft fördern. Dafür gibt es eine Reihe von erprobten Maßnahmen und Wegen, die politische Bildner stärken und ihnen helfen, den Herausforderungen, die sich im Arbeitsfeld stellen, zu begegnen. Die JoDDiD knüpft hier an: Angebote zur individuellen und kollegialen Reflexion verschaffen Bildnern Sicherheit im professionellen Handeln und machen sie damit resilienter gegen Delegitimierungsversuche und Angriffe. Die Angebote richten sich mit ihren Formaten dezidiert auch an Angehörige der Verwaltung, die auf der Sachebene unmittelbar für konkrete Förderentscheidungen zuständig sind.

Politische Bildner, das ist immer wieder im Feld zu beobachten, können auch ohne eine fachdidaktische Begleitung gute Bildungsangebote machen. Es erleichtert aber ihre Arbeit und macht sie effektiver und qualifizierter, wenn diese Strategien und Methoden bewusst eingesetzt werden. Deshalb ist es erklärtes Ziel der JoDDiD, fachdidaktische Überlegungen sichtbar und für politische Bildner zugänglich zu machen. Ziel sollte es sein, Aushandlungsforen zu schaffen und die Fähigkeiten zur politischen Teilhabe bei allen Menschen zu entwickeln. Klassische Wissensvermittlung oder frontale Präsentation von Fakten und Analysen treten zurück und finden nur statt, wenn sie von Teilnehmenden eingefordert werden und somit dem Ziel der Stärkung der Mündigkeit der Adressaten dienen.

Anerkennung guter politischer Bildung ist ein wichtiges Mittel, vorbildliche Praxis zu verstärken und deren Zugänge zur Nachahmung zu empfehlen. Auf der Plattform „einfach gut gemacht“ (<http://einfachgutgemacht.joddid.de/>) wird sichtbar, was aus politikdidaktischer Perspektive gelungen ist. Gezeigt werden Projekte, die pragmatisch Herausforderungen begegnen, die erfolgreich Hürden abbauen und mutig Neues ausprobieren. Gleichzeitig gibt die Plattform denjenigen, die politische Bildung machen, Selbstvertrauen. Wenn sie in den Videos

eigene, intuitiv vermittelte Strategien wie beispielsweise den Zugang über individuelle biografische Erzählungen fachdidaktisch kommentiert vorfinden, werden die eigenen Zugänge und Arbeitsweisen aufgewertet. Im Bereich der Stärkung des professionellen Selbstverständnisses politischer Bildner können das dennoch nur Anfänge sein. Eine Stärkung der akademischen fachdidaktischen Ausbildung, gerade auch der non-formalen Bildner, ist geboten.

Doch nicht nur auf der fachlichen Ebene braucht es Rückhalt. Politische Bildung als Profession steht ihrem Selbstverständnis nach für ein demokratisches System. Die Ausgestaltung der Demokratie wird in Settings politischer Bildung nicht vorgegeben, jedoch wird der Aushandlungsprozess darüber angestoßen. Diese Leistung sollte durch Politik konsequent anerkannt werden. Sie sollte die politische Bildung in ihren Facetten und unterschiedlichen Ansätzen und auch als ein in sich kontroverses Handlungsfeld, als unterstützende Struktur der ganzen Gesellschaft wertschätzen. Dazu gehört, auszuhalten, dass politische Bildung sich als demokratische Bildung gerade nicht legitimierend versteht, sondern emanzipierend für die Bürger wirken will.

Angebote zur politischen Bildung sind für alle Menschen notwendig und sinnvoll. Sie auskömmlich zu finanzieren und strukturell sicher aufzustellen, ist staatliche Verantwortung zum Wohl der ganzen Gesellschaft. Eine Gesellschaft mündiger Bürger ist die beste Gewähr für eine stabile, lebendige Demokratie.

LITERATUR

- Achour, Sabine (2021). Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung. In Andreas Zick / Beate Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2021* (S. 311–329). Bonn: J. H. W. Dietz.
- Autorengruppe Fachdidaktik (2011). *Konzepte der politischen Bildung. Eine Streitschrift*. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Autorengruppe Fachdidaktik (2016). *Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht*. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Besand, Anja (2020). Zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Institution Schule. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70 (14/15), 4–9.
- Besand, Anja (2022a). Von Zielgruppen zu Formaten und Räumen. Oder: Warum wir in der politischen Bildung nicht so sehr auf Zielgruppen fixiert sein sollten. *Außerschulische Bildung* 3/2022. URL: https://fachzeitschrift.adb.de/von-zielgruppen-zu-formaten-und-raeumen/?fbclid=IwAR0oAnWGk1WIo2rivEZKml2u3CS86qeyx6Tgla5G_SBFaL6Z8o77V3LdncE (18.09.2023).
- Besand, Anja (2022b). Von Zielgruppen zu Räumen. Oder: Wie eine inklusive politische Bildung gelingen kann. URL: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/bildung-beratung/abendschule/kollektion-2/von-zielgruppen-zu-raeumen> (18.09.2023).
- Jugel, David / Hölzel, Tina / Besand, Anja (2020). Inklusion und politische Bildung – mutig gemeinsam (weiter-)denken und erproben! In Dorothee Meyer / Wolfram Hilpert / Bettina Lindmeier (Hrsg.), *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung* (S. 23–37), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Jugel, David / Lewerenz, Rico (2022a). Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen? Eine Feldexploration. URL: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/Jugel_Lewerenz_2022_Wie-gehts-der-ausserschulischen-politischen-Bildung-in-Sachsen_-eine-Feldexploration.pdf?lang=de (23.08.2023).
- Jugel, David; Lewerenz, Rico (2022b). Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen? Ein politikberatendes Strategiepapier. URL: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/Jugel_Lewerenz_2022_Wie-gehts-der-ausserschulischen-politischen-Bildung-in-Sachsen_-eine-Feldexploration.pdf?lang=de (14.09.2023).
- Dubois, Maëlle (Hrsg.) (2022). *Aufsuchende Politische Bildung im Quartier*. Der Sozialraum als Lernort für die Förderung politischer Partizipation. Berlin: Minor. URL: https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2022/12/Minor-PartQ_Aufsuchende-politische-Bildung-im-Quartier_2022.pdf (14.09.2023).
- Gloe, Markus / Oeftering, Tonio (2020). Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen politischer Bildung. In Dorothee Meyer / Wolfram Hilpert / Bettina Lindmeier (Hrsg.), *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung* (S. 87–132). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gloe, Markus / Oeftering, Tonio (2022). Politikkompetenz. Modelle in der Politikdidaktik. *bpb.de*, 17.02.2022. URL: <https://www.bpb.de/lernen/inklusive-politisch-bilden/505313/politikkompetenz-modelle-in-der-politikdidaktik/> (24.08.2023).
- Massing, Peter (2011). *Politikdidaktik als Wissenschaft*. Studienbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Massing, Peter (2013). Politikdidaktik als Wissenschaft? In GPJE (Hrsg.), *Politische Bildung als Wissenschaft* (S. 32–44). Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Negt, Oskar (2010). *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*. Göttingen: Steidl.
- Schiele, Siegfried (2004). Demokratie braucht politische Bildung. In Gotthard Breit / Siegfried Schiele (Hrsg.), *Demokratie braucht politische Bildung* (S. 1–10). Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Transferstelle Politische Bildung (Hrsg.) (2016). *Wenig erreichte Zielgruppen der politischen Bildung*. Forschung zu Zugangsmöglichkeiten. Jahresthema 2016 der Transferstelle politische Bildung. URL: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Broschueren/Jahres-broschuere-2016-TpB-Zugaenge-web-compressed.pdf (18.09.2023).
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen / Courage-Werkstatt für demokratische Bildung e. V. (Hrsg.) (2020). *#nichtneutral – Schule unter Druck*. Weiterbildung am Pranger. URL: https://weiterdenken.de/sites/default/files/2020-10/Broschuere_web.pdf (21.12.2023).



Workingman's Blues

Zu den Fotografien im vorliegenden Band

*Now they worry and they hurry
and they fuss and they fret/
They waste your nights and days/*

Bob Dylan

Es scheint nicht unangebracht, der Bildstrecke in diesem Buch eine kurze Erläuterung hinzuzufügen, weil sie sich in ihrer Art doch erkennbar von denen der vorangegangenen Jahrbücher abhebt. Dort hatten die Fotografien – wenn auch mit subjektivierender Tendenz – einen klar dokumentarischen Stil. Sie verstanden sich nicht primär als Interpretation der sichtbaren Wirklichkeit, sondern vielmehr als ihre sehr genaue, auf den Punkt gebrachte Analyse. Anders verhält es sich bei diesen Bildern. Ihr Informationsgehalt – und ihr gesellschaftspolitischer zumal – steht in keinem erkennbaren Zusammenhang mit dem, was sie zeigen. Das Studium des jeweiligen Bildgegenstandes ergibt wenig mehr, als ohnehin zu sehen ist; Verweise auf Außerbildliches – und somit auch auf gesellschaftliche Verhältnisse – fehlen weitgehend. Deshalb wären diese Fotografien *synthetisch* zu nennen, weil ihr ästhetischer wie sachlicher Gehalt sich erst im Zusammenspiel, in der Kombination entfaltet. Um die Fotografien in diesem Buch einem besseren Verständnis zugänglich zu machen, ist vor allem jedoch die Frage zu beantworten, was es damit überhaupt auf sich hat: Warum *Die Nacht, die Lichter*?¹ Wie kam es dazu?

Am Anfang steht eine Geschichte, die mir erst zuletzt zu Gehör kam. Vor zwanzig Jahren war ein nicht unbedeutender Leipziger Künstler in die Hauptstadt gereist, um dort mit einem ihm und seiner Galerie noch unbekanntem potentiellen Sammler einen möglichen Verkauf zu sondieren. Man plauderte über dies und das, und im Verlauf des Gesprächs erzählte jener Interessent (der von der ostdeutschen Biografie seines

1) So der Titel eines 2008 erschienenen Erzählungsbandes des Leipziger Schriftstellers Clemens Meyer mit Kurzgeschichten, angesiedelt im Osten um die Jahrtausendwende, in der trügerischen Ruhe nach dem Sturm. Mit *Die Nacht, die Lichter* hätten auch die hier in Auszügen abgedruckten Fotografien überschrieben werden können; die Serie, aus der sie stammen, trägt jedoch den Titel *Winterreise/Sunlight A 70*.

Gegenübers nichts wusste oder sich als Westdeutscher dafür schlicht nicht interessierte) freimütig von seinen Erfahrungen im Osten: Wie ihn Anfang der Neunziger die Treuhand frisch von der Universität weg rekrutiert und, mit einer satten „Buschzulage“ versehen, in „die Zone“ entsandt habe, beauftragt im großen Stil mit der betriebswirtschaftlichen Evaluation ehemaliger volkseigener Betriebe aus der Konkursmasse der DDR; wie er mit seinen Kompagnons „da reingegangen“ sei (so als handle es sich um einen Einsatz von US-Marines, die ein Vietcong-Nest ausheben) und sie die ganze Belegschaft hätten „antreten lassen“. Innerhalb von zwei Stunden seien die Produktionsanlagen und Bücher inspiert worden und daraufhin auch sogleich die Entscheidung gefallen. Auf diese Weise hätten sie „pro Tag drei bis vier Fabriken plattgemacht“, und auf diese Weise, schloss er nicht ohne Stolz, sei er „zu Geld gekommen“. Und obschon diese letzte Bemerkung offenbar die Glaubwürdigkeit seiner Solvenz noch einmal hatte unterstreichen sollen, war dann doch kein Verkauf zustande gekommen und der Künstler dankend heimgefahren.

Man muss keinem vor 1980 geborenen Ostdeutschen erklären, was „Treuhand“ bedeutet. Sämtliche Demütigungen und Verlusterfahrungen der neunziger Jahre sind in diesem Wort kontrahiert. Wie kein anderes steht es für das, was Ilko-Sascha Kowalczuk in seinem gleichnamigen Buch als *Übernahme* bezeichnete: eine Übernahme im Passiv, denn nachdem im März 1990 die freie Wahl getroffen worden war und die halbe DDR für die zügige Wiedervereinigung votiert hatte, bestand keine andere Wahl mehr, als den Beitritt zu den Konditionen des Siegers der Geschichte sich vollziehen zu lassen. Für die kurze Zeit eines guten halben Jahrs war die Bevölkerung der Noch-DDR wirklich das gewesen, was man ihr sonst immer nur eingeredet hatte: Subjekt der Geschichte. Und dieses Subjekt stimmte für seine Übernahme. Aber es hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht, in dessen Körper es einging. Übernommen wurde zwar das Land mit allem, was dazugehört, nicht aber das Subjekt: das blieb außen vor. Ehe es sich's versah, war das Subjekt der Geschichte selber Geschichte, denn es hatte, wie es einer seiner Repräsentanten ironisch pointierte, das Unmögliche gewollt: „Kommunismus für Westgeld“.² Zur Ironie der Geschichte jenes Subjekts gehört,

2) Axel Viehweger (LDP), Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswesen der Regierung de Mazière; in: *Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch*, hrsg. v. Olaf Jacobs und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Halle (Saale) 2018, S. 333

dass es sich freiwillig zum Objekt bestimmte, so wie es auch zur Ironie der Geschichte gehört, dass gerade die Institution, der man den Schlussverkauf des – nun nicht mehr eigenen – Landes anlastete, unter dessen Hoheit noch gegründet worden war, um eben dieser Gefahr vorzubeugen. Und auch wenn heutige Historiker Tätigkeit und Bilanz der Treuhand nicht ganz so vernichtend mehr einschätzen, wie es der Furor der Beleidigten und Erniedrigten will, bleibt doch im kollektiven Gedächtnis vieler Ostdeutscher „Treuhand“ ein kontaminiertes Reizwort, weil es zum Synonym geworden ist für das Gefühl – und, teilweise, durchaus auch den Tatbestand – einer umfassenden Enteignung: nicht nur der offenbaren ökonomischen infolge von Schließung oder Verkauf Tausender von Betrieben zum Schleuderpreis (von denen nur rund 5% an Ostdeutsche gingen) und den damit verbundenen Massenentlassungen, sondern darüber hinaus einer umfassenden geistigen, kulturellen, gesellschafts- und erinnerungspolitischen Enteignung, wozu nicht zuletzt die entzogene Deutungsmacht über die eigene Geschichte zählt.

Soziale Deklassierung, Abstiegs- und Zukunftsängste, entwürdigende „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ und permanenter Anpassungsdruck an den Markt hielten viele Ostdeutsche, meine eigenen Eltern eingeschlossen, in den neunziger Jahren in Atem; und zum Schaden kam der Spott, wo es hieß, dass die Osis sich doch nicht so haben und dankbar sein sollten. Dass der ganze Osten zu einem riesigen neoliberalen Versuchslabor mutierte, entging den Wohlmeinenden wohlweislich – ebenso wie die Tatsache, dass der Umbau einer ganzen Industriegesellschaft (der mit dem beschönigenden Begriff „Strukturwandel“ nur unzureichend erfasst ist) binnen kürzester Zeit sich vollzog und nicht, wie im Ruhrgebiet, rundum sozialstaatlich abgefedert, über mehrere Dekaden erstreckte. Angesichts dieser Rasanz nimmt es wenig Wunder, dass es kaum zu Protesten kam³; dafür war schlichtweg weder Zeit noch Kraft mehr da. Und es nimmt ebenso wenig Wunder, dass die vollauf von der Anpassung an die neuen Verhältnisse absorbierten Eltern ihre Kinder bisweilen aus dem Blick verloren. Wo alle gestern noch verbindlichen Regeln, Normen und Autoritäten nichts mehr galten, entstanden im moralischen Machtvakuum rechtsfreie Räume, aus denen schnell „national befreite Zonen“ wurden: das sind die berüchtigten „Baseballschlägerjahre“, von denen

3) Einige mögen sich noch an den Hungerstreik der Bischofferoder Kumpel erinnern, der als eine die Regel bestätigende Ausnahme deutschlandweit Aufmerksamkeit fand. Aber die Arbeitskämpfe der Zwickauer Metaller etwa verhalten so folgenlos wie auch andere vereinzelt aufflackernde Proteste.

eine ganze Reihe jüngerer ostdeutscher Autoren erzählt. Nicht die Revolution fraß ihre Kinder, sondern die *Zurückgelassenen Kinder*⁴ hatten die Revolution gefressen. Aus ihrem radikalsten Kern erstand die „Generation Terror“, deren brutalster Exponent sicherlich der sogenannte NSU war, der über sieben Jahre hinweg unerkannt eine Blutspur durchs Land zog, und zwar, mit einer Ausnahme, nur durch den Westen der Republik, so, als wäre das ein Zeichen.

Es wäre allzu vereinfachend und zudem verharmlosend, den rechtsextremen „homegrown terror“ monokausal allein auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Verwerfungen im Ostdeutschland der Neunziger zurückzuführen. Gleichwohl gibt es eine *Korrelation* (die offenbar eine historische Konstellation widerspiegelt, welche ihrerseits eine weiter zurückreichende und durch viele andere Faktoren geprägte Geschichte hat), die in dieser Beziehung aber zu auffällig erscheint, als dass sie im Handstreich von der Hand zu weisen wäre. Ebenso bedarf es nur eines Blicks auf die Landkarte, um den Eindruck zu gewinnen, dass eine Korrelation existieren könnte zwischen den Erfahrungen ganzer Landstriche mit Deindustrialisierung, Abwanderung, dem Rückzug des Staates aus der Fläche einerseits und den Zustimmungsraten für eine Partei andererseits, die mit dem Slogan *Vollende die Wende* Wahlkampf machte; und auch, wenn hier wie da gilt, dass solch eine mutmaßliche Korrelation nur *ein* Aspekt ist einer weitaus komplexeren Gemengelage, drängt sich der Verdacht auf, dass dieser Aspekt doch nicht ganz zu vernachlässigen ist, will man verstehen oder zumindest nachvollziehen, warum bevorzugt in diesen Landstrichen so viele Menschen dem Gefühl des Vernachlässigtseins – ob nun zu Recht oder Unrecht – Ausdruck verleihen, in einer allerdings manchmal zweifelhaften und unrechtmäßigen Weise.

Man kann jene Landstriche, wenig schmeichelhaft, doch in der Sache nicht unzutreffend, den ostdeutschen „Rust Belt“ nennen: Regionen mit einer langen und stolzen Industriegeschichte, die heute weitgehend nur noch Geschichte ist. Dorthin führte mich, gemeinsam mit meinem Kollegen Sven Johne, im Winter 2019 eine Reise, deren Route sich entlang der Schneisen bewegte, die von der Treuhand in den neun-

4) Gerhard Schönes gleichnamiges Lied von 1992 hatte dieses Problem thematisiert. Nicht vergessen werden darf allerdings, dass jene „Kinder“ keineswegs immer allein waren: man denke an die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, die von großen Teilen der Anwohnerschaft aus allen Altersgruppen mitgetragen wurden.

ziger Jahren geschlagen worden sind und deren Verlauf die Fotografien in diesem Buch nachzeichnen: Vom Mansfelder Land über den Osten Thüringens, durch West- und Mittelsachsen bis in die Niederlausitz waren wir in einem gemieteten Wohnmobil unterwegs, gleichsam auf den Spuren jenes Vollstreckers, der sich mit der Liquidation von täglich drei bis vier Betrieben gebrüstet hatte. Was dessen Tagwerk gewesen, unterzogen wir dreißig Jahre später einer nächtlichen Revision. Denn es war eine Reise in die Nacht, wenn auch nicht an ihr Ende (da wir bei mehr als 8.000 abgewickelten Unternehmen selbst in Monaten an kein Ende gekommen wären). Die ruinösen Reste ehemaliger Fabriken und Produktionshallen, bei Tag ein trauriger Anblick und von den Anwohnern als „Schandflecken“ bezeichnet, erhielten des Nachts, im vom Schnee reflektierten Schein der Straßenbeleuchtung, eine unvermutete Würde: Ihnen war gleichsam ihr verlorener, enteigneter Körper wiedergeben. So hat mein Kollege Johne sie fotografiert – während ich, gewissermaßen im Gegenschuss, die Kamera dorthin richtete, worauf die leeren Augen jener toten Gebäude, die *Schwarzen Löcher*,⁵ hinabschauten: auf das, was gerade vor der Tür und buchstäblich auf der Straße lag.

Es sind Bilder, die in ihrer vermeintlichen Beiläufigkeit überall hätten aufgenommen worden sein können, beileibe nicht bloß in Ostdeutschland. Die Tatsache, dass sie – obwohl für den Betrachter so nicht erkennbar – im Angesicht und unter Zeugenschaft der überbliebenen Relikte einer untergegangenen Kultur entstanden sind, auf den Schlachtfeldern der Deindustrialisierung, verleiht ihnen einen übergreifenden Sinn, der ihnen, abgezogen nur auf ihren bloßen Informationsgehalt, aus sich selbst heraus scheinbar nicht zukommt. *Scheinbar*, weil es eben das Scheinhafte ist – das Licht –, durch das sich doch mehr vermittelt, als am Einzelbild allein abzuzählen wäre. Es sind Bruchstücke von Oberflächen, atmosphärisch dicht und zugleich fragmentarisch wie Traumbilder, deren Botschaft sich ebenfalls nur erschließt, wenn man sich auf ihre Deutung einlässt. Traumbildern ähneln sie auch im Synthetischen ihrer Ästhetik. Obwohl der Form und Gattung nach strikt dokumentarisch – nichts ist gestellt, nichts nachträglich durch entsprechende Software manipuliert –, sind sie den technischen Traumsequenzen des Films näher als Dokumentar fotografien. Vielleicht könnte man sie als *Reminiszenzen* beschreiben: flashbackhafte Echos, Nachhall

5) Dies der Titel von Sven Johnes fotografischer Arbeit.

eines auf schmerzliche Weise noch Realen im wie festgefrorenen Bild. „Schmerzlich“ allerdings nur als Phantomschmerz: als jener Schmerz, der erst zu spüren ist, wenn das Schmerzende unwiederbringlich verloren ist und man, *erst dann*, realisiert, dass für immer fort ist, wovon man, als man es noch hatte, gar nicht wusste, dass man's hat, weil es das Selbstverständlichste war.

Die in diesem Jahrbuch enthaltenen Fotografien stammen aus der 77-teiligen Serie *Winterreise/Sunlight A70* und wurden im Februar 2019 in verschiedenen sächsischen Landkreisen und Städten aufgenommen, mit Ausnahme der Bilder auf S. 16 und S. 182 aus Halle (Saale).

Courtesy Galerie KLEMM'S und der Autor.

HERAUSGEBERIN UND HERAUSGEBER

- *Oliver Decker*, Prof. Dr. phil., ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Er ist außerdem Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund Freud Universität Berlin. Seit 2002 leitet er zusammen mit Prof. Dr. Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) in Deutschland (bis 2018 Leipziger „Mitte“-Studien).
- *Fiona Kalkstein*, Dr. phil., ist Diplom-Psychologin und stellvertretende Direktorin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kritische Psychologie, politische Ökonomie und Unbewusstes, qualitative Forschungsmethoden.
- *Johannes Kiess*, Dr. phil., ist Soziologe und stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung, die Europaforschung und industrielle Beziehungen.
- *Piotr Kocyba*, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut, forscht schwerpunktmäßig zu rechten Protestmobilisierungen und zur illiberalen Zivilgesellschaft mit einem Fokus auf Ostdeutschland und das östliche Europa.

AUTORINNEN UND AUTOREN

- *Sophie Bose*, M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ostdeutsche Umbrucherfahrungen, Strukturwandel, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt bilden ihre Forschungsinteressen.
- *Jörg Buschmann* hat Politikwissenschaft studiert, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit neonazistischer Gewalt und ihrer gesellschaftlichen Aufarbeitung und arbeitet seit 2021 in einem Projekt zur Konzeptualisierung eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex beim RAA Sachsen e.V.
- *Robert Claus*, studierte Europäische Ethnologie und Gender Studies in Berlin, Buenos Aires und Istanbul. Er arbeitet zu den Themen Vielfalt und Antidiskriminierung, Rechtsextremismus und Prävention im Sport und seinen Fankulturen. Seit 2020 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem Modellprojekt „Vollkontakt – Demokratie und Kampfsport“. 2020 veröffentlichte er „Ihr Kampf – Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert“ beim Verlag Die Werkstatt.

- *Marius Dilling*, M.A., Sozialwissenschaften, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Unter der Nutzung quantitativer Methoden der Empirischen Sozialforschung forscht er zu demokratiefeindlichen Einstellungen – mit einem Fokus auf Antisemitismus und Verschwörungsmentalität.
- *Amelie Feuerer*, B.A., befindet sich im Masterstudium der Soziologie und ist wissenschaftliche Hilfskraft am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Dort arbeitet sie im Bereich Monitoring und Dokumentation antidemokratischer Mobilisierung in Sachsen. Ihre Schwerpunkte sind die Anziehungskraft autoritärer Bewegungen und ihre Schnittstellen zum Antisemitismus und Antifeminismus.
- *Anne Gehrman*, M.A., studierte Politikwissenschaft in Jena und Marburg. Seit 2018 ist sie beim Kulturbüro Sachsen e.V. in der Mobilen Beratung tätig. Dort berät und unterstützt sie Initiativen, Vereine, Einzelpersonen und Kommunalpolitik im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Erscheinungen. Sie arbeitet zudem zu den Schwerpunkten Antifeminismus und Neonazismus.
- *Natalie Gittner*, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie forscht mit qualitativen Methoden u.a. zu den Themen demokratische Zivilgesellschaft, soziale Konflikte und antidemokratische Dynamiken im institutionellen Kontext.
- *Falk Haberkorn* ist Künstler und Fotograf. Seit 2004 befasst er sich in seinen Arbeiten immer wieder auch mit der jüngeren Geschichte Ostdeutschlands.
- *Nele Hellweg*, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Sie forscht mittels qualitativer und quantitativer Methoden zu sozialen Konflikten, politischem Protest und antidemokratischen Einstellungen mit einem Fokus auf Verschwörungsmentalität und Aberglauben.
- *Andrea Hübler* ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten extreme Rechte und rechtsmotivierte Gewalt. Sie arbeitet als Geschäftsführerin für den Bereich Beratung beim RAA Sachsen e.V. und leitet die Opferberatung Support für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.
- *Markus Kemper*, Politikwissenschaftler, ist seit 2001 beim Kulturbüro Sachsen e.V. in der Mobilen Beratung tätig. Dort berät und begleitet

- er Vereine, Initiativen, Einzelpersonen sowie Kommunalpolitik und -verwaltung im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Erscheinungen.
- *Nicole Löw*, M.A., ist Soziologin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ihre derzeitigen Forschungsschwerpunkte beziehen sich auf antidemokratische Dynamiken und soziale Konflikte in Institutionen wie der Justiz.
- *Michael Nattke*, Dipl.-Hdl., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaften, Soziologie und Rechtswissenschaften in Frankfurt (Oder) und Dresden. Seit 2009 arbeitet er im Kulturbüro Sachsen e.V. Seit über 20 Jahren beschäftigt er sich ehrenamtlich und im wissenschaftlichen Kontext mit organisiertem Neonazismus und rechten Einstellungen in Ostdeutschland.
- *Hannah Purucker*, M.Sc., ist Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Sie beschäftigt sich im Rahmen qualitativer Sozialforschung mit sozialen Konflikten im Kontext von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus.
- *Markus Riepenhausen* ist über das Pre-Doc-Award Programm der Universität Leipzig an die Forschungstätigkeiten des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts assoziiert. Er hat seinen Bachelor in Soziologie und Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und seinen Master in Gesellschaftstheorie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena absolviert.
- *Henriette Rodemerk*, M.Sc. Psychologie, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie forscht zu sozialen Konflikten, Antifeminismus und Geschlechterfragen vor dem Hintergrund von antidemokratischen Tendenzen, autoritären Dynamiken sowie Demokratisierungsprozessen im ländlichen Raum und institutionellen Kontexten.
- *Agnes Scharnetzky*, M. Ed., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektkoordinatorin in der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) an der TU Dresden. Sie ist in der Gedenkstättenarbeit und der politischen Bildung in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und in Institutionen tätig mit Schwerpunkten auf Demokratiewerke, Jugendarbeit und Zivilcourage gegen extrem Rechte Positionierungen.

- *Dana Schlegelmilch* ist Historikerin und war viele Jahre in der Gedenkstättenarbeit tätig. Seit 2022 ist sie Mitarbeiterin im Projekt zur Konzeptionierung eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex beim RAA Sachsen e.V.
- *Clara SchlieBler*, M. Sc., ist Sozialpsychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut sowie Mitglied im Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Sie arbeitet u.a. zu den Themen Verschwörungsmentalität, Esoterik und politischer Protest sowie zu (Neu-)Konzeptionalisierungen des Autoritären Syndroms.
- *Andre Schmidt*, MA, ist Soziologe und forscht als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut zu Demokratie und Arbeitswelt.
- *Florian Teller* ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).





Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-948049-24-9

© 2024, Autorinnen und Autoren.

© Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig
Dittrichring 18-20
04109 Leipzig
www.efbi.de

© edition überland
Verlagsgesellschaft mbH
Gerichtsweg 28
04103 Leipzig
editionueberland.de

Alle Rechte vorbehalten.

Lektorat

Tilman Meckel, Leipzig

Redaktion

Pia Siemer, EFBI, Leipzig

Gestaltung und Grafiken

Markus Dreßen, Leipzig

Schriftsatz

Markus Dreßen, Pia Siemer,

Charlotte Ruppert, Leipzig

Schrift

Suisse Works, Suisse Mono,

www.swisstypefaces.com

Kartografie

Marius Dilling, Leipzig

Fotografie

Falk Haberkorn, Leipzig

Lithografie

Ralf Lenk, ScanColor GmbH,

Leipzig

Herstellung

Sabine Artner, Leipzig

Papier

Munken Print White, 90 g/m²,

Surbalin Seda, 115 g/m²

Druck und Bindung

Jelgavas Tipogrāfija, www.jt.lv

Printed in Latvia